

Monographien
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Japanstudien
Band 57, 2014

MEINEN ELTERN

Christian Heideck

Zwischen Ost-West-Handel und Opposition

Die Japanpolitik der DDR 1952–1973



Monographien aus dem
Deutschen Institut für Japanstudien

Band 57
2014

Monographien Band 57
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Japanstudien
der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche
Institute im Ausland

Direktor: Prof. Dr. Florian Coulmas

Anschrift:

Jochi Kioizaka Bldg. 2F
7-1, Kioicho
Chiyoda-ku
Tokyo 102-0094, Japan
Tel.: (03) 3222-5077
Fax: (03) 3222-5420
E-Mail: dijtokyo@dijtokyo.org
Homepage: <http://www.dijtokyo.org>

Umschlagbild:

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR Willi Stoph beim Empfang
einer Delegation des japanischen Oberhauses unter der Leitung des
Oberhauspräsidenten Kōno Kenzō in Ostberlin am 10. Oktober 1973.

Bundesarchiv, Bild 183-M1010-026, Fotograf: Steinberg

Fotoarchiv Dietz Verlag Berlin GmbH

**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-86205-045-1

© IUDICIUM Verlag GmbH München 2014

Alle Rechte vorbehalten

Druck: fgb freiburger graphische betriebe, Freiburg

Printed in Germany

ISBN 978-3-86205-045-1

www.iudicium.de

ANMERKUNGEN ZUR UMSCHRIFT UND DER WIEDERGABE VON NAMEN

In der vorliegenden Untersuchung werden Begriffe und Namen aus dem Japanischen nach dem modifizierten Hepburn-System transkribiert. Lange Vokale werden durch einen Längungsstrich gekennzeichnet. Eine Ausnahme ist der lange Vokal „i“. Handelt es sich um die Transkribierung von in Katakana niedergeschriebenen Lehnswörtern, wird ein Längungszeichen verwendet. Ansonsten erfolgt die Wiedergabe als „ii“. Ausgenommen von den Vorgaben des modifizierten Hepburn-Systems sind Bezeichnungen und Namen, die bereits im Deutschen weithin verbreitet sind, wie etwa Tokyo, Osaka oder Kyoto.

Die vorliegende Untersuchung folgt der ostasiatischen Gepflogenheit, in der Reihenfolge der Namen zuerst den Familiennamen und anschließend den Vornamen zu nennen, sofern es sich um japanische oder chinesische Personennamen handelt.

Die in die Untersuchung eingearbeiteten Übersetzungen japanischer Quellen wurden vom Verfasser der vorliegenden Dissertation angefertigt, sofern nicht anderweitig gekennzeichnet. Gelegentliche Klarstellungen wurden im Text in eckigen Klammern hinzugegeben.

DANKSAGUNG

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine überarbeitete und geringfügig gekürzte Fassung meiner Doktorarbeit, die im Oktober 2011 von der Philosophischen Fakultät I der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades angenommen und im Oktober 2012 erfolgreich verteidigt wurde.

Die Entstehung dieser Studie wäre ohne die vielfältige Hilfe und Unterstützung zahlreicher Einzelpersonen nicht möglich gewesen. Mein erster Dank gilt Professor Dr. Christian Oberländer. Er hat die Entwicklung dieser Arbeit begleitet, stets gefördert und kritisch kommentiert und diskutiert. Professor Dr. Verena Blechinger-Talcott habe ich für die Übernahme des Zweitgutachtens zu danken. Auch den weiteren Mitgliedern meiner Prüfungskommission, Professor Dr. Dr. Uwe Wolfradt und Professor Dr. Michael Hillgruber, spreche ich meinen Dank aus. Ihre Anregungen und Verbesserungsvorschläge habe ich in die Überarbeitung der Erstfassung der Doktorarbeit einbezogen. Bei Professor Dr. Dr. h. c. Josef Kreiner und Professor Dr. Peter Pantzer möchte ich mich für den Zuspruch und Ratschlag bedanken, der erheblich zu meinem Entschluss beigetragen hat, mich der Umsetzung dieser Untersuchung zu widmen. Ebenso gilt mein Dank Professor Kudō Akira, Frau Dr. Saitō Eiko, Professor Waragai Ikumi, Professor Katō Tetsurō, Professor Okubu Susumu, Professor Hirataka Fumiya sowie Professor Hosaka Kazuo. Sie alle haben mich während der Entstehung dieser Arbeit mit wichtigen Ratschlägen unterstützt.

Die Haniel-Stiftung hat die Erstellung der Dissertation durch ein Stipendium gefördert. Der Stiftung und den Mitarbeitern der Promotionsförderung sei an dieser Stelle herzlich für die Unterstützung und Hilfe gedankt. Dem Deutschen Institut für Japanstudien danke ich für die Aufnahme meiner Dissertation in die Monographienreihe des Instituts. Für die Beschaffung und Bereitstellung der Vielzahl von Quellen, die in diese Arbeit eingeflossen sind, danke ich den Mitarbeitern aller genutzten Archive und Bibliotheken. Besonders ausgezeichnet war die Betreuung durch die Archivare der SAPMO im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Berlin, des Archivs der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn sowie durch die Mitarbeiter der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Den Mitarbeitern dieser Einrichtungen möchte ich besonderen Dank aussprechen.

Meine Familie und viele Freunde haben mich stets liebevoll und großzügig unterstützt. Jenseits der persönlichen, materiellen und institutionellen Förderung, die ich erhalten habe, gebührt meinen Eltern der größte Dank. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Halle (Saale), im April 2014

Christian Heideck

INHALTSVERZEICHNIS

I.	EINLEITUNG: JAPAN UND DAS GETEILTE DEUTSCHLAND	13
1.	Forschungsstand.....	14
2.	Problemstellung und konzeptionelle Überlegungen	23
3.	Quellenlage	29
4.	Gliederung.....	35
II.	OST-WEST-HANDEL, FRIEDENSBEWEGUNG UND GEWERKSCHAFTEN: ERSTE ANNÄHERUNGEN IN DEN FÜNFZIGER JAHREN	38
1.	Japans sicherheitspolitische Ausrichtung im Kalten Krieg	39
1.1	Deutschlandpolitik und der handelspolitische Stellenwert der Bundesrepublik für die japanische Regierung	41
1.2	Das japanische Verhältnis zum „Ostblock“	44
2.	Internationale Entspannung und japanischer Ost-West-Handel	46
2.1	Kali-Nachfrage als Motor der Handelsbeziehungen	47
2.2	Ideologische und praktische Seiten des Japan-Handels.....	50
3.	Das Deutschland der Weimarer Ära und die japanische Friedensbewegung: Kontinuitäten im ostdeutsch-japanischen Verhältnis der fünfziger Jahre	53
3.1	Japanische Gelehrte im Deutschland der Weimarer Ära	55
3.2	Initiativen aus dem linken Milieu	57
3.3	Hirano Yoshitarō als Mittler zwischen Japan und der DDR	59
3.4	Die Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben	63
4.	Gewerkschaftskontakte und die neutralistische Opposition	64
4.1	Im Windschatten des Weltgewerkschaftsbundes	66
4.2	Träger des Gewerkschaftsaustausches	69
4.3	Der schwierige Anfang der Beziehungen zur SPJ.....	73
4.4	Faktionalismus in der SPJ und das Verhältnis der Partei zu den Machtblöcken	76
5.	Aufbau eines überschaubaren Netzwerkes	79

III. INMITTEN DER SPANNUNGEN UM DIE REVISION DES JAPANISCH-AMERIKANISCHEN SICHERHEITSVERTRAGES	81
1. Die japanisch-amerikanische Allianz im internationalen Spannungsfeld der späten fünfziger Jahre	81
1.1 Die Japanreise von Willy Brandt und das Werben der antagonistischen Machtblöcke um die japanische Opposition	84
1.2 Deutsch-deutsche Auseinandersetzungen in der Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben	88
1.3 Verlust einer Plattform in Japan: Das Ende der Teilnahme des Deutschen Friedensrates an der Weltkonferenz	92
2. Deutschlandpolitik inmitten der Krise von 1960	94
2.1 Die Unterzeichnung des revidierten Sicherheitsvertrages und der Beitrag der Bundesregierung zur Integration Japans in den westlichen Machtblock	96
2.2 Gemeinsam mit Sōhyō gegen den Sicherheitsvertrag, Massenentlassungen und die Kishi-Regierung	102
2.3 Der vorläufige Höhepunkt des Reiseverkehrs zwischen der DDR und Japan	106
2.4 Fürsprecher der DDR im Zeichen des Mauerbaus	110
3. Einseitiges Engagement	115
IV. ZWISCHEN PEKING UND MOSKAU: SCHATTEN DES CHINESISCH-SOWJETISCHEN SCHISMAS	117
1. Das Chinesisch-Sowjetische Schisma, die KPJ und die Entstehung einer Freundschaftsbewegung	118
1.1 Das Freundschaftskomitee DDR-Japan	120
1.2 Die Beschaffenheit der Freundschaftsbewegung Japan-DDR	123
1.3 Im Schatten der Beziehungen der SED zur KPJ	129
2. Die Neubelebung der Freundschaftsbewegung und das Verhältnis der SPJ zur DDR	135
2.1 Neuausrichtung gegenüber der japanischen Opposition	136
2.2 Neigungen zur DDR in Japans sozialistischer Bewegung	139
2.3 Rivalitäten in der Freundschaftsbewegung	143
2.4 Annäherung und Entfremdung	146
3. Die Verfassung der Freundschaftsbewegung Japan-DDR	149

V.	HANDELSPOLITIK NACH CHINESISCHEM VORBILD: NEUE ZIELE IM ZEICHEN DES AUFSCHWUNGS DES JAPANISCHEN OST-WEST-HANDELS . . .	151
1.	Die Stoßrichtung japanischen Ost-West-Handels zu Beginn der sechziger Jahre	152
1.1	Neuausrichtung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.	155
1.2	Privatabkommen als zukünftiges Kernstück des ost-deutschen Japan-Handels?	161
1.3	Vorbildfunktion chinesischer Handelspolitik	164
1.4	Enge Zusammenarbeit des Ikeda-Kabinetts und der Bundesregierung	167
1.5	Grundzüge der ostdeutschen Handelspolitik gegenüber Japan	170
1.6	Werben um die japanische Wirtschaftswelt und der (selbst)verstellte Weg zur Handelsvertretung.	173
1.7	Verhandlungsabbruch als vorerst letztes Druckmittel . . .	178
2.	Die neue Bedeutung des Kultur- und Wissenschaftsaustausches	180
2.1	Die „Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk“	181
2.2	Die Japanische Gesellschaft für Germanistik und die Gründung der Freunde von Weimar	184
2.3	Die geplante Entsendung der Sixtina von Raffael nach Japan.	190
3.	Ehrgeizige Vorhaben zur Mitte der sechziger Jahre	194
VI.	ENTSPANNUNGSPOLITIK UND VIETNAMKRIEG	198
1.	Wirtschaftlicher Austausch inmitten der Hochwachstumsphase.	199
1.1	Erneuter Anlauf zur Errichtung einer Handelsvertretung	200
1.2	Ständige Vertreter in der japanischen Hauptstadt	204
1.3	Großaufträge und die Gründung des Wirtschaftsausschusses Japan-DDR	208
2.	Die japanische Opposition und der Vietnamkrieg	214
2.1	Radikalisierung der neutralistischen Gewerkschaftsbewegung	215
2.2	Der Anerkennungsbeschluss der SPJ	222
2.3	Die SPJ als stärkste Interessenvertretung in Japan	227
2.4	Zaghafte Annäherung der KPJ	230
2.5	Entstehung einer Anerkennungsbewegung in Japan. . .	233

3. Der abschließende Prozess der Herstellung diplomatischer Beziehungen	236
VII. SCHLUSSBETRACHTUNG	242
VIII. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	255
IX. QUELLENVERZEICHNIS	258
1. Archivarische Quellen	258
2. Quelleneditionen und Jahrbücher	259
3. Interviewpartner	259
4. Literatur	260
X. ANHANG	278
1. Übersicht zum ostdeutsch-japanischen und westdeutsch-japanischen Handel	278
2. Übersicht zum japanischen Handel mit den europäischen Mitgliedsstaaten des RGW	280
3. Namenslesungen	283
4. Personenregister	286
XI. ANMERKUNGEN	291

I. EINLEITUNG: JAPAN UND DAS GETEILTE DEUTSCHLAND

Im März 1959, zu einer Zeit als die zweite Berlinkrise die Weltöffentlichkeit in Atem hielt, bereiste der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt (1913–1992) für mehrere Tage Japan, um die Bevölkerung im Inselstaat auf das Schicksal der Menschen in der ehemaligen deutschen Reichshauptstadt aufmerksam zu machen. Trotzdem kam der Japankorrespondent Friedrich Rabenberg in einem Leitartikel der *Welt* über Brandts Japanaufenthalt zu dem Schluss, dass grundsätzlich zwar auch die Japaner den „Gefahrenherd Berlin“ und den „Gefahrenherd der Zweiteilung Deutschlands“ sehen würden, Deutschland und Berlin „bestenfalls wichtige, aber nicht die zentralen Probleme“ des Inselstaates seien. Stattdessen glaubte Rabenberg in Japan eine allgemeine Zurückhaltung in Fragen um das Politikum Deutschland wahrgenommen zu haben, die sich aus der beträchtlichen geografischen Distanz zwischen Tokyo und Berlin auf der einen Seite und dem Übergewicht der hauseigenen Probleme in Fernost auf der anderen Seite herzuleiten schien. (Rabenberg 1959)

Mit diesen Konstatierungen hat Rabenberg bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert eine zentrale Frage über den Charakter der deutsch-japanischen Beziehungen der Nachkriegszeit aufgeworfen, die auch mehr als zwei Dekaden nach dem Ende deutscher Zweistaatlichkeit von der Forschung nicht hinreichend beantwortet wurde: War es möglich, das Kernproblem der ost- wie auch westdeutschen Politik, nämlich die Teilung der deutschen Nation und die Einbettung des jeweiligen deutschen Teilstaates in das Gefüge der beiden antagonistischen Machtblöcke des Ost-West-Konfliktes, ohne Weiteres von den primären Anforderungen an die japanische Außenpolitik im Zeichen des Kalten Krieges zu trennen? Oder anders formuliert: Konnte sich der Aussöhnungsprozess zwischen dem Inselstaat und den ehemaligen Kriegsgegner in Europa als zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen Wiedergenesung und der Wiedereingliederung Japans in die internationale Staatengemeinschaft losgelöst von der Deutschlandfrage als vordringlichstem Anliegen europäischer Sicherheit und Stabilität vollziehen?

Diese Untersuchung will eruieren, auf welche Weise die ungelöste Deutschlandfrage mit den Herausforderungen des Ost-West-Konfliktes an das Nachkriegs-japan ineinandergriff und wie unter diesen Voraussetzungen an einer der entscheidenden Schnittstellen des Kalten Krieges in Fernost Grundlagen für ein eigenständiges Engagement der DDR ent-

standen, das allmählich zu einer konkreten ostdeutschen Japanpolitik führen sollte. Durch die enge Gebundenheit der ostdeutschen Außenpolitik an den Problemkomplex der Teilung Deutschlands ergibt sich über die Auseinandersetzung mit dem ostdeutschen Wirken im Inselstaat wiederum die Möglichkeit, den Stellenwert der offenen Deutschlandfrage im Kontext einschneidender politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen im Japan der Nachkriegsära zu ergründen.

Die Untersuchung setzt mit der Rückerlangung japanischer Souveränität im Jahr 1952 ein und endet mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Tokyo und Ostberlin im Jahr 1973 als einem der wichtigsten Wendepunkte im japanischen Verhältnis zum geteilten Deutschland. Dieser Zeitraum erscheint nicht nur deshalb besonders interessant, weil die ungelöste Deutschlandfrage nach wie vor einen besonderen Stellenwert unter den Problemkomplexen des Ost-West-Konfliktes hatte.¹ Es war auch während dieser zwei Dekaden, dass sich die Staatsführung der DDR gegen den Anspruch der Bundesregierung, alleiniger Repräsentant des deutschen Volkes zu sein, und die damit verbundene, weitangelegte westdeutsche Kampagne, den ostdeutschen Teilstaat international zu isolieren, behaupten musste.

1. FORSCHUNGSSTAND

Um die Frage beantworten zu können, auf welche Weise die ungelöste Deutschlandfrage und damit einhergehend die Ziele der ostdeutschen Außenpolitik mit den Herausforderungen des Ost-West-Konfliktes an das Nachkriegsjapan ineinandergriffen, gilt es zunächst einmal, wesentliche Auswirkungen des Kalten Krieges auf die Herstellung der Nachkriegsordnung im Inselstaat und insbesondere auf die Neugestaltung japanischer Außenpolitik zu identifizieren. Dabei fällt auf, dass sich bislang ein erheblicher Teil der Bemühungen um wissenschaftliche Aufarbeitung der japanischen Nachkriegsgeschichte auf die Besatzungszeit zwischen 1945 und 1952 konzentrierte. (Iokibe 1997; Dower 1988; Iokibe 1985; Irie 1978) Zweifellos war diese Phase besonders prägend für die zukünftige Entwicklung des Inselstaates. Über mehrere Jahre wurden in fast täglichen Verhandlungen zwischen den Besatzungsbehörden und den bevollmächtigten japanischen Repräsentanten Grundlagen für die Nachkriegsordnung in Japan geschaffen, wie etwa die Gestaltung einer neuen, pazifistischen Verfassung und anderer richtungsweisender Reformen. (Iokibe 2006: 14f.) Maßgebend waren diese Jahre auch für Positionierung Japans im internationalen Gefüge, allein schon weil sie mit dem Anbruch des Kalten Krieges zusammenfielen. Mit Blick auf die geostra-

tegische Lage sowie auf das wirtschaftliche und militärische Potential des Inselstaates hatten maßgeblich an der Konzipierung amerikanischer Außenpolitik beteiligte Persönlichkeiten wie der Theoretiker und Diplomat George F. Kennan (1904–2005) bereits zeitig auf die Analogien der Rolle Japans und Westdeutschlands bei der Aufrechterhaltung des Mächtegleichgewichts in Ostasien und in Europa während der Zeit des Ost-West-Konfliktes hingewiesen:

„[...] the theaters of our greatest possibilities at that moment were the two occupied areas of Western Germany and Japan. These places were the centers, respectively, of the two greatest industrial complexes of East and West. Their recovery was essential to the restoration of stability in Europe and East Asia. It was essential, if any sort of a tolerable balance of power was to be established in the postwar world, that they kept out of Communist hands and that their great resources be utilized to the full of constructive purposes.“ (Kennan 1967: 368)

Allerdings unterschied sich schon bald die Struktur des Kräftegleichgewichts des Kalten Krieges in Fernost grundlegend von der im Okzident. Die in den ausgehenden vierziger Jahren beginnende Herausbildung von gegeneinander wirkenden Machtblöcken in Europa hatte dazu geführt, dass der Kontinent spätestens gegen 1955 in zwei feststehende Lager geteilt war. Die Mehrzahl der europäischen Staaten gehörte entweder der NATO oder dem Warschauer Pakt an. Im Nordosten Asiens war die Situation jedoch deutlich komplizierter. Nicht multilaterale Organisationen, sondern eine Reihe bilateraler Übereinkommen verband die Supermächte mit den Staaten der Region. (Braddick 2004: 11) Jene, als Reaktion der USA auf das Erstarken der Sowjetunion und der Volksrepublik China im asiatisch-pazifischen Raum entstandene Ordnung hatte – wie der Historiker Irie Akira einst feststellte – Japan nicht nur von einem besiegten und besetzten Land zu einem militärischen Verbündeten der Vereinigten Staaten werden lassen, sondern gleichwohl einen Zustand sicherheitspolitischer Abhängigkeit von den USA geschaffen, der es der japanischen Politik immerhin gestattete, sich auf die wirtschaftliche Entwicklung des Inselstaates zu konzentrieren. (Iriye 1974: 182)

Die seit den späten neunziger Jahren verstärkt betriebene wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der japanischen Außenpolitik während der Zeit des Ost-West-Konfliktes hat sich vor allem mit der Frage befasst, in welchem Umfang es der politischen Elite Japans möglich war, den Inselstaat von der engen Bindung an die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten zu emanzipieren. Der Politikwissenschaftler und Präsident der National Defence Academy Japan (*Bōei daigakkō*) Iokibe Makoto stellte in diesem Kontext bereits die Ähnlichkeit zwischen der japani-

schen Außenpolitik der ersten Dekaden der Nachkriegszeit und der unter Außenminister Shidehara Kijūrō (1872–1951) praktizierten japanischen Diplomatie zwischen 1924 und 1927 bzw. zwischen 1929 und 1931 heraus. Diese Form der Diplomatie hatte auf der Grundlage des gegenseitigen wirtschaftlichen Nutzens eine Kooperation mit den Zentren des angelsächsischen Raums angestrebt und die Frage der Expansion mit militärischen Mitteln sowie speziell die des Eingreifens in die chinesische Innenpolitik zurückgestellt. (Iokibe 2006: 7, 12) In diesem Kontext konnte Iokibe aufzeigen, dass Japan trotz der engen Bindung an die USA in der Lage war, einen wichtigen Beitrag bei der Formung von regionalen und überregionalen Strukturen zu leisten, und sich schließlich zum geachteten Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft entwickelte.

Der langjährige Diplomat und Experte für internationale Beziehungen Tōgō Kazuhiko – Enkelsohn des früheren japanischen Außenministers Tōgō Shigenori (1882–1950) – konzentrierte sich auf bei der Analyse der Struktur der japanischen Außenpolitik zwischen 1945 und 2003 vor allem auf die zugrunde liegenden Entscheidungsprozesse innerhalb der japanischen Regierung und innerhalb des japanischen Außenministeriums. (Togo 2005) So konnte Tōgō aufzeigen, dass die politischen Entscheidungsträger im Zuge der Ausweitung des Kalten Krieges auf Fernost einen Kurs eingeschlagen hatten, der durch die starke sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA und durch das Betreiben der (eingeschränkten) Wiederaufrüstung nicht im Einklang mit den pazifistischen Anliegen der Allgemeinheit und dem damit verbundenen Wunsch nach der Einbeziehung der Sowjetunion und Chinas bei der Gestaltung japanischer Sicherheitspolitik stand. In diesem Sinne stellte Tōgō auch fest, dass neben der Wiederbelebung der japanischen Wirtschaft durch die Erschließung von Märkten eine der wesentlichen Aufgaben japanischer Außenpolitik der fünfziger und sechziger Jahre darin bestand, die durch den Friedensvertrag von San Francisco und den Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag offen gelassenen Fragen zu klären, darunter etwa die so wichtige Regelung der Beziehungen zur Sowjetunion, zu China oder zur Koreanischen Halbinsel.

Die Monografien von Iokibe und Tōgō heben sich aus der bislang noch überschaubaren Zahl von Gesamtdarstellungen zur japanischen Außenpolitik (Kitaoka 2010; Inoue 2003; Ikei 1993) besonders ab, da sie sich schwerpunktmäßig mit der Ära befassen, die dem Ende des Zweiten Weltkrieges folgte. Der Politikwissenschaftler und vormalige japanische Botschafter bei den Vereinten Nationen Kitaoka Shin'ichi widmete sich beispielsweise der japanischen Außenpolitik während der Zeit des Kalten Krieges im Kontext der Diplomatiegeschichte seit der so wichtigen, als Bakumatsu bezeichneten Übergangsepoche (1853–1867), die das Ende

der Herrschaft des Shōgunats einleitete. In der einen Zeitraum von mehr als 130 Jahre umfassenden Darstellung bleibt die Auseinandersetzung mit Japan und dem Kalten Krieg zwangsläufig auf die Betrachtung wesentlicher Zäsuren beschränkt. Mit der angewandten Herangehensweise, die Wechselbeziehungen zwischen der Gestaltung japanischer Innenpolitik und den sich stetig vollziehenden Verschiebungen der Machtverhältnisse im internationalen Gefüge aufzuzeigen, konnte Kitaoka jedoch bereits – ähnlich wie Iokibe und Tōgō – den weitreichenden Einfluss des Ost-West-Konfliktes auf die Entwicklung der politischen Landschaft in Japan herausarbeiten. Besagte politische Landschaft wurde später – in Anlehnung an das Jahr der Wiedervereinigung der Sozialistischen Partei Japans (*Nihon shakaitō*, SPJ) und des fast zeitgleich vollzogenen Zusammenschlusses der maßgebenden konservativen Parteien zur Liberal Demokratischen Partei (*Jiyū minshutō*, LDP) – auch als „1955er System“ (*1955-nen taisei*) bezeichnet. (Kitaoka 2010: 225f.)

Damit streift Kitaoka auch einen Problemkomplex, dem sich bereits zuvor der Politikwissenschaftler Nakakita Kōji ausführlich widmete. Nakakita hinterfragte die gängige Interpretation der Beschaffenheit des sogenannten „1955er Systems“ als einem Zweiparteiensystem, das faktisch über einen Zeitraum von 38 Jahren von der konservativen LDP dominiert wurde. Nakakita argumentierte dagegen, dass sich die LDP erst unter Ministerpräsident Ikeda Hayato (1899–1965) zu Beginn der sechziger Jahre als Regierungspartei behaupten konnte. Denn erst durch die allgemeine Steigerung des Lebensstandards sowie durch die erreichte Vollbeschäftigung im Zeichen des wirtschaftlichen Hochwachstums konnte die LDP die eigene Position entscheidend festigen. Von vergleichbarer Bedeutung waren laut Nakakita die während der Regierungszeit von Ikeda stattgefundene Festigung der Stellung Japans unter den Staaten des westlichen Machtblocks, das Vorantreiben der Aufrüstung in Japan mit Rücksichtnahme auf die Anliegen der Allgemeinheit und die Ausweitung des japanischen China-Handels als Ausdruck einer zunehmenden Unabhängigkeit im Rahmen der Kooperation mit den USA. (Nakakita 2002: 265) Gleichwohl konnte Nakakita durch die Verbindung der einzelnen Elemente Diplomatie, Wirtschaftspolitik und Verteidigungspolitik nachweisen, dass sowohl die Wiedervereinigung der SPJ wie auch die Entstehung der LDP eine Reaktion auf die Entwicklungen im Rahmen des Kalten Krieges oder, genauer gesagt, eine Reaktion auf die mit den Waffenstillstand im Korea- bzw. im Indochinakrieg einhergehende internationale Entspannung waren. Denn nun schien das von den Sozialisten angestrebte Ziel der Herauslösung Japans aus der Abhängigkeit von den USA durch den Aufbau einer Friedenswirtschaft basierend auf dem Handel mit China und der Sowjetunion sowie die Verringerung der japani-

schen Streitkräfte durchaus umsetzbar und damit auch eine Regierungsübernahme durch die SPJ auf absehbare Zeit keineswegs unrealistisch. Nur unter diesen Bedingungen war es laut Nakakita möglich gewesen, dass sich trotz erheblichen Reibungspotentials die konservativen Parteien, die japanischen Wirtschaftsverbände und die verantwortlichen Regierungsstellen in Washington verständigten, um einen Machtwechsel durch die Sozialisten zu verhindern. (Nakakita 2002: 258) Nakakita unterstreicht damit ebenso, dass verschiedene politische Strömungen nicht nur im Kontext der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Anbindung Japans an die USA, sondern auch bei der Gestaltung der Beziehungen zu China und zur Sowjetunion wichtige Akzente setzten.

Der Politikwissenschaftler Soeya Yoshihide befasste sich wiederum speziell am Beispiel der japanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen mit der Analyse des Zusammen- und Gegeneinanderwirkens einzelner japanischer Interessengruppen im Prozess der Neugestaltung japanischer Außenpolitik unter den Voraussetzungen des Ost-West-Konfliktes. (Soeya 1998; ders. 1995) Dabei kam Soeya zu dem Schluss, dass eine Art Arbeitsteilung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren stattfand, die entscheidend zur Entstehung einer pluralistischen Struktur innerhalb der japanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen beitrug. Dadurch war es möglich, bereits vor der japanisch-chinesischen Annäherung von 1971/72 eine gewisse Stabilität und Kontinuität im wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Staaten herzustellen, die zwar nicht losgelöst von den Entwicklungen des Kalten Krieges und – damit verbunden – der amerikanischen Chinapolitik bestehen konnten, grundsätzlich aber vergleichsweise resistent gegenüber Einflüssen aus dem internationalen Gefüge waren. Die Ergebnisse der Untersuchung sind auch zentral für das Verständnis japanischer Außenpolitik zur Zeit des Kalten Krieges, da sie verdeutlichen, dass außenpolitische Initiativen nicht zwangsläufig von staatlicher Seite ausgehen und auch nicht immer im Einklang mit der Linie der jeweiligen japanischen Regierung stehen mussten. Diese komplizierten Verhältnisse waren laut Soeya nicht zuletzt auf den Wunsch nach dem Betreiben einer unabhängigen Außenpolitik und auf den übermächtigen Einfluss pazifistischer Ansichten auf Japans Innenpolitik zurückzuführen.

Zusammengenommen verdeutlichen die Resultate der bisherigen Forschung, dass sich die japanische Außenpolitik während der Zeit des Kalten Krieges zwar der amerikanischen Globalstrategie nicht entziehen konnte. Auf der anderen Seite strebten die japanischen Entscheidungsträger jedoch nach mehr Autonomie und entwickelten bei der Suche nach dieser zwangsläufig Initiativen. Auf diesem Weg gewann Japan im regionalen wie auch im weltpolitischen Rahmen zunehmend an Bedeutung. Gleichwohl unter-

streichen die vorliegenden Untersuchungen den weitreichenden Einfluss des Kalten Krieges auf die Formung der politischen Landschaft im Inselstaat. Diese Landschaft zeichnete sich dadurch aus, dass pazifistische Strömungen und die, für freundschaftliche Beziehungen und den Handel mit China und der Sowjetunion eintretende, Opposition der seit 1955 wirkenden konservativen LDP-Regierung regelmäßig Reaktionen abverlangten.

Um ermitteln zu können, unter welchen Voraussetzung die Deutschlandfrage zum Gegenstand einer nach Selbstständigkeit strebenden japanischen Außenpolitik und dadurch wiederum Japan zu einer unmittelbaren Angelegenheit ostdeutscher Außenpolitik wurde, ist ein Blick auf die vorliegenden Erkenntnisse zu den deutsch-japanischen Beziehungen der Nachkriegszeit und insbesondere zur Beschaffenheit der Außenpolitik der DDR erforderlich. Doch obwohl das Verhältnis zwischen Deutschland und Japan in den vergangenen Jahren verstärkt zum Gegenstand historischer Untersuchungen geworden ist, konzentrieren sich auch die jüngeren Studien in der überwiegenden Mehrzahl auf den Zeitraum bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. (Kudo, Tajima und Pauer 2009; Kudō und Tajima 2008; Spang und Wippich 2006; Kreiner 1990; ders. 1986) Die bislang noch sehr lückenhafte Auseinandersetzung mit den deutsch-japanischen Beziehungen im Zeichen des Kalten Krieges erscheint zu einem mitbestimmenden Teil den lange nicht gegebenen Möglichkeiten der Einsichtnahme geeigneter archivarischer Quellen geschuldet. Die wenigen Arbeiten aus der Zeit vor der Deutschen Wiedervereinigung, die sich etwa speziell mit dem Wirken der DDR in Japan befassten, stützten sich ausschließlich auf Pressemeldungen und veröffentlichte Dokumente.

Die ersten, auf der Basis von Quellen aus deutschen und amerikanischen Archiven erstellten Untersuchungen über die Rolle und die Kooperation der Regierungen in Bonn und Tokyo im Rahmen der Globalstrategie der USA wurden von den Historikern Gustav Schmidt (1996) und Hans-Heinrich Jansen (1996) verfasst und 1996 in einem Sammelband veröffentlicht. (Schmidt und Doran 1996) Durch die Einbeziehung der entsprechenden Dokumente war es ihnen möglich, nachzuweisen, dass die Bundesregierung aktiv bei der Integration Japans in den westlichen Machtblock mitwirkte. Die Frage des Stellenwertes der Deutschlandfrage wurde dabei zwar allein von Jansen – und das auch nur am Rande – aufgegriffen. Dennoch wurde bei Jansen in Ansätzen deutlich, dass die deutschlandpolitischen Ziele der Bundesregierung und das so wichtige handelspolitische Vorankommen des Inselstaates in Westeuropa unmittelbar miteinander verbunden waren.

Nach der Veröffentlichung von Jansens Aufsatz vergingen elf Jahre, bis sich der Japanologe Christian Oberländer 2007 mit dem Stellenwert der Deutschlandfrage in Japan im Kontext der Auswirkungen der Mos-

kaureise von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) auf die japanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen Friedensvertrag von 1955/56 auseinandersetzte. Oberländer konnte in diesem Kontext herausstellen, wie Deutschlandpolitik und japanische Sicherheitspolitik ineinandergriffen und wie schließlich das westdeutsche Muster zur vorläufigen Regelung der Beziehungen zur UdSSR auch von der Regierung in Tokyo übernommen wurde. (Oberländer 2007)

In der japanischsprachigen Literatur wurde das deutsch-japanische Verhältnis unter den vorherrschenden Bedingungen des Kalten Krieges bislang nur beiläufig behandelt (Nakakita 2008; Shigi 1991)², allerdings befindet sich derzeit ein umfangreicher Band zu den deutsch-japanischen Beziehungen der Nachkriegszeit unter redaktioneller Aufsicht von Kudō Akira und Tajima Nobuo in Arbeit, der auch diesen speziellen Aspekt aufgreift und voraussichtlich 2014 zunächst in japanischer Sprache erscheinen wird.

Aus den vorliegenden Forschungsergebnissen zu den deutsch-japanischen Beziehungen der Nachkriegszeit kann jedoch bereits gefolgert werden, dass ein Japan, dessen Außenpolitik eng an die amerikanische Ostasienpolitik gebunden war und das ein ausgeprägtes Interesse am Zugang zu den Märkten Westeuropas hatte, in deutschlandpolitischen Fragen die Maxime des westdeutschen Alleinvertretungsanspruches unweigerlich zur obersten Richtlinie erhob. Jener Grundsatz, der bereits am 8. Oktober 1949, dem Tag nach der Gründung der DDR, erste Konturen erhielt, als Bundeskanzler Adenauer der „im Entstehen begriffenen ostdeutschen Volksrepublik“ als „illegitimer Institution“ das Mitspracherecht in gesamtdeutschen Fragen aberkannte (Fischer 1979: 52), wurde schon bald internationalisiert, in Form der Hallstein-Doktrin weiter zementiert³ und stellte so bis in die frühen siebziger Jahre hinein das größte Hemmnis der überstaatlichen Entfaltung der DDR dar.

Um den politischen Handlungsspielraum der DDR im internationalen Beziehungsgeflecht des Kalten Krieges und speziell gegenüber Japan unter diesen Bedingungen ermessen zu können, empfiehlt sich ein Blick auf den Stand der Forschung zur Außenpolitik der DDR im Allgemeinen. Dabei wird schnell ersichtlich, dass seit den neunziger Jahren auch dieses Feld verstärkt zum Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen wurde, die ostdeutsche Außenpolitik aber trotzdem, wie noch 2004 der Historiker Oliver Bange feststellte, einer „historischen terra incognita“ ähnelte, die an eine „Seekarte der frühen Neuzeit“ mit ihren Skizzierungen von „sagenumwobenen“ neuen Erdteilen einschließlich der „darin hausenden Ungeheuer“ erinnere. (Bange 2004: 492) Westdeutsche Publikationen, die vor der Deutschen Wiedervereinigung verfasst wurden, mussten sich zumeist auf die Auswertung gedruckter Quellen beschränken

und konnten unter Umständen eine spürbar tendenziöse Haltung des Verfassers zur Teilung Deutschlands widerspiegeln. Insofern sticht der 1979 von Hans-Adolf Jacobsen, Gert Leptin, Ulrich Scheuner und Eberhard Schulz herausgegebene Sammelband zu den ersten drei Jahrzehnten der Außenpolitik der DDR (Jacobsen et al. 1979) besonders hervor, da er noch bis zum Ende der neunziger Jahre und darüber hinaus als Referenzwerk angesehen wurde. (Scholtyseck 2003: 55; Siebs 1998: 18) Aufgrund der Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaften zur Legitimierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse in der DDR ergab sich, wie der Historiker Hermann Weber festhielt, im ostdeutschen Teilstaat ein „gefälschtes und deformiertes Geschichtsbild“. (Weber 1999: 121) Entsprechend schwierig gestaltet sich der Rückgriff auf ostdeutsche Publikationen über die eigene Außenpolitik.

Obwohl nach Oliver Bange, bedingt durch einseitige Perspektiven und Dokumentenarmut, Mangel an wissenschaftlichen Vorarbeiten und Detailstudien, noch immer eine gewisse Vorsicht im Umgang mit diesem Forschungsfeld angebracht sei (Bange 2004: 492), haben doch die Monografien von Benno-Eide Siebs (1998), Ingrid Muth (2000), Joachim Scholtyseck (2003) und Hermann Wentker (2007) bereits erheblich zur Klarstellung des allgemeinen Kontextes der Außenpolitik der DDR beigetragen. Insbesondere die von Wentker verfasste Monografie als das jüngste und vermutlich umfangreichste Werk zu den verschiedenen Aktionsfeldern des ostdeutschen Wirkens im Ausland, das sowohl bereits vorliegende Ergebnisse der Forschung wie auch unmittelbare Erkenntnisse aus archivischen Quellen einbezog, verdeutlichte noch einmal prägnant die zentralen Elemente der außenpolitischen Staatsräson der DDR: „Ostabhängigkeit“ und „Westabgrenzung“. So stellte Wentker fest, dass der ostdeutsche Teilstaat auch nach der Auflösung der sowjetischen Hohen Kommission 1955 und der damit verbundenen Gleichstellung mit den anderen Staaten des „Ostblocks“ ohne Einflussmöglichkeiten auf die sowjetische Deutschlandpolitik blieb und letztendlich die Aufwertung allein „von Moskaus Gnaden“ erfuhr. Jener Aspekt wirkte sich wie Wentker herausstellte unmittelbar auf den zweiten zentralen Faktor ostdeutscher Außenpolitik aus, nämlich die „Westabgrenzung“ zur Bundesrepublik. Nach der Abschiedsnahme von „Wiedervereinigungssillusionen“ hing der Erfolg des Unterfangens, über den Weg der Erlangung internationaler Gleichrangigkeit mit der Bundesrepublik das Legitimitätsdefizit im Inneren der DDR zu kompensieren, im erheblichen Maße vom Einfluss der UdSSR im jeweiligen Zielland ab. Gleichwohl stand die ostdeutsche Außenpolitik fast überall in Konkurrenz zur Bundesrepublik, die nach Wentker an der Seite der Westmächte bald als angesehene Mittelmacht im weltpolitischen Rahmen agierte und mit ihrer überlegenen

Wirtschaftskraft dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung Geltung verschaffte. (Wentker 2007: 556–559)

So wurde auch der Versuch der Unterwanderung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruches zur Erlangung internationaler Gleichrangigkeit durch eine diplomatische Anerkennung der DDR als Hauptanliegen der ostdeutschen Politik gegenüber den neutralen und blockfreien Staaten sowie gegenüber verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten der NATO in der Zeit vor der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages durch einzelne Untersuchungen herausgearbeitet, die sich speziell mit den Beziehungen der DDR zu Frankreich (Pfeil 2004; ders. 2001), Großbritannien (Hoff 2003; Howarth 1999), Italien (Lill 2001; dies. 2000; Pöthig 2000), den Benelux-Staaten (Horstmaier 2004; ders. 2001; Pekelder 2001), der Schweiz (Steffen Gerber 2002; dies. 2001), Schweden (Muschik 2005), Finnland (Griese 2006; Putensen 2000), Griechenland (Stergiou 2001) oder Indien (Voigt 2008) befassen. Durchaus waren etwa die feste Stellung der Kommunisten in der italienischen Innenpolitik, die aus der Zeit der deutschen Besatzung erwachsenen Ressentiments gegenüber dem östlichen Nachbarn in den Niederlanden wie auch Ambitionen in Frankreich, Großbritannien oder Belgien zur Aufrechterhaltung des Status quo in Europa aus damaliger Sicht vielversprechende, am Ende jedoch nicht hinreichende Voraussetzungen zur Durchbrechung der Hallstein-Doktrin. Folglich bleibt am Ende stets die Feststellung, dass das ostdeutsche Werben – trotz der in diesen Ländern gegebenen Möglichkeiten – aufgrund des wirtschaftlichen sowie des politischen Gewichts der Bundesrepublik bzw. der fehlenden Möglichkeiten auf ostdeutscher Seite, Anreize zu setzen, kaum Aussichten auf Erfolg hatte.

Was die „freie Welt“ anbelangt, so blieb bisweilen die Politik der DDR gegenüber Japan weitgehend unbeachtet, obgleich die wenigen Arbeiten aus der Zeit vor der Deutschen Wiedervereinigung zu diesem Themenfeld bereits einen frühzeitig einsetzenden und beständigen Austausch dokumentierten. (Neuss 1989; Glaubitz 1979; Kupper 1971) Diesen Austausch rückte zuerst Hans-Christian Hermann (2006) und anschließend Christian Oberländer (2008) auf der Grundlage archivarischer Quellen in den Kontext japanischer Deutschlandpolitik, mit dem Ergebnis, dass einer pro-westdeutschen Regierung in Tokyo ein ausgeprägter japanischer Ost-West-Handel gegenüberstand. Ferner sollte Onodera Kei'ichis (1999) quantitative und qualitative Inhaltsanalyse zur Perzeption der Deutschlandfrage in der japanischen Presse zwischen 1983 und 1990 genannt werden, da sie u. a. auch das Verhältnis der wichtigsten politischen Parteien Japans zum geteilten Deutschland in den achtziger Jahren aufgriff.

Nicht berührt wurde bislang Japan als Bestandteil der ostdeutschen Konzeptionen für Fernost und über die Region hinaus. Zwar erscheint es

naheliegend, dass der ostdeutsche Teilstaat als unmittelbarer Bestandteil der ungelösten Deutschlandfrage gerade im Kontext europäischer Sicherheit vor allem im Okzident verstärkte Bedeutung erlangte, doch zeigt schon die eingangs aufgeführte Monografie von Hermann Wentker, dass die DDR allein aufgrund der sogenannten „Bruderstaaten“ auch in Fernost sehr präsent war. Japan bildete in der Region spätestens für den Zeitraum ab den siebziger Jahren einen der wichtigsten Bezugspunkte der Außenpolitik der DDR. Allein durch den wirtschaftlichen Austausch soll der Inselstaat zum Teil einen höheren Stellenwert für die ostdeutschen Entscheidungsträger erhalten haben als die „Bruderstaaten“ in Ost- und Südostasien, wie Vietnam, Nordkorea, die Mongolei oder selbst China, so die Feststellung der Politologin Beate Neuss. (Neuss 1989: 265)

Die vorliegende Untersuchung begreift, im Sinne der bereits vorhandenen Ergebnisse der Forschung zur Politik der DDR gegenüber den neutralen und westlichen Staaten, die westdeutsche Nichtanerkennungspolitik als einen der wichtigsten Aspekte im Verhältnis der DDR zu Japan bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages, und will die Frage nach der Realisierbarkeit einer vorzeitigen Anerkennung der DDR durch die japanische Regierung ebenso ergründen. Allerdings soll die ostdeutsche Politik gegenüber Japan bzw. die Japanpolitik der DDR nicht von vornherein mit einer Anerkennungs politik gegenüber Japan gleichgesetzt werden. Die Bestätigung des Alleinvertretungsanspruches der Bundesregierung durch die japanische Regierung wird zwar als Ausgangspunkt der Deutschlandpolitik im Japan der Nachkriegsära verstanden. Doch waren Beobachter wie der Politikwissenschaftler und Sinologe Joachim Glaubitz schon zeitig davon überzeugt, dass der ostdeutsche Teilstaat in Japan unter gegebenen Voraussetzungen nicht aus dem Schatten der Bundesrepublik habe hervortreten können. (Glaubitz 1979: 731f.) Insofern soll die Suche nach internationaler Anerkennung als Teil des Rahmens begriffen werden, den es bedarf, um vor allem der Frage nachzugehen, wie sich die Außenpolitik der DDR und damit einhergehend Deutschlandpolitik an dieser entscheidenden Schnittstelle des Ost-West-Konfliktes im pazifischen Raum gestaltete.

2. PROBLEMSTELLUNG UND KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN

Die vorliegende Arbeit widmet sich den für die Entstehung eines unmittelbaren Austausches zwischen Japan und der DDR erforderlichen Voraussetzungen und stellt die Frage, warum, wann und wie im Prozess der Gestaltung der ostdeutsch-japanischen Beziehungen der ersten zwei Dekaden eine konkrete Japanpolitik der DDR initiiert wurde. Die Besonder-

heit Japans als Objekt der ostdeutschen Außenpolitik ergibt sich aus der Schlüsselfunktion als Frontstaat im Kalten Krieg in Fernost, dem hohen Industrialisierungsgrad sowie der damit einhergehenden kontinuierlich steigenden Bedeutung im internationalen Wirtschaftssystem ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, bzw. speziell im Ost-West-Handel, seit den frühen sechziger Jahren. Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung steht also die Erfassung eines bestimmten Teilbereichs der Außenpolitik der DDR und dessen Einbettung in das Gefüge des Kalten Krieges in Ostasien. Einem solchen Ansatz liegt das Erkenntnisinteresse zugrunde, die äußere Umwelt und den inneren Zusammenhang der ostdeutschen Außenpolitik sowie ihre Kontinuitäten in diesem geografisch so fern gelegenen Teil der Welt aufzuzeigen.

Neo-realistischen Grundannahmen⁴ folgend steht am Ausgangspunkt dieser Untersuchung die Annahme, dass der Staat, wie der Historiker Richard Saull in seiner Auseinandersetzung mit der Entwicklung internationaler Beziehungen im Kalten Krieg feststellte, nicht allein das Produkt historischer Prozesse, sondern ebenso Mittler (*agent*) geschichtlichen Wandels wie auch Gegenstand breiter historischer Umgestaltung ist. Internationale Beziehungen während der Zeit des Kalten Krieges, werden demnach so verstanden, dass die Staaten als „interacting units“ die Machtverhältnisse im internationalen Gefüge beeinflussen können, während die Evolution des Ost-West-Konfliktes auf der anderen Seite die Handlungsweise der Staaten als Mittler beeinflusst und damit auch festlegen bzw. verändern kann. (Saull 2001: 31f.) In diesem Sinne ist das ostdeutsche Engagement in Japan auch als Bestandteil einer Außenpolitik zu verstehen, die sich auf eine internationale Umwelt richtete, welche sich ihrerseits, wie der Historiker Wolfram Hanrieder konstatierte, aus verschiedenen Komponenten zusammensetzte.

In der Weltordnung der Nachkriegszeit, die sich, wie Hanrieder schreibt, „als eine Verflechtung von Altem und Neuem, als eine Dialektik von aufgehobener Vergangenheit und rückläufiger Gegenwartigkeit“ gestaltete, manifestierten sich die Herausforderungen von Außenpolitik und Diplomatie im „bipolaren Konflikt zwischen den nuklearen Supermächten und deren Verbündeten, in multipolaren politischen und wirtschaftlichen Rivalitäten, in den vielschichtig belasteten Beziehungen zwischen der überentwickelten und unterentwickelten Welt, in formellen Institutionen und informellen Übereinkommen.“ Dies waren nach Hanrieder die Ebenen, auf denen „politische, strategische und ökonomische Interessenskonflikte ausgetragen wurden; auf denen Partner und Gegner, Gelingen und Scheitern gegenübergestellt waren; auf denen Konflikt und Kooperation im Zusammenspiel das historische Geschehen bestimmten.“ (Hanrieder 1995: XVI) Dies waren also auch zwangsläufig die Ebe-

nen, auf denen sich die Außenpolitik der DDR dem Dilemma der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten zu entziehen versuchte, auf denen sie sich mit dem westdeutschen Alleinvertretungsanspruch konfrontiert sah und auf denen sich das Japan der Nachkriegszeit mit sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Fragen von existenzieller Bedeutung auseinandersetzen musste, die, ähnlich wie im Falle Deutschlands, aus der Kriegsniederlage und dem Heraufziehen des Ost-West-Konfliktes erwuchsen.

Die sich daraus ergebende Vielschichtigkeit des ostdeutschen Wirkens gegenüber Japan legt den Rückgriff auf einen methodisch und inhaltlich pluralistischen Arbeitsansatz nahe. Dabei wird bewusst nicht auf ein vorgefertigtes Modell zurückgegriffen, da dieses, wie der Staatswissenschaftler und langjährige Diplomat Heinrich End bereits zu Beginn der siebziger Jahre konstatierte, im Angesicht der Mehrdimensionalität der auswärtigen Nichtanerkennungspolitik der Bundesrepublik „schon allein am Abstraktheitsgrad und der mangelnden Operationalisierbarkeit seiner Begriffe scheitern müsste.“ (End 1973: 14) Um die Entwicklung von Chancen und Zielen des ostdeutschen Wirkens gegenüber Japan innerhalb des vorgegeben Rahmens von Notwendigkeit und Handlungsfreiheit zu verstehen, müssen mit den Worten von Hanrieder, „jene äußeren Kräfte- und Interessenkonstellationen“ herausgearbeitet werden, die der (ost- bzw. west-)deutschen Außenpolitik ihre „Grenzen setzten und ihre Handlungsmöglichkeiten beschränkten, aber auch erweiterten.“ (Hanrieder 1995: XI)

Bei der methodischen Erfassung des Untersuchungsgegenstandes orientiert sich die vorliegende Arbeit an den konzeptionellen Überlegungen der Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn (Haftendorn 1989), wie sie bereits im umfangreicheren Kontext mit aussagekräftigen Ergebnissen angewandt wurden. (Haftendorn 2001) Mit Hilfe von Haftendorns Paradigma des außenpolitischen Prioritätenkonfliktes soll der enge Zusammenhang zwischen Prioritätenkonflikten, wie sie sich aus dem Wechselspiel der von Hanrieder benannten „äußeren Kräfte- und Interessenkonstellationen“ des Kalten Krieges ergaben, und dem außenpolitischen Handlungsspielraum der betroffenen Staaten verdeutlicht werden. Das von Haftendorn konzipierte Paradigma setzt eine Definition von Außenpolitik als Interaktionsprozess voraus ...

„[...] in dem ein politisches System (,Staat‘) seine grundlegenden Ziele und Werte in Konkurrenz zu denen anderer Systeme zu realisieren versucht. Dieser Prozeß wird zum einen beeinflusst durch gesellschaftliche Anforderungen aus dem Inneren des Systems und zum anderen durch solche aus dem internationalen System. Das Ergebnis ist ein dynamischer Prozeß

wechselseitiger Einwirkung und Anpassung, der sich sowohl auf der innenpolitischen wie auch auf der internationalen Ebene vollzieht.“ (Haftendorn 1989: 33)

Anknüpfend an diese Definition ist vom „außenpolitischen Prioritätenkonflikt“ dann die Rede, „wenn das politische System angesichts internationaler Anforderungen oder Widerstände nicht in der Lage ist, die als Ergebnis interner gesellschaftlicher Anforderungen festgelegten Ziele extern durchzusetzen oder angesichts entgegenstehender äußerer Anforderungen zumindest aufrechtzuerhalten.“ (Haftendorn 1989: 35) Kurz gesagt, ein außenpolitischer Prioritätenkonflikt tritt auf, wenn sich staatliche Ziele nicht mit überstaatlichen Anforderungen vereinbaren lassen.

Besonders im ambivalenten Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik wird ersichtlich, wie äußere Bedingungen auf interne gesellschaftliche Verhältnisse ausstrahlten. Der westdeutsche Teilstaat stellte während der gesamten Zeit des Bestehens der DDR ein Problem für die ostdeutsche Staatsführung dar. Er war der größere und leistungsfähigere deutsche Staat, der mit seiner dynamischen Gesellschaft nicht nur die wichtigste informelle Bezugsgröße, sondern gleichwohl auch Referenz- und Konkurrenzgesellschaft bildete. Die DDR blieb geradezu auf die Bundesrepublik fixiert, wie der derzeitige Vorstandsvorsitzende der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ Rainer Eppelmann feststellte. (Eppelmann 2003: 13)

Doch nicht allein das zügige wirtschaftliche Erstarken der Bundesrepublik brachte die ostdeutsche Führung in diese prekäre Situation. Ausschlaggebend waren ebenso die eigenen Systemdefizite. Die DDR war ein Staat, der höchstens von einem Teil seiner Bevölkerung akzeptiert und getragen wurde. Im Gegensatz dazu konnte die Bundesrepublik einen breiteren inneren Konsens unter ihren Bürgern erzeugen. Die Masse der ostdeutschen Bevölkerung fühlte sich von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen im westdeutschen Teilstaat angezogen. In diesem Sinne war die Bundesrepublik höchst destabilisierend für die inneren Verhältnisse der DDR. Dieser Sachverhalt wurde letztendlich durch drei Millionen Menschen unterstrichen, die bis 1961 aus der DDR in die Bundesrepublik flüchteten. (Wentker 2007: 7) Als Mittel zur Festigung des Herrschafts- und Gesellschaftssystems avancierte daher die Herstellung internationaler Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit mit der Bundesrepublik bald zum obersten Ziel der Außenpolitik der DDR. (Eppelmann 2003: 13)

Jene Konstellation wirkte gleichzeitig auf die von Haftendorn als außenpolitischer Handlungsspielraum bezeichnete Autonomiefähigkeit des ostdeutschen Teilstaates ein, d. h. die ihm zur Verfügung stehenden

Möglichkeiten, eigene Werte und Ziele in Konkurrenz zu denjenigen anderer Systeme um- und durchsetzen zu können. Allgemein steht nach Haftendorn das erfolgreiche Einwirken auf andere politische Systeme in Relation zum Umfang des außenpolitischen Handlungsspielraums. Hat dieser ein gewisses Ausmaß, so ermöglicht er es dem System, seine Ziele und Werte eigenständig zu formulieren und zu verwirklichen. Ist der Handlungsspielraum zu gering oder wird er von anderen Akteuren als gering wahrgenommen, tritt die Anforderung zur Berücksichtigung externer Anforderungen auf. (Haftendorn 1999: 13) Vom Handlungsspielraum bzw. vom Grad der Autonomie eines politischen Systems hängt ab, in welcher Weise widersprüchliche Anforderungen durch Anpassungsprozesse innerhalb des Systems selbst gelöst werden müssen oder durch die Einwirkung auf die internationalen Verhandlungspartner geregelt werden können. Während ein autonomes System aus eigener Kraft erfolgreich auf andere Systeme einwirken kann, wird ein strukturell abhängiges System zu regelmäßigen Anpassungsleistungen gezwungen. Bezogen auf die Außenpolitik der DDR wie auch auf die Außenpolitik der Bundesrepublik bedeutet dieser Umstand laut Haftendorn, dass beide deutsche Staaten – wenn auch in unterschiedlicher Form – große Anpassungsleistungen vollbringen, d. h. sich den äußeren Gegebenheiten anpassen mussten. Die Staatsführung in Ostberlin wie auch die Regierung in Bonn waren entsprechend bestrebt, den Grad an Autonomie ihres politischen Handelns zu vergrößern. Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitbestimmung sollten etwa durch die Einbettung der jeweiligen Außenpolitik in einen multilateralen bzw. institutionellen Kontext herbeigeführt werden. (Haftendorn 2001: 13)

Unter Berücksichtigung der besonderen, für die DDR geltenden Abhängigkeitsverhältnisse und der Herausbildung einer Außenpolitik der beiden deutschen Staaten, die in hohem Maße ein Reagieren auf weltpolitische Herausforderungen im Ost-West-Konflikt darstellte (Haftendorn 2001: 14f.), ergibt sich die Frage, wie es dem ostdeutschen Teilstaat möglich war, Grundlagen für ein eigenständiges Engagement zu schaffen und wie dieses Wirken durch die sich stets wandelnden Bedingungen im internationalen Gefüge geformt, gefördert oder unter Umständen beeinträchtigt wurden. Daran anknüpfend gilt es vor allem zu klären, welche Ressourcen der ostdeutschen Außenpolitik zur Durchsetzung ihrer Interessen gegeben waren und in welcher Form sich der vergleichsweise unerfahrene außenpolitische Apparat nicht nur eine gezielte Vorgehensweise, sondern gleichwohl eine auf diesen einzigartigen Staat in Fernost zugeschnittene Strategie aneignete.

Eine entsprechende Gewichtung erhält folglich die Betrachtung des Aspekts der Heteronomie und Autonomie der ostdeutschen Politik ge-

genüber Japan und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für Chancen und Ziele des ostdeutschen Teilstaates in dieser Region der Welt. Das geteilte Deutschland war nämlich nicht nur Austragungsfeld des deutschen Systemwettstreits. Es war ebenso Knotenpunkt der miteinander konkurrierenden Einflussansprüche der beiden Supermächte. Der Kalte Krieg brachte überhaupt erst die Bedingungen für die Entstehung der beiden deutschen Staaten hervor. So war auch das Verhältnis der DDR zur sowjetischen Hegemonialmacht von existenzieller Bedeutung. Die innere Sowjetisierung, die Versorgung mit Rohstoffen aus der UdSSR und die militärische Stärke der Supermacht als Garant für das Fortbestehen der DDR spiegelten die drei Dimensionen des Abhängigkeitsverhältnisses wider. (Wentker 2007: 3–6) Daraus ergab sich eine Situation, in welcher die DDR durchaus als Hebel des Einflusses der Sowjetunion im Ausland fungierte sowie auch die Bundesrepublik eine aktive Funktion in der Globalstrategie der USA erfüllte. (End 1973: 91) Mit Blick auf die weitreichenden Konsequenzen der Konfrontation zwischen den Staatsführungen in Peking und Moskau der sechziger Jahre auf die politische Gesamtsituation in Fernost stellt sich wiederum die Frage, wie weit die Auswirkungen des Schismas zwischen China und der Sowjetunion als Hegemonialmacht des ostdeutschen Teilstaates das Wirken der DDR in einem „kapitalistischen“ Land wie Japan beeinflussten. Schließlich hatte der Aufstieg und der Fall der chinesisch-sowjetischen Allianz beinahe jeden wichtigen Problemkomplex der japanischen Innen- und Außenpolitik während der fünfziger und sechziger Jahre berührt, wie der Historiker Christopher W. Braddick festhielt. (Braddick 2004: 2)

Demgegenüber ergaben sich durch die enge Gebundenheit der westdeutschen und japanischen Außenpolitik an die Globalstrategie der USA spätestens seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von San Francisco im April 1952 im Rahmen der amerikanischen Einflussosphäre Anknüpfungspunkte für eine enge Zusammenarbeit zwischen den Regierungen in Bonn und in Tokyo. (Neuss 1989: 265) Doch gilt es noch genau zu klären, welche Handlungsspielräume sich auf japanischer Seite aus der Anerkennung des Alleinvertretungsanspruches der Bundesregierung in Kernfragen der japanischen Außenpolitik – insbesondere der Erschließung von Exportmärkten – ergaben. Ebenso bleibt zu klären, in welchem Ausmaß, in welchem Kontext und auf welche Weise verschiedene politische Strömungen im Nachkriegs-Japan die Deutschlandfrage aufgriffen und thematisierten bzw. wie es dem jeweiligen deutschen Teilstaat gelang, den eigenen deutschlandpolitischen Standpunkt durch bestimmte politische Gruppierungen zu stärken und welchen politischen Stellenwert Kontinuitäten der deutsch-japanischen Beziehungen unter diesen Umständen erhielten.

Bis es zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages kam, blieben der DDR die wesentlichen außenpolitischen Wirkungsmöglichkeiten allerdings verschlossen. Das Fehlen diplomatischer Strukturen im nichtsozialistischen Ausland hatte zur Folge, dass der Außenhandel und andere in die Auslandspropaganda bzw. Auslandsinformation⁵ integrierte politisch-gesellschaftliche Bereiche des Lebens der DDR, wie Kultur, Medien, Wissenschaft oder Sport, quasi außenpolitische und diplomatische Aufgaben übernahmen. (Lemke 2001: 78) Sie vermochten Verbindungen anzubahnen, wo der Einflussnahme der ostdeutschen Außenpolitik durch das Fehlen von traditionellen Instrumentarien der Diplomatie sowie nicht ausreichend vorhandener wirtschaftlicher und militärischer Mittel ansonsten der Weg versperrt wurde. (Muth 2000: 73) Sie waren es auch, die in Zeiten von Massenkommunikation, Massendemokratie und ideologischer Konfrontation als wichtige Informationskanäle der Außenpolitik die Menschen – unter Umgehung derer Regierungen – direkt erreichen und so außenpolitische Entscheidungsprozesse in anderen Ländern beeinflussen konnten. (Mallinckrodt 1980: 11) Da Japan zu der Vielzahl von Staaten gehörte, die der DDR die diplomatische Anerkennung verwehrten und daher ein Austausch auf offizieller Ebene bis in die siebziger Jahre hinein nicht stattfand, kristallisieren sich die Kernpunkte des ostdeutschen Wirkens gegenüber Japan an erster Stelle über die dritte Ebene der ostdeutschen Außenpolitik⁶, d. h. über bestimmte, in den außenpolitischen Apparat der DDR integrierte gesellschaftliche Organisationen als unmittelbare Träger der ostdeutschen Verbindungen nach Japan heraus.

3. QUELLENLAGE

Ein Blick auf die Untersuchungen zur Außenpolitik der DDR bzw. auf die wenigen Publikationen zu den deutsch-japanischen Beziehungen im Kontext des Ost-West-Konfliktes lässt erkennen, dass diesem speziellen Kapitel der deutschen Geschichte erst seit dem Ende der neunziger Jahre verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Denn erst mit der Öffnung der ostdeutschen Archive nach dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ und dem Ablauf der dreißigjährigen Aktensperrfrist in den relevanten bundesdeutschen Archiven sind Voraussetzungen vorhanden, um umfangreiche Untersuchungen für die Zeit bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages als Wendepunkt in den deutsch-deutschen Beziehungen auf der Basis archivarischer Quellen durchzuführen.

Außergewöhnlich sind vor allem die Möglichkeiten, welche die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO-BArch) im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde mittlerweile bietet. Die dort

eingelagerten Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) unterliegen nicht der üblichen Sperrfrist von 30 Jahren. Der dadurch gewährte ungehinderte Zugriff auf Materialien des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs (ZPA) der SED kann Aufschluss über die Entscheidungen der höchsten politischen Instanz im ostdeutschen Teilstaat geben. Denn ähnlich wie die Ministerien erfüllte die Regierung der DDR eher eine ausführende Funktion im Staat. Um Prozesse der Entscheidungsfindung zu außenpolitischen Fragen nachvollziehen zu können, sind für die vorliegende Untersuchung entsprechend die Dokumente der Sitzungen des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der SED, der Abteilung Internationale Verbindungen und Außenpolitik des ZK der SED und die Sitzungen des Ministerrates der DDR von Bedeutung. Einbezogen wurden ebenso Materialien der Staatlichen Plankommission (SPK) als Organ des Ministerrates für die Koordinierung der Zentralplanwirtschaft und des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI), das 1967 in Ministerium für Außenwirtschaft (MAW) umbenannt wurde.

Die SAPMO ist gleichfalls verantwortlich für die Bestände einer Vielzahl von nichtstaatlichen und gesellschaftlichen Organisationen, die auch Bestandteil des außenpolitischen Apparates der DDR waren. Eine Reihe dieser Einrichtungen war gerade in den frühen Jahren und auch darüber hinaus stark in den ostdeutsch-japanischen Austausch involviert. Daran anknüpfend wurden nicht nur die Materialien der an erster Stelle dem Engagement der DDR im vornehmlich nichtsozialistischen Ausland verschriebenen Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (GkVA) bzw. der Liga für Völkerfreundschaft (LfV) einbezogen, sondern gleichfalls Dokumente aus dem Bestand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, der Industriegewerkschaften (IG) Eisenbahn, Chemie und Bergbau, der Interparlamentarischen Gruppe der DDR (IPG), des Deutschen Friedensrates (DFR), der 1964 in Friedensrat der DDR unbenannt wurde, sowie der Kammer für Außenhandel (KfA). Hinzu kommen außerdem Dokumente aus den Nachlässen von Walter Ulbricht sowie von Franz und Käthe Dahlem.

Anders als beispielsweise die Dokumente des MAI bzw. MAW obliegen die Bestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) – das wahrscheinlich wichtigste koordinierende Organ der ostdeutschen Außenpolitik – nicht der Verantwortung der SAPMO. Sie sind im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) der Bundesrepublik in Berlin eingelagert. Das MfAA hatte maßgeblichen Einfluss auf die Ausarbeitung außenpolitischer Vorlagen und konnte dadurch dem ostdeutschen Engagement im jeweiligen Zielland auch Impulse geben. (Mal-

linckrodt 1979a: 139) Eine vergleichbar wichtige Bedeutung für diese Untersuchung haben die Akten des Auswärtigen Amtes. Denn die Tätigkeit des Ministeriums bzw. der westdeutschen Auslandsvertretungen konnte das Vorankommen der DDR im jeweiligen Zielland entscheidend beeinflussen. Darüber hinaus fungierten die in dem hier behandelten Kontext besonders relevanten westdeutschen Auslandsvertretungen in Tokyo und Osaka-Kobe als aufmerksame Beobachter des ostdeutschen Engagements im Inselstaat, sodass die entsprechenden Dokumente den Zugriff auf ergänzende Informationen und auf eine alternative Wahrnehmung des Wirkens der DDR in Japan ermöglichen. Anders als im Falle der von der SAPMO verwalteten Akten gilt für die Bestände der MfAA wie auch die des Auswärtigen Amtes im Politischen Archiv die übliche Sperrfrist von 30 Jahren.

Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) ermöglicht wiederum den Zugriff auf Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das sich im Zuge der wachsenden Bedeutung des Inselstaates im internationalen Wirtschaftssystem auch verstärkt mit den politischen und insbesondere wirtschaftlichen Entwicklungen in Japan auseinandersetzte. Die von der BStU zugänglich gemachten Akten zeigen insofern nicht nur, wie auch japanische Wirtschaftsvertreter und Repräsentanten verschiedener japanischer Einrichtungen und Organisationen vom Repressionsapparat des MfS erfasst worden waren. Insbesondere der bereits in den vierziger Jahren unter ostdeutscher Anleitung von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) auf dem späteren Staatsgebiet der Bundesrepublik errichtete Spionageapparat, der einige Jahre darauf dem MfS einverleibt und dem schließlich die Bezeichnung Hauptverwaltung A (HV A) gegeben worden war, verfügte über ein Agentennetz mit Teils weitreichenden Einblicken in eine Vielzahl von Institutionen der politischen Landschaft des westdeutschen Teilstaates. Insofern thematisierten die Berichte der HV A u. a. auch verschiedene Teilbereiche des japanischen Verhältnisses zum geteilten Deutschland sowie überhaupt die Stellung des Inselstaates im internationalen Gefüge.

Das Agieren des FDGB in Japan bedingte, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) den Versuch unternahm, ein Gegengewicht zu den Aktivitäten der ostdeutschen Staatsgewerkschaft im Inselstaat aufzubauen. Folglich konnten ebenso Dokumente aus dem DGB-Archiv, welches Bestandteil des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn ist, einbezogen werden. Dabei spielte im Zusammenhang mit dem Agieren des FDGB und des DGB im Inselstaat auch das umfangreiche Engagement der gegeneinander wirkenden internationalen Gewerkschaftszusammenschlüsse – namentlich der pro-kommu-

nistische Weltgewerkschaftsbund (WGB) und der dem westlichen Machtblock nahestehende Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) – um die japanische Gewerkschaftsbewegung eine wichtige Rolle. Insofern wurden auch die im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG) in Amsterdam eingelagerten Dokumente des IBFG in die Untersuchung einbezogen. Im akademischen Austausch mit Japan hatte die Humboldt-Universität nicht zuletzt aufgrund ihrer Ostasienabteilung vorangestellte Bedeutung. Akten aus dem Universitätsarchiv der Humboldt-Universität (UAHU) konnten daher gleichfalls nützliche Informationen liefern. Einblicke in die Beziehungen zwischen Persönlichkeiten des Inselstaates und der DDR ermöglichte wiederum der Nachlass des ostdeutschen Ökonomen Jürgen Kuczynski (Kuc), der zum Fundus der Historischen Sammlungen der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin gehört. Die üblichen Sperrfristen gelten sowohl für den Bestand des AdsD, des IISG, der UAHU wie auch für den Nachlass von Jürgen Kuczynski.

Bei der Sichtung relevanter japanischer Quellen gehört das Diplomatic Record Office (*Gaimushō gaikō shiryō-kan*, MOFA) des japanischen Außenministeriums in Tokyo zu den vermeintlich ersten Anlaufstellen. So konnten dort auch Materialien zu zwischenstaatlichen Fragen gesichtet werden, die u. a. mehr Aufschluss über den Reiseverkehr zwischen dem ostdeutschen Teilstaat und Japan liefern und auch andere Teilbereiche des ostdeutschen Engagements in Japan sowie die Kooperation zwischen den Regierungen in Bonn und Tokyo beleuchten. Letztendlich ließen sich aus der vergleichsweise überschaubaren Anzahl von einsehbaren Dokumenten im Wesentlichen nur ergänzende Informationen, jedoch keine tiefgreifenden neuen Einblicke zum ostdeutsch-japanischen Austausch entnehmen.

Zudem sollte berücksichtigt werden, dass sich das Verhältnis zwischen Japan und der DDR bis zur diplomatischen Anerkennung im überwiegenden Maße über gesellschaftliche Einrichtungen sowie über die SPJ und die Kommunistische Partei Japans (KPJ) entfaltete. Ein Teil der involvierten japanischen Organisationen und Zusammenschlüsse besteht bereits seit Längerem nicht mehr in der ursprünglichen Form. Das gilt auch für den Generalrat der japanischen Gewerkschaften (*Nihon rōdō kumiai sōhyōgikai*, Sōhyō) als einer der wichtigsten Ansatzpunkte des ostdeutschen Wirkens in Japan, der 1989 in den Verband der japanischen Gewerkschaften (*Nihon rōdō kumiai sōrengōkai*, Rengō) aufging. Die Nachfolge der SPJ als wichtigste Oppositionspartei wurde 1996 von der Sozialdemokratischen Partei (*Shakai minshutō*) angetreten. Andere Einrichtungen mit vormals starken Neigungen zu den Staaten des „Ostblocks“, die auch einen unmittelbaren Austausch mit der DDR pflegten, existieren noch,

darunter etwa die vormalige SPJ-affilierte Sozialistische Assoziation (*Shakaishugi kyōkai*), das Japanische Friedenskomitee (*Nihon heiwa i'inkai*), der Rat für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben (*Gensuibaku kinshi nihon kyōgikai*, Gensuikyō) oder die auf Initiative der SPJ entstandene Gesellschaft für den kulturellen Austausch mit dem Ausland (*Nihon taigai bunka kyōkai*, Taibunkyō). Allerdings agieren diese Einrichtungen heutzutage entsprechend unter weitaus weniger günstigen Arbeitsbedingungen. Bei der Suche nach Quellen ergibt sich aus dieser Situation, dass ein direktes Herantreten an besagte Stellen in den seltensten Fällen die erwünschten Resultate erbringt.

Andererseits gibt es einige Einrichtungen, die sich speziell der Bewahrung von Dokumenten gesellschaftlicher Organisationen wie auch den Parteien des linken politischen Spektrums verschrieben haben. Im Ōhara Institute for Social Research (*Ōhara shakai mondai kenkyūjo*) an der Hōsei Universität in Tokyo konnten etwa vereinzelt relevante Dokumente zum ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsaustausch gesichtet werden. Im Archiv der konstitutionellen Regierungen (*Keisei shiryō-shitsu*) der Nationalen Parlamentsbibliothek (*Kokuritsu kokkai toshokan*) in Tokyo werden wiederum auch Dokumente von führenden sozialistischen Politikern wie dem früheren Generalsekretär und Vorsitzenden der SPJ Asanuma Inejirō (1898–1960) aufbewahrt. Allerdings enthalten selbst die dort eingelagerten Dokumente des langjährigen Leiters der Internationalen Abteilung und späteren Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Ishibashi Masashi (*1924) oder die Materialien der Internationalen Abteilung der Demokratisch Sozialistischen Partei (*Minshu shakaitō*, DSP), die 1960 von vormalig der SPJ angehörenden Rechtssozialisten konstituiert wurde, kaum relevante Informationen für den hier behandelten Kontext. Obgleich die Mitarbeiter der Sozialistischen Assoziation nahestehenden NPO-Körperschaft Archiv der Arbeiterbewegung (*NPO hōjin rōdōsha undō shiryō-shitsu*) bei der Herstellung von Kontakten eine sehr große Hilfe waren, konnten leider auch in diesem Archiv keine relevanten Quellen gesichtet werden. Ferner hat sich in bestimmter Hinsicht die Quellenlage in den letzten Jahren nicht zum Positiven entwickelt. Die Stiftung Gesellschaft sozialer Bewegungen in Osaka (*Zaidan hōjin Ōsaka shakai undō kyōkai*) in der größten westjapanischen Metropole, die auch der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Region verschrieben war, wurde bereits 2008 aufgrund von Budgetkürzungen aufgelöst.

Einblicke in das Verhältnis der japanischen Gewerkschaften zu den Machtblöcken und speziell zu den Gewerkschaften des geteilten Deutschlands erhält man daher vor allem durch die vom japanischen Arbeitsministerium (seit 2001 Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales) herausgegebenen Quellenedition Materialien zur Geschichte der

Arbeiterbewegung (*Shiryō rōdō undōshi*). Sehr ergiebig waren vor allem die jährlich erscheinenden Weißbücher zum Außenhandel (*Tsūshū haku-sho*), die vom japanischen Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (seit 2001 Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie) herausgegeben werden. Das gilt besonders für den Zeitraum ab der Mitte der sechziger Jahre, als das ostdeutsche Wirken in Japan massiv durch den wirtschaftlichen Austausch mit dem Inselstaat beeinflusst wurde.

Grundsätzlich hat es den Anschein, dass die Sympathien für die DDR an japanischen Universitäten mit am stärksten ausgeprägt waren. Tokyo-ter Hochschulen wie die Tōkai Universität oder die Hōsei Universität, die einen besonders engen Kontakt in die DDR pflegten, unterhalten allerdings keine Universitätsarchive. In diesem Sinne bemängelte auch der Germanist Shigi Tatsuki schon zu Beginn der neunziger Jahre die mangelhafte Überlieferung von Materialien wissenschaftlicher Institutionen und Einrichtungen am Beispiel der Japanischen Gesellschaft für Germanistik (*Nihon doku-bungakukai*). Shigi stellte fest, dass die Dokumente der Vereinigung für den Zeitraum beginnend mit der Gründung im Mai 1947 bis 1969 verloren gegangen seien und man daher für die Auseinandersetzung mit geschichtlichen Vorgängen im Wesentlichen nur wissenschaftliche Zeitschriften als Quellen heranziehen könne. (Shigi 1991: 101) Immerhin ermöglicht die Waseda Universität als das ehemalige Zentrum der 1967 gegründeten und der DDR nahestehenden Germanistenvereinigung Freunde von Weimar (*Waimaru tomo no kai*) in der Universitätsbibliothek den Zugriff auf die Forschungsberichte der Organisation.

Neben Interviews mit Zeitzeugen bleibt zuletzt der Rückgriff auf die offiziellen Organe von Sōhyō (*Sōhyō* und *Gekkan sōhyō*), der KPJ (*Akahata*), der SPJ (*Shakai shinpō* und *Gekkan shakaitō*) oder der Sozialistischen Assoziation (*Shakaishugi*). All diese Periodika – mit Ausnahme der von der Sozialistischen Assoziation herausgegebenen – entsandten zu verschiedenen Zeiten Korrespondenten in die DDR. Die den japanischen Kommunisten und Sozialisten nahestehenden Freundschaftsgesellschaften Japan-DDR publizierten zudem Bulletins in japanischer Sprache für den Raum Osaka (*Nichidoku tsūshin*), Tokyo (*Nichidoku yūkō nyūsu*), Fukuoka (*Nichidoku nyūsu*) wie auch später für Gesamtjapan (*Nihon to DDR*). Diese erschienen in sehr geringen Auflagen und wurden hauptsächlich den Mitgliedern der Vereinigungen zugestellt. Glücklicherweise wurde ein Großteil der einzelnen Ausgaben mit den Beständen der Liga für Völkerfreundschaft überliefert. Folglich können einzelne Ausgaben in der SAP-MO eingesehen werden.⁷

4. GLIEDERUNG

Ausgehend von der Beendigung der amerikanischen Besatzungszeit in Japan am 28. April 1952 stehen die folgenden Kapitel dieser Untersuchung in einer chronologischen Abfolge. Bei der Strukturierung der einzelnen Abschnitte wurde gleichwohl der Stellenwert bestimmter Aktionsfelder zur jeweiligen Zeit bedacht, sodass innerhalb der Chronologie thematische Schwerpunkte gesetzt wurden. Den Rahmen der einzelnen Passagen geben vor allem Zäsuren der japanischen Nachkriegsgeschichte vor, obgleich implizit auch Rücksicht auf die Phaseneinteilung der Außenpolitik der DDR genommen wurde, wie sie in der zuvor erwähnten Monografie zur ostdeutschen Außenpolitik von Hermann Wentker vorgenommen wurde.⁸ Die jeweiligen Abschnitte folgen dem Anliegen, jenen Prozess nachzuzeichnen, in dessen Verlauf sich bis zum Beginn der siebziger Jahre eine klare ostdeutsche Japanpolitik herausbilden konnte, die im Anschluss an die Konstatierungen von Beate Neuss auch einen zentralen Bestandteil der Ostasienpolitik der DDR darstellte.

Kapitel II der Untersuchung setzt mit der Rückerlangung japanischer Unabhängigkeit ein und stellt die Frage, wie eine vom Streben nach mehr Autonomie gegenüber den USA geprägte und gleichzeitig nach Möglichkeiten der Erschließung neuer Absatzmärkte suchende japanische Außenpolitik die Deutschlandfrage behandelte. Gleichwohl gilt es aufzuzeigen, wie im Kontext solch einschneidender Zäsuren in Fernost wie dem Koreakrieg und der sich dem Waffenstillstand auf der koreanischen Halbinsel und dem Indochinakrieg anschließenden internationalen Entspannung Initiativen auf den Weg gebracht wurden, in deren Rahmen verschiedene politische Strömungen im Inselstaat bereits Möglichkeiten der Pflege von Beziehungen zur noch jungen DDR auszuloten begannen.

Mit Blick auf die bis zum Ende fünfziger Jahre entstandenen und vor allem auf das linke Milieu des Inselstaates konzentrierten Kanäle eines ostdeutsch-japanischen Austausches widmet sich Kapitel III den Entwicklungen in Japans Innenpolitik im Zuge der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages. Die gegen 1959 einsetzenden Proteste gegen die Fortführung der Militärallianz zwischen Tokyo und Washington waren nicht nur Ausgangspunkt für eine Reihe von Vorgängen, die sich in der ersten Hälfte des Jahres 1960 zur bis dahin größten innenpolitischen Krise im Nachkriegsjapan steigern sollten. Sie hatten ebenso eine Polarisierung der politischen Landschaft des Inselstaates bedingt, sodass sich die Frage stellt, wie sich die enge Nähe verschiedener ostdeutscher Einrichtungen zum linken Milieu auf die

Position der DDR in Japan während des Übergangs der fünfziger zu den sechziger Jahren auswirkte. All dies vollzog sich während einer Phase erneut einsetzender internationaler Spannungen, die im Schatten der zweiten Berlinkrise besonders von deutschlandpolitischen Problemkomplexen beeinflusst wurde. Insofern gilt es gleichwohl zu analysieren, wie das Dilemma der Teilung Deutschlands und die in Frage gestellte Fortführung der japanisch-amerikanischen Allianz ineinandergriffen.

Die mit den Kämpfen gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages in der ersten Hälfte der sechziger Jahre vollzogene einseitige Verschiebung des ostdeutschen Engagements im Inselstaat auf die Kooperation mit dem linken Milieu wirft die im Zentrum von Kapitel IV stehende Frage auf, wie sich das zu dieser Zeit allmählich abzeichnende Chinesisch-Sowjetische Schisma auf den Handlungsspielraum der ostdeutschen Akteure in Japan auswirkte. Schließlich begannen sich bald treibende Kräfte in Japans linkem Milieu, gegenüber den Zentren des „Ostblocks“ zu positionieren.

Die erste Hälfte der sechziger Jahre wird insofern als Wendepunkt in den ostdeutsch-japanischen Beziehungen verstanden. Die ostdeutschen Akteure in Japan waren nun unmittelbar den Auswirkungen der chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzung ausgesetzt. Gleichwohl sollten die zunehmenden Gegensätze zwischen China und der Sowjetunion die Ausweitung des japanischen Ost-West-Handels weiter vorantreiben und damit auch den handelspolitischen Stellenwert des „Ostblocks“ im Allgemeinen für maßgebende japanische Wirtschaftskreise steigen lassen. Kapitel V widmet sich daher der Frage, wie die ostdeutschen Akteure auf die Entwicklungen reagierten.

Kapitel VI konzentriert sich abschließend darauf, herauszustellen, welche Möglichkeiten der Einflussnahme sich in Japan durch die Ergebnisse des Engagements der fünfziger und sechziger Jahre im Zeichen wirtschaftlichen Hochwachstums im Inselstaat, der internationalen Entspannung und der damit verbundenen Erodierung der Hallstein-Doktrin sowie der im Verlauf des Vietnamkrieges stattgefundenen, vorerst letzten Radikalisierung weiter Teile des linken Milieus ergaben. So soll am Ende aufgezeigt werden, auf welchen Grundlagen die Japanpolitik der DDR wie auch die Deutschlandpolitik Japans zum Zeitpunkt der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Ostberlin und Tokyo im Mai 1973 fußten.

Die vorliegende Untersuchung folgt dem Grundsatz, neben der Bestimmung von Kernelementen der Japanpolitik der DDR bzw. der Aufarbeitung des Entwicklungsprozesses der japanischen Ausrichtung gegenüber dem geteilten Deutschland auch allgemeine Zusammenhänge zwi-

schen innenpolitischem Wandel und internationalen Beziehungen aufzuzeigen. Daher soll im Rahmen der Abschlussbetrachtung (Kapitel VII) ebenso die wechselnde Bedeutung von militärischen und ganz besonders politischen und wirtschaftlichen Instrumentarien der Macht im Ost-West-Konflikt aufgezeigt werden.

II. OST-WEST-HANDEL, FRIEDENSBEWEGUNG UND GEWERKSCHAFTEN: ERSTE ANNÄHERUNGEN IN DEN FÜNFZIGER JAHREN

Mit der Festigung einer japanischen Politik zu Beginn der fünfziger Jahre, die auf den Grundsätzen Wiederaufrüstung, sicherheitspolitische Anbindung an die USA und hervorgehobene Bedeutung von Wirtschaft und Handelsverkehr beruhte (Iokibe 2006: 14f.), schien auch der Kurs für die zukünftige Ausrichtung des Inselstaates gegenüber dem geteilten Deutschland vorgezeichnet. Die später in Anlehnung an den damaligen japanischen Ministerpräsidenten Yoshida Shigeru (1878–1967) als Yoshida-Doktrin (*Yoshida rosen*) bezeichnete Maxime hatte Japan gemeinsam mit dem westdeutschen Teilstaat zum Kern der amerikanischen Globalstrategie gemacht (Nakanishi und Sasaki 2008: 183) und entsprechend nur wenig Spielraum für freundschaftliche Beziehungen zum unter sowjetischer Hegemonie stehenden ostdeutschen Teilstaat gelassen.

Doch waren die Verhältnisse während der Phase japanischer Nachkriegsgeschichte, die sich dem Ende der Besatzungszeit und der Rückeroberung japanischer Souveränität vom 28. April 1952 anschloss, keineswegs so eindeutig, wie dies auf den ersten Blick den Anschein haben mochte. Die angestrebte Rückkehr Japans unter die Staaten Asiens, die ebenso verfolgte Wiedereingliederung des Inselstaates in die internationale Staatengemeinschaft wie auch die Anstrengungen um die Erlangung wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit hatten verschiedene Initiativen im Verlauf der fünfziger Jahre hervorgebracht. So waren etwa schon bald die erforderlichen wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramme eingeleitet worden, während die japanischen Handelsverbindungen und Investitionen in Fernost und auch anderen Regionen wieder zunahmen. Zudem waren japanische Regierungen seit dem Beginn der Dekade nicht nur um die Nähe zu den USA und Großbritannien, zu den Vereinten Nationen und anderen internationalen und regionalen Zusammenschlüssen bemüht gewesen, sondern hatten gleichfalls auf eine Annäherung gegenüber der UdSSR, den beiden Chinas und den Staaten Südasiens hingearbeitet. Die ebenso im Verlauf der fünfziger Jahre einsetzenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Inselstaat hatten wiederum eine Kluft zwischen den konservativen und progressiven Kräften in der japanischen Innenpolitik aufgetan, die noch bis in die achtziger Jahre hinein fortbestehen sollte. (Rose und Tomaru 2008: 1f.)

Am Beginn dieser Untersuchung soll nun der Frage nachgegangen werden, wie unter diesen Bedingungen auch eine neue japanische Deutschlandpolitik ihren Anfang nahm und wie vor dem Hintergrund wirtschafts- und sicherheitspolitischer Gegensätze zwischen einflussreichen nationalen Interessengruppen Fragen um das Verhältnis zum geteilten Deutschland bereits vergleichsweise zeitig verschiedene politische und gesellschaftliche Kreise im Inselstaat beschäftigten.

1. JAPANS SICHERHEITSPOLITISCHE AUSRICHTUNG IM KALTEN KRIEG

Nach dem Ende des Pazifikkrieges hatten die USA die Führungsrolle bei der Gestaltung des neuen Japans übernommen. In Washington hatte keinerlei Absicht bestanden, gegenüber den anderen Alliierten in dieser Frage Zugeständnisse zu machen, zumal die Vereinigten Staaten den Hauptbeitrag im Krieg gegen Japan geleistet hatten. So war das hervorstechende Charakteristikum der sich der Kapitulation vom 15. August 1945 anschließenden Besatzungszeit in Japan, dass es sich faktisch um eine allein von den USA getragene Besatzung handelte.¹ Innerhalb der Weltordnung der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte der besiegte Inselstaat zunächst noch keinen hohen Stellenwert für die Besatzungsmacht. Die amerikanisch-sowjetische Kooperation hatte noch Bestand und es deutete sich die Chance an, dass ein stabiles und demokratisches China zu einem zentralen Partner avancieren könnte. Dem ehemaligen amerikanischen Kriegsgegner wurde dagegen keine andere Rolle zugestanden als die eines demilitarisierten und neutralisierten Zwerges. (Soeya 1998: 5)

Im Laufe der späten vierziger Jahre wurde das Gewicht Japans in den geopolitischen Konzeptionen der politischen Führung in Washington jedoch zunehmend größer. Mit der am 12. März 1947 proklamierten Truman-Doktrin, der im Juni des Jahres verkündeten Abstandnahme der sowjetischen Seite vom Marshallplan und der Teilung Europas in ein östliches und westliches Lager ging auch die Frage nach dem möglichen Stellenwert Japans innerhalb der Globalstrategie der USA einher. Das wirtschaftliche Potential, der hohe Anteil der gelernten Bevölkerung und die geographische Lage des Inselstaates konnten unter sowjetischer Kontrolle eine ernsthafte Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellen. Im Umkehrschluss konnte dieses Potential gleichwohl aber ein strategischer Vorteil für Washington sein, wenn es gelingen sollte, Japan zu einem verlässlichen Verbündeten der USA zu machen. (Iokibe 2006: 57, 66) Bereits nach der Gründung der Volksrepublik China im Oktober 1949 begann die amerikanische Besatzungsmacht eine verstärkt wohlwollende Politik gegenüber Japan zu betreiben, da die angestrebte Politik

der offenen Tür und Zusammenarbeit mit China als vormaliger Grundpfeiler amerikanischer Asienpolitik, kaum noch umsetzbar erschien. (Kitaoka 2010: 220) Die tatsächliche Aufwertung erfuhr Japan schließlich als der Kalte Krieg im Juni 1950 mit dem Beginn militärischer Kampfhandlungen in Korea auch Ostasien erreichte und sich so zu einem Phänomen auf globaler Ebene steigerte. Die Ereignisse überschatteten die Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkrieges in Asien und machten den Inselstaat gleichzeitig zum amerikanischen Bollwerk gegen den Kommunismus in Fernost. (Soeya 1998: 5f.)

Das Bemühen um die Stärkung Japans als neuen Partner der USA in der Region ging einher mit dem Durchbruch in der bis dato ungeklärten Frage über den Abschluss eines Friedensvertrages und die Rückerlangung japanischer Unabhängigkeit. Am 4. September 1951 hatten sich 52 Nationen zur Friedenskonferenz von San Francisco zusammengefunden, 48 Nationen – darunter auch Japan – gehörten schließlich am 8. September zu den Signaturstaaten des Friedensvertrages. Noch am selben Tag schlossen die japanischen und die amerikanischen Bevollmächtigten mit der Unterzeichnung des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages ein bilaterales Militärbündnis. All dies brachte Japan zwar einen vergleichsweise großzügigen Frieden, der u. a. darauf bedacht war, dass die zu begleichenden japanischen Reparationen der japanischen Wirtschaft keinen Schaden zufügten. Die Frage, in welchem Verhältnis Japan zu den sozialistischen Staaten der Welt zukünftig stehen würde, blieb aber ungeklärt.

Auf der anderen Seite konnte sich die japanische Sicherheitspolitik nun zwar auf die schlagkräftigen amerikanischen See-, Luft- und Bodestreitkräfte der USA stützen (Iokibe 2006: 73), denn Washington hatte sich durch den Sicherheitsvertrag verpflichtet, Japan im Falle eines Angriffs Hilfe zu leisten. Die Vereinbarung gestand den Vereinigten Staaten aber auch Stützpunktrechte im Inselstaat zu, die in Anspruch genommen werden konnten, um Japan vor einer Aggression zu schützen oder aber um anderen amerikanischen Anliegen in der Region nachzugehen. Möglichkeiten, gegen amerikanische Entscheidungen im Hinblick auf die Nutzung der Stützpunkte einzugreifen, waren der japanischen Regierung nicht gegeben.² Die einseitige Bindung Japans an die Linie der amerikanischen Regierung hatte sich jedoch nicht nur auf sicherheitspolitische Fragen beschränkt, sondern war ebenso mit einer starken wirtschafts- und handelspolitischen Abhängigkeit von den USA einhergegangen, die auf lange Sicht weder im japanischen noch im amerikanischen Interesse sein konnte.

1.1 DEUTSCHLANDPOLITIK UND DER HANDELPOLITISCHE STELLENWERT DER BUNDESREPUBLIK FÜR DIE JAPANISCHE REGIERUNG

So problematisch die Allianz zwischen Washington und Tokyo in verschiedener Hinsicht auch war, die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten hatte gleichzeitig, wie die *Frankfurter Allgemeine* einst feststellte, als „weltpolitisches Bindeglied“ zwischen der noch jungen Bundesrepublik und Japan fungiert. (Tern 1960) Als höchst exponierte Frontstaaten des europäisch-atlantischen bzw. asiatisch-pazifischen Raums standen sich die Regierungen in Bonn und Tokyo in weltanschaulichen Fragen äußerst nahe. Der Aufnahme offizieller Beziehungen stand mit der Rückerlangung japanischer Souveränität nichts mehr im Wege, sodass noch am 28. April 1952 – dem Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages von San Francisco – die Umwandlung der westdeutschen Vertretung in Tokyo und des japanischen Gegenstücks in Bonn in Botschaften erfolgte.³ Das Reibungspotential in den westdeutsch-japanischen Beziehungen war auch in folgenden Jahren vergleichsweise gering, nicht zuletzt weil die japanische Führung stets zur Zufriedenheit der Bundesregierung den westdeutschen Standpunkt zur Deutschlandfrage bestätigte.

Nur eine Woche nachdem die Bundesregierung am 7. April 1954 in Reaktion auf die einseitige Souveränitätserklärung der DDR des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw M. Molotow (1890–1986) erklärt hatte, dass man die DDR weder de jure noch de facto anerkennen werde, legte sich auch Tokyo erstmals gegenüber dem geteilten Deutschland fest. Auf Ersuchen der Bundesregierung hatte der japanische Vizeaußenminister Okumura Katsuzō (1903–1975) in Vertretung des verhinderten Außenministers entsprechend am 15. April „klar und kategorisch“ erklärt, dass eine Anerkennung des ostdeutschen Teilstaates, dessen „Gebiet sowjetische Truppen besetzt hielten und deren Regierung von der Sowjetunion eingesetzt sei und an der Macht gehalten werde“, für die japanische Regierung außer Frage stehen würde.⁴ Dieser Grundsatz sollte für die japanische Regierung im Wesentlichen mehr als 19 Jahre Bestand haben und wurde bereits ein halbes Jahr später auf höchster Ebene bestätigt als im Oktober 1954 Bundeskanzler Konrad Adenauer und Ministerpräsident Yoshida Shigeru während einer Aussprache in Bonn gegenseitiges Einverständnis über die Weltlage und die beide Länder betreffenden Probleme bekundeten.⁵ Die japanische Unterstützung beschränkte sich aber nicht nur auf gemeinsame westdeutsch-japanische Stellungnahmen. Bald nach der Aufnahme Japans in die Vereinten Nationen im Dezember 1956 sprachen sich japanische Vertreter auf UN-Vollversammlungen 1957 und 1958 für die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit aus.⁶ Diese unmissverständliche japanische Ausrichtung gegenüber

dem geteilten Deutschland wirft allerdings auch die Frage auf, ob allein ein vergleichsweise spannungsfreies Verhältnis zur Bundesrepublik für die ablehnende Haltung der japanischen Regierung gegenüber der DDR ausschlaggebend war?

Tatsächlich waren sowohl der handelspolitische wie auch der unmittelbare sicherheitspolitische Wert der DDR bis zur Mitte der fünfziger Jahre eine Größe, auf die die japanische Regierung nur wenig Rücksicht nehmen musste. Der überschaubare ostdeutsch-japanische Handel wurde lange Zeit ausschließlich in Form von Switchgeschäften über Schweden und Indonesien getätigt⁷ und obwohl im Mai 1954 erstmals ostdeutsche Außenhandelsorgane mit einem japanischen Unternehmen ein Kompensationsgeschäft im Umfang von 4,85 Millionen US-Dollar vereinbart hatten⁸, wurde erst beginnend mit dem Weißbuch des japanischen Außenhandels (*Tsūshū hakusho*) für das Jahr 1955 zwischen ost- und westdeutschem Außenhandel in den offiziellen japanischen Handelsstatistiken unterschieden.

Ungleich größer war demgegenüber die handelspolitische Bedeutung der Bundesrepublik. Nachdem bereits die erste ins Japan der Nachkriegszeit entsandte deutsche Handelsdelegation am 2. August 1951 zwei Verträge abgeschlossen hatte, die für die Zeit vor und nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages jeweils einen Warenaustausch im Umfang von 30 Millionen US-Dollar vorsahen⁹, weitete sich der Handel zwischen der Bundesrepublik und Japan schnell und stetig aus. Zur Mitte der fünfziger Jahre überstieg der Umfang der Importe aus dem westdeutschen Teilstaat nach Japan den Umfang der Einfuhren der anderen einzelnen europäischen Handelspartner des Inselstaates bereits deutlich. Gleichzeitig hatte sich die Bundesrepublik hinter Großbritannien zum zweitwichtigsten europäischen Abnehmer japanischer Exporte entwickelt.¹⁰ Der handelspolitische Wert der Bundesregierung für Tokyo ergab sich aber nicht nur aus dem Umfang des Warenaustausches. Bei den Verhandlungen über den Beitritt Japans zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) 1954/55 und der damit einhergehenden Erschließung Westeuropas als einem der potentiell wichtigsten Absatzmärkte für japanische Exporte, war die Bundesregierung eine wichtige Stütze für die Ziele der japanischen Regierung.

Fragen der Aussöhnung und Rückgewinnung von Akzeptanz gegenüber den ehemaligen europäischen Kriegsgegnern wirkten sich auf die ökonomische Entwicklung Japans nämlich deutlich negativer aus als im Falle der Bundesrepublik. Doch war gerade der Zugang zu den Märkten im wirtschaftlich wiedererstarkten Westeuropa mitentscheidend für die Kompensation des Verlustes des vormaligen japanischen „Hinterlandes“ in China. Durch die Kriegsniederlage brach nämlich mit den sogenannten

Yen-Block Ländern – also dem Marionettenstaat Mandschukuo, dem japanischen Pachtgebiet auf der chinesischen Halbinsel Liaodong und einem „nachgiebigen“ (*soft*) China – ein wichtiger Bestandteil des japanischen Wirtschaftsraums weg. Allein dieses Gebiet fungierte als Absatzmarkt für mehr als ein Drittel der japanischen Exporte und versorgte Japan mit wichtigen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wie Sojabohnen, Nahrungsmitteln oder Kokskohle für die japanischen Stahlwerke. (Parrott 1951)

Politische Stabilität und wirtschaftlicher Aufschwung konnten im Nachkriegs-Japan nur erreicht werden, sofern eine sichere und preiswerte Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Bodenschätzen gewährleistet war. Gemeinsam waren die USA und Kanada in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch in der Lage, einen entscheidenden Teil der japanischen Exporte abzunehmen und gleichzeitig mit den eigenen Agrarüberschüssen den japanischen Markt zu bedienen. Innenpolitische Widerstände und eine auf lange Sicht absehbare Überforderung der Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft bedingten jedoch schon bald die Einführung eines alternativen Modells im Sinne einer breiteren Verteilung japanischer Exporte auf aufnahmefähige und aufnahmebereite Märkte, zumal auch das Prestige der politischen Führung in Tokyo unter der einseitigen Abhängigkeit von den USA litt.

Die Anwendung dieser Strategie auf die dem westlichen Machtblock nahestehenden Staaten in Südostasien war jedoch aufgrund ungeklärter Fragen im Hinblick auf Aussöhnung, Reparationen und Aufnahmefähigkeit der Märkte vorerst verstellt. Stattdessen konzentrierten sich die Bemühungen Japans und der USA auf die Erschließung neuer Märkte in Westeuropa und in den britischen und französischen Kolonien. Vor diesem Hintergrund wurden von japanischer Seite große diplomatische Anstrengungen unternommen, die zusammen mit der Unterstützung der USA 1955 den bereits seit mehreren Jahren angestrebten japanischen Beitritt zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen ermöglichten. Doch so vielversprechend die wachsende Wirtschaftskraft in Westeuropa für die Umsetzung des Vorhabens der breiteren Verteilung japanischer Exporte auch erschien, die europäischen Vorbehalte gegenüber dem Inselstaat blieben ungeachtet der japanischen GATT-Mitgliedschaft weiterhin bestehen. (Schmidt, H.-I. 1996: 181–183)

Die hohe Wettbewerbsfähigkeit japanischer Erzeugnisse, wie etwa der in Japan gefertigten Textilien, und Erfahrungen aus der Vorkriegszeit, als japanische Unternehmen mit Warenzeichenpiraterie „unfairen Handel“ betrieben, führten dazu, dass sich 14 maßgebende Mitgliedsstaaten des GATT auf Artikel XXXV des Abkommens¹¹ beriefen und somit im japanischen Handel mit den besagten 14 Staaten die Möglichkeiten des Allge-

meinen Zoll- und Handelsabkommens nicht angewandt wurden. (Iokibe 2006: 113f.) Demgegenüber gewährte die Bundesregierung dem Inselstaat von Beginn an vollständige und gleichberechtigte Meistbegünstigung im Sinne des GATT und vertrat folglich eine Linie zum Handel mit Japan, die grundlegend von der in Frankreich, Großbritannien oder den Benelux-Staaten vertretenen restriktiven Haltung gegenüber dem Japan-Handel abwich. (Schmidt, H.-I. 1996: 183) So mochten zur Mitte der fünfziger Jahre zwar nach wie vor für mehrere wichtige japanische Warengruppen rigide Einfuhrbeschränkungen in die Bundesrepublik bestanden haben.¹² Doch war bereits zu diesem Zeitpunkt abzusehen, dass Unterstützung für die Durchsetzung der handelspolitischen Ziele des Inselstaates in Westeuropa wohl an erster Stelle von der Bundesregierung ausging.

1.2 DAS JAPANISCHE VERHÄLTNIS ZUM „OSTBLOCK“

Die unvorteilhafte Ausgangsbasis für ein positives Verhältnis zwischen Japan und der DDR war letztendlich nicht allein ein Produkt der handelspolitischen Stärke und des dadurch gegebenen Einflusses der Bundesrepublik. Auch ohne die Interventionen der Bundesregierung wäre der Stand des ostdeutschen Teilstaates im Japan der ersten Hälfte der fünfziger Jahre nur schwach gewesen. Bis Oktober 1956 unterhielt Tokyo nämlich keinerlei offizielle Beziehungen zum „Ostblock“. Die Unstimmigkeiten zwischen den USA und Großbritannien darüber, ob Peking oder Taipei der legitimierte Repräsentant des chinesischen Volkes sei, hatten dazu geführt, dass keine der beiden im Widerstreit stehenden chinesischen Parteien zur Friedenskonferenz in San Francisco eingeladen wurde. Vor dem Hintergrund der einseitigen Ausrichtung der neuen japanischen Außenpolitik und der Ausklammerung der Volksrepublik China von den Verhandlungen hatte der sowjetische Bevollmächtigte für die Konferenz Andrei A. Gromyko (1909–1989) den Friedensvertrag schließlich mit einem Entwurf für einen neuen Krieg gleichgesetzt und die Friedenskonferenz für die Regierung der UdSSR als gegenstandslos erklärt. Denn ein Friede in Fernost, der China und die Sowjetunion nicht berücksichtigt, sei laut Gromyko bedeutungslos. (New York Times 1951a) Zwar waren unter den 52 Nationen bei den Verhandlungen in San Francisco neben der Sowjetunion auch die ČSSR und Polen vertreten, doch in ähnlicher Weise wie die sowjetische Hegemonialmacht lehnten auch sie die Unterzeichnung des Friedensvertrages ab. (New York Times 1951b)

Ausschlaggebend für die Orientierung der japanischen Regierung gegenüber den sozialistischen Teilstaaten Ost- und Südostasiens war dagegen vor allem die Einbindung Japans in die amerikanische Sicherheitspo-

litik. Dem Inselstaat stand es zwar offiziell frei, mit der Republik China (Taiwan) wie auch der Volksrepublik China (China) einen Friedensvertrag abzuschließen, doch sah die Wirklichkeit anders aus. Der Japanisch-Amerikanische Sicherheitsvertrag band die politische Führung in Tokyo an die anti-kommunistische und pro-nationalistische Linie der USA in Bezug auf China. (Ogata 1988: 8)

Eine vergleichbar starke Orientierung an amerikanischen Interessen zeigte sich auch im japanischen Verhältnis zu Vietnam. Die USA hatten die Beteiligung des von Bao Dai (1913–1997) regierten Teils von Vietnam an der Friedenskonferenz auf Anraten Frankreichs zunächst abgelehnt. Der absehbare Widerstand des „sozialistischen Lagers“ gegen den Friedensvertrag hatte aber den amerikanischen Standpunkt geändert, sodass am Ende auch Bao Dais Vietnam zu den 48 Signaturstaaten des Friedensvertrages zählte. Mit Japan als festem Bestandteil der amerikanischen Globalstrategie und der Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg, erschien eine Normalisierung der Beziehungen Japans zur Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) auf absehbare nicht zu erwarten. Erst am 21. September 1973 – fast genau acht Monate nach dem Friedensschluss zwischen Nordvietnam und den USA – wurden zwischen Tokyo und Hanoi offizielle Beziehungen hergestellt. (Imagawa 2002: 58f.)

Die Vereinigten Staaten waren es auch, die unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Francisco auf eine Annäherung zwischen Japan und der Republik Korea (Südkorea) drängten. Die Tatsache, dass das besonders schwer belastete japanische Verhältnis zur koreanischen Halbinsel verschiedene Initiativen scheitern lies (Iokibe 2006: 95), hatte aber nichts daran geändert, dass die erstmals im Februar 1955 von der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) artikulierten Forderungen nach freundschaftlichen Beziehungen zwischen Pjöngjang und Tokyo kaum umsetzbar erschienen. Vielmehr hatten die ca. 600.000 bis 700.000 in Japan beheimateten Koreaner (*Zainichi chōsenjin*), von denen ein großer Teil mit dem nordkoreanischen Regime sympathisierte, und die damit verbundenen Befürchtungen der japanischen Regierungen vor kommunistischer Infiltration zu einer besonders restriktiven Haltung gegenüber Nordkorea geführt.¹³

Erst mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Tokyo im Oktober 1956 begann allmählich der Normalisierungsprozess gegenüber einem Teil des „sozialistischen Lagers“, nämlich den europäischen Staaten des „Ostblocks“. Den Anfang markierte der Abschluss von Friedensverträgen mit Polen und der ČSSR im Februar 1957. Und obwohl durch die Entwicklungen im japanisch-sowjetischen Verhältnis bzw. im japanischen Verhältnis zu den sozialistischen Staaten Eu-

ropas die deutschlandpolitische Haltung der Regierung in Tokyo nicht in Frage gestellt wurde, hatte der Annäherungsprozess zwischen dem Inselstaat und verschiedenen Ländern des „Ostblocks“ das ostdeutsch-japanische Verhältnis keineswegs unbeeinträchtigt gelassen.

2. INTERNATIONALE ENTSPANNUNG UND JAPANISCHER OST-WEST-HANDEL

Die Stellungnahme der japanischen Regierung zur Deutschlandfrage vom April 1954 ließ im Zusammenspiel mit den ohnehin schwer belasteten japanischen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten und Teilstaaten nur sehr eingeschränkten Spielraum für ein positives Verhältnis zwischen Japan und der DDR auf zwischenstaatlicher Ebene. Gleichwohl zeigte sich bereits zu diesem frühen Zeitpunkt eine Diskrepanz zwischen der konsequent auf Distanz zum ostdeutschen Regime bedachten Politik der japanischen Regierung gegenüber der DDR und der Rolle des ostdeutschen Teilstaates in den Konzeptionen anderer einflussreicher japanischer Interessengruppen.

Mit dem Waffenstillstand vom Juli 1953 im Koreakrieg und dem fast genau einem Jahr später folgendem Waffenstillstand im Indochinakrieg hatten sich nämlich bereits Ansätze einer allgemeinen Entspannung in Fernost gezeigt, die schließlich auch Impuls gebend waren für japanische Bemühungen um die Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR, zu China und auch zu den sozialistischen Staaten Europas. Treibende Elemente in Japans Innenpolitik, darunter nicht zuletzt führende Wirtschaftskreise, hatten die Vorgänge in Nordost- und Südostasien als Nachweis dafür angeführt, dass konkurrierende Gesellschaftssysteme durchaus nebeneinander bestehen können, und aus den neuen Gegebenheiten die Chance abgeleitet, dem japanischen Außenhandel zusätzliche Perspektiven zu eröffnen.

Eben jene Grundannahmen waren auch das Fundament für das Wirken der am 22. September 1954 konstituierten Japan Association for the Promotion of International Trade (*Nihon kokusai bōeki sokushin kyōkai*, JAPIT), deren leitende Gremien sich aus einflussreichen Wirtschaftsexponenten mit teils guten Verbindungen zum japanischen Außenministerium zusammensetzten. In der Denkschrift zur Gründung der JAPIT hieß es, dass...

„[...] der Waffenstillstand in Korea und der Waffenstillstand in Indochina ausschlaggebend zu einer spürbaren Milderung der internationalen Spannungen beigetragen haben und die friedliche Koexistenz unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme realisierbar geworden ist. In die-

ser Situation wird sich aus der Förderung des Handels mit der Sowjetunion sowie des Handels mit China und den verschiedenen osteuropäischen Staaten ein umfangreicher Nutzen für die japanische Volkswirtschaft ergeben.“

Sowohl als erster ernst zu nehmender Ausdruck des Bemühens um die Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR und zu China in der Zeit nach dem Waffenstillstand im Indochinakrieg wie auch als Bestandteil der Bewegung, die sich der Förderung des Ost-West-Handels verschrieben hatte, erhielt die JAPIT fast zwangsläufig wachsenden Zuspruch. Schließlich hatte der Rückgang der durch den Koreakrieg entstandenen Nachfrage nach Sondergütern gemeinsam mit der Sparpolitik der Regierung dazu beigetragen, dass Japan in eine Rezession gerutscht war. (Nakakita 2002: 173f.)

2.1 KALI-NACHFRAGE ALS MOTOR DER HANDELSBEZIEHUNGEN

Die JAPIT hatte nicht lange gezögert und bald ebenso mit den verantwortlichen Außenhandelsstellen in der DDR Kontakt aufgenommen. Ein erster Vorschlag von Seiten der japanischen Vereinigung über den Abschluss eines Handelsabkommens lag der nichtstaatlichen und unter informeller Aufsicht des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) stehenden Kammer für Außenhandel (KfA) bereits im Mai 1955 vor.¹⁴ Im selben Monat berichtete der Generalsekretär der Vereinigung Yamamoto Kumaichi (1889–1963) außerdem, dass sieben japanische Unternehmen unter dem Dach der JAPIT ein allein dem DDR-Handel verschriebenes Komitee gebildet hätten.¹⁵ Japanische Anstrengungen solcher Art und die grundsätzlich positive Resonanz der ostdeutschen Außenhandelsstellen auf die Initiativen aus Fernost konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem Waren- und Güterverkehr zwischen der DDR und Japan nicht nur durch die CoCom-Bestimmungen und die damit einhergehende strenge Reglementierung des Technologieaustausches zwischen Ländern des westlichen Machtblocks und den verschiedenen Staaten des „Ostblocks“ enge Grenzen gesetzt waren. Handelsbeziehungen auf der Basis freier Devisen standen für die japanische Seite nicht zur Diskussion und so fußte der ostdeutsch-japanische Handel letztendlich auf Kompensationsgeschäften. Zudem war das japanische Interesse an ostdeutschen Gütern neben Werkzeugmaschinen und dem Rohstoff Fluorit fast ausschließlich auf das als Düngemittel verwendete Kali beschränkt, während man im Inselstaat vor allem bestrebt war, Druckereimaschinen, Baumwollgarn, Fischmehl und Walöl in der DDR abzusetzen. (Handelsblatt 1955) Andererseits wirkte der beachtliche Kali-Be-

darf in Japan als ein wichtiger Anreiz für die Anbahnung von Handelsbeziehungen zur DDR.

Der außerordentlich großen japanischen Nachfrage nach dem Salzmineral waren sich auch die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre bewusst. Schließlich hatte der Minister für Land- und Forstwirtschaft Kōno Ichirō (1898–1965) in einem von JAPIT nahestehenden Verhandlungsführern vorgelegten Schreiben das dem Kali-Import zugrundeliegende Problem noch einmal klar benannt: die japanische Landwirtschaft müsse auf kleinstem Raum intensiv kultiviert werden und für diese Zwecke sei es erforderlich, Kali zusammen mit Stickstoff- und Phosphat-Düngemitteln in großen Mengen zu sichern.¹⁶ Der seit 1948 vor allem als Switchgeschäft über Schweden abgewinkelte Kali-Export nach Japan¹⁷ hatte sich in diesem Sinne auch zur wichtigsten Konstante des Güter- und Warenverkehrs zwischen dem Inselstaat und der DDR entwickelt.¹⁸ Zur Mitte der fünfziger Jahre wurde ein Viertel der japanischen Kali-Nachfrage durch Importe aus der DDR abgedeckt.¹⁹ Die ostdeutschen Außenhandelsorgane waren daher auch 1954 dazu übergegangen, mit japanischen Unternehmen Direktgeschäfte zu betreiben.

Eine besonders gute Ausgangsbasis im Kali-Handel mit der DDR hatte sich das in Osaka ansässige und auch im japanischen China-Handel sehr aktive Handelshaus Nichimen jitsugyō erarbeitet, welches im Mai 1954 auch als erstes japanisches Unternehmen eine umfangreiche Handelsvereinbarung mit ostdeutschen Außenhandelsorganen unterzeichnet hatte. Das Abkommen legte den Import von ostdeutschem Kali nach Japan im Wert von 2,95 Millionen US-Dollar und den Export von japanischem Baumwollgarn im Wert von 1,9 Millionen US-Dollar in die DDR fest.²⁰ Vertreter von Nichimen jitsugyō hatten auch gegenüber den zuständigen Stellen in der DDR auf die herausragende Stellung des eigenen Unternehmens in der japanischen Wirtschaftswelt hingewiesen, gleichzeitig zugesichert, die bisher erzielten Kali-Preise halten zu können²¹, und auf diese Weise dazu beigetragen, dass dem Handelshaus aus Osaka mit Wirkung vom 1. Juli 1955 für das Absatzgebiet Japan das Alleinverkaufsrecht für Kali aus der DDR über einen Zeitraum von zwei Jahren übertragen wurde.²²

Eben jener Versuch, über Nichimen jitsugyō eine gewisse Stabilität in den ostdeutsch-japanischen Güter- und Warenverkehr zu bringen, hatte die ostdeutsche Handelspolitik gegenüber dem Inselstaat aber tatsächlich in eine wenig vorteilhafte Richtung gelenkt. Der Kali-Import nach Japan war nämlich das Kernstück der Konzeptionen fast aller um den Handel mit DDR bemühten japanischen Wirtschaftskreise. Auch die JAPIT hatte den Entwurf für ein Handelsabkommen mit ostdeutschen Außenhandelsorganen ausgehend von der Einfuhr des Salzminerals erstellt.²³ Als

sich mehrere Unternehmen²⁴ mit dem Wohlwollen der japanischen Regierung zur German Democratic Republic (GDR) Potash Importers Association zusammenschlossen²⁵, war es wiederum die JAPIT, die im Juli 1955 das Unternehmen Tokyo Food Products Co., Ltd. (*Tōkyō shokuhin kabushiki kaisha*) als Repräsentanten der speziell der Einfuhr von Kali aus der DDR verschriebenen Vereinigung benannte.²⁶ Demgegenüber hatte Nichimen jitsugyō laut Ausführungen eines japanischen Beamten nicht im Interesse der verantwortlichen Regierungsstellen gehandelt, sodass die Regierung dem Handelshaus aus Osaka die Unterstützung in Fragen um die Alleinvertretung für ostdeutsches Kali versagt hatte.²⁷

Die Angelegenheit um das zweijährige Alleinverkaufsrecht für Kali aus der DDR hatte so weit geführt, dass sich der Minister für Land- und Forstwirtschaft Kōno direkt an den Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau (1899–1961) gewandt hatte. Rau hatte zwar Kōno im Gegenzug zugesichert, das Vertragsverhältnis zum Handelshaus aus Osaka überprüfen zu lassen und selbst alles zu tun, um den Wünschen der japanischen Regierung zum „frühstmöglichen Termin nachzukommen“.²⁸ Der Druck aus dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft auf die ostdeutschen Außenhandelsorgane wurde aber trotzdem weiter erhöht. Vertreter der Behörde reisten in den folgenden Monaten zu Verhandlungen in die DDR und ließen bei der Gelegenheit den Referenten der Abteilung „Ferner Osten“ im MAI wissen, dass sich Kōno mit dem Gedanken tragen würde, die ostdeutschen Kali-Importe einzuschränken oder gar einzustellen, wenn den Wünschen der japanischen Regierung nicht entsprochen werden sollte. Denn die japanische Regierung wolle keine Monopolstellung eines Unternehmens im Kali-Handel mit der DDR, egal, ob es sich um Nichimen jitsugyō oder ein anderes handeln würde. Stattdessen solle die Einfuhr des Salzminerals von einer Reihe von Unternehmen, die der japanischen Regierung genehm seien, durchgeführt werden.²⁹

Ein vorläufiges Ende fanden die Auseinandersetzungen als sich die für den Export des Salzminerals zuständige Deutsche Waren-Vetriebsgesellschaft m. b. H den Querelen um den japanischen Kali-Import entzog und dem japanischen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft mitteilte, dass die Gründung der GDR Potash Importers Association als innerjapanische Angelegenheit betrachtet werde, die mit Nichimen jitsugyō getroffene Vereinbarung weiterhin Bestand habe und japanische Stellen insofern mit dem als Repräsentant der DDR autorisierten Handelshaus über Ausschreibungen und Fragen des Kali-Imports verhandeln müssten.³⁰ In der Konsequenz wurde Nichimen jitsugyō schließlich in die von der japanischen Regierung geförderte GDR Potash Importers Association aufgenommen, doch änderte dies nichts an dem Umstand, dass das Han-

delshaus zum Unmut der zuständigen Regierungsstellen an dem umstrittenen Kali-Alleinvertretungsrecht festhielt. In Anbetracht der Bedeutung des Kali-Imports für den ostdeutsch-japanischen Handel bestand dadurch gleichwohl die Gefahr, dass das Handelshaus im Laufe der Zeit die auf Kompensationsgeschäften gründenden Handelsbeziehungen zur DDR monopolisieren könnte.³¹

Für die Sprecher der GDR Potash Importers Association stand in jedem Fall bereits fest, dass die Vorgänge für die Ausweitung des Handels DDR-Japan nicht förderlich gewesen waren.³² Der Abschluss des Alleinvertretungsvertrages hatte auch in der Tat dazu geführt, dass die am Handel mit dem ostdeutschen Teilstaat interessierten Kreise innerhalb der JAPIT im Sommer 1955 von der geplanten Entsendung einer Delegation nach Ostberlin Abstand genommen hatten.³³ Andere im Ost-West-Handel aktive und teils mit der JAPIT konkurrierende Einrichtungen wie die Japan-Soviet Trade Association (*Nisso bōeki kai*) hatten sich zwar in der Zwischenzeit sehr rege um den Handel mit der DDR bemüht³⁴ und als Geste des guten Willens am 25. November 1955 mit ostdeutschen Außenhandelsorganen eine Handelsvereinbarung auf Kompensationsbasis im Umfang von 6,4 Millionen US-Dollar abgeschlossen³⁵, die bewusst auf die Einbeziehung von Kali als Posten verzichtet hatte, sodass Werkzeugmaschinen zum wichtigsten für den Export nach Japan vorgesehenen Posten avanciert waren. Doch mussten fünf Monate später die verantwortlichen ostdeutschen Außenhandelsstellen auch in diesem Fall eingestehen, dass es schwierig sei, geeignete Exportwaren aus der DDR zu finden, obgleich die zahlreichen der Japan-Soviet Trade Association angehörenden Unternehmen selbst verschiedene Warenangebote vorgelegt hatten. Das japanische Interesse am Handel mit dem ostdeutschen Teilstaat konzentrierte sich nach wie vor auf den Kali-Import. Geschäftsabschlüsse hatten sich aus den überschaubaren Importnachfragen nach Maschinen und Chemikalien im April 1956 noch nicht ergeben. Erst knapp ein halbes Jahr nachdem das 6,4 Millionen US-Dollar umfassende Kompensationsabkommen geschlossen worden war, zeichnete sich überhaupt die Durchführung einer ersten Einzelkompensation ab, deren Umfang sich auf 16.000 US-Dollar belief. Die Realisierung der Handelsvereinbarung mit der Japan-Soviet Trade Association hielt man im MAI unter diesen Bedingungen für kaum möglich.³⁶

2.2 IDEOLOGISCHE UND PRAKTISCHE SEITEN DES JAPAN-HANDELS

Trotz der Anlaufschwierigkeiten bei der Anbahnung ostdeutsch-japanischer Handelsbeziehungen wirkten die Vorgänge am Ende richtungsweisend für die Auseinandersetzung mit Japan in Teilen des Staatsapparates

der DDR. Die Verhandlungen zwischen japanischen Ost-West-Handelskreisen hatten die verantwortlichen ostdeutschen Außenhandelsfunktionäre vor die Herausforderung gestellt, den handelspolitischen Stellenwert Japans für die DDR nicht nur im Allgemeinen, sondern auch speziell in den ostdeutschen Konzeptionen für Fernost neu bestimmen zu müssen. Denn die während des Koreakrieges im SED-Organ *Neues Deutschland* abgedruckte und teils unmittelbar aus dem KPdSU-Organ *Prawda* übernommene Sichtweise, dass die amerikanischen Monopolherren mit Hilfe der japanischen Finanzmagnaten den japanischen Militarismus wiedererstehen lassen, auf diese Weise Japan ausrauben und das Land zu einem Aufmarschgebiet für einen neuen Aggressionskrieg verwandeln würden (Koshin 1952), ließ sich mit japanischen Anstrengungen um den Ost-West-Handel und die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu China nicht vollends in Einklang bringen.

Das deutsch-japanische Verhältnis der ersten Nachkriegsjahre war von den Siegermächten durch das Potsdamer Abkommen an strikte Auflagen gebunden worden, die den unmittelbaren Informationsaustausch zwischen Deutschland und Japan deutlich eingeschränkt hatten.³⁷ Gleichwohl mochte die von der ostdeutschen Staatsführung als Bruch mit der unliebsamen Tradition des Deutschen Reiches begriffene Staatsräson der noch jungen DDR (Scheuner 1979: 91) in Kombination mit der nach wie vor präsenten und von den Geschehnissen der dreißiger und vierziger Jahre geformten Wahrnehmung des Inselstaates als ständiger Ausgangspunkt von Kriegen in Fernost im ostdeutschen Staatsapparat kaum den Antrieb gestärkt haben, sich um eine Bewertung der Vorgänge und Entwicklungen in Japan zu bemühen, die tiefer griff als die Kommentare und Berichterstattung aus der *Prawda*. Die Anstrengungen der japanischen Ost-West-Handelskreise um den ostdeutschen Teilstaat zur Mitte der fünfziger Jahre hatten jedoch auch die Frage aufgeworfen, wie sich die Beschaffenheit der japanischen Wirtschaft und die des japanischen Außenhandels in das ostdeutsche Weltbild von den Strukturen in Fernost einfügten.

Die Hilfestellung von Funktionären aus den „Bruderstaaten“ war in dieser Orientierungsphase ein wichtiger Bezugspunkt, um auch den ostdeutschen Standpunkt gegenüber dem Japan-Handel weiter präzisieren zu können. Entsprechende Unterstützung hatte vor allem das chinesische Ministerium für Außenhandel gewährt. In Gesprächen mit dem Handelsrat der Botschaft der DDR in Peking hatte ein leitender Funktionär des Ministeriums die chinesische Sicht der Dinge ausführlich dargelegt. Demnach ginge zwar das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den USA und dem Inselstaat soweit, dass die japanische Wirtschaft im Wesentlichen als eine „Kolonialwirtschaft“ anzusehen sei. Dennoch basierten die

Konzeptionen der chinesischen Verantwortlichen auf der Grundannahme, dass die japanische Regierung in Fragen des japanisch-chinesischen Handels mit dem Rücken zur Wand steht: Zum einen würde der Inselstaat dringend die günstigen Waren aus China benötigen. Zum anderen könne die japanische Regierung den japanisch-chinesischen Handel auch nicht verbieten, weil dies den Protest der Geschäftswelt zur Folge haben würde. Grundsätzlich seien die japanische Bevölkerung und weite Teile der Wirtschaft im Inselstaat gegen die den China-Handel belastende und von amerikanischer Seite eingeforderte Embargo-Politik. Diese Stimmungslage sei bewusst in Peking aufgegriffen worden, um Gegensätze in Japan zu verstärken und den Druck der Bevölkerung und der Geschäftswelt auf die von der japanischen Regierung betriebene Chinapolitik zu erhöhen. Sollten die Embargo-Bestimmungen nämlich auf diese Weise durchbrochen werden, dann wäre dies ein Erfolg der japanischen „Friedenskräfte“ und insofern von großer politischer Bedeutung. Der zugrundeliegende Ansatz dieser Politik sei es, den Handel mit Japan als „politischen Handel“ zu begreifen, dessen Ziel die Stärkung der „fortschrittlichen Kräfte“ sei.³⁸

Wie groß der unmittelbare Einfluss solcher Unterredungen auf die Japan-Konzeptionen des außenpolitischen Apparates der DDR war, lässt sich schwer beurteilen. Eine ungefähr 1955/56 entstandene handelspolitische Richtlinie des MAI für den Zuständigkeitsbereich der Abteilung „Ferner Osten“³⁹ knüpfte jedoch an Kernpunkte der chinesischen Ausführungen an, als festgehalten wurde, dass die Entwicklungen im japanisch-sowjetischen und japanisch-chinesischen Verhältnis erkennen lassen, dass sich die „nationalen Kreise in Japan die Befreiung von der imperialistischen Bevormundung zum Ziel gesetzt haben.“ In diesem Sinne wurde der Japan-Handel auch als Beitrag zur Unterstützung der „Befreiungsbewegung“ der Völker in Fernost gegen „imperialistische Unterjochung und Ausbeutung“ interpretiert.

Abseits von der ideologischen Seite des ostdeutsch-japanischen Handels glaubte man im MAI aber ebenso die Möglichkeit erkannt zu haben, in Zukunft Japan auch verstärkt als Absatzmarkt für andere Waren aus der DDR als Kali in Anspruch nehmen zu können, um im Gegenzug Rohstoffe und andere für die ostdeutsche Industrie wichtige Erzeugnisse aus dem Inselstaat einzuführen. Auf Grundlage dieser Überlegungen hatte das MAI bereits zur Mitte der fünfziger Jahre Japan als einen Schwerpunkt der ostdeutschen Handelspolitik in Fernost festgelegt.⁴⁰ Tatsächlich hatte der Handel zwischen der DDR und Japan, trotz der Schwierigkeiten um das an Nichimen jitsugyō übertragene Kali-Alleinverkaufsrecht, bereits 1956 einen herausragenden Stellenwert im japanischen Handel mit den europäischen RGW-Staaten. Denn während die ebenfalls

gegen 1955 einsetzenden japanischen Bemühungen um Handelsbeziehungen zu Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der ČSSR wegen des Fehlens von exportierbaren Waren 1956 stagnierten (Berliner Wirtschaftsblatt 1956), umfasste der Waren- und Güterverkehr zwischen der DDR und Japan zur selben Zeit einen Wert von 12,2 Millionen US-Dollar und konnte somit gegenüber dem Vorjahr um 45 % gesteigert werden. Nur sollte sich der ostdeutsch-japanische Handel erst elf Jahre danach diesem Volumen wieder annähern.

Die durchaus vielversprechenden Ansätze der bilateralen Handelsbeziehungen waren nicht nur durch die 1957 von den verantwortlichen Außenhandelsorganen durchgeführte einjährige Verlängerung des Alleinverkaufsrechtes für Kali aus der DDR mit Nichimen jitsugyō in ihrer Entfaltung eingeschränkt.⁴¹ Vielmehr hatte Japan grundsätzlich in der Planung des MAI an Relevanz verloren und wurde daran anknüpfend in einer Jahresanalyse des Ministeriums für 1957 nicht länger als handelspolitischer Schwerpunkt betrachtet.⁴² Denn zu jener Zeit hatte das Politbüro eine handelspolitische Offensive gegenüber Ägypten und Syrien initiiert, die auf eine massive Steigerung des Außenhandelsvolumens abzielte und die eine der diplomatischen Anerkennung förderliche Atmosphäre in der Bevölkerung der beiden arabischen Länder schaffen sollte. Der mit dem Vorhaben für die ostdeutsche Seite einhergehende Einsatz von Devisen in ungewohnt hohem Umfang war nur auf Kosten des Handels mit den anderen asiatischen Staaten möglich gewesen. (Gray 2003: 88) So war 1957 auch der Gesamthandel mit Japan gegenüber dem Vorjahr von 12,2 Millionen US-Dollar um fast zwei Drittel auf 4,7 Millionen US-Dollar zurückgegangen, nachdem nur noch eine begrenzte Menge an Kali für den Export nach dem Inselstaat zur Verfügung gestellt worden war. Grundsätzlich ging man im MAI nun zunehmend dazu über, den ostdeutsch-japanischen Handel als Mittel zur Erwirtschaftung von freien Devisen zu verstehen.⁴³

3. DAS DEUTSCHLAND DER WEIMARER ÄRA UND DIE JAPANISCHE FRIEDENSBEWEGUNG: KONTINUITÄTEN IM OSTDEUTSCH-JAPANISCHEN VERHÄLTNIS DER FÜNFZIGER JAHRE

Die mit der vorläufigen Beendigung der militärischen Kampfhandlungen auf der koreanischen Halbinsel und dem Waffenstillstand im Indochinakrieg einsetzende Entspannung in Fernost hatte nicht nur Voraussetzungen für eine allgemeine Annäherung zwischen Japan und den sozialistischen Staaten der Welt geschaffen. Die Vorgänge hatten auch innerhalb der japanischen Opposition Befürworter der Idee gestärkt, gründend auf

dem Handel mit China eine Friedenswirtschaft aufzubauen und freundschaftliche Beziehungen zu Moskau und Peking zu unterhalten. (Nakakita 2002: 258) Die solchen Ideen zugrundeliegenden neutralistischen und bereits zwischen 1949 und 1950 von der Vereinigung für das Studium von Friedensfragen (*Heiwa mondai danwa kai*) geprägten Denkansätze waren auch, wie der führende Friedensaktivist Yoshikawa Yūichi später feststellte, keineswegs unrealistische Beurteilungen oder purer Idealismus. Vielmehr waren sie aus der intensiven Analyse der Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene hervorgegangen und hatten darauf abgezielt, sich den Schwankungen des internationalen Gefüges nicht mit Passivität zu ergeben, sondern mit einer positiven Haltung für den Ausgleich (*chōwa*) in einer bipolaren Welt einzutreten.

Gleichwohl wies Yoshikawa aber auch darauf hin, dass es in den öffentlichen Diskussionen über Friedensfragen der damaligen Zeit wie auch in der Bewegung, die sich der Verhinderung des Krieges verschrieben hatte, starke Neigungen gab, in den sozialistischen Staaten der Welt eine „Friedenskraft“ zu sehen. Vor dem Hintergrund des überwältigenden Einflusses des Marxismus im Japan der unmittelbaren Nachkriegszeit war so eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten kaum möglich gewesen. In Kombination mit den illusorischen, an die Rolle der UN bei der Sicherung des Friedens geknüpften Erwartungen war so das Konzept eines „unbewaffneten Neutralismus“ entstanden, das keineswegs frei von Mängeln zu sein schien. (Yoshikawa 1995: 10f.)

Dennoch waren jene Gelehrten, die sich in der Neutralismusdebatte engagierten, ein zentrales Element im öffentlichen Meinungsbildungsprozess des Japans der Nachkriegszeit. Denn sie waren auch unter den Ökonomen und Ingenieuren gewesen, die die Strategien zur Verwirklichung eines Neubeginns erdacht hatten, als Japan nach der bedingungslosen Kapitulation mit einer diskreditierten alten Elite vor den Trümmern der eigenen Wirtschaft stand. Sie waren es auch, die vor dem Hintergrund neo-imperialistischer Ambitionen der USA in Asien die Vorbildfunktion der westlichen Nationen als vermeintlichen Gipfel der Moderne stark in Frage stellten. Stattdessen strebten sie nach einer Abkehr vom Kapitalismus und einer Hinwendung zum Sozialismus, der durch seine wirtschaftliche Zentralplanung für sie so viel effizienter erschien und damit als Chance verstanden wurde, um die in den ersten Nachkriegsjahren allgegenwärtige und auch zur Mitte der fünfziger Jahre in den ländlichen Regionen und Industriegebieten des Landes noch weit verbreitete Armut zu überwinden. (Hein 2005: 8, 12, 14) All dies hatte eine Situation geschaffen, die zusammen mit der Erinnerung an die so prägenden Studienjahre im Deutschland der Zwischenkriegszeit eine Reihe von Persönlichkeiten

der intellektuellen Elite Japans die Nähe zur DDR suchen ließ. In bestimmten Fällen ergaben sich aus Verbindungen solcher Art Kontinuitäten, die sich zu festen Banden zwischen Japan und dem ostdeutschen Teilstaat entwickelten und die vereinzelt selbst in konservativen japanischen Kreisen zu finden waren.⁴⁴

3.1 JAPANISCHE GELEHRTE IM DEUTSCHLAND DER WEIMARER ÄRA

Bei der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ideen im Japan der Zwischen- und Nachkriegszeit war Deutschland eine wichtige Bezugsgröße. Als das globale Zentrum der Sozialwissenschaften der zwanziger Jahre war die Weimarer Republik zudem ein mehr als geeignetes Umfeld für japanische Gelehrte, um sich mit Ideen zu befassen, die im eigenen Land der Zensur unterlagen. Tiefgreifend wirkte sich zweifellos die Möglichkeit aus, an Gewerkschaftstreffen und Mai-Aufmärschen teilzunehmen oder Ansprachen von wieder heimgekehrten Besuchern der noch jungen Sowjetunion und Kongressen von Sozialisten, Kommunisten oder Anarchisten beizuwohnen. Gerade diejenigen japanischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, die das Deutschland der frühen zwanziger Jahre bereist hatten, wurden zum Teil für den Rest ihres Lebens vom Marxismus geprägt. (Hein 2005: 44f.)

Schon die deutsche Sprache allein erfüllte eine wichtige Funktion bei der Verbreitung sozialistischer Gedanken in Japan. Seit den 1880er Jahren stieg die Zahl der Deutschlernenden an japanischen Universitäten und Oberschulen. Die überwältigende Dominanz der deutschen Wissenschaft im Bereich Medizin machte Deutschkenntnisse unverzichtbar. Und auch in den Staatswissenschaften hatte es durch die Sympathien der japanischen Regierung für die autoritäre Verfassung des Deutschen Reiches erhebliche Präferenzbildungen gegeben. (Yagi 2012: 179) Als nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge der Oktoberrevolution in Russland und der Novemberrevolution in Deutschland sozialistische und kommunistische Ideen im Inselstaat stärkeres Gehör fanden, erreichten wichtige Schriften von Wladimir I. Lenin (1870–1924) oder Nikolai I. Bukharin (1888–1938) nicht etwa im russischen Original, sondern in der deutschen Übersetzung Japan zuerst.

Die unter japanischen Gelehrten verbreitete Ansicht, dass der Entwicklungsstand der Wissenschaften und der Künste im Okzident am weitesten fortgeschritten sei, trieb viele von ihnen zu Studienzwecken in den Westen. Deutschland besaß eine besondere Attraktivität, denn neben den hohen wissenschaftlichen Standards waren auch die Lebenshaltungskosten aufgrund der Inflation so gering, dass die Stipendiaten des japanischen Bildungsministeriums, deren Studienförderung in Pfund

Sterling ausgezahlt wurde, dort ein luxuriöses Leben führen konnten. 1926 sollen nach Angaben des japanischen Außenministeriums 976 japanische Bürger in Deutschland gelebt haben. (Katō 2008a: 11f., 24–28) In Berlin, wo sich mehr als die Hälfte von ihnen aufhielt, wurden spätestens im selben Jahr erste marxistische Lesezirkel abgehalten, aus denen die Berliner Studiengesellschaft für Sozialwissenschaften (*Berurin shakai kagaku kenkyūkai*) hervorging. Führende Mitglieder der Vereinigung wie der Ökonom Arisawa Hiromi (1896–1988) oder der Mediziner Kunisaki Teidō schlossen sich mit anderen Japanern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an und bildeten zwischen 1930 und 1932 innerhalb der KPD eine Art japanische Unterabteilung. Einige von ihnen beteiligten sich außerdem an den Aktivitäten der Anti-imperialistischen Gruppe Berlin (*Berurin hantei gurūpu*), die in Japan über die Vorgänge im Okzident aufklären wollte und gleichzeitig in Deutschland ein Bewusstsein zu den expansionistischen Bestrebungen Japans in Fernost herzustellen versuchte.⁴⁵ (Katō 2008b: 18, 30–34) Eben jenes Engagement unterstreicht auch die These des Wirtschaftswissenschaftlers Yagi Kī'ichirō, dass man die Stipendiaten des japanischen Bildungsministeriums im Deutschland der Weimarer Ära „hinsichtlich der Tiefe der Auslandserfahrung und des Aufbaus persönlicher Verbindungen zu deutschen Gelehrten wahrscheinlich nicht mehr mit ihren Vorläufern vor dem Ersten Weltkrieg“ vergleichen könne. Schließlich befassten sich die japanischen Stipendiaten vor 1914 während ihrer vier oder fünf Jahre im Ausland meist einzig mit dem Ziel der Vollendung ihres Studiums. (Yagi 2012: 182)

Die im Deutschland der Zwischenkriegszeit gesammelten Erfahrungen hatten in jedem Fall die Betrachtungsweise gesellschaftlicher und politischer Probleme von bestimmten japanischen Gelehrten noch bis weit in die Nachkriegsära hinein beeinflusst. Während seiner Zeit an der Universität Heidelberg von 1920 bis 1922 erlebte etwa Ōuchi Hyōe (1888–1980), der auch maßgebenden Anteil an der Wirtschaftsplanung des ersten Yoshida-Kabinetts (Mai 1946 – Mai 1947) hatte (Hara 2000: 40), die unmittelbaren Folgen der Hyperinflation auf das Leben der Menschen in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit abstrakten Vorgängen wie der Inflation und deren tatsächliche Auswirkungen auf das Alltagsleben der Bevölkerung beschäftigten den marxistischen Wirtschaftstheoretiker Zeit seines Lebens. (Hein 2005: 30) Der ebenso marxistische Wirtschaftstheorie lehrende Sakisaka Itsurō (1897–1985), der zwischen 1922 und 1925 in Berlin studiert hatte und in der Nachkriegszeit die ideologische Linie des linken Flügels der Sozialistischen Partei maßgeblich mitprägte, argumentierte gegenüber seinen Parteigenossen in Fragen um die Wirkung passiven Widerstands am Beispiel des Vorgehens der deutschen Arbeiterschaft während der Zeit des Kapp-Putsches und der Ruhrbesetzung. (Sa-

kisaka 1951) Arisawa Hiromi, der maßgebend beim Aufbau höchster Verwaltungsinstanzen im Ministerium für Handel und Industrie (*Shōkōshō*) als Vorläufer des Ministeriums für internationalen Handel und Industrie (*Tsūshō sangyōshō*, MITI) mitwirkte, erlebte wiederum in den späten zwanziger Jahren vor Ort in Deutschland, wie sich im Klassenkampf durch Inflation und den Einbruch der Produktionskapazität Gegensätze verschärften. (Nakajima 1982: 139) Noch in hohem Alter sollte der Statistiker und marxistische Wirtschaftstheoretiker eine Arbeit über das Deutschland der Weimarer Zeit verfassen (Arisawa 1978), welche – wie die Historikerin Laura Hein schrieb – die Bedeutung der Jahre in Deutschland für sein Leben nahelegt. (Hein 2005: 45f.)

3.2 INITIATIVEN AUS DEM LINKEN MILIEU

Überhaupt hatten viele dem Marxismus verschriebene japanische Wirtschaftswissenschaftler in der Weimarer Republik, die die sozialen Rechte der Arbeiter anerkannte und in der Sozialisten und Kommunisten in Massenparteien organisiert waren, ein Modell für die Zukunft Japans gesehen. (Yagi 2012: 192) An die Wertschätzung für die sozialen Errenschaften der Weimarer Ära knüpfte fast zwangsläufig ein ausgeprägtes Interesse an den gesellschaftlichen Entwicklungen und Verhältnissen im ostdeutschen Teilstaat an, das in einzelnen Fällen fast schon erklärende Züge annahm. In einem Brief an den Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski (1904–1997) hatte etwa der Nationalökonom und emeritierte Professor an der Tokyoter Hitotsubashi Universität Ōtsuka Kinnosuke (1892–1977), der als einer der ersten Intellektuellen seiner Generation am Beginn der zwanziger Jahre in unmittelbaren Kontakt mit Deutschland gekommen war, seinen ersten Aufenthalt in der DDR von 1956 als persönliche Bestätigung für den Sieg des Sozialismus in Deutschland und als Wendepunkt in seinem Leben beschrieben.⁴⁶ Der national wie international hoch angesehene Wirtschaftswissenschaftler war auch in der sich anschließenden Zeit sehr bemüht gewesen, seine persönliche Verbundenheit mit der DDR zum Ausdruck zu bringen und hatte in diesem Zusammenhang 1962 eine Schenkung von 6.000 Büchern aus dem eigenen Privatbesitz an die Staatsbibliothek in Ostberlin übergeben. (Schubert 1982: 1)

Gleichwohl gab es auch praktische Gründe, die Neigungen zur DDR entstehen ließen. Im Falle des Professors für marxistische Wirtschaftstheorie an der Hōsei Universität in Tokyo Usami Seijirō (1915–1997), der in den sechziger Jahren eine zentrale Rolle in der Freundschaftsbewegung DDR-Japan spielen sollte, war die Anziehungskraft des ostdeutschen Teilstaates u. a. auf den Umstand zurückzuführen, dass die DDR gemein-

sam mit der ČSSR zu dem äußerst kleinen Kreis von Staaten gehörte, die eine Hinwendung zum Sozialismus ausgehend von einem hochgradig entwickeltem Kapitalismus vollzogen hatten. (Ösawa 1997: 201) Die Neigungen zum Gesellschaftssystem der DDR veranlassten Usami auch bereits sehr zeitig, die Nähe zu Persönlichkeiten der akademischen Landschaft des ostdeutschen Teilstaates zu suchen, vor allem zu Jürgen Kuczynski, mit dem er auch während seines einjährigen Aufenthaltes im geteilten Deutschland zwischen 1957 und 1958 zusammentraf.⁴⁷

Doch was auch immer die Gründe für das Interesse an der DDR in japanischen Intellektuellen Kreisen waren, die im linken Milieu der Weimarer Ära entstandenen deutsch-japanischen Netzwerke waren am Ende belastbar gewesen und konnten deswegen in der Nachkriegszeit wieder belebt werden. Spätestens im Oktober 1953 setzten in jenen Kreisen erste Bemühungen ein, die auf eine organisierte Zusammenarbeit zwischen der DDR und Japan abzielten. Der Ordinarius für deutsche Geschichte an der Hitotsubashi Universität Uehara Senroku (1899–1975) wandte sich zu dieser Zeit an ostdeutsche Einrichtungen und berichtete von der Gründung der Gesellschaft für den Japanisch-Deutschen Kulturaustausch (*Nichidoku bunka kōryū kyōkai*). Uehara, der zum Ende der Taishō-Ära (1912–1926) in Deutschland studiert hatte, ein starker Befürworter von Johann Gottlieb Fichtes (1762–1814) Grundsätzen der „Nationalerziehung“ war und tiefgreifende Verbindungen zur teils radikal agierenden und im linken politischen Spektrum angesiedelten Lehrgewerkschaft Nikkyōso pflegte (Oguma 2002: 264f., 366), strebte auf diesem Wege einen wissenschaftlichen und kulturellen Austausch an.⁴⁸

Doch erst der nachfolgende Versuch der Etablierung einer japanischen Einrichtung für den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit der DDR erhielt eine bescheidene, aber dennoch aktive Förderung von ostdeutscher Seite über die Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (GkVA)⁴⁹. Der im Oktober 1954 in Tokyo gegründete Japanisch-Deutsche Kulturverein (*Nichidoku bunka no kai*), als dessen Vorsitzender zunächst Uehara Senroku fungierte⁵⁰, stellte damit auch den ältesten beständigen Ansatz einer für den bilateralen Austausch zwischen dem Inselstaat und der DDR gegründeten Vereinigung dar. (*Nihon doitsu minshu kyōwakoku yūkyō kyōkai* 1981: 234f.)⁵¹ So wie der Vorsitzende der Vereinigung besaßen auch die anderen Mitglieder des Kulturvereins Renommee, wie etwa der Dramaturg Senda Koreya (1904–1994), Pionier der Brecht-Rezeption in Japan und führende Persönlichkeit des linken Milieus in der ehemaligen japanischen Gemeinde in Berlin (Katō 2008b: 29), der Heine-Forscher und Professor für Germanistik an der Waseda Universität Funaki Shigenobu (1893–1975), der Professor für deutsche Wirtschaftsgeschichte an der Senshū Universität Kobayashi Ryōsei

(1898–1975) oder der Nationalökonom Ōtsuka Kinnosuke.⁵² Die ostdeutsche Seite unterstützte die Tätigkeit des Vereins durch Bücherspenden, so wie sich das kulturelle Engagement der DDR in Japan zu dieser Zeit grundsätzlich vor allem durch Angebote preislich günstiger Bücher und Zeitschriften auszeichnete und sogar vereinzelt Schulbücher aus der DDR in Umlauf gebracht werden konnten.⁵³

Allerdings waren sowohl die ostdeutsche Propaganda wie auch der Japanisch-Deutsche Kulturverein zur Mitte der fünfziger Jahre nicht in der Lage, eine große Zahl von Japanern anzusprechen. Im Falle des Kulturvereins hatte der Vorsitzende der Vereinigung Uehara diesen Umstand laut einem Geschäftsbericht vom Januar 1956 vor allem darauf zurückgeführt, dass sich der Verein grundsätzlich zu passiv verhalten und die Vereinsmitglieder im Wesentlichen nur Kontakte auf persönlicher Ebene nach Deutschland pflegen würden. Zusätzlich verkompliziert wurde das Engagement des Zusammenschlusses außerdem dadurch, dass man sich nicht nur auf den Kulturaustausch mit einem der beiden deutschen Teilstaaten, sondern auf Deutschland in seiner Gesamtheit konzentrierte.⁵⁴ Die Probleme des Kulturvereins spiegelten sich auch in der überschaubaren Zahl von Besuchern der Veranstaltungen wieder. So hatten etwa westdeutsche Beobachter auf einer Generalversammlung der Vereinigung im Jahr 1956 nur 15 Teilnehmer gezählt. In diesem Sinne fasste der deutsche Botschafter in Japan Hans Kroll (1898–1967) in einem Memorandum vom Juni des Jahres über den deutsch-japanischen Kulturaustausch die japanischen Kontakte zur DDR mit der Umschreibung „nicht gerade furchterweckend“ zusammen. Doch war sich Kroll auch sicher, dass es wegen der starken Neigungen zum linken Milieu in japanischen Intellektuellenkreisen und an japanischen Universitäten bei diesem Stand nicht bleiben werde.⁵⁵ Tatsächlich waren jene Intellektuellen von besonderer Bedeutung für das ostdeutsche Engagement in Japan. Das zeigte sich in den sechziger Jahren bei der Etablierung einer Freundschaftsbewegung im Inselstaat und noch viel zeitiger über die Kooperation mit der japanischen Friedensbewegung.

3.3 HIRANO YOSHITARŌ ALS MITTLER ZWISCHEN JAPAN UND DER DDR

Zur Mitte der fünfziger Jahre mochte das Ausmaß des Austausches zwischen Organisationen der DDR und japanischen Intellektuellen-Kreisen eine nach westdeutschem Verständnis zu vernachlässigende Größe gewesen sein. Die bereits den ersten der DDR verschriebenen Kultureinrichtungen in Japan zugrundeliegende Entschlossenheit, trotz der widrigen äußeren Umstände freundschaftliche Beziehungen zur DDR zu pflegen, hatte am Ende jedoch nicht mehr als einen groben institutionellen

Rahmen gebraucht, um die Annäherung zum ostdeutschen Teilstaat spürbar voranzubringen. Als jener Rahmen hatte der pro-kommunistische Weltfriedensrat⁵⁶ fungiert, der 1950 aus einer breit angelegten Kampagne für das Verbot der Atomwaffen im Westen hervorgegangen war und dessen Entstehung letztendlich den Ergebnissen von Stalins Mobilisierung der sogenannten gesellschaftlichen Organisationen zugeordnet wurde. (Ploetz und Müller 2004: 27)

Bereits auf der Tagung des Weltfriedensrates in Budapest im Juni 1953 kam es zu einem Treffen zwischen ostdeutschen und japanischen Delegierten. Initiator war der japanische Friedensaktivist und Oberhausabgeordnete Ōyama Ikuo (1880–1955), der sich nicht nur für gut nachbarliche Beziehungen Japans zur UdSSR und zu China stark machte, sondern auch mit den Vorgängen in Europa und besonders in Deutschland vertraut war. Dies unterstrich Ōyama kurz vor seinem Tode ein letztes Mal auf dem Weltfriedentreffen in Helsinki im Juni 1955.⁵⁷ Der ersten Begegnung schloss sich ein kontinuierlicher Austausch zwischen dem Deutschen Friedensrat (DFR) und einer Reihe von japanischen Friedensaktivisten an. Eng war vor allem das Verhältnis zwischen dem DFR, der als „deutscher“ Zweig des Internationalen Komitees des Weltfriedensrates wirkte (Mallinckrodt 1980: 206), und dem Japanischen Friedenskomitee (*Nihon heiwa i'inkai*), das 1948 einer Initiative des Kominform folgend gegründet worden war, das selbst dem Weltfriedensrat nahestand und das sich zur Mitte der fünfziger Jahre bereits zu einem Sammelbecken für berufsmäßige Friedensaktivisten (*shokugyō-teki heiwa undōka*) mit Bindung zur Kommunistischen Partei Japans (*Nihon kyōsantō*, KPJ) entwickelt hatte. (Hidaka 1963: 104f.) Der Aufbau einer engen Kooperation zwischen beiden Einrichtungen war aber vor allem deshalb möglich gewesen, weil sich speziell der Generalsekretär des Japanischen Friedenskomitees Hirano Yoshitarō (1897–1980) bei seinen Bemühungen um die Beziehungen auf ein sehr freundschaftliches Verhältnis zum Generalsekretär des DFR und Mitbegründer des Aufbau-Verlags Heinz Willmann (1906–1991) stützen konnte.⁵⁸ Denn der Professor an der juristischen Fakultät der Universität Tokyo und der Funktionär des Friedensrates kannten sich bereits seit den ausgehenden zwanziger Jahren. Willmann pflegte zu jener Zeit über den Kommunistischen Jugendverband Verbindungen zu verschiedenen japanischen Studenten an der Technischen Hochschule Darmstadt und an der Frankfurter Universität, darunter auch Hirano Yoshitarō (Willmann 1977: 408)⁵⁹, der sich zwischen Dezember 1927 und Oktober 1929 in der Mainstadt aufhielt und dort am Institut für Sozialforschung wirkte.⁶⁰

Unter diesen Voraussetzungen hatte sich der Generalsekretär des Japanischen Friedenskomitees auch bald als einer der eifrigsten Mittler

zwischen den beiden Organisationen und wie überhaupt zwischen Japan und der DDR profiliert. Durch den direkten Kontakt zu ostdeutschen Stellen war es ihm auf vergleichsweise unkomplizierte Weise möglich gewesen, DDR-interessierten japanischen Wissenschaftlern Forschungsaufenthalte im ostdeutschen Teilstaat zu ermöglichen. So gelangte beispielsweise im Februar 1956 der Professor an der juristischen Fakultät der Ritsumeikan Universität Kyoto Nishimura Nobuo (1900–1989) als Gast des Friedensrates in die DDR, um sich u. a. an der Humboldt-Universität auf dem Gebiet des Familienrechts zu informieren.⁶¹ Vor Ort in der DDR bemühte sich Hirano zusammen mit Nishimura außerdem bei einem Treffen mit dem Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin Walter Friedrich (1883–1968) um einen Austausch zwischen der ostdeutschen Einrichtung und dem Japanischen Wissenschaftsrat (*Nihon gaku jutsu kaigi*).⁶² Doch nicht nur Akademiker brachte Hirano mit verschiedenen ostdeutschen Stellen in Verbindung. Gegenüber dem DFR wies er z. B. auch auf die Existenz des Vereins zur Unterstützung der Opfer des Falles Sorge-Ozaki⁶³ (*Zoruge Ozaki jiken giseisha kyūenkai*) hin und regte an, die Zusammenarbeit mit einem geeigneten ostdeutschen Komitee aufzunehmen, um gemeinsam gegen die vermeintliche Verleumdung von Richard Sorge in westeuropäischen Staaten und in Japan vorzugehen.⁶⁴ Entsprechend der Anregung brachte der DFR die Vereinigung mit dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR in Kontakt und schlug vor, das von Ishi'i Hanako (1911–2000) – Geliebte Sorges und selbst Mitglied des Bundes – verfasste Buch „Alles aus Liebe ...“ (*Ai no subete o*) ins Deutsche übersetzen zu lassen.⁶⁵ Gleichwohl bemühte sich Hirano um eine Verbesserung der handelspolitischen Stellung der DDR in Japan gegenüber Exporteuren vergleichbarer Güter aus der Bundesrepublik, Frankreich sowie Spanien und hatte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit japanischen Unternehmensvertretern die Gründung einer „Ost-Cali-Aktiengesellschaft“ (sic!) für den Vertrieb von Kali aus dem ostdeutschen Teilstaat, der Sowjetunion und Polen vorgeschlagen.⁶⁶ Und auch rein privaten Anliegen wusste Hirano in der DDR Gehör zu verschaffen. Als der Mediziner und japanische Vertreter der WHO Asiens in Manila Shiga Hidetoshi, der selbst in der japanischen Friedensbewegung aktiv war, seine Tochter zum Studium der Musik nach Leipzig schicken wollte, brachte Hirano erneut seine Verbindungen ein.⁶⁷ Die Tochter des japanischen Mediziners erhielt am Ende den gewünschten Studienplatz und zusätzlich ein Stipendium.⁶⁸ Offiziell wurde ihr der Studienplatz als Mitglied des DFR genehmigt.⁶⁹

Durch Entwicklungen in der japanischen Friedensbewegung zu Beginn der sechziger Jahre, die noch näher erörtert werden, und durch die Ausweitung des ostdeutschen Wirkens in Japan auf eine Vielzahl von Tä-

tigkeitsfeldern, schwand der Einfluss von Hirano im Verlauf der Jahre im Gesamtkontext der ostdeutsch-japanischen Beziehungen, obgleich er sich auch weiterhin sehr engagiert im Austausch einbrachte.⁷⁰ Gerade in späteren Jahren begegnete man in den Reihen des DFR Hiranos Eifer durchaus auch mit Skepsis und sprach konkret aus, dass der japanische Rechtswissenschaftler anscheinend darauf bedacht sei, alle Kontakte des Friedensrates zur japanischen Gegeneinrichtung über sich laufen zu lassen.⁷¹ Trotzdem war der Generalsekretär des Japanischen Friedenskomitees während der fünfziger Jahre *der* herausragende Förderer des personellen Austausches zwischen Japan und dem ostdeutschen Teilstaat und half damit, ein Fundament zu schaffen, auf dem sich das Engagement des außenpolitischen Apparates der DDR im Inselstaat in verschiedene Richtungen entfalten konnte. In der DDR wusste man den Einsatz von Hirano zu würdigen und verlieh ihm im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen der Humboldt-Universität die Ehrendoktorwürde der Ostberliner Hochschule.⁷² Dabei waren die verantwortlichen ostdeutschen Stellen auch bereit gewesen, über ein weniger rühmliches Kapitel in der Biografie des japanischen Friedensaktivisten hinwegzusehen.⁷³

Hirano hatte sich nämlich zum Ende der dreißiger Jahre vom Marxismus distanziert und stattdessen die nationalistische japanische Staatsideologie zu seiner Überzeugung gemacht, nachdem er im Juli 1936 auf Grundlage der Anklage, am Aufbau einer kommunistischen Organisation beteiligt zu sein, verhaftet worden war. Was folgte war der Beitritt zum Ostasien Institut (*Tōa kenkyūjo*), das unmittelbar der Planungsabteilung (*Kikakuin*) der japanischen Regierung unterstand und durch Untersuchungen im ostasiatischen Raum Informationen zur Formulierung einer nationalen Politik im Zuge des sich ausweitenden Sino-Japanischen Krieges bereitstellen sollte.⁷⁴ Die in diesem Kontext von Hirano erstellten Asianismus-Studien waren schließlich so weit gegangen, dass sie den Pazifikkrieg als Kampf für die Befreiung Asiens von der Kolonialherrschaft des Westens rechtfertigten. (Kim 2011: 74) Erst nach der Kriegsniederlage wandte sich Hirano wieder dem Marxismus zu, um bald darauf als Leiter des Instituts für Chinastudien (*Chūgoku kenkyūjo*) und insbesondere als Vizevorsitzender der Japanisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft (*Nicchū yūkō kyōkai*) zu einem wichtigen Akteur im Austausch zwischen dem Inselstaat und der jungen Volksrepublik China zu avancieren. (Mütō 2011: 275)

3.4 DIE BEWEGUNG GEGEN ATOM- UND WASSERSTOFFBOMBEN

Das Engagement von Hirano Yoshitarō um den ostdeutsch-japanischen Austausch war für die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre auch deshalb so wertvoll gewesen, weil auf diese Weise der DFR unmittelbaren Zugang zur japanischen Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben erhielt. Diese hatte sich ausgehend von der im Bikini-Atoll erfolgten Sprengung der bis heute stärksten thermonuklearen Waffen am 1. März 1954 im Rahmen der amerikanischen Castle-Bravo-Tests innerhalb kürzester Zeit zu einer wichtigen Kraft in Japans Innenpolitik entwickelt. Mit der Verstrahlung der kompletten Mannschaft und des gesamten Fangs des japanischen Fischkutters Glücklicher Drache V (*Dai-go fukuryū maru*) durch den infolge der Tests entstandenen radioaktiven Niederschlag waren Japaner nach Hiroshima und Nagasaki erneut unmittelbar den Auswirkungen von Kernwaffen ausgesetzt worden.

Die mit dem Bekanntwerden des Schicksals der Bootsbesatzung einhergehende Angst und Wut in der japanischen Bevölkerung hatte in der Unterschriftenkampagne für das Verbot der Kernwaffen einen organisierten Ausdruck gefunden und wurde bis Januar 1955 bereits von 20 Millionen Unterzeichnern unterstützt. Gleichwohl hatte sich die Bewegung mit der im August 1955 in Hiroshima einberufenen Weltkonferenz für das Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben (*Gensuibaku kinshi sekai taikai*) ein Sprachrohr geschaffen, um auch direkt an die Weltöffentlichkeit zu appellieren. Die Beteiligung von 2000 in- und ausländischen Delegierten an der Zusammenkunft in der Stadt des ersten Atombombenabwurfs hatte wiederum das Ansinnen bestärkt, in Zukunft einmal jährlich im August die Weltkonferenz abzuhalten. Deren Leitung wurde schließlich dem im September 1955 gegründeten und als Gensuikyō bezeichneten Japanischen Rat für das Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben (*Gensuibaku kinshi nihon kyōgikai*) übertragen. (Yoshikawa 1995: 20f.)

Mit der Unterstützung des im Vorstand von Gensuikyō über Einfluss verfügenden Japanischen Friedenskomitees (Hidaka 1963: 105f.) hatte sich in den folgenden Jahren die japanische Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben mit ihrer breiten Basis zu einem der wichtigsten Bezugspunkte der ostdeutschen Außenpolitik in Japans linkem Milieu entwickelt. Zum Ende der fünfziger Jahre waren die japanischen Behörden auch nicht länger in der Lage, sich der Einreise ostdeutscher Funktionäre zur Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in den Weg zu stellen. Denn der allgemeine Unmut in Japan über die britischen Wasserstoffbombentests vom 15. Mai 1957 in der Nähe der Weihnachtsinseln hatte dazu geführt, dass die III. Weltkonferenz vom Sommer des Jahres zum größten Erfolg seit Bestehen der Veranstaltung wurde. In der Kon-

sequenz nahm auch das Gewicht der Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Japans Innenpolitik weiter zu. Mit diesem Prozess ging auch ein Auftreten der Bewegung einher, das den sozialistischen Staaten der Welt mehr noch als in der Vergangenheit wohlgesonnen war. Denn Peking und Moskau waren zu dieser Zeit mit einem Schlag zu „Großaktionären“ von Gensuikyō geworden, indem die stets vorhandenen Finanzierungsschwierigkeiten der Weltkonferenz ausgenutzt und der japanischen Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben von chinesischer und sowjetischer Seite hohe Summen zur Verfügung gestellt worden waren.⁷⁵

Nicht nur, dass Vertreter des japanischen Außenministeriums im Zuge der Entwicklung den westdeutschen Repräsentanten in Tokyo während der Vorbereitungsphase der IV. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben vom Sommer 1958 zur Beteiligung einer Delegation aus der DDR mitgeteilt hatten, dass man „höheren Orts‘ aus innenpolitischen Gründen und unter innenpolitischen Druck möglicherweise [...] die Visaerteilung genehmigen“ werde. Der Gensuikyō-Vorstandsvorsitzende Yasui Kaoru (1907–1980) und der Abgeordnete der Sozialistischen Partei Tanaka Toshio (1902–1993) hatten der deutschen Botschaft sogar persönlich einen Besuch abgestattet und die Gesprächspartnern wissen lassen, dass es der Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben begrüßen würde, wenn die westdeutschen Stellen von der ablehnenden Haltung zur Konferenzbeteiligung von Delegierten aus der DDR abrücken würden. Die angestrebte Zusage erhielten die beiden Gensuikyō-Repräsentanten erwartungsgemäß nicht.⁷⁶ Doch war diese auch nicht erforderlich. Die Prognose des Außenministeriums war eingetroffen und so konnte ab 1958 der DFR direkt auf der Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben dem eigenen Aktionsprofil folgend der Propagierung von Abrüstungs- und Rüstungsbeschränkungsmaßnahmen nachgehen. (Malinckrodt 1980: 206) Andererseits bot sich durch die Zusammenarbeit mit Gensuikyō in den kommenden Jahren auch für Funktionäre anderer ostdeutschen Organisationen die seltene Gelegenheit zum unmittelbaren Engagement vor Ort und zur Thematisierung deutschlandpolitischer Belange in Japan.

4. GEWERKSCHAFTSKONTAKTE UND DIE NEUTRALISTISCHE OPPOSITION

Die Unterstützung von namhaften Intellektuellen und einflussreichen Aktivisten aus der japanischen Friedensbewegung gehörte zweifellos zu den wichtigsten Stützen des ostdeutschen Engagements im Japan der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Was die Verbindungen ostdeutscher

Einrichtung zum linken Milieu des Inselstaates anging, so waren es zu dieser Zeit jedoch vor allem die Forderungen von japanischen Gewerkschaftern nach Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Japan und der DDR, denen speziell das japanische Außenministerium verstärkte Aufmerksamkeit widmete.⁷⁷ Dies erscheint auch wenig verwunderlich in Anbetracht der Tatsache, dass letztendlich selbst die von weiten Teilen der Bevölkerung gestützte Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben zu dieser Zeit keinen so weitreichenden Einfluss auf den politischen Kurs Japans hatte, wie der mit der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) affilierte neutralistische Teil der japanischen Gewerkschaftsbewegung, der sich am Beginn der fünfziger Jahre unter dem Dach von Sōhyō – dem Generalrat der japanischen Gewerkschaften (*Nihon rōdō kumiai sōhyōgikai*) – zusammengeschlossen hatte.

So mochte die SPJ das selbstgestellte Ziel einer Regierungsübernahme zum Ende der fünfziger Jahre nicht erreicht haben. Doch war die Partei nicht nur in der Lage gewesen, ein Drittel der Sitze sowohl im japanischen Unter- wie auch Oberhaus zu behaupten. Dank der engen Zusammenarbeit mit Sōhyō als richtungweisender Bestandteil der japanischen Gewerkschaftsbewegung verfügten die japanischen Sozialisten auch außerhalb des Parlaments über ein beachtliches Gewicht in der politischen Landschaft des Inselstaates und waren so durchaus in der Lage, Einfluss auf Auseinandersetzungen in den Reihen der konservativen Regierungspartei zu nehmen. In diesem Sinne konnte Sōhyō gemeinsam mit der SPJ im Verlauf der fünfziger Jahre die zögernde Regierung dazu drängen, Japan mehr Autonomie gegenüber den USA zu verschaffen und die Remilitarisierung des Inselstaates zu bremsen. (Nakakita 2002: 262)

Die in antagonistische Blöcke geteilte internationale Gewerkschaftsbewegung hatte schon zeitig den Stellenwert der organisierten japanischen Arbeiterschaft für den zukünftigen Kurs des Inselstaates erkannt. Auch der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) als Staatsgewerkschaft der DDR hatte bald begonnen, gegenüber der organisierten japanischen Arbeiterschaft für die Anliegen der ostdeutschen Staatsführung wie auch für die Anliegen des „sozialistischen Lagers“ im Allgemeinen zu werben. Auf diesem Wege war es den verantwortlichen Stellen in Ostberlin möglich gewesen, eine Plattform in den Reihen der japanischen Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die während der Zeit des Bestehens der DDR ein zentraler Bestandteil der ostdeutsch-japanischen Beziehungen bleiben sollte und die auf lange Sicht auch den Standpunkt der SPJ zum ostdeutschen Teilstaat nicht unberührt ließ.

4.1 IM WINDSCHATTEN DES WELTGEWERKSCHAFTSBUNDES

Die weitreichende Einbeziehung der Gewerkschaften in die Politik der Alliierten bei der Sicherung des Friedens, beim Wiederaufbau der Wirtschaft und – im Falle vormaliger faschistischer Staaten – bei der Wiederherstellung einer Zivilgesellschaft hatte im Zuge der Ablehnung der Marshallplan-Hilfe durch die UdSSR im Oktober 1947 zu einer Polarisierung der organisierten Arbeiterschaft auf dem europäischen Kontinent beigetragen (Carew 2000a: 171, 174f.), die – nachdem sie bereits die deutsche Gewerkschaftsbewegung auseinandergerissen hatte – schließlich den Ausgangspunkt für die Entstehung eines ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsaustausches bilden sollte. (Carlile 2005: 134)⁷⁸

Der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1945 erfolgte überall unter dem Postulat, die Spaltung der Gewerkschaften in unterschiedliche politisch-weltanschauliche Richtungen aus der Zeit der Weimarer Republik zu überwinden. Doch stellte sich bald heraus, dass die Konzepte des Wiederaufbaus der vor allem sozialdemokratisch und christlich orientierten Gewerkschaftsführer in den westlichen Besatzungszonen mit denen der vorwiegend kommunistisch geprägten und von der sowjetischen Besatzungsmacht gestützten Leitung des FDGB in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht kompatibel waren. (Carlile 2005: 129) Denn die Entwicklung des FDGB folgte einem Muster, das bereits während der Kriegsjahre von der KPD im Moskauer Exil erdacht worden war. Darin wurden die Gewerkschaften als „entscheidender Transmissionsriemen“ der Partei in die Arbeitklasse verstanden. Ihre Funktion war somit auf die Vermittlung der Ideologie und die Durchsetzung der Politik der KPD ausgerichtet. Folglich waren die Gewerkschaften in eine klare Hierarchie eingebunden, an deren Spitze die Partei als „Vorhut der Arbeiterklasse“ stand. (Brunner 1996: 8f.) Vor diesem Hintergrund hatten sich in den ausgehenden vierziger Jahren auch bereits Gegensätze unter Gewerkschaftsführern der SBZ und der Westzonen massiv verstärkt. Im Resultat wurde das ursprünglich von beiden Seiten avisierte Vorhaben der Herstellung einer Gewerkschaftszentrale für ganz Deutschland verworfen. Mit der Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 und der Konstituierung der DDR am 7. Oktober des Jahres war schließlich auch die Einbindung der Gewerkschaften des geteilten Deutschlands in die gegeneinander wirkenden Blöcke des Ost-West-Konfliktes abgeschlossen. (Deppe 1989: 475f.)

Die Spaltung der nationalen Gewerkschaftsbewegung war jedoch kein auf Deutschland beschränktes Phänomen, sondern eine Erscheinung, die sich bereits in den Jahren zuvor in Frankreich und Italien vollzogen hatte und die auch Finnland zum Ende vierziger Jahre zu erfassen

drohte. Entscheidend waren all diese Vorgänge auch für den zukünftigen Kurs der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die sich nach dem Krieg unter dem Dach des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) wieder zusammengefunden hatte. Denn sie trugen erheblich dazu bei, dass sich die Fronten zwischen Kommunismusbefürwortern und Kommunismusgegnern im WGB verhärteten, bevor sich die Gewerkschaften aus den USA und aus Großbritannien gemeinsam mit der Mehrheit der maßgebenden Gewerkschaften aus West- und Nordeuropa von der Internationale los-sagten und am 7. Dezember 1949 den Gründungsakt des programmatisch anti-kommunistisch ausgerichteten Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) vollzogen. (Carew 2000b: 189–199, 201) Damit waren die Verhältnisse in der internationalen Gewerkschaftsbewegung des Okzidents für die nächsten zwei Jahrzehnte im Wesentlichen festgelegt. Weitaus offener war jedoch die Situation in Asien, wo sich der Kommunismus auch noch in den späten vierziger Jahren weiter auszubreiten schien. So hatte der IBFG schon zeitig den Erdteil zu einem der ersten Schwerpunkte des eigenen Engagements erklärt (Carew 2000b: 215) und setzte im Kontext der Anstrengungen um die Stärkung der Position der anti-kommunistischen internationalen Gewerkschaftsbewegung in Fernost insbesondere auf eine Zusammenarbeit mit den japanischen Gewerkschaften.

Der IBFG hatte bereits seit dem Ende des Jahres 1949 verstärkt die Nähe zur organisierten Arbeiterschaft des Inselstaates gesucht und mit hohen Erwartungen die sich bald darauf vollziehende Etablierung eines japanischen Gewerkschaftsverbandes begleitet, der weite Teile der Gewerkschaftsbewegung des Inselstaates einbeziehen sollte. 17 Gewerkschaftsbünde, die zusammengenommen eine Mitgliederzahl von 3.977.000 Personen umfassten, schlossen sich im Juli 1950 formell zu Sōhyō zusammen. Zudem koordinierten sieben weitere Gewerkschaftsbünde mit insgesamt 170.000 Mitgliedern als „Beobachter“ ihr Vorgehen mit Sōhyō. Doch schon in der Vorbereitungsphase der Gründung von Sōhyō ergaben sich Schwierigkeiten um die angedachte Kooperation mit dem IBFG. (Nakakita 2008: 47f.) Die amerikanische Besatzungsmacht hatte am Vorabend des Koreakrieges bei der Gründung des Gewerkschaftsverbandes interveniert, um schnelle Resultate zu erhalten. Denn führende Gewerkschaftszusammenschlüsse der ersten Nachkriegsjahre, die gleichzeitig den japanischen Kommunisten nahestanden, schienen zu dieser Zeit durch Tadel und Kritik des Kominform und der KPJ ins Wanken zu geraten. Unter der Führung von Takano Minoru (1901–1974) schlug allerdings bald auch Sōhyō eine militante Richtung ein, machte sich für Streiks in Betrieben stark, verbündete sich mit dem linken Flügel der SPJ und strebte gemeinsam mit diesem nach einem neutralistischen Japan.

Der Politikwissenschaftler Nakakita Kōji hat bereits die Umstände der zu Beginn des Jahres 1951 einsetzenden Distanzierung von Sōhyō gegenüber der anti-kommunistischen internationalen Gewerkschaftsbewegung ausführlich behandelt. Da sich auch der ostdeutsch-japanische Gewerkschaftsaustausch inmitten dieser Vorgänge vollzog, sollen jedoch noch einmal einige wichtige Zäsuren in der Entwicklung von Sōhyō aufgegriffen werden. In diesem Sinne sei noch einmal darauf verwiesen, dass der VII. Parteikongress der SPJ im Januar 1951 per Beschluss die Annahme der vier Friedensprinzipien (*Heiwa yon gensoku*) erklärte und so einen neutralistischen Kurs einschlug, der auf den Forderungen nach einem Friedensschluss mit sämtlichen vormaligen japanischen Kriegsgegnern, der Beibehaltung japanischer Neutralität, der Opposition gegen den Ausbau Japans zum amerikanischen Stützpunkt sowie der Ablehnung einer Wiederbewaffnung des Inselstaates basierte und Japan vor einer direkten Einbeziehung in den Koreakrieg schützen sollte. Tragende Sōhyō-Gewerkschaften folgten dem Beispiel und hatten so zur Entstehung eines Klimas beigetragen, in dem sich der geschlossene Beitritt aller Sōhyō-Gewerkschaften zum IBFG nicht mehr umsetzen lies, obgleich amerikanische und britische Regierungsstellen mit aufwendigen Reiseprogrammen auf die Entwicklungen Einfluss zu nehmen versuchten. (Nakakita 2008: 49–54)

Was sich der verstärkten Hinwendung von Sōhyō zum Neutralismus anschloss, war zunächst eine Neuorientierung gegenüber den Gewerkschaften Asiens, von der insbesondere der Austausch mit der chinesischen Staatsgewerkschaft profitierte, und außerdem das grundsätzliche Ansinnen, die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten zu verbessern. Wichtige Sōhyō-Gewerkschaften wie die Gewerkschaft der Arbeiter der staatlichen Eisenbahnen Kokurō, die Lehrgewerkschaft Nikkyōso und die Bergarbeitergewerkschaft Tanrō entsandten bereits Vertreter zum III. WGB-Kongress vom Oktober 1953 in Wien. Angehörige von Sōhyō beteiligten sich wiederum im folgenden Jahr an Zusammenkünften des WGB. (Nakakita 2008: 71f., 88, 112)

Im Rahmen der sich vollziehenden Annäherung zwischen maßgebenden Teilen der japanischen Gewerkschaftsbewegung und der pro-kommunistischen internationalen Gewerkschaftsbewegung nahm auch der ostdeutsch-japanische Gewerkschaftsaustausch seinen Anfang. Denn die ausgeprägte Nähe des FDGB zum WGB bedingte in Kombination mit der engen Bindung der Gewerkschaften der DDR an die Politik der ostdeutschen Staatsführung und damit an die sowjetische Deutschlandpolitik, dass die ostdeutsche Staatsgewerkschaft tatsächlich schon zeitig in das Werben um die organisierte japanische Arbeiterschaft auf internationaler Ebene einbezogen wurde.

Im September 1954 folgten erstmals Sōhyō-Delegationen offiziellen Einladungen von WGB angeschlossenen Gewerkschaften. 15 Sōhyō-Vertreter reisten zu dieser Zeit einer Einladung der Confédération générale du travail (CGT) folgend nach Frankreich, während 20 weitere im selben Zeitraum auf Vorschlag der Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) nach Italien aufbrachen. Erstmals demonstrierte Sōhyō damit offen die Annäherung an die Gewerkschaften des WGB. (Nakakita 2008: 112) Nachdem sich die Delegationen, die nach Frankreich und Italien gereist waren und auch in China und in der UdSSR weitere Gespräche führten, bereits ein Durchreisevisum für den ostdeutschen Teilstaat in Peking verschafft hatten, statteten die Leiter der Gruppe dem Botschafter der DDR in Moskau Anfang November 1954 einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit berichteten sie von ihrem Vorhaben, nach Ostberlin zu reisen und mit dem FDGB Kontakt aufzunehmen. Dabei wurde die Angelegenheit von den ostdeutschen Verantwortlichen in Moskau als „außerordentlich wichtig“ eingestuft, was durchaus damit zusammenhing, dass eine solche Kontaktaufnahme von sowjetischer Seite gern gesehen wurde⁷⁹ – wie auch das Vorsprechen der Sōhyō-Vertreter bei der Botschaft im Beisein eines sowjetischen Gewerkschaftsfunktionärs unterstrich.⁸⁰ Der anschließende Aufenthalt der japanischen Gewerkschafter in der DDR verlief alles andere als reibungslos und war vor allem von Verständigungsschwierigkeiten geprägt. Doch trotz aller Probleme zog der FDGB aus dem Besuch die Schlussfolgerung, dass zu Sōhyō feste Verbindungen hergestellt und ein Materialaustausch herbeigeführt werden müssen.⁸¹ Bereits für das folgende Jahr wurde ein erneuter Delegationsaustausch vorgesehen, sodass der FDGB bereits am 25. Januar 1955 Sōhyō eine erneute Einladung in die DDR aussprach.⁸²

Dabei bedachte man im FDGB bei der Pflege der Beziehungen zu Sōhyō schon früh das Streben des WGB nach Einfluss innerhalb des japanischen Gewerkschaftsverbandes. Das äußerte sich etwa in der Form, dass FDGB-Funktionäre einflussreichen japanischen Gewerkschaftern die Anliegen des WGB näherzubringen versuchten.⁸³

4.2 TRÄGER DES GEWERKSCHAFTSAUSTAUSCHES

Das Verhältnis des FDGB zu Sōhyō entwickelte sich seit den ausgehenden fünfziger Jahren in einer aus ostdeutscher Sicht durchaus zufriedenstellenden Form. Dabei profitierte der FDGB bei seinen Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit mit Japans größtem Gewerkschaftsverband vor allem von dem Umstand, dass Sōhyō auch weiterhin an einem ausgedehnten politischen Engagement festhielt, nachdem Iwai Akira (1922–1997) im Jahr 1955 zum Sōhyō-Generalsekretär aufgestiegen und parallel

dazu Ōta Kaoru (1912–1998) zunächst zum Sōhyō-Vizevorsitzenden und drei Jahre darauf schließlich zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes gewählt worden war. Denn obwohl die ersten Erfolge der überbetrieblichen Kooperation in den Verhandlungen um Löhne – genannt Shuntō (Frühjahrsoffensive) – erheblich zum Führungswechsel beigetragen und damit den Anbruch der noch bis 1970 andauernden Ōta-Iwai Āra eingeleitet hatten⁸⁴, waren Sōhyōs Möglichkeiten zur direkten Einflussnahme auf die Firmenseite auch in den folgenden Jahren nicht sehr weitreichend.

Zentrale Fragen für die japanische Arbeiterschaft, wie Löhne und Arbeitsbedingungen, mussten nämlich von den einzelnen Sōhyō angeschlossenen Gewerkschaften nach wie vor direkt mit der Unternehmensführung verhandelt werden. Sōhyō als nationaler Dachverband konnte dagegen in den Verhandlungen nicht unmittelbar mitwirken. Insofern blieb dem Gewerkschaftsverband nur die Möglichkeit, vorteilhafte Voraussetzungen für die Verhandlungen zu schaffen. Insbesondere das Engagement für einen umfangreichen Frieden, gegen Kernwaffen, Militärstützpunkte und den Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag waren entscheidende Mittel, um die entsprechenden positiven Voraussetzungen für die Arbeitnehmerseite herzustellen. Erst als zu Beginn der sechziger Jahre Shuntō breite Erfolge erzielen konnte, begann sich der unmittelbare Einfluss von Sōhyō auf Lohnfragen und andere betriebliche Belange zu erhöhen. (Yamamoto 2004: 79)

Das durchaus mit den Zielen der ostdeutschen Staatsgewerkschaft komplementäre politische Engagement von Sōhyō war jedoch noch kein Garant für eine vorbehaltlose Unterstützung von Initiativen aus der DDR. Das galt auch für die Zeit, nachdem der Austausch zwischen den beiden Organisationen bereits durch ein Abkommen vom November 1959 geregelt wurde. Als sich etwa der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke (1902–1975) mit dem Anliegen an Sōhyō wandte, die bevorstehende WGB-Tagung in Peking vom Juni 1960 als Rahmen für einen demonstrativen Akt der Freundschaft zwischen beiden Gewerkschaftsorganisationen inmitten des Kampfes für Frieden und gegen nukleare Rüstung zu nutzen⁸⁵, bedankte sich Sōhyō formell für die Anfrage ohne jedoch weiter auf den Vorschlag einzugehen.⁸⁶ Denn letztendlich fungierte Sōhyō als ein Zusammenschluss von einer Vielzahl von politischen Strömungen, der auch unter internen Spannungen litt und in dem zweifellos nicht alle der an sowjetischen Positionen ausgerichteten Politik des FDGB wohlwollend gegenüberstanden. Insofern empfiehlt sich ein genauerer Blick auf eben jene Gruppierungen innerhalb des japanischen Gewerkschaftsverbandes, die den FDGB in Japan stützten und letztendlich Grundlagen für eine umfangreiche Kooperation schufen.

Dass es auch treibende Kräfte in den Reihen von Sōhyō gab, die der ideologischen Linie des FDGB durchaus zugeneigt waren, dürfte den verantwortlichen ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionären spätestens im Oktober 1957 bewusst geworden sein. Zu dieser Zeit wurde Hosoi Sōichi (1918–1996), Angehöriger des Exekutivkomitees der Eisenbahnergewerkschaft Kokurō, im Anschluss an eine Reise in die UdSSR als Leiter der japanischen Delegation zum IV. WGB-Kongress nach Leipzig entsandt. Erwartungsgemäß arbeitete die Abordnung um Hosoi auch wieder mit dem FDGB zusammen. Im Gegensatz zu den ersten japanischen Gewerkschaftsdelegationen, die die DDR 1954 und 1955 bereist hatten, erfolgte im Oktober 1957 aber ein Zusammentreffen mit Vertretern der organisierten japanischen Arbeiterschaft, deren politische Ansichten zu internationalen Fragen weitgehend im Anklang mit den Positionen der verantwortlichen Funktionäre des FDGB standen. Vor dem Hintergrund der Aktivitäten des Delegationsleiters wird auch schnell ersichtlich, weshalb man auf ostdeutscher Seite am Ende festhielt, dass bei den japanischen Gästen gegenüber den zuvor in der DDR empfangenen Delegationen ein bedeutender Fortschritt hinsichtlich „Aufgeschlossenheit und politischer Arbeit“ festzustellen war.⁸⁷

Der 1918 in Niigata geborene Hosoi, der während der Kriegsjahre in der Armee zum Hauptmann (*rikugun tai'i*) aufgestiegen war, gehörte zur Gruppe japanischer Intellektueller, die die Historikerin Yamamoto Mari wie folgt beschrieb: Sie waren Anfang zwanzig als sie in der Armee dienten und litten unter völliger ideologischer Entwurzelung als der Krieg in der Katastrophe endete und sie sich von den nun diskreditierten Lehren der Kriegsjahre lossagten. Viele von diesen jungen Männern wandten sich stattdessen sozialistischen Ideen zu, befassten sich mit marxistischer Ideologie, beteiligten sich an den Aktionen der KPJ und strebten nach einer Karriere innerhalb der organisierten Arbeiterschaft. (Yamamoto 2004: 31f.) Dies traf auch auf Hosoi zu, der ein aktives Mitglied der KPJ war und bereits 1952 dem Exekutivkomitee von Kokurō angehörte. Gleichwohl publizierte er im KPJ-Organ *Akahata* (Rote Fahne), gehörte als ständiges Vorstandsmitglied sowohl dem der KPJ nahestehendem Japanischen Friedenskomitee wie auch der seit 1953 in Tokyo bestehenden WGB-Verlagsgesellschaft an und war zudem im Vorstand der Japanisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft aktiv. (*Nihon shakai undō kenkyūkai* 1969: 459f.)

Entsprechend stand auch Hosois Redebeitrag auf dem IV. WGB-Kongress in Leipzig vollends im Einklang mit den offiziellen chinesischen und sowjetischen Positionen. So hatte der japanische Gewerkschaftsfunktionär nicht nur festgestellt, dass der US-Imperialismus das japanische Volk unterdrücken und ausbeuten würde. Ebenso habe sich der US-Im-

perialismus dem zu China gehörenden Taiwan bemächtigt, würde die friedliche Vereinigung eines unabhängigen Koreas verhindern und die Gefahr eines Krieges in und um Berlin heraufbeschwören. Über all dem würde das Ziel stehen, die Völker der Welt und vor allem die Völker Asiens und Afrikas zu beherrschen und zu unterdrücken. Insofern rief Hosoi auch zu gemeinsamen Aktionen der internationalen Arbeiterbewegung für die Abschaffung sämtlicher militärischer Waffen und für den Abschluss eines deutschen Friedensvertrages auf, damit der Status quo im Hinblick auf die Existenz von zwei deutschen Staaten gewährleistet, die Oder-Neiße-Grenze endgültig anerkannt und ein entmilitarisiertes „Freies Berlin“ geschaffen werden könne.⁸⁸

Gerade unter leitenden Funktionären der Eisenbahnergewerkschaft Kokurō als einer der wichtigsten Sōhyō angeschlossenen Gewerkschaften waren solche Ansichten keineswegs eine Ausnahmeerscheinung. Denn seitdem sich Sōhyō dem Neutralismus zugewandt hatte, erlangte die der KPJ nahestehende Vereinigung der Reformer (*Kakushin dōshikai*) im linken Flügel der Eisenbahnergewerkschaft zunehmenden Einfluss. Bewusst beteiligten sich Kokurō-Funktionäre deshalb an Diskussionen des WGB und versuchten, innerhalb der japanischen Arbeiterbewegung ein Fundament für die Verbreitung der durchaus populären revolutionären Thesen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) aufzubauen. (Shimizu 1967: 10–12) Entsprechend vertrat Kokurō einen klaren pro-chinesischen Standpunkt und bekundete Solidarität mit der chinesischen Staatsgewerkschaft als Kern der asiatischen Arbeiterbewegung. Der IBFG wurde dagegen für seine starke okzidentale Orientierung, die Befürwortung des Friedensvertrages von San Francisco und das Eintreten für eine Wiederbewaffnung Japans angegriffen. So sagte sich Kokurō zeitiger als andere Sōhyō angeschlossene Gewerkschaften vom IBFG los. (Nakakita 2008: 103f.)

Gleichwohl hatten führende Kokurō-Funktionäre maßgebenden Anteil bei der Etablierung von Sōhyō als wichtigem Bestandteil der Beziehungen Arbeitnehmer-Arbeitgeber in Japan. Denn schon gegen 1953 trat Kokurō mit zunehmenden Nachdruck den von staatlicher Seite in den vorangegangenen Jahren vorgenommenen Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte entgegen und konzipierte zu diesem Zweck eine geschickte, auf Bummelstreiks (*junpō tōsō*) und Proteste an freien Tagen gründende Vorgehensweise. Der zum Kern der Vereinigung der Reformer gehörende und bei der Vorbereitung und Durchführung der Strategie stark eingebundene Hosoi Sōichi (Shimizu 1967: 10) verfügte entsprechend über Gewicht in der japanischen Gewerkschaftsbewegung, wie sich wenige Monate vor seiner Teilnahme am IV. WGB-Kongress in Leipzig noch einmal gezeigt hatte. Der einflussreiche Gewerkschaftsfunktionär war

nämlich im Sommer 1957 stark involviert, als der von der Vereinigung der Reformer dominierte Zweig von Kokurō in Niigata über Streiks am Arbeitsplatz weite Teile der japanischen Bevölkerung zu Protesten animieren wollte. (Hyōdō 1982: 246f.) Eben jener Hosoi war es auch, der sich im Oktober 1957 vor Ort in der DDR für gemeinsame Aktionen von japanischen und deutschen Arbeitern für die Sache des Friedens aussprach und zusätzlich die besondere Pflicht und Verantwortung der Arbeiter Japans und Deutschlands nach den Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges hervorhob.⁸⁹ Diese Auffassung unterstrich zusätzlich ein Kommuniqué gegen den sich entwickelnden (west)deutsch-japanischen Militarismus und dessen Wiederaufrüsten, das die japanischen Teilnehmer am IV. WGB-Kongress nach dem Ende der Veranstaltung mit ost- und westdeutschen Gewerkschaftsfunktionären unterzeichneten.⁹⁰

Grundsätzlich schien der Aufenthalt in der DDR Eindruck bei Hosoi hinterlassen zu haben. Das ging nicht nur aus den herzlichen Dankesworten hervor, die der japanische Gewerkschaftsfunktionär in einem Brief nach seiner Rückkehr gegenüber dem FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke artikuliert hatte.⁹¹ Anlässlich eines Neujahrs-Symposiums (*shinshun zadankai*) vom Januar 1958, an dem außerdem der Sōhyō-Generalsekretär Iwai Akira und der SPJ-Oberhausabgeordnete Yamato Yoichi teilnahmen, berichtete Hosoi von den Gewerkschaften in der DDR und wies daraufhin, dass der Präsident der DDR Wilhelm Pieck (1876–1960) zuvor aktiver Gewerkschafter gewesen sei und bis heute auch Kabinettsmitglieder pünktlich Gewerkschaftsbeiträge zahlen würden. (Kokutetsu bunka 1958: 7) In jedem Fall blieb fortan der Austausch zwischen Kokurō und dem FDGB bzw. der IG Eisenbahn als Gegenstück in der DDR zu Kokurō einer der Grundpfeiler des ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsaustausches.⁹²

4.3 DER SCHWIERIGE ANFANG DER BEZIEHUNGEN ZUR SPJ

Der Gewerkschaftsfunktionär Hosoi Sōichi war keineswegs der einzige unter den drei hochrangigen Teilnehmern des Neujahrs-Symposiums vom Januar 1958, der bereits unmittelbar mit der DDR in Berührung gekommen war. Als Mitglied einer SPJ-Delegation um den ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Katayama Tetsu (1887–1978) hatte der Oberhausabgeordnete Yamato Yoichi im Oktober 1957 sogar als einer der ersten japanischen Parlamentarier überhaupt vor Ort in Ostberlin einer Unterredung mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED Walter Ulbricht (1893–1973) und dem Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl (1894–1964) beigewohnt. Trotzdem hatte Yamato im Rahmen des Symposiums vom Januar 1958 – das sich vorrangig mit den im Ausland gewon-

nenen Eindrücken der Teilnehmer im vorangegangenen Jahr befasste – den ostdeutschen Teilstaat nur sehr beiläufig erwähnt. Letztendlich war Ostberlin neben Irkutsk, Omsk, Swerdlowsk, Moskau, Kiew, Sotschi, Leningrad, Warschau, Prag, Budapest, Wien und Belgrad nämlich nur eine von 13 Zwischenstationen der mehr als dreimonatigen „Goodwill Mission“, die von der Abordnung um Katayama am 14. September 1957 angetreten wurde und mit der Rückkehr nach Japan am 6. Januar 1958 endete. (Kokutetsu bunka 1958: 4)

Zweifellos mochten die in den verschiedenen europäischen Hauptstädten erzielten Ergebnisse gegenüber der einem Staatsbesuch gleichenden protokollarischen Behandlung der SPJ-Delegation in der UdSSR nur von sekundärer Bedeutung gewesen sein. So hatte die Abordnung um Katayama auch mit höchsten Sowjetvertretern wie dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Anastas H. Mikojan (1895–1978), dem Sekretär des ZK der KPdSU Michail A. Suslow (1902–1982) und dem Parteichef der sowjetischen Staatspartei Nikita S. Chruschtschow (1894–1971) Gespräche über zahlreiche für Japan wesentliche Fragen führen können, darunter Angelegenheiten wie der Abschluss eines japanisch-sowjetischen Friedensvertrages, der Zugang zu sowjetischen Fischgründen, die Repatriierung japanischer Kriegsgefangener oder die Entwicklung der bilateralen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen. Am Ende gingen aus den Besprechungen jedoch keine bindenden Vereinbarungen hervor. Die japanische Presse führte die bevorzugte Behandlung der japanischen Gäste darauf zurück, dass die sowjetische Staatsführung eine Regierungsübernahme der SPJ im Inselstaat in naher Zukunft durchaus für möglich hielt, nachdem die japanischen Sozialisten bei den allgemeinen Wahlen von 1955 bereits sehr positive Ergebnisse erzielen konnten.⁹³

Der Leiter der Fernostabteilung im sowjetischen Außenministerium Kapiza⁹⁴ hatte Vertreter der Botschaft der DDR in Moskau auch in mehreren Unterredungen über das Auftreten der Delegation um Katayama darüber in Kenntnis gesetzt, dass man in der UdSSR an einer Stärkung der Position der SPJ in Japan interessiert sei, obgleich die sowjetische Seite bei den Verhandlungen mit den Sozialisten ebenso Rücksicht auf die gegenwärtige konservative japanische Regierung nehmen müsse. Allerdings berichtete Kapiza den ostdeutschen Gesprächspartnern auch von der Zurückhaltung der japanischen Gäste gegenüber einem direkten Austausch mit der KPdSU, da – so die sowjetische Einschätzung – die Sozialisten den Vorwurf fürchten würden, sich auf enge Beziehungen mit einer kommunistischen Partei eingelassen oder gar geheime Vereinbarungen mit den Kommunisten getroffen zu haben. Kapiza schloss daher auch nicht aus, dass die Delegation um Katayama zu einem späteren Zeitpunkt mit anti-sowjetischen Stellungnahmen auftreten könnte.⁹⁵

Dabei erscheint es jedoch nur schwer vorstellbar, dass die Vorbehalte allein von japanischer Seite ausgingen und dass die Verstimmungen im sowjetischen Außenministerium über die unnachgiebige Haltung der japanischen Seite während der langwierigen Verhandlungen über einen japanisch-sowjetischen Friedensvertrag – die die konservative Hatoyama-Regierung (Dezember 1954 bis Dezember 1956) mit Rückendeckung aus den Reihen der SPJ geführt hatte (Stockwin 1968: 83) – das sowjetische Verhältnis zu den japanischen Sozialisten unbeeinträchtigt gelassen hatten. Kapiza teilte den ostdeutschen Repräsentanten in Moskau im Zusammenhang mit der Reise der Delegation um Katayama in die UdSSR jedenfalls die allgemeine Ansicht mit, dass Japan zwar Interesse am Handel mit der Sowjetunion habe, die Bemühungen um die Verbesserung der japanisch-sowjetischen Beziehungen aber nicht besonders ernsthaft seien. So seien die Forderungen aus Tokyo an die Sowjetunion „sehr groß“ und die Geschichte habe gezeigt, dass sich der Erfüllung einer Forderung sofort eine neue Forderung der Japaner anschließen würde. Heute würden sie die Kurilen verlangen und würde man ihnen diese zugestehen, würden sie morgen ihre Forderung auf Sachalin ausweiten. Und würde man auch in dieser Frage nachgeben, würden die Japaner vielleicht drei Tage lang „Freundschaft mit der Sowjetunion“ rufen, um anschließend Sibirien einzufordern.⁹⁶

Unter diesen Voraussetzungen fiel es den verantwortlichen Funktionalen des MfAA auch nicht einfach, eine klare Einschätzung zum Aufenthalt der Abordnung im ostdeutschen Teilstaat zu formulieren. Denn der in der Internationalen Abteilung der SPJ über Gewicht verfügende Unterhausabgeordnete und als Professor der Staatswissenschaften an der Tokyoter Keiō Universität wirkende Matsumoto Shichirō (1911–1990) hatte zwar im Rahmen der ostdeutsch-japanischen Gespräche einen Vorschlag zur deutschen Wiedervereinigung eingebracht, der an erster Stelle die Anerkennung der DDR durch die japanische Regierung nannte und daneben die Vorschläge der ostdeutschen Regierung vom 27. Juli 1957 zur Bildung einer deutschen Föderation⁹⁷ einbezog.⁹⁸ Die SPJ-Delegation in ihrer Gesamtheit war allerdings nicht bereit gewesen, eine gemeinsame Stellungnahme mit den Gastgebern abzugeben oder gar feste Vereinbarungen mit der SED zu schließen.⁹⁹ Das MfAA legte nach dem Aufenthalt der Abordnung um Katayama in der DDR daher der Internationalen Abteilung des ZK der SED nahe, das der Rückkehr nach Japan folgende Auftreten der SPJ-Delegation abzuwarten, bevor man sich um den Ausbau der Verbindungen bemüht. Generell lautete die Empfehlung aus dem Ministerium, sich bei der Pflege von Kontakten nach Japan in erster Linie auf die KPJ zu konzentrieren¹⁰⁰, obgleich die Verbindungen der ostdeutschen Staats-

partei zu den japanischen Kommunisten zu diesem Zeitpunkt bestenfalls als unterentwickelt beschrieben werden konnten.

Dennoch hatte die Reise der SPJ-Delegation in den ostdeutschen Teilstaat – bei deren Zustandekommen der Generalsekretär des Japanischen Friedenskomitees Hirano Yoshitarō entscheidend mitgewirkt hatte¹⁰¹ und der eine Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der DDR (IPG) zugrunde lag¹⁰² – erstmals zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Japans wichtigster Oppositionspartei im außenpolitischen Apparat der DDR geführt und gleichwohl die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre mit dem ausgeprägten Fakkionalismus der SPJ unmittelbar in Berührung gebracht.

4.4 FAKTIONALISMUS IN DER SPJ UND DAS VERHÄLTNISS DER PARTEI ZU DEN MACHTBLÖCKEN

Der in der SPJ stark ausgeprägte Fakkionalismus hatte bereits erheblich dazu beigetragen, dass im März 1948 – nach gerade einmal acht Monaten – das unter sozialistischer Führung stehende Kabinett von Katayama Tetsu auseinanderbrach und sich schließlich im Oktober 1951 die große Spaltung der Sozialistischen Partei vollzog. Denn die im Zeichen des Koreakrieges erfolgte sicherheitspolitische Festlegung der SPJ auf die vier Friedensprinzipien im Januar des Jahres hatte Gegensätze zwischen den Faktionen des rechten und den seit Beginn der fünfziger Jahre zunehmend an Einfluss gewinnenden Faktionen des linken Flügels der Partei in einem nicht mehr zu überbrückenden Maße verstärkt. Mit Blick auf die Gefahr einer von Seiten des östlichen Machtblocks ausgehenden Aggression hatten die japanischen Rechtssozialisten etwa die Möglichkeit einer Remilitarisierung Japans nicht grundsätzlich verneint und folglich die vier sicherheitspolitischen Grundsätze der SPJ vom Januar 1951 nur bedingt befürwortet. Auf der anderen Seite war der Friedensschluss von San Francisco von den Linkssozialisten als nicht vereinbar mit der Forderung nach einem Friedensvertrag mit sämtlichen vormaligen japanischen Kriegsgegnern entschieden missbilligt worden. Die Frage der sicherheitspolitischen Ausrichtung der Partei war so schließlich zum Anlass der am 24. Oktober 1951 stattgefundenen Spaltung der SPJ in eine links- und rechtssozialistische Partei geworden. (Hara 2000: 54, 57, 73–75)

Erst die Aussicht auf eine Regierungsübernahme in naher Zukunft nach dem positiven Abschneiden der beiden sozialistischen Parteien bei den allgemeinen Wahlen von 1955 hatte Rechts- und Linkssozialisten nach mehr als vier Jahren wieder zusammengeführt, bestehende Gegensätze zeitweise in den Hintergrund rücken lassen und so die Wiedervereinigung der SPJ am 15. November des Jahres ermöglicht. Der Prozess

der vorläufigen Verständigung zwischen den zerstrittenen sozialistischen Gruppierungen wurde dabei vom Zusammenschluss der einen Regierungswechsel zugunsten der Sozialisten fürchteten Demokratischen Partei Japans (*Nihon minshutō*) und der Liberalen Partei (*Jiyūtō*) als maßgebende konservative Parteien zur Liberaldemokratischen Partei Japans (*Jiyū minshutō*, LDP) begleitet und prägte somit die politische Landschaft Japans auf Jahrzehnte. In einem Zeitraum von 38 Jahren sollte die LDP ununterbrochen als regierende Partei wirken, während die SPJ als wichtigste Oppositionspartei dem gerade in der Frühphase keineswegs stabilen konservativen Parteienbündnis immer wieder Reaktionen zu sozialen und außenpolitischen Belangen abverlangte. (Nakakita 2002: 258; Hara 2000: 113, 123)

Während der vier Jahre andauernden Zeit des Bestehens von zwei sozialistischen Parteien hatte sich gleichwohl eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der sozialistischen Bewegung Japans zugunsten der Linksozialisten vollzogen. Die Antizipierung der vier Friedensprinzipien durch die Spitze von Sōhyō noch vor der Spaltung der SPJ hatte nämlich eine Grundlage für die Herausbildung einer engen Allianz zwischen den Linksozialisten und dem noch jungen Gewerkschaftsverband entstehen lassen. In diesem Zusammenhang erschien es auch weniger erheblich, dass in der SPJ und in den Reihen von Sōhyō unterschiedliche Gründe für die Annahme vier Friedensprinzipien ausschlaggebend gewesen waren. Auf Seiten der Sozialistischen Partei wurde in deren Verbreitung nämlich ein Mittel gesehen, um sicherheitspolitische Garantien für Japan von den Vereinten Nationen zu erhalten und eine unabhängige, auf dem Handel mit den sozialistischen Staaten und den Staaten Asiens gründende Wirtschaft herbeizuführen. Die Spitze von Sōhyō glaubte wiederum durch die Anerkennung der vier Friedensgrundsätze die wirtschaftlichen Interessen der japanischen Arbeiterschaft zu schützen. In diesem Sinne hatte Sōhyō wiederholt davor gewarnt, dass eine Remilitarisierung Japans die Verschiebung öffentlicher Gelder auf Kosten der Friedenswirtschaft und sozialer Programme bedingen und zu einer Ausbeutung der Arbeiterschaft führen würde. (Yamamoto 2004: 68f.) In jedem Fall war das auch nach der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien fortbestehende Bündnis mit Sōhyō ein wesentliches, für den Einfluss der vergleichsweise mitgliederschwachen SPJ verantwortliches Element. Denn der Gewerkschaftsverband beteiligte sich etwa an der Finanzierung von Wahlkampfkampagnen, organisierte Wählerstimmen und stellte der Partei zur Bewältigung ihrer Aufgaben qualifizierte Funktionäre zur Verfügung. (Hara 2000: 100, 104)

Der steigende Einfluss der Linksozialisten in den Reihen der SPJ hatte auch dazu beigetragen, dass die Partei in den ausgehenden fünf-

ziger Jahren offen die Annäherung zum „Ostblock“ zu demonstrieren begann. Im April 1957 begab sich daher erstmals eine offizielle SPJ-Delegation nach China und negierte vor Ort die Existenz von zwei chinesischen Staaten, bevor schließlich im September des Jahres die hochrangige Abordnung um Katayama ihre Reise in die UdSSR und verschiedene sozialistische Staaten Europas antrat. Dennoch mochte der außenpolitische Kurs der SPJ auf Außenstehende – wie etwa die Funktionäre des Außenministeriums der UdSSR – durchaus ambivalent gewirkt haben. So vertraten die den linken Flügel der Partei dominierenden Marxisten in der Mehrzahl einen neutralistischen Standpunkt, der in einzelnen Fällen sogar energisch anti-amerikanistische Züge annahm. Im rechten Flügel der Partei war dagegen das Handeln vor allem an den Grundsätzen der Sozialdemokratie und des Parlamentarismus ausgerichtet, sodass bereits eine geistige Nähe zur SPD und zur britischen Labor Party gegeben war. (Braddick 2004: 191) Und auch in außenpolitischen Fragen waren die Neigungen zum Westen stark ausgeprägt, obgleich die von vielen Rechtssozialisten eingeforderte japanische Unabhängigkeit und Ungebundenheit gegenüber den Machtblöcken für die konservative Regierungspartei zu weit ging. (Scalapino und Masumi 1962: 38)

Jene gegensätzlichen außenpolitischen Auffassungen zwischen den Links- und den Rechtssozialisten hatten wiederum dazu geführt, dass das vom Gedanken der Wiedergutmachung nach den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges geleitete Verhältnis der SPJ zu China (Hara 2000: 213f.) zwar dem Anliegen folgte, eine offizielle Anerkennung des kommunistischen Regimes in Peking zu verwirklichen. Doch hatte es lange Zeit in der Partei keine geschlossene Linie zum Status von Taiwan gegeben.¹⁰³ Auch fehlte ein Konsens in der Angelegenheit der Gestaltung des japanisch-sowjetischen Verhältnisses, da man im linken Flügel der SPJ zeitweise zu umfangreicheren Konzessionen in Fragen um die territoriale Zugehörigkeit der Südkurilen-Inseln bereit war als im rechten Flügel der Partei, um so den Abschluss eines Friedensvertrages zwischen Tokyo und Moskau zu ermöglichen. Gleichwohl pflegte die Partei auch einen aktiven Austausch mit der Sozialistischen Internationale – die aus dem Kongress der Internationalen Sozialistischen Konferenz vom Juni / Juli 1951 in Frankfurt am Main hervorgegangen war – obgleich einflussreiche Marxisten des linken Flügels der SPJ dem insbesondere von der SPD und der Labor Party dominierten Zusammenschluss keine großen Sympathien entgegen brachten und es entsprechend auch immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der SPJ und Repräsentanten anderer der Sozialistischen Internationale angehörenden Parteien kam. (Stockwin 1968: 50, 83)

So war auch der sich stets mit Blick auf die jeweiligen Interessen der verschiedenen ideologischen Strömungen innerhalb der SPJ vollziehende Austausch zwischen den japanischen Sozialisten und ostdeutschen Stellen zum Ende der fünfziger Jahre noch sehr überschaubar und beschränkte sich im Wesentlichen auf den Empfang von einzelnen, dem linken Flügel der Partei angehörenden sozialistischen Abgeordneten in der Botschaft der DDR in Peking, darunter etwa Tanaka Toshio oder Matsu-moto Shichirō.¹⁰⁴ Als wichtigste japanische Oppositionspartei blieb die SPJ dennoch ohne Unterbrechung Gegenstand der Beobachtungen des MfAA. Voraussetzungen für ein erfolgreiches ostdeutsches Werben um die Partei in ihrer Gesamtheit waren aber erst zur Mitte der sechziger Jahre gegeben.

5. AUFBAU EINES ÜBERSCHAUBAREN NETZWERKES

Das ostdeutsche Engagement gegenüber Japan in der Phase bis zum Ende der fünfziger Jahre entsprach einer Vielzahl von unabhängigen Vernetzungsprozessen, die sich zunächst noch allem Anschein nach ohne einheitliche Linie vollzogen. Die Bemühungen japanischer Wirtschaftskreise um die Erschließung von Märkten im sozialistischen Teil Europas, Sympathien für das „sozialistische Deutschland“ und die darauf gründende Wiederbelebung von deutsch-japanischen Netzwerken aus der Weimarer Ära wie auch die Einbindung in das Werben der dem östlichen Machtblock nahestehenden internationalen Gewerkschaftsbewegung um die organisierte japanische Arbeiterschaft waren wesentliche Gründe, die ostdeutsche Einrichtungen im Zeichen der zur Mitte der Dekade einsetzenden internationalen Entspannung in Fernost erstmals mit dem Inselstaat in Berührung brachten. Unter diesen Voraussetzungen war den verantwortlichen Funktionären im MAI schon bald das Potential des ostdeutsch-japanischen Güter- und Warenverkehrs bewusst geworden, während die enger werdenden Beziehungen zur Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben und zum neutralistischen Teil der japanischen Gewerkschaftsbewegung nicht nur der Spitze des DFR und des FDGB verdeutlichten, dass es im Inselstaat einflussreiche Gruppierungen gab, die den Anliegen der DDR vor Ort und über die Grenzen des Landes hinaus Gehör verschaffen konnten.

Diese mehr oder weniger unabhängig voneinander gewonnenen Erkenntnisse begannen sich allmählich in den ausgehenden fünfziger Jahren im MfAA zusammenzufügen. Die darauf folgenden Anstrengungen des Ministeriums um eine tiefer greifende Auseinandersetzung mit den Vorgängen und Verhältnissen in Japan hatte einerseits einen Informati-

onsaustausch zwischen der Botschaft der DDR in Moskau mit der Fernostabteilung des Außenministeriums der UdSSR erforderlich gemacht¹⁰⁵, der auch in den folgenden Jahren erheblich zur ostdeutschen Positionierung gegenüber verschiedenen Entwicklungen im Inselstaat beitragen sollte. Andererseits genügten die ursprünglich vom MfAA bereitgestellten Ressourcen zur Bearbeitung von Fragen im Hinblick auf Japan nicht länger dem steigenden Bedarf nach Informationen zu den Vorgängen im Inselstaat. Nachdem außerdem bereits die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion am 19. Oktober 1956 sowie anschließend zwischen Japan und Polen am 8. Februar 1957 bzw. der ČSSR am 13. Februar 1957 festgelegt worden waren, begann man in der Planung des MfAA für das Jahr 1958 der, wie es hieß, „besonderen Bedeutung und Stellung Japans in Asien und darüber hinaus in der Weltwirtschaft und Weltpolitik“ zunehmend Rechnung zu tragen. In der Konsequenz sollte sich nicht länger das Länderreferat China mit wesentlichen Fragen zum Inselstaat befassen. Stattdessen wurde die Einführung eines Länderreferats, in dem alle mit Japan zusammenhängenden Aufgaben zunächst durch einen Mitarbeiter planmäßig bearbeitet werden sollten, festgelegt.

Zu diesem Zeitpunkt sah man die Hauptaufgabe im Wirken gegenüber dem Inselstaat im Ausbau bestehender bzw. in der Herstellung neuer Kontakte, in der Verbesserung des Güter- und Warenverkehrs mit der Unterstützung Chinas, der Sowjetunion, Polens oder der ČSSR sowie in der Steigerung der Auslandspropaganda mit dem Ziel, „die japanische Bevölkerung soweit wie möglich über Charakter und Bedeutung der DDR und die gefährliche Rolle Westdeutschlands aufzuklären.“¹⁰⁶ Voraussetzungen um letzteres Anliegen voranzutreiben, schienen auch schon bald darauf gegeben zu sein, als sich die Ereignisse um die angestrebte Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages bis 1960 zu einer der größten innenpolitischen Krisen im Japan der Nachkriegszeit steigerten.

III. INMITTEN DER SPANNUNGEN UM DIE REVISION DES JAPANISCH-AMERIKANISCHEN SICHERHEITSVERTRAGES

Die fünfziger Jahre können rückblickend bereits als eine der vielleicht wichtigsten Dekaden im Verhältnis DDR-Japan bezeichnet werden. Bis zum Ende des Jahrzehnts hatten sich mit den Ost-West-Handelskreisen, bestimmten marxistisch geprägten Teilen der intellektuellen Elite und der dem Klassenkampf anhängenden Gewerkschaftsbewegung bereits fast alle wesentlichen nationalen Interessengruppen heraus kristallisiert, die der DDR bis zum Ende ihrer Existenz verschrieben bleiben sollten. In welchem Umfang sich eine ostdeutsche Japanpolitik zukünftig auf die jeweiligen Gruppierungen bei der Durchsetzung ihrer Ziele gegenüber der japanischen Regierung stützen konnte, dürfte in den ausgehenden fünfziger Jahren aber wohl für keinen der involvierten ost- oder westdeutschen Akteure abzuschätzen gewesen sein. Dieses Kapitel will daher am Beispiel der turbulenten Übergangsphase der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre analysieren, in welcher Form sich speziell das linke Milieu als Förderer ostdeutscher Interessen in Japan einbrachte. Den Rahmen geben die unmittelbar im Kontext der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages stehenden Massendemonstrationen in verschiedenen Teilen Japans sowie die erbitterten Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft gegen die Massenentlassung der Mitsui Miike-Bergwerke auf der südlichsten japanischen Hauptinsel Kyūshū vor. Diese Auseinandersetzungen sind insofern beispielgebend, weil sie den Anschein erweckten, Japan stünde vor der fundamentalen Entscheidung zwischen Kapitalismus oder Sozialismus bzw. Amerikanismus (*Shinbei rōsen*) oder Neutralismus. (Iokibe 2006: 106)

1. DIE JAPANISCH-AMERIKANISCHE ALLIANZ IM INTERNATIONALEN SPANNUNGSFELD DER SPÄTEN FÜNFZIGER JAHRE

Die politische Landschaft im Japan der ausgehenden fünfziger Jahre war gekennzeichnet vom Aufeinanderprallen linksgerichteter und ultrakonservativer Positionen. Gegenstand der Kontroversen war vor allem die Militärallianz mit den USA. Seit 1955 hatte sich die Kritik am Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag aus dem Lager der Opposition verstärkt, nachdem u. a. die Möglichkeit der Stationierung von amerikanischen Kurzstreckenraketen in Japan thematisiert worden war. Die Entwicklun-

gen hatten auch dazu geführt, dass die beiden sozialistischen Parteien gestärkt aus den allgemeinen Wahlen von 1955 gingen. Auf der anderen Seite war die konservative Regierung unter Hatoyama Ichirō (1883–1959) bestrebt gewesen, über den Weg einer offeneren Außenpolitik das Maß japanischer Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu reduzieren. Hatoyama wandte sich daher der Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion zu und entsprach so auch den Erwartungen der japanischen Bevölkerung. (Iokibe 2006: 80, 85) Zwar war am Ende das Ergebnis der fast eineinhalb Jahre andauernden Verhandlungen für die japanische Seite nicht zufriedenstellend.¹ Druck aus Washington und innenpolitische Erwägungen hatten nämlich dazu geführt, dass sich die japanische Regierung schließlich mit der Anwendung der sogenannten Adenauer-Formel (*Adenauā hōshiki*) begnügte², der Abschluss eines Friedensvertrages folglich auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde und die komplizierten Gespräche stattdessen am 19. Oktober 1956 mit einer Erklärung, die u. a. das Ende des Kriegszustandes zwischen Japan und der Sowjetunion verkündete, die Freilassung der japanischen Kriegsgefangenen festlegte wie auch die Rückgabe der Südkurilen-Inseln Habomai und Shikatan nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages festhielt. Doch konnte mit dem Ausgang der Verhandlungen das schwierige Verhältnis zwischen den beiden Staaten zeitweise entlastet und die erforderliche Unterstützung der Sowjetunion für die Aufnahme Japans in die Vereinten Nationen gesichert werden. (Iokibe 2006: 84f.)

Demgegenüber stand ein japanisch-amerikanisches Verhältnis, dass bereits seit den Castle-Bravo-Tests im Bikini Atoll vom März 1954 und der dadurch verursachten Verstrahlung der Besatzung der Daigo fukuryū maru spürbar belastet war. Der sich im Januar 1957 zugetragene Girard-Vorfall (*Jirādo jiken*)³ hatte zudem die seit jeher vorhandenen Spannungen zwischen der japanischen Bevölkerung und den im Inselstaat stationierten amerikanischen Truppen massiv verstärkt. Bereits kurz darauf war wiederum mit dem Start des künstlichen Erdsatelliten Sputnik 1 im Oktober 1957 und weiteren wissenschaftlichen Erfolgen der Sowjetunion die zuvor dominierende Meinung von der technischen Überlegenheit der USA ernsthaft in Frage gestellt worden. Überhaupt wurden die Stimmen immer lauter, die vor der Gefahr einer militärischen Anbindung Japans an eine Supermacht im Zeitalter von Atomwaffen und Raketen warnten. In Reaktion auf die Vorgänge in Japan trat Washington 1958 an die konservative Regierung unter Kishi Nobusuke (1896–1987) heran, um über eine Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages zu verhandeln. (Iokibe 2006: 98–101)

In den Zentren des „Ostblocks“ hatte man nach dem offiziellen Beginn der japanisch-amerikanischen Verhandlungen vom 4. Oktober 1958 nicht

lange gezögert und verschiedene Kampagnen gegen die Fortsetzung der japanischen Allianz mit den USA auf den Weg gebracht. Die Stoßrichtung hatte die chinesische Staatsführung am 19. November des Jahres mit der Warnung vorgegeben, dass Japan nur als unabhängiges, friedliebendes, demokratisches und neutrales Land eine Zukunft haben werde. (Braddick 2004: 43) Denn der angestrebten Revision des Sicherheitsvertrages war bereits ein Prozess stetig zunehmender Spannungen zwischen Peking und Tokyo vorausgegangen. Die im Juni 1957 von Ministerpräsident Kishi unternommene Taiwanreise sowie Sympathiebekundungen gegenüber den anti-kommunistischen Positionen des taiwanesischen Präsidenten Chiang Kai-shek (1887–1975) und dessen Ansinnen einer Rückeroberung des chinesischen Festlandes hatten bereits erheblich zur Verstärkung von Gegensätzen im japanisch-chinesischen Verhältnis beigetragen. Interventionen aus Taiwan gegenüber dem vierten japanisch-chinesischen Handelsabkommen verursachten zusätzliche Verstimmungen in der chinesischen Hauptstadt, die schließlich ihren Höhepunkt erreichten als japanische Jugendliche am 2. Mai 1958 eine im Rahmen einer chinesischen Warenausstellung in Nagasaki gezeigte Nationalflagge der Volksrepublik niederrissen und japanische Regierungsstellen bald darauf erklärten, dass die chinesische Nationalflagge von Japan nicht als Staatsflagge anerkannt werde. Jene als Flaggenvorfall von Nagasaki (*Nagasaki kokki jiken*) bekanntgewordene Angelegenheit bedingte, dass die chinesische Staatsführung am 11. Mai 1958 den Abbruch aller wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen China und Japan verkündete (Iokibe 2006: 95f.) und trug gleichzeitig dazu bei, dass die späteren chinesischen Propagandaoffensiven gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages mit besonderer Intensität betrieben wurden.

Unter diesen Voraussetzungen hatte auch die sowjetische Staatsführung den chinesischen Standpunkt zum Sicherheitsvertrag antizipiert und der Regierung in Tokyo im Gegenzug für die Abschaffung des Militärbündnisses mit den USA die Gewährleistung japanischer Neutralität sowie die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Ostasien versprochen und ebenso die Möglichkeit einer Rückgabe der südlichsten Kurilen-Inseln Habomai und Shikotan in Aussicht gestellt. Mit Blick auf die in der japanischen Bevölkerung tief verwurzelten Ängste vor einer nuklearen Katastrophe hatte Moskau gleichwohl mit Nachdruck vor den Konsequenzen der aggressiven Natur eines revidierten Sicherheitsvertrages gewarnt, dessen Unterzeichnung im Gegensatz zum Sicherheitsvertrag von 1951 freiwillig und nicht länger „aufgezwungen“ wäre. So urteilte der amerikanische Botschafter in Tokyo bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1959, dass Japan das Hauptziel chinesisch-sowjetischer Kampagnen in Asien geworden sei. (Braddick 2004: 43f.)

1.1 DIE JAPANREISE VON WILLY BRANDT UND DAS WERBEN DER ANTAGONISTISCHEN
MACHTBLÖCKE UM DIE JAPANISCHE OPPOSITION

Etwas mehr als vier Monate waren seit dem offiziellen Beginn der Verhandlungen über die Revision des Sicherheitsvertrages vom Oktober 1958 gerade einmal vergangen, als auch die deutsche Botschaft in Tokyo mit einer in Japan ungewohnten Situation konfrontiert wurde. Der Widerstand gegen die Haltung der Bundesregierung zum geteilten Deutschland beschränkte sich nicht länger auf gesellschaftliche Organisationen und einzelne Abgeordnete. Skepsis und Dissens gegenüber der an west-deutschen Interessen ausgerichteten Deutschlandpolitik der japanischen Regierung hatte zum Ende der fünfziger Jahre auch breitere Kreise der politischen Elite erfasst. Vor allem die Japanreise des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt hatte Botschaftsvertretern klargemacht, dass sich eine Deutschlandpolitik im Inselstaat nicht allein auf die Gewogenheit des japanischen Außenministeriums stützen konnte.

Grundsätzlich hatte die Botschaft in Tokyo die allgemeine Resonanz zur Japanreise des sozialdemokratischen Politikers vom 18. bis 21. Februar 1959 positiv bewertet. Brandts Aufenthalt war eine unmittelbare Reaktion auf die zweite Berlinkrise, die am 10. November 1958 im Moskauer Sportpalast mit Nikita S. Chruschtschows Forderung nach dem Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Überprüfung des Vier-Mächtestatus von Berlin eingeleitet wurde (Haftendorn 2001: 148f.), und Bestandteil einer umfangreichen Weltreise, die dem Werben für den deutschlandpolitischen Standpunkt der Bundesregierung dienen sollte. (Gray 2003: 102) In Japan hatten die auf höchster Ebene geführten Gespräche des Regierenden Bürgermeisters von Berlin auch durchaus ihren Zweck erfüllt. Mit dem japanischen Außenminister Fujiyama Ai'ichirō (1897–1985) verständigte sich Brandt etwa darauf, dass die Berlinfrage nur im Kontext der Deutschlandfrage als Ganzes gelöst werden könne. Der Kaiser gewährte ihm eine Audienz am 20. Februar und auch Gespräche mit Ministerpräsident Kishi sowie den Präsidenten des japanischen Ober- und Unterhauses kamen zustande.⁴ Gerade weil Fragen wie das japanisch-chinesische Verhältnis oder auch die Vorgänge in Korea und Vietnam für die japanische Öffentlichkeit von weitaus größerer Bedeutung waren als die Berlin- oder Deutschlandfrage, beurteilte der amerikanische Botschafter in Tokyo Douglas MacArthur II (1909–1997) die Maßnahmen der Bundesregierung als „[...] extremely useful in terms of bringing a greater understanding of the German problem to Japanese press, public, and leaders of both Japanese political parties“ und dankte dem deutschen Botschafter Wilhelm Haas (1896–1981) mit den Worten: „It was a good show and I send you my warm congratulations on having

arranged the Mayor's itinerary and schedule to obtain maximum impact in the few days he was here."⁵

In wenigstens einem Punkt konnten sich die westdeutschen Verantwortlichen wohl der Sichtweise des amerikanischen Botschafters nicht vollends anschließen. Denn die Diskrepanz zwischen der Unterstützung, die Brandt von den beiden großen Parteien – der LDP auf der einen Seite und von der SPJ auf der anderen – erhielt, dürfte nach westdeutschem Verständnis beträchtlich gewesen sein. Das Treffen mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Suzuki Mosaburō (1893–1970) und einer Reihe einflussreicher sozialistischer Parlamentarier hatten Botschaftsvertreter als Konfrontation der neutralistischen Linie der SPJ mit Brandts Ansichten zum Kommunismus beschrieben. Die Gesprächsatmosphäre soll kühl gewesen sein⁶ und ein ursprünglich von den japanischen Gastgebern geplantes Vorhaben, gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin eine Anti-Atomwaffen-Resolution zu unterzeichnen, wurde gar nicht erst genauer thematisiert. Andererseits waren sich die westdeutschen Verantwortlichen sicher, dass die Ausführungen des prominenten Gastes zur Berlinfrage keine spürbaren Auswirkungen auf den neutralistischen Kurs der Sozialistischen Partei haben werden.⁷ Der Umstand, dass sich die SPJ kurz vor der Ankunft von Brandt gegenüber dem tschechoslowakischen Botschafter in Tokyo Ladislav Šimovič in der Deutschlandfrage nicht hatte festlegen wollen und stattdessen lediglich die Zusage gegeben hatte, auch dem ostdeutschen Standpunkt in der Berlinfrage Aufmerksamkeit widmen⁸, dürfte nur wenig an der westdeutschen Ernüchterung über die Gespräche mit der Spitze der Sozialistischen Partei geändert haben.

Dabei gehörte die Führung der SPD bereits zu den wenigen politischen Kräften in der Bundesrepublik, die überhaupt über Einfluss innerhalb der japanischen Opposition verfügten. Dieser Umstand war nicht zuletzt der Person von Erich Ollenhauer (1901–1963) geschuldet, der sich bereits im November 1956 einer Einladung der SPJ folgend ungefähr eine Woche in Japan aufhielt. Der SPD-Parteivorsitzende war nämlich durchaus in der Lage gewesen, der westdeutschen Sozialdemokratie vor Ort in Japan allgemeine Sympathien zu verschaffen, indem er etwa in seinen öffentlichen Ausführungen Großbritannien und Frankreich für ihren Beitrag zur Zuspitzung der Lage in der Suez-Krise tadelte, für die baldige Normalisierung der Beziehungen zu Peking eintrat, ohne damit zwangsläufig die Billigung des „kommunistischen chinesischen Regimes“ zu verbinden, die Gemeinsamkeiten von SPD und SPJ betonte und sich zusätzlich zur Vertiefung des Austausches mit der japanischen „Schwesterpartei“ im Allgemeinen für die deutsch-japanischen Beziehungen stark machte.⁹ Schon vor seiner Ankunft zollte die *Asahi shinbun* als eine der

auflagenstärksten japanischen Tageszeitungen Ollenhauer mit einem ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der Politik seiner Partei Anerkennung und bezeichnete den bevorstehenden Aufenthalt des SPD-Parteivorsitzenden als das erste Mal, die Vorkriegszeit mit inbegriffen, dass eine führende Persönlichkeit der politischen Landschaft Deutschlands Japan bereisen werde. (Asahi shinbun 1956)

Auch in den folgenden Jahren hatte sich Ollenhauer um ein gutes Verhältnis zu den japanischen Sozialisten bemüht und war auch entsprechend für Initiativen um engere Verbindungen von Seiten der SPJ empfänglich, die wiederum für April 1958 den Oberhausabgeordneten Sata Tadataka (1904–1980) zur Besprechung solcher Themen nach Bonn zu entsenden beabsichtigte.¹⁰ Dabei profitierte das Engagement des SPD-Parteivorsitzenden zweifellos von der Tatsache, dass die westdeutschen Sozialdemokraten ähnlich wie die japanische „Schwesterpartei“ mit großer Entschlossenheit gegen nukleare Aufrüstung opponierten und insofern auch in der Bewegung Kampf dem Atomtod eine wichtige Rolle spielte, nachdem die SPD bereits zuvor den Beschluss der NATO-Regierungschefs vom Dezember 1957, die Streitkräfte der Allianz einschließlich der Bundeswehr mit nuklearen Trägerwaffen auszurüsten, entschieden abgelehnt hatte und stattdessen für eine atomwaffenfreie Zone in Europa eintrat. (Link 1978: 93) Vor diesem Hintergrund soll nach Informationen der Presse auch die Teilnahme von Ollenhauer am IV. Kongress gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Tokyo vom August 1958 in Erwägung gezogen worden sein¹¹, obgleich das Vorhaben am Ende nicht verwirklicht wurde. Bei alledem dürfte die Parteiführung der SPD auch stets die Neigungen zu den Ländern des „Ostblocks“ im linken Flügel der japanischen „Schwesterpartei“ im Hinterkopf behalten haben. Denn schon im November 1956 betonte Ollenhauer in Japan wiederholt, dass die SPD eine Anerkennung des „Pankow-Regimes“ und Verhandlungen mit der ostdeutschen Staatsführung ablehnen und es für einen „Fehler“ halten würde, wenn die SPJ in dieser Frage einen anderen Standpunkt beziehen würde.¹²

Mit Blick auf den durchaus vorhandenen Einfluss der SPD in den Reihen der japanischen Sozialisten hatten auch Regierungsstellen in Tokyo der deutschen Botschaft vertraulich nahegelegt, den Regierenden Bürgermeister von Berlin im Februar 1959 unmittelbar mit der SPJ in Kontakt zu bringen und auf diese Weise maßgeblich zum Zustandekommen des Treffens zwischen Brandt und der Führung der japanischen Sozialisten beigetragen. Das Bestreben, über die westdeutschen Sozialdemokraten einen „heilsamen Einfluss“ auf die zunehmend radikaler auftretende Führung der Oppositionspartei auszuüben, hatte bereits zu Beginn des Jahres 1959 der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsver-

trages eine deutschlandpolitische Dimension gegeben. Denn das Werben von Brandt für den westdeutschen Standpunkt in der Berlin- und Deutschlandfrage gegenüber der SPJ war von Regierungsstellen in Tokyo gleichfalls als ein Mittel zur Stärkung der außenpolitischen Linie der Kishi-Regierung verstanden worden.¹³ Und eben jene Linie war seit dem Scheitern der Revision des Gesetzes über die Amtspflichten der Polizisten (*Keisatsukan shokumu shikkōhō*) im japanischen Parlament bereits deutlich geschädigt.

Die Annahme des am 8. Oktober 1958 – nur wenige Tage nach Eröffnung der Verhandlungen über den Sicherheitsvertrag – präsentierten Gesetzentwurfes hätte eine massive Ausweitung der Machtbefugnisse der Polizei im Bereich von Präventivmaßnahmen wie etwa Verhöre, Durchsuchungen und Arreste bedeutet. Die Opposition lehnte den Entwurf mit der Begründung ab, dass eine Bestätigung mit einer Verletzung der Menschenrechte gleichzusetzen wäre und den Weg für einen Rückfall in den japanischen Polizeistaat ebnen würde. Die durch die Gesetzesinitiative hervorgerufenen Streiks und Protestmärsche von mehreren Millionen Arbeitern führten dazu, dass Ministerpräsident Kishi in Verhandlungen mit dem SPJ-Vorsitzenden Suzuki Mosaburō einlenkte und die Opposition sich am Ende durchsetzte. Der Erfolg der Gegner des Polizeigesetzentwurfes war allerdings zu einem ausschlaggebenden Teil den Gegenspielern des Ministerpräsidenten innerhalb Regierungspartei geschuldet. Mit den Maßnahmen der Opposition ging zusätzlicher Druck gegen Kishi aus den Reihen der LDP einher, der die Notwendigkeit deutlicher Zugeständnisse gegenüber den Sozialisten und letztendlich eine Aussetzung der Revision des Polizeigesetzes auf unbestimmte Zeit bedingte.

In der Konsequenz begann die Machtbasis des amtierenden Ministerpräsidenten zu erodieren und die Verhandlungen über die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages gerieten ins Stocken. In der Bevölkerung festigte sich außerdem das Image vom reaktionären Staatsmann Kishi, der schließlich bereits von 1941 und 1943 als Minister für Handel und Industrie im Tōjō-Kabinett (Oktober 1941 – Juli 1944) gewirkt hatte, nach dem Zweiten Weltkrieg als Kriegsverbrecher der höchsten Klasse „A“ verurteilt worden war und sich ursprünglich auch keiner allgemeinen Wahl stellen müssen, sondern stattdessen nach dem krankheitsbedingten Rücktritt von Ishibashi Tanzan (1894–1973) das Amt des Ministerpräsidenten erhielt. Gleichzeitig setzte der Erfolg der Opposition genügend politische Energie frei, um einer umfangreichen, im Wesentlichen von den Gewerkschaften und den Oppositionsparteien betriebenen Kampagne gegen die Revision des Sicherheitsvertrages den nötigen Anstoß zu geben. (Iokibe 2006: 101; Hara 2000: 129; Packard 1966: 101f.) So hatte sich auch am 28. März 1959 ein von insgesamt 134 Organi-

sationen des linken politischen Spektrums getragene Vereinigung unter der Bezeichnung Nationalrat zur Verhinderung der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages (*Anpō jōyaku kaitei soshi kokumin kaigi*) konstituiert. Und obwohl der hierarchisch strukturierte Nationalrat mit seiner elitären Spitze zu keinem Zeitpunkt den Zustand eines eher losen Zusammenschlusses überwinden konnte, so war doch der Gründungsakt der Vereinigung bereits ein Ausdruck des Selbstbewusstseins und der gewonnenen Stärke der Opposition. (Sasaki-Uemura 2001: 173–176)

Die Hoffnung der japanischen Regierung, trotz dieser Vorgänge mit Hilfe der westdeutschen Sozialdemokraten in den Reihen der SPJ einen mäßigenden Einfluss zu entfalten und so den Entwicklungen entgegenzuwirken, schienen schon wenige Wochen nach Brandts Japanaufenthalt hinfällig. Im März 1959 begab sich der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Asanuma Inejirō (1898–1960) nach China und erklärte am 9. des Monats in einer Begrüßungsansprache, dass die USA ihre Macht über das zu China gehörende Taiwan ausbreiten und in Japan Okinawa besetzt halten würden. Asanuma bezeichnete in diesem Sinne die USA als gemeinsamen Feind des japanischen und des chinesischen Volkes. Die Worte implizierten gleichwohl die unterstützende Haltung, welche den japanischen Sozialisten nun durch Peking zu Teil wurde. Die Ereignisse in China vom März 1959 waren zusammen mit dem Scheitern der Revision des Gesetzes über die Amtspflichten der Polizisten ein entscheidender Beweggrund für die SPJ, um mit umfangreichen Kampagnen gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages vorzugehen. (Hara 2000: 130f., 135–137)

1.2 DEUTSCH-DEUTSCHE AUSEINANDERSETZUNGEN IN DER BEWEGUNG GEGEN ATOM- UND WASSERSTOFFBOMBEN

Ein Bestandteil der folgenreichen Chinareise des SPJ-Generalsekretärs Asanuma Inejirō vom März 1959 war ein Ehrenempfang für die Abordnung der japanischen Sozialisten in der Botschaft der DDR in Peking gewesen. Die ostdeutschen Funktionäre hatten ähnlich wie Willy Brandt wenige Wochen zuvor die Gelegenheit wahrgenommen, um für den eigenen Standpunkt in der Deutschland- und Berlinfrage zu werben. Und so wie die deutsche Botschaft in Tokyo mit dem Ausgang der Gespräche zwischen Brandt und führenden japanischen Sozialisten kaum zufrieden sein konnte, musste sich auch die Botschaft der DDR in Peking damit abfinden, dass Asanuma die Deutschlandfrage zu einer innerdeutschen Angelegenheit erklärte und daher auch keinen Standpunkt bezog. Überhaupt wurde das Auftreten des SPJ-Generalsekretärs von ostdeutschen

Funktionären als sehr zurückhaltend beschrieben. Demgegenüber ging mit der Auswertung des Ehrenempfangs aber die Erkenntnis einher, dass man im linken Flügel der SPJ den deutschlandpolitischen Konzeptionen der Führung der SPD mit Vorsicht begegnete. Denn der Leiter der Internationalen Abteilung der Partei Okada Sōji (1902–1975) hatte die ostdeutschen Gesprächspartner wissen lassen, dass man auf Brandts Konzeptionen zur Lösung der Berlinfrage mit Blick auf die Gefahr der Entstehung eines Krieges mit Vorbehalten reagiert habe.¹⁴

Die guten Verbindungen zur japanischen Friedensbewegung und die Bereitstellung höherer Summen für die Durchführung der Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben¹⁵ hatten dem außenpolitischen Apparat der DDR im Inselstaat eine Plattform verschafft, um diese keineswegs nur unter Linksozialisten vorhandenen japanischen Ressentiments gegenüber bestimmten Aspekten der westdeutschen Außenpolitik zu befeuern. Die ostdeutschen Funktionäre hatten insbesondere davon profitiert, dass Gensuikyō bereits 1959 in weiten Teilen von der Bewegung gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages erfasst worden war. So hatte die Vereinigung in ihrer Funktion als Leiter und Organisator der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben verkündet, dass „es vom humanitären Standpunkt (*hyūmanisumu no tachiba*) aus [betrachtet] selbstverständlich ist, sich der Revision des Sicherheitsvertrages zu widersetzen, die der nuklearen Bewaffnung und der Entsendung von Truppen nach Übersee den Weg ebnet, um so den innigsten Wunsch des Volkes zu verwirklichen, nämlich das Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben.“ (Yoshikawa 1995: 22)

Vor allem der Oberbürgermeister der Stadt Dresden und Leiter der ostdeutschen Dreimanndelegation zur V. Weltkonferenz in Hiroshima Herbert Gute (1905–1975) hatte es verstanden, der DDR unter den gegebenen Bedingungen zu Aufmerksamkeit zu verhelfen. Auf Vermittlung des Japanischen Friedenskomitees war etwa am 3. August 1959 eine ein- einhalbstündige Unterredung zwischen dem Bürgermeister der Stadt Hiroshima Hamai Shinzō (1905–1968) und dem Dresdner Oberbürgermeister zustande gekommen, die Gute nutzte, um Hamai die Gründung eines Städtebündnisses bestehend aus Dresden, Hiroshima und Coventry vorzuschlagen. Außerdem hatte der Leiter der ostdeutschen Delegation zur V. Weltkonferenz vor Ort das bereits seit längerem geplante Vorhaben vorangetrieben, fünf Personen, deren Familien in Mitleidenschaft von den amerikanischen Atombombenabwürfen über Japan gezogen worden waren, zum Studium in die DDR einzuladen. Mit Hilfe der tschechoslowakischen Botschaft in Tokyo hatte sich die ostdeutsche Abordnung wiederum um Verbindungen zur *Yomiuri shinbun* als Japans auflagenstärkster Tageszeitung und zur Asahi Broadcasting Association bemüht.¹⁶ Am

Ende hatte sich zwar keines der angebahnten Vorhaben in die gewünschte Richtung entwickelt. So war das Projekt einer Städtepartnerschaft zwischen Dresden, Hiroshima und Coventry zum Ende des Jahres bereits im Sande verlaufen.¹⁷ Schwierigkeiten bei der Suche nach passenden Kandidaten hatten zusammen mit offenen Fragen zur Visumserteilung und Reisekostenübernahme die Entsendung von Angehörigen Atombomben geschädigter Familien zum Studium in die DDR verhindert¹⁸, während aus den Unterredungen mit Vertretern der großen Tageszeitungen und Sendeanstalten keine festen Vereinbarungen hervorgingen.¹⁹ Trotzdem hatte es der Dresdner Oberbürgermeister geschafft, die Aufmerksamkeit der japanischen Presse auf sich zu ziehen. (Japan Times 1959c)

Gleichzeitig war es Gute in Hiroshima gelungen über die V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben die gegen die Bundesregierung gerichteten Positionen des ostdeutschen Regimes an ein breites japanisches Publikum weiterzugeben. Mit scharfen Worten hatte der Dresdner Oberbürgermeister in seiner Eröffnungsrede vor der vermeintlichen Rückkehr des Militarismus in der Bundesrepublik gewarnt:

„Wir wissen, dass wir eine ungeheuere Verantwortung tragen, denn der deutsche Militarismus war in diesem Jahrhundert schon zweimal der Anlass, dass Not, Elend und Leid Millionen von Menschen heimgesucht hat. Wenn wir uns vorstellen, dass dieser bestialische Militarismus in Westdeutschland wieder auferstanden ist und nun alle Anstrengungen macht, auch mit Atomwaffen ausgerüstet zu werden, so sind die Folgen kaum ausdenken. Diese imperialistischen Räuber sind bereit, diese alles vernichtenden Waffen skrupellos einzusetzen. Wir appellieren von dieser Stelle aus an die Welt. Helft mit, den deutschen Militaristen die Waffen aus der Hand zu schlagen!“²⁰

Der Standpunkt der Delegation um den Dresdner Oberbürgermeister wurde im Verlauf der Konferenz auch von westdeutschen Delegierten des Anti-Atom-Ausschusses unterstützt.²¹ Andere Konferenzteilnehmer aus der Bundesrepublik hatten allerdings mit Empörung auf Gutes Thesen reagiert. Der Schriftsteller Rolf Schroers (1919–1981), der als Repräsentant der European Federation of Disarmament als Zusammenschluss der Anti-Kernwaffenbewegungen zehn westeuropäischer Länder auftrat, hatte in seiner Eröffnungsrede entsprechend auch mit klaren Worten auf die Ausführungen des Dresdner Oberbürgermeisters geantwortet:

„Ich bedauere [...], in aller Deutlichkeit protestieren zu müssen gegen die Ausführungen des Vertreters der DDR, der das westliche Deutschland als Heimstätte eines bestialischen Militarismus bezeichnet. Ich meine, wir sollten es wegen solcher Solidarität gegen die Bomben, auch die russischen

Bomben, nicht dazu kommen lassen, dass hier einer gegen den anderen hetzt. Ich will Ihnen nichts über die schändlichen Verhältnisse in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik berichten, obwohl das auch möglich wäre.“²²

Die Auseinandersetzung hatte schließlich die V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben zum Austragungsfeld deutsch-deutscher Rivalitäten gemacht, die auch zum seit 1957 allmählich voranschreitenden Niedergang von Gensuikyō beitragen sollten. Sie hatten nämlich die Kluft vertieft, die sich zwischen einer kleinen Gruppe von ausländischen Delegierten und dem maßgebenden Teil der Veranstaltung seit den vorbereitenden Sitzungen der Weltkonferenz aufgetan hatte. Die Ansicht, dass die Konferenzbeschlüsse schon vor der eigentlichen Zusammenkunft fertig vorlagen und die gesamte Veranstaltung einseitig gegen den Westen gerichtet sei, hatte nicht nur Schroers, sondern auch die Journalistin, DDR-Kritikerin und Angehörige der Bewegung Kampf dem Atomtod Carola Stern (1925–2006) bereits vor Konferenzbeginn vertreten.²³ Gemeinsam mit zwei Delegierten aus England, die der japanischen Leitung offen ein fehlendes Maß an Selbstkritik vorgeworfen hatten (Imahori 1974: 122f.), konnten die beiden westdeutschen Friedensaktivisten der Konferenzleitung noch einige Zugeständnisse abringen, wie etwa die Wiedergabe des eigenen Standpunktes im „Report of the Preliminary Session of the 5th World Conference against A- and H-Bombs“.²⁴ Die Weigerung der Konferenzveranstalter, den Wortlaut der Eröffnungsrede von Schroers übersetzen und veröffentlichen zu lassen, hatte allerdings dazu geführt, dass die Gruppe am 5. August 1959 ihr Ausscheiden aus der Konferenz erklärte.²⁵

Entgegen der Behauptungen des Abschlussberichtes der ostdeutschen Delegation²⁶, erweckte die Angelegenheit durchaus größere Aufmerksamkeit, denn die Presse beschäftigte sich intensiv mit den Geschehnissen. Die *Yomiuri shinbun* berichtete besonders ausgiebig über die Auseinandersetzung zwischen dem Dresdner Oberbürgermeister und dem westdeutschen Schriftsteller und hielt fest, dass der Protest von Schroers zwar nicht in ungestümer Form eingebracht wurde, der Vorfall aber Einblicke in die sensible (Natur der) Deutschen Frage gewehrt habe. (*Yomiuri shinbun* 1959) Die nicht-japanischsprachige Presse hatte wiederum im Ausscheiden der vier Delegierten ein Indiz dafür gesehen, dass die Allgemeinheit nicht mehr hinter den Zielen der Weltkonferenz stehen würde. So schrieb der *Oriental Economist*: „It is certainly regrettable that the movement against nuclear and hydrogen bombs which has grown in Japan, is politically utilized by leftist wings. It was not only a small section of foreign delegates that withdrew from the convention but also the

majority of well-thinking masses that was highly critical of the convention [...].“²⁷

Gensuikyō hatte in Reaktion auf das Presseecho den Ausgeschiedenen vorgeworfen, sich von den Möglichkeiten eines konstruktiven Diskurses abgewandt zu haben. Nicht der Konsens soll gesucht, sondern Unstimmigkeiten provoziert worden sein, um so einen Grund zur Rechtfertigung des ostentativen Ausscheidens vorweisen zu können. Grundsätzlich glaubten die Gensuikyō-Verantwortlichen in dem Auftreten einiger Teilnehmer den Vorsatz erkannt zu haben, die Konferenz zu stören.²⁸ Nach einer auf Vermittlung der deutschen Botschaft in Tokyo zustande gekommenen Pressekonferenz für die ausgeschiedenen Delegierten musste der Gensuikyō-Vorstandsvorsitzende Yasui Kaoru allerdings auch eingestehen, dass das ostentative Ausscheiden der vier ausländischen Vertreter nicht zu unterschätzen sei und Gensuikyō daraus seine Lehren ziehen werde.²⁹

Doch obwohl die V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben der westdeutsch-englischen Minorität Zugeständnisse machen musste und das Presseecho des Vorfalles eher den westdeutschen Interessen förderlich war, so war der Inhalt der deutschlandpolitisch relevanten Übereinkünfte der Zusammenkunft komplementär mit den Zielen der ostdeutschen Staatsführung. Folglich hatte sich auch der Hiroshima-Appell vom 6. August 1959 im Namen des Weltfriedens für eine dauerhafte Entmilitarisierung von Ost- und Westdeutschland und deren angrenzenden Ländern nach dem Vorbild des Rapacki-Plans³⁰ sowie für die Entmilitarisierung Japans ausgesprochen. (Japan Times 1959a)

1.3 VERLUST EINER PLATTFORM IN JAPAN: DAS ENDE DER TEILNAHME DES DEUTSCHEN FRIEDENSrates AN DER WELTKONFERENZ

Mit dem Verlauf der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben vom Sommer 1959 hatte schließlich die Vereinnahmung der Veranstaltung durch politisch linksgerichtete, von den Staaten des „Ostblocks“ gestützte Gruppierungen ein Ausmaß erreicht, dass mit den Anliegen der Allgemeinheit nicht mehr vereinbar zu sein schien. So wurde auch die an erster Stelle gegen die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik und Japan gerichtete Kritik des Rates gegen Atom- und Wasserstoffbomben zum Ende der fünfziger zunehmend hinterfragt. Das galt insbesondere als das japanische Justizministerium 1959 basierend auf Informationen der Public Security Intelligence Agency (*Kōan chōsa-chō*) den Vorwurf erhob, die KPJ habe ca. 440.000 US-Dollar (160 Millionen Yen) vom chinesisch-sowjetischen Block erhalten, von denen allein ca. 290.000 US-Dollar (105 Millionen Yen) in die Zusammenarbeit mit Gensuikyō geflossen sei-

en. Aufgrund der Anschuldigungen entzog die von der LDP regierte Präfektur Hiroshima der Weltkonferenz die Unterstützung, sodass diese zunächst nicht mehr in der Stadt des ersten Atombombenabwurfes veranstaltet werden durfte. Sieben weitere japanische Präfekturen folgten dem Beispiel Hiroshimas und dehnten das Verbot auf den eigenen Verwaltungsbereich aus. Am Ende entsprach die Zahl der Teilnehmer an der VI. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben von 1960 nur noch einem Drittel der Teilnehmerzahl der I. Weltkonferenz von 1955. (Fukushima 1960)

Trotzdem gelang es ostdeutschen Abordnungen auch noch 1960 und 1961 die Einreisegenehmigung zur Teilnahme an der Veranstaltung zu erhalten, weil – so das japanische Außenministerium gegenüber Vertretern der deutschen Botschaft – die Konferenz humanitären Zwecken dienen und die Bevölkerung gefühlsmäßig hinter der Bewegung stehen würde.³¹ Allerdings war man auf ostdeutscher Seite 1960 bereits stärker dazu übergegangen, sich über die Mitarbeit an der Konferenz hinaus politisch zu engagieren. Natürlich widmeten sich die ostdeutschen Funktionäre nach wie vor intensiv der Erarbeitung deutschlandpolitischer Beschlüsse, aber anders als noch im Jahr zuvor, gab es dieses Mal keine Auseinandersetzungen um die entsprechenden Passagen. Viel mehr war in den ostdeutschen Abschlussberichten die Rede von einer „fruchtbaren“ Kooperation zwischen den Delegierten aus der DDR und aus der Bundesrepublik. Die Vertreter der beiden deutschen Abordnungen wurden sogar gebeten, die Abschnitte über die „Gefahren des westdeutschen Militarismus“ für die Entschließungen der Konferenz selbst zu formulieren.³² Doch nicht allein die Möglichkeit zur ungehinderten Abfassung des eigenen Standpunktes zu Fragen der Rüstung in der Bundesrepublik stand dem Anschein nach bei der Entsendung der Abordnung im Vordergrund. Denn die einzelnen Mitglieder der siebenköpfigen ostdeutschen Delegation beschäftigten sich auch äußerst intensiv mit der Pressearbeit, der Kooperation mit japanischen Organisationen auf kulturellem Gebiet sowie mit der Pflege von Kontakten zu Sōhyō, zur SPJ und zur KPJ.³³ Speziell der Schriftsteller Werner Steinberg (1913–1992) als Mitglied der ostdeutschen Delegation schien der Weltkonferenz keine immense Bedeutung beizumessen und blieb den Besprechungen mehrere Tage fern, um sich mit der Stadt Tokyo vertraut zu machen.³⁴ Immerhin hielt man die Veranstaltung in der DDR aber noch für so wichtig, dass der Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl der Konferenz eine Grußadresse zukommen ließ.³⁵

Im Sommer 1961 sollte schließlich vorerst zum letzten Mal ein ostdeutscher Vertreter an der Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben teilnehmen, ohne jedoch eine spürbare Wirkung zu erzielen. Denn nachdem die mittlerweile siebte Zusammenkunft dieser Art mit Blick auf

die Wiederaufnahme der sowjetischen Atombombentests verkündet hatte, dass eine Neubelebung der Bombenversuche nicht als Feindseligkeit gegen den Frieden oder die Menschheit verstanden werden sollte, hatte das allgemeine Ansehen der Weltkonferenz erneut Schaden genommen. Mit der noch während des Verlaufs der Tagung vom August 1962 erfolgten Wiederaufnahme der Kernwaffentests der UdSSR durch die Sprengung einer 40 Megatonnen Bombe in der Antarktis begann sich schließlich die Spaltung des verbleibenden Teils der Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben zu vollziehen. (Hidaka 1963: 51, 57–59)

2. DEUTSCHLANDPOLITIK INMITTEN DER KRISE VON 1960

Der noch vergleichsweise moderate Klang deutschlandpolitischer Forderungen aus Japans linkem Milieu, wie etwa im Hiroshima-Appell vom 6. August 1959, war zum Ende des Jahres bereits aus den Stellungnahmen zur Deutschlandfrage bestimmter oppositioneller Kreise vollständig verschwunden. In der deutschen Botschaft in Tokyo hatte besonders ein gemeinsames Kommuniqué zwischen Japans größtem Gewerkschaftsverband Sōhyō und dem FDGB für Unbehagen gesorgt, das im Kontext der Teilnahme einer japanischen Delegation am V. Kongress der ostdeutschen Staatsgewerkschaft im Oktober / November 1959 entstanden war. Denn Sōhyō hatte in dem Text nicht nur die japanische Regierung dazu aufgefordert, Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Gemeinsam hatten die ostdeutschen und japanischen Gewerkschaftsfunktionäre außerdem erklärt, dass „die Politik des Militarismus und der Atombewaffnung, die von der Adenauer-Regierung in Westdeutschland betrieben wird, den Frieden in Europa und in der ganzen Welt bedroht“ und zugleich in „ernster Sorge“ festgestellt, dass „sich die Regierung Kishi in Japan auf dem Wege zum Militarismus und zur Atombewaffnung befindet, indem sie eine Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes und eine aggressive militärische Allianz mit den USA anstrebt.“ Insofern hatte der FDGB dem „Kampf der japanischen Arbeiter [...] gegen die Revision und für eine schließliche Beseitigung des Sicherheitspaktes“ „brüderliche Solidarität“ ausgesprochen.

Das unmittelbar an das Kommuniqué anknüpfende Austauschabkommen versuchte außerdem mehr Tiefe in die Beziehungen der beiden Vereinigungen zueinander zu bringen, indem sich die beiden Unterzeichnerparteien zusagten, den Delegations- und Informationsaustausch erheblich auszubauen und zusätzlich die Möglichkeit des Austausches von Studenten und Kulturensembles zu prüfen. Abgeschlossen wurde die Vereinbarung mit der Gewährung einer kostenlosen medizinischen Be-

handlung in der DDR für einen japanischen Werktätigen, der unter den Folgen des Atombombenabwurfes litt.³⁶ Die Unterzeichnung erfolgte am 4. November 1959 durch den FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke und den Angehörigen des Sōhyō-Exekutivkomitees Yamanaka Tadaki. (Tribüne 1959)

Eine gemeinsame Erklärung dieser Art hatte es zwischen einer ostdeutschen und einer japanischen Vereinigung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegeben. So mag es auch wenig erstaunen, dass das Auswärtige Amt auf das FDGB-Sōhyō Kommuniqué sehr sensibel reagierte. Vor allem der Umstand, dass nicht etwa irgendeine Partei des linken politischen Spektrums, sondern Japans größter Gewerkschaftsverband für die Anerkennung der DDR eintrat und gleichwohl klare anti-westdeutsche Positionen vertrat, hatte dazu geführt, dass die Bundesregierung dem japanischen Außenministerium ihr Befremden in dieser Angelegenheit übermittelte.³⁷ Die kurz bevorstehende Unterzeichnung des revidierten Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages und die dadurch hervorgerufenen Spannungen zwischen der japanischen Regierung und Sōhyō hatten die japanische Behörde jedoch davon abgehalten, selbst in den Vorfall einzugreifen. Stattdessen hatten die japanischen Beamten versucht, über die Einbeziehung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) dem ostdeutschen Einfluss in den Reihen von Sōhyō entgegenzuwirken. Der Vorschlag aus dem Außenministerium, Sōhyō über den Bundesvorstand der westdeutschen Einheitsgewerkschaft schriftlich zu einer Desavouierung der japanischen Unterzeichner des FDGB-Sōhyō Kommuniqués aufzufordern und das Schreiben gleichzeitig an die japanische Presse und die Spitze der SPJ weiterzuleiten³⁸, hatten die Verantwortlichen des DGB allerdings aufgrund der geringen Erfolgsaussichten des Vorhabens abgelehnt.³⁹

Gerade weil am Ende die FDGB-Sōhyō Erklärung vom November 1959 in der veröffentlichten Form unangetastet blieb, dürfte der Vorfall auch der westdeutschen Seite eines klargemacht haben: Jahre der Beziehungspflege hatten im Zusammenspiel mit der angespannten innenpolitischen Lage in Japan dazu geführt, dass der außenpolitische Apparat der DDR am Beginn der sechziger Jahren mit dem ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsaustausch über ein Forum verfügte, das unter passenden Bedingungen weiten Teilen der organisierten japanischen Arbeiterschaft den sowjetischen Standpunkt zur Deutschlandfrage näher bringen konnte. Den Vertretern der deutschen Botschaft wurde im Verlauf der ersten Hälfte des Jahres 1960 auch klar, dass im Angesicht einer allmählich vorschreitenden Radikalisierung des linken Milieus verbale Angriffe auf die Politik der Bundesregierung keine einmalige Erscheinung in Japan bleiben würden.

2.1 DIE UNTERZEICHNUNG DES REVIDIERTEN SICHERHEITSVERTRAGES
UND DER BEITRAG DER BUNDESREGIERUNG ZUR INTEGRATION JAPANS
IN DEN WESTLICHEN MACHTBLOCK

Die Proteste gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages von mehreren zehntausend Arbeitern und Studenten vor dem japanischen Parlament in der zweiten Hälfte des Jahres 1959 hatten zwar nicht verhindern können, dass Ministerpräsident Kishi Nobusuke am 19. Januar 1960 gemeinsam mit dem amerikanischen Außenminister Christian A. Herter (1895–1966) in Washington den revidierten Sicherheitsvertrag unterzeichnete.⁴⁰ Sie hatten jedoch zur Entstehung einer höchst angespannten innenpolitischen Atmosphäre beigetragen und so schließlich den Anbruch der bis dahin größten politischen Krise im Japan der Nachkriegszeit miteingeleitet. Was zunächst geschah, war die Anwendung einer Verzögerungstaktik durch die Abgeordneten der SPJ, die bedingte, dass nach der Vorlage des revidierten Sicherheitsvertrages im japanischen Unterhaus am 4. Februar 1960 noch mehr als hundert Tage vergingen, bis schließlich am 19. Mai von der Regierung die Abstimmung über das Abkommen erzwungen wurde. Dabei hatte die Kishi-Regierung den Tag der Abstimmung mit bedacht gewählt. Denn sofern das Oberhaus nicht bereits zuvor die Zustimmung ausgesprochen hatte, vergingen üblicherweise 30 Tage nach der Bestätigung eines Vertrages durch das Unterhaus bis zum Inkrafttreten der Vereinbarung. Das Inkrafttreten des revidierten Sicherheitsvertrages wäre so mit der für Juni 1960 angesetzten Japanreise des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower (1890–1969) zusammengefallen und hätte so möglicherweise das durch LDP-interne Auseinandersetzungen und Attacken der Opposition und des linken Milieus geschwächte Kishi-Kabinett wieder gestärkt. (Hara 2000: 144)

Der Tag der Abstimmung über das Abkommen im Unterhaus hatte jedoch bereits den Niedergang des amtierenden Ministerpräsidenten eingeleitet. Die Sitzung des Sonderausschusses zur Abstimmung über den Sicherheitsvertrag vom 19. Mai endete im Chaos und ohne greifbare Ergebnisse, nachdem SPJ-Parlamentarier einen Sitzstreik begannen, so den Weg zum Podium versperrten und anschließend 500 Polizisten von der Regierung angewiesen wurden, gegen die auf dem Boden sitzenden Vertreter der Sozialistischen Partei vorzugehen. Das harsche Eingreifen der Polizei gegen die streikenden Abgeordneten hatte wiederum dazu geführt, dass sich die SPJ nicht an der Plenarsitzung vom 19. Mai beteiligte. Trotz des Fernbleibens der Opposition und der Abwesenheit verschiedener LDP-Parlamentarier setzten Kishi-Anhänger in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai in einer Art Blitzmanöver eine Sitzungsverlängerung bis

nach Mitternacht durch und bestätigten anschließend den revidierten Sicherheitsvertrag. Fast alle führenden japanischen Zeitungen verurteilten die Aktion. Und obwohl auch das Verhalten der SPJ-Abgeordneten missbilligt wurde, war doch an erster Stelle das „undemokratische“ Vorgehen der Kishi-Regierung Gegenstand der Kritik. Die Ereignisse hatten schließlich zur Entstehung einer Bewegung geführt, die sich für die Wahrung der Demokratie in Japan einsetzte und die eine unerwartete Tragweite erreichte. Auch die Gegner des Sicherheitsvertrages wurden deutlich gestärkt, allerdings hat die jüngere Forschung bereits aufgezeigt, dass die Proteste, welche am Ende den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zwangen, einer anderen organisatorischen Struktur folgten als die im Wesentlichen von den Gewerkschaften und den Oppositionsparteien getragenen Kundgebungen vor dem 19. Mai. So wurden die Menschen nicht etwa von einer bestimmten Bewegung zu Massenveranstaltungen zusammengebracht. Vielmehr hatte sich die unmittelbar betroffene Allgemeinheit mit der Organisation der Proteste ein Mittel des Ausdrucks geschaffen. (Oguma 2002: 515) So verlor neben der SPJ und der KPJ auch Sōhyō im Verlauf der Entwicklungen allmählich die Führungsrolle im Kampf gegen die Revision des Sicherheitsvertrages (Yoshikawa 1995: 27), die von Japans größtem Gewerkschaftsverband organisierten Proteste wurden dennoch immer umfangreicher.

Der „Ostblock“ und insbesondere die chinesische Staatsführung hatten von Beginn die Verbundenheit mit den Zielen der nach dem 19. Mai entstehenden Protestbewegung unterstrichen und gleichzeitig die Opposition weiter unterstützt. So wurden etwa in ca. 30 chinesischen Städten Massenveranstaltung abgehalten, um auf diese Weise Solidarität mit der gegen den Sicherheitsvertrag kämpfenden japanischen Bevölkerung zu demonstrieren. (Ogata 1988: 10) In der DDR berichtete *Neues Deutschland* mehrfach auf der Titelseite über die „mächtigen Protestaktionen gegen den antinationalen Militärvertrag mit den USA“ (Neues Deutschland 1960b) und beglückwünschte im Namen „alle[r] Freunde des Friedens das japanische Volk“, nachdem die japanische Regierung nicht länger für die Sicherheit des US-Präsidenten im Inselstaat garantieren konnte und daher Eisenhowers Japanreise abgesagt wurde. Dabei vergaß man auch nicht an „die japanische Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei Japans, die kühn, ihrer großen Verantwortung bewußt, die Führung der Nation übernommen haben“, Grüße auszusprechen. Gleichzeitig war das SED-Organ sehr bemüht gewesen, Analogien zwischen den Verhältnissen in Japan und in der Bundesrepublik herzustellen. Sowohl die politische Führung in Tokyo wie auch die in Bonn wurden daran anknüpfend dem Kreis von Regierungen zugeordnet, „die sich und ihr Land, ihr Volk und seine Jugend an die Teufelskräfte des

Krieges verschachern“ und aufgrund der „historischen Gesetzmäßigkeiten“ deshalb zum „Untergang verurteilt“ seien. Insofern betrachtete man es auch nur als eine Frage der Zeit, bis der Sturm, der nun „Adenauers Busenfreund Kishi“ gepackt habe, die „Bonner Machthaber“ treffen werde. (Neues Deutschland 1960c)

Überhaupt wurde das westdeutsch-japanische Verhältnis im Zuge der innenpolitischen Spannungen um die Revision des Sicherheitsvertrages immer häufiger Gegenstand von Propagandakampagnen des „Ostblocks“. (Siehe Peking Review 1960a: 17; Peking Review 1960b: 26) All dem schien ein Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung der westdeutsch-japanischen Beziehungen in Peking und Moskau zugrunde zu liegen. So vertrat man in den beiden Zentren des „Ostblocks“ nach außen nicht länger den Standpunkt, dass es sich bei der Bundesrepublik und Japan um Rivalen im Rahmen der „kapitalistischen wirtschaftlichen Aggression“ gegenüber Asien handeln würde. Stattdessen dominierte spätestens seit Beginn des Jahres 1960 in den Stellungnahmen aus Peking und Moskau die Sichtweise, dass Bonn und Tokyo – angestachelt von den USA und in Konkurrenz zu Großbritannien – Gegensätze beilegen würden, um so Märkte und Rohstoffquellen aufzutun und die Entwicklungsländer auszubeuten. (Langer 1960: 12) Eine passende Basis für Thesen solcher Art hatte es auch bereits seit Beginn des Jahres 1956 gegeben als vom Ostexperten und damaligen deutschen Botschafter in Japan Hans Kroll die Gründung einer deutsch-japanischen Wirtschaftsallianz vorgeschlagen wurde, um so einem Vordringen der Staaten des „Ostblocks“ auf die Märkte Südostasiens, Indiens, Südamerikas und des Nahen Ostens entgegenzusteuern. (Chanteloup 1956)

Auch wenn auf der Grundlage der vorliegenden Quellen nur schwer abzuschätzen ist, wie tief das Verständnis der westdeutsch-japanischen Beziehungen in China und in der UdSSR wirklich ging, so dürfte doch allein das Studium der internationalen Presse auch den verantwortlichen Funktionären in Peking und Moskau verdeutlicht haben, dass gerade in der wichtigen Phase nach der Unterzeichnung des revidierten Sicherheitsvertrages vom 9. Januar 1960 der Rückhalt der Bundesregierung für die Absicherung der handelspolitischen Position Japans im westlichen Machtblock außerordentliche Bedeutung haben musste. Der *Economist* hatte etwa in einem Artikel vom April 1960 noch einmal auf die Besonderheiten der westdeutsch-japanischen Handelsbeziehungen hingewiesen und gleichzeitig die Problematik zusammengefasst, die den Inselstaat zunächst noch zwingen würde, sich mit einer Art Außenseiterrolle im Welt-handel zu begnügen: Einerseits würde Japan Absatzmärkte in den westlichen Staaten benötigen, andererseits sei der Inselstaat nicht der wichtige Bestandteil der regionalen Entwicklungsprogramme in Südostasien, der

das Land sein könnte. Die Kriegsjahre und die Erfahrungen mit den japanischen Handelspraktiken der dreißiger Jahre seien nach wie vor ein wesentlicher Grund, weshalb die japanischen Anliegen bei Weitem nicht von allen westlichen Staaten in vollem Maße zur Kenntnis genommen würden. Im Angesicht eines bereits in der Vergangenheit demonstrierten Entgegenkommens der Bundesregierung gegenüber japanischen Anliegen und der Stellung Bonns innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) urteilte der *Economist* allerdings, dass die politische Führung in Bonn einen hilfreichen Beitrag leisten könnte, um Japan zur angestrebten Anerkennung zu verhelfen. (*Economist* 1960)

Durchaus sollte sich auch noch in der ersten Hälfte des Jahres 1960 zeigen, dass die Bundesregierung in Angelegenheiten des Handels mit Japan zu vergleichsweise weitreichenden Zugeständnissen bereit war. Ohne den Zugriff auf interne Informationen konnten die Beobachter aber bestenfalls errahnen, dass die fördernde Haltung der Bundesregierung in handelspolitischen Fragen zu einem mitbestimmenden Teil von der eindeutigen japanischen Unterstützung des westdeutschen Standpunktes zur Deutschlandfrage beeinflusst wurde. So wurde die „Aufrechterhaltung der japanischen Sympathien für die Bundesrepublik“ in den Botschafter-Instruktionen des Auswärtigen Amtes als ein „politisches Aktivum“ verstanden, das in Belangen des Handels „ein Entgegenkommen rechtfertigen könnte“. (Zitiert nach Jansen 1996: 213)

Nur zwei Monate vor der aus deutschlandpolitischer Sicht so bedeutenden Pariser Gipfelkonferenz vom Mai 1960⁴¹ hatte mit Bundeskanzler Adenauer auch erstmals in der Geschichte ein deutsches Regierungsoberhaupt Japan bereist. Mit den Ergebnissen der Reise vom 25. März bis 1. April 1960, der eine Einladung der japanischen Regierung vorausgegangen war⁴², konnten die Gastgeber durchaus zufrieden sein. Dem aus westdeutscher Sicht wichtigsten Ergebnis des Aufenthaltes, nämlich die Zusicherung der vollen japanischen Unterstützung für den deutschlandpolitischen Standpunkt der Bundesregierung kurz vor der Pariser Gipfelkonferenz⁴³, standen handelspolitische Zusagen der Bundesregierung gegenüber, die – wie es in einem Kommentar der *Frankfurter Allgemeinen* hieß – von japanischer Seite „mit Genugtuung begrüßt“ worden seien. So sicherte im Frühjahr 1960 der westdeutsche Regierungschef gemeinsam mit Bundesaußenminister Heinrich von Brentano (1904–1964) den japanischen Gastgebern eine Steigerung des Warenaustausches zwischen beiden Staaten und die Förderung japanischer Interessen im Rahmen der EWG zu. (Abegg 1960)⁴⁴ Außerdem einigte man sich darauf, im Bereich der Entwicklungshilfe in Zukunft auf diplomatischem Wege gemeinsame Projekte vorzubereiten. (Neue Zürcher Zeitung 1960) Insofern war im Kommentar zur Japanreise des westdeutschen Regierungschefs

der *Frankfurter Allgemeinen* zwar auf der einen Seite festgehalten worden, dass Adenauer vor Ort in Tokyo mit seinen wiederholten anti-kommunistischen Äußerungen der japanischen Opposition mehr Anlass für Kritik gegeben habe als nötig und entsprechend auch die Position von Ministerpräsident Kishi durch das Auftreten des Bundeskanzlers in Mitleiden-schaft gezogen worden sei. Grundsätzlich lautete aber die Einschätzung, dass es Adenauer geglückt sei, „den Japanern das Gefühl zu nehmen, daß sie, allein auf die Vereinigten Staaten gestützt, isoliert in Nordostasien sitzen.“ Er habe ihnen „das Bewußtsein gestärkt, daß sie zur Familie der fortgeschrittenen freiheitlichen Länder gehören.“ (Abegg 1960)

Tatsächlich war Adenauer bereits kurz vor seinem Japanaufenthalt während des deutsch-amerikanischen Gipfeltreffens Mitte März 1960 vom US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower zur Öffnung der so dringend benötigten Märkte in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik gedrängt worden. Denn im Kontext der Geschlossenheit der Anstrengungen des Westens müsse Japan – so die Ansicht der amerikanischen Seite – auch vom wirtschaftlich starken westdeutschen Teilstaat unterstützt werden. Als knapp zwei Monate darauf, am 27. Mai 1960, das Protokoll über den Abbau der deutschen Einfuhrbeschränkungen gegenüber japanischen Waren unterzeichnet wurde und in der Folge für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1961 und dem 1. Januar 1965 eine völlige Liberalisierung der Einfuhr wichtiger japanischer Warengruppen wie Ferngläser, Feuerzeuge, Spielwaren, Nähmaschinen sowie bestimmte Textil- und Keramikprodukte erfolgte, rühmten amerikanische Repräsentanten wiederum die Bundesrepublik als besonders liberalen und vorbildlichen Staat in seinen Außenhandelsbeziehungen zu Japan. Denn mit der Öffnung des westdeutschen Marktes für die entsprechenden Warengruppen hatte die japanische Regierung einen entscheidenden Fortschritt in den Handelsbeziehungen mit den Staaten Westeuropas erreichen können. So zeichnete sich schon bald eine Übernahme des westdeutschen Modells zur Regelung des Güter- und Warenaustausches mit Japan in den Benelux-Staaten ab, deren Regierungen bald faktisch – wenn auch nicht formell – auf die Anwendung von Artikel XXXV des GATT verzichteten. Unter diesen Bedingungen ließ sich auch die protektionistische Politik Frankreichs nicht mehr ohne große Schwierigkeiten fortsetzen, so dass auch bald die französische Regierung die entsprechenden Importbestimmungen zu lockern begann. (Jansen 1996: 237, 239f.)

Am Ende war mit den Zusagen, die Adenauer der japanischen Seite während seines Japanaufenthaltes gegeben hatte, und der handelspolitischen Übereinkunft zwischen Bonn und Tokyo vom 27. Mai 1960 aber nicht nur eine Stärkung des deutschlandpolitischen Standpunktes der Bundesregierung in Fernost und die Festigung der japanischen Position

im westlichen Machtblock verbunden gewesen. Unter den neun Industrienationen, die sich zum Beginn der sechziger Jahre mit gemeinsamen Hilfsaktionen verstärkt in der Entwicklungshilfe engagieren wollten, schienen die Bundesrepublik und Japan über das größte unerschlossene Potential zu verfügen. Daraus hatte speziell der *Economist* eine mögliche neue Bedeutung der beiden Länder im Rahmen der Bemühungen des westlichen Machtblocks um den blockfreien Teil der Welt (*uncommitted world*) abgeleitet. (Economist 1960)

Diese den Zielen der Zentren des „Ostblocks“ entgegenwirkenden Entwicklungen hatten wiederum dazu geführt, dass die Verunglimpfungen der westdeutsch-japanischen Kooperation in der sowjetischen, ostdeutschen und vor allem in der chinesischen Presse seit Adenauers Japanaufenthalt im Ton äußerst harsch geworden waren. Das KPdSU-Organ *Pravda* bediente sich etwa eines Vorfalls, der sich kurz nach der Ankunft des Bundeskanzlers in Tokyo ereignet hatte, um vor einer Neubelebung der Achse Berlin-Rom-Tokyo zu warnen. Beim Begrüßungszeremoniell stellte eine Gruppe politisch rechtsextremer Japaner Hakenkreuzflaggen auf der Schaubühne auf, die erst nach scharfem Einspruch von Botschaftsvertretern entfernt worden waren.⁴⁵ Die *Pravda* bezeichnete die Angelegenheit als kennzeichnend für die wahre Bedeutung des Kanzlerbesuches. Hinter den Phrasen von traditioneller Freundschaft und Zusammenarbeit würde in Wirklichkeit das Ansinnen von Regierungskreisen in Bonn und Tokyo stehen, ein imperialistisches Bündnis nach dem Muster des Antikominternpaktes bzw. des Drei-Mächte-Paktes zu schaffen. Die angestrebte westdeutsch-japanische Kooperation würde vor allem auf der gemeinsamen Feindschaft gegenüber den sozialistischen Ländern, der sowjetischen Politik der friedlichen Koexistenz und der (internationalen) Entspannung fußen. (Latyšev 1960)⁴⁶ In Ähnlicher Form äußerte sich auch die ostdeutsche Propaganda. In einem Kommentar in *Neues Deutschland* hieß es, dass „vom ersten ‚Heil!‘-Ruf an kein Zweifel am Zweck des Besuches bestanden“ habe. Das Ziel des Aufenthaltes wurde vom SED-Organ unter das Motto gestellt: „Es lebe die neue alte Achse der Militaristen!“. So wie Adenauer in Bonn, so strebe auch Kishi in Tokyo die Atomrüstung an, welche als Grundlage für die „Erneuerung der alten Achse“ dienen solle. (Neues Deutschland 1960a)

Deutlich ausgiebiger und in noch schärferem Ton behandelte man in China die westdeutsch-japanischen Beziehungen und speziell Adenauers Auftreten in Japan. Die chinesische Presse zitierte etwa den chinesischen Premierminister Zhou Enlai (1898–1976) mit den Worten, dass Westdeutschland und Japan wieder zum Ausgangspunkt von Kriegen in Europa und Asien würden. Die Vereinigten Staaten würden die offene Kollaboration von Adenauer und Kishi dulden. Die Unterdrückung der re-

volutionären Völker in den verschiedenen Ländern durch den US-Imperialismus würde so weiter fortgesetzt. (Peking Review 1960c) Das KPCh-Organ *People's Daily* war wiederum zu dem Schluss gelangt, dass der Bundeskanzler offen durch den japanischen Ministerpräsidenten in seiner Einstellung bekräftigt worden sei, dass die Bundesrepublik und Japan verstärkt aufrüsten müssen und sich nicht mit dem gegenwärtigen Stand der Wiederbewaffnung zufrieden geben dürfen. Laut *People's Daily* würde der Besuch Adenauers in Japan so kurz vor der Pariser Gipfelkonferenz der Störung der internationalen Atmosphäre dienen und sei damit ganz im Interesse der US-Imperialisten. Sollten allerdings die westdeutschen und japanischen Militaristen ihre betrügerischen Absprachen mit dem Segen der US-Imperialisten weiter vorantreiben, werde das chinesische Volk noch einmal seine Anstrengungen verdoppeln, um die Einheit des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze zu festigen, die Solidarität mit dem deutschen und dem japanischen Volk und den Menschen dieser Erde zu stärken und ihre Wachsamkeit im Kampf gegen Aggression und in der Verteidigung des Friedens zu erhöhen. (Peking Review 1960d)

2.2 GEMEINSAM MIT SÖHYŌ GEGEN DEN SICHERHEITSVERTRAG, MASSENENTLASSUNGEN UND DIE KISHI-REGIERUNG

Als Beitrag zur Stärkung der Bewegung gegen die Revision des Sicherheitsvertrages hatten die Propagandakampagnen gegen das westdeutsch-japanische Verhältnis auch in der DDR hervorgehobene Bedeutung erhalten. Schließlich hatten die auf Initiative des MfAA im Juli und August 1959 zustande gekommenen Gespräche zwischen der Abordnung um den Dresdner Oberbürgermeister Herbert Gute und Vertretern der tschechoslowakischen und sowjetischen Botschaft in Tokyo den Verantwortlichen in Ostberlin bereits klargemacht, dass das ostdeutsche Engagement in Japan mit sehr konkreten Erwartungen der „Bruderstaaten“ verbunden war. Nach Auffassung der tschechoslowakischen und sowjetischen Gesprächspartner bestand nämlich in der gegenwärtigen Situation die wichtigste Aufgabe darin, dem amerikanischen Einfluss und der zunehmenden westdeutschen Propaganda in Japan entgegenzutreten. Gerade die DDR könnte sich, so war man überzeugt, allgemeine Sympathien für Deutsche in Japan besser zu Nutze machen und mit einem verstärkten Engagement die Position der anderen sozialistischen Staaten vor Ort stärken.⁴⁷ Durch den regelmäßigen Empfang von japanischen Gewerkschaftern in der DDR hatte sich über den ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsaustausch zum Ende des Jahres 1959 mit Sōhyō auch eine der treibenden Kräfte in Japans Innenpolitik allmählich zu einem Befür-

worter ostdeutscher Thesen und Förderer ostdeutscher Interessen entwickelt. Vor allem im Zuge der Zuspitzung der innenpolitischen Krise von 1960 wurde erkennbar, wie dienlich der Gewerkschaftsverband als Fürsprecher der DDR in Japan sein konnte.

Gerade einmal zwei Wochen waren seit den Auseinandersetzungen im japanischen Unterhaus vom 19. Mai vergangen als Vertreter der deutschen Botschaft in Tokyo darüber in Kenntnis gesetzt wurden, dass eine FDGB-Delegation mit dem Vorsitzenden der ostdeutschen Staatsgewerkschaft Herbert Warnke an der Spitze von Sōhyō zu einem Besuch nach Japan eingeladen worden sei und dass die japanischen Behörden durchaus gewillt seien, der Abordnung um den FDGB-Vorsitzenden die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Denn in Anbetracht der innenpolitischen Lage – so die japanische Seite – seien den Verantwortlichen die Hände gebunden, obwohl man dort über das Auftreten von Warnke im Ausland unterrichtet wurde.⁴⁸ Bereits kurz nach Bekanntwerden der Absicht, dem FDGB-Vorsitzenden die Einreise nach Japan zu gestatten, waren Angehörige der deutschen Botschaft mehrfach beim japanischen Außenministerium in der Angelegenheit vorstellig geworden. Viel Zeit war nämlich nicht vergangen seit der höchste ostdeutsche Gewerkschaftsfunktionär, der seit 1958 auch Mitglied des Politbüros war und im Ausland häufig seine Stellung als WGB-Vizevorsitzender für die DDR einbrachte, in westdeutschen Diplomatengruppen für Aufregung gesorgt hatte. Als es im März 1960 zeitweise den Anschein hatte, dass das sowjetfreundliche Guinea als erstes nichtsozialistisches Land überhaupt die DDR anerkennen würde (Gray 2003: 107–115), war es auch dem Einsatz des FDGB-Vorsitzenden zu verdanken gewesen, dass sich speziell der Bruder des guineischen Diktators Ahmed Sékou Touré (1922–1984) sowie der guineische Parlamentspräsident für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen des westafrikanischen Landes zum ostdeutschen Teilstaat einsetzten. Ähnliches versuchte Warnke kurz darauf in Ghana, allerdings ohne vergleichbare Ergebnisse.⁴⁹

Ein politischer Erfolg auf Staatsebene war von dem geplanten Japanaufenthalt des FDGB-Vorsitzenden zwar nicht zu erwarten. Allerdings hatten westdeutsche Repräsentanten in Rangun festgehalten, dass die Delegation der ostdeutschen Staatsgewerkschaft, die nun Japan bereisen sollte, in Burma u. a. mit der Thematisierung sozialer Fragen bereits einen sehr nachhaltigen Eindruck hinterlassen habe.⁵⁰ Entsprechend misstrauisch stand die deutsche Botschaft in Tokyo auch dem durch Sōhyō eingereichten Aufenthaltsprogramm für die ostdeutsche Abordnung gegenüber⁵¹, das u. a. die Besichtigung der Stadt Hiroshima, einen Besuch der Anlagen für die Heimführung der in Japan lebenden Koreaner nach Nordkorea in Niigata und ein Treffen mit dem Gouverneur der Präfektur

Kanagawa im Beisein der Japanisch-Sowjetischen Gesellschaft (*Nisso kyōkai*) vorsah.⁵²

Der geplante Japanaufenthalt von Warnke ging allerdings mit einer weiteren und nach westdeutschem Verständnis viel tiefer greifenden Problematik einher: Der FDGB-Vorsitzende war der bislang höchste Funktionär des SED-Apparates, dem die Einreisegenehmigung nach Japan erteilt werden sollte. Die bevorstehende Japanreise von Warnke wurde insofern von westdeutscher Seite als eine Art Präzedenzfall hinsichtlich der Duldung hoher ostdeutscher Funktionäre im Inselstaat behandelt. Das westdeutsche Drängen und die Spekulationen über die vermeintlichen Absichten der FDGB-Delegation, wie etwa das Werben für die Anerkennung der DDR und die damit verbundene Aushöhlung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, hatten das japanische Außenministerium allerdings nicht zum Einlenken bewegen können. Stattdessen berief sich die Behörde auf eine Vielzahl von Gründen, die die Ablehnung des Einreiseantrages momentan nicht zulassen würden, darunter die Bemerkung, dass Sōhyō ähnlich wie Gensuikyō in der gegenwärtigen Situation nicht hart entgegengetreten werden könne, oder auch die Argumentation, dass eine ablehnende Haltung der japanischen Regierung allgemeine Reaktionen hervorrufen könnte, die den ostdeutschen Standpunkt noch deutlich dienlicher wären.⁵³ Welche Gründe tatsächlich ausschlaggebend für die Entscheidung der japanischen Regierung in der Angelegenheit waren, bleibt allerdings unklar. Eine Betrachtung der über die Jahre immer stärker gewordenen Gegensätze zwischen Sōhyō und der Kishi-Regierung lässt das behutsame Vorgehen des japanischen Außenministeriums in Fragen um den japanischen Gewerkschaftsverband, der zu Beginn der sechziger Jahre 3,7 Millionen Mitglieder zählte (*Monogatari sengo rōdō undōshi kankō i'inkai* 1999: 245), jedoch wenig überraschend erscheinen.

Das Verhältnis zwischen der japanischen Regierung und Sōhyō war schließlich nicht erst seit dem Beginn der Verhandlungen über die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages gestört. Schon im Frühjahr und Sommer 1957 machte sich das erst seit Januar des Jahres amtierende Kishi-Kabinetts die Gewerkschaft der staatlichen Eisenbahner Kokurō durch ein besonders hartes Vorgehen gegen Eisenbahnerstreiks zum Feind. Die Einführung des Teacher's Efficiency Rating Systems (*Kinmu hyōtei*) zur Stärkung der staatlichen Kontrolle über die Unterrichtsgestaltung im April 1958 wurde wiederum auch als Schlag gegen die Lehrgewerkschaft Nikkyōso gewertet. Der gescheiterte Versuch, kurz nach der Eröffnung der bilateralen Gespräche über die Revision des Sicherheitsvertrages im Oktober 1958 den Artikel über die Amtspflichten der Polizisten zu revidieren und so u. a. ein potentiell Mittel zur Einschrän-

kung der Versammlungsfreiheit zu schaffen, mobilisierte schließlich zusammen mit weiten Teilen der Opposition auch einen wesentlichen Teil der organisierten japanischen Arbeiterschaft gegen die Methoden und Ziele der Kishi-Regierung. (Hara 2000: 129f.)

Als zu Beginn des Jahres 1959 in Folge der auf Erdöl basierenden Energierevolution zusätzlich Massenentlassungen im Kohlebergbau einsetzen, die besonders die Miike-Bergwerke des Mitsui Konzerns in Ōmuta auf der südlichsten japanischen Hauptinsel Kyūshū betrafen, begann sich auch allmählich die vom Klassenkampf geprägte Stimmung der Miike-Kämpfe auf Sōhyōs Engagement gegen die bevorstehende Revision des Sicherheitsvertrages zu übertragen. (Ishiko 2008b: 156) Denn das Ansinnen der Mitsui Bergwerke, 5000 Angestellte in den Ruhestand zu schicken, die unter Anwendung von äußerem Druck betriebene Suche nach passenden Kandidaten und die anschließende Entlassung von 1297 Pensionierungswilligen, darunter 300 aktive Gewerkschafter, die die Anforderungen der Firmenseite nicht erfüllten, hatten nicht nur dazu geführt, dass die Bergarbeitergewerkschaften mit der Unterstützung von Sōhyō über umfangreiche Protestaktionen nach der Kontrolle über den eigenen Arbeitsplatz strebten. (Nakakita 2008: 213) Die Vorgänge auf Kyūshū waren auch maßgebend für Sōhyōs entschiedenes Engagement gegen den Sicherheitsvertrag. In der Militärallianz mit den USA wurde nämlich der Ursprung aller „kapitalistischen Angriffe“ auf die japanische Arbeiterschaft gesehen. Darunter fielen laut dem Sōhyō-Aktionsprogramm vom Spätsommer 1959 sowohl Niedriglohnnormen, Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen wie auch Unterdrückung, Indoktrination und die stets gegenwärtige Angst vor einem Krieg. (Japan Times 1959b)

So war der Gewerkschaftsverband lange Zeit eine der treibenden Kräfte innerhalb der Bewegung gegen die Revision des Sicherheitsvertrages und blieb auch nach den Ereignissen im japanischen Unterhaus vom 19. Mai ein wichtiger Bestandteil der Proteste. Als im Juni mit den Schikanen gegen den Pressesekretär des Weißen Hauses James Hagerty (1909–1981) durch Demonstranten am Haneda-Flughafen, dem Tod einer jungen Studentin im Rahmen der Demonstrationen, der Absage der Japanreise von Eisenhower, der am 23. Juni erfolgten Ratifizierung des revidierten Sicherheitsvertrages und dem noch am selben Tag verkündeten Rücktritt des Ministerpräsidenten die innenpolitische Krise von 1960 ihren Höhepunkt zu erreichen schien, begann auch die Intensität der gewerkschaftlichen Protestaktionen ein bis dahin nicht gesehenes Ausmaß zu erreichen. So wurde etwa am 4. Juni der bis dahin größte Arbeiterstreik in der Geschichte Japans organisiert, an dem sich nach Angaben von Sōhyō 5,6 Millionen Angehörige der organisierten Arbeiterschaft und Sympathisanten beteiligten. Im Rahmen der Aktion kam u. a. durch

die Gewerkschafter der staatlichen und privaten Eisenbahnen in der Hauptverkehrszeit von 16 bis 20 Uhr praktisch das gesamte Verkehrsnetz von Tokyo zum Stillstand. (Hara 2000: 165)

Gleichwohl hatten die umfangreichen Streikaktionen Sōhyō vor finanzielle Herausforderungen gestellt, bei deren Bewältigung der FDGB durchaus nützlich sein konnte. Aus der jüngeren Forschung ist bereits bekannt, dass insbesondere die lang anhaltenden Miike-Streiks für Sōhyō und die Bergarbeitergewerkschaft Tanrō finanziell alleine nicht zu tragen waren. Insofern ergab sich die Notwendigkeit, in der internationalen Gewerkschaftsbewegung Unterstützung zu suchen. Nakakita Kōji hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sowohl WGB wie auch IBFG Mittel zur Verfügung stellten. Die Ansicht der US-Regierung, dass die KPJ verstärkten Einfluss auf Sōhyō ausüben würde, war jedoch mit umfangreichen amerikanischen Hilfeleistungen für die streikenden Gewerkschaften nicht vereinbar. (Nakakita 2008: 214f.) So überstieg die finanzielle Unterstützung der WGB angeschlossenen Gewerkschaften die der pro-westlichen Gewerkschaften am Ende deutlich. Nach Informationen des japanischen Arbeitsministeriums ließen der WGB, die chinesische Staatsgewerkschaft und die sowjetischen Bergarbeitergewerkschaften zusammengekommen Tanrō ca. 61.000 US-Dollar (21.923.276 Yen) zukommen. Der IBFG und die angeschlossenen Gewerkschaften brachten dagegen ca. 25.000 US-Dollar (8.959.400 Yen) auf, also deutlich weniger als die Hälfte.⁵⁴ Auch im Kampf gegen den Sicherheitsvertrag soll Sōhyō mit geheimen Geldern aus China, der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten gearbeitet haben. (Nakakita 2008: 216) Überlegungen in den Reihen von Sōhyō, zusätzliche Unterstützung beim FDGB zu suchen, erscheinen unter diesen Umständen nicht vollkommen abwegig. Für einen solchen Zusammenhang spricht auch die Tatsache, dass der FDGB-Bundesvorstand nach der Beteiligung eines leitenden ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionärs am XV. Sōhyō-Kongress im Sommer 1960 für die Miike-Streikenden eine zweckgebundene Solidaritätsspende in Höhe von 100.000 DM (Ost) beschloss.⁵⁵

2.3 DER VORLÄUFIGE HÖHEPUNKT DES REISEVERKEHRS ZWISCHEN DER DDR UND JAPAN

Dass am Ende die inmitten der turbulenten Ereignisse vom Juni 1960 angesetzte Japanreise des FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke nicht umgesetzt werden konnte, hatte die deutsche Botschaft allein britischen Stellen zu verdanken, die dem ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionär die Durchreise über Hong Kong verweigerten.⁵⁶ Denn in Anbetracht der Tatsache, dass ein erster Linienflug zwischen Moskau und Tokyo nicht vor

1967 stattfand, die üblicherweise geflogene Nordroute über die Antarktis mit einem Zwischenstop in Anchorage verbunden war und daher ohne ein Transitvisum für die USA nicht angetreten werden konnte, blieb ostdeutschen Funktionären meistens nur noch die vergleichsweise problematische Südroute über Hong Kong oder Manila. Diese war aufgrund der zahlreichen Zwischenstationen, die mit Prag als Ausgangspunkt neben Rom, Kairo, Karatschi und Bangkok schließlich auch die britische Kronkolonie Hong Kong umfassen konnten, nicht nur strapaziös⁵⁷ und mit 5.503 DM pro Passagier⁵⁸ äußerst kostspielig. Ebenso waren die Reisenden aus der DDR auf die Gewogenheit verschiedener Regierungen angewiesen, die in einzelnen Fällen – wie etwa im Zuge der geplanten Japanreise von Warnke geschehen – sich durchaus mehrere Wochen Zeit nahmen für die Ausstellung von Transitvisa oder die Ausgabe der erforderlichen Dokumente gleich ganz verweigerten.⁵⁹

Allerdings hatten sich im Zuge der Spannungen um die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages bestimmte Aspekte des Reiseverkehrs zwischen der DDR und dem Inselstaat bereits in eine aus ostdeutscher Sicht vorteilhafte Richtung entwickelt. So waren etwa japanische Gewerkschafter nicht länger darauf angewiesen, dass befreundete Gewerkschaftsbünde des FDGB aus Frankreich oder aus der ČSSR Einladungen an Angehörige der organisierten japanischen Arbeiterschaft aussprachen, damit diese die Ausreisegenehmigung erhalten und zunächst nach Paris oder Prag reisen konnten, um von dort aus in die DDR aufzubrechen.⁶⁰ Stattdessen genehmigten die japanischen Behörden nun auch japanischen Gewerkschaftern die Reise nach Ostberlin⁶¹, obgleich der Aufenthalt im außerhalb der Stadtgrenze liegenden ostdeutschen Territorium nach wie vor für alle Staatsbürger des Inselstaates nach japanischem Recht illegal war.⁶²

Gleichwohl war es dank der Unterstützung von Sōhyō und Gensuikyō für ostdeutsche Funktionäre einfacher geworden, das nur auf Weisung des japanischen Außenministeriums ausgestellte und über das japanische Generalkonsulat in Westberlin ausgegebene Dokument zu erhalten, welches Staatsbürgern der DDR – die nach japanischem Recht zur Gruppe der „Staatenlosen“ zählten – die Einreise nach Japan gestattete. So war die Angelegenheit um die Präsenz von Vertretern unliebsamer ostdeutscher Organisationen im Inselstaat auch nach dem Scheitern des Japanaufenthaltes des FDGB-Vorsitzenden keineswegs aus der Welt geschafft. Vielmehr zog sie sich noch über Monate hin, nachdem das japanische Außenministerium anschließend auch gewillt war, die Teilnahme des Leiters der Internationalen Abteilung des FDGB Rolf Deubner an der VI. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben und am XV. Sōhyō-Kongress zu dulden. Der Unterschied zur Angelegenheit um Warnke bestand

jedoch darin, dass Deubner den geplanten Japanaufenthalt realisieren konnte.

Dabei hatte die geglückte Einreise nach Japan des Gewerkschaftsfunktionärs aus der DDR am Ende in zweierlei Hinsicht tiefgreifende Auswirkungen auf das ostdeutsche Wirken im Inselstaat. Einerseits hatte der im Verlauf des Japanaufenthaltes von Deubner noch einmal erhöhte Druck des Auswärtigen Amtes auf das japanische Außenministerium in Fragen um die Duldung von Funktionären aus der DDR im Inselstaat dazu geführt, dass über mehrere Monate ausnahmslos jedem höheren Vertreter einer ostdeutschen Einrichtung die Einreiseerlaubnis nach Japan versagt wurde⁶³ und tatsächlich nach dem Aufenthalt von Deubner im Inselstaat vom Juni 1960 noch mehr als acht Jahre vergehen sollten, bis einer vom FDGB entsandten Gruppe erneut von den japanischen Behörden die Einreise gestattet wurde. Andererseits konnte sich Deubner vor Ort mit höchsten Sōhyō-Repräsentanten wie dem Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes Iwai Akira über Grundfragen, wie das Eintreten der „japanischen und deutschen Arbeiterklasse“ gegen den „westdeutschen Militarismus“ und die Beseitigung des „Militärpaktes mit den USA“, sowie der Ausweitung des Delegationsaustausches verständigen. Dessen gesamte Kosten sollten nun vom FDGB getragen werden, da Sōhyō laut Deubner durch die Streiks der jüngsten Vergangenheit finanziell massiv belastet worden sei.⁶⁴

So konnte schließlich der ostdeutsch-japanische Gewerkschaftsaustausch vom Auswärtigen Amt auch nur in eine Richtung gebremst werden, während die Zahl der pro Jahr in der DDR empfangenen japanischen Gewerkschafter bald einen neuen Höhepunkt erreichen sollte. In diesem Zusammenhang kam auch erstmals die Spitze von Sōhyō selbst mit der DDR unmittelbar in Berührung. Im September 1960 bereiste der Sōhyō-Generalsekretär Iwai Akira China, die Sowjetunion und andere Staaten, darunter die DDR, um seinen Dank für die Unterstützung der Miike-Streiks und im Kampf gegen den Sicherheitsvertrag zum Ausdruck zu bringen. Hinzu kam im Dezember die Ankündigung, dass der Sōhyō-Vorsitzende Ōta Kaoru bald Moskau, Prag, Paris, Rom und Ostberlin bereisen werde. In der DDR galt es, die Chance zu nutzen und die guten Kontakte zur Spitze von Sōhyō auf die nachgeordneten Leitungen innerhalb der beiden Gewerkschaftsvereinigungen auszudehnen, um so auch die Basis des japanischen Gewerkschaftsverbandes zu erreichen und damit die „Rolle und Bedeutung der DDR als einzig rechtmäßiger deutscher Staat“ unter der organisierten japanischen Arbeiterschaft bekannt zu machen. Eine solche Zusammenarbeit sollte zunächst darauf abzielen, die Errichtung irgendeiner ständigen Vertretung der DDR in Japan in naher Zukunft zu begünstigen.⁶⁵

Erste Erfolge der intensiven Bemühungen des FDGB um Sōhyō zeigten sich auch bereits am Ende des Kurzaufenthaltes des Sōhyō-Vorsitzenden im ostdeutschen Teilstaat vom 9. bis 12. Januar 1961. Nachdem bereits im Oktober 1960 Iwai in der DDR weilte und auf einer Großkundgebung in StalinStadt in Erscheinung getreten war⁶⁶, unterzeichnete Ōta nun gemeinsam mit dem FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke ein Kommuniqué in dem bereits üblichen Tenor gegen amerikanische, japanische und westdeutsche „Monopolkapitalisten und Militaristen“ während gleichzeitig verschiedene Kampffaktionen von Sōhyō u. a. gegen den Sicherheitsvertrag gelobt wurden.⁶⁷

Vor diesem Hintergrund konnten in den folgenden Monaten auch nach und nach die vom FDGB vorgeschlagenen Maßnahmen zum Ausbau der Beziehungen umgesetzt werden. Die bereits während Deubners Japanaufenthalt abgesprochene Entsendung eines FDGB-Korrespondenten nach Tokyo war zwar nicht möglich, weil das erforderliche Visum nicht erteilt wurde. Die Stationierung eines Sōhyō-Vertreters für die Pressearbeit in Ostberlin blieb davon jedoch unberührt. Für diese Aufgabe wurde der 29-jährige Takemura Eisuke (1931–1997) ausgewählt und von Ōta persönlich eingewiesen.⁶⁸ Schon bald darauf berichtete der japanische Gewerkschaftskorrespondent in den Sōhyō-Organen über das Alltagsleben in der DDR und rühmte in diesem Zusammenhang die niedrigen Lebenshaltungskosten, das wünschenswert niedrige Verkehrsaufkommen, die angenehme Luft, die durchdachte Stadtplanung in Ostberlin und bemängelte, dass der Journalismus im Westen solchen Tatsachen nicht genug Rechnung tragen würde. (Takemura 1961a; ders. 1961c) Nach der Errichtung der Berliner Mauer, brachte Takemura in Kommentaren außerdem die Ansicht zum Ausdruck, dass widersprüchliche Informationen der westlichen Presse und insbesondere der Massenmedien in Japan die Berlinfrage verzerren würden. (Takemura 1961b; ders. 1961d) Am Ende betrachtete man in der Internationalen Abteilung des FDGB die Form der Berichterstattung von Takemura über die DDR als höchst zweckmäßig und beabsichtigte, in Zukunft nach ähnlichem Muster verstärkt mit ausländischen Journalisten und Reportern aus der Gewerkschaftsbewegung zusammenzuarbeiten.⁶⁹

Schon zuvor, im März 1961, machte der Leiter der Internationalen Abteilung von Sōhyō Suzuki Sei'ichi einer Initiative des FDGB folgend Empfehlungen für eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewerkschaftsbünden auf Bezirksebene⁷⁰, die sich allerdings zunächst nur schleppend entwickelte.⁷¹ Dementgegen gestalteten sich die Kontakte unter den einzelnen Sōhyō bzw. FDGB angeschlossenen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften äußerst positiv. Besonders zufrieden waren die verantwortlichen Funktionäre der ostdeutschen Staatsgewerkschaft mit der Entwicklung der Verbindungen zur Gewerkschaft der staatlichen Eisenbahner

Kokurō und zur Lehrgewerkschaft Nikkyōso, die schon seit Mai bzw. September 1960 per Abkommen geregelt wurden.⁷² Hinzu kam im April 1961 eine gemeinsame Erklärung des Exekutivkomitees der Bergarbeitergewerkschaft Tanrō und der IG Bergbau, die sich u. a. für eine Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bergarbeitergewerkschaften der beiden Länder aussprach.⁷³ Die zunehmend enger werdenden Verbindungen zwischen Sōhyō und dem FDGB gingen auch mit einem aktiven Studenten-, Jugend- und Kulturaustausch einher. Sechs junge Japaner wurden von Sōhyō für ein fünfjähriges Studium in die DDR entsandt⁷⁴, der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ) empfing wiederum leitende Funktionäre der Jugendabteilungen von Sōhyō, Kokurō und Nikkyōso und gab mit ihnen im Juni 1961 eine gemeinsame Erklärung ab⁷⁵ und schließlich hielt sich ein „Arbeiter-Kultur-Ensemble“ nach einem Aufenthalt in der UdSSR zehn Tage lang in der DDR auf.⁷⁶

Im Laufe des Jahres 1961 erhielten die Beziehungen des FDGB zu Sōhyō so schließlich ein erstaunliches Ausmaß. Spätestens nach Ōta Kaorus Aufenthalt in der DDR bildete die Zusammenarbeit mit den japanischen Gewerkschaften den Schwerpunkt der Tätigkeit des FDGB in Asien.⁷⁷ In der FDGB-Sektion „Asien / Lateinamerika“, die sich mit Kontakten zu sämtlichen Ländern Asiens, ausgenommen die arabische Welt und die sozialistischen Staaten, und allen Verbindungen nach Ozeanien, Nord- wie auch Südamerika beschäftigte, stand 1961 die Kooperation mit Japan an erster Stelle. 84 der insgesamt 189 Delegierten aus dem gesamten Zuständigkeitsbereich kamen aus Japan.⁷⁸ Nach Informationen des US State Departments bereisten 1961 mehr japanische Gewerkschafter die DDR als China. (Nakakita 2008: 113) In diesem Sinne stellte auch der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke in einer Kritik am Arbeitsplan über das internationale Engagement der ostdeutschen Staatsgewerkschaft von 1962 fest, dass der Abschnitt zum asiatischen Raum überarbeitet werden müsse: Kapitalistische Länder und junge Nationalstaaten der Region sollten nicht wie im vorliegenden Entwurf gesondert aufgeführt, sondern unter der Überschrift „Asien und Australien“ gemeinsam zusammengefasst werden. Gemäß der großen Bedeutung der japanischen Gewerkschaften müsse „Japan an die Spitze.“⁷⁹

2.4 FÜRSPRECHER DER DDR IM ZEICHEN DES MAUERBAUS

Zu Beginn des Jahres 1962 erreichte das Bemühen des FDGB um die Stärkung der ostdeutschen Position in den Reihen von Sōhyō schließlich die Grenzen des Machbaren, nachdem sich bereits im Verlauf vorangegangenen Jahres ein Gegengewicht zum ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsaustausch herausgebildet hatte. Die deutsche Botschaft in Tokyo

und das Auswärtige Amt hatten spätestens seit den pro-ostdeutschen Stellungnahmen des Sōhyō-Vorsitzenden Ōta Kaoru in Ostberlin vom Januar 1961 erkannt, dass die eigenen Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Sōhyō-Führung sehr beschränkt waren und arbeiteten seitdem zusammen mit dem japanischen Arbeitsministerium und dem japanischen Außenministerium sehr intensiv daran, einen Austausch zwischen Sōhyō und dem DGB auf den Weg zu bringen, um die Sōhyō-Führung in eine gemäßigte Richtung zu lenken.⁸⁰ Ohne das Umschwenken der maßgebenden Kräfte innerhalb der Leitung von Sōhyō nach dem Abklingen der innenpolitischen Spannungen der ersten Hälfte des Jahres 1960 auf eine Linie, die die Erreichung wirtschaftlicher Ziele den politischen Kämpfen vorerst voranstellte (Nakakita 2008: 303), wäre es allerdings Regierungsstellen in Bonn und Tokyo kaum möglich gewesen, auf die Spitze von Sōhyō in dem erhofften Maße einzuwirken. Im Zuge der Entwicklungen hatten sich seit Mai 1961 mehrfach Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes in Japan aufgehalten, bevor schließlich im Februar 1962 der Sōhyō-Generalsekretär Iwai Akira die Bundesrepublik bereiste und sich dort mit dem DGB-Bundesvorstand verständigte⁸¹, um anschließend in der IBFG-Zentrale in Brüssel die Aussprache mit den Verantwortlichen der dem westlichen Machtblock nahestehenden Gewerkschaftsinternationale zu suchen. In der Konsequenz hatte wenige Monate darauf Willi Richter (1894–1972) in seiner Funktion als DGB-Vorsitzender und IBFG-Vizevorsitzender am XVIII. Sōhyō-Kongress teilgenommen und damit einen wesentlichen Beitrag geleistet, um das Verhältnis zwischen Sōhyō und den Gewerkschaftsbünden aus dem westlichen Machtblock wieder zu entspannen. (Nakakita 2008: 303)

Die Vorgänge hatten letztendlich auch dem ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsaustausch enge Grenzen gesetzt. Allerdings verfügte der FDGB durch die aufwendigen Bemühungen der vorangegangenen Jahre in den Reihen von Sōhyōs einflussreicher pro-kommunistischer Minderheit über eine stabile Basis, die sich bereits zur Zeit der Errichtung der Berliner Mauer als verlässlicher Fürsprecher sowjetischer Deutschlandpolitik in Japan bewährt hatte. Dabei gab es in Japan nicht viele Stimmen, die sich auf die Seite des ostdeutschen Regimes stellten, nachdem in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 uniformierte ostdeutsche Einheiten begonnen hatten, die Straßen und Gleiswege vom östlichen Sektor der Stadt Berlin zu den verbleibenden Sektoren abzuriegeln. Die deutsche Botschaft in Tokyo hatte in diesem Zusammenhang nach Bonn gemeldet, dass die japanische Regierung mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Yoshida Shigeru und den Deutschlandexperten im japanischen Außenministerium als treibende Kräfte im Hintergrund „in ihren deutlichen Erklärungen zur Berlin- und Deutschland-Frage keinen Zweifel darüber ge-

lassen [hat], dass sie die westlichen Forderungen nach der Freiheit Berlins und des Selbstbestimmungsrechtes für alle Deutschen voll unterstützt.“ Die große japanische Tagespresse habe ebenso „meist vorbehaltlos die westliche Haltung in der Berlin- und Deutschland-Frage“ gefördert, während die Reaktionen auf die Ereignisse vom 13. August in Japan „kaum weniger deutlich als in deutschen Zeitungen“ gewesen seien. Und obwohl die allgemeine „menschliche Anteilnahme“ im Inselstaat laut Einschätzung der Botschaft nicht so weit reichen würde, „um die japanische Öffentlichkeit etwa zu spontanen Protestaktionen gegen die sowjetischen Übergriffe in Berlin zu bewegen“, so sei doch das „Schicksal der Deutschen [...] den Japanern um vieles näher als das Politikum Berlin.“ Demgegenüber stand die westdeutsche Beurteilung der „wie immer durch illusionistischen Neutralismus gekennzeichnet[en]“ Positionen der sozialistischen Opposition kaum im Einklang mit den Interessen der Bundesregierung: Die SPJ und mehr noch Sōhyō würden sich „in kindlicher Verkenntung der kommunistischen Gefahr [...] um eine ‚neutrale‘ Haltung zur Deutschland-Frage und um ‚Verständnis‘ für ‚die berechtigten Interessen‘ der Sowjets und der sowjetzonalen Machthaber“ bemühen. Um einen Krieg zu vermeiden sei ihnen jede Lösung in der Berlinfrage recht.⁸²

Zu dieser Sichtweise dürfte auch die zwischen dem 22. bis 27. September 1961 vom WGB in Ostberlin einberufene „Internationale Konferenz für den deutschen Friedensvertrag, die friedliche Lösung der Westberlin-Frage und gegen jede Kriegsprovokation“ beigetragen haben. Das ursprünglich als europäische Gewerkschaftskonferenz geplante und im Wesentlichen vom FDGB konzipierte Projekt hatte darauf abgezielt, „das Deutschland-Problem und die Westberlin-Frage auch in andere Erdteile zu tragen“, sodass auch Gewerkschaftsdelegationen aus Afrika, Lateinamerika, Indonesien, China und Japan eingeladen wurden.⁸³ Am Ende der Konferenz war man sich allerdings über den Erfolg der Veranstaltung in den Reihen des FDGB nicht vollkommen einig. Während in einer Vorlage für das FDGB-Präsidium die geschlossene Unterstützung der einzelnen nationalen Arbeiterorganisationen gegenüber den Anliegen der Werktätigen der DDR hervorgehoben wurde⁸⁴, beschrieb eine vertrauliche Sonderinformation eine andere Stimmungslage. Demnach habe sich bei den Diskussionen mit den Delegationen gezeigt, „dass viele das Westberlin-Problem und die Wege seiner Lösung noch nicht klar erkannt“ hätten.⁸⁵

Der Sōhyō-Delegierte und Leiter der Internationalen Abteilung des Gewerkschaftsverbandes Suzuki Sei'ichi, der bereits in den vorangegangenen Monaten erheblich beim Ausbau der Beziehungen zwischen ostdeutschen und japanischen Gewerkschaften mitgewirkt hatte, bezeichnete dagegen die WGB-Konferenz im Gespräch mit ostdeutschen Verant-

wortlichen als Erfolg und betonte, dass es nun Aufgabe von Sōhyō sei, trotz der schwierigen politischen Bedingungen in Japan die Ergebnisse der Konferenz bekanntzumachen und für ihre Durchführung zu kämpfen. Er selbst wolle einen Artikel darüber in Sōhyōs Wochenzeitung veröffentlichen und damit der bürgerlichen Presse in Japan entgegenwirken, die nach den Geschehnissen vom 13. August ähnlich wie die westdeutschen Zeitungen versucht habe, eine „Kriegspsychose“ zu erzeugen.⁸⁶

In Anbetracht der ernüchternden Feststellung, dass viele der Delegierten das „Westberlin-Problem“ noch nicht richtig erkannt hätten, erhielt Suzuki mit seiner bejahenden Haltung gegenüber den ostdeutschen Maßnahmen vom 13. August vergleichsweise viel Aufmerksamkeit von der ostdeutschen Presse. Unter den wenigen ausgewählten Stellungnahmen von Konferenzteilnehmern, die in *Neues Deutschland* auszugsweise wiedergegeben wurden, war auch die von Suzuki. (Neues Deutschland 1961) Das FDGB-Organ *Tribüne* veröffentlichte zudem ein umfangreiches Interview, in dem der japanische Gewerkschaftsfunktionär seinen Standpunkt zum Mauerbau noch einmal explizit darlegte. Darin ließ Suzuki wissen: „Der Sieg, den die Deutsche Demokratische Republik am 13. August über die Kriegsvorbereitungspläne der Imperialisten errungen hat, schwächt auch die Position der USA-Imperialisten, die Japan als NATO-Basis benutzen und somit über unser Land die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwören.“ (Tribüne 1961)

Am Ende hatte Suzuki mit solchen Äußerungen zwar für massive Proteste von Seiten des DGB und des IBFG gesorgt⁸⁷, die soweit gingen, dass auch noch Monate später ein scharf formulierter Artikel des Leiters des Ostbüros der SPD Stephan Thomas (1910–1988) die japanischen Arbeiter vor der Gefahr kommunistischer Unterwanderung warnte. (Thomas 1961) Trotz dessen versicherte Suzuki den FDGB-Verantwortlichen, dass er viel Erfahrung mit der Behandlung schwieriger Probleme im Rahmen der überaus komplizierten Machtverhältnisse in den Reihen von Sōhyō habe.⁸⁸ Tatsächlich hatte Suzuki den ostdeutschen Gesprächspartnern bereits bei einer früheren Gelegenheit mitgeteilt, dass er sich im Gespräch mit dem Sōhyō-Generalsekretär Iwai und dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes Ōta erfolgreich für die Förderung des ostdeutschen Standpunktes zur Lösung der Deutschlandfrage durch Sōhyō und gegen die Unterstützung der westdeutschen Konzeptionen für „sogenannte freie Wahlen“ stark gemacht habe, wenn auch um den Preis, dass der japanische Gewerkschaftsverband weiterhin sämtliche Atombombenversuche verurteilen würde⁸⁹, also auch die von Moskau angekündigten Tests.

Entsprechend ließ sich Suzuki auch nicht bei seinen Versuchen um die Stärkung der ostdeutschen Position in Japan beirren. Ungefähr eineinhalb Monate nach der Berliner Konferenz des WGB erschien in der Ge-

werkschaftszeitung, die ebenso wie der dahinterstehende Gewerkschaftsverband *Sōhyō* hieß, eine mehrteilige Artikelserie⁹⁰, die zwar den zweiten nach Berlin entsandten japanischen Delegierten Sōda Sei'ichi als Verfasser angab, letztendlich aber den zuvor artikulierten Standpunkt Suzukis wiedergab. Entsprechend richteten sich die Inhalte direkt gegen die Kommentare zur Berlin-Krise aus den großen japanischen Tageszeitungen. Mit Zahlen und Schilderungen zu den vor Ort gewonnenen Eindrücken wurde versucht, Ansätze zu entkräften, die das Flüchtlingsproblem von Ost nach West auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR zurückführten. (Sōda 1961a) Der Ansicht, dass das Selbstbestimmungsrecht die Hauptprämisse für die Lösung der Deutschlandfrage sei und die UdSSR dem deutschen Volk dieses vorenthalten würde, wie etwa in auflagenstarken *Mainichi shinbun* zum Ausdruck gebracht worden war (Mainichi shinbun 1961), stand in *Sōhyō* unter der Überschrift „Friedliche Lösung der Berlinfrage“ (*Berurin mondai heiwaiteki kaiketsu*) ein an sowjetischen und ostdeutschen Thesen ausgerichteter Erklärungsansatz zum Kern des Problems gegenüber: Die Adenauer-Regierung würde im Rahmen der Gegensätze zwischen den Blöcken eine Revision der durch das Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen anstreben. Der westdeutsche Faschismus habe sich unter diesen Umständen weiterentwickeln können. Das Problem könne unter diesen Umständen nur gelöst werden durch den Abschluss eines ost- wie westdeutschen Friedensvertrages, die Entmilitarisierung Berlins, die Auflösung der Blöcke und die Abschaffung der Nuklearwaffen. (Sōda 1961b)

Parallel dazu war der Leiter von *Sōhyō*s Internationaler Abteilung ebenso äußerst bemüht gewesen, jenen Standpunkt zur Deutschlandfrage über den Kreis der Leserschaft der *Sōhyō*-Organe hinaus bekannt zu machen. Auf Wunsch der japanischen Abordnung um Suzuki und den *Sōhyō*-Vizevorsitzendem Noguchi Kazuma zum V. WGB-Kongress vom Dezember 1961 in Moskau kam es daher auch in der sowjetischen Hauptstadt am Rande der Veranstaltung zu einer Aussprache zwischen den Delegierten aus der DDR und den von *Sōhyō* als Beobachter in die UdSSR entsandten japanischen Gewerkschaftsfunktionären. In diesem Zusammenhang wurde den ostdeutschen Vertretern vorgeschlagen, dass der FDGB eine Broschüre über die Politik der DDR für breite Volksschichten erstellen könnte, die *Sōhyō* anschließend verbreiten wolle, um der westdeutschen Propaganda gegen die DDR in Japan entgegenzuwirken. Ebenso wurde der FDGB gebeten, die Bildung einer Einrichtung für die Förderung der Freundschaft zwischen den Bevölkerungen Japans und der DDR in Erwägung zu ziehen, um ein Gegengewicht zur Japanisch-Deutschen Gesellschaft (*Nichidoku kyōkai*) zu entwickeln, die für die Ziele des „westdeutschen Imperialismus“ arbeiten würde.⁹¹

3. EINSEITIGES ENGAGEMENT

Nach den Annäherungen zwischen verschiedenen Einrichtungen und Organisationen der DDR und des Inselstaates während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, waren die Jahre 1959/60 die erste große Zäsur im ostdeutsch-japanischen Verhältnis. Nicht nur, dass während der innenpolitischen Spannungen im Zeichen der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages und der Massenentlassungen der Mitsui Miike-Bergwerke ostdeutsche Funktionäre in Japan präsent waren wie nie zuvor und auch lange Zeit danach nicht mehr. Entscheidend waren die Vorgänge, die im Frühjahr 1960 zur bis dahin größten Krise im Japan der Nachkriegszeit führten, vor allem deswegen, weil sie erheblich zu einer Verschiebung der Prioritäten im Wirken des außenpolitischen Apparates der DDR gegenüber Japan beigetragen hatten. Nachdem nämlich bereits in den ausgehenden fünfziger Jahren der Handel zwischen Japan und der DDR nicht länger einen herausragenden Stellenwert in den ostdeutschen Konzeptionen besaß, begann sich das ostdeutsche Engagement in Japan zunehmend auf Gruppierungen des linken Spektrums der politischen Landschaft des Inselstaates zu konzentrieren.

So hatte sich die Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben zu einem der wichtigsten Führsprecher der DDR in Japan entwickelt, während die Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben als internationales Forum für die Verbreitung der Thesen des ostdeutschen Regimes fungierte. Gleichzeitig hatte sich wohl keine japanische Organisation mit solchem Eifer um ein positives Image der DDR im Inselstaat bemüht wie Japans größter Gewerkschaftsverband Sōhyō. Selbst die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 hatte einflussreiche japanische Gewerkschaftsfunktionäre nicht davon abhalten können, sich für die Position und den deutschlandpolitischen Standpunkt der ostdeutschen Staatsführung in Japan einzubringen. Problematisch erschien jedoch, dass durch die ostdeutsche Unterstützung der gegen die Kishi-Regierung gerichteten Aktionen verschiedener oppositioneller Gruppierungen eine Annäherung zwischen dem ostdeutschen Regime und der japanischen Regierung ausgeschlossen war.

Dabei erscheint allerdings auch die Frage angebracht, in welchem Umfang eine Annäherung zwischen ostdeutschen Einrichtungen und japanischen Regierungsstellen am Beginn der sechziger Jahre überhaupt möglich gewesen wäre? Vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung der Bundesrepublik für die Absicherung der handelspolitischen Ziele der japanischen Regierung in Westeuropa, erschien es zu dieser Zeit mehr als unwahrscheinlich, dass Regierungsstellen in Tokyo zu Zugeständnissen gegenüber dem ostdeutschen Regime auf Kosten der guten Beziehungen

zur Bundesregierung bereit gewesen wären. Insofern bleibt die Einschätzung, dass die stattgefundene Verschiebung des ostdeutschen Engagements in Japan zur Zeit der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages auf die Zusammenarbeit mit verschiedenen oppositionellen und dem linken Milieu nahestehenden Gruppierungen einerseits aktiv von verschiedenen Stellen in der DDR vorangetrieben wurde, gleichwohl aber auch das Ergebnis einer auf Gewogenheit der Bundesregierung angewiesenen Politik der japanischen Regierung war.

Trotzdem demonstrierten insbesondere die Vorstöße des FDGB innerhalb der organisierten japanischen Arbeiterschaft, dass die Präsenz der DDR im Inselstaat stärker wurde, ungeachtet der erschwerten Bedingungen für die Einreise ostdeutscher Funktionäre ab der zweiten Hälfte des Jahres 1960. So konnte nicht nur speziell die ostdeutsche Kulturpolitik mit einer Tournee des Leipziger Gewandhausorchesters unter der Leitung des Gewandhauskapellmeisters Franz Konwitschny (1901–1962) vom 13. April bis 4. Mai 1961 durch 15 verschiedene japanische Städte einen kleinen Prestigeerfolg erzielen, obgleich bei der Umsetzung des Vorhabens wirtschaftliche Motive eine wichtige Rolle gespielt hatten.⁹² Die verschiedenen, während der Zeit der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages gefestigten Kontakte und Kanäle in Japans linkem Milieu hatten schließlich auch die Grundlage für die Konzipierung einer Freundschaftsbewegung im Inselstaat gebildet.

IV. ZWISCHEN PEKING UND MOSKAU: SCHATTEN DES CHINESISCH-SOWJETISCHEN SCHISMAS

Die Herausbildung einer japanischen Außenpolitik auf den Grundlagen der Yoshida-Doktrin und folglich auf der Basis einer engen Anbindung an die USA sowie die Formulierung einer an den Grundsätzen des westdeutschen Alleinvertretungsanspruches bzw. der Hallstein-Doktrin ausgerichteten Deutschlandpolitik der japanischen Regierung hatten die Position der DDR im Inselstaat schon zeitig in einem anscheinend alles überschattenden Maße geprägt. Dennoch wurde in den zahlreichen vom MfAA sowie von der deutschen Botschaft in Tokyo mit Blick auf die japanische Orientierung gegenüber dem geteilten Deutschland angefertigten Berichten und Einschätzungen zum politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozess des Inselstaates selten vergessen, Bezug auf das japanische Verhältnis zu China und zur Sowjetunion zu nehmen.

Durchaus hatte das kurzlebige und auch unmittelbar gegen die Wiederholung einer japanischen Aggression gerichtete Bündnis zwischen Moskau und Peking, das seit dem 14. Februar 1950 durch den Chinesisch-Sowjetischen Freundschaftsvertrag geregelt wurde, den außenpolitischen Handlungsspielraum des Inselstaates bereits zeitig eingeschränkt. Folglich war auch das langsame Auseinanderbrechen des Bündnisses eine wichtige Einschnittstelle in der japanischen Diplomatiegeschichte. Die politische Führung in Tokyo konnte sich im Zuge der Ereignisse strategisch besser gegenüber den beiden Zentren des „Ostblocks“ positionieren, während Moskau nun die Verhinderung der Stärkung der japanisch-chinesischen Beziehungen der Loslösung Japans aus der sicherheitspolitischen Anbindung von den USA voranstellte. (Braddick 2004: 97)

Gleichwohl hatte die chinesisch-sowjetische Auseinandersetzung tiefgreifende Auswirkungen auf die politische Landschaft des Inselstaates und insbesondere auf die japanische Opposition. Denn obwohl die KPJ und die SPJ zunächst um Neutralität gegenüber den im Widerstreit stehenden Lagern bemüht waren, begannen doch unterschiedliche Auffassungen zu Fragen, die ebenso den Verlauf der chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzung entscheidend beeinflussten, Gegensätze zwischen der Spitze der KPJ und maßgeblichen Faktionen der SPJ zu verstärken. In der Konsequenz wurden die beiden japanischen Oppositionsparteien von Peking und Moskau bald in entgegen gesetzte Richtungen gezogen. Erheblich beigetragen zur Entstehung der Kluft zwischen Kommunisten

und Sozialisten und zur jeweiligen Ausrichtung gegenüber Moskau und Peking hatten aber auch Identitätsfragen und daran anknüpfend die divergierenden Sichtweisen, ob Japan eine rückständige feudalistische und von japanischen Oligarchen kontrollierte oder eine fortgeschrittene industrialisierte und dem amerikanischen Monopolkapitalismus untergeordnete Gesellschaft sei. (Braddick 2004: 192, 214)

Unter diesen Voraussetzungen hatte man in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik wie auch in der DDR immer wieder aufs Neue zu ergründen versucht, in welchem Umfang der eigene Handlungsspielraum gegenüber der japanischen Regierung und gegenüber der japanischen Opposition von der Entwicklung der Beziehungen des Inselstaates zu beiden Zentren des „Ostblocks“ erweitert oder eingeschränkt wurde. So war besonders den ostdeutschen Akteuren spätestens mit der Positionierung der Oppositionsparteien in der chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzung bewusst geworden, dass das Verhältnis zwischen Peking und Moskau ebenso ein zentraler Bestandteil der Beziehungen zwischen Japan und dem geteilten Deutschland war. Vor dem Hintergrund, dass sich das ostdeutsche Engagement im Inselstaat im Verlauf der Proteste gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages zunehmend auf das linke Milieu konzentriert hatte, sollen nun die konkreten Auswirkungen des Chinesisch-Sowjetischen Schismas auf das ostdeutsch-japanische Verhältnis am Beispiel der Konzipierung einer Freundschaftsbewegung im Inselstaat aufgezeigt werden. So besteht gleichwohl die Möglichkeit, der Frage nachzugehen, wie stark das unmittelbare Verhältnis zwischen Peking und Moskau das Wirken des außenpolitischen Apparates der DDR auch außerhalb des „Ostblocks“ formte.

1. DAS CHINESISCH-SOWJETISCHE SCHISMA, DIE KPJ UND DIE ENTSTEHUNG EINER FREUNDSCHAFTSBEWEGUNG

Ein Ergebnis des im Verlauf der sechziger Jahre erfolgten Bruches zwischen den beiden Zentren des „Ostblocks“ war eine zunehmende Multipolarisierung des internationalen Gefüges und damit einhergehend auch eine Schwächung der Supermächte. (Braddick 2004: 96f.) In Anbetracht dieser weitreichenden Auswirkungen des Chinesisch-Sowjetischen Schismas wurde in der Forschung bereits ausgiebig über dessen Verlauf und Hintergründe diskutiert. (Lüthi 2008; Jian 2001) Auch für den hier behandelten Kontext erscheint es noch einmal wichtig, zu rekapitulieren, das Spannungen und Risse im chinesisch-sowjetischen Verhältnis – etwa im Zusammenhang mit dem als „Großer Sprung nach vorn“ bezeichneten

ten radikalen chinesischen Wirtschaftsprogramm von 1958, der amerikanisch-sowjetischen Annäherung oder dem chinesischen Atomwaffenentwicklungsprogramm – schon seit den ausgehenden fünfziger Jahren augenscheinlich geworden waren, sodass verdeckte gegenseitige Kritik schließlich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in offene Konfrontation übergegangen war. Ebenso erscheint es zur Festlegung des Bezugsrahmens angebracht, darauf hinzuweisen, dass im Verlauf des Jahres 1963 der unmittelbare Austausch zwischen Peking und Moskau allmählich zum Erliegen kam, nachdem zuvor Mao Zedong (1893–1976) die nachgiebige Haltung Chruschtschows in der Kuba-Krise vom Oktober 1962 kritisiert und die sowjetische Staatsführung sich nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen im chinesisch-indischen Grenzkonflikt vom selben Monat auf die Seite Neu-Delhis gestellt hatte. Dennoch endete die chinesisch-sowjetische Allianz wie der Historiker Sergey Radchenko feststellte, nicht etwa mit einem lauten Knall, sondern starb stattdessen einen langsamen Tod. (Radchenko 2009: 14) Deswegen soll auch an dieser Stelle darauf verzichtet werden, den langwierigen Prozess des Auseinanderbrechens der chinesisch-sowjetischen Partnerschaft ausführlicher nachzuzeichnen.

Gleichwohl erscheint auch die Kernproblematik, auf der das Chinesisch-Sowjetische Schisma fußte, nur schwer greifbar. Einen möglichen Erklärungsansatz zur Erfassung der Ursachen der Konfrontation sah Radchenko in den Konstatierungen des Historikers Chen Jian, wonach die chinesisch-sowjetische Auseinandersetzung als Bestandteil von Mao Zedongs Bemühungen zu werten sei, das Momentum der Revolution in China aufrechtzuerhalten. Radchenko folgerte daraus im nächsten Schritt, dass die chinesische Wirtschaftspolitik der ausgehenden fünfziger und frühen sechziger Jahre dazu diene, Maos revolutionäre Leistungen zu unterstreichen und ideologische Unabhängigkeit von der UdSSR nach dem Tode Stalins zu erlangen. Das Ergebnis der Bestrebungen, „revolutionärer“ als die Sowjets zu sein, war schließlich ein radikales innenpolitisches Programm und eine auf Konfrontation ausgelegte Außenpolitik, die sich auch gegen das unausgeglichene chinesisch-sowjetische Verhältnis richtete.

Eben jener konfrontative außenpolitische Kurs als Ausdruck des Versuchs, die chinesische Position im internationalen Gefüge auf Kosten der Sowjetunion zu stärken sowie der daraus erwachsene, von ideologischen Uneinigkeiten verschleierte Machtkampf zwischen Peking und Moskau um Einfluss auf globaler Ebene (Radchenko 2009: 11f.), ist auch für die Entwicklung der ostdeutsch-japanischen Beziehungen in der ersten Hälfte der sechziger Jahre entscheidend. Denn als die chinesische Staatsführung mit ihrer unberechenbaren außenpolitischen Linie im Zuge der Ver-

werfungen mit Moskau international zunehmend in Isolation geriet, startete Peking eine aussichtslose Kampagne, um die japanische Bevölkerung neben anderen so zu positionieren, dass sie sich der Sowjetunion und den USA entgegenstellen würde. (Braddick 2004: 97)

Dabei wurden die radikalen Thesen der chinesischen Staatsführung vor allem von der Spitze der ultra-orthodoxen KPJ gestützt, die zuerst auf friedlichem und anschließend über mehrere Jahre nach chinesischem Vorbild auf gewaltsamen Weg eine Revolution im Inselstaat angestrebt hatte, um den Aufbau einer „Diktatur des Proletariats“ zu ermöglichen. Denn obwohl die Partei seit dem Ende der fünfziger Jahre einen pro-kommunistischen „Neutralismus“ propagierte (Braddick 2004: 191–193), hatten die Proteste gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages doch eine angeheizte Stimmung erzeugt, die die revolutionären chinesischen Theorien wie auch die Person Mao Zedongs unter japanischen Kommunisten immer populärer werden ließ. (Hyōmoto 2005: 310) Folglich war es unter den maßgebenden Kräften in der japanischen Opposition vor allem die Führung der KPJ mit ihren traditionell engen Verbindungen zur KPCh, die den Positionen der chinesischen Staatsführung zuneigte, während die neutralistischen Ansichten maßgebender Faktionen der SPJ eher mit der Linie der „friedlichen Koexistenz“ der sowjetischen Staatsführung kompatibel waren – obgleich in der Partei auch weiterhin Sympathien für China bestanden. (Braddick 2004: 214) Und gerade die bald für die Position der chinesischen Staatsführung eintretende KPJ hatte sich im Verlauf der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zu einem zentralen Bestandteil des ostdeutschen Engagements im Inselstaat im Allgemeinen wie auch zu einer treibenden Kraft bei den Bemühungen um den Aufbau einer Freundschaftsbewegung Japan-DDR entwickelt.

1.1 DAS FREUNDSCHAFTSKOMITEE DDR-JAPAN

Das von japanischen Gewerkschaftsfunktionären gegen Ende des Jahres 1961 angeregte Vorhaben der Gründung einer Vereinigung zur Förderung der Freundschaft zwischen der ostdeutschen und japanischen Bevölkerung, war weniger ein überraschender Schritt, als eine auf kurz oder lang abzusehende Konsequenz der sich festigenden ostdeutschen Stellung in Japans linkem Milieu. Der außenpolitische Apparat der DDR hatte bereits seit 1954 über die GkVA die Entstehung solcher Vereinigungen in verschiedenen Teilen der Welt unterstützt, um so die ostdeutsche Forderung nach diplomatischer Anerkennung an breite Kreise der Bevölkerung heranzutragen. Die immer größer werdende Zahl regionaler Freundschaftsbewegungen war schließlich mit der Konstituierung eines

entsprechenden Dachverbandes einhergegangen. In dieser Funktion hatte die im Dezember 1961 gegründete Liga für Völkerfreundschaft (LfV) wesentliche Verantwortungen der GkVA übernommen und war damit gleichzeitig zur Koordinierungsstelle der Freundschaftsgesellschaften geworden, obwohl die GkVA noch bis 1974 weiter existierte. (Wentker 2007: 206f.) Gegen Ende des Jahres 1961 unterstand der LfV bereits ein Netzwerk regionaler Gesellschaften für den Raum Afrika, Lateinamerika, Südostasien, Nordeuropa sowie die Arabischen Länder, das noch durch eine Vielzahl von nationalen Freundschaftsgesellschaften in einzelnen Ländern wie etwa Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland, Großbritannien oder Indien erweitert wurde. (Mallinckrodt 1980: 207)

Das Bewusstsein, dass Sōhyō den Aufbau einer Freundschaftsbewegung in Japan stützen würde, hatte schließlich auch dazu beigetragen, der Gründung eines Freundschaftskomitees DDR-Japan den Anstoß zu geben. Eine entsprechende Beschlussvorlage, die der Außenpolitischen Kommission des ZK der SED am 12. Mai 1962 gemeinsam von der LfV, dem FDGB-Bundesvorstand und dem MfAA vorgelegt worden war¹, hatte in den bereits bestehenden kulturellen und gewerkschaftlichen Verbindungen ein wesentliches Element gesehen, dass die Entstehung einer den Zielen der ostdeutschen Staatsführung dienlichen Atmosphäre in Japan gefördert habe. Auf der Grundlage der „immer stärker werdenden politischen Massenbewegungen“ – die, wenn auch nicht klar benannt, mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Proteste des Jahres 1960 anspielten – habe das Wirken der pro-ostdeutschen Netzwerke in „immer breiter werdenden Kreisen die Erkenntnis“ wachsen lassen, dass die Deutschlandpolitik und die Anstrengungen um Abrüstungen der DDR mit den Interessen des bereits zuvor von den Auswirkungen der Atombombe betroffenen japanischen Volkes komplementär seien. Einen Beleg für diese These, hatte man in dem Umstand zu erkennen geglaubt, dass sich in den Städten Tokyo, Osaka, Kyoto, Kobe und Nagoya bereits Initiativkomitees zur Gründungsvorbereitung von Freundschaftsgesellschaften zusammengefunden hatten.² Um ferner den Wünschen der japanischen „Bruderpartei“ und der japanischen Gewerkschaften entsprechen zu können, würde sich nun die Notwendigkeit zum Aufbau eines Freundschaftskomitees DDR-Japan ergeben, das als entsprechende Partnerorganisation wirken solle.³

Die Außenpolitische Kommission des ZK der SED hatte der Initiative erwartungsgemäß zugestimmt⁴, sodass die GkVA und der FDGB-Bundesvorstand wie bereits in der entsprechenden Beschlussvorlage festgehalten im nächsten Schritt die Gründungsvorbereitungen einleiteten. Gemeinsam stellten die beiden Organisationen auch die erforderlichen Haushaltsmittel für das Jahr 1962 bereit.⁵ Die ostdeutsche Staatsgewerk-

schaft finanzierte in diesem Sinne auch eine der beiden Planstellen mit 3.560 DM aus dem eigenen Solidaritätsfond bevor ab 1963 schließlich die GkVA allein für die Finanzierung des Freundschaftskomitees DDR-Japan verantwortlich sein sollte.⁶ Die GkVA war es wiederum, die aus den eigenen Reihen auch einen Oberreferenten sowie einen weiteren Referenten für das Sekretariat der Koordinierungsstelle der ostdeutsch-japanischen Freundschaftsbewegung in Ostberlin benennen sollte.⁷ Darüber hinaus war angedacht, dass dem Freundschaftskomitee DDR-Japan ca. 20 Mitglieder angehören, die entweder als Einzelpersonen auftraten oder aber in den meisten Fällen als Vertreter von Massenorganisationen oder staatlichen Institutionen fungierten.⁸

Aus der Listung der Mitglieder wird ersichtlich, dass verschiedene spätere Angehörige des Freundschaftskomitees DDR-Japan bereits einzeln mit dem Inselstaat unmittelbar in Berührung gekommen waren. Ein beständiger Bezug zu Japan war aber allein im Falle des Japanologen, Medienwissenschaftlers und angehenden Vorsitzenden der Vereinigung Gerhard Mehnert (1914–1983) gegeben, der bereits zuvor beim Wiederaufbau der Hochschullandschaft im ostdeutschen Teilstaat aktiv mitgewirkt hatte. Bald nach dem Ende des Krieges und der Rückkehr aus dem Kriegsdienst trat der in Leipzig geborene Arbeitersohn, wie schon in der Vorkriegszeit, der KPD bei und begann sich im Bereich der Publizistik und beim Aufbau des Staatssekretariats für Hochschulwesen einen Namen zu machen. Ab Juni 1959 ging der mittlerweile zum Professor für neue Geschichte und Philosophie Japans berufene Leipziger einer Lehrtätigkeit an der Humboldt-Universität nach und übernahm 1960 schließlich die Position des Leiters der Abteilung Japanologie an der Ostberliner Hochschule, nachdem der vormalige Chef der Abteilung Herbert Zachert (1908–1979) zuvor einem Ruf der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gefolgt war.⁹ Gleichwohl sollte Mehnert bald in der neugeschaffenen Position des Vorsitzenden des Freundschaftskomitees DDR-Japan ein gewisses Gewicht im Austausch zwischen gesellschaftlichen Organisationen des ostdeutschen Teilstaates und des Inselstaates erhalten.

Mehnert war es auch, der nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Freundschaftskomitees DDR-Japan auf der Gründungsveranstaltung am 26. Oktober 1962 im Haus der Völkerfreundschaft in Ostberlin (Neues Deutschland 1962) die der ostdeutsch-japanischen Freundschaftsbewegung zugrundeliegende Idee in einem Referat noch einmal klar benannt hatte: In der Vergangenheit habe sich mehr als einmal gezeigt, wie eng das Schicksal des japanischen und des deutschen Volkes miteinander verbunden sei, wie sehr eine Seite von positiven Entwicklungen auf der anderen Seite profitiert habe und wie wiederum der große Schaden der ei-

nen Seite auch zum großen Schaden der anderen geworden sei. Dies würde nach wie vor uneingeschränkt gelten, und so müsse der Kampf für die Lösung der Deutschland- und Berlinfrage „auch notwendigerweise dem Kampf des japanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit, für die Befreiung der Insel Okinawa vom amerikanischen Kolonialjoch und allen damit zusammenhängenden Fragen zugutekommen.“ Mit der Gründung des Freundschaftskomitees DDR-Japan hatte Mehnert entsprechend die Hoffnung verbunden, dass die deutsch-japanischen Beziehungen nun eine neue Stufe erreichen könnten, „die in noch besserer Weise den beiderseitigen Interessen zu dienen vermag.“¹⁰ Bestätigt fühlte sich der Japanologe in seinen Ausführungen durch die zahlreichen anlässlich der Gründung des Komitees eingegangenen Grußbotschaften von verschiedenen japanischen Wissenschaftlern, Kulturschaffenden, Ost-West-Handelsvertretern und nicht zuletzt führenden Persönlichkeiten der japanischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung.¹¹

1.2 DIE BESCHAFFENHEIT DER FREUNDSCHAFTSBEWEGUNG JAPAN-DDR

Mit den gegen 1962 einsetzenden ostdeutschen und japanischen Bemühungen um den Aufbau einer gemeinsamen Freundschaftsbewegung war die DDR eine Art Nachzügler unter den Ländern des „Ostblocks“ bei der Errichtung einer solchen Plattform in Japan. Die Sowjetunion, China, Nordkorea, Nordvietnam, die ČSSR oder Rumänien hatten im angestrebten Konsolidierungsprozess der Beziehungen zum Inselstaat bereits zum Ende der vierziger und während der fünfziger Jahre mit dem Aufbau vergleichbarer Zusammenschlüsse begonnen¹² und dabei im Verlauf der Jahre zum Teil Unterstützung von namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Japan erhalten. Dieser Umstand lies sich insbesondere aus der Zusammensetzung der Vorstände der 1950 gegründeten Japanisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft und der bereits seit 1948 bestehenden Japanisch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft (*Nisso shinzen kyōkai*) ableiten, die 1957 in Japanisch-Sowjetische Gesellschaft umbenannt worden war. So gehörten den geschäftsführenden Gremien beider Organisationen am Beginn der sechziger Jahre nicht nur Exponenten der Ost-West-Handelskreise sowie führende Mitglieder der Oppositionsparteien und der Gewerkschaftsbewegung an, sondern ebenso einflussreiche Regierungspolitiker wie der ehemalige Ministerpräsident Ishibashi Tanzan.¹³

Gesellschaftliche Einrichtungen solcher Art, die sich während der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages für eine Hinwendung Japans zum Neutralismus stark gemacht und im Falle der Japanisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft sogar massiv

gegen die Fortführung der japanisch-amerikanischen Allianz opponiert hatten, wurden von Regierungsstellen in Tokyo auch äußerst ernst genommen. Der damalige Ministerpräsident Yoshida Shigeru hatte etwa in den japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften vor allem ein Mittel gesehen, um Japan vor der vermeintlichen inneren Bedrohung durch die KPJ und durch die Pjöngjang nahestehenden koreanischen Einrichtungen im Inselstaat zu schützen (Shibuyama 2008: 18), die sich schließlich am 25. Mai 1955 unter dem Dach des Generalverbandes der in Japan lebenden Koreaner (*Zainichi chōsenjin sōrengōkai*), kurz Chōsen sōren, zusammengeschlossen hatten und am Beginn der sechziger Jahre eine Gesamtmitgliederzahl von 164.000 Personen umfassten.¹⁴

Im japanischen Außenministerium schien man auch die in verschiedenen Ballungszentren der größten japanischen Hauptinsel Honshū entstehenden Freundschaftsgesellschaften Japan-DDR ernst zu nehmen, obgleich sich deren Gesamtmitgliederzahl im Herbst 1962 zunächst noch im dreistelligen Bereich bewegte.¹⁵ Die Behörde rechnete bereits zu diesem frühen Zeitpunkt damit, dass die weitgehend von Kommunisten getragene Bewegung wohl im Laufe der Zeit auf ein Zehnfaches ihrer gegenwärtigen Größe anwachsen werde.¹⁶ Und auch wenn die Freundschaftsbewegung DDR-Japan selbst beim Eintreffen dieser Prognose zunächst nur einen Bruchteil der Mitgliederstärke des chinesischen Pendantes umfasst hätte¹⁷, so verfügte der außenpolitische Apparat der DDR nun über eine nützliche und von einflussreichen Organisationen und Persönlichkeiten gestützte Plattform, um die ostdeutsche Position im Inselstaat weiter zu festigen.

Auf ostdeutscher Seite hatte man bei der Konzipierung der Bewegung zwangsläufig auch Zugeständnisse machen müssen, sodass sich in der Folge die Spitzen der jeweiligen Vereinigung im Wesentlichen aus Individuen des linken politischen Spektrums zusammensetzten. Gerade vor einer solchen Konstellation hatten Angehörige der Botschaft der ČSSR in Tokyo aber bereits im Sommer 1959 gegenüber ostdeutschen Funktionären gewarnt. So sei etwa von tschechoslowakischer Seite die Gründung einer Freundschaftsorganisation in Japan zeitweise zurückgestellt worden, weil man zunächst nur die Unterstützung der „sehr interessierten“ Sozialisten und Kommunisten gehabt habe. Eine solch einseitige Bindung wurde allerdings von den tschechoslowakischen Botschaftsvertretern als unzumutbar erachtet, allein schon weil so der Zugang zu „relativ gemäßigten liberalistischen Kreisen“ verstellt werden konnte. Insofern wurde auch den ostdeutschen Funktionären nahegelegt, erst dann Schritte zur Bildung einer Freundschaftsorganisation einzuleiten, sobald eine „gewisse Basis“ gegeben wäre.¹⁸

Eine solche Basis, wie sie von tschechoslowakischer Seite empfohlen worden war, hatte der außenpolitische Apparat der DDR unter den gegebenen politischen Voraussetzungen kaum aufbauen können. Die gegebenen ostdeutschen Netzwerke in Japan stützten sich stattdessen an erster Stelle auf das linke Milieu und so war in der Konsequenz die Entstehung einer Freundschaftsbewegung im Inselstaat das Produkt der Zusammenarbeit mit oppositionellen Gruppen. Besonders die japanischen Gewerkschaften waren eng in das Vorhaben eingespannt, sodass auch der einflussreiche Funktionär der Eisenbahnergewerkschaft Kokurō und KPJ-Angehörige Hosoi Sōichi im Rahmen des V. WGB-Kongresses in Moskau vom Dezember 1961 gegenüber ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionären Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Freundschaftsbewegung detailliert skizzieren konnte. Demnach war das Werben für die Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten ein genauso wichtiger Bestandteil der Agenda, wie das Bekenntnis zur Erhaltung des Friedens und zur Verhinderung des Krieges sowie daraus abgeleitet die Bekämpfung des westdeutschen und japanischen Militarismus wie auch die Abschaffung der Militärstützpunkte in Westdeutschland und Japan.

Im Anschluss an die Ausführungen des japanischen Gewerkschaftsfunktionärs, plante die KPJ die Initiative bei der Gründung der Freundschaftsbewegung zu übernehmen, während die Rolle der SPJ aufgrund der „zweideutigen Auffassungen“ der Partei zur Deutschlandfrage ungewiss erschien. Auch die Gewerkschaften würden sich bei der Durchführung des Unternehmens engagieren, nachdem der Sōhyō-Vorsitzende Ōta Kaoru bereits sein Einverständnis ausgesprochen hatte. Stark sei zudem der Wunsch nach guten Beziehungen zum ostdeutschen Teilstaat in der japanischen Friedensbewegung, unter „kleinen“, am Handel mit der DDR interessierten „Kapitalisten“ sowie unter Professoren großer Universitäten.¹⁹

Tatsächlich waren es in der Mehrzahl Angehörige von teils höchst renommierten Universitäten des Landes, die schon bald den Kern und das Rückgrad Freundschaftsbewegung im Inselstaat bildeten. Die ausgeprägte Nähe zur japanischen Hochschullandschaft war in diesem Sinne auch ein Charakteristikum, das fast alle der bis Juni 1963 entstehenden Freundschaftsgesellschaften teilten. Die am 7. Oktober 1962 in Osaka konstituierte und damit älteste Vereinigung der Freundschaftsbewegung wurde etwa vor allem von Germanisten und Ökonomen getragen, darunter auch der Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Städtischen Universität Osaka Kanbayashi Teijirō (1908–2001), der später auch die erste umfangreiche Schrift zur Geschichte der DDR in japanischer Sprache verfasste (Kido 1993: 319f.) und den Mehnert nach einem Japanaufenthalt als ideologische wie auch organisatorische Stütze des Zusammen-

schlusses in der größten westjapanischen Metropole bezeichnet hatte.²⁰ Als Repräsentanten des Vorstandes (*daihyō riji*) der Vereinigung in Osaka wirkten wiederum namhafte Akademiker und Gelehrte der Kansai-Region, wie der Philosoph Tsunetō Kyō (1888–1967), der Jurist und Vorsitzende der Anwaltskammer von Osaka Mōri Yoichi (1901–1982) sowie der Germanist Honjō Minoru. Stark war die Präsenz von Wissenschaftlern ebenso unter den ca. 30 Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft in Nagoya, der wiederum der Ökonom und Professor an der Universität Nagoya Mizuta Hiroshi (*1919) vorangestellt war. Vergleichbar waren die Verhältnisse in Kyoto, wo sich ca. 40 Personen unter dem Vorsitz des Dekans der juristischen Fakultät der Universität Kyoto Asai Kiyonobu zusammengefunden hatten, und wo vor allem der an der Dōshisha Universität lehrende Wirtschaftswissenschaftler Maekawa Kyōichi zusammen mit einigen jungen Akademikern den Geschäftsbetrieb leitete. Allein die Basis der später ca. 40 Mitglieder umfassenden Freundschaftsgesellschaft in Kobe um den KPJ-Angehörigen Kamiya Tamotsu soll sich vor allem aus Arbeitern mit Verbindungen zum Gewerkschaftsmilieu zusammengesetzt haben²¹ und stand damit – obwohl sehr engagiert und über ein auch für Außenstehende zugängliches Monatsprogramm verfügend – etwas außerhalb der Bewegung.²²

In der japanischen Hauptstadt hatte sich die Hōsei Universität, wie es in einem Bericht des MfAA später hieß, zum „Zentrum der Freundschaft mit der DDR“ entwickelt. Denn die Voraussetzungen an der Hochschule, die in Lehre und Forschung Schwerpunkte im Bereich der Wirtschaftswissenschaften setzte, waren insofern sehr vorteilhaft, dass beim Wiederaufbau und der Neustrukturierung der Lehrereinrichtung nach den schweren Zerstörungen des Krieges angesehene Marxisten wie der langjährige Rektor der Hochschule Ōuchi Hyōe maßgeblich beteiligt waren. (Hōsei daigaku 1980: 269) Speziell der Nachfolger von Ōuchi und frühere Aktivist in der Weimarer Republik Arisawa Hiromi hatte sich als Vorsitzender des Rektorates auch für eine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität stark gemacht²³, die schließlich 1961 zu einem Austauschprogramm zwischen der Hōsei Universität und der Ostberliner Hochschule führte. Im Rahmen der Kooperation hielt sich bereits 1962 ein Professor der Tokyoter Privathochschule an der Ostberliner Lehrereinrichtung auf. Außerdem sollen zahlreiche Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR in Tokyo dem Lehrkörper der Universität angehört haben.²⁴

Zum Kreis der in der Freundschaftsbewegung aktiven Professoren der Hōsei Universität gehörte ebenso der Ökonom Usami Seijirō, der sich vor allem mit dem Monopolkapitalismus sowie der gegenwärtigen Situation der Finanzwirtschaft beschäftigte und in Japan den politisch am

weitesten links stehenden Gelehrten im Fachbereich des öffentlichen Finanzwesens zugeordnet wurde. (Nihon shakai undō kenkyūkai 1969: 71) Als Leiter des Sekretariats der Freundschaftsgesellschaft in der japanischen Hauptstadt übernahm Usami schon bald für wesentliche organisatorische Fragen in der Vereinigung die Verantwortung und wurde damit zu einer maßgebenden Größe der Freundschaftsbewegung. Schließlich sollte der Zusammenschluss in Tokyo als ostjapanischer Gegenpol zur äußerst aktiven, allerdings weniger politisch engagierten Freundschaftsgesellschaft in Osaka²⁵ fungieren und gleichzeitig als Dachorganisation der übrigen Vereinigungen in Nagoya, Kobe und Kyoto wirken. (Doitsu minshu kyōwakoku yūkō kyōkai 1981: 236)

Das Mitgliederverzeichnis unterstrich bereits, dass es sich bei der Gründung der Freundschaftsgesellschaft in Tokyo um ein durchaus ambitioniertes Vorhaben gehandelt hatte. So konnten als Repräsentanten des Vorstandes namhafte Persönlichkeiten gewonnen werden, wie etwa der Sōhyō-Vorsitzende Ōta Koaru, der im Ost-West-Handel engagierte ehemalige japanische Finanzminister und Oberhausabgeordnete der LDP Kitamura Tokutarō (1886–1968), der Dramaturg Senda Koreya, der Professor für Germanistik an der Waseda Universität Funaki Shigenobu, der Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Senshū Universität Kobayashi Ryōsei sowie der Leiter der Internationalen Abteilung der KPJ Nishizawa Tomio (1913–1985) als Beauftragter seiner Partei und der vormalige Leiter der Internationalen Abteilung der SPJ und Oberhausabgeordnete Sata Tadataka als Vertreter der Sozialistischen Partei. Die Professoren Ōtsuka Kinnosuke, Hirano Yoshitarō und Hani Gorō (1901–1983) wirkten wiederum als Berater (*komon*) des Zusammenschlusses.²⁶ Die dem MfAA vorliegenden Mitgliederregister der ursprünglich ca. 100 Personen umfassenden Vereinigung²⁷ listeten außerdem führende Gewerkschafter wie den Sōhyō-Generalsekretär Iwai Akira oder den Kokurō-Funktionär Hosoi Sōichi als Angehörige der Freundschaftsbewegung auf.²⁸

Laut Satzung der Freundschaftsgesellschaft war das Wirken der Vereinigung der Völkerverständigung verschrieben. Über die Stärkung des kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausches strebte die Freundschaftsgesellschaft eine Normalisierung der staatlichen Beziehungen zwischen Japan und der DDR an, deren Herbeiführung als Beitrag zum Weltfrieden verstanden wurde.²⁹ Zum Ende des Jahres 1963 konnte sich die Vereinigung bei ihren Bemühungen auf über 500 Mitglieder stützen³⁰ und war somit neben dem ungefähr gleichgroßen Zusammenschluss in Osaka die mitgliederstärkste Freundschaftsgesellschaft in Japan.³¹

In der DDR wollte sich zunächst noch kein wirklich fundiertes Bild über das Wirken der Freundschaftsgesellschaft in Tokyo zusammenfü-

gen. Die Berichte zur Lage in der japanischen Hauptstadt trafen nur sporadisch ein, Konsultationen mit den Verantwortlichen vor Ort in Japan scheiterten nach wie vor an der Haltung der japanischen Regierung zur Einreise von ostdeutschen Funktionären und zudem waren bereits mehrere Jahre vergangen, seitdem führende Vertreter der Bewegung den ostdeutschen Teilstaat bereist hatten.³² Stattdessen versuchte sich das Sekretariat des Freundschaftskomitees DDR-Japan im Austausch mit in der DDR lebenden Angehörigen und Nahestehenden der KPJ Klarheit zu verschaffen und begann im nächsten Schritt, Mutmaßungen anzustellen. Demnach schienen seit der zweiten Hälfte des Jahres 1963 grundsätzliche ideologische Meinungsverschiedenheiten zwischen der japanischen „Bruderpartei“ und der KPdSU und die dadurch hervorgerufenen Spannungen auch das Sekretariat der Freundschaftsgesellschaft in Tokyo unter der Leitung des KPJ-Angehörigen Usami Seijirō erfasst zu haben. Mitte des Jahres 1964 glaubte man wiederum aus hiesigen Kreisen in Erfahrung gebracht zu haben, dass die japanische „Bruderpartei“ gegenwärtig nicht an einer Stärkung der DDR in Japan interessiert und daher der Zusammenschluss durch das Einwirken der japanischen Genossen „paralyisiert“ sei.³³

Es war dem Zufall geschuldet, dass sich gerade zu diesem als kritisch empfundenen Zeitpunkt die Möglichkeit ergab, die Situation vor Ort genau zu prüfen. Im Rahmen der XVIII. Olympischen Sommerspiele in Tokyo im Oktober 1964 konnte der Medienwissenschaftler und Vorsitzende des Freundschaftskomitees DDR-Japan Gerhard Mehnert offiziell als Mitarbeiter der ostdeutschen Presse nach Japan reisen und auf diese Weise für die ostdeutsche Seite Klarheit über die Verhältnisse in der Freundschaftsbewegung in der japanischen Hauptstadt schaffen. So war es laut Mehnerts Abschlussbericht innerhalb der in Tokyo ansässigen Gruppe bereits zu Faktionsbildungen gekommen, die dem Zweck der Zurückdrängung sowjetfreundlicher Mitglieder dienen sollten. Ausschlüsse soll es zunächst noch nicht gegeben haben³⁴, doch änderte dieser Umstand nur wenig an der grundsätzlichen Problematik, dass die maßgebende Mitgliederversammlung 1964 lediglich in Form eines Empfanges für die Sportler aus der DDR anlässlich der Olympischen Spiele abgehalten wurde, die Vorstandssitzung nur einmal zu Beginn des Jahres getagt hatte und damit die Leitung der Freundschaftsgesellschaft praktisch in den Händen des Sekretariats lag.

Als Sekretär agierte wiederum Usami Seijirō. Stark in den Geschäftsbetrieb eingebunden war außerdem Ichijō Motomi, der als Inhaber der Buchhandlung Far Eastern Booksellers (*Kyokutō shoten*)³⁵ eng mit dem Dietz Verlag zusammenarbeitete und dessen Geschäftsräume gemeinsam mit Usamis Diensträumen an der Hōsei Universität als Geschäfts-

zimmer der Freundschaftsgesellschaft fungierten. Diese Konstellation hatte Mehnert jedoch als „nicht ganz unbedenklich“ bezeichnet.³⁶ Denn der Vorsitzende des Freundschaftskomitees DDR-Japan glaubte, dass sowohl Usami wie auch Ichijō an die Linie der KPJ gebunden seien. Durch die Politik des Sekretariats soll auch die, wie Mehnert schrieb, „auf vielen Gebieten zu begrüßende Aktivität“ des Professors für Politikgeschichte Uesugi Jūjirō (1914–2000) gehemmt worden sein, nachdem sich dieser bei der Gründung der Freundschaftsgesellschaft u. a. für die Einbeziehung des Sōhyō-Vorsitzenden Ōta Kaoru in den Vorstand stark gemacht und damit den Bestrebungen, aus der Vereinigung „mehr oder weniger eine reine, der Partei unterstehende Organisation zu machen“, entgegenge wirkt hatte.³⁷

1.3 IM SCHATTEN DER BEZIEHUNGEN DER SED ZUR KPJ

In der DDR konnte ein zu weitreichender Einfluss der KPJ in den Reihen der Freundschaftsbewegung gerade zu dieser Zeit nicht wünschenswert erscheinen. Schließlich hatten die ostdeutschen Verantwortlichen sehr genau verfolgt, wie die Positionen der japanischen „Bruderpartei“ und die der KPdSU seit Mitte des Jahres 1963 immer weiter auseinanderdrifteten. Die Problematik wurde zusätzlich durch den Umstand erweitert, dass das Verhältnis der ostdeutschen Staatspartei zu den japanischen Kommunisten noch sehr frisch, wenig gefestigt und entsprechend anfällig für die Befindlichkeiten der KPJ-Führung war.

Obgleich viele frühzeitige japanische Förderer der Beziehungen zum ostdeutschen Teilstaat der Kommunistischen Partei angehörten, hatten sich die unmittelbaren Kontakte zwischen der SED und der KPJ vor 1960 doch im Wesentlichen auf den Austausch von Grußbotschaften beschränkt. Denn in der sehr bewegten Nachkriegsgeschichte der japanischen Kommunisten war das Verhältnis zur DDR lange Zeit bestenfalls von sekundärer Bedeutung. Nach dem Ende des Krieges war es der 1922 gegründeten KPJ unter der amerikanischen Besatzung erstmals möglich gewesen, vollkommen legal als politische Partei zu agieren. Die zunächst eher gemäßigt auftretende KPJ kooperierte zum Teil auch mit dem GHQ / SCAP, doch wurde die Linie der Partei zu Beginn des Jahres 1950 Gegenstand massiver Kritik aus den Reihen des Kominform. Der Tadel und das Drängen, dem gewaltsamen Beispiel der chinesischen Kommunisten zu folgen und den Hauptstoß des revolutionären Kampfes gegen den „amerikanischen Imperialismus“ und nicht gegen den japanischen „Monopolkapitalismus“ zu richten, hatte sich auch insofern ausgewirkt, dass radikale „internationalistische“ Faktionen zu der Zeit, als die Spannungen auf der Koreanischen Halbinsel ein kritisches Maß erreichten, zunehmen-

den Einfluss in den Reihen der KPJ erlangten. Gewaltaktionen der japanischen Kommunisten gegen die Regierung führten schon Ende des Jahres 1949 dazu, dass SCAP die sogenannte „Red Purge“ anordnete, in deren Rahmen ab Juni 1950 Mitglieder und Sympathisanten der KPJ aus öffentlichen Einrichtungen und Privatunternehmen entlassen wurden. Führende Funktionäre der Partei begannen, sich in den Untergrund zurückzuziehen oder nach China zu gehen. Doch selbst nachdem sich die KPJ 1955 allmählich von Gewaltaktionen zu distanzieren begann, blieb die Handlungsfähigkeit der japanischen Kommunisten noch auf mehrere Jahre durch interne Auseinandersetzungen über den politischen Kurs der Partei massiv beeinträchtigt.³⁸

Unter diesen Bedingungen hatte man in der DDR auch erst im Frühjahr 1960 – als sich der KPJ-Funktionär Yonehara Itaru (1909–1982) für längere Zeit am Institut für Gesellschaftswissenschaften in Prag aufhielt – eine Gelegenheit zu erkennen geglaubt, den Austausch zwischen der SED und der japanischen „Bruderpartei“ voranbringen zu können.³⁹ Yonehara, der dem Sekretariat des ZK der KPJ angehörte, als Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda seiner Partei fungierte und auf Vorschlag der Kommunistischen Partei der ČSSR in die Tschechoslowakei gekommen war, bereiste schließlich auch im Juli 1960 einer persönlichen Einladung von Walter Ulbricht folgend⁴⁰ für zwölf Tage gemeinsam mit seiner Frau den ostdeutschen Teilstaat. Vor Ort führte mit Yonehara zum ersten Mal ein Vertreter des ZK der KPJ eine Aussprache mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, der die Gelegenheit auch nutzte, um an Miyamoto Kenji (1908–2007) als Generalsekretär und an Nosaka Sanzō als Vorsitzendem der japanischen „Bruderpartei“ Einladungen in die DDR auszusprechen.⁴¹ Der japanische Gast besichtigte außerdem verschiedene Betriebe, Gedenk- und Kulturstätten, bereiste neben Rostock, Halle, Weimar und Leipzig noch eine Reihe weiterer Orte, gab allein sechs Interviews und unterzeichnete am Ende seines Aufenthaltes mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPD und ehemaligen Vorsitzenden der westdeutschen KPD Max Reimann (1898–1977) ein gemeinsames Kommuniqué.⁴² Mit der Verständigung ging nicht nur die Entsendung von vier jungen japanischen Kommunisten zum Studium in den ostdeutschen Teilstaat auf Einladung des ZK der SED einher⁴³, sondern auch die Akkreditierung eines Korrespondenten des KPJ-Organs *Akahata* in Ostberlin gegen Ende des Jahres 1962.⁴⁴

Ungeachtet der von beiden Seiten unternommenen Anstrengungen um gute Beziehungen auf Parteebene, konnte sich das Verhältnis zwischen der SED und der KPJ auf Dauer nicht losgelöst von den seit Beginn der sechziger Jahre zunehmenden Spannungen zwischen den Staatsführungen in Moskau und Peking entwickeln. Dabei hatten sich maßgeben-

de Faktionen innerhalb der KPJ zunächst bewusst gegenüber keinem der beiden Lager festgelegt, während überhaupt die Bedeutung der sowjetisch-chinesischen Gegensätze offiziell herabgespielt wurde. (Scalapino 1967: 137) Auch auf ostdeutscher Seite war man im Interesse der guten Beziehungen zu China bemüht gewesen, keine Partei in der Auseinandersetzung zu ergreifen. So hatten sich auch die scharfen Auseinandersetzungen zwischen Chruschtschow und Zhou Enlai auf dem XXII. Kongress der KPdSU im Oktober 1961 und die damit verbundene vorzeitige Abreise des chinesischen Premierministers aus Moskau noch nicht nachvollziehbar auf die Zusammenarbeit zwischen der ostdeutschen Staatspartei und den japanischen Kommunisten ausgewirkt. Nachdem es allerdings auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 zum Eklat zwischen der SED und KPCh gekommen war, begannen sich auch allmählich latente Gegensätze im ostdeutschen Verhältnis zu den japanischen Kommunisten zu verstärken. Denn obwohl die KPJ am Beginn der sechziger Jahre in außenpolitischen Fragen einem betont unabhängigen Kurs folgte, beruhte der Führungsanspruch des KPJ-Generalsekretärs Miyamoto Kenji nach den parteiinternen Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre letztendlich auf der Ablehnung einer Politik der „friedlichen Koexistenz“ und auf der Bejahung des Kampfes gegen den Imperialismus auf vereinter Front. Unter diesen Voraussetzungen konnte sich auch die Teilnahme einer Delegation der chinesischen Positionen zugeneigten KPJ am VI. Parteitag der SED im Januar 1963 kaum vorteilhaft auf das Bild der ostdeutschen Staatspartei unter KPJ-Führern auswirken haben. Schließlich hatte die Abordnung aus Japan vor Ort in der DDR miterleben können, wie der Vertreter der KPCh von Gesandten der SED niedergeschrien wurde und Anhänger der chinesischen Linie aus Indonesien, Burma, Malaya und Thailand gar nicht erst das Wort erhielten. (Weber 2006: 63)

Der Abschluss des trilateralen Atomwaffen-Teststoppabkommens zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR am 5. August 1963 war schließlich zur Zäsur im Verhältnis der KPJ gegenüber den beiden Zentren des „Ostblocks“ und damit fast zwangsläufig im Verhältnis zur ostdeutschen Staatspartei geworden. Die Parteiführung der SED war dem sowjetischen Beispiel gefolgt und hatte den Beitritt der DDR zum Teststoppabkommen umgehend in die Wege geleitet, da die Einbindung in das Arrangement auch die Souveränität des ostdeutschen Teilstaates unterstreichen sollte. (Scholtyseck 2003: 24) Demgegenüber hatten die Ambitionen der chinesischen Staatsführung, selbst in den Kreis der Atommächte aufzusteigen, wie auch das Ansinnen, die USA zu einer Annäherung zu bewegen, dazu geführt, dass Peking die Vereinbarung ablehnte. (Wentker 2007: 271f.) Die Spitze der KPJ hatte wiederum im Vorfeld der IX. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben im Au-

gust 1963 die chinesischen Thesen zum Teststoppabkommen antizipiert und schließlich nach den erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den sowjetischen und chinesischen Delegierten auf der eigentlichen Tagung in Hiroshima die Ansichten der Abordnung aus Peking bestätigt. (Soeya 1998: 72) Doch obwohl die verantwortlichen ostdeutschen Stellen durch Berichte des MfAA sehr gut über die Geschehnisse im Zusammenhang mit der IX. Weltkonferenz informiert⁴⁵ und sich zudem im Klaren darüber waren, dass das KPJ-Organ das Teststoppabkommen bald als „Betrugsmanöver der USA“ und als nicht konform mit den Forderungen des japanischen Volkes bezeichnet hatte, glaubte die Botschaft der DDR in Peking auch noch gegen Ende des Jahres 1963 Anzeichen zu erkennen, dass der Prozess der „Annäherung der KPJ an den Standpunkt der KPCh“ aufgrund parteiinterner Meinungsverschiedenheiten keineswegs abgeschlossen sei. Entsprechend wurde von Botschaftsvertretern in Peking auch nicht ausgeschlossen, dass man auf ostdeutscher Seite den Entwicklungen bis zu einem gewissen Grad durch die Aussprache von Einladungen in die DDR an KPJ-Delegationen oder über den Materialaustausch möglicherweise entgegenwirken könne.⁴⁶

In der Tat existierte zu diesem Zeitpunkt noch eine über Einfluss verfügende pro-sowjetische Minderheit in der KPJ. Allerdings war besagte Minderheit im Juli 1964 mit dem Parteiausschluss des Unterhausabgeordneten Shiga Yoshio (1901–1989) und des Oberhausabgeordneten Suzuki Ichizō (1910–2006) endgültig aus den entscheidenden Gremien der KPJ herausgedrängt worden. Vorausgegangen war die Abstimmung im japanischen Unterhaus vom 15. Mai des Jahres über Japans Beitritt zum Testabkommen und Shigas Entscheidung, als einziger von fünf KPJ-Abgeordneten für den Antrag zu stimmen und sich damit bewusst gegen die Linie der eigenen Partei zu stellen. (Hyōmoto 2005: 311) Die ganze Angelegenheit entfachte schließlich eine Kontroverse zwischen der KPdSU und der KPJ, in deren Verlauf es zum Bruch zwischen den beiden Parteien kommen sollte. (Soeya 1998: 72; Scalapino 1967: 211)

Nach dem Parteiausschluss von Shiga und Suzuki musste schließlich auch die Botschaft der DDR in Peking ihre Einschätzung revidieren und teilte den zuständigen Stellen in Ostberlin nun mit, dass der „offene Übergang der Führung der KPJ auf prochinesische Positionen“ eingeleitet worden sei. In diesem Zusammenhang glaubte man verschiedene Gründe erkannt zu haben, die für die Entstehung der gegenwärtigen Situation maßgebend gewesen waren: konstanter Druck aus den Reihen der KPCh, „bedeutende“ finanzielle Zuwendungen von chinesischer Seite, die Einbeziehung chinesischer Emigranten in das Engagement der japanischen Kommunisten, enge persönliche Bindungen der KPJ-Führer zur Volksrepublik, eine strenge Parteidisziplin und die grundsätzliche,

historisch begründete japanische Bewunderung für China. Die aus den Gegebenheiten abgeleitete Prognose lautete schließlich, dass „mit Bestimmtheit angenommen werden [kann], daß die Führung der KPJ in der nächsten Zeit fest an den prochinesischen Positionen festhält und der Führung der KP Chinas jegliche Unterstützung in ihrem Kampf gegen die internationale kommunistische Bewegung geben wird.“⁴⁷

Mit Blick auf solche, aus ostdeutscher Sicht wenig erfreuliche Bewertungen, unternahmen Stellen in der DDR ab der zweiten Hälfte des Jahres 1964 kaum noch aus eigenem Antrieb heraus Anstrengungen, um eine Verbesserung der Beziehungen zu den japanischen Kommunisten zu erreichen. Die geplante Entsendung einer Delegation zur X. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben im Sommer des Jahres und die damit verbundene Hoffnung, zumindest noch auf den der KPJ nahestehenden Teil der japanischen Friedensbewegung über den Friedensrat der DDR⁴⁸ einzuwirken, fußte gar nicht erst auf einer ostdeutschen Initiative. Vielmehr hatte das Sowjetische Friedenskomitee die ostdeutsche Seite zu diesem Schritt gedrängt⁴⁹, obgleich der Sachverhalt nichts an der gewohnt restriktiven Haltung der japanischen Regierung in Fragen um das ostdeutsche Regime änderte und entsprechend der Delegation des Friedensrates die Erteilung der Einreisegenehmigung nach Japan verweigert wurde.⁵⁰

In jedem Fall waren ab Mitte des Jahres 1964 auch die Positionen der KPJ und der SED weit davon entfernt, im Einklang miteinander zu stehen. Eine offene Polemik fand zwar zwischen den beiden Parteien nicht statt, wie es überhaupt von Seiten der ostdeutschen Staatspartei keine offiziellen Stellungnahmen zur Linie der KPJ gab. Doch hatte sich die Presse in der DDR bei der Berichterstattung über die Kontroversen zwischen der KPJ und der KPdSU im Wesentlichen auf die Wiedergabe der Stellungnahmen aus Moskau und die Veröffentlichung der Kommentare zu den Ereignissen von Shiga und Suzuki beschränkt. (Vgl. Neues Deutschland 1964; Aus der internationalen Arbeiterbewegung 1964a) Speziell das Organ der Internationalen Abteilung des ZK der SED *Aus der internationalen Arbeiterbewegung* hatte in diesem Zusammenhang einen Briefwechsel zwischen der KPJ und der KPdSU abgedruckt (Aus der internationalen Arbeiterbewegung 1964b), der zuvor ohne Einverständnis von japanischer Seite in der sowjetischen Presse publiziert worden war und damit auch zur Verhärtung der Fronten zwischen den beiden Parteien beigetragen hatte. Diese Form der ostdeutschen Berichterstattung hatten die japanischen Kommunisten wohl nicht ganz zu Unrecht als Kritik aufgefasst.⁵¹ Kühl war seit der zweiten Hälfte des Jahres 1964 dementsprechend sowohl das Verhältnis der KPJ zur KPdSU wie auch zur SED.

Genau genommen war das Verhältnis zwischen der SED und den japanischen „Bruderpartei“ jedoch zu keinem Zeitpunkt vollkommen ungetrübt. Schon zu Beginn der sechziger Jahre konnte man sich in den Reihen der ostdeutschen Staatspartei mit der ideologischen Ausrichtung der KPJ nur schwer anfreunden. Insofern hielt auch das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED die Veröffentlichung der Thesen aus dem Parteiorgan *Akahata* anlässlich des vierzigjährigen Bestehens der KPJ für „nicht ratsam“, u. a. weil die „hervorragenden Leistungen der KPdSU und der Sowjetunion“ keine explizite Würdigung fanden und Stellungnahmen zur Politik der „friedlichen Koexistenz“ oder zur Deutschlandfrage fehlten.⁵² Außerdem durchzogen von Anfang an Probleme um KPJ nahestehende Studenten die Beziehungen der SED zum japanischen Pendant. So hatte die Kommunistische Partei seit Juli 1960 – als sich mit Yonehara Itaru erstmals ein hoher KPJ-Funktionär in offizieller Funktion in der DDR aufhielt – wiederholt darum gebeten, den zunächst als Student an der Humboldt-Universität eingeschriebenen und anschließend als Lehrkraft der Ostberliner Hochschule wirkenden Yasui Ei'ichi wieder nach Japan zurückzuschicken.⁵³ Der Vorfall war so weit gegangen, dass die Führung der KPJ das *Akahata*-Redaktionsmitglied Kanazawa Yūkio (1929–2007) in die DDR entsandte, um den aufgrund seiner vermeintlich trotzkistischen Gesinnung unliebsamen Yasui als Lehrkraft für die japanische Sprache an der Humboldt-Universität abzulösen – ein Vorhaben, das allerdings an Kanazawas fehlenden Deutschkenntnissen scheiterte. (Tone 2001: 48f.)

Trotzdem blieb auch Kanazawa in der DDR, um Ende des Jahres 1962 als *Akahata*-Korrespondent in Ostberlin akkreditiert zu werden. Danach vergingen knapp vier Jahre bis der KPJ-Funktionär zum Protagonisten in einer Angelegenheit wurde, die zu erneuten Verstimmungen zwischen der SED und der japanischen „Bruderpartei“ führte. Im Herbst 1966 – nach der Distanzierung der KPJ von der KPCh – setzte sich Kanazawa insgeheim von Ostberlin nach Peking ab und brachte außerdem vier der KPJ angehörenden Studenten dazu, ebenfalls in die chinesische Hauptstadt aufzubrechen.⁵⁴ Die Gesandten der KPJ zum VII. Parteitag der SED vom April 1967 hatten zwar bedauert, dass es zu dieser Affäre gekommen war, und versicherten, dass es nicht in ihrem Interesse gelegen habe, dass Kanazawa in der DDR als „chinesischer Parteipropagandist“ auftrat.⁵⁵ Doch waren dies kaum passende Voraussetzungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien herbeizuführen. Zeitig litt auch schon die Freundschaftsgesellschaft in der japanischen Hauptstadt und damit fast zwangsläufig ein wesentlicher Teil der zwischen Oktober 1962 und Juni 1963 entstandenen Freundschaftsbewegung unter den Spannungen zwischen der KPJ und der KPdSU.

2. DIE NEUBELEBUNG DER FREUNDSCHAFTSBEWEGUNG UND DAS VERHÄLTNIS DER SPJ ZUR DDR

Nach dem Bekanntwerden der wenig zufriedenstellenden Verfassung der als Dachorganisation der Freundschaftsbewegung Japan-DDR konzipierten Gesellschaft in Tokyo verging einige Zeit, bis ostdeutsche Stellen Ernst zu nehmende Impulse zur Entfaltung des durchaus vorhandenen Potenzials der Bewegung erneut auszugeben begannen. Denn erst zur Mitte der sechziger Jahre – im Zuge des von höchster Stelle in der DDR eingeleiteten Prozesses zur Normalisierung der ostdeutsch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (siehe V. Kapitel, 1.1) – hatten die ostdeutschen Entscheidungsträger eine Chance zu erkennen geglaubt, um endlich das Ansehen der DDR in der japanischen Bevölkerung entscheidend aufzuwerten. Naheliegenderweise war den Freundschaftsgesellschaften in den neuen ostdeutschen Japan-Konzeptionen eine wichtige Rolle bei der Pflege des gewünschten DDR-Bildes zugeacht worden.

Die als „Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk“ betitelte Japanwoche vom September 1966 (siehe V. Kapitel, 2.1) als bis dato umfangreichste an die japanische Bevölkerung adressierte Propagandaaktion in der DDR war von ostdeutscher Seite insofern nicht nur als wichtiger Beitrag verstanden worden, um dem ostdeutschen Teilstaat in Fernost zur angestrebten Akzeptanz zu verhelfen. Die Japanwoche war ebenso als Mittel begriffen worden, um die Freundschaftsgesellschaften bei ihren Anstrengungen um die Stärkung der Position des ostdeutschen Teilstaates in Japan zu stützen und gleichzeitig die Vereinigungen selbst im öffentlichen Leben des Inselstaates besser zu platzieren.⁵⁶ Deswegen war man auch sehr bemüht gewesen, die führenden Mitglieder der Freundschaftsbewegung bei der Durchführung des Vorhabens unmittelbar teilhaben zu lassen. Das Freundschaftskomitee DDR-Japan hatte aus diesem Grund für mehrere Angehörige der Partnerorganisationen die Reisekosten von Japan in den ostdeutschen Teilstaat übernommen. So war es möglich, dass neben dem Berater der Tokyoter Vereinigung Ōtsuka Kinnosuke auch Usami Seijirō als Leiter des Sekretariats in der japanischen Hauptstadt, der an der Spitze der Freundschaftsgesellschaft in Nagoya stehende Mizuta Hiroshi, der Generalsekretär des Anfang 1966 gegründeten Zusammenschlusses in Fukuoka Kojima Tsuchihisa (*1926) wie auch weitere führende Mitglieder der Gruppen aus Fukuoka, Tokyo und Osaka den Veranstaltungen der Japanwoche beiwohnen zu lassen.⁵⁷

Am Ende konnte die Freundschaftsbewegung tatsächlich auf diese Weise neu belebt werden. In diesem Sinne unterzeichnete das Freundschaftskomitee DDR-Japan im September 1966 eine Vereinbarung mit

den Vertretern der Freundschaftsgesellschaft aus Fukuoka. Berücksichtigt wurde darin auch, dass die Gruppe aus Kyūshū in der Perspektive als Leitgesellschaft für Niederlassungen in Kumamoto, Kitakyūshū, Nagasaki, Yokohama, Urawa oder auch Sendai wirken sollte.⁵⁸ Doch obwohl auch mit der Gruppe aus Tokyo eine Vereinbarung über den weiteren Austausch unterzeichnet worden war⁵⁹, sorgte die Anwesenheit der Gäste aus Kyūshū innerhalb der bereits gegen 1962/63 etablierten und KPJ nahestehenden Freundschaftsgesellschaften für Unmut. Mit dem Aufbau einer Freundschaftsbewegung auf der südlichsten japanischen Hauptinsel ging nämlich auch eine Annäherung zwischen ostdeutschen Stellen und der SPJ einher. Denn ähnlich wie die „Paralysierung“ eines maßgebenden Teils der Freundschaftsbewegung auf der größten japanischen Hauptinsel Honshū auf die Positionierung der KPJ in der Auseinandersetzung zwischen der KPdSU und der KPCh zurückzuführen war, so stand die Konzipierung einer zweiten Freundschaftsbewegung mit Fukuoka als Zentrum im Kontext der Ausrichtung der SPJ gegenüber Moskau und in Peking. Tatsächlich war mit der Entstehung einer zweiten Freundschaftsbewegung auch der Wendepunkt im Prozess der Hinwendung der SPJ zum ostdeutschen Regime in deutschlandpolitischen Fragen erreicht worden.

2.1 NEUAUSRICHTUNG GEGENÜBER DER JAPANISCHEN OPPOSITION

In der Internationalen Abteilung des ZK der SED hatten die Verbindungen zur japanischen „Bruderpartei“ lange Zeit Priorität gegenüber den Verbindungen zur Sozialistischen Partei. Fundamental unterschiedliche Auffassungen zu außenpolitischen Fragen hatten nichts an der Tatsache geändert, dass sowohl die KPJ wie auch die SED den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus verschrieben waren, während im Falle der SPJ der Marxistische Sozialismus das ideologische Grundgerüst für das Wirken der Partei vorgab. Der Einfluss der KPJ in der japanischen Friedensbewegung hatte zudem gemeinsam mit den seit Beginn der sechziger Jahre bestehenden Kontakten auf Parteebene einige vielversprechende, den Zielen der ostdeutschen Außenpolitik durchaus förderliche Ansätze einer Kooperation entstehen lassen. Die SPJ hingegen hatte trotz zweifellos vorhandener Sympathien für das ostdeutsche Regime mit Rücksicht auf das Verhältnis zu den westdeutschen Sozialdemokraten stets eine gewisse Distanz zur DDR gewahrt.

Das Ausgreifen des Chinesisch-Sowjetischen Schismas auf die Opposition in Japan hatte allerdings spätestens seit dem sich abzeichnenden Bruch zwischen der KPJ und der KPdSU in der zweiten Hälfte des Jahres 1964 die ostdeutschen Funktionäre zu einer Neuausrichtung des eigenen

Engagements in Japans linkem Milieu gezwungen und damit auch den Stellenwert der SPJ in den Japan-Konzeptionen der verantwortlichen Stellen in Ostberlin steigen lassen. Besagte Notwendigkeit hatte sich nicht zuletzt in Konsultationsbesprechungen mit der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU vom Januar 1965 in Moskau herauskristallisiert. Schließlich hatte der Sektorenleiter der zuständigen Abteilung I. I. Kowalenko in einem zweistündigen Gespräch gegenüber ostdeutschen Diplomaten die Einschätzung abgegeben, dass „es im Moment keinerlei Anzeichen dafür gibt, daß die Führung der KP Japans auf den richtigen Weg zurückfindet.“ Das Auftreten der Partei sei nach wie vor „provokatorisch und feindselig gegenüber der KPdSU“, wie überhaupt mittlerweile die Rolle der Führung der KPJ in Asien mit der Rolle der pro-chinesischen Spitze der Albanischen Arbeiterpartei in Europa identisch sei. Die Ursachen für das Auftreten der japanischen Kommunisten glaubte Kowalenko nicht nur darin erkannt zu haben, dass „linksradikale Tendenzen stets eine bedeutende Gefahr“ in der Partei gewesen seien, und dass die Vertreter solcher Ansätze auch noch heute über den Kurs der KPJ bestimmen würden. Ebenso war sich der KPdSU-Funktionär sicher, dass die Führung der japanischen „Bruderpartei“ von der KPCh gekauft wurde und verwies in diesem Zusammenhang auf die seit Kurzem der KPJ zur Verfügung stehenden umfangreichen finanziellen Mittel, wie auch auf ein „hochmodernes ZK-Gebäude“ im Zentrum von Tokyo und die Parteihochschule im Kurort Atami in der Präfektur Shizuoka, die mit finanzieller Unterstützung von chinesischer Seite errichtet worden seien. Entsprechend lautete die gegenüber den ostdeutschen Gesprächspartnern abgegebene sowjetische Beurteilung, dass die KPJ mit ihrer gegenwärtigen Linie aufgehört habe, „eine nationale Partei zu sein und zu einer Filiale der KP Chinas geworden ist.“

Im Angesicht der durch das pro-chinesische Auftreten der KPJ geschaffenen Verhältnisse und deren weitreichende Auswirkungen auf verschiedene Massenorganisationen im Inselstaat hatten die verantwortlichen Funktionäre der Internationalen Abteilung der KPdSU begonnen, in der Zusammenarbeit mit der SPJ eine „besondere Bedeutung“ zu sehen. Denn obgleich die Partei nicht den Grundannahmen des Marxismus-Leninismus folgen würde, so gehöre sie laut den sowjetischen Einschätzungen ähnlich wie die Sozialistische Partei Italiens doch zu den politisch am weitesten links stehenden Kräften der sozialdemokratischen Bewegung, würde anders als die vor allem den Kampf gegen den US-Imperialismus propagierende KPJ den „Hauptstoß“ gegen die „eigene Monopolbourgeoisie und Reaktion“ führen, würde den Klassenkampf anerkennen und würde sich selbst entsprechend als Klassenpartei bezeichnen. Zudem sei ihr Einfluss in der japanischen Gewerkschaftsbewegung „außerordent-

lich groß“. So hatte Kowalenko auch weiter ausgeführt, dass sich unter diesen Voraussetzungen seit der Reise des SPJ-Generalsekretärs Narita Tomomi (1912–1979) in die UdSSR vom Juni 1964 die Zusammenarbeit mit den japanischen Linkssozialisten schnell entwickelt habe. Der KPdSU-Funktionär war sich allerdings auch bewusst, dass die Machtverhältnisse im Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei äußerst kompliziert waren, sodass zwar die Faktionen des linken Flügels in ihrer Gesamtheit die Entwicklung der Beziehungen der SPJ zur KPdSU hätten forcieren können, gleichzeitig aber einzelne links stehende Faktionen den chinesischen Positionen anhängen würden. So sei die SPJ auf der einen Seite auch grundsätzlich an guten Beziehungen zu China interessiert, würde aber auf der anderen Seite die außenpolitische Linie und die revolutionären Thesen der chinesischen Staatsführung ablehnen.⁶⁰

Wie schon in der Vergangenheit, schienen sich die verantwortlichen Stellen in der DDR den sowjetischen Standpunkt zu Eigen zu machen, sodass man in den internen Berichten der Internationalen Abteilung des ZK der SED die KPJ bald auch als Sprachrohr der chinesischen Staatsführung bezeichnete und sie in dieser Funktion mit der Albanischen Arbeiterpartei gleichsetzte.⁶¹ Dabei erscheint durchaus die Frage angebracht, wie präzise die tatsächlichen Gegebenheiten in den Reihen der KPJ bzw. der SPJ durch die Ausführungen von Kowalenko erfasst worden waren. Jedenfalls darf angezweifelt werden, ob die Einschätzung des KPdSU-Funktionärs, dass die mit der chinesischen Politik sympathisierenden Faktionen nur über „wenig Einfluss und Bedeutung“ im linken Flügel der Partei verfügen würden, die Verhältnisse in der SPJ treffend wiedergab. Denn schon unmittelbar nach dem Flaggenvorfall von Nagasaki im Mai 1958 war der Stellenwert der SPJ in den chinesischen Japan-Konzeptionen erheblich gestiegen. So mochte zwar die KPCh in ideologischen Fragen ihr japanisches Pendant in der KPJ gesehen haben, doch erkannte die realistische chinesische Staatsführung bereits zeitig, dass sich politischer Einfluss im Inselstaat in Zeiten angespannter Beziehungen zur japanischen Regierung eher über die Kooperation mit der Sozialistischen Partei entfalten konnte. Folglich wurden die chinesischen Bemühungen um die Nähe zur Spitze der SPJ auch nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Kishi Nobusuke vom Juli 1960 und während der folgenden Phase japanisch-chinesischer Annäherung fortgesetzt.

Doch ähnlich wie im Falle der KPJ, gingen die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking der frühen sechziger Jahre nicht spurlos an der Sozialistischen Partei vorüber. Im Gegensatz zur Kommunistischen Partei standen die Abgeordneten der SPJ bei den parlamentarischen Debatten zwar geschlossen hinter Japans Beitritt zum Atomwaffen-Teststoppabkommen. Allerdings gab es keinen einheitlichen Standpunkt,

was die Ausrichtung gegenüber den beiden Zentren des „Ostblocks“ anging. Entsprechend war die geplante Entsendung einer repräsentativen Delegation um den SPJ-Generalsekretär Narita Tomomi in die UdSSR vom Juni 1964 auf den Widerstand der pro-chinesischen Faktionen um den späteren Vorsitzenden der Partei Sasaki Kōzō (1900–1985) gestoßen. Fast zeitgleich bereiste Sasaki daher mit anderen führenden Vertretern des linken Flügels der SPJ China, erklärte vor Ort – wie schon 1959 der damalige Generalsekretär der Partei Asanuma Inejirō – den amerikanischen Imperialismus zum Feind des japanischen und chinesischen Volkes, und vertiefte damit das Verhältnis der pro-chinesischen Faktionen seiner Partei zur chinesischen Staatsführung.

Andererseits wurden mit der Reise der Delegation um Narita in die UdSSR vom Juni 1964 Grundlagen für eine umfassende Erweiterung der Verbindungen der SPJ zur KPdSU geschaffen. Denn in Moskau beobachtete man mit Besorgnis, dass sich gerade zur Zeit der schärfer werdenden chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzungen eine allgemeine Annäherung zwischen Japan und China vollzog, die u. a. in Form einer Institutionalisierung der japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen (siehe V. Kapitel, 1.3) zum Ausdruck kam. Einer Stütze innerhalb der SPJ konnte sich die sowjetische Staatsführung aber sicher sein. Für maßgebende Persönlichkeiten der Sozialistischen Assoziation (*Shakaishugi kyōkai*) blieb die UdSSR als „Heimatland des Sozialismus“ auch während der Zeit der zunehmenden Gegensätze zwischen den im Widerstreit stehenden Parteien des „Ostblocks“ die beispielgebende Größe. (Hara 2000: 217–219, 223–225, 245f.)

2.2 NEIGUNGEN ZUR DDR IN JAPANS SOZIALISTISCHER BEWEGUNG

Durch den Austausch mit leitenden Funktionären der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU waren auch ostdeutsche Stellen darüber informiert, dass die Verantwortlichen in der Sowjetunion „auf allen Gebieten“ die Zusammenarbeit mit der SPJ und den der Partei nahestehenden Organisationen auszubauen gedachten. Ebenso glaubten die sowjetischen Gesprächspartner, in diesem Kontext günstige Voraussetzungen für die Entwicklung von Kontakten zwischen Einrichtungen in der DDR und der SPJ zu erkennen und verwiesen insbesondere auf den als „progressiv und aufgeschlossen“ charakterisierten Generalsekretär der Partei Narita Tomomi.⁶² Stattdessen waren es aber Wissenschaftler der einflussreichen Sozialistischen Assoziation, die bald nach einem Aufenthalt in der Sowjetunion und in der DDR ostdeutsche Stellen beim Aufbau einer Plattform in den Reihen der Sozialistischen Partei maßgeblich unterstützen sollten.

Auch den verantwortlichen ostdeutschen Funktionären war bewusst, dass besagte Vereinigung über tiefgreifende Verbindungen und einen weitreichenden Einfluss im linken Flügel der SPJ wie auch in den Reihen von Sōhyō verfügte.⁶³ Ungeklärt bleibt allerdings, ob man sich in der DDR ebenso darüber im Klaren war, dass führende Mitglieder der Sozialistischen Assoziation wie Yamakawa Hitoshi (1880–1958), Ōuchi Hyōe oder Sakisaka Itsurō als Angehörige der sogenannten Rōnō-Fraktion (*Rōnō-ha*) bereits während der dreißiger Jahre an der so bedeutenden „Debatte über den japanischen Kapitalismus“ (*Nihon shihonshugi ronsō*) beteiligt waren und auf diese Weise mit ihren Argumentationen Grundlagen für den zukünftigen Kurs der sozialistischen Bewegung im Inselstaat geschaffen hatten.

Grundsätzlich war die öffentliche Auseinandersetzung mit marxistischen Ideen im Japan der ausgehenden zwanziger und frühen dreißiger Jahre eng mit der Gefahr verbunden, zum Opfer staatlicher Repressionen zu werden. Daher wurde meist unter falschem Namen in speziellen Magazinen, deren Verbreitung sich stark an den Grenzen der Legalität bewegte, über entsprechende Themen publiziert. Besonders wegweisend war in diesem Kontext ein zwischen 1927 und 1932 herausgegebenes Journal namens *Rōnō* (Arbeiter und Bauern), das eine Gruppe von Dissidenten um Yamakawa Hitoshi bald nach ihrem Austritt aus der noch jungen und von parteiinternen Auseinandersetzungen belasteten KPJ gegründet hatte. *Rōnō* hatte entsprechend auch als Plattform für Kritik am Kurs der aus dem Untergrund wirkenden Kommunistischen Partei fungiert. Denn die Annahme der Thesen der Komintern des Jahres 1927 für Japan durch die KPJ und damit verbunden die Anerkennung der Notwendigkeit einer Zwei-Stufen-Revolution im Inselstaat war von den *Rōnō*-Mitwirkenden und deren Anhängern, die auch nach der Einstellung des Journals weiter als Rōnō-Fraktion bezeichnet wurden, entschieden abgelehnt worden. Die von der Internationale vorgegebene Strategie legte zunächst die Vollendung der bürgerlichen Revolution fest, die mit der Meiji-Restauration von 1868 begonnen worden war, um im nächsten Schritt den Sozialismus in Japan aufbauen zu können. Die Gruppe um Yamakawa negierte wiederum die sowjetischen Prämissen, dass Japan zu rückständig und unterentwickelt für eine unmittelbare sozialistische Revolution sei, und präsentierte stattdessen in *Rōnō* das Modell einer Einstufen-Revolution für Japan.⁶⁴

Aus den Gegensätzen zwischen der Rōnō-Fraktion und der Kōza-Fraktion (*Kōza-ha*)⁶⁵, die als ideologische Stütze der KPJ fungierte und die Thesen der Komintern verteidigte, ging bald eine Debatte über Parteiorganisation und revolutionäre Strategien hervor, in der Kōza-Angehörige argumentierten, dass der Kapitalismus in Japan aufgrund der agrari-

schen und semi-feudalen Beschaffenheit des Landes noch keinen festen Stand habe. Demgegenüber glaubten Vertreter der Rōnō-Fraktion etwa anhand von modernen, industriellen und städtischen Aspekten der japanischen Wirtschaft nachweisen zu können, dass sich die Transformation Japans zum Kapitalismus zum Ende des 19. Jahrhunderts vollzogen habe und insofern über eine proletarische Revolution der Sozialismus bereits unmittelbar in Japan herbeiführt werden könnte. Einen Abschluss fand die als „Debatte über den japanischen Kapitalismus“ bezeichnete und in zahlreiche kleinere theoretische Auseinandersetzungen ausufernde Kontroverse jedoch nicht. Führende Mitglieder beider Fraktionen wurden zwischen 1936 und 1938 verhaftet, sodass eine Fortführung nicht mehr möglich war. (Hein 2005: 51–57)

Letztendlich hatten Rōnō und Kōza wie überhaupt das gesamte linke Milieu im Japan der dreißiger Jahre kaum politisches Gewicht. Nach dem Auftakt der Krise in der Mandschurei 1931 formierten Kommunisten wie auch Linkssozialisten noch Widerstand gegen Krieg und Imperialismus, doch ließ sich nach den stattgefundenen Massenverhaftungen ein Vorschreiten des Militarismus im Inselstaat nicht mehr aufhalten. Dennoch waren es die ereignisreichen dreißiger Jahre und die theoretischen Auseinandersetzungen der Rōnō- und der Kōza-Fraktion, welche den Kurs der japanischen Kommunisten und Linkssozialisten in der Ära nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges besonders prägten. Noch lange bis in die Nachkriegszeit hinein sollten die Grundannahmen der Vertreter der Kōza-Fraktion von der Mehrheit der japanischen Kommunisten als Leitsatz anerkannt werden (Iwamura 1994: 38f.), während die Rōnō-Marxisten zu Beginn der fünfziger Jahre bereits entscheidenden Einfluss auf den ideologischen Kurs des linken Flügels der SPJ ausübten. (Hara 2000: 73; Stockwin 1968: 20ff., 53)

Mit der Sozialistischen Assoziation hatte sich schließlich auch im Juni 1951 ein fester Zusammenschluss führender Rōnō-Marxisten konstituiert, der enge Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung pflegte und dessen Entstehungsgeschichte eng mit dem politischen Magazin „Sozialismus“ (*Shakaishugi*) verbunden war. Unter der Führung von Yamakawa begann die Sozialistische Assoziation, die einst im Friedensschluss von San Francisco den Beginn eines reaktionären Zeitalters gesehen hatte, die Neutralismus-Debatte in der SPJ maßgeblich mitzuprägen. (Ishiko und Ueno 2002a: 232–234) Was die Strategien der Sozialistischen Partei zur Umsetzung ihrer Ziele anbelangte, so hatte insbesondere Sakisaka Itsurō, der sich bald nach dem Ableben von Yamakawa im März 1958 zur zentralen Figur der Vereinigung entwickelt hatte, im Klassenkampf den Weg zum Erfolg der Sozialistischen Revolution gesehen. (Vgl. Sakisaka 1958) So hatte die Sozialistische Assoziation auch 1959 die gegen Massenentlas-

sungen kämpfende Bewegung der Miike-Bergarbeiter bei der Formulierung ihrer theoretischen Leitlinien unterstützt und gleichzeitig über die Miike-Kämpfe an ein Klassenbewusstsein in der SPJ auf breiter Basis appelliert. (Ishiko und Ueno 2002b: 63f.) Doch erst zu Beginn der sechziger Jahre – als die Frage nach der Notwendigkeit von Strukturreformen in der SPJ ernsthaft diskutiert wurde – verabschiedete die Vereinigung ein Programm, um anschließend Vorbereitungen für den systematischen Aufbau einer umfangreichen politischen Bewegung einzuleiten.

Dabei richtete die Sozialistische Assoziation ihr Wirken an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus aus und stellte in ihrem Programm vom Oktober 1962 entsprechend fest, dass die Herbeiführung des Sozialismus über den Umweg des Kapitalismus nicht möglich sei. Stattdessen sollte durch Planwirtschaft und volkseigene Betriebe die Produktivität der japanischen Wirtschaft erhöht und damit der Lebensstandard der Menschen gesichert werden. Die Einführung einer „Diktatur des Proletariats“ nach sowjetischem oder chinesischem Vorbild wurde in diesem Zusammenhang zwar nicht zwangsläufig als erforderlich erachtet, doch erschien übergangsweise die Herrschaft der Arbeiterklasse unvermeidbar. (Ishiko und Ueno 2002b: 103–105) In diesem Sinne hatte die Sozialistische Assoziation spätestens seit Herbst 1962 mit der Festlegung ihrer ideologisch-programatischen Ausrichtung ein Fundament geschaffen, auf dem sich auch eine Kooperation mit dem ostdeutschen Teilstaat entfalten konnte.

Als sich zur Mitte der sechziger Jahre einzelne Faktionen in der SPJ gegenüber den beiden Zentren des „Ostblocks“ positionierten und die Sozialistische Assoziation allmählich als Befürworter der sowjetischen Thesen auftrat (Braddick 2004: 212), begannen sich im Windschatten der Bestrebungen der Vereinigung um die Stärkung der Bande zur UdSSR auch Anknüpfungspunkte für direkte Kontakte zwischen der Sozialistischen Assoziation und ostdeutschen Stellen zu ergeben. Ende Mai 1965 bereiste schließlich eine offizielle Delegation der Vereinigung einer Einladung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED folgend erstmals die DDR, nachdem sich die Abordnung um den führenden Rōnō-Marxisten Sakisaka Itsurō zuvor auf Vorschlag des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU für mehrere Wochen in der Sowjetunion aufgehalten hatte. In seinem Reisebericht hatte Sakisaka abschließend die Möglichkeiten des Austausches mit der Sowjetunion und der DDR unterstrichen und die Schlussfolgerung gezogen, dass bei der Bewältigung der Aufgabe der sozialistischen Revolution in Japan von den wertvollen Erfahrungen und Theorien der UdSSR und des „sozialistischen Deutschlands“ gelernt werden sollte, ohne diese nur zu imitieren. (Ishiko und Ueno 2002b: 114–116)

2.3 RIVALITÄTEN IN DER FREUNDSCHAFTSBEWEGUNG

Die Abordnung der Sozialistischen Assoziation um Sakisaka Itsurō hatte die Entwicklungen in der DDR während ihres Aufenthalts vor Ort vom 25. Mai bis 10. Juni 1965 mit großem Interesse studiert. In diesem Zusammenhang hatten die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre beispielsweise festgehalten, dass die Suche nach ostdeutschen Publikationen wie etwa Lehrbüchern so weit ging, dass die Auswahl mancher Buchhandlungen den Bedarf der japanischen Gäste nicht decken konnte. Das Interesse soll dabei ein äußerst weites Spektrum umfasst haben, das von der Entwicklung der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung bis hin zur marxistisch-leninistischen Philosophie, der politischen Ökonomie oder des wissenschaftlichen Sozialismus in der DDR reichte. Auf gegenseitigen Wunsch wurde zudem ein Aide-mémoire verfasst, das eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Sozialistischen Assoziation und dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED festlegte.

Neben dem Ziel, beständige Verbindungen zu offiziellen Stellen im ostdeutschen Teilstaat aufzubauen, und dem damit verbundenen Ansinnen, u. a. von der Politik der KPD und der SED beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Gesellschaft zu lernen⁶⁶, hatten die verantwortlichen Funktionäre vor allem in der DDR-freundlichen Haltung des Delegationsleiters einen wesentlichen Grund für die im Verlauf des Aufenthaltes entstandene Aufgeschlossenheit der japanischen Gäste gegenüber verschiedenen ostdeutschen Einrichtungen gesehen. Im Abschlussbericht wurde etwa festgehalten, dass Sakisaka Deutschland mehrfach als seine „zweite geistige Heimat“ bezeichnet und in diese Ausführung offensichtlich ebenso die DDR mit einbezogen habe. Er selbst soll besagte Sympathien auf seine Studienzeit in Berlin zwischen 1922 und 1925⁶⁷ wie auch auf die persönliche Auseinandersetzung mit den Werken von Marx und Engels sowie der deutschen Literatur und Musik zurückgeführt haben. Anknüpfend an die positive Einstellung gegenüber der DDR hatten die japanischen Gäste laut Abschlussbericht auch mit Bedauern im Gespräch mit dem Freundschaftskomitee DDR-Japan festgestellt, dass die Freundschaftsbewegung im Inselstaat infolge des geringen Engagements der Bewegung vorangestellten KPJ-Angehörigen kaum öffentlich in Erscheinung treten würde. Dabei sollen die japanischen Gäste bestätigt haben, dass im Inselstaat durchaus Interesse an den Entwicklungen in der DDR vorhanden sei, insbesondere unter Wissenschaftlern und Gewerkschaftern. Um nun die Freundschaftsbewegung auf breiter Ebene zu erweitern, hatte der letzte Punkt des von Vertretern der Sozialistischen Assoziation und des Instituts für Marxismus-Leninismus unterzeichneten Aide-mémoires festgelegt, dass die japani-

sche Seite in Fukuoka eine Zweigstelle des Freundschaftskomitees DDR-Japan errichten werde.⁶⁸ So wurde am 19. Februar 1966 eine neue Freundschaftsgesellschaft in Fukuoka gegründet, die Mitte des Jahres 67 Mitglieder umfasste und angeblich den sozialistischen Gouverneur der Präfektur Fukuoka als Berater hatte gewinnen können.⁶⁹ Die Leitung der Vereinigung wurde wiederum stark vom Vorstand der Sozialistischen Assoziation beeinflusst, so wie auch der Professor für Ökonomie an der Kyūshū Universität und Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft Kojima Tsunehisa selbst der Vereinigung angehörte und ein enger Vertrauter von Sakisaka Itsurō war.⁷⁰

In besagter Mitgliederstruktur und in der ausgeprägten Nähe zur Sozialistischen Assoziation hatten ostdeutsche Stellen allerdings neben verschiedenen Vorteilen auch einige Risiken gesehen. Einerseits soll es diesen Entwicklungen zu verdanken gewesen sein, dass in sozialistischen Publikationen Berichte, Informationen und Argumentationen über die DDR im Kontext der Deutschlandfrage und europäischen Sicherheit erschienen. Die Gebundenheit der Freundschaftsbewegung auf Kyūshū an die Sozialistische Assoziation bedingte allerdings auch, dass die Bewegung an parteipolitische Ziele der SPJ gebunden war. Das galt ebenfalls für die nahestehenden Gruppen, denn in Sendai existierte seit dem 7. Oktober 1966 eine Vereinigung, die aus insgesamt zehn Wissenschaftlern bestand. Hinzu kamen ab dem 8. März 1967 Freundschaftsgesellschaften in Yokohama und Urawa⁷¹, welche zumindest in der Planung auf absehbare Zeit weitere Partnereinrichtungen in Kitakyūshū, Nagasaki, Kumamoto und Shizuoka erhalten sollten. Durch den weitreichenden Einfluss der Sozialistischen Assoziation bzw. der SPJ in den Reihen dieser jungen Gruppen bestand nach ostdeutscher Auffassung allerdings die Gefahr, dass die japanischen Kommunisten aus der Freundschaftsbewegung zurück- oder ganz herausgedrängt werden könnten.⁷² Die möglichen Folgen einer vollkommen einseitigen politischen Ausrichtung ließen sich bereits an der Lähmung der so wichtigen Freundschaftsgesellschaft in Tokyo erkennen.

Insofern war man in den Reihen der SED auch von Beginn an bemüht gewesen, das ohnehin bereits angespannte Verhältnis zu den japanischen Kommunisten durch die neugeschaffenen Verbindungen zur Sozialistischen Assoziation nicht noch mehr als nötig zu strapazieren. Der von den japanischen Gästen eingebrachte Passus für eine ADN-Pressemeldung, dass die Haltung der Sozialistischen Assoziation zur Deutschlandfrage und zu den in Japan zu bewältigenden Aufgaben auf dem Sachverhalt gründen würde, dass die Mitglieder der Vereinigung Marxisten-Leninisten seien, war offensichtlich von ostdeutscher Seite als eine mögliche Provokation gegenüber der KPJ empfunden.

den worden und wurde deshalb auch nicht bei der Veröffentlichung des Textes in *Neues Deutschland* mit einbezogen.⁷³ An eine Kooperation zwischen den SPJ und KPJ nahestehenden Freundschaftsgesellschaften war in jedem Fall von vornherein nicht zu denken gewesen, nachdem Meinungsverschiedenheiten über den Kurs der Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben allmählich zum Bruch zwischen der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei im Inselstaat geführt hatten und in der Konsequenz der als Gensuikin bezeichnete Nationale Kongress für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben (*Gensuibaku kinshi nihon kokumin kaigi*) im Februar 1965 gemeinsam von der SPJ und Sōhyō gegründet worden war. (Hara 2000: 222f.) Vor allem die Sozialistische Assoziation lehnte gemeinsame Aktionen der SPJ und der KPJ entschieden ab. (Stockwin 1968: 124f.)

Während der „Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk“ vom September 1966 wurde auch der ostdeutschen Seite bewusst, dass die Bewegung uneins war. Der Leiter des Sekretariats der Tokyoter Freundschaftsgesellschaft Usami Seijirō versuchte in Weimar als höchster Vertreter der Freundschaftsbewegung in Japan aufzutreten und unterstrich seine Ambitionen durch eine entsprechende Visitenkarte. Die der KPJ angehörenden und nahestehenden Wissenschaftler unterstützten Usami in seiner Haltung, während der Vertreter aus Osaka diesen Anspruch nur teilweise akzeptierte. Die Gäste aus Fukuoka erkannten die vermeintliche Führungsrolle der Tokyoter Freundschaftsgesellschaft überhaupt nicht an. Dabei soll der Standpunkt der einzelnen Gäste zur DDR kaum zu den Spannungen zwischen den führenden Mitgliedern der jeweiligen Freundschaftsgesellschaft beigetragen haben. Stattdessen, so glaubte man auf ostdeutscher Seite, wurden in erster Linie innenpolitische Meinungsverschiedenheiten und Prestigefragen in die Freundschaftsbewegung hineingetragen. Schließlich trafen während der Freundschaftstage etwa mit Ōtsuka Kinnosuke und Usami Seijirō auf der einen Seite und Kojima Tsunehisa auf der anderen Gelehrte der im Widerstreit stehenden Traditionen der Kōza- und der Rōnō-Fraktion unmittelbar aufeinander.

Trotz der Uneinigkeiten unter den verschiedenen Gruppen, die in Weimar sehr deutlich wurden, konnte mit den Freundschaftsgesellschaften in Tokyo, Osaka und Nagoya Arbeitsvereinbarungen getroffen werden. Usami Seijirō sagte zudem persönlich zu, dass die Vereinigung in der japanischen Hauptstadt ihr Engagement wieder steigern werde.⁷⁴ Die Gruppe aus Fukuoka und das Freundschaftskomitee DDR-Japan schlossen bekanntlich sogar ein umfangreiches Abkommen für das Jahr 1967, das u. a. auch Einladungen an den sozialistischen Gouverneur der Präfektur Fukuoka und den Bürgermeister der Stadt Kitakyūshū in die DDR vorsah.⁷⁵

Verstimmungen ließen sich im Anbetracht der etwas prekären Situation in Weimar bzw. Ostberlin allerdings nicht vermeiden. Gerade der Vertreter der Freundschaftsgesellschaft aus Osaka brachte nach seiner Rückkehr im Bulletin der Vereinigung seine Unzufriedenheit zum Ausdruck und kritisierte in scharfem Ton den Service, die Sauberkeit und die marode Substanz der Hotels in der Hauptstadt der DDR, um anschließend die Frage zu stellen, ob sich nicht auch in den Hotels die soziale, politische und ökonomische Verfassung eines Landes widerspiegeln würde. (Matsumoto 1966) Demgegenüber fand sich in dem mehr als zwanzigseitigen Reisebericht von Kojima Tsunehisa, den er zwischen Januar und Mai 1967 veröffentlichte, an keiner Stelle offene Kritik. Vielmehr wurde der Aufenthalt als unmittelbare Berührung mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und dem in dieser Tradition stehenden, wie es Kojima ausdrückte, „sozialistischem Deutschland“ beschrieben. (Vgl. Kojima 1967a bis 1967e) Schon im Oktober 1966 wurden auf Kyūshū Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen durchgeführt, um der Öffentlichkeit vor Ort die DDR näher zu bringen. Diese fanden zwar insbesondere aufgrund entgegensteuernder Maßnahmen von westdeutscher Seite nicht den erwünschten Anklang. Doch richteten fortan die deutsche Botschaft in Tokyo wie auch das Generalkonsulat Osaka-Kobe mehr Aufmerksamkeit auf die südlichste japanische Hauptinsel. Das galt besonders für Fukuoka und das Industriegebiet Kitakyūshū.⁷⁶

2.4 ANNÄHRUNG UND ENTFREMDUNG

Die Verständigung zwischen verschiedenen ostdeutschen Stellen und der Sozialistischen Assoziation war womöglich der Wendepunkt im Verhältnis der SPJ zur DDR. Zum ersten Mal verfügte die ostdeutsche Staatspartei über die geschlossene Unterstützung von einer der maßgebenden Faktionen der Sozialistischen Partei. Dabei hatten bereits einige der SPJ angehörenden und nahestehenden Ökonomen, die ab der Mitte der sechziger Jahre in größerer Zahl die DDR bereisten, ein äußerst ausgeprägtes Interesse an der in den Jahren zuvor stattgefundenen Umstrukturierung des ostdeutschen Wirtschaftssystems entwickelt. Denn das im Zuge des VI. Parteitages der SED eingeführte Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL, siehe V. Kapitel, 1.1) und die damit einhergehende Rücknahme von Kompetenzen der zentralen Planung sowie die Einführung von marktwirtschaftlichen Anreizen konnte u. a. Antwort auf die in Japan viel diskutierte Frage nach den Möglichkeiten der Einführung von „Gewinnen“ (*rijun*) im Rahmen einer sozialistischen Wirtschaft liefern. So erschien die DDR für Ökonomen wie das Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Assoziation Ōmiya Samanosuke in dieser spezi-

ellen Hinsicht anderen sozialistischen Staaten deutlich voraus zu sein. (Ōmiya 1966: 39) Das innerhalb der SPJ vorhandene Interesse an den wirtschaftlichen Entwicklungen in der DDR war aber nicht allein auf die Erfolge der von der SED vorgegebenen Strategien zur Bewältigung der seit dem Ende der fünfziger Jahren herrschenden Wachstumskrise im ost-deutschen Teilstaat zurückzuführen. Ebenso war besagtes Interesse ein Ergebnis, der seit Beginn der sechziger Jahre laufenden Strukturdebatte innerhalb der Sozialistischen Partei.

Die Wiedervereinigung der SPJ 1955 trotz starker Gegensätze zwischen Rechts- und Linkssozialisten war für die Oppositionspartei nur tragbar gewesen, da man nach den positiven Wahlergebnissen der beiden sozialistischen Parteien vom selben Jahr mit einem Sieg bei den nächsten allgemeinen Wahlen rechnete. Als die hohen Erwartungen im Mai 1958 nicht erfüllt werden konnten, erreichten die internen Streitigkeiten jedoch wieder ein kritisches Ausmaß. In der nachfolgenden Zeit vollzog die SPJ einen äußerst unruhigen Entwicklungsprozess. Auseinandersetzungen über die Politik der Partei zum Sicherheitsvertrag und die Niederlage der SPJ bei den Unterhauswahlen im Juni 1959 führten dazu, dass sich Teile der Faktionen des rechten Flügels unter der Führung des Ex-Gewerkschafters Nishio Suehiro (1891–1981) endgültig von der Partei spalteten und im Januar 1960 die Demokratisch Sozialistische Partei (*Minshu shakaitō*, DSP) gründeten. Die damit verbundene Schwächung der SPJ wurde, wie amerikanische Dokumente 2006 preisgaben, systematisch von der CIA vorangetrieben. Denn der amerikanische Auslandsnachrichtendienst verfolgte den Plan der Etablierung einer japanischen Oppositionspartei pro-amerikanischer Ausrichtung und stellte der DSP daher bis 1964 jährlich 75.000 US-Dollar zur Verfügung. (Frontline U.S. denshi-ban 2006, Internet) Der verbleibende Teil der SPJ erlebte einen schweren Schock, als Asanuma Inejirō, der in der Zwischenzeit zum Vorsitzenden der Partei avanciert war, am 12. Oktober 1960 während einer Wahlkampfansprache von einem rechtsextremen 17-jährigen Studenten ermordet wurde. Als vierzig Tage darauf allgemeine Wahlen abgehalten wurden, waren die Linkssozialisten in einer wenig vorteilhaften Verfassung, obgleich noch etwas mehr als ein Drittel der japanischen Wählerschaft am 20. November 1960 für die SPJ stimmte. (Hara 2000: 177f.)

Der mit den Ereignissen einhergehenden Schwächung versuchte man in der SPJ mit strukturellen Reformen zu begegnen und initiierte aus diesem Grund eine umfangreiche Debatte über den Sozialismus nach hergebrachter sowjetischer Auffassung bzw. den Parlamentarismus und die Demokratie nach europäischem und amerikanischem Vorbild. Die Diskussion entwickelte sich jedoch schon bald zu einem internen Machtkampf, in dem sich zunächst der Leiter des Organisationskomitees der

Partei Eda Saburō (1907–1970) behaupten konnte. Im Zeichen eines stetigen Wirtschaftswachstums in Japan warb Eda für eine Strukturreform, basierend auf drei Grundpfeilern: Steigerung des Lebensstandards, Ablehnung von Monopolen und Neutralität. Auf dieser Grundlage sollten sich laut Edas Konzeption Reformen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft durchführen lassen. Den Befürwortern entsprechender Lösungsansätze stand allerdings eine Gruppe von Reformgegnern um Sasaki Kōzō gegenüber, der u. a. die Sozialistische Assoziation angehörte und die in der Lage war, sich zu behaupten und ihre Positionen zur Herbeiführung des Sozialismus im Inselstaat in das Parteiprogramm einzubringen. (Hara 2000: 185–190)

Während man im ostdeutschen Teilstaat erst im Zuge der Reformdebatte verstärkt auf die Sozialistische Partei Einfluss zu nehmen begann, indem bereitwillig die Betreuung solcher in Verbindung zur SPJ stehenden Ökonomen übernommen wurde, die verschiedene Aspekte der Wirtschaft des ostdeutschen Teilstaates vor Ort studieren wollten⁷⁷, versuchten Vertreter der westdeutschen Sozialdemokraten schon seit längerem aktiv auf den ideologischen Kurs der japanischen „Schwesterpartei“ einzuwirken. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hatte etwa vom Inhalt eines Berichtes Kenntnis genommen, wonach Willi Eichler (1896–1971) als einer der geistigen Väter des Grundsatzprogramms der SPD vom November 1959 (Godesberger Programm) und damit eine der treibenden Kräfte hinter dem Bekenntnis der Partei zur Marktwirtschaft und zur Landesverteidigung unter führenden Vertretern der SPJ im Oktober 1960 für das Godesberger Programm geworben hatte. In den Gesprächen, an denen u. a. der Generalsekretär der Partei Eda Saburō und der wenige Tage später ermordete SPJ-Vorsitzende Asanuma Inejirō teilnahmen, soll sich jedoch gezeigt haben, dass die Sozialistische Partei nicht bereit war, sich von marxistischer Ideologie und dem Ziel einer Verstaatlichung der Wirtschaft zu lösen. Gleichzeitig, so hieß es in dem Bericht, würde der Großteil der Partei bezweifeln, dass mit den „demokratischen“⁷⁸ Methoden des Westens die Aufteilung der Wirtschaft und die Verteilung der Einkommen in gerechter Weise möglich sei. Die von Seiten der SPD aus den Gesprächen abgeleitete Einschätzung lautete daher, dass die SPJ durchaus in den Einflussbereich des östlichen Machtblocks geraten und dessen Ziele vorantreiben könnte. Insofern war von Seiten der westdeutschen Sozialdemokraten die Strategie erwogen worden, über die Stärkung der weitgehend mit den Grundsätzen der SPD übereinstimmenden DSP einen gemäßigten Gegenpol zu den Linksozialisten in Japans Innenpolitik zu etablieren. Andererseits soll Eichler auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, dass die Sozialistische Internationale alles daran setzen müsse, um etwa über die Anfertigung entsprechender Schriften und

die Entsendung von Vertretern die sozialistischen Parteien Asiens davon zu überzeugen, dass „Demokratie“⁷⁹ mit der dauerhaften Verbesserung des Lebensstandards vereinbar sei.⁸⁰

Doch selbst die Reformdebatte in der SPJ der folgenden Jahre konnte nicht verhindern, dass sich innerhalb der Faktionen des linken Flügels der Partei zunehmender Widerstand gegen die Positionen der westdeutschen Sozialdemokraten formierte. Denn gerade die Gegner des Konzeptes der Volkspartei wie die treibende Kraft der Sozialistischen Assoziation Sakisaka Itsurō propagierten bereits seit einigen Jahren die These, dass die SPD durch die Annahme des Godesberger Programms aufgehört habe, eine sozialistische Partei zu sein. (Yamaguchi 1959: 54) Im Angesicht des schwindenden westdeutschen Einflusses unter japanischen Linksozialisten konnte schließlich auf Dauer nicht verhindert werden, dass die SPJ ihren Standpunkt zur Deutschlandfrage nach den Grundsätzen der neutralistischen Parteilinie formulierte und entsprechend per Beschluss auf dem XXII. Parteikongress vom November 1962 die Anerkennung der Tatsache, dass zwei deutsche Staaten existieren, festlegte.⁸¹ Und obgleich die deutsche Botschaft in Tokyo die repräsentative Abordnung um den SPJ-Generalsekretär Narita Tomomi, die sich im Juni 1964 in Moskau aufhielt, davon abhalten konnte, auch die DDR zu bereisen⁸², so kamen doch ab der Mitte der sechziger Jahre immer mehr Angehörige der Partei mit dem ostdeutschen Teilstaat in Kontakt, während in Relation zum zunehmenden Delegationsverkehr auch die Zahl wohlwollender Reportagen über die DDR von Journalisten und Intellektuellen aus Japans linkem Milieu stieg.⁸³

3. DIE VERFASSUNG DER FREUNDSCHAFTSBEWEGUNG JAPAN-DDR

Die Freundschaftsbewegung DDR-Japan war in den ersten Jahren ihres Bestehens ein undurchsichtiges Gebilde für Beobachter aus beiden deutschen Staaten. Die in Japan wirkenden Vertreter der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung gehörten bereits zu den wenigen Akteuren aus der Bundesrepublik, denen es dank des Tokyoter IBFG-Büros überhaupt möglich war, Einblicke in die Bewegung zu erhalten. Doch selbst die Konstatierungen, die der DGB aus der japanischen Hauptstadt erhielt, müssen im Kontext des Ansinnens des IBFG verstanden werden, ein möglichst spannungsfreies Verhältnis zwischen westdeutschen Stellen und dem ebenso in der Freundschaftsbewegung Japan-DDR aktiven Gewerkschaftsverband Sōhyō zu erhalten.⁸⁴ So mochten die später an den DGB weitergegebenen Einschätzungen des IBFG auch zeitweise eventuelle Sorgen westdeutscher Beobachter im Hinblick auf den Wirkungsbereich

der Freundschaftsbewegung beschwichtigt haben. Denn schon die Gründung der in Tokyo ansässigen und als Dachorganisation der Bewegung konzipierten Freundschaftsgesellschaft sei laut Informationen des IBFG von Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialisten überschattet worden. Die in diesem Zusammenhang abgegebene Einschätzung der Verantwortlichen des IBFG in der japanischen Hauptstadt lautete schließlich, dass sich die Kontakte des Freundschaftskomitees DDR-Japan im Inselstaat im Wesentlichen auf eine „Handvoll germanophiler Professoren“ beschränken würden.⁸⁵

Unter diesen Bedingungen konnten Regierungsstellen in der Bundesrepublik und die mittlerweile in Japan sehr engagierten westdeutschen Gewerkschaften nur schwer erkennen, dass die Verfassung der Freundschaftsbewegung DDR-Japan – in der die verschiedenen ostdeutschen Anstrengungen der vorangegangenen Jahre zusammengelaufen waren – auch eine gewisse Aussagekraft über den allgemeinen Stand des ostdeutschen Regimes im einflussreichen linken Milieu des Inselstaates hatte. So war die Konstituierung der Freundschaftsbewegung nicht nur ein Ausdruck der Verbundenheit verschiedener marxistisch geprägter Intellektueller mit der DDR, des mittlerweile vorhandenen Einflusses des FDGB in den Reihen von Sōhyō, des zunehmenden Austausches zwischen der SED und der KPJ und der sich ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre vollziehenden Annäherung zwischen der ostdeutschen Staatspartei und den japanischen Linkssozialisten. Die Entwicklung der Freundschaftsbewegung demonstrierte ebenso den starken Einfluss von Gegensätzen innerhalb der japanischen Opposition auf die ostdeutsche Position in Japans linkem Milieu. Diese Gegensätze verstärkten sich analog zum Voranschreiten des Chinesisch-Sowjetischen Schismas. In diesem Sinne hatten die zunehmenden Spannungen zwischen Peking und Moskau auch erheblich zur „Paralysierung“ eines wesentlichen Teils der der KPJ nahestehenden Freundschaftsbewegung und schließlich der Gründung einer zweiten, der Sozialistischen Assoziation nahestehenden Bewegung beigetragen. Vor dem Hintergrund des komplizierten Verhältnisses der DDR zur japanischen Opposition mag es auch wenig verwundern, dass es bis zur Mitte der sechziger Jahre keine klare, von höherer Stelle vorgegebene Zielstellung für das ostdeutsche Engagement im Inselstaat gab. Dies sollte sich erst im Zuge der Ausweitung des japanischen Ost-West-Handels ändern.

V. HANDELSPOLITIK NACH CHINESISCHEM VORBILD: NEUE ZIELE IM ZEICHEN DES AUFSCHWUNGS DES JAPANISCHEN OST-WEST-HANDELS

Im Spätsommer / Herbst 1964 begannen sich tiefgreifende Veränderungen in der Ausrichtung der ostdeutschen Staatsführung gegenüber Japan zu vollziehen, die mit einer Information aus sowjetischen Diplomatenkreisen ihren Anfang nahmen. Am 21. September 1964 wurde Josef Hegen (1907–1969), stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten, von Pjotr A. Abrassimow (1912–2009), Botschafter der UdSSR in Ostberlin, über den Inhalt eines folgenreichen Gespräches zwischen dem Sekretär der sowjetischen Botschaft in Tokyo Note und einem „Mitarbeiter“¹ aus dem japanischen Außenministerium unterrichtet. Demnach habe Note besagten „Mitarbeiter“ auf das ostdeutsch-japanische Verhältnis sowie die Entsendung einer ostdeutschen Handelsdelegation nach Japan angesprochen, um so die japanische Meinung kennenzulernen, woraufhin ihm folgendes mitgeteilt wurde:

„Wenn von Seiten der DDR japanische Einreisevisa für offizielle Kreise der DDR bei Unterstreichung des offiziellen Charakters der Reise verlangt werden, werden Schwierigkeiten bei der Erteilung von Visa entstehen. Wenn jedoch vorerst die Delegation Handelscharakter trägt, aus Vertretern der Handelsorganisation einschließlich offizieller Vertreter besteht und ihr Auftreten Handelscharakter hat – die Delegation könnte bis zu 10 Personen betragen – erhält sie die volle Unterstützung der japanischen Seite.“²

Am 23. September 1964, zwei Tage nachdem die ostdeutsche Seite offiziell in Kenntnis gesetzt worden war, berichtete der Erste Sekretär des ZK der SED Walter Ulbricht über die Geschehnisse auf einer außerordentlichen Sitzung des Politbüros. Das Politbüro beauftragte im folgenden Schritt Willi Stoph (1914–1999), Vorsitzender des Ministerrates und stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates, die notwendigen Maßnahmen zur Entsendung einer Delegation zu veranlassen.³ In der Konsequenz wurde eine umfangreiche Konzeption zur Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen dem ostdeutschen Teilstaat und Japan für den Perspektivzeitraum bis 1970 vom Ministerrat der DDR verabschiedet⁴ und damit erstmals auf Regierungsebene eine konkrete Zielsetzung für das ostdeutsche Engagement im Inselstaat festgelegt.

Vor dem Hintergrund der äußerst positiven Entwicklung des japanisch-sowjetischen und des japanisch-chinesischen Handels der vorange-

gangenen Jahre und der dadurch in Tokyo angestoßenen Neubewertung der Möglichkeiten des wirtschaftlichen Austausches mit den Staaten des „Ostblocks“ dürfte auch das verstärkte japanische Interesse am Handel mit der DDR keineswegs unerwartet gekommen sein. Allerdings war noch nicht viel Zeit vergangen, seit sich unter den involvierten japanischen Akteuren die Sichtweise durchzusetzen begann, dass der Aufschwung des japanischen Ost-West-Handels unmittelbar im Zusammenhang mit dem Ausgreifen des Chinesisch-Sowjetischen Schismas auf die wirtschaftliche Kooperation zwischen Moskau und Peking stand. Die sowjetische Staatsführung hatte nämlich bereits am 16. Juli 1960 sämtliche nach China entsandten Experten, deren Gesamtzahl sich auf 1.390 Personen belief, zurückbeordert und mehr als 300 chinesisch-sowjetische Vereinbarungen gebrochen, sodass zahlreiche Projekte unvollendet blieben und das zu einer Zeit, als das vor den Ruinen der Politik des „Großen Sprungs nach vorn“ stehende und von klimatischen Katastrophen heimgesuchte China die größte Hungersnot des Jahrhunderts erfuhr.

Den chinesisch-sowjetischen Verwerfungen im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen hatte sich ein verstärktes handelspolitisches Werben der Staatsführungen in Moskau und Peking um Japan angeschlossen, das sich auch erheblich auf den allgemeinen Stellenwert der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem „Ostblock“ in den außenpolitischen Konzeptionen in Tokyo auswirkte. (Braddick 2004: 142, 168f.) In diesem Sinne soll im Folgenden untersucht werden, wie auch die ostdeutsche Handelspolitik gegenüber dem Inselstaat von den Vorgängen im japanisch-sowjetischen bzw. japanisch-chinesischen Handel geformt wurde und wie weit die Entwicklungen auf das ostdeutsch-japanische Verhältnis im Großen und Ganzen zurückfielen.

1. DIE STOSSRICHTUNG JAPANISCHEN OST-WEST-HANDELS ZU BEGINN DER SECHZIGER JAHRE

Die gegenüber offiziellen Repräsentanten der UdSSR zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft der japanischen Regierung, sich der DDR in Fragen des Handels anzunähern, wäre noch zu Beginn der sechziger Jahre kaum denkbar gewesen. Bald nach dem Abklingen der innenpolitischen Spannungen um die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages stellte sich heraus, dass sich die umfangreichen Proteste gegen die Kishi-Regierung vom Frühjahr 1960 kaum spürbar auf das japanische Verhältnis zu den Staaten des „Ostblocks“ ausgewirkt hatten. Die dem Kishi-Kabinett folgende Regierung unter Ikeda Hayato (1899–1965) verfolgte stattdessen einen außenpolitischen Kurs, der der Linie von Ikedas

Mentor Yoshida Shigeru nicht unähnlich war. Abseits von der unruhigen Politik in Asien suchte Ikeda Sicherheit über die Nähe zu den USA und konzentrierte sich primär auf die wirtschaftliche Entwicklung des Inselstaates. (Iokibe 2006: 105, 107, 110) Unter diesen Voraussetzungen reagierte die japanische Regierung zunächst noch zurückhaltend auf das im Sommer 1960 verstärkt einsetzende handelspolitische Werben von sowjetischer Seite um die politische Führung in Tokyo. So hatte auch Anastas I. Mikojan, der in seiner Funktion als Erster Stellvertreter des Ministerrates der UdSSR im August 1961 zur Eröffnung der sowjetischen Handels- und Industriemesse im Tokyoter Stadtteil Harumi nach Japan gereist war, mit seinen Bemühungen um die politische Führung in Tokyo und die japanischen Wirtschaftskreise keine entscheidenden Fortschritte für die Position der UdSSR im Inselstaat erzielen können. Denn die ungeklärte Berlinfrage und die politischen Entwicklungen auf Kuba hatten Spannungen zwischen Moskau und Washington hervorgerufen, die die japanische Regierung wie auch die japanischen Wirtschaftskreise zu einer stärkeren Hinwendung zu den Vereinigten Staaten bewogen hatten. Diese Gegebenheiten bedingten wiederum, dass auch das handelspolitische Interesse an der UdSSR in Japan nur wenig ausgeprägt war, als sich Mikojan im Inselstaat aufhielt. In der japanischen Presse wurde dem Ersten Stellvertreter des Ministerrates der Sowjetunion sogar der Spitzname „Red Salesman“ (*aka sēruman*) gegeben.

Allerdings war der Inselstaat zum Ende des Jahres 1961 in eine ernste Rezession gerutscht, die auch noch im folgenden Jahr die wirtschaftliche Entwicklung Japans hemmte. (Ki'ire 1983: 70–72) Als unter diesen Voraussetzungen im August 1962 eine offizielle japanische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Firmenvorsitzenden der Komatsu Ltd. Kawai Yoshinari (1886–1970) die UdSSR bereiste, stieg das japanische Interesse am Handel mit der Sowjetunion rapide. Am Ende des Aufenthaltes stand ein Abkommen über den Export japanischer Schiffe im Wert von 600 Millionen US-Dollar und ein auf acht Jahre ausgelegtes Arrangement über den Import von Holz aus Sachalin. Der Abschluss des Atomwaffenteststoppabkommens zwischen der Sowjetunion und den USA gab den japanischen Wirtschaftskreisen zudem die Zuversicht, dass sich das Verhältnis Moskau-Washington festigen werde und ließ das Interesse am Handel mit der UdSSR weiter steigen. So konnte schließlich auch Mikojan im Mai 1964 während seiner zweiten Japanreise vor Ort in Tokyo und Osaka mit hochrangigen japanischen Wirtschaftsvertretern eine Verständigung erreichen, die nicht nur einer Gruppe bestehend aus den drei Konzernen Mitsui, Mitsubishi und Sumitomo das Vorrecht sicherte, bei der Erschließung Sibiriens mitzuwirken. Grundsätzlich stand Mikojans wenig erfolgreicher Japanreise von 1961 drei Jahre darauf ein als „Miko-

jan-Boom“ (*Mikoyan būmu*) bezeichneter allgemeiner Aufschwung des japanisch-sowjetischen Handels gegenüber, der bereits 1964 und 1965 zum Abschluss einer Vielzahl umfangreicher Vereinbarungen etwa über die Errichtung chemischer Anlagen in der Sowjetunion führen sollte. (Kí'ire 1983: 75–78)

Vor dem Hintergrund, dass eine chinesische Handelsdelegation bereits kurz vor Mikojans zweitem Japanaufenthalt sehr intensiv um japanische Wirtschafts- und Regierungskreise geworben hatte, war in der Presse darüber spekuliert worden, dass sich Moskau und Peking bei der Anschaffung japanischer Maschinen sowie der Ausfuhr von Roheisen und Kohle nach dem Inselstaat zu überbieten versuchten. In der Tat deutete auch Verschiedenes daraufhin, dass sowohl sowjetische wie auch die chinesische Staatsführung den gegenseitigen Güter- und Warenverkehr absichtlich reduzierten, um beispielsweise größere Mengen Erdöl aus der UdSSR oder Nahrungsmittel aus China in Japan absetzen zu können. Der Historiker Christopher W. Braddick folgerte aus diesem Umstand, dass im Zuge des Niedergangs der chinesisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen Japan von den beiden Zentren des „Ostblocks“ nicht nur als alternativer Handelspartner gesehen wurde. Gleichwohl schienen sich die chinesisch-sowjetischen Rivalitäten im handelspolitischen Werben um den Inselstaat einen weiteren Kanal geschaffen zu haben. (Braddick 2004: 162)

In jedem Fall hatten die Vorgänge im japanisch-sowjetischen und im japanisch-chinesischen Handel diejenigen bestärkt, die sich dafür einsetzten, den Güter- und Warenaustausch mit dem „Ostblock“ unabhängig von politischen oder ideologischen Differenzen weiter auszubauen. Trotz der japanisch-sowjetischen Vertragsabschlüsse entfielen im Jahr 1962 nämlich gerade einmal 4,3 % der japanischen Gesamtausfuhr auf den „Ostblock“, bei einem Anteil von 4 % der Einfuhr vom Gesamtimport. Massive Steigerungen der Ausfuhren deuteten aber an, dass die sozialistischen Staaten, die zusammengenommen allein ein Drittel der Weltbevölkerung umfassten, durchaus als aufnahmefähige Märkte gesehen werden konnten. 1962 wurden nämlich die japanischen Exporte in die Gesamtheit der sozialistischen Staaten von 110 Millionen auf 213 Millionen US-Dollar erhöht und damit gegenüber dem Vorjahr um 106 % gesteigert. Zwar fielen von den Ausfuhren allein 70 % auf die UdSSR und 18 % auf China⁵, doch schien das Potenzial der Märkte im sozialistischen Teil Europas bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Obwohl das Wirtschaftswachstum in der DDR und der ČSSR – die industriell führenden Nationen unter den europäischen RGW-Staaten – zu der Zeit stagnierte und auch der Umfang der japanischen Ausfuhren in die beiden Länder gegenüber 1961 deutlich zurückging, gelang es allein

durch den Handel mit Rumänien, Ungarn und Polen die Exporte in jene Staatengruppe 1962 um 39 % von 12 auf 16,8 Millionen US-Dollar zu erhöhen. Und obwohl die Einfuhren aus besagtem Länderblock gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel zurückgingen und damit auch das Außenhandelsvolumen von ca. 36,5 Millionen auf ca. 32 Millionen US-Dollar sank, so stand doch am Ende – anders als noch in den Jahren zuvor – eine nahezu ausgeglichene Außenhandelsbilanz.⁶

1962 rangierte die DDR trotz ihrer Position als zweitstärkste Industrienation des RGW (Weber 1999: 322) mit einem ostdeutsch-japanischen Außenhandelsvolumen von etwas mehr als fünf Millionen US-Dollar hinter Rumänien und der ČSSR nur an dritter Stelle in der Listung der japanischen Handelspartner in Europa, die dem wirtschaftlichen Zusammenschluss der sozialistischen Staaten angehörten. Im Angesicht des hohen industriellen Entwicklungsstandes der DDR waren jedoch die an den Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum ostdeutschen Teilstaat geknüpften Erwartungen der japanischen Ost-West-Handelskreise groß.⁷ 1963 konnte das Außenhandelsvolumen zwischen dem Inselstaat und der Gesamtheit der europäischen RGW-Staaten gegenüber dem Vorjahr um fast 24 % auf knapp 40 Millionen US-Dollar gesteigert werden. Wie schon 1962 erzielte der Inselstaat einen nennenswerten Exportüberschuss. Allerdings war der japanische Güter- und Warenaustausch mit der DDR weiterhin rückläufig, sodass das ostdeutsch-japanische Außenhandelsvolumen 1963 um etwas mehr als 25 % auf 3,8 Millionen US-Dollar zurückging. Nach der Überwindung der zuvor herrschenden Wachstumskrise im ostdeutschen Teilstaat erschienen ab 1964 jedoch die Voraussetzungen für die Verbesserung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen durchaus vorteilhaft. Diese positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der DDR sollte sogar noch bis 1970 anhalten (Bethkenhagen 1979: 389) und hinterließ selbst im westlichen Ausland Eindruck. Zum Teil wurde gar vom „zweiten deutschen Wirtschaftswunder“ gesprochen. (Muth 2000: 34) Unter diesen Bedingungen begannen 1964 die zuständigen ostdeutschen Außenhandelsstellen die bisherige Handelspolitik gegenüber Japan zu überdenken, um auch den ostdeutsch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen neue Impulse zu geben.

1.1 NEUAUSRICHTUNG DER HANDELS- UND WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Die massive Ausweitung des japanisch-sowjetischen Handels durch die Vertragsabschlüsse vom August 1962 hatte man in der DDR mit großem Interesse verfolgt. Gerade im Zusammenhang mit der Reise der hochrangigen Wirtschaftsdelegation um Kawai Yoshinari in die UdSSR suchten

ostdeutsche Repräsentanten in Moskau die Konsultation mit sowjetischen Japanexperten. Der Kooperationsbereitschaft des Außenministeriums der UdSSR war es auch zu verdanken, dass man unmittelbar im Anschluss an die Ereignisse aus erster Hand wichtige Einschätzungen erhielt, etwa über die von der sowjetischen Seite angestrebten Schwerpunkte des Imports aus Japan, d. h. Schiffe, komplette Industrie- und Elektroanlagen, die damit verbundene Absicht des Abschlusses eines langfristigen Handelsabkommens und die vermeintliche „Furcht“ in Japan vor einem Konjunkturrückgang, welche die Entwicklung des japanisch-sowjetischen Handels begünstigen würde. In diesem Kontext stand auch die Prognose aus Moskau, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Inselstaat sehr schnell entwickeln werden und darüber hinaus in Tokyo das Interesse an der Festigung des Handels mit den meisten sozialistischen Staaten zunehmen werde, trotz der engen handelspolitischen Anbindung Japans an die USA.⁸ Allerdings war auch zwei Jahre darauf der Handel zwischen der DDR und dem Inselstaat alles andere als gefestigt. Im MAI war man sich zwar über die unzureichend ausgenutzten Möglichkeiten der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Japan im Klaren, doch erst im Rahmen der Reform der ostdeutschen Planwirtschaft und der Überwindung der Wirtschaftskrise in der DDR kamen Mechanismen in Gang, welche die ostdeutsche Handelspolitik gegenüber dem Inselstaat mit der neuen Orientierung des japanischen Ost-West-Handels in Einklang bringen sollten.

Spätestens seit Ende Juli 1964 wurde im MAI an konkreten Strategien zur Verbesserung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Japan gearbeitet. Dem gegenüber sowjetischen Repräsentanten zum Ausdruck gebrachten gesteigerten Interesse der japanischen Regierung am ostdeutsch-japanischen Handel vom September des Jahres gingen also wenige Monate zuvor Überlegungen zur Stärkung des Güter- und Warenverkehrs zwischen der DDR und Japan von ostdeutscher Seite voraus. Denn die ostdeutsch-japanischen Handelsbeziehungen kränkelten schon seit Jahren. Als sich am Beginn der sechziger Jahre herausstellte, dass die sozialistischen Staaten nicht in der Lage waren, die zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards der ostdeutschen Bevölkerung erforderlichen Nahrungsmittel und Konsumgüter bereit zu stellen, begann die Staatsführung in Ostberlin, die entsprechenden Waren aus dem Westen zu importieren. Die zu diesem Zweck aufgenommenen kurzfristigen Kredite hatten schon bald eine aussichtslose wirtschaftliche Situation in der DDR herbeigeführt, die vorerst nur durch die Gewährung sowjetischer Darlehen im Umfang von mehreren Millionen Mark zwischen 1960 und 1962 abgewendet werden konnte. (Gray 2003: 124) Im Angesicht der prekären wirtschaftlichen Lage war man in der DDR auch dazu übergegangen, den

Güter- und Warenaustausch mit Japan fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der maximalen Ausschöpfung von Devisen zu betreiben⁹, nachdem sich erste Ansätze einer solchen ostdeutschen Handelspolitik gegenüber dem Inselstaat bereits in den ausgehenden fünfziger Jahren abgezeichnet hatten.¹⁰

So wurden die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und der DDR seit dem Beginn der sechziger Jahre durch ein äußerst un- ausgeglichenes Verhältnis von Ausfuhren und Einfuhren belastet. Am deutlichsten wurde dies im Jahr 1962: Durch Ausfuhren nach Japan im Umfang von 4,7 Millionen US-Dollar gegenüber Einfuhren aus dem Inselstaat im Umfang von 369.000 US-Dollar betrug das Verhältnis zwischen Export und Import 13:1 zugunsten der DDR. Schon 1961 führte die wenig ausgeglichene Handelsstruktur dazu, dass die japanische Regierung die Verteilung von Lizenzen verzögerte. Verantwortliche des MAI waren sich auch durchaus im Klaren, dass das unvorteilhafte Verhältnis sowie das seit 1961 rückläufige Außenhandelsvolumen u. a. auf eine un- genügende Bearbeitung des japanischen Marktes zurückzuführen waren. Das Verhältnis von Ausfuhren und Einfuhren bedingte wiederum indi- rekte Beschränkungen der japanischen Regierung gegenüber dem DDR- Export, während das Fehlen offizieller Beziehungen zwischen dem ost- deutschen Teilstaat und Japan einen Ausbau des Handels zusätzlich er- schwerte. Mit der zielgerichteten Entwicklung des Imports bestand aller- dings nach Auffassung der verantwortlichen Außenhandelsfunktionäre die Möglichkeit einer Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbezie- hungen.¹¹

Es war wohl kein Zufall, dass die Überlegungen im MAI, zeitlich mit der Reform des bestehenden Wirtschaftssystems in der DDR zusammen- fielen. Die Krise der ostdeutschen Wirtschaft, in deren Rahmen die indus- trielle Zuwachsrate zwischen 1959 und 1961 von zwölf Prozent auf sechs Prozent sank, sowie Diskussionen über Veränderungen der ökonomi- schen Struktur in der UdSSR hatten dazu geführt, dass die ostdeutsche Staatsführung wirtschaftliche Reformen initiierte (Weber 2006: 64), denen gleichwohl das Anliegen der Rückgewinnung des Vertrauens der Bevöl- kerung nach dem Mauerbau oder wenigstens einer stillschweigenden Duldung der Parteiherrschaft zugrunde lag. Das zu diesem Zweck im Rahmen des VI. Parteitages der SED vom Januar 1963 auf den Weg ge- brachte NÖSPL folgte daher dem Grundgedanken, eine neue Form der Rentabilität in der Wirtschaftsplanung der DDR herbeizuführen. Um dies zu erreichen, wurde die „Verwissenschaftlichung“ der Planung und Lei- tung der Wirtschaft, die Rücknahme der zentralen Plankompetenzen durch die Umstrukturierung der Vereinigten Volkseigenen Betriebe so- wie die Aktivierung einzelner Marktmechanismen durch die Schaffung

eines geschlossenen „Systems ökonomischer Hebel“ – das wiederum auf der Einführung von Marktpreisen, Abgaben, Zinsen und Gewinnen wie auch Prämien und Löhnen fußte – angestrebt. (Hildebrandt 2010: 474) Tatsächlich zeigten sich erste Erfolge der Wirtschaftsreformen sehr bald, wie etwa die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung unterstrich. Ebenfalls im Kontext des VI. Parteitages der SED vom Januar 1963 stand das Programm zur Ausgestaltung der sozialistischen Außenpolitik der DDR. Besagtes Programm erklärte die Festigung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems zu einer Angelegenheit von höchster Priorität. In der Konsequenz wurde u. a. eine Weiterentwicklung der Arbeitsteilung im Rahmen des RGW beabsichtigt, sodass man sich im ostdeutschen Teilstaat auch bald auf den Ausbau der chemischen Industrie einschließlich des Anlagenbaus konzentrierte und im Gegenzug Produktionskapazitäten in der Elektroindustrie an die UdSSR abgab. (Haftendorn 2001: 153f.; Weber 1999: 321)

Vor dem Hintergrund jener einschneidenden wirtschaftlichen Entwicklungen hatte der Ministerrat am 5. Oktober 1964 auf Grundlage der konzeptionellen Überlegungen des MAI zur Normalisierung der Handelsbeziehungen¹² eine umfassende Neuausrichtung der ostdeutschen Handelspolitik gegenüber Japan für den Zeitraum bis 1970 festgelegt, gleichzeitig aber mit Blick auf die noch ausstehende Prüfung der Bedingungen vor Ort Spielraum für eine Modifizierung verschiedener Abschnitte der Konzeption gelassen. Folglich stand am Beginn der eingeleiteten Maßnahmen die geplante Entsendung einer ostdeutschen Handelsdelegation nach Tokyo im Oktober 1964, deren Leitung der stellvertretende Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiss (1919–1986) übernehmen sollte. Nachdem bereits im vorangegangenen Jahr die Abgabe von Produktionskapazitäten im Bereich der Elektroindustrie an die UdSSR eingeleitet worden war, glaubte man in der DDR zunächst auf dem Gebiet der Elektronik einen möglichen Schwerpunkt des wirtschaftlichen Austausches mit Japan erkannt zu haben.¹³

Um die Handelsbeziehungen zwischen der DDR und dem Inselstaat in die gewünschte Richtung lenken zu können, wurden einige Maßnahmen als besonders vordringlich erachtet und entsprechend zu den Hauptaufgaben der geplanten Delegation nach Japan um Weiss erklärt. Diese umfassten den Abschluss einer Vereinbarung über die Errichtung einer Handelsmission in Ostberlin und Tokyo mit konsularischen Rechten oder zumindest einer Handelsvertretung des MAI in der japanischen Hauptstadt; die Eruiierung von Möglichkeiten zur Lizenznahme im Bereich der Elektronik, des Kaufs der dazugehörigen Ausrüstungen wie auch die Prüfung der Voraussetzungen zur Bezahlung entsprechender Importe durch Maschinen und Ausrüstungen aus

der DDR sowie abschließend die Herstellung bzw. Vertiefung von Kontakten zu einflussreichen Persönlichkeiten aus der japanischen Bürokratie und Wirtschaft.

Grundsätzlich war mit der handelspolitischen Vorgabe für Japan vom Oktober 1964 jedoch noch deutlich mehr verbunden gewesen als allein die Errichtung von Handelsvertretungen in der jeweiligen Hauptstadt oder die Ausschöpfung eines, wie es hieß, „vorteilhaften“ Lizenzhandels. Ebenso sollte auf der einen Seite mit Blick auf die Liberalisierung des japanischen Außenhandels ein „angemessener“ Überschuss an freien Devisen sowie die Inanspruchnahme japanischer Exportfördermaßnahmen – insbesondere langfristiger kommerzieller Kredite – gesichert werden. Zum anderen verfolgte man eine „umfassende Ausnutzung“ der strukturellen Stärken der japanischen Wirtschaft für den Import „volkswirtschaftlich wichtiger“ Erzeugnisse, die etwa das technische Leistungsvermögen des Maschinenbaus der DDR unterstützen sollten, wie auch die Wahrnehmung von Kooperationsmöglichkeiten, den Kauf von Anlagen bzw. Anlageteilen auf dem Gebiet der Elektronik und die Errichtung von Chemieanlagen im ostdeutschen Teilstaat. Die entsprechenden Importe aus Japan glaubte man wiederum mit ostdeutschen Exporten von vorzugsweise Maschinen und Ausrüstungen in andere „kapitalistische“ Regionen und Länder, wie etwa nach Okinawa oder auf die Philippinen, koppeln zu können. Ein passender Rahmen für die Umsetzung der Maßgaben aus Ostberlin sollte mit dem Abschluss eines langfristigen Handels- und Zahlungsabkommens zwischen beiden Regierungen bzw. zwischen dem MAI und dem MITI auf der Basis freier Devisen geschaffen werden.

Die erforderlichen Anreize, um den ostdeutschen Anliegen im Inselstaat Gehör zu verschaffen, hatte man in der Aussicht einer Steigerung der japanischen Ausfuhren in die DDR zu erkennen geglaubt. Durch die Ausweitung der Importe aus Japan von Mikroelektronik, Halbleitertechnik, Lichtquellen, passiven Bauelementen, Elektronenröhren, elektronischen Geräten, Messgeräten, Chemieanlagen oder Frachtschiffen (20.000–30.000tdw) sollte eine Hebelwirkung zur Steigerung der Exporte nach dem Inselstaat von beispielsweise Werkzeugmaschinen, Büromaschinen, feinmechanisch-optischen Geräten, Textilmaschinen oder auch Kali entfaltet werden. Dabei lautete die Maßgabe, dass Erzeugnisse der Metall verarbeitenden Industrie der DDR wenigstens 60 % der Gesamtausfuhren nach Japan abdecken sollten. Bis 1970 war eine Steigerung der Exporte nach dem Inselstaat auf einen Wert von ca. 25 Millionen US-Dollar (100 Millionen Valuta-Mark) sowie die Erhöhung der Einfuhren aus Japan auf einen Wert von ca. 12,5 Millionen US-Dollar (50 Millionen Valuta-Mark) vorgesehen worden.¹⁴

Um die Möglichkeiten zur Umsetzung der Konzeption richtig beurteilen zu können, wurde noch vor der geplanten Reise des stellvertretenden Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel die Entsendung einer Vordelegation bestehend aus MfAA- und MAI-Vertretern in Erwägung gezogen, die mit den entsprechenden Dienststellen des MITI und sofern möglich zum Außenministerium in Tokyo Kontakt aufnehmen sollten. Denn wie weit die Verhandlungsbereitschaft der japanischen Seite wirklich ging, war zu diesem Zeitpunkt noch vollkommen ungewiss und bedurfte auch nach Verbreitung der sowjetischen Information aus Tokyo genauerer Klärung. Parallel wurde außerdem die Entsendung von Vertretern verschiedener ostdeutscher Industriezweige in Form einer Export-Import-Delegation vorbereitet, die wiederum die Besonderheiten des japanischen Markts untersuchen sollte.¹⁵ Mit der ersten Kontaktaufnahme zu japanischen Regierungsstellen wurden am Ende zwei Minister vom ZK der SED betraut¹⁶, namentlich Erich Markowitsch (1913–1991), Erster Stellvertretender Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates und Mitglied des Ministerrates, sowie der Minister für Kultur Hans Bentzien (*1927). Mit der Ausarbeitung der Direktive für das Auftreten der beiden Regierungsmitglieder wurde das MfAA beauftragt¹⁷. Grundlage für die Vorgaben bildeten aber Arbeitsmaterialien der Staatlichen Plankommission und des MAI.¹⁸

Die stets präsenten Komplikationen um die Einreise ostdeutscher Funktionäre nach Japan waren auch in diesem Fall existent, konnten aber dank der bevorstehenden XVIII. Olympischen Sommerspiele in Tokyo umgangen werden. Als Ehrengästen des Nationalen Olympischen Komitees der DDR wurde auch den Ministern die Einreise nach Japan gestattet.¹⁹ Die Maßgaben des Ministerrates ließen sich dennoch nicht ganz ohne Schwierigkeiten vorantreiben. Als im September 1964 über sowjetische Stellen die Verhandlungsbereitschaft der japanischen Seite signalisiert wurde, versuchte zunächst das MfAA mit Hilfe des Außenministeriums der UdSSR über die sowjetische Botschaft in Tokyo die notwendigen Kontakte herzustellen. Sowjetische Stellen gaben jedoch inoffiziell zu verstehen, dass man aufseiten der UdSSR durchaus bereit sei, weiterhin Informationen zu übermitteln, man sich aber nicht imstande sehen würde, bei der unmittelbaren Herstellung von Kontakten mitzuwirken.²⁰ Die ostdeutsche Seite war daher auf die wenigen eigenen Verbindungen zu japanischen Wirtschaftsvertretern angewiesen, um an Regierungsstellen in Tokyo heranzutreten. Der Informationsaustausch mit Repräsentanten der „Bruderstaaten“ blieb aber dessen ungeachtet ein kaum verzichtbarer Aspekt des ostdeutschen Wirkens in Japan.

1.2 PRIVATABKOMMEN ALS ZUKÜNFTIGES KERNSTÜCK DES OSTDEUTSCHEN JAPAN-HANDELS?

Die beiden ostdeutschen Minister verfügten zur Zeit ihrer Ankunft in Japan im Oktober 1964 nur über eine sehr überschaubare Zahl von Anknüpfungspunkten, um auf handelspolitischem Gebiet tätig zu werden. Zwar betrieb man im ostdeutschen Teilstaat schon seit Längerem umfangreichere Geschäfte mit japanischen Großunternehmen wie der Nichimen Co., Ltd., die 1957 aus dem Handelshaus Nichimen jitsugyō hervorgegangen war und auch als Vertreter verschiedener Außenhandelsunternehmen der DDR im Inselstaat fungierte.²¹ Politische Unterstützung war allerdings von solcher Seite nicht zwangsläufig zu erwarten. Zunächst waren es daher nur kleinere Unternehmen, wie etwa das eine Belegschaft von 40 Personen umfassende und über ein vergleichsweise geringes Stammkapital von 111.000 US-Dollar (40 Millionen Yen) verfügende Exportunternehmen Kyōhō tsūshō²², die sich als generelle Förderer der DDR in Japan gaben und diese Haltung auch durch Beauftragte gegenüber höchsten ostdeutschen Repräsentanten wie Willi Stoph oder dem Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Julius Balkow (1909–1973) während der Leipziger Frühjahrsmesse 1964 artikulierten.²³ Doch hatten Unternehmen solcher Art keinen weitreichenden Einfluss in Japan, da sie im Handel mit den Staaten des „Ostblocks“ vor allem als Mittelsmänner fungierten.

Bis zum Beginn der sechziger Jahre war es noch besonders üblich, dass einige Großgeschäfte mit einzelnen sozialistischen Staaten und auch anderen bestimmten Ländern über solche als Dummy-Firmen (*Damī shōsha*) bezeichnete Unternehmen abgewickelt wurden, da ansonsten der Handel mit anderen wichtigen Großabnehmern beeinträchtigt werden konnte. Wenn daher beispielsweise ein Großkonzern wie Mitsui, der mit verschiedenen arabischen Ländern Handel betrieb, auch Geschäftsbeziehungen nach Israel pflegen wollte, trat das Unternehmen Mitsui nicht etwa selbst in Erscheinung, sondern etablierte stattdessen eine Einrichtung, die stellvertretend die Interessen des Mitsui Konzerns in dem mit weiten Teilen der arabischen Welt verfeindeten Israel wahrnahm. Andere Beispiele solcher Art fanden sich vor allem in China, Nordkorea, Nordvietnam oder auf Kuba. (Asano 1970: 158f.) 1964 machten allerdings auch Großunternehmen Direktgeschäfte, sodass der Umsatz der Strohfirmen zurückging und diese nun beispielsweise in der DDR nach Möglichkeiten suchten, um den Ausfall auszugleichen.²⁴ Es entbehrt also nicht einer gewissen Ironie, dass sich die ostdeutschen Minister, deren Japanreise erst der Ausweitung des japanischen Ost-West-Handels geschuldet war, bei ihren Bemühungen zunächst vor allem auf Gruppen stützen mussten, denen sich aus der vergleichsweise offenen handelspolitischen Orientierung der

Ikeda-Regierung gegenüber den Staaten des „Ostblocks“ vorwiegend Nachteile ergaben.

Obwohl im Abschlussbericht der ostdeutschen Emissäre das Engagement verschiedener japanischer Wirtschaftsexponenten bei der Anbahnung von Kontakten sehr lobend erwähnt wurde, war es im Grunde doch nur ein potenzieller Helfer, der über weitreichenden Einfluss in japanischen Wirtschaftskreisen verfügte, nämlich Kitamura Tokutarō. Der japanische Finanzminister in Ashida Hitoshis (1887–1959) Kabinett (März 1948 bis Oktober 1948) und Direktor der Shinwa Bank leistete schon seit der Mitte der fünfziger Jahre als Mitbegründer und ab 1958 als Vorsitzender der Japan-Soviet and East European Trade Association (*Nisso tōō bōeki kyōkai*, JSEETA) Pionierarbeit bei der Erschließung des Handels mit der UdSSR und den sozialistischen Staaten Europas.²⁵ Kitamura setzte sich auch entsprechend für die ostdeutsch-japanischen Handelsbeziehungen ein. Nachdem Vertreter der damals noch ohne den Namenszusatz „East European“ agierenden Japan-Soviet Trade Association bereits im November 1955 mit ostdeutschen Stellen ein Handelsabkommen auf Kompensationsbasis geschlossen hatten, unterzeichnete der Vorsitzende der Gesellschaft am 16. Oktober 1962 gemeinsam mit der KfA ein Protokoll zur Ausweitung des Handels. Das Fehlen geeigneter ostdeutscher Exportwaren zur Mitte der fünfziger Jahre und die Befürchtungen des japanischen Außenministeriums, dass das Abkommen von 1962 den Anschein einer offiziellen oder halboffiziellen Abmachung haben könnte²⁶, bedingten jedoch, dass keine der Vereinbarungen am Ende umgesetzt werden konnte.

Im Kontext der eingeleiteten Neuausrichtung der ostdeutschen Handelspolitik gegenüber Japan schien eine engere Kooperation mit der JSEETA allerdings weniger wünschenswert, da sich die Vereinigung vorzugsweise auf den Geschäftsverkehr mit Dummy-Firmen konzentrierte. So koordinierte die JSEETA zwar ihre Tätigkeit ebenso mit Regierungsstellen in Tokyo und verfügte durch ihr langjähriges Engagement über tiefgreifende Wurzeln im Ost-West-Handel. Doch genügte die Gesellschaft nach dem Einstieg der japanischen Finanzwelt und der japanischen Großunternehmen in den Handel mit den sozialistischen Staaten nicht mehr den nun gestellten Anforderungen. In diesem Sinne war im Verlauf des Jahres 1966 eine grundlegende Reorganisation des Zusammenschlusses angestrebt worden, die jedoch aufgrund der Entscheidung des JSEETA-Vorstandes, die Vereinigung zum 31. Dezember des Jahres aufzulösen, nicht mehr erfolgte.²⁷ Im MAI brachte man bereits nach der Japanreise der Minister die Bedenken zum Ausdruck, dass eine zu starke Konzentration auf die Zusammenarbeit mit der JSEETA einer allgemeinen Ausweitung des ostdeutschen Handels mit Japan abträglich sein könnte.²⁸ Vor Ort in

Japan hatte sich außerdem gezeigt, dass speziell der Vorsitzende der Vereinigung Kitamura zwar über gute Kontakte zum MITI in Tokyo verfügte und durchaus bereit war, diese zum Einsatz bringen. Doch hatte sich ebenso herausgestellt, dass es mit den gegebenen ostdeutschen Verbindungen im Inselstaat nicht möglich war, unmittelbar an das japanische Außenministerium heranzutreten. Gespräche der ostdeutschen Minister mit entscheidenden japanischen Regierungsstellen über den Ausbau des bilateralen Handels waren so von vornherein ausgeschlossen.

Im Zeichen der massiven Ausweitung des japanisch-sowjetischen Handels bemühten sich stattdessen Kitamura und andere Wirtschaftsvertreter direkt um das handelspolitische Vorankommen der DDR in Japan und verschafften den ostdeutschen Ministern zunächst einmal Aufmerksamkeit. Im Rahmen einer Pressekonferenz wurden etwa die japanischen Medien mit Namen wie Kawai Yoshinari, Vorsitzender der Komatsu Co., Ltd., oder Ibuka Masaru (1908–1997), Präsident und Mitbegründer der Sony Corporation, gespeist.²⁹ Ein gut platziertes Interview machte die Leserschaft der *Mainichi shinbun* als einer der auflagenstärksten japanischen Tageszeitungen zudem auf die Möglichkeiten des Handels mit der DDR und den gegenwärtigen Japanaufenthalt der beiden ostdeutschen Emisäre aufmerksam. (*Mainichi shinbun* 1964) Im Resultat dieser Kampagnen war es insbesondere Markowitsch möglich, mit führenden Exponenten der japanischen Wirtschaft zusammenzutreffen.

In den Gesprächen stellte sich bald heraus, dass der unterstützenden Haltung der Gastgeber, egal ob Großkonzern oder Strohfirma, zumeist ein und dieselbe Linie zugrunde lag, die allem Anschein nach darauf abzielte, die ostdeutsche Handelspolitik gegenüber dem Inselstaat in eine bestimmte Richtung zu lenken. Die hervorstechende Analogie der an Markowitsch adressierten Empfehlungen war in diesem Sinne der Ratsschlag, vorerst staatliche Stellen bei der Ausweitung des Handels auszuklammern. Da von einem aggressiven Vorgehen gegenüber der japanischen Regierung ohnehin kein Erfolg zu erwarten sei, erschien die Erweiterung des Handels auf Grundlage privater Abkommen im Anschluss an die Gespräche am naheliegendsten. Durch den Abschluss privater Vereinbarungen würde nämlich die Möglichkeit bestehen, über Abgeordnete des Ober- und Unterhauses mit Bezug zu entsprechenden Unternehmen, Einfluss auf Regierungsstellen auszuüben.³⁰ Unabhängig davon, ob mit solchen Ratschlägen in erster Linie das Ansinnen einer allgemeinen Stärkung der handelspolitischen Position der DDR im Inselstaat einherging oder nicht, die vorgeschlagene Strategie entsprach durchaus einer bewährten handelspolitischen Vorgehensweise, mit der zuvor Peking in der Lage gewesen war, massive Fortschritte in der Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Japan auf breiter Basis zu erzielen.

1.3 VORBILDFUNKTION CHINESISCHER HANDELSPOLITIK

Mit Blick auf die herausragende Bedeutung des japanisch-chinesischen Güter- und Warenaustausches in der Vorkriegszeit suchte man in Tokyo seit dem Abschluss des Friedensvertrages von San Francisco auch verstärkt die Nähe zum kommunistischen Regime in China und berief sich dabei auf die Formel einer Trennung von Politik und Wirtschaft (*seikei bunri*). (Iokibe 2006: 93) Die chinesische Führung war wiederum sehr bemüht gewesen, aus den japanischen Ambitionen politischen Nutzen zu ziehen. Zunächst versuchte man in Peking über den Weg privater Handelsvereinbarungen, die außenpolitische Linie der Regierung in Tokyo zu untergraben. Vier solcher Abkommen wurden zwischen 1952 und 1958 geschlossen. (Soeya 1998: 44) Die von chinesischer Seite angestrebte Institutionalisierung des japanisch-chinesischen Handels ließ sich allerdings auf diese Weise nicht umsetzen. Nach dem Flaggenvorfall in Nagasaki vom Mai 1958 vergingen mehr als zwei Jahre bis der Rücktritt von Ministerpräsident Kishi und die Konstituierung des Ikeda-Kabinetts eine Fortführung der beidseitigen Handelsbeziehungen möglich werden ließ und schließlich am 29. Juli 1960 erstmals wieder eine chinesische Handelsdelegation in Japan eintraf. In der Zwischenzeit entschied man sich in Peking für einen Strategiewechsel und brach so mit der Vorgehensweise der fünfziger Jahre.

Dass die chinesische Staatsführung nach Ikedas Regierungsantritt eine Handelspolitik nach anderen Grundsätzen verfolgte, wurde Suzuki Kazuo, Geschäftsleiter der Gesellschaft zur Förderung des japanisch-chinesischen Handels (*Nicchū bōeki sokushinkai*), im August 1960 vom chinesischen Premierminister Zhou Enlai persönlich dargelegt. Demnach sollten in Zukunft drei Prinzipien die Grundpfeiler des bilateralen Handels bilden, nämlich staatliche Abkommen, private Übereinkünfte und individuelle Gegenleistungen. Immer noch hatte der Abschluss von Vereinbarungen auf staatlicher Ebene die höchste Priorität, doch vertrat Zhou den Standpunkt, dass bis zu deren Verwirklichung bereits auf privater Basis Handel zwischen japanischen Unternehmen und chinesischen Organisationen betrieben werden könne. Auf diese Weise erhielten auch nicht-staatliche Kreise in Japan die Möglichkeit, neue Kanäle zu Regierungsstellen in Peking aufzubauen. Schon bald danach wurde ersichtlich, dass sich die chinesische Staatsführung mit einer solchen Strategie so viele pro-chinesische Elemente wie möglich für wirtschaftliche und politische Ziele zunutze machen wollte.

Dank der auf langfristigen Erwägungen gründenden und daher vergleichsweise flexiblen Haltung der Ikeda-Regierung gegenüber Peking – die auch mit Blick auf die durch den abrupten Niedergang der chinesisch-sowjetischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gegebenen Möglich-

keiten vom japanischen Außenministerium stark befürwortet wurde (Braddick 2004: 156) – war der chinesischen Strategie ein gewisser Erfolg beschieden. (Soeya 1998: 60–64) Einerseits wurden die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern so weit ausgebaut, dass der Umfang des japanisch-chinesischen Handels im Jahr 1964 den Umfang des wichtigen japanisch-taiwanesischen Handels überstieg. Andererseits konnte gegen Ende des Jahres 1962 eine Institutionalisierung der Handelsbeziehungen durchgesetzt werden, die zumindest den Anschein einer semi-staatlichen Kooperation trug. Der sogenannte LT-Handel (*LT bōeki*), dessen Bezeichnung sich aus den Initialen der beiden Unterzeichner des entsprechenden Memorandums – Liao Chengzhi (1908–1983) und Takasaki Tatsunosuke (1885–1964) – ableitete, wurde indirekt auf verschiedene Weise von staatlicher Seite in Japan unterstützt. Die Regierung in Tokyo war etwa beim Start der Vereinbarung in Fragen um Krediterweiterungen involviert, während im Verlauf der Jahre eine Vielzahl von Bürokraten aus japanischen Ministerien in das LT-Verbindungsbüro nach Peking entsandt wurde. Der Politikwissenschaftler Soeya Yoshihide vertrat allerdings die Ansicht, dass der LT-Handel nur dem äußeren Anschein nach staatliche Züge aufwies und das Zustandekommen der Vereinbarung letztendlich Initiativen von nicht-staatlichen Akteuren zu verdanken gewesen sei. (Soeya 1998: 79) Dennoch, der Ausbau des bilateralen Handels unter Einbeziehung offizieller Stellen bei vergleichbar schwierigen außenpolitischen Grundvoraussetzungen hatte für die ostdeutsche Seite nach dem Japanaufenthalt von Markowitsch Vorbildcharakter. Dazu trug auch die Vermittlertätigkeit des JSEETA-Vorsitzenden Kitamura bei.

Nicht nur, dass der ehemalige japanische Finanzminister den Ersten Stellvertreter des Volkswirtschaftsrates der DDR Markowitsch mit Einigen der wichtigsten Exponenten der japanischen Wirtschaft zusammenbrachte. Tatsächlich gelang es ihm, kurz vor Ende des Japanaufenthaltes der ostdeutschen Emissäre in seinem Büro ein zwölfminütiges inoffizielles Treffen mit dem japanischen Minister für Internationalen Handel und Industrie Sakurauchi Yoshio (1912–2003) zu organisieren.³¹ Obwohl Sakurauchi, der seine politische Nähe zu Kitamura gegenüber Markowitsch explizit hervorhob, den Handel mit der DDR wie auch mit den anderen sozialistischen Staaten nach eigenen Aussagen befürworten würde, so sei es doch laut Sakurauchi gegenwärtig Grundsatz der Politik der japanischen Regierung, keine Handelsabkommen mit sozialistischen Ländern zu schließen, zu denen Japan keine diplomatischen Beziehungen pflegen würde.³² Der japanische Minister wie auch zahlreiche wichtige Gesprächspartner, darunter Kawai Yoshinari³³, bestätigten, dass die Forderung nach einem langfristigen Handelsabkommen verfrüht erschien, ganz zu schweigen von der Frage einer ostdeutschen Handelsmission,

die der sowjetische Botschafter in Japan Wladimir M. Winogradow (1921–1997) für noch nicht diskutabel hielt.³⁴ Stattdessen verwiesen Sakurauchi, wie auch viele Vertreter wichtiger Unternehmen auf das chinesische Vorgehen als Orientierung für die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Japan.³⁵ Dass auch Yamada Hisanari (1907–1987), ehemaliger außerordentlicher und bevollmächtigter japanischer Botschafter in der UdSSR und ehemaliger Staatssekretär im japanischen Außenministerium, vom Erfolg eines Vorgehens nach dem in Peking konzipierten Muster ausging, hatte Markowitsch in seinem Abschlussbericht besonders hervorgehoben. Denn der ostdeutsche Minister vermutete, dass Yamada vom japanischen Außenministerium instruiert worden sei, da die Behörde den direkten Kontakt hatte vermeiden wollen.³⁶ Ein nicht näher benannter Vertreter eines Unternehmens präzierte die gegenwärtigen Möglichkeiten der ostdeutschen Seite zur Einflussnahme auf die japanische Regierung schließlich explizit:

„Führen Sie doch die Verhandlungen fast bis zur Vertragsreife über die Lieferungen von ein oder zwei großen Repräsentativanlagen mit großen Konzernen und machen Sie dann die endgültige Unterschriftsleistung von bestimmten Bedingungen als erste Schritte der Konzeption der Normalisierung des Handels abhängig. Sie werden sehen, wie aufgrund unserer Erfahrungen der Entwicklung des Handels zwischen Japan und der Sowjetunion sowie China die offiziellen Stellen dann entsprechende Billigungen erteilen.“³⁷

In Anlehnung an die Gespräche fasste Markowitsch seine Empfehlung für das weitere ostdeutsche Vorgehen in drei wesentlichen Punkten zusammen: (1) Zunächst sollte die Entsendung ostdeutscher Handelsvertreter nach Tokyo in kleinen Gruppen erfolgen. (2) Die Regelung der Visafragen könnte geklärt werden im Zusammenhang mit der Tätigkeit einiger Repräsentativgeschäfte, die wirkliches Interesse an einer Ausweitung des Handels demonstrieren sollen. (3) Die Bildung einer Gesellschaft zur Förderung des Handels mit der DDR würde den ganzen Prozess unterstützen. Eine solche Gesellschaft sollte zweckmäßigerweise aus Unternehmen bestehen, die bereits im Handel mit der DDR aktiv seien bzw. aufgrund der Aussprachen nun besonderes Interesse am Handel mit der DDR zeigen würden.³⁸

Am Ende sollten die von chinesischen Strategien beeinflussten Empfehlungen von Markowitsch den weiteren handelspolitischen Kurs der DDR gegenüber Japan bestimmen. Die aus dem Japanaufenthalt des Ministers gezogenen Schlussfolgerungen wurden allerdings von bestimmten ostdeutschen Regierungsstellen kritisiert. Im MAI existierten Ansichten, dass nach der im September 1964 artikulierten Verhandlungsbereitschaft der japanischen Regierung, eine zu starke Fokussierung auf be-

stimmte Unternehmensgruppen nicht im Einklang mit den Zielen der DDR stehen würde, da so die vollen Möglichkeiten des ostdeutschen Handels mit Japan nicht ausgeschöpft werden könnten.³⁹ Tatsächlich hat es aber den Anschein, dass keine erfolgversprechende Alternative zum Vorgehen nach dem chinesischen Vorbild greifbar war.

1.4 ENGE ZUSAMMENARBEIT DES IKEDA-KABINETTS UND DER BUNDESREGIERUNG

Die von japanischen Regierungsstellen angestrebte Ausweitung der ostdeutsch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen war am Ende nur ein vergleichsweise kleiner Bestandteil der Anstrengungen in Tokyo um die Stärkung des japanischen Außenhandels. Unter der Maxime, das Wachstum der japanischen Wirtschaft rasch voranzutreiben, hatte stattdessen die wirtschaftliche Kooperation mit den Staaten des westlichen Machtblocks höchste Priorität in den handelspolitischen Konzeptionen der Ikeda-Regierung erhalten. Nur hielten verschiedene europäische Mitgliedsstaaten des GATT im Handel mit dem Inselstaat nach wie vor an der Anwendung von diskriminierenden Instrumentarien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen fest. Als am 19. Mai 1964 die sechste Welthandelsrunde, die in Gedenken an den 35. amerikanischen Präsidenten „Kennedy-Runde“ getauft worden war, eröffnet wurde, schienen jedoch vorteilhafte Voraussetzungen für die Durchsetzung japanischer Ansprüche gegeben. Die Signale aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld waren im Allgemeinen positiv, die amerikanische Regierung brachte ihr politisches Gewicht während der Verhandlungen für die japanische Seite ein und schließlich erlegte sich der Inselstaat selbst Zurückhaltung bei der Ausweitung der japanischen Ausfuhren auf und gestand provisorische Maßnahmen gegen eine plötzliche Steigerung des Imports aus Japan zu. Fast 20 Jahre nach Kriegsende war es Tokyo so möglich, die letzten Hürden im Handel mit den westeuropäischen Staaten zu überwinden. Die besonders komplizierten japanisch-britischen Handelsbeziehungen konnten bereits im November 1962 mit dem Abschluss eines Schifffahrts- und Handelsabkommens entspannt werden. Zur selben Zeit erzielte Ministerpräsident Ikeda vor Ort in den Benelux-Staaten und in Frankreich Einigungen in Fragen um den Artikel XXXV des GATT, bevor 1963 schließlich eine Verständigung mit der französischen Regierung auf breiter Basis erfolgte. Die Ikeda-Regierung war so in der Lage, Japans Position unter den Staaten des westlichen Machtblocks zu festigen, und konnte damit gleichzeitig ein wesentliches Ziel ihrer außenpolitischen Agenda erfüllen. (Iokibe 2006: 114f.)

Als sich dieser Konsolidierungsprozess im japanischen Verhältnis zu den Staaten Westeuropas vollzog, erhielt auch zwangsläufig der Aus-

tausch mit der Bundesregierung zunehmende Bedeutung für die politische Führung in Tokyo. Um die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und dem Inselstaat weiter zu vertiefen und andere aktuelle Fragen im Dialog thematisieren zu können, wurde daher einer Initiative der japanischen Regierung folgend die Institution der deutsch-japanischen Ministerkonsultation geschaffen⁴⁰ und schließlich am 8. November 1963 in Tokyo erstmals abgehalten. Bei dieser Gelegenheit warb der japanische Außenminister Ōhira Masayoshi (1910–1980) gegenüber Bundesaußenminister Gerhard Schröder (1910–1989) vor allem um anhaltende westdeutsche Unterstützung bei der Erschließung des westeuropäischen Marktes, nachdem sich Bonn bereits für die bevorstehende Aufnahme Japans in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingesetzt hatte. Denn es sei ein „lebenswichtiges Interesse“ für Japan, so Ōhira, Anschluss an den europäischen Markt zu finden. In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Bundesrepublik für die japanischen Anliegen in der Vergangenheit nachdrücklicher eingebracht hatte, als es etwa andere europäische Staaten wie Frankreich taten, artikulierten der japanische Außenminister auch den Wunsch, dass die Bundesregierung ihre liberale Haltung beibehalten und innerhalb der EWG für eine Wirtschaftspolitik der offenen Tür und weltweiten Zusammenarbeit eintreten möge.⁴¹

Auf das handelspolitische Entgegenkommen der westdeutschen Seite hatte die politische Führung in Tokyo in regelmäßigen Abständen mit klaren Bekenntnissen zum Standpunkt der Bundesregierung in der Deutschlandfrage geantwortet, so etwa geschehen vor der UN-Vollversammlung im September 1961 und fast genau ein Jahr darauf im September 1962.⁴² Im November 1962 hatte wiederum Ministerpräsident Ikeda vor Ort in der Bundesrepublik gemeinsam mit Bundeskanzler Adenauer festgehalten, dass die Deutschland- und Berlinfrage nicht nur für Europa, sondern für die gesamte freie Welt eines der wichtigsten Probleme darstelle, dessen Lösung nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Achtung der Menschenrechte ermöglicht werden könne.⁴³ Fast genau ein Jahr darauf, im November 1963, wiederholte ein gemeinsames Kommuniqué, welches im Rahmen des Staatsbesuches von Bundespräsident Heinrich Lübke (1894–1972) in Japan entstand, die unterstützende Haltung der japanischen Regierung.⁴⁴

Im Angesicht der Betonung der Verbundenheit mit den deutschlandpolitischen Positionen der Bundesregierung war dem japanischen Außenministerium von vornherein nur wenig Spielraum gegeben, um das handelspolitische Werben der ostdeutschen Minister vom Oktober 1964 gewähren zu lassen. Als schließlich auch noch die deutsche Botschaft mit Verweis auf das in der *Mainichi shinbun* abgedruckte Interview gegen das

unzweifelhaft politische Engagement der beiden ostdeutschen Regierungsmitglieder intervenierte, waren die verantwortlichen japanischen Regierungsstellen schnell gezwungen, dem westdeutschen Drängen nachzugeben. Auf die westdeutsche Forderung, dass kein ostdeutscher Funktionär von irgendeiner staatlichen Stelle empfangen werden dürfe, hatte das Außenministerium mit der Zusage reagiert, dass sich der japanische Vizeaußenminister in dieser Angelegenheit umgehend mit den anderen Ministerien in Verbindung setzen werde.⁴⁵ Die Behörde selbst erklärte daraufhin, keine Gespräche mit Vertretern der DDR zu führen. Die unmittelbare Konsequenz war die Verweigerung der Visa für die Einreise der geplanten Handelsdelegation, die ursprünglich noch im Oktober 1964 nach Japan aufbrechen sollte, obgleich die ostdeutschen Vertreter bereits im Besitz der notwendigen Formulare waren.

Als in den Notizen der westdeutschen Presse bald nach der in Tokyo abgehaltenen Pressekonferenz der Minister auch noch von ostdeutschen Kreditwünschen gesprochen wurde, begann das MAI Befürchtungen zu artikulieren, dass die westdeutsche Seite die handelspolitischen Ziele der DDR in Japan aushöhlen könnte. Schließlich hatte die Bundesregierung in der Vergangenheit bereits häufiger versucht, einzugreifen, nachdem europäische Regierungen Kredite an die UdSSR und die DDR vergeben hatten. Nur glaubten die Verantwortlichen des MAI, dass im Falle Japans westdeutsche Stellen schon vor der Aufnahme von Verhandlungen über Kreditvergaben informiert seien.⁴⁶ Mit etwas Verzögerung hatte sich auch gezeigt, dass die Befürchtungen der ostdeutschen Außenhandelsfunktionäre nicht völlig unberechtigt gewesen waren. Als Ende Juni des Jahres 1965 Vertreter der deutschen Botschaft das für den Güter- und Warenaustausch mit den sozialistischen Staaten zuständige Referat im Wirtschaftsministerium in Tokyo aufsuchten, um den westdeutschen Standpunkt zum Handel mit der DDR und anderen sozialistischen Staaten darzulegen, wurde den verantwortlichen Mitarbeitern der Behörde mitgeteilt, dass die Bundesregierung größten Wert darauf legen würde, „dass das kommunistische Regime in der Zone nicht noch durch Kredite befreundeter Länder gestärkt wird und damit in die Lage kommt, selbst Kredite an Entwicklungsländer zu gewähren, um eine politische Aufwertung zu erfahren.“⁴⁷

Tatsächlich stärkte die Betonung der Verbundenheit mit den deutschlandpolitischen Zielen der Bundesregierung durch die Ikeda-Regierung bzw. durch die seit dem 9. November 1964 amtierende Regierung unter Satō Eisaku (1901–1975) selbst noch in Südostasien den westdeutschen Standpunkt zur Deutschlandfrage. Als etwa die Eröffnung eines indonesischen Generalkonsulats in Ostberlin ernsthaft von der indonesischen Regierung in Erwägung gezogen wurde, nachdem im Dezember 1964

von ostdeutscher Seite Entwicklungshilfe im Umfang von 240 Millionen MDN in Aussicht gestellt worden war, wies die Bundesregierung im folgenden Monat in einem Aide mémoire an die japanische Regierung darauf hin, dass ein solcher indonesischer Schritt die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Jakarta infrage stellen würde. Gleichwohl wurde in der Notiz betont, dass die westdeutsche Mitarbeit beim wirtschaftlichen Aufbau des südostasiatischen Landes eingestellt werden müsste – eine Maßnahme, die kaum im japanischen Interesse sein konnte.⁴⁸ In diesem Sinne wurde die politische Führung in Tokyo angesucht, für die Rückstellung des indonesischen Vorhabens einzutreten.⁴⁹ Die japanische Regierung brachte daraufhin ihr Gewicht im größten Inselstaat der Welt ein und machte sich in Gesprächen mit dem indonesischen Außenminister Subandrio (1914–2004) für den westdeutschen Standpunkt stark.⁵⁰ Der japanische Außenminister Shiina Etsusaburō (1898–1979) nutzte die Angelegenheit außerdem, um der Bundesregierung erneut zu versichern, „dass die japanische Regierung wie bisher so auch in Zukunft bereit sein wird, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Erreichung des Ziels der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu unterstützen.“⁵¹

1.5 GRUNDZÜGE OSTDEUTSCHER HANDELSPOLITIK GEGENÜBER JAPAN

Obwohl am Ende der Japanreise der ostdeutschen Minister eine Verständigung mit japanischen Regierungsstellen über die tatsächlichen Möglichkeiten einer Ausweitung des ostdeutsch-japanischen Güter- und Warenaustausches ausgeblieben war, so bestand doch nach der Rückkehr der Emissäre die Gewissheit, dass in einflussreichen japanischen Wirtschaftskreisen ein erhebliches Interesse an einer Neugestaltung und damit verbunden an der Ausweitung des ostdeutsch-japanischen Handels bestand. Durch das Wirken einer Spezialistengruppe, deren Mitglieder im Oktober 1964 einzeln nach Japan aufgebrochen waren, erhielt die ostdeutsche Seite außerdem eine Vielzahl von fachspezifischen Einschätzungen zu bestimmten Wirtschafts- und Industriezweigen im Inselstaat und konnte auf dieser Basis konkrete Maßnahmen zur Ausweitung des Handels vornehmen, wie etwa die Ausgabe von Angeboten für den Import kompletter Industrieanlagen aus Japan.⁵² Mit diesen Erkenntnissen war auch ein äußerst vorteilhafter Aspekt des wirtschaftlichen Austausches mit Japan verbunden, der im ostdeutschen Handel mit dem Inselstaat vor 1964 noch keine große Rolle gespielt hatte, nämlich die Möglichkeit des Technologietransfers. Die herausragende Qualität von einzelnen Erzeugnissen wie beispielsweise Magnetbänder für Rechenanlagen und Halbleiter, die weitverbreiteten, hohen Standards in der Forschung oder

die allgemeine Leistungsfähigkeit ganzer Industriezweige wie etwa der Chemieindustrie, die in der Lage war, „modernste“ chemische Anlagen „mit hoher Qualität in kürzester Frist herzustellen“, verdeutlichten auch der ostdeutschen Seite das Potenzial der japanischen Wirtschaft und deren Nutzen für die DDR über die Erwirtschaftung von Devisen und der Inanspruchnahme von Krediten hinaus.⁵³

Allerdings zeigte speziell die Reise der Minister, dass der Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen nicht zuletzt durch den Einfluss der Bundesregierung im Inselstaat erhebliche politische Schwierigkeiten im Wege standen. Daher betrachtete es der stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Wolfgang Kiesewetter (1924–1991) nun für angebracht, „Wirtschaftsdiplomatie“ zu betreiben und diese vor allem auf den Einfluss der großen japanischen Konzerne zu stützen. In der positiven ostdeutschen Außenhandelsbilanz mit Japan von ca. 6:1 glaubte Kiesewetter auch durchaus vorteilhafte Voraussetzungen für eine Ergreifung der Initiative von ostdeutscher Seite zu erkennen. Am Beginn einer solchen Initiative sollte die Durchführung einiger Repräsentativgeschäfte stehen, während parallel dazu im entsprechenden Umfang für den Handel mit der DDR in Japan geworben und Einladungen in den ostdeutschen Teilstaat sowie insbesondere zur Leipziger Frühjahrsmesse 1965 ausgesprochen werden sollten.⁵⁴

Auch das Politbüro hatte in einer Analyse zum allgemeinen Stand des internationalen Engagements der DDR vom 10. Dezember 1964 klar unterstrichen, dass die Kontakte mit Japan auszubauen sind und gleichzeitig für die Gesamtheit der „entwickelten kapitalistischen Staaten“ darauf hingewiesen, dass die Handelspolitik stärker genutzt werden muss, „um die politische Zielsetzung zu erreichen.“⁵⁵ Vor der Entsendung der beiden ostdeutschen Minister nach Japan im Oktober des Jahres hatte eine vollends gültige politische Zielsetzung für den Inselstaat allerdings noch nicht existiert. Denn erst auf der Grundlage der Einschätzungen und Erkenntnisse, die Markowitsch bzw. die ostdeutsche Spezialistengruppe in Japan gewonnen hatten, war es möglich, noch offene Punkte der vom Ministerrat beschlossenen vorläufigen Konzeption über die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zu vervollständigen. Der provisorische Charakter der Maßgaben für die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen vom Oktober 1964 wurde dadurch hinfällig, sodass am 18. März 1965 schließlich eine endgültige Konzeption für die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen mit Japan vom Ministerrat bestätigt werden konnte.⁵⁶

Und obwohl die Frage der Errichtung einer Handelsmission in Japan und der Abschluss eines langfristigen Handels- und Zahlungsabkommens vorerst zurückgestellt worden waren, so blieben die ursprünglichen Vorgaben im Wesentlichen weiterhin gültig. Modifizierungen hat-

ten nur insofern stattgefunden, dass die Abwicklung des Güter- und Warenaustausches nun unter dem Gesichtspunkt der „schrittweisen Normalisierung“ der Handelsbeziehungen zu erfolgen hatte und insofern die Herstellung von Kontinuität im Güter- und Warenverkehr sowie der Handel mit führenden japanischen und über Einfluss verfügenden Konzernen vorangestellte Bedeutung erhielten. Entsprechend wurde auch das für 1970 avisierte Verhältnis von ostdeutschen Ausfuhren nach Japan und japanischen Einfuhren in die DDR korrigiert, sodass den angestrebten Exporten nach dem Inselstaat im Umfang von ca. 25 Millionen US-Dollar nicht länger Importe aus Japan im Umfang ca. 12,5 Millionen US-Dollar, sondern Einfuhren in der Größenordnung von ca. 17,5 Millionen US-Dollar (70 Millionen Valuta Mark) gegenübergestellt worden. Daneben war es vor allem ein auf den ersten Blick eher unscheinbares Detail, dass die handelspolitische Konzeption nach der Japanreise der Minister erweitert hatte und tatsächlich den Güter- und Warenverkehr zwischen den beiden Staaten in den ausgehenden sechziger Jahre massiv vorantreiben sollte, nämlich die Erweiterung der bereits 15 Warengruppen umfassenden Liste potenzieller Exporte nach Japan durch Roheisen.⁵⁷

Zunächst galt es jedoch erst einmal, die nächste Entsendung einer Handelsdelegation vorzubereiten, deren Aufgabe es war, herauszufinden, wie weit die Verhandlungsbereitschaft der japanischen Seite allgemein ging und auf welcher Ebene Gespräche geführt werden können. Die Außenhandelsorgane der DDR sollten parallel dazu nun insbesondere im Kontext des angestrebten Importes von Waren aus Japan Kontakte zu den führenden japanischen Wirtschaftsorganisationen herstellen, die in einer Ergänzung des MAI zum Ministerratsbeschluss auch klar als Keidanren, Nikkeiren und Keizai dōyūkai benannt worden waren.⁵⁸ Die aus dem Japanaufenthalt der Expertendelegation gezogenen Erkenntnisse sollten wiederum einbezogen werden, um konkrete Anfragen zur Anschaffung von elektronischen Erzeugnissen, Elektronikanlagen und Chemieanlagen an geeignete japanische Konzerne weiterzuleiten. Dabei sei die Auswahl der Konzerne im Anschluss an die Vorgaben des Ministerrates so vorzunehmen, dass insbesondere das Interesse solcher Unternehmen am Handel mit der DDR geweckt werde, die durch ihren Einfluss der Normalisierung der Beziehungen besonders dienlich sein könnten. Um nun innerhalb kürzester Zeit einen Modellfall zur Bestätigung des ostdeutschen Interesses am Import aus Japan zu schaffen, wurde der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates gemeinsam mit dem Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel beauftragt, in Abstimmung mit den zuständigen staatlichen Organen die bereits seit Längerem mit dem größten japanischen Stahlerzeuger Yawata Iron & Steel Co. Ltd. verhandelte „volkswirtschaftlich wichtige“ metallurgische Anlage vertragsreif zu machen.⁵⁹

1.6 WERBEN UM DIE JAPANISCHE WIRTSCHAFTSWELT UND DER (SELBST)VERSTELLTE WEG ZUR HANDELSVERTRETUNG

Nachdem bereits im Herbst 1964 die Stoßrichtung der ostdeutschen Handelspolitik nach Japan im Wesentlichen feststand, wurde auf verschiedene Weise mit dem Werben um die entsprechenden japanischen Regierungsstellen und Wirtschaftskreise begonnen. Die Verantwortlichen Außenhandelsfunktionäre folgten zunächst einer Anregung des Präsidenten der Sony Corp. Ibuka Masaru sowie des JSEETA-Vorsitzenden Kitamura Tokutarō⁶⁰ und versuchten zu einer hochrangigen japanischen Wirtschaftsdelegation bestehend aus Vertretern des Außenministeriums, des MITI, der großen Wirtschaftsorganisationen, darunter Hanamura Nihachirō (1908–1997) als Repräsentant von Keidanren oder Yamashita Sei'ichi als Stellvertreter von Keizai dōyūkai, sowie den Präsidenten einiger führender Handelshäuser⁶¹ Kontakt aufzunehmen. Der Präsident des Chemiekonzerns Shin'etsu Chemical Co., Ltd. Kosaka Tokusaburō (1916–1996) als Leiter der Delegation, die im November und Dezember 1964 die ČSSR, Polen und Ungarn bereiste, stimmte auf Vermittlung der tschechoslowakischen Handelskammer auch dem Zustandekommen eines informellen Treffens mit Vertretern des MAI und der KfA zu. Während man auf tschechoslowakischer Seite mit den Ergebnissen des Aufenthaltes der japanischen Wirtschaftsdelegation äußerst zufrieden war, mussten sich die Vertreter aus der DDR allerdings mit einem genau sechzigminütigen Gespräch in Budapest begnügen. Auf diese Weise gestanden die japanischen Emissäre den ostdeutschen Funktionären zwar zu, die eigenen Argumente zu präsentieren, allerdings wurde keine Stellungnahme von japanischer Seite abgegeben, da die guten Beziehungen zur Bundesrepublik nicht gefährdet werden sollten.⁶²

Durchaus mag allein das Zustandekommen des Treffens mit dem Leiter der, wie es aus Prag hieß, bislang „bedeutendsten“ offiziellen japanischen Abordnung, die sozialistische Staaten Europas bereiste, als Fortschritt im Werben der DDR um die beidseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen interpretiert werden. Ernsthafte Unterstützung in Belangen um die Normalisierung des Güter- und Warenaustausches ging zu dieser Zeit aber noch fast ausschließlich von einzelnen japanischen Konzernen aus. Schon bevor japanische Regierungsstellen die Bereitschaft zum Ausbau der ostdeutsch-japanischen Handelsbeziehungen im September 1964 signalisierten, hatten japanische Wirtschaftskreise begonnen, den DDR-Handel stärker in eigenen Konzeptionen einzubeziehen. Gespräche mit dem in Osaka ansässigen Iwai-Konzern über die Lieferung eines LD-Stahlwerks, die auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1964 ihren Anfang nahmen, führten dazu, dass sowohl Kreise innerhalb des

Iwai-Konzerns wie auch innerhalb der am Geschäft beteiligten Yawata Iron & Steel Co., Ltd. die Absicht zum Ausdruck brachten, sich für die Normalisierung der ostdeutsch-japanischen Handelsbeziehungen stark-zumachen.⁶³ Die Kooperation mit dem Handelshaus war jedoch nicht nur eine Möglichkeit, um die Position der DDR in Japan zu stärken. In gewisser Weise ergab sich für die ostdeutsche Industrie fast schon eine Notwendigkeit zur Zusammenarbeit. Denn die Anschaffung des erforderlichen LD-Stahlwerks war zwar ursprünglich nicht über Japan, sondern über die Sowjetunion angedacht und bereits Bestandteil eines Regierungsabkommens zwischen Ostberlin und Moskau gewesen. Allerdings war die sowjetische Seite nicht in der Lage, eine Gesamtanlage zu liefern, die dem technischen Höchststand entsprach. Aus Japan konnten dagegen Gesamt- oder Teilanlagen auf Weltniveau bezogen werden. Daher planten auch die zuständigen Stellen in der DDR, das Einverständnis zur Anschaffung einer kompletten Anlage bzw. einzelner Komponenten aus der UdSSR einzuholen. Vom handelspolitischen Standpunkt erschien ein solcher Auftrag aufgrund der Stellung Yawatas im japanischen Wirtschaftsleben mehr als empfehlenswert. Das Stahlunternehmen verfügte allein über ein Stammkapital von 345 Millionen US-Dollar (124 Milliarden Yen)⁶⁴, gehörte damit zu den führenden Konzernen Japans und hatte entsprechenden Einfluss in japanischen Regierungskreisen.⁶⁵

Bis Februar 1965 lagen auch bereits verschiedene Vertragsentwürfe von japanischer Seite vor, sodass durchaus von einem fortgeschrittenen Zeitpunkt der Verhandlungen die Rede sein konnte.⁶⁶ Über zusätzliche Stahllieferungen des Yawata-Konzerns in die DDR, wie sie Markowitsch gegenüber Yukawa Masao (1903–1969), Vizepräsident von Yawata, und Iwai Hideo, Präsident des Iwai-Konzerns während der Leipziger Frühjahrsmesse im März 1965 in Aussicht stellte, erhoffte sich der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates außerdem die Vergabe von Krediten begünstigen zu können und zog sogar Verlagerungen des ostdeutschen Stahlimports auf Kosten des Handels mit der Bundesrepublik in Betracht. Zweifellos hatte die umfangreiche Kooperation dazu beigetragen, dass der Iwai- wie auch der Yawata-Konzern in das Vorhaben der Etablierung einer Gesellschaft zur Förderung des Handels zwischen der DDR und Japan eingebunden waren.⁶⁷ Der Versuch, eine Institution nach dem Vorbild des japanisch-chinesischen LT-Handels unter der Schirmherrschaft der Komatsu Ltd. ins Leben zu rufen⁶⁸, blieb aber zunächst fruchtlos, da sich die ostdeutsche Seite von federführenden Einrichtungen bei der Umsetzung des Unternehmens abwandte, nachdem Spionagevorwürfe artikuliert worden waren.⁶⁹

Mit der Unterstützung des Iwai-Konzerns und im Bewusstsein, dass sich bereits im November 1964 in Budapest gezeigt hatte, dass

japanische Regierungsvertreter informellen Kontakten zur DDR gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt waren, begab sich im März 1965 erneut eine ostdeutsche Abordnung nach Japan. Die zwei Mitarbeiter der inzwischen gegründeten „Arbeitsgruppe Japan“⁷⁰ und einen Beauftragten des Leipziger Messeamtes umfassende Delegation⁷¹ war vor allem mit dem Ziel aufgebrochen, eine umfangreiche japanische Beteiligung an der Leipziger Herbstmesse von 1965 unter der Schirmherrschaft der halbstaatlichen Japan External Trade Organisation (*Nihon bōeki shinkōkai*, JETRO) zu sichern und gleichzeitig eine ungehinderte ostdeutsche Teilnahme an der Internationalen Handelsmesse in Osaka im April 1966 zu ermöglichen. So wurde die Japanreise der ostdeutschen Funktionäre in Ostberlin zunächst auch nur als ein mittelbarer Beitrag zur Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen verstanden, indem etwa die Voraussetzungen für die Entsendung einer „Komplexdelegation“ geprüft und Informationen über den japanischen Ost-West-Handel, Konzernverflechtungen oder japanische Kreditpolitik zusammengetragen werden sollten.⁷² Dennoch hatte der Japanaufenthalt der ostdeutschen Außenhandelsfunktionäre dazu beigetragen, dass die Errichtung einer Handelsniederlassung der DDR in Tokyo von den verantwortlichen japanischen Ministerien ernsthaft in Betracht gezogen wurde.

Am Ausgangspunkt des Engagements vor Ort in Japan stand zunächst die Anwendung des mittlerweile bewährten Schemas, über Unternehmensvertreter – in diesem Fall des Iwai-Konzerns – Verbindungen anzubahnen, etwa zur JSEETA. Der Vorsitzende der JSEETA Kitamura Tokutarō brachte wiederum die ostdeutschen Emissäre mit dem LDP-Abgeordneten und persönlichen Parteifreund Kawasaki Hideji (1911–1978) in Kontakt.⁷³ Unter diesen Voraussetzungen erhielt die ostdeutsche Abordnung auch einen deutlich besseren Zugang zu staatlichen Institutionen als die ostdeutschen Minister zur Zeit der Olympischen Spiele in Tokyo. Selbst ins Außenministerium gelangte einer der Vertreter aus der DDR, obgleich seine Anliegen – wie die Behörde der deutschen Botschaft versicherte – dort kein Gehör fanden.⁷⁴ Im Vergleich dazu war das Bemühen um eine Verständigung mit den ostdeutschen Emissären im MITI äußerst intensiv und beschränkte sich folglich nicht nur darauf, die Gäste aus der DDR mit im Ost-West-Handel aktiven Unternehmen wie der Toshiba Corp. in Berührung zu bringen.⁷⁵ Beamte aus dem Ministerium betreuten die ostdeutschen Außenhandelsfunktionäre während ihrer Zeit in Japan und wie schon knapp ein halbes Jahr zuvor nahm sich der Minister für Internationalen Handel und Industrie Sakurauchi, der auch ein persönlicher Freund des LDP-Abgeordneten Kawasaki war⁷⁶, die Zeit für ein Gespräch und sicherte in diesem Zusammenhang u. a. die Aufnahme

von Verhandlungen zwischen JETRO und nicht-offiziellen Vertretern der DDR zu.

Dabei erscheint es naheliegend, dass das Ausmaß der Bemühungen um Entgegenkommen aus dem MITI von der in Aussicht gestellten Abnahme von vornehmlich chemischen Anlagen aus Japan im Wert von 200 Millionen US-Dollar nicht unbeeinträchtigt geblieben war. Die ostdeutschen Emissäre hatten allerdings betont, dass ein solches Geschäft im Rahmen eines Handelsvertrages umgesetzt werden müsse. Ebenso im Zusammenhang mit den avisierten Geschäften stand das ostdeutsche Drängen auf die Einwilligung von japanischer Seite zur Errichtung einer Außenhandelsvertretung der DDR in Tokyo und zur Erteilung eines Einreisevisums für den Generaldirektor im MAI und Leiter der „Arbeitsgruppe Japan“ Herbert Meyer. Mit dieser Kombination von Anreizen und Forderungen gelang es auch, einen gewissen Druck gegenüber dem japanischen Außenministerium aufzubauen. Dies geschah allerdings nicht direkt, sondern über die am Handel mit der DDR interessierten Wirtschaftskreise, die wiederum bei der Durchsetzung ihrer Interessen auch nahestehende LDP-Politiker wie den Abgeordneten Kawasaki einbezogen.⁷⁷

Die deutsche Botschaft hatte daher auch bald nach der Kenntnisnahme von den Vorgängen versucht, auf Kawasaki einzuwirken und auf die deutschlandpolitische Dimension des Engagements der ostdeutschen Funktionäre in Japan aufmerksam zu machen. Denn der Unterhausabgeordnete verfügte nach westdeutscher Auffassung über „einen nicht zu verachtenden öffentlichkeitspolitischen Stellenwert“. Die Unterstützung, die er den ostdeutschen Emissären zuteil werden ließ, führte man in der Botschaft auf den Umstand zurück, dass Kawasaki von Grund auf ein japanischer Parteipolitiker sei. Alles wäre ihm recht, solange er sich auf diese Weise in seinem Wahlkreis, in der Hauptstadt und auf nationaler Ebene in den Vordergrund stellen könnte – sei es, dass er sich in seiner ganzen „Massigkeit“ in Unterhemd und Hose als Anführer einer parlamentarischen Läufergruppe auf den Straßen im Regierungsviertel fotografieren lassen oder dass er in der Presse provokatorische und politisch linksgerichtete Äußerungen artikulieren würde. Doch auch wenn Botschaftsvertreter ein „schelmisches Augenblinzeln“ bei Politikern und hohen Beamten zu bemerken glaubten, sobald diese auf Kawasaki angesprochen wurden, so war man sich durchaus bewusst, dass der LDP-Angehörige ernst genommen wurde und man sich ihn deshalb nicht zum Feind machen sollte. Eine Distanzierung von Kawasaki erschien der westdeutschen Seite daher auch weniger eine Option als ein Werben um den Unterhausabgeordneten. Die verantwortlichen westdeutschen Repräsentanten waren nämlich davon überzeugt, dass ostdeutschen Unter-

händlern Türen zu Regierungsstellen in Tokyo geöffnet werden könnten, wenn sich die westdeutsche Seite Kawasaki zum Feind machen und der robuste Politiker stattdessen den Emissären aus der DDR zur Verfügung stehen würde.⁷⁸ Nachdem auch noch der mit Kawasaki befreundete Generalsekretär der Japanisch-Deutschen Gesellschaft, Konteradmiral a. D. Kojima Hideo (1892–1982) in die Angelegenheit eingeschaltet worden war, distanzierte sich Kawasaki schließlich von den Funktionären aus der DDR. Dennoch hatte die Mittlertätigkeit des LDP-Abgeordneten bereits dazu beigetragen, dass maßgebende Ministerien den Forderungen der ostdeutschen Außenhandelsfunktionäre entgegenkamen.

Durch Absprachen mit den entsprechenden japanischen Auslandsvertretungen war man sich im Außenministerium in Tokyo darüber im Klaren, dass die DDR über Handelskammern zur Förderung des privaten Handelsverkehrs in westeuropäischen Hauptstädten wie Paris, London oder Rom verfügte. Um innenpolitischen Druck vorsorglich auszuweichen, wurde daher auch spätestens im Frühjahr 1965 die Eröffnung einer ostdeutschen Handelskammer vom japanischen Außenministerium in Erwägung gezogen.⁷⁹ Das MITI unterstützte entsprechende Initiativen sogar bereits zuvor.⁸⁰ Eine zeitnahe Aufnahme von Verhandlungen scheiterte aber in diesem Fall nicht etwa am westdeutschen Einfluss auf die zuständigen Behörden in Tokyo oder der damit verbundenen restriktiven Haltung der japanischen Regierung gegenüber der DDR. Träge Abläufe in den ostdeutschen Ministerien verhinderten ein schnelleres Vorankommen der ostdeutschen Handelspolitik gegenüber Japan.

Nachdem durch den Minister für Internationalen Handel und Industrie Sakurauchi zum Ausdruck gebracht worden war, dass die japanische Seite durch JETRO mit einer beauftragten und nicht-regierungsamtlichen Abordnung aus Ostberlin über den Austausch von Niederlassungen beraten wolle, entschied die ostdeutsche Abordnung, einen der drei Delegierten länger als ursprünglich vorgesehen in Japan bleiben zu lassen. Besagter ostdeutscher Repräsentant sollte nämlich die Vorbereitungen für die Einreise der zu Verhandlungen bevollmächtigten Delegation treffen. Der verlängerte Aufenthalt entsprach einer Besonderheit, da das MITI für die Zeit des Aufenthaltes als der erforderliche Bürge des ostdeutschen Emissärs auftrat. Allerdings war daran auch eine Bedingung geknüpft: Innerhalb einer Woche müsse telegrafisch vom MAI die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen bestätigt werden. Ansonsten müsse der in Japan weilende Funktionär sofort die Rückreise antreten. Doch diese Frist genügte nicht, um im MAI eine solche Entscheidung herbeizuführen, weil keines der zurückgekehrten Delegationsmitglieder während der vorgegebenen sieben Tage vom Leiter der „Arbeitsgruppe Japan“ im MAI empfangen wurde. So war auch der in Tokyo verbliebene Mann

nach einer Woche nicht länger berechtigt, seinen Aufenthalt im Inselstaat weiter auszudehnen. Das Verhalten in Ostberlin bedingte gleichzeitig, dass die japanische Seite brüskiert wurde. Damit wurde nicht nur die Chance zur Errichtung einer Niederlassung der DDR in der japanischen Hauptstadt vertan. Zusätzlich mussten nun wieder neue Voraussetzungen zur Aufnahme von Verhandlungen geschaffen werden.⁸¹

1.7 VERHANDLUNGSABBRUCH ALS VORERST LETZTES DRUCKMITTEL

Ende des Monats Dezember 1965 stellte die deutsche Botschaft in Tokyo fest, dass es um die ostdeutschen Bemühungen zur Errichtung einer Niederlassung in der japanischen Hauptstadt ruhig geworden sei. Gleichzeitig gingen die westdeutschen Repräsentanten aber davon aus, dass zu jeder Zeit mit einem erneuten Vorstoß aus Ostberlin gerechnet werden müsse.⁸² Tatsächlich hatte man in Ostberlin nur eineinhalb Monate später eine Situation herbeigeführt, die nach Ansicht des japanischen Außenministeriums den Zweck erfüllen sollte, japanische Ost-West-Handelskreise zu mobilisieren und sich dadurch stärker ins Gespräch zu bringen.⁸³

Im Februar 1966 führte man auf ostdeutscher Seite Verhandlungen mit der Mitsubishi Corporation über die Lieferung einer Kunstfaserrfabrik, deren Anschaffungskosten sich auf elf bis zwölf Millionen US-Dollar belaufen sollten.⁸⁴ Zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt der Verhandlungen konkurrierte Mitsubishi bei der Vergabe des Auftrags im Wesentlichen nur noch mit dem französischen Unternehmen Enso, das bereits seit Längerem erfolgreich eine führende Rolle im ostdeutsch-französischen Handel behauptete. Die vom Mitsubishi-Konzern offerierten Konditionen erschienen jedoch deutlich vorteilhafter als die des französischen Unternehmens.⁸⁵ Und so kamen für westdeutsche Beobachter Meldungen aus der japanischen Presse vom 9. und 10. Februar über den einseitigen Abbruch der Verhandlungen von ostdeutscher Seite auch sehr überraschend. (Asahi Evening News 1966; Japan Times 1966; Mainichi 1966) Wirtschaftliche Erwägungen waren allem Anschein nach für die Entscheidung aus Ostberlin nicht ausschlaggebend gewesen.⁸⁶ Stattdessen schienen sich die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre ein weiteres Mal am handelspolitischen Vorgehen der chinesischen Staatsführung orientiert zu haben. Viel Zeit war nämlich noch nicht vergangen, seit Kreditzusagen der japanischen Export-Import Bank gegenüber Peking für Interventionen des taiwanesischen Präsidenten Chiang Kai-shek gesorgt hatten und schließlich die Satō-Regierung kurz nach ihrem Amtsantritt durchsetzte, dass – anders als ursprünglich vorgesehen – keine Kredite der staatlichen Export-Import Bank an China vergeben werden. Aufgrund dieser Vorgänge ließ die chinesische Staatsführung im März

und April 1965 Verträge für verschiedene japanische Großprojekte in China verfallen. Anlagen, die zunächst noch von japanischen Anbietern errichtet werden sollten, wurden aus dem dritten chinesischen Fünfjahresplan gestrichen und durch solche ersetzt, die von europäischen Unternehmen gebaut werden sollten. (Soeya 1998: 95–100)

Interventionen von Dritten hatte es gar nicht erst gebraucht, um die Verhandlungen zwischen Mitsubishi und Außenhandelsstellen in der DDR zum Scheitern zu bringen. Eine Erklärung des japanischen Außenministers Shiina hatte bereits als Anlass für den Abbruch der Verhandlungen genügt. Shiina, der für eine deutsch-japanische Ministerkonsultation nach Bonn gereist war, hatte vor Ort während einer Pressekonferenz ausgeführt, dass sich das stabiler werdende japanisch-sowjetische Verhältnis nicht auf den Standpunkt der japanischen Regierung zum ostdeutschen Teilstaat auswirken würde und dass entsprechend die Zustimmung zur Errichtung einer ständigen Handelsvertretung der DDR in Japan nicht angedacht sei. Die Stellungnahme des japanischen Außenministers wurde von ostdeutscher Seite als unfreundliche Haltung gegenüber der DDR behandelt und schließlich als Rechtfertigung für den Abbruch der Verhandlungen mit Mitsubishi angeführt. Die Tatsache, dass Shiina nachträglich hinzufügte, dass die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern im Allgemeinen nicht von dieser Aussage berührt worden seien, änderte nichts an der ostdeutschen Entscheidung. (Asahi Evening News 1966; Japan Times 1966)

Trotz dieser, wie es von westdeutscher Seite hieß, „erpresserischen Versuche“ erwog man im Außenministerium in Tokyo nach eingehender Prüfung des Vorfalls, die Angelegenheit ruhen zu lassen, da für Mitsubishi weitere Geschäfte mit der DDR in Aussicht standen, die nicht durch negative Maßnahmen der japanischen Regierung gefährdet werden sollten.⁸⁷ Allerdings soll Shiina die Angelegenheit äußerst peinlich gewesen sein. Dem japanischen Außenminister sei nach Angaben eines Mitarbeiters seiner Behörde nicht bewusst gewesen, dass durch die in Bonn artikulierten Äußerungen zum ostdeutsch-japanischen Verhältnis der Handel mit der DDR beeinträchtigt werden könnte. Doch war Shiina persönlich eng mit dem Mitsubishi-Konzern verbunden und dieser, zumal sehr um die Führungsrolle im japanischen Ost-West-Handel bemüht, sei sehr verärgert über das Scheitern der Verhandlungen mit den ostdeutschen Außenhandelsorganen gewesen. Denn das fast zustande gekommene Geschäft wäre die erste auf fünf Jahre ausgelegte und damit auch die erste langfristig finanzierte Lieferung einer ins Gewicht fallenden Anlage im japanischen Handel mit der DDR gewesen.⁸⁸

2. DIE NEUE BEDEUTUNG DES KULTUR- UND WISSENSCHAFTSAUSTAUSCHES

Die im Spätsommer 1964 einsetzenden ostdeutschen Anstrengungen um die Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum Inselstaat hatten letztendlich auf fast sämtliche Ebenen der bilateralen Beziehungen ausgestrahlt und damit Voraussetzungen für die Entstehung verschiedener ostdeutsch-japanischer Kooperationen geschaffen. In diesem Sinne hatte bereits der Minister für Kultur Hans Bentzien während der Zeit der Olympischen Spiele in Tokyo die Möglichkeiten eines Kultur- und Wissenschaftsaustausches vor Ort sondiert⁸⁹ und dabei festgestellt, dass der Wunsch einer engeren Zusammenarbeit in bestimmten Kreisen bereits sehr stark ausgeprägt war.

Angehörige des Künstlermilieus hatten beispielsweise Gastspiele des Berliner Ensembles oder der Komischen Oper in Japan angeregt, wenn auch mit dem Hinweis, dass in den eigenen Reihen die notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung solcher Vorhaben nicht vorhanden seien. Interesse am Kulturaustausch mit der DDR artikulierten aber auch Einrichtungen, die über die erforderlichen Ressourcen verfügten; so etwa die *Asahi shinbun*, deren Mitarbeiter sich sehr für die Durchführung einer Ausstellung von Gemälden der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden in Tokyo und weiteren japanischen Städten einsetzten. Angehörige der Freundschaftsgesellschaften hatten wiederum Treffen mit Lokalpolitikern wie dem Gouverneur der Präfektur Osaka Satō Gisen (1899–1985) und Beratungen über den Wissenschaftsaustausch mit Persönlichkeiten der akademischen Landschaft in Japan organisiert, darunter die Rektoren verschiedener führender japanischer Universitäten, wie etwa der Universität Tokyo oder der Hōsei Universität. Und auch ein Gespräch mit dem späteren Nobelpreisträger für Physik und Präsidenten des Japanischen Wissenschaftsrates Tomonaga Shin'ichirō (1906–1979) fand statt, der zwischen 1937 und 1939 im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes an der Universität Leipzig unter Werner Heisenberg (1901–1976) gearbeitet hatte und zu Beginn des Jahres 1965 als erster Japaner zum Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften berufen wurde.⁹⁰

Am Ende des Japanaufenthaltes von Hans Bentzien waren dennoch nicht alle der von ostdeutscher Seite angestrebten Gespräche zustande gekommen. Das aus dem Abschlussbericht des Ministers für Kultur ersichtlich gewordene japanische Interesse am Kultur- und Wissenschaftsaustausch mit der DDR hatte zusammen mit dem Bewusstsein über die bestehenden pro-ostdeutschen Netzwerke aber bereits dazu beigetragen, den Ministerrat von der Notwendigkeit der Koordinierung eines gezielten propagandistischen Vorstoßes im Inselstaat zu überzeugen. Per Beschluss hatte die Ökonomische Kommission beim Ministerrat daher am

25. November 1964 festgelegt, dass das MfAA in Zusammenarbeit mit dem Minister für Kultur, dem Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen, dem Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften und dem Präsidenten der Liga für Völkerfreundschaft eine gesonderte Konzeption ausarbeiten und dem Präsidium des Ministerrates zur Beschlussfassung vorlegen solle, die alle noch nicht durch die Konzeption zur Entwicklung der ökonomischen Beziehungen erfassten Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit mit Japan enthält.⁹¹ Das aus dem Zusammenwirken der verschiedenen ostdeutschen Institutionen hervorgegangene Exposé über den ostdeutsch-japanischen Kultur- und Wissenschaftsaustausch bildete zusammen mit dem Beschluss des Präsidiums des Ministerrats über die Entwicklung der bilateralen ökonomischen Beziehungen *die* Orientierung für den Kurs der ostdeutschen Japanpolitik für die zweite Hälfte der sechziger Jahre und wurde am 17. Juni 1965 vom Ministerrat beschlossen.⁹²

Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen von ostdeutscher Seite war die Einschätzung, dass breitere japanische Wirtschaftskreise gegenwärtig verstärkt mit der Notwendigkeit konfrontiert würden, sich um die Entwicklung des Handels mit sozialistischen Staaten einschließlich der DDR zu bemühen. Das dadurch steigende Interesse am ostdeutschen Teilstaat würde wiederum die „reale Möglichkeit“ schaffen, um auf der Basis bereits bestehender Kontakte Schritt für Schritt das Ansehen der DDR im Inselstaat zu erhöhen, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung vor Ort zurückzudrängen und schließlich eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen herbeizuführen. In diesem Sinne wurde der Kultur- und Wissenschaftsaustausch im Wesentlichen als ein Beitrag verstanden, um bis 1970 die angestrebte Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung mit konsularischen Rechten in Tokyo durchzusetzen.⁹³

2.1 DIE „TAGE DER FREUNDSCHAFT MIT DEM JAPANISCHEN VOLK“

Um die bereits bestehenden und auch für den Kultur- und Wissenschaftsaustausch so zentralen pro-ostdeutschen Netzwerke im Inselstaat, die im Zeichen des Chinesisch-Sowjetischen Schismas bereits erheblich strapaziert worden waren, wieder zu stärken und weiter auszubauen, hatte die ostdeutsche Regierung im Ministerratsbeschluss vom 17. Juni 1965 die Durchführung einer umfangreichen propagandistischen Veranstaltung in der DDR unter der Bezeichnung „Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk“ festgelegt. Mit der Umsetzung des ehrgeizigen Vorhabens wurde eine Vielzahl von ostdeutschen Institutionen und Einrichtungen betraut, darunter etwa die Abteilung für Internationale Verbindungen des ZK der SED, das Ministerium für Kultur (MfK), das Staatssekretariat

für Hoch- und Fachschulwesen, der FDGB-Bundesvorstand und verschiedene Sektionen des MfAA. Federführend bei Koordinierung der in Weimar und Ostberlin stattfindenden Aktion war jedoch das Freundschaftskomitee DDR-Japan, das auch gemeinsam mit dem Rat der Stadt Weimar als Träger des Projektes fungierte und dessen Einladungen mehr als drei Viertel der teilnehmenden japanischen Gäste gefolgt waren.

Um nachvollziehen zu können in welchen Bereichen die involvierten ostdeutschen Akteure zur Mitte der sechziger Jahre in erster Linie Anknüpfungspunkte für eine Vertiefung des Kultur- und Wissenschaftsaustausches mit Japan zu erkennen glaubten, empfiehlt sich wiederum ein Blick auf die der Durchführung der Freundschaftstage zugrundeliegende Konzeption vom 3. März 1966. Demnach war die Betonung übereinstimmender Interessen im Kampf gegen Atomrüstung und bei der Sicherung des Friedens ein genauso wichtiger Bestandteil der ostdeutschen Konzeptionen, wie die Akzentuierung gemeinsamer Traditionen oder die Hervorhebung der Tatsache, dass sowohl die DDR wie auch der Inselstaat Industrienationen mit höchstentwickelter Technik und Wissenschaft seien.⁹⁴

Die ostdeutschen Ambitionen wurden allerdings bereits durch die vergleichsweise geringe Zahl japanischer Gäste, die den Veranstaltungen der Freundschaftstage beiwohnten, gehemmt, obwohl die Termine bewusst in das Zeitfenster vom 12. bis 17. September 1966⁹⁵ gelegt worden waren und damit zeitnah zur Leipziger Herbstmesse, um so die geschäftsbedingte Anwesenheit japanischer Industrievertreter in der DDR aufgreifen zu können.⁹⁶ Insgesamt nahmen dennoch gerade einmal 42 japanische Gäste an den Veranstaltungen der Freundschaftstage teil, darunter 19 Akademiker – die in vielen Fällen direkt aus der Bundesrepublik oder anderen westeuropäischen Ländern angereist waren – sowie vier Studenten, vier Journalisten, fünf Künstler, sechs Gewerkschaftsfunktionäre und vier Ehefrauen.⁹⁷ Gerade in Relation zu dieser eher überschaubaren Zahl japanischer Teilnehmer erschien das Programm der Freundschaftstage überladen. Knapp 20 Veranstaltungen fanden verteilt auf knapp eine Woche vorwiegend in Weimar, aber auch in Ostberlin statt, darunter als Höhepunkte die feierliche Auftaktveranstaltung im Weimarer Stadtschloss vor über 200 Gästen, die Eröffnung einer Ausstellung über Japan in der Kunsthalle von Weimar, die ostdeutschen Angaben zufolge zwischen dem 13. und 29. September 7.000 Besucher zählte, ein Symposium über Fragen der Germanistik in Japan sowie die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität an den in den Nationalökonomien Ōtsuka Kinnosuke am 19. September in Ostberlin.⁹⁸ Einbezogen in das Programm der Freundschaftstage wurden gleichwohl Wünsche von japanischer Seite, wie etwa die von verschiedenen namhaften

japanischen Schriftstellern – darunter auch der spätere Nobelpreisträger für Literatur Kawabate Yasunari (1899–1972) – unterstützte Initiative des Philosophen Shinohara Seiei (1912–2001), an die Studienzeit von Mori Ōgai (1862–1922) in Berlin mit der Anbringung einer Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus des berühmten Dramaturgen zu erinnern.⁹⁹ Das MfAA hatte den Vorschlag bereits zeitig befürwortet¹⁰⁰, sodass am 12. September 1966 im Rahmen der Freundschaftstage eine Gedenktafel am Wohnhaus von Mori Ōgai in der Marienstraße 32 in feierlichem Rahmen angebracht werden konnte.

Obwohl die ostdeutschen Organisatoren auch auf japanische Wünsche eingegangen waren, hatten doch zahlreiche unangenehme Vorkommnisse dem Gesamteindruck der Freundschaftstage spürbar geschadet. Das Referat, welches der Japanologe und Vorsitzende des Freundschaftskomitees DDR-Japan Gerhard Mehnert anlässlich der Eröffnungsfeierlichkeiten vortrug, soll etwa eine Reihe nicht näher benannter Schwächen beinhaltet haben, die den Erfolg der Veranstaltung angeblich minderten. Bei aller Zurückhaltung brachten die japanischen Gäste ihre Verwunderung über verschiedene Erscheinungen des Alltags in der DDR zum Ausdruck, darunter der schlechte Service in den Hotels und Gaststätten, die Verspätung der Züge und deren unzureichende Sauberkeit oder die schlechten Straßenverhältnisse in Ostberlin. Die Ausstellung über Japan in der Kunsthalle von Weimar wurde wiederum kritisiert, da sie entgegen der Ankündigungen nur beiläufig auf das gegenwärtige Japan eingegangen war. Die Verteilung der Veranstaltungen auf Weimar und Ostberlin, die durch eine Distanz von mehr als 250 Kilometern voneinander getrennt waren, hatte vor allem die Organisatoren vor anfangs nicht einkalkulierte Schwierigkeiten gestellt.¹⁰¹

Am Ende waren sich die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre sicher, dass der Anklang der Freundschaftstage nicht überzeugend gewesen sein konnte. Bedingt wurde dieses aus ostdeutscher Sicht wenig erfreuliche Ergebnis aber auch durch die Entscheidung des japanischen Außenministeriums, keine Pässe an Antragsteller auszustellen, die sich am Symposium zur Germanistik in Japan beteiligen wollten. Ein wahrnehmbares Echo der Freundschaftstage meinte die deutsche Botschaft in Japan nicht vernommen zu haben¹⁰², während das Freundschaftskomitee DDR-Japan die „zurückhaltende“ Berichterstattung über die Aktion in *Neues Deutschland* monierte.¹⁰³ Auf der anderen Seite konnte das Projekt jedoch zur erneuten Aktivierung der Freundschaftsbewegung beitragen und gleichzeitig die Bande zwischen einigen japanischen Wissenschaftlern einer speziellen akademischen Disziplin und der DDR stärken.

2.2 DIE JAPANISCHE GESELLSCHAFT FÜR GERMANISTIK UND DIE GRÜNDUNG DER FREUNDE VON WEIMAR

Einer Aufgabe, der sich das Freundschaftskomitee DDR-Japan bei der Durchführung der „Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk“ mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit gewidmet hatte, war die Anbahnung von Besuchen und Besichtigungen von Museen und Gedenkstätten mit – wie das Komitee festhielt – „besonderer Bedeutung für Germanisten“ unter der organisatorischen Leitung des Rates der Stadt Weimar und der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der Klassischen deutschen Literatur in Weimar (NFG).¹⁰⁴ Und obwohl sich aus der Konzeption der Freundschaftstage nicht entnehmen lässt, dass die Auseinandersetzung mit Fragen der Germanistik in Japan ein hervorstechender Bestandteil der Aktion war, so deutet doch nicht zuletzt das eigens diesem Thema verschriebene und in der Konzeption noch nicht enthaltene Symposium als eine der Hauptveranstaltungen Gegenteiliges an.¹⁰⁵

Tatsächlich hatten verschiedene Stellen im außenpolitischen Apparat der DDR schon seit mehreren Jahren die Bemühungen aus japanischen Germanistenkreisen um Kontakte zum ostdeutschen Teilstaat erwidert, obgleich man sich auf ostdeutscher Seite über die Zweckdienlichkeit solcher Verbindungen nicht vollends im Klaren zu sein schien. So waren schon die ostdeutschen Delegierten zum V. Weltkongress gegen Atom- und Wasserstoffbomben im Sommer 1959 von tschechoslowakischen und sowjetischen Botschaftsvertretern darauf hingewiesen worden, dass man in der DDR die Möglichkeiten, welche sich aus japanischen Sympathien für Deutschland ergeben würden, viel zu sehr unterschätzen würde. In diesem Sinne würde die Bundesrepublik auch über vergleichsweise großen Einfluss unter japanischen Germanisten verfügen, obwohl ebenso Erfolgsaussichten für ein ostdeutsches Werben um jene Kreise gegeben seien.¹⁰⁶ Ebenso kam der Vorsitzende des Freundschaftskomitees DDR-Japan Gerhard Mehnert nach seinem Japanaufenthalt vom Oktober / November 1964 zu dem Ergebnis, dass zahlreiche Germanisten im Inselstaat „mit dem Herzen aufseiten der DDR stehen“ würden, aber aufgrund der Notwendigkeit von Studienaufenthalten in Deutschland mit der Bundesrepublik zusammenarbeiten müssten. Denn die ostdeutschen Fördermaßnahmen für japanische Wissenschaftler aus dem Bereich der Germanistik betrachtete der Vorsitzende der Freundschaftskomitees DDR-Japan als kaum nennenswert. Bislang würde nämlich bestenfalls einmal im Jahr ein Germanist aus Japan zur Teilnahme an den Sommerkursen in Weimar eingeladen – allerdings zumeist ohne irgendeine finanzielle Unterstützung von ostdeutscher Seite.¹⁰⁷

Spätestens nachdem am 4. und 5. Mai 1966 die XX. Generalversammlung der ca. 1.500 japanische Hochschullehrer umfassenden Japanischen Gesellschaft für Germanistik (*Nihon doku-bungaku kai*, JGG) in den Räumen der Tokyoter Nihon-Universität abgehalten worden war, begannen verschiedene Stellen in der DDR jedoch ihre Bemühungen um japanische Germanistenkreise massiv auszudehnen. Während der Tagung, an der sich 800 Mitglieder beteiligt haben sollen, war es nämlich im Vorstand des Germanistenverbandes zu ersten Auseinandersetzungen über die Haltung der Vereinigung zum geteilten Deutschland gekommen. Gegenstand der Kontroverse waren vor allem eine im Flur vor den Tagungsräumen der Generalversammlung aufgebaute Ausstellung mit dem Titel „Weimar – Eine Stadt stellt sich vor“ und die Interventionen des Kulturattachés der deutschen Botschaft gegen die eher überschaubare Präsentation.

Die vom emeritierten Professor für Germanistik an der Waseda Universität Funaki Shigenobu organisierte Ausstellung hatte den westdeutschen Repräsentanten zu Protesten gegenüber dem Vorstand der JGG veranlasst, weil sie sich nicht nur auf die Vorführung von Kulturdenkmälern der Stadt Weimar beschränkte, sondern u. a. auch die Darstellung der ostdeutschen Nationalflagge sowie eine Karte der DDR mit klarer Grenzziehung und namentlicher Markierung Westberlins einbezogen hatte und zudem durch eine Broschüre mit vermeintlich politischen Inhalten ergänzt worden war.¹⁰⁸ Die bald nach Kenntnisnahme der Situation vom westdeutschen Kulturattaché geforderte Schließung der Ausstellung hatte der Botschaftsangehörige damit begründet, dass es den involvierten Personen an sich zwar unbenommen sei, eine solche Vorführung abzuhalten. Doch sei eine wissenschaftliche Vereinigung kein legitimer Rahmen, da in diesem speziellen Fall zudem der Standpunkt der westdeutschen Seite ausgeklammert worden sei, obgleich ein Vertreter der deutschen Botschaft einer Einladung der JGG folgend zugegen war. (Doitsu bungaku 1967: 173f.)

Der Vorstand der Gesellschaft folgte dem Drängen des westdeutschen Repräsentanten und traf bald eine Entscheidung. Am zweiten Tag des Kongresses war die Ausstellung nicht mehr zu sehen. Der Verlauf der Ereignisse war aber allem Anschein nach nicht allein dem unmittelbaren Druck des westdeutschen Kulturattachés geschuldet. Denn über den Verein zur Förderung der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft (*Doitsu gogaku bungaku shinkōkai*), der im Herbst 1960 unter der Bezeichnung Verein zur Förderung der Germanistik (*Doitsu bungaku shinkōkai*) gegründet worden war, verfügte die deutsche Botschaft über enge Verbindungen zur JGG. Gleichwohl wurde der Verein zur Förderung der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft von westdeutscher Seite aktiv unter-

stützt. Der damalige deutsche Botschafter Wilhelm Haas hatte bereits anlässlich der Gründung der Vereinigung 30.000 Yen gestiftet. Zudem wurden Kontakte zur Ludwig-Maximilians-Universität München hergestellt und Auslandsaufenthalte gesichert. Auch wenn der Protest des Kulturattachés den Anstoß gab, ohne den Verein zur Förderung der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft – so der Germanist Shigi Tatsuki (1928–2009) in einer erneuten Betrachtung der Auseinandersetzung 25 Jahre nach den Geschehnissen – wäre der Vorfall um die Fotoausstellung in dem stattgefundenen Ausmaß nicht möglich gewesen.

Als der Vorstand über das weitere Vorgehen entschied, sollen 14 von 16 Stimmberechtigten für die Schließung gestimmt haben. Funaki Shigenobu war nicht zugegen, da er zu dem Zeitpunkt einer Festansprache an der Waseda Universität beiwohnte. (Shigi 1991: 103–105) Laut Abschlussbericht des westdeutschen Kulturattachés war der Vorsitzende der JGG vom Botschaftsvertreter zudem eindringlich gebeten worden, sich von der Ausstellung zu distanzieren und Versuche, politische Propaganda in den Verband hineinzutragen, entschieden zurückzuweisen. Stattdessen hatte der Leiter des geschäftsführenden Gremiums während des Abschlusstreffens der XX. Generalversammlung die Verbandsmitglieder darauf hingewiesen, dass nun die Wogen der internationalen Politik über die freie, unabhängige JGG hereingebrochen seien und man sich nun mit dieser neuen und auch ernsten Situation auseinandersetzen müsse.¹⁰⁹

Auf der anderen Seite rief die Entscheidung zur Schließung der Fotoausstellung in bestimmten japanischen Germanistenkreisen zum Teil impulsive Reaktionen hervor. Shigi Tatsuki erinnerte sich auch noch am Beginn der neunziger Jahre genau an einen Brief seines Kollegen Nakamura Hideo (1918–1994), dessen Inhalt, so Shigi, gar nicht dem ausgeglichenen Wesen Nakamuras entsprach:

„Als ein Japaner schäme ich mich im Angesicht der Tatsache, dass Sie aufgrund des Einspruches der deutschen Botschaft, eine Ausstellung geschlossen haben, die von Japanern in eigenem Ermessen Zustande gebracht wurde, und führe diesen nicht zu ertragenden Gedanken mit mir. [...] Müssen wir ein ums andere Mal Erlaubnis bei der deutschen Botschaft für die eigenständige Verwirklichung von Veranstaltungen einholen? Was wird aus der Unabhängigkeit der Japanischen Gesellschaft für Germanistik, wenn solche Bevormundung nachgesehen wird?“ (Shigi 1991: 101)

Gleichwohl hatte die deutsche Botschaft festgehalten, dass eine „Flut von Anfragen“ zumeist politisch links stehender Germanisten aus der Provinz wegen des Vorfalls an den Vorstand der JGG gerichtet worden sei. Deren Tenor soll weitgehend dem Standpunkt eines Kommentars des an der Kobe City University of Foreign Studies lehrenden Germanisten Oga-

wa Masami entsprochen haben, der am 24. Mai 1966 in der *Kôbe shinbun* veröffentlicht worden war.¹¹⁰ In dem entsprechenden Text war dem Vorstand der JGG vorgeworfen worden, mit der getroffenen Entscheidung den Germanistenzusammenschluss unter den einseitigen Einfluss Westdeutschlands gebracht, damit die Freiheit einer wissenschaftlichen Vereinigung preisgegeben und so wiederum die Gefahr einer Spaltung des Germanistenverbandes herbeigeführt zu haben. (Ogawa 1966) Die deutsche Botschaft war außerdem darüber informiert, dass eine Reihe von in der Freundschaftsbewegung DDR-Japan aktiven Wissenschaftlern gegen die Schließung der Ausstellung beim Vorstand der JGG protestiert und dem Freundschaftskomitee DDR-Japan demonstrativ Unterstützung bei der Vertiefung der ostdeutsch-japanischen Beziehungen zugesagt haben soll.¹¹¹ Auch ein marxistischer Dozentenkreis der Kyûshû Universität in Fukuoka habe – wie die deutsche Botschaft später hervorhob – eine „unerfreuliche Rolle“ im Verlauf der Ereignisse gespielt.¹¹²

In der Zwischenzeit war man auf ostdeutscher Seite sehr um entsprechende Germanistenkreise bemüht gewesen. Vier Monate nach dem Vorfall, im September 1966, reisten einige an der Auseinandersetzung beteiligte japanische Wissenschaftler auf Einladung der NFG in die DDR, um an den „Tagen der Freundschaft mit dem japanischen Volk“ in Weimar teilzunehmen, darunter auch der Germanist Nakamura Hideo. Das im Rahmen der Freundschaftstage abgehaltene Symposium über Fragen der Germanistik in Japan hatte wiederum der ostdeutschen und der japanische Seite die Möglichkeit zur Verständigung gegeben, sodass die Gäste aus dem Inselstaat im Einvernehmen mit den ostdeutschen Veranstaltern am Ende festhielten, „den Kontakt bedeutend auszubauen“. In der Konsequenz wollten die nach Weimar gereisten japanischen Germanisten an der Konzipierung einer eigenen, der DDR nahestehenden Germanistenvereinigung arbeiten und diese im nächsten Schritt an die JGG angliedern. Die NFG und das Freundschaftskomitee DDR-Japan hatten wiederum Unterstützung bei der Umsetzung eines solchen Vorhabens zugesagt.¹¹³ Was folgte war ein offizieller Vorschlag des Präsidenten der NFG an den Vorsitzenden des japanischen Germanistenverbandes gegen Ende des Jahres 1966 zu einer engeren Kooperation zwischen beiden Einrichtungen und die Einladung an drei junge japanische Germanisten, für einige Jahre am Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar zu arbeiten. Vor diesem Hintergrund blieb die nach westdeutscher Auffassung latente Gefahr, dass der Kreis der DDR nahestehenden Germanisten mit organisatorischem Geschick die Kontakte in den ostdeutschen Teilstaat vertiefen könnte und dies gegebenenfalls auch unabhängig.¹¹⁴

Im September 1967 wurden die Befürchtungen der westdeutschen Seite schließlich Wirklichkeit, als eine Reihe der DDR nahestehender Germanis-

ten die Initiative ergriff und die Gründung der unabhängigen Germanistenvereinigung Freunde von Weimar (*Waimaru tomo no kai*) vollzog. Unter dem Vorsitz des Professors an der Tokyo Metropolitan University Ōyama Satoshi (1915–2002) folgte die Einrichtung der Losung, durch den Handschlag mit der DDR, der Forschung wirklichen Tiefgang zu verleihen. (Shigi 1991: 105f.) Im Gründungsstatut der Freunde von Weimar vom September 1967 hieß es daher, dass die akademische Forschung nur voranschreiten könne, wenn beide Teile Deutschlands unparteilich und darüber hinaus vom selben Blickwinkel betrachtet würden. Insofern sei es notwendig, unabhängig und frei die Berührung mit akademischen Einrichtungen in Ost- und Westdeutschland zu suchen. So könne ein Beitrag zur Durchführung adäquater Studien im Bereich der Germanistik und Literaturforschung für Japan geleistet werden.¹¹⁵ Allerdings gab es kaum einen Zweifel daran, welcher der beiden deutschen Staaten den Freunden von Weimar am nächsten stand. So berichtete der Vorsitzende der Vereinigung Ōyama auch im Bulletin der Tokyoter Freundschaftsgesellschaft über die Gründung der Germanistenvereinigung und bat gleichzeitig die Freundschaftsbewegung, mit „wohlwollendem Blick“ (*atataka na manako*) über die Entwicklung des jungen Zusammenschlusses zu wachen. (Ōyama 1968: 1) Noch demonstrativer erschien die Durchführung einer Weimar-Fotoausstellung durch die im Raum Osaka lebenden Freunde von Weimar, die grundsätzlich auch mit einer Niederlassung an der Dōshisha Universität in Kyoto zusammenarbeiteten.¹¹⁶ Das Herz der Vereinigung befand sich allerdings an der Waseda Universität in Tokyo, und zwar in den Büroräumen von Nakamura Hideo. Bei der Gründung zählte die Vereinigung zunächst um die hundert Mitglieder¹¹⁷, im Februar 1968 sollen es jedoch bereits 235 gewesen sein. (Ōyama 1968: 1)

Auch wenn die westdeutsche Seite in diesem Fall das Nachsehen hatte, so versuchte sie den Entwicklungen soweit wie möglich frühzeitig entgegenzusteuern. Bei einer Anzahl von 160.000 japanischen Studenten – so die westdeutschen Schätzungen von 1966 – welche mindestens zwei Jahre in der deutschen Sprache und Literatur unterrichtet wurden, erschienen die Sorgen in der deutschen Botschaft um ein ostdeutsches Werben um die Germanisten im Inselstaat durchaus nachvollziehbar. Denn sie trugen einen erheblichen Teil zur Formung des Deutschlandbildes in Japan bei. Entsprechend hatte man auch in der DDR die Gründung der Freunde von Weimar als „großen Erfolg“ bezeichnet, obgleich man eine „Politisierung“ der Gruppe zunächst für nicht möglich hielt. Der Umstand, dass mit der Konstituierung der Vereinigung der anscheinend übermächtige westdeutsche Einfluss auf japanische Germanisten „durchbrochen“ werden konnte, war jedoch für die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre Befriedung genug.¹¹⁸

Dabei waren die Anknüpfungspunkte für die ostdeutsche Auslandspropaganda im Bereich der Germanistik zu dieser Zeit, wie Vertreter der deutschen Botschaft feststellten, durchaus vielfältig. Traditionelle, auch japanischen Germanisten wohl vertraute Kulturstätten, die sich im ostdeutschen Teilstaat befanden, waren nur ein Beispiel. Wissenschaftliche Veröffentlichungen zur Germanistik aus der DDR, insbesondere vom Verlag Rütten & Loening oder dem Deutschen Verlag der Wissenschaften, sollen nicht selten in japanischen Buchhandlungen und Universitätsveranstaltungen zu finden gewesen sein. Eine große Zahl japanischer Germanisten soll zudem ostdeutsche Propagandazusendungen erhalten haben. Auch wenn man auf westdeutscher Seite glaubte, dass die Wirkung letzterer Bemühungen der DDR nicht überschätzt werden sollte, der Vorfall um die Fotoausstellung und die sich anschließenden Entwicklungen demonstrierten doch, dass sie ihre Wirkung nicht vollkommen verfehlen mussten.¹¹⁹

In diesem Sinne kamen Botschaftsangehörige im Juni 1966 zu dem Schluss, dass eine stärkere „wissenschaftliche Betreuung“ japanischer Germanisten ratsam sei. Wichtig erschien den Verantwortlichen in diesem Kontext vor allem, dass sich staatliche Stellen bewusst im Hintergrund halten sollten, um so nicht den Eindruck einer offiziellen Steuerung entstehen zu lassen. Stattdessen setzte man auf eine Einbeziehung des Goethe-Instituts oder des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).¹²⁰ So stellte speziell der DAAD im Dezember 1966 in Anlehnung an die Vorschläge der deutschen Botschaft auch fest, „dass eine Reihe befähigter japanischer Germanisten wegen der beschränkten Zahl verfügbarer Stipendien keine Möglichkeiten zu Forschungsarbeiten im Bereich der Germanistik in Deutschland“ habe. Um dieser Lage abzuhelpfen, wurde daher ein Sonderstipendienprogramm eingeführt, das speziell an Dozenten im Bereich der Germanistik an japanischen Universitäten gerichtet war. Zwanzig solcher Stipendien sollten jährlich bereitgestellt werden und eine Forschungstätigkeit in der Bundesrepublik von mindestens einem Jahr ermöglichen.¹²¹ Mit Blick auf die, wie der DAAD festhielt, nicht zu unterschätzende allgemeine „Skepsis der japanischen jüngeren Generation“ gegenüber dem Westen sollte mit der Bereitstellung der Sonderstipendien nun ein erster Schritt getan werden, um „eine besonders ausgewählte Gruppe junger japanischer Germanisten [...] in Deutschland ausbilden zu lassen.“¹²²

Durch die Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel verfügte man auf westdeutscher Seite grundsätzlich zwar über deutlich vorteilhaftere Voraussetzungen als die verantwortlichen Stellen in der DDR, um auch japanische Wissenschaftler in deutschlandpolitische Angelegenheiten einzubeziehen. Trotzdem war der Wunsch nach einer engeren Zu-

sammenarbeit mit dem ostdeutschen Teilstaat unter bestimmten japanischen Akademikern stark ausgeprägt – wie auch die Gründung einer pro-ostdeutschen Germanistenvereinigung bereits gezeigt hatte. Der marxistische Historiker und Angehörige des Präsidiums der Tokyoter Freundschaftsgesellschaft Hani Gorō äußerte etwa im Gespräch mit Vertretern der deutschen Botschaft, dass er gerne Wissenschaftler aus der DDR nach Japan einladen würde. Die beschränkten finanziellen Möglichkeiten vieler japanischer Universitäten und die fehlende Bereitschaft der ostdeutschen Seite, Reise- und Aufenthaltskosten zu tragen, ließen es jedoch zwecklos erscheinen, Einladungen auszusprechen.¹²³

2.3 DIE GEPLANTE ENTSENDUNG DER SIXTINA VON RAFFAEL NACH JAPAN

Nicht weniger ausgeprägt als der Eifer in bestimmten Akademikerkreisen um den wissenschaftlichen Austausch mit dem ostdeutschen Teilstaat war das Interesse von einigen Vertretern der japanischen Kunstlandschaft an ausgewählten Kulturgütern aus der DDR. Dies hatte der Minister für Kultur Hans Bentzien bereits im Herbst 1964 vor Ort in Tokyo erfahren, nachdem vom Rektor der Hōsei Universität Tanikawa Tetsuzō (1895–1989) ein gemeinsames Abendessen mit zwei Vertretern der Japanischen Gesellschaft für bildende Kunst (*Nihon bijutsu kyōkai*) und dem Generaldirektor der Kulturabteilung der *Asahi shinbun* Enna Takio arrangiert worden war. Die japanischen Gesprächspartner hatten die Gelegenheit unmittelbar aufgegriffen, um das Vorhaben einer Ausstellung von Gemälden der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden im Inselstaat zu diskutieren. Bereits im Verlauf des Abends waren von japanischer Seite politische und sonstige Garantien in Aussicht gestellt und dem Minister für Kultur ein vorläufiger Durchführungsentwurf zum geplanten Projekt übergeben worden. Noch im November 1964 wurde Bentzien außerdem zusammen mit dem Vorsitzenden des Freundschaftskomitees DDR-Japan Mehnert vom Generaldirektor des Nationalen Museums für westliche Kunst (*Kokuritsu seiyō bijutsukan*) im Tokyoter Stadtteil Ueno empfangen.¹²⁴

Bereits während der ersten Konsultationen hatten die japanischen Gesprächspartner den Minister für Kultur davon überzeugen können, dass die *Asahi shinbun* über die erforderliche Erfahrung für die Umsetzung eines solchen Vorhabens verfügte. So hatte Bentzien in seinem Abschlussbericht darauf hingewiesen, das die Zeitung schon in der Vergangenheit drei der bedeutendsten Kunstausstellungen in Japan organisiert habe, nämlich die Präsentation von Kostbarkeiten französischer Kunst aus dem Louvre, die Vorführung von Schätzen der 5000-jährigen Kunsttradition Ägyptens aus dem Ägyptischen Museum in Kairo und schließlich die

Sonderausstellung der Venus von Milo anlässlich der Olympischen Sommerspiele in Tokyo. Insbesondere das Bewusstsein des außerordentlichen Erfolgs der Präsentation der Venus von Milo in Japan, deren Besucherzahl Vertreter der *Asahi shinbun* auf ca. 1,7 Millionen geschätzt hatten, schien das ostdeutsche Interesse an einer Ausstellung von ausgewählten Gemälden der Dresdner Kunstsammlung im Inselstaat befeuert zu haben. Schließlich sagten die japanischen Gesprächspartner dem geplanten ostdeutsch-japanischen Vorhaben einen vergleichbaren Erfolg und eine Zahl von eineinhalb bis zwei Millionen Besuchern voraus.¹²⁵

Die Sektorenleiterin im MfK Irene Gysi (1912–2007), die sich im Zusammenhang mit einer Tournee des Leipziger Gewandhausquartetts zwischen Oktober und Dezember 1964 in Japan aufhielt, hatte entsprechend auf Empfehlung von Bentzien bald die Verhandlungen mit dem Verantwortlichen der *Asahi shinbun* Enna Takio fortgeführt. Im Anschluss an Gysis Abschlussbericht war angedacht, die Sixtina von Raffael sowie zwölf weitere Gemälde der Dresdner Kunstsammlungen zwischen Herbst 1965 und Frühjahr 1966 in Tokyo, Osaka, Kitakyūshū, Nagoya und Sapporo auszustellen. Als Träger der Ausstellung und offizieller Repräsentant der japanischen Regierung sollte das Nationale Museum für westliche Kunst in Ueno auftreten, während die *Asahi shinbun* als Finanzier fungieren sollte. Was den Transport der Gemälde aus der DDR nach Japan anging, so sah die Planung vor, dass die Kunstwerke über die Sowjetunion per Eisenbahn nach Wladiwostok und von dort aus weiter per Schiff nach Yokohama gebracht werden sollten. Für die anfallenden Versicherungskosten sollte wiederum der Aussteller aufkommen.¹²⁶

Nachdem das Vorhaben bereits konkrete Züge erhalten hatte, brachte die *Asahi shinbun* am 16. November 1964 unter Berufung auf Angaben des Ministers für Kultur aus dem DDR-Rundfunk die Ankündigung, dass die Sixtina von Raffael 1965 nach Japan kommen werde. (*Asahi shinbun* 1964) Am folgenden Tag wurde die Nachricht auch von der englischsprachigen Presse aufgegriffen. (*Japan Times* 1964) Neben den ohnehin DDR freundlich gesonnenen Kreisen soll insbesondere der Botschafter der UdSSR in Tokyo das Projekt befürwortet haben.¹²⁷ Denn mit der Umsetzung eines solchen Vorhabens konnte durchaus auch ein Prestigegewinn für die sowjetische Seite einhergehen. Die Bilder der Dresdner Gemäldegalerie gehörten nämlich zu jenem Bestand der in der Sowjetunion gelagerten Beutekunst, der 1955/56 von der UdSSR wieder an Deutschland zurückgegeben worden war.

Auf der Grundlage der bis zu diesem Zeitpunkt erzielten Ergebnisse der ostdeutsch-japanischen Verhandlungen wurde ein Beschlussentwurf zur Entsendung der Gemälde der Dresdner Kunstsammlung nach Japan erstellt und dem Ministerrat der DDR durch den Minister für Kultur am

7. Januar 1965 vorgelegt. Begründet wurde das Vorhaben mit der Prognose eines „ungewöhnlichen Erfolgs“ einer Ausstellung der ausgewählten Gemälde im Inselstaat, welche sich wiederum auf die äußerst positive Resonanz aus der japanischen Bevölkerung auf die Präsentation der Venus von Milo stützte. Im Kontext der geplanten Ausstellung der Gemälde der Dresdner Kunstsammlung wurde außerdem auf den außerordentlichen Einfluss der *Asahi shinbun* auf die öffentliche Meinung im Inselstaat verwiesen, sodass sich über entsprechende Kontakte zu der auflagenstarken Tageszeitung Möglichkeiten ergeben würden, das ostdeutsche Wirken in Japan auf anderen Ebenen auszuweiten. Praktische Fragen seien zudem bereits geklärt und die Transportfähigkeit der Gemälde folglich bestätigt. Allein der Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden habe sich gegen die Durchführung des Projektes ausgesprochen, da seiner Ansicht nach solch wertvolle Exponate grundsätzlich nicht ausgeliehen werden sollten.¹²⁸ Andere maßgebende Stellen in der DDR wie das MfAA waren mit Blick auf die allgemeine Bedeutung Japans in der internationalen Politik dagegen bereit gewesen, grundsätzliche Bedenken hinsichtlich des Vorhabens zurückzustellen. Dennoch blieben auch dort weiterhin Zweifel, ob die erforderlichen staatlichen Sicherheitsgarantien erteilt werden, während gleichzeitig ein gewisses Unverständnis aus Prag und Bukarest gegenüber dem Projekt erwartet wurde. Schließlich hatten die bereits in der ČSSR und in Rumänien stattgefundenen Ausstellungen Dresdner Gemälde ohne die besonders repräsentativen Stücke der Sammlung auskommen müssen, nachdem das MfK erklärt hatte, dass die wertvollsten Gemälde der Dresdner Kunstsammlung aus Sicherheitsgründen prinzipiell nicht ins Ausland gegeben werden.¹²⁹

Am Ende hatte der für den Kultur- und Wissenschaftsaustausch mit Japan maßgebende und in diesem Sinne auch für die geplante Gemäldeausstellung richtungsweisende Ministerratsbeschluss vom 17. Juni 1965 keine Stellung zu dem Vorhaben genommen, obwohl in dem zugrundeliegenden Konzeptionsentwurf vom April 1965 das MfK noch mit der Organisation der Gemäldeausstellung beauftragt worden war.¹³⁰ Erst der Ministerratsbeschluss über die „Maßnahmen des Ministeriums für Kultur zur Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit Japan“ vom 9. September 1965 ermächtigte den Minister für Kultur, mit der *Asahi shinbun* Verhandlungen zu führen. Die Bedingungen, an die das Zustandekommen der Ausstellung geknüpft wurde, ließen jedoch wenig Spielraum für eine Verständigung mit den verantwortlichen japanischen Stellen. Demnach habe die Ausstellung den Titel „Meisterwerke der Malerei und Grafik aus Museen der Deutschen Demokratischen Republik“ zu führen. Sicherheitsgarantien des japanischen Ministers für Inneres und des japanischen Ministers für Kultur müssten vom Veranstalter beschafft werden,

der Eröffnung der Ausstellung habe eine Delegation unter der Leitung des Ministers für Kultur der DDR beizuwohnen – der ebenso das Vorwort im Ausstellungskatalog zeichnen werde – und sämtliche anfallenden Kosten habe der Veranstalter zu tragen. Der Einbeziehung der Sixtina von Raffael in die Präsentation stimmte der Ministerrat unter der Auflage zu, dass die Ausstellung in Tokyo vom Vorsitzenden des Ministerrates persönlich eröffnet werde.¹³¹

Dass die Umsetzung des ehrgeizigen Projektes unter diesen Voraussetzungen nicht möglich war, erscheint naheliegend. Fraglich bleibt allerdings, weshalb sich der Ministerrat in der Mehrheit – wie Hans Bentzien einem Vertreter des Asahi-Konzerns im Frühjahr 1965 vor Ort in der DDR eröffnet hatte – gegen die Durchführung der Gemäldeausstellung in Japan ausgesprochen¹³² und daran anknüpfend im Ministerratsbeschluss vom 8. September 1965 die Umsetzung des Vorhabens an kaum erfüllbare Auflagen gebunden hatte. In einem mit dem Verfasser geführten Interview, hatte der ehemalige Minister für Kultur der DDR Hans Bentzien auf starke Widerstände aus den Reihen der Staatlichen Kunstsammlung Dresden gegen die Durchführung der geplanten Gemäldeausstellung in Japan hingewiesen. Diese sollen so weit gegangen sein, dass der Generaldirektor der Dresdner Kunstsammlungen und langjährige Ministerpräsident des Landes Sachsen Max Seydewitz (1892–1987) gegenüber dem Vorsitzenden des Ministerrates seinen Rücktritt im Falle einer Umsetzung des Vorhabens androht habe.¹³³ Vor diesem Hintergrund lässt sich auch erklären, warum im endgültigen Ministerratsbeschluss über die Ausweitung des Kultur- und Wissenschaftsaustausches mit Japan die Gemäldestellung nicht mehr explizit erwähnt wurde.

Die Anstrengungen aus dem MfK um die Entsendung der Gemälde der Dresdner Kunstsammlung, obgleich hauptsächlich im ostdeutschen Teilstaat selbst ausgebremsst, waren am Ende aber nicht vollkommen fruchtlos gewesen. Durch die Nähe zur *Asahi shinbun* als einer der auflagenstärksten Tageszeitungen Japans gelangten nicht nur vereinzelt positive Artikel über das Alltagsleben in der DDR (*Asahi shinbun* 1965) in einer siebenstelligen Auflage in Umlauf. Ende September 1966 hatte auch der Erste Sekretär des ZK der SED und Erste Vorsitzende des Staatsrates Walter Ulbricht in einem umfangreichen Interview mit der Zeitung für die Normalisierung der ostdeutsch-japanischen Beziehungen, den eigenen Standpunkt in der Deutschlandfrage und die Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung in Japan werben können. Mit Blick auf den Einfluss der *Asahi Shinbun* im japanischen Alltag hatte Ulbricht in dem Interview außerdem das Anliegen artikuliert, dass die Zeitung die Einreise ostdeutscher Vertreter nach Japan unterstützen möge. (*Asahi shinbun* 1966)

3. EHRGEIZIGE VORHABEN ZUR MITTE DER SECHZIGER JAHRE

Der ehemalige stellvertretende Minister für Außenhandel der DDR Gerhard Beil (1926–2010), der zum Ende sechziger Jahre noch als Staatssekretär maßgeblich bei der Gestaltung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum Inselstaat mitwirkte, hielt später in seinen Memoiren fest, dass sich Japan nach den ersten gemeinsamen Anstrengungen um den ostdeutsch-japanischen Handel „verweigert“ habe und das danach bis 1968 „nicht viel“ passiert sei. (Beil 2010: 150) Nicht nur, dass Beil die positiven Ansätze des bilateralen Güter- und Warenverkehrs in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre unerwähnt ließ. Gleichwohl übersprang der ehemalige stellvertretende Minister für Außenhandel einen der wichtigsten Wendepunkte der ostdeutsch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wie überhaupt im Verhältnis der DDR zum Inselstaat der ersten zwei Dekaden.

Im Zeichen der Ausweitung des japanischen Ost-West-Handels war 1964/65 nämlich von höchster Stelle in der DDR der Prozess der Normalisierung der ostdeutsch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eingeleitet worden. Japan wurde in der Konsequenz erstmals Gegenstand einer breit angelegten Kampagne des ostdeutschen Teilstaates, die fast sämtliche Bereiche des Austausches erfasste. Speziell der handelspolitische Stellenwert des Inselstaates wurde von maßgebenden Ministerien in Ostberlin nun so hoch eingestuft, dass das MfAA das Engagement und die Solidaritätsbekundungen des Deutschen Roten Kreuzes der DDR gegenüber Pjöngjang in Fragen um die Aufkündigung des Abkommens zur Repatriierung in Japan lebender Koreaner nach Nordkorea¹³⁴ zwar lobte, gleichzeitig aber das Rote Kreuz darum bat, mit Rücksicht auf „Gesamtinteressen der Außenpolitik der DDR“ Initiativen zurückzustellen.¹³⁵ Dass der Austausch mit dem Inselstaat bereits zur Mitte der sechziger Jahre eine höchst relevante Größe im Kontext der Weiterentwicklung bestimmter Aspekte der ostdeutschen Wirtschaft war, wurde zuletzt an der Einführung eines zweijährigen Zusatzstudiums an der Humboldt-Universität im Herbst 1966 deutlich. Das von der Abteilung Japanologie des Ostasiatischen Instituts der Hochschule konzipierte und unter der Bezeichnung „Japanisch für Naturwissenschaftler und Techniker“ laufende Projekt war eine Reaktion auf die mittlerweile gegebene „Notwendigkeit“ der Auswertung japanischer naturwissenschaftlicher und technischer Literatur.¹³⁶ Hundert Kader aus „Praxis und Wissenschaft“ sollen das Studium 1968 abgeschlossen haben.¹³⁷

Trotzdem führten weder das unzweifelhafte Interesse aus japanischen Wirtschaftskreisen am Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, noch die Aussicht auf umfangreiche Geschäfte durch den Import

kompletter japanischer Industrieanlagen in die DDR oder der strategische Verhandlungsabbruch im Zusammenhang mit Großprojekten zum Erfolg. Ein Handelsabkommen stand in Japan zu keinem Zeitpunkt zur Frage und die rechtzeitige Wahrnehmung von Zugeständnissen, die das MITI im Zusammenhang mit der Errichtung einer Vertretung des Außenhandels der DDR in Tokyo machte, wurde versäumt. Zwar begann ab 1966 der Umfang des bilateralen Güter- und Warenverkehrs allmählich zuzunehmen. Gegenüber den Vorgaben des Ministerratsbeschlusses über die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen vom 18. März 1965 mussten die erzielten Ergebnisse aber mehr als unbefriedigend erscheinen.

So standen 1965 den angestrebten Ausfuhren nach Japan im Umfang von 16,25 Millionen US-Dollar (65 Millionen Valuta-Mark) bzw. den avisierten Einfuhren im Umfang von 6,25 Millionen US-Dollar (25 Millionen Valuta-Mark) tatsächliche Exporte im Wert von 1,2 Millionen und Importe im Wert von 1,1 Millionen US-Dollar gegenüber. Die Diskrepanzen zwischen eingeplanten und wirklichen Werten setzten sich im folgenden Jahr weiter fort. Der vom Ministerrat für 1966 vorgegebene Zielwert von 18,25 Millionen US-Dollar (75 Millionen Valuta-Mark) für den Umfang der Ausfuhren nach Japan wurde mit einem tatsächlichen Umfang der Exporte von 3,6 Millionen US-Dollar deutlich verfehlt. Eindeutig waren ebenso die Verhältnisse im Bereich der Einfuhren aus dem Inselstaat, die sich nicht etwa wie angestrebt auf 8,75 Millionen US-Dollar (35 Millionen Valuta-Mark), sondern stattdessen auf 2,5 Millionen US-Dollar beliefen. Der Güter- und Warenverkehr zwischen der DDR und dem Inselstaat von 1966 umfasste schließlich 6,1 Millionen US-Dollar.

Gegenüber keinem anderen europäischen Mitgliedsstaat des RGW – ausgenommen Ungarn – waren die japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so schlecht ausgebildet wie gegenüber der DDR. Vor allem war der Abstand zu Bulgarien und Rumänien als den führenden japanischen Handelspartnern jener Staatengruppe enorm. Das Volumen des Handels zwischen dem ostdeutschen Teilstaat und Japan wurde vom Umfang des japanisch-bulgarischen Güter- und Warenverkehrs mit 38 Millionen US-Dollar um mehr als das Sechsfache bzw. vom Umfang des japanisch-rumänischen Güter- und Warenverkehrs mit 42 Millionen US-Dollar um fast das Siebenfache übertroffen.

Besonders die Maßgabe des Ministerrates, den Anteil der Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie am Gesamtexport nach Japan auf mindestens 60 % zu erhöhen, bremste zunächst das handelspolitische Vorrankommen, da es 1965 so gut wie keine Absatzmöglichkeiten im Inselstaat für entsprechende Produkte aus der DDR gab. Auch 1966 zeigte die Festlegung auf Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie als

Schwerpunkt der Ausfuhren nach Japan, dass durch eine solch einseitige Ausrichtung in Zeiten verhaltener Nachfrage die gesamte Entwicklung des ostdeutsch-japanischen Handels gehemmt wurde.¹³⁸ Somit bleibt die Schlussfolgerung, dass mehr als zwei Jahre nach der Initiierung von Maßnahmen zur Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Japan, die Möglichkeiten des Güter- und Warenaustausches zwischen den beiden Ländern kaum im vollen Umfang ausgenutzt werden konnten, trotz einiger durchaus vielversprechender Ansätze.

Aber auch wesentliche im Rahmen des ostdeutsch-japanischen Kultur- und Wissenschaftsaustausches eingeleitete Schritte des Ministerrates konnten am Ende keine vollends überzeugenden Ergebnisse liefern. So konnte zwar die Freundschaftsbewegung im Inselstaat erneut aktiviert werden, während fast zeitgleich eine Reihe DDR nahestehender japanischer Akademiker die Germanistenvereinigung Freunde von Weimar konstituierte, der am Beginn des Jahres 1968 bereits mehr als 200 Mitglieder angehörten. Großprojekte, die an die breite Masse der japanischen Bevölkerung gerichtet waren, wie die Ausstellung von Gemälden der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden einschließlich der Sixtina von Raffael sowie die Durchführung der Japanwoche in Weimar und Ostberlin scheiterten oder erhielten nicht den erwünschten Anklang.

Aus den erzielten Resultaten der eingeleiteten Maßnahmen zog man in der DDR auch bald Konsequenzen. Das MfAA schlug im Oktober 1967 zunächst die Überarbeitung der wesentlichen Beschlüsse¹³⁹ zur Entwicklung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen mit Japan vor¹⁴⁰, um so auf ein koordiniertes Vorgehen gegenüber dem Inselstaat unter zentraler Leitung des MfAA hinzuwirken.¹⁴¹ Der Ministerrat bestätigte den Beschlussvorschlag jedoch nicht. Stattdessen wurde die gesamte, bis 1970 gültige Japan-Konzeption außer Kraft gesetzt, um im selben Atemzug die Leiter der zuständigen zentralen staatlichen Organe zu beauftragen, in Abstimmung mit dem MfAA und in eigener Verantwortung, Maßnahmen zum Ausbau der Beziehungen nach Japan vorzunehmen.¹⁴²

Das Ausbleiben der erwünschten Ergebnisse im Zusammenhang mit den 1964/65 eingeleiteten Maßnahmen hatte jedoch nichts an dem Umstand geändert, dass die Wirkungsmöglichkeiten des außenpolitischen Apparates der DDR im Inselstaat allmählich umfangreicher wurden. So stand nicht nur nach wie vor die Frage der Errichtung einer Außenhandelsvertretung der DDR in Tokyo im Raum. Vor allem im akademischen und kulturellen Leben Japans war der ostdeutsche Teilstaat zu dieser Zeit verglichen mit den vorangegangenen Jahren schon sehr präsent. Besonders ostdeutsche Publikationen aus dem Bereich der Wirtschaftswissen-

schaften waren in Japan gefragt. Speziell der Ostberliner Verlag „Die Wirtschaft“, der bis 1967 knapp 1600 Titel mit einer Gesamtauflage von 19,5 Millionen Exemplaren herausgegeben hatte und einen erheblichen Teil davon ins westliche Ausland exportierte, gab auch 1967 den Inselstaat als wichtigsten Absatzmarkt in jener Staatengruppe an.¹⁴³ Im Zuge des zunehmenden wissenschaftlichen Interesses an der im ostdeutschen Teilstaat betriebenen Forschung, war im Frühjahr 1969 auch eine Vortragsreise des angesehenen Politökonomen Jürgen Kuczynski durch Japan zustande gekommen, bei deren Umsetzung die Hōsei Universität entscheidend mitgewirkt hatte.¹⁴⁴

Im kulturellen Bereich beteiligten sich ostdeutsche Stellen wiederum an einer großen internationalen Rembrandt-Ausstellung unter der Schirmherrschaft der *Nihon keizai shinbun*, die zwischen April und Juli 1968 in Tokyo und in Kyoto stattfand, nachdem das Kulturministerium der UdSSR zuvor eine Kooperation mit dem MfK angeregt hatte. Wie schon zuvor, im Rahmen einer internationalen Beethoven-Ausstellung in Japan, wurde die Staatsbezeichnung „DDR“ im Ausstellungskatalog verwendet.¹⁴⁵ Außerdem hatte sich die der SPJ nahestehende und Taibunkyō genannte Gesellschaft für den kulturellen Austausch mit dem Ausland (*Nihon taigai bunka kyōkai*)¹⁴⁶ 1966/67 sehr um ein Gastspiel des Berliner Ensembles im Inselstaat bemüht, dessen Umsetzung nach mehr als einem Jahr der Verhandlungen zwar scheiterte¹⁴⁷, doch sollte die zu dieser Zeit entstandene Nähe zu Taibunkyō und speziell zum Vorsitzenden der Vereinigung und Gründer der Tokyoter Tōkai Universität Matsumae Shigeyoshi (1901–1991) ab dem Beginn der siebziger Jahre Grundlage für eine umfangreiche kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit bilden.¹⁴⁸

Dabei nahm das japanische Interesse manchmal auch Formen an, die ostdeutschen Stellen alles andere als genehm waren. So wurde etwa der Bonner Korrespondent der *Asahi shinbun* im August 1968 aus der DDR ausgewiesen, um das Zustandekommen eines geplanten Treffens zwischen dem japanischen Journalisten und dem Systemkritiker Robert Havemann (1910–1982) in Ostberlin zu verhindern.¹⁴⁹

VI. ENTSPANNUNGSPOLITIK UND VIETNAMKRIEG

Das ostdeutsch-japanische Verhältnis der ausgehenden sechziger Jahre war vor allem von den gegensätzlichen Entwicklungen einer allgemeinen internationalen Entspannung im Zeichen der Deténte und der Radikalisierung weiter Teile der japanischen Opposition im Kontext des Vietnamkrieges geprägt. Der nach der Kuba-Krise einsetzende und durch das Chinesisch-Sowjetische Schisma beschleunigte Annäherungsprozess zwischen den USA und der Sowjetunion hatte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre schließlich auch die deutsch-deutschen Beziehungen und das komplizierte japanische Verhältnis zur UdSSR erfasst. So begann etwa die Bundesregierung zunächst Handelsvertretungen und ab 1967 auch Botschaften in den sozialistischen Staaten Europas zu errichten, nachdem bereits in der westdeutschen Öffentlichkeit die Unterstützung der rigiden Isolationspolitik gegenüber der DDR spürbar nachgelassen hatte. In Japan hatten die Vorgänge im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis wiederum dazu beigetragen, eine zunehmend umfangreiche wirtschaftliche- und damit auch fast zwangsläufig eine engere politische Zusammenarbeit zwischen Tokyo und Moskau auf den Weg zu bringen.

Im krassen Gegensatz zu diesen Entwicklungen stand die bald nach dem Tonkin-Zwischenfall vom August 1964 erfolgte amerikanische Intervention in Nordvietnam, die daran anschließende Eskalation der Lage in Südostasien und deren Auswirkungen auf das linke Milieu in Japan. Denn die Tatsache, dass die US-Stützpunkte im Inselstaat als Ausgangspunkt für die amerikanischen Bombardements auf Vietnam fungierten, hatte noch einmal eine Radikalisierung maßgebender Elemente innerhalb der Oppositionsparteien wie auch innerhalb des neutralistischen Teils der Gewerkschaftsbewegung in Gang gesetzt, bevor schließlich in den siebziger Jahren im Zuge der stetigen Ausweitung des allgemeinen Wohlstands im Inselstaat die Marginalisierung weiter Teile des linken Milieus rapide voranschritt.

Das folgende Kapitel will daher abschließend zunächst der Frage nachgehen, wie sich die durchaus mit den Interessen der japanischen Regierung komplementären Bemühungen von ostdeutscher Seite um die Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im Zeichen internationaler Entspannung entfalten konnten. Anschließend gilt es wiederum zu klären, wie sich der Verlauf des Vietnamkrieges auf die ostdeutsche Stellung innerhalb der japanischen Opposition auswirkte und wie eben besagte Opposition unter diesen Voraussetzungen die Anliegen der ostdeutschen Staatsführung gegenüber der japanischen Regierung und der Allgemeinheit im Inselstaat kommunizierte.

1. WIRTSCHAFTLICHER AUSTAUSCH INMITTEN DER HOCHWACHSTUMSPHASE

Nach der grundlegenden Neuausrichtung der ostdeutschen Handelspolitik gegenüber Japan zum Jahreswechsel 1964/65 hatte sich der Güter- und Warenverkehr zwischen den beiden Staaten zunächst nur sehr langsam entwickelt. Die neue, an chinesische Strategien angelehnte Handelspolitik hatte aber insofern bald Wirkung gezeigt, dass die japanische Regierung in Fragen des Güter- und Warenverkehrs mit der DDR einem konstanten Druck der Ost-West-Handelskreise ausgesetzt war. Schließlich schien der ostdeutsch-japanische Handel trotz der in Ostberlin und von japanischen Wirtschaftskreisen eingeleiteten Bemühungen um die Stärkung des wirtschaftlichen Austausches kaum im Einklang mit der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der DDR und insbesondere mit dem beispiellosen japanischen Wirtschaftswachstum sowie den dadurch geschaffenen Möglichkeiten zu stehen. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft von über 10 % seit dem Beginn der sechziger Jahre befand sich der Inselstaat zum Ende der Dekade nämlich inmitten der sogenannten wirtschaftlichen Hochwachstumsphase. Das Bruttonationaleinkommen Japans konnte innerhalb von zehn Jahren verdoppelt werden. Schon 1968 überstieg es das der Bundesrepublik, sodass Japan auf globaler Ebene hinter den USA an zweiter Stelle rangierte. (Hashimoto 2000: 189–192)

Das Wachstum der japanischen Wirtschaft hatte auch bereits zu einer spürbaren Entspannung der japanischen Beziehungen zur UdSSR beigetragen, nachdem durch die amerikanisch-sowjetische Annäherung der vorangegangenen Jahre der Weg für eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit geebnet worden war. So hatte auch der japanische Außenminister Shiina Etsusaburō im Januar 1966 vor Ort in Moskau mit der sowjetischen Staatsführung ein Luftschiffahrts- sowie ein Handelsabkommen unterzeichnet. Danach vergingen nur sechs Monate bis sich der sowjetische Außenminister Andrei A. Gromyko in Tokyo mit der japanischen Regierung über die Einführung der Institution der japanisch-sowjetischen Außenministerkonsultation verständigte. Schon durch die zunehmende Rohstoffnachfrage im Zeichen der Hochwachstumsphase blieb der unmittelbare Austausch mit der UdSSR auch in den nachfolgenden Jahren ein wichtiger Bezugspunkt in den außenpolitischen Konzeptionen der japanischen Regierung. So waren die japanisch-sowjetischen Beziehungen zu diesem Zeitpunkt auch stabil wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte, obwohl Fragen um die territoriale Zugehörigkeit der Südkurilen-Inseln das Verhältnis zwischen Tokyo und Moskau weiterhin belasteten. (Ki'ire 1983: 100f.)

Doch nicht nur aufgrund der Entwicklungen im japanisch-sowjetischen Verhältnis musste sich für Ost-West-Handelskreise im Inselstaat die Frage stellen, weshalb die japanische Regierung auch weiterhin an einer solch rigiden, den ostdeutsch-japanischen Handel beeinträchtigenden Politik gegenüber der DDR festhielt. Denn selbst die Haltung der Bundesregierung zur Hallstein-Doktrin war im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren bereits deutlich nachgiebiger geworden. Die am 1. Dezember 1966 von CDU und SPD geschlossene Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1904–1988) hatte bereits zeitig Entspannung als vordringlichstes Anliegen der westdeutschen Außenpolitik deklariert und damit anders als die Vorgängerregierungen dem Ziel einer deutschen Wiedervereinigung vorangestellt. Während der Amtszeit von Kiesinger war auch damit begonnen worden, Botschaften in verschiedenen europäischen Staaten des „Ostblocks“ zu errichten. Die zur Rechtfertigung der Aufnahme von Beziehungen zu Ländern wie Rumänien konzipierte „Geburtsfehler-Theorie“ hatte bereits die Zahl möglicher Szenarien zur Anwendung der Hallstein-Doktrin merklich eingeschränkt. Denn Staaten, die bereits seit der Zeit zwischen 1949 und 1955 diplomatische Beziehungen zur DDR pflegten, waren mit der Begründung, dass besagte Staatengruppe einst unter sowjetischem Druck die diplomatische Anerkennung der DDR vollzogen hätte, von den Grundsätzen der Doktrin ausgenommen worden. (Wentker 2007: 278) Unter diesen Voraussetzungen hatten die Ost-West-Handelskreise im Inselstaat nicht aufgehört, auf die unterentwickelten japanischen Handelsbeziehungen zur DDR hinzuweisen und auf die Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung in der japanischen Hauptstadt zu drängen.

1.1 ERNEUTER ANLAUF ZUR ERRICHTUNG EINER HANDELSVERTRETUNG

Zum Ende der sechziger Jahre hatte sich der außenpolitische Apparat der DDR innerhalb japanischer Wirtschaftskreise bereits eine Basis geschaffen, die durchaus in der Lage war, einzelne Aspekte der von der japanischen Regierung praktizierten Deutschlandpolitik in Frage zu stellen. Problematisch war nach westdeutschem Verständnis vor allem die im Zusammenhang mit dem Drängen auf die Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung in Tokyo angewandte und nur schwer anfechtbare Argumentation. So hieß es, dass verschiedene Staaten, die zusammen mit der Bundesrepublik der NATO angehören würden, Handelsvertretungen der DDR in ihren Hauptstädten dulden würden. Japan – das gar nicht erst Bestandteil des gemeinsamen Bündnissystems war – könne wiederum nicht strenger gegenüber der DDR auftreten als die Regierungen verschiedener NATO-Staaten.

Die deutsche Botschaft in Tokyo war sich bewusst, dass die Bundesregierung auf der Grundlage einer solchen Argumentation die Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung in Tokyo hinnehmen müsste¹ und so war es auch nur eine Frage der Zeit bis Mitglieder der japanischen Regierung die Argumente der Ost-West-Handelskreise in ihre Ausführungen einbezogen. Als im Mai 1967 eine deutsch-japanische Ministerkonsultation zwischen Bundesaußenminister Willy Brandt und dem japanischen Außenminister Miki Takeo (1907–1988) in der japanischen Hauptstadt stattfand, gaben die Gastgeber zu verstehen, dass man in Tokyo erwägen werde, die nichtamtlichen Kontakte zur DDR auszubauen. So versicherte die japanische Seite während eines außerplanmäßigen Abschiedsgesprächs zwar, alles vermeiden zu wollen, was zu einer Konsolidierung der Machtposition des ostdeutschen Regimes führen würde, doch sei man in der japanischen Hauptstadt bestrebt, einen Beitrag zur Entspannung der Verhältnisse im sozialistischen Europa beizusteuern. In erster Linie solle dies über den Weg des Handels geschehen. Ebenso wolle man Handelsbeziehungen zur DDR pflegen, ganz nach dem Vorbild westeuropäischer Länder. In diesem Zusammenhang hatte Miki auf die Forderung aus Ostberlin aufmerksam gemacht, Wirtschaftsvertretern aus der DDR die Einreise nach Japan zu gestatten, um im selben Atemzug auf den Wunsch von japanischer Seite nach einer stärkeren Beteiligung an der Leipziger Messe hinzuweisen.

Gerade Anspielungen auf die europäischen Verbündeten der Bundesrepublik machten es Brandt schwer, die Anliegen Mikis abzulehnen. Entsprechend teilte der Bundesaußenminister seinem japanischen Pendant mit, dass es „unfair“ wäre, die „Freundschaft mit Japan über[zus]trapolieren“ und von der japanischen Regierung mehr zu erwarten als von den NATO-Verbündeten.² Knapp drei Monate später, am 3. August 1967, bestätigte Miki auch öffentlich vor Pressevertretern in Bonn, dass man mit Blick auf die westeuropäischen Staaten eine Bestandsaufnahme der japanischen Politik gegenüber der DDR durchführen wolle.³ Eine Anerkennung der DDR durch die japanische Regierung stand allerdings auch zum Ende sechziger Jahre nicht zur Debatte, wie noch einmal auf höchster Ebene im Mai 1969 während des Staatsbesuches von Bundeskanzler Kiesinger in Japan per Kommuniqué mit dem japanischen Ministerpräsident Satō Eisaku festgehalten wurde.⁴

Die Frage der Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung in Tokyo erhielt schließlich zu Beginn des Jahres 1968 wieder verstärkte Aktualität. Ausgangspunkt war die geplante Entsendung einer Delegation der Japanischen Vereinigung der chemischen Industrie (*Nihon kagaku kōgyō kyōkai*) unter der Leitung von Anzai Masao (1904–1972), Vorstandsvorsitzender des Chemiekonzerns Shōwa denkō (Stammkapital: ca. 66 Millio-

nen US-Dollar⁵), in die DDR. Die japanische Presse hatte in diesem Zusammenhang Ende Februar 1968 von einer Unterredung zwischen Anzai und dem japanischen Außenminister Miki berichtet, in dem der Shōwa denkō-Vorstandsvorsitzende seinen Gesprächspartner nicht nur darüber informiert hatte, vor Ort in der DDR Gespräche über die Ausweitung des bilateralen Handels führen zu wollen. Anzai hatte bereits die Gelegenheit wahrgenommen, um gegenüber Miki erneut den Wunsch japanischer Wirtschaftskreise nach der Zulassung einer ostdeutschen Handelsvertretung in der japanischen Hauptstadt vorzutragen.⁶ Dabei glaubte man zwar in der deutschen Botschaft in Tokyo, hinter den Bemühungen des Shōwa denkō-Vorstandsvorsitzenden um den Handel mit der DDR nicht mehr als wirtschaftliche Motive erkennen zu können. Problematisch musste allerdings aus westdeutscher Sicht der Umstand erscheinen, dass Anzai „nach Herkunft und Einfluß zur wirtschaftlichen Spitzengruppe Japans“ gehörte und – wie das japanische Außenministerium der deutschen Botschaft mitgeteilt hatte – wegen möglicher Initiativen wohl gar nicht erst die Behörde konsultieren werde, sondern sich direkt an Außenminister Miki oder Ministerpräsident Satō wenden werde.⁷

Anreize für japanische Wirtschaftsexponenten der chemisch-technischen Industrie, sich in den Prozess der Normalisierung der ostdeutsch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen einzuschalten, schienen in Anbetracht der zu dieser Zeit vorhandenen Möglichkeiten des Handels mit der DDR reichlich vorhanden zu sein. Die Japanische Vereinigung der chemischen Industrie entsandte mit der Delegation um Anzai Masao im April 1968 bereits zum fünften Mal eine Abordnung ins Ausland. Doch obwohl auf dem Reiseplan auch Frankreich, die Niederlande und Polen standen, galt das Hauptinteresse der Vertreter der Fachvereinigung dieses Mal der DDR. Der Grund dafür war die Zahl steigender Anfragen aus den Ländern des sozialistischen Europas nach chemischen Industrieanlagen aus Japan. Seit es nämlich dem Unternehmen Japan Synthetic Rubber Co., Ltd. auf der Leipziger Frühjahrsmesse vom März 1967 gelungen war, seine Technik für die Herstellung von Polybutadien in den ostdeutschen Teilstaat zu exportieren⁸, stieg auch das Ansehen der Leistungsfähigkeit der chemisch-technischen Industrie des Inselstaates unter den europäischen Mitgliedsstaaten des RGW.⁹ Drei Monate später, im Juni 1967, klärte eine Delegation um den stellvertretenden Generaldirektor der KfA Herbert Höricke vor Ort in Japan Details zum bereits getätigten Geschäft und führte zusätzlich Gespräche über die Lieferung einer Anlage zur Glasherstellung mit C. Itoh & Co., Ltd. im Wert von 800.000 US-Dollar wie auch über weitere Großprojekte. Mit Mitsubishi Chemical Industries, Ltd. und Teijin Limited soll etwa über die Anschaffung einer Polyester-Anlage beraten worden sein, während die Mitsubi-

shi Petrochemical Co., Ltd. ostdeutschen Stellen für die Anschaffung einer Niederdruck-Polyethylen-Anlage interessant erschien. Im Gespräch mit anderen Unternehmen soll zudem eine Ethylenoxid-Anlage thematisiert worden sein.¹⁰

Als sich wiederum die Delegation der Japanischen Vereinigung der chemischen Industrie um Anzai Masao im April 1968 in Ostberlin aufhielt, wurde nicht nur über den Export technischer Verfahren sowie Maschinen oder Anlagen verhandelt. Die Ausweitung der Ausfuhr chemischer Produkte wie überhaupt des ostdeutsch-japanischen Güter- und Warenaustausches im Allgemeinen sollen Gegenstand der Gespräche gewesen sein.¹¹ Mit den in Aussicht gestellten Geschäften war von ostdeutscher Seite aber stets die Forderung nach der Errichtung einer Handelsvertretung der DDR in Tokyo verbunden worden. Und so mag es auch wenig verwundern, dass sich Anzai unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Ostberlin eben für jenes ostdeutsche Anliegen stark machte. Die passenden Thesen, um den Standpunkt der Funktionäre aus der DDR zu untermauern, waren dem Shōwa denkō-Vorstandsvorsitzenden bereits in der Vergangenheit von ostdeutschen Gesprächspartnern mit auf den Weg gegeben worden. So etwa die Feststellung, dass das Zurückliegen des ostdeutsch-japanischen Handels hinter dem Aufschwung des japanischen Handels mit anderen sozialistischen Staaten Europas in erster Linie auf das Fehlen von Handelsvertretungen zurückzuführen sei.¹² Die bald nach der Rückkehr aus Ostberlin abgegebene Stellungnahme von Anzai, dass Japan und die USA die einzigen Länder unter den Handelspartnern der DDR seien, in denen es keine ostdeutschen Handelsvertretungen geben würde, verkomplizierte die Angelegenheit nach Ansicht von Botschaftsvertretern zusätzlich. Denn die westdeutschen Repräsentanten glaubten, dass mit dieser Kritik, die auf die in Japan verbreitete Ansicht anspielen würde, dass die Ausrichtung der japanischen Politik an den Positionen der Vereinigten Staaten zu weit gehen würde, der öffentlichen Meinung ein weiteres Argument für die Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung in die Hand gegeben werde.¹³

Tatsächlich schienen japanische Regierungsstellen vor dem Hintergrund der Bemühungen des einflussreichen Shōwa denkō-Vorstandsvorsitzenden gewillt zu sein, der Errichtung einer Handelsvertretung der DDR in Tokyo zuzustimmen. Bereits im März 1968 hatte die deutsche Botschaft in Tokyo dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, dass Anzai im Angesicht einer ungünstigen Zahlungsbilanzlage des Inselstaates auf „einiges Gehör stoßen“ werde, wenn er den ostdeutsch-japanischen Handel ausweiten will und dies nur um den Preis der Zulassung einer Handelsvertretung der DDR in der japanischen Hauptstadt möglich sein sollte.¹⁴ Viel Zeit war nicht vergangen, als Ende Juni 1968 aus Tokyo nach Bonn

gemeldet wurde, dass zwar keine neuen „Tatsachen und Umstände“ aufgetreten seien. Doch schien das japanische Außenministerium durchaus gewillt, Vorschläge aus japanischen Wirtschaftskreisen zur Stärkung des ostdeutsch-japanischen Güter- und Warenaustausches auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen.¹⁵ All diese Berichte standen auch im Einklang mit dem Inhalt einer Information des MfAA vom Juli 1968, wonach der Vizepräsident der LDP Kawashima Shōjirō (1890–1970)¹⁶ gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Tokyo erklärt haben soll, dass sich die zuständigen Stellen gegenwärtig mit dem japanischen Verhältnis zur DDR beschäftigen und die Frage der „Schaffung einer Handelsvertretung“ behandeln würden.¹⁷

Die vorteilhaften Verhältnisse hatten sich jedoch mit einem Mal ins Gegenteil umgekehrt als am 21. August 1968 die Truppen des Warschauer Paktes in Prag einmarschierten. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei hatten im ostdeutsch-japanischen Verhältnis „zweifellos [...] eine gewisse negative Rolle“ gespielt, wie sowjetische Diplomaten der Botschaft der DDR in Moskau fast genau zwei Wochen nach der Intervention in der ČSSR zu verstehen gaben. Daran anknüpfend wurde von sowjetischer Seite die Prognose abgegeben, dass Regierungsstellen in Tokyo eine „weniger offizielle Form“ als eine Handelsvertretung ins Spiel bringen würden, um den Handel mit der DDR auszubauen.¹⁸ Die Forderung nach einer Außenhandelsniederlassung der DDR in der japanischen Hauptstadt wurde in der Konsequenz vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, das im Juli 1967 in Ministerium für Außenwirtschaft (MAW) umbenannt worden war, vorerst zurückgestellt. Stattdessen wurde die Stationierung einer ständigen Delegation der DDR in Japan festgelegt, die sich laut Planung aus Funktionären des Ministeriums zusammensetzen und ab Oktober bzw. November 1968 ihrer Arbeit im Inselstaat nachgehen sollte.¹⁹

1.2 STÄNDIGE VERTRETER IN DER JAPANISCHEN HAUPTSTADT

Vor der Übermittlung der Information aus Moskau vom September 1968, dass Regierungsstellen in Tokyo vorerst von der Errichtung einer Handelsvertretung der DDR im eigenen Land Abstand genommen haben, sollte der Handel mit Japan nach ostdeutschen Vorstellungen vergleichbar zum japanisch-chinesischen LT-Handel abgewickelt werden. Ein nicht näher benannter japanischer Industrievertreter hatte in diesem Sinne einem westdeutschen Repräsentanten im Frühjahr 1968 mitgeteilt, dass die ostdeutsche Seite den Aufbau einer Handelsvertretung nach dem Vorbild des sogenannten Takasaki-Büros (*Takasaki jimusho*) in Tokyo anstreben würde.²⁰ Aus den knappen Ausführungen ging allerdings

nicht hervor, ob sich der Vorbildcharakter des Büros für die ostdeutsche Seite in erster Linie aus der Organisationsstruktur oder den engen Verbindungen zur Bürokratie in der japanischen Hauptstadt ergab. Beides musste jedenfalls nachahmenswert für die verantwortlichen Funktionäre in Ostberlin erscheinen. Gemeinsam mit dem in Peking ansässigen Liao-Büro (*Liao jimusho*) hatte das Takasaki-Büro zunächst als Sitz der von chinesischen Persönlichkeiten getragenen Verbindungskonferenz des bilateralen japanisch-chinesischen Handels (*Nicchū sōgō bōeki renraku kyōgikai*) fungiert. Anschließend wurden zwischen den Einrichtungen in Tokyo und Peking Repräsentanten ausgetauscht, sodass das Takasaki-Büro zum Verbindungsbüro und gleichzeitig zur Anlaufstelle für chinesische Außenhandelsfunktionäre und Reporter wurde. Dabei war von Beginn an eine enge Nähe des MITI zum Takasaki-Büro in Tokyo und anschließend auch zum Liao-Büro in Peking gegeben. (Soeya 1998: 91–94)

Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag vom August 1968 spielte es jedoch zunächst keine Rolle mehr, dass die deutsche Botschaft in Tokyo von vornherein im ostdeutsch-japanischen Handel keine „Parallelität“ zum LT-Handel zu erkennen glaubte, vor allem weil das den japanisch-chinesischen Warenaustausch vorantreibende „emotionale Element“ in den japanischen Handelsbeziehungen zur DDR fehlen würde.²¹ Die im Spätsommer 1968 vom MAW festgelegte Stationierung von ständigen Vertretern des ostdeutschen Außenhandels in Japan, hätte – wenn vor dem 21. August 1968 stattgefunden – dennoch keinesfalls die gegebenen Möglichkeiten zur Abwicklung des ostdeutsch-japanischen Handels in vollem Umfang ausgenutzt. Das auch nach der Intervention in der ČSSR vorhandene breite Interesse in Japan am Handel mit den sozialistischen Staaten sprach in Kombination mit den weniger entgegenkommenden Positionen der japanischen Regierung allerdings nach dem Verständnis der zuständigen ostdeutschen Außenhandelsstellen dafür, die Ausweitung der Handelsbeziehungen zeitweise nicht unmittelbar an die Errichtung einer Handelsvertretung der DDR in Tokyo zu binden.

Auch Verantwortliche der KfA hatten mit Blick auf die Möglichkeit des Erwerbs von Lizenzen sowie des Austausches von technischem Know-how und Technologien im Oktober 1968 noch einmal betont, dass Japan mit seiner weiterhin wachsenden Wirtschaftsleistung bereits zu den stärksten Industrienationen der Welt gehören würde und deshalb auch als Außenhandelspartner der DDR immer wichtiger werde. In diesem Sinne hatte die KfA auch die Gründung der Soviet and East European Trade Association (*Soren tōō bōeki kai*, SEETA), die am 1. Januar 1967 den Geschäftsbetrieb der am Tag zuvor aufgelösten JSEETA übernommen hatte, begrüßt und war bemüht gewesen, in Abstimmung mit dem MAW und dem MfAA dem

bereits bestehenden „Japan-DDR“ Komitee innerhalb des japanischen Zusammenschlusses bis zum Ende des Jahres 1968 eine passende ostdeutsche Partnerorganisation gegenüberzustellen.

Der Umstand, dass besagtem „Japan-DDR“ Komitee nicht etwa der früheren Beschaffenheit der JSEETA entsprechend vorzugsweise Strohfirmen, sondern stattdessen 30 führende japanische Unternehmen angehörten, darunter etwa Mitsui, Mitsubishi und Sumitomo²², dürfte auch den ostdeutschen Funktionären noch einmal klargemacht haben, dass sich in der Struktur des japanischen Ost-West-Handels bereits grundlegende Veränderungen vollzogen hatten. So unterstützte die SEETA auch anders als ihre Vorgängerorganisation nicht länger Dummy-Firmen bei ihren Anstrengungen um den Handel mit den Staaten des „Ostblocks“. Vielmehr fungierte die Vereinigung unter dem Vorsitz des Präsidenten der Bank of Tokyo Horie Shigeo (1903–2000) als Zusammenschluss von bedeutenden Handelsunternehmen, Banken und besonders Herstellern. Denn die Formalisierung des sich stetig ausweitenden japanisch-sowjetischen Handels in Form des erstmals im März 1966 tagenden Gemeinsamen Japanisch-Sowjetischen Wirtschaftsausschusses (*Nisso keizai gōdō i'inkai*) bedingte, dass die SEETA ausgestattet mit den vormaligen Kompetenzen der JSEETA und in Abstimmung mit den bereits zur Koordinierung des japanisch-sowjetischen Handels geschaffenen Einrichtungen aktiv wurde. Im geschäftsführenden Vorstand der Vereinigung waren nun vor allem Firmenchefs der großen japanischen Handelshäuser vertreten. In der folgenden Zeit wurden außerdem die verbliebenen Systemgegner aus der Einrichtung herausgedrängt, bevor der Zusammenschluss allmählich als Körperschaft dem MITI unterstand. (Kí'ire 1983: 112f.)²³

Unter diesen Voraussetzungen hatte die KfA in der Zusammenarbeit mit der SEETA auch ein Mittel gesehen, um die eigene handelspolitische Zielsetzung gegenüber Japan voranzutreiben, d. h. (1) die Steigerung des Exports von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie sowie des Imports von „Rationalisierungsmitteln, Ausrüstungen und Lizenzen mit wissenschaftlich-technischem Höchststand“, (2) die Herstellung enger und nach Möglichkeit auf dritte Märkte ausdehnbarer wirtschaftlicher Kooperationen sowie abschließend (3) die langfristige Stationierung von Außenhandelsvertretern in Japan als Basis für die spätere Errichtung einer Handelsvertretung der DDR.²⁴ Über die Kontakte zur SEETA und mit dem Shōwa denkō-Vorstandsvorsitzenden Anzai Masao als treibender Kraft im Hintergrund war auch eine Reise nach Japan des Sekretärs für Wirtschaft beim ZK der SED Günter Mittag (1926–1994) sowie von zwölf hochrangigen Funktionären der ostdeutschen Chemie-, Textil- und Stahlindustrie in der zweiten Hälfte des Jahres 1969 angestrebt worden. Auf der Grundlage von Presseberichten und Informationen aus den Reihen der SEETA teilte

die deutsche Botschaft dem Auswärtigen Amt mit, dass der geplante Besuch von Mittag im Zusammenhang mit der beabsichtigten Anschaffung von chemischen Anlagen, Stahlblechen, elektronischen Apparaten, Farbfernsehgeräten und besonders Messgeräten im Gesamtumfang von 400 bis 500 Million US-Dollar stehen würde. Das japanische Außenministerium hatte jedoch aus der Zusammensetzung der Delegation die Absicht eines politischen Engagements abgelesen und war bereits zeitig entschlossen, der Abordnung die Einreisegenehmigung nach Japan vorzuenthalten.²⁵

Die in Aussicht gestellten Großaufträge genügten auch nicht, um das japanische Außenministerium in Fragen um die Errichtung einer Handelsvertretung der DDR auf eine einlenkende Linie zu bringen. Vielmehr erschien es der Behörde ausreichend, dass mittlerweile der stellvertretende Generaldirektor der KfA Herbert Höricke und der Direktor der ostdeutschen Industrieanlagen-Importgesellschaft Horst Schmidt in Tokyo als ständige Vertreter des Außenhandels der DDR und ohne permanente Aufenthaltsgenehmigung in Japan stationiert waren. Um den provisorischen Charakter der Präsenz der beiden KfA-Vertreter noch zu unterstreichen, wurde etwa Schmidts Ehefrau die Einreisegenehmigung nach Japan verweigert.²⁶ Somit waren auch die Befürchtungen des MfAA eingetroffen, die das Ministerium bald nach Kenntnisnahme der Entscheidung des MAW zur Stationierung ständiger Vertreter in Japan formuliert hatte. In der entsprechenden Kritik hatte es geheißt, dass mit einem solchen Schritt den Vorstellungen der japanischen Regierung und japanischer Wirtschaftskreise entsprochen würde, die wirtschaftlichen Beziehungen zum ostdeutschen Teilstaat auszubauen, gleichzeitig aber Zugeständnisse im Hinblick auf die Souveränität der DDR zu umgehen. Allein schon die unbefristete Stationierung der als „Vertreter des Außenhandels der DDR“ agierenden Funktionäre könnte, so die verantwortlichen Stellen des MfAA, für die entsprechenden Wirtschaftsexponenten die Notwendigkeit mindern, sich mit Regierungsstellen in Tokyo über Fragen zum ostdeutsch-japanischen Verhältnis auseinanderzusetzen. Unter diesen Bedingungen könnten möglicherweise die Bemühungen von ostdeutscher Seite um die Normalisierung der Beziehungen zu Japan generell erschwert werden. Das Vorgehen des MAW wurde daher als nicht geeignet für die Schaffung von Voraussetzungen zur Errichtung einer staatlichen Handelsvertretung der DDR im Inselstaat befunden. In der Konsequenz hatte sich das MfAA von der Maßnahme distanziert.²⁷

Die Probleme im Kontext der angestrebten Institutionalisierung des ostdeutsch-japanischen Handels beschränkten sich jedoch nicht nur auf die Japan-Konzeptionen der verantwortlichen Stellen in Ostberlin. Vorfälle im Privatleben der vor Ort stationierten ostdeutschen Vertreter, über die zum Unmut des MfS auch noch in der westdeutschen Presse berichtet

wurde (Crome 1970), verkomplizierten die Situation zusätzlich. So war der 60-jährige Horst Schmidt in der Nacht vom 14. auf den 15. März 1970 bewusstlos in Yokosuka – eine Stadt südlich von Yokohama mit amerikanischem Marinestützpunkt – von japanischen Polizisten aufgefunden worden. Die japanischen Beamten hielten den KfA-Vertreter für einen Amerikaner und brachten ihn daraufhin in ein amerikanisches Marinehospital, wo Schmidt am nächsten Morgen zu sich kam. Wie sich nachträglich herausstellte, unterhielt der Direktor der ostdeutschen Industrieanlagen-Importgesellschaft Beziehungen zu einer jungen Japanerin, die in einem Apartment in Yokosuka lebte. Es hatte den Anschein, dass in der besagten Nacht Schmidt dort ohne Anmeldung erschien, während bereits andere Besucher zu Gast waren, die ihn dann mit Gewalt die Treppe herunterbeförderten. Vor allem die amerikanische Seite untersuchte den Fall gründlich, auch wenn am Ende nicht alle Einzelheiten geklärt werden konnten. Die Schwester der Bewohnerin des Apartments war nämlich mit einem amerikanischen Fernmeldebediensteten des nahegelegenen Marinestützpunktes verheiratet. Am Ende ergaben sich zwar keine Anhaltspunkte, dass Schmidt versucht hätte, sich den indirekten oder direkten Kontakt zu besagtem Amerikaner nachrichtendienstlich zunutze zu machen. Dennoch wurden sowohl Repräsentanten der USA im Inselstaat wie auch die japanischen Behörden selbst durch den Vorfall zu äußerster Wachsamkeit veranlasst. Offensichtlich waren die Konsequenzen, die sich für den DDR-Bürger Horst Schmidt aus dem Vorfall ergaben. Der Sechzigjährige musste sich Untersuchungen in Ostberlin stellen, bei denen auch Herbert Höricke einbezogen wurde, der deshalb Japan zeitweise verlassen musste. Nach dem Abschluss der Untersuchungen wurde Schmidt aus der KfA entlassen. Höricke kehrte nach Tokyo zurück und nahm zusammen mit dem 1936 geborenen Diplomökonom Hermann-Joachim Goedicke seine Arbeit wieder auf.²⁸

1.3 GROSSAUFTRÄGE UND DIE GRÜNDUNG DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES JAPAN-DDR

Die nur mühsam vorankommenden ostdeutschen Bemühungen um die Errichtung einer Handelsvertretung in Tokyo mussten allein schon deshalb für die verantwortlichen Stellen in Ostberlin frustrierend erscheinen, weil sie so gar nicht im Einklang mit der allgemeinen Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie des Güter- und Warenaustausches zwischen der DDR und Japan am Beginn der siebziger Jahre standen. So hatte sich die Toyo Engineering Corporation im Juli 1970 nach elfmonatigen Verhandlungen gegen scharfe Konkurrenz aus den Ländern Frankreich, Belgien und den USA durchgesetzt und war von der

ostdeutschen Einfuhrorganisation für Industrienanlagen mit der Errichtung von zwei Ammoniakanlagen im Wert von 75 Millionen US-Dollar (27 Milliarden Yen) in der DDR betraut worden. Die Lieferung der beiden Fabrikationsstätten, die nach der Auslotung verschiedener Möglichkeit schließlich in dem bei Leipzig gelegenen Piesteritz errichtet wurden²⁹, sollte sich über 27 bis 30 Monate erstrecken und wurde über die Handelshäuser C. Itoh & Co., Ltd. und Mitsui & Co., Ltd. abgewickelt.³⁰ In der DDR hatte man besagtes Geschäft auch als Ausdruck des Willens zur Steigerung des Importes aus Japan verstanden, so die Ausführungen des Ministers für Außenwirtschaft Horst Sölle (*1924) gegenüber einer hochrangigen SPJ-Delegation um den Parteivorsitzenden Narita Tomomi.³¹

In der Zwischenzeit, vom 25. Mai bis 6. Juni 1970, weilte eine Delegation um den stellvertretenden Minister für chemische Industrie Hans-Joachim Kozyk³² in Japan und vereinbarte vor Ort mit Anzai Masao, der bereits den Vorsitz des DDR-Komitees innerhalb der SEETA übernommen hatte, sowie mit dem Präsidenten der Nippon Steel Corporation Inayama Yoshihiro (1904–1987), dass ein gemeinsamer ostdeutsch-japanischer Wirtschaftsausschuss ab sofort aktiv werden solle, um zunächst insbesondere Fragen zum Import von Erzeugnissen des Stahlsektors aus Japan zu behandeln.³³ Schließlich war nicht nur von der ostdeutschen Einfuhrorganisation für Stahl und Metalle im Zusammenhang mit einer Übereinkunft über den Import von 60.000t japanischen Stahls in die DDR für 1970 bereits der Wunsch artikuliert worden, in Zukunft Stahl nicht nur aus der UdSSR und aus Osteuropa, sondern ebenso aus anderen Ländern und insbesondere aus Japan beziehen zu wollen.³⁴ Anzai und Inayama hatten der Delegation um Kozyk zudem zugesichert, dass mit dem Abschluss langfristiger Stahlverträge und nach Möglichkeit der Anschaffung einer Chemieanlage die Einreise einer Abordnung um den Sekretär für Wirtschaft beim ZK der SED Günter Mittag nach Japan möglich wäre.³⁵ Gleichwohl schienen auch die japanische Elektronikindustrie sowie die japanische Werkzeug- bzw. Werkzeugmaschinenindustrie den Verantwortlichen in der DDR passende Anknüpfungspunkte für die Ausweitung des ostdeutsch-japanischen Handels zu sein, sodass bereits die Erweiterung des gemeinsamen Wirtschaftsausschusses im Verlauf des Jahres 1970 durch Vertreter eben jener Industriezweige vorgesehen war.

Durch die Ende Mai bzw. Anfang Juni 1970 getroffenen Vereinbarungen glaubten die Verantwortlichen des MAW, dass man im ostdeutschen Teilstaat dank der Verbindungen zu Anzai – dessen „Autorität und Initiative“ von Unternehmen wie der Nippon Steel Corporation, der Mitsubishi Corporation, der Nissho Iwai Corporation und Nichimen Co., Ltd. gestützt wurden – nun über Kontakte zu den „richtigen Kreisen“ in Japan verfügen würde.³⁶ So scheiterte zwar nach wie vor die von ostdeutscher

Seite geforderte Erteilung der Einreiseerlaubnis für den Sekretär für Wirtschaft beim ZK der SED Günter Mittag an der Haltung des japanischen Außenministeriums.³⁷ Doch konnte der Staatssekretär im MAW Gerhard Beil am 24. Januar 1971 gemeinsam mit Anzai und Inayama vor Ort in Tokyo ein als „Letter of Confirmation“ betiteltes Memorandum unterzeichnen, das gleichwohl die Basis für die Gründung des erstmals am 19. Februar 1971 tagenden Wirtschaftsausschusses Japan-DDR (*DDR keizai i'inkai*) bildete. Insgesamt gehörten dem Ausschuss, dessen Vorsitz Anzai übernahm, 24 namhafte japanische Unternehmen an, darunter zusammengekommen sechs Unternehmen der Elektroindustrie, der chemischen Industrie und des Schiffs- und Maschinenbaus, sechs weitere Unternehmen der Stahlindustrie sowie zwölf der bedeutendsten Handelshäuser Japans.³⁸ Das Sekretariat des Ausschusses soll nach Informationen des japanischen Außenministeriums wiederum im Verwaltungsgebäude des Shōwa denkō-Konzerns untergebracht gewesen sein. Als ostdeutsche Partnerorganisation sollte der Wirtschaftsausschuss DDR-Japan, an dessen Spitze neben dem Geschäftsführer der Deutschen Stahl-Metall GmbH Werner Lange auch der Abteilungsleiter im MAW Fritz Schmied stand, erstmals auf der Leipziger Frühjahrsmesse im März 1971 tagen.³⁹

Für das japanische Außenministerium war der Vorgang der Gründung des Wirtschaftsausschusses Japan-DDR nicht nur aufgrund der westdeutschen Interventionen unangenehm gewesen. Schließlich musste die Behörde bald gegenüber Spekulationen der japanischen Presse Stellung beziehen, dass es sich bei dem Ausschuss um ein Konsultationsorgan der Privatwirtschaft handeln würde, das ähnlich wie der auf Memoranden gründende japanisch-chinesische LT-Handel den Warenaustausch mit einem Land regelt, zu dem Japan keine diplomatischen Beziehungen unterhält. In Reaktion auf solche Behauptungen unterstrich das japanische Außenministerium den rein privaten Charakter der Initiative und hielt daher den Vergleich mit dem erstmals im März 1966 tagenden Gemeinsamen Japanisch-Sowjetischen Wirtschaftsausschuss⁴⁰ für angebracht. Dessen japanische Mitglieder seien nämlich ebenfalls Exponenten der Privatwirtschaft, während die sowjetischen Mitglieder Exponenten der Wirtschaftsbükratie und Handelsgesellschaften der UdSSR seien.⁴¹

Von den Zielen des Japanisch-Sowjetischen Wirtschaftsausschusses unterschied sich allerdings bereits, dass die Unterzeichner des ostdeutsch-japanischen Memorandums nicht nur die Etablierung von ständigen Organen in Tokyo und Ostberlin, sondern auch die Errichtung von Handelsbüros in der jeweiligen Hauptstadt anstrebten. Neben dem eher allgemeinen Anliegen, Möglichkeiten für langfristige Handelskontrakte zu schaffen, und der Vorbereitung einer breiten japanischen Beteiligung an der Leipziger Frühjahrsmesse von 1971 sowie einer ostdeutschen Teil-

nahme an Tokyoter Messen in Harumi, wollte sich speziell die japanische Seite außerdem um Visumsfragen der ständigen Vertreter der Außenhandels der DDR in Japan kümmern. Demgegenüber brachte die ostdeutsche Seite die Absicht zum Ausdruck, verstärkt Stahl, chemische Anlagen, elektronische Maschinen und Geräte, Werkzeugmaschinen sowie chemisch-synthetische Textilien aus Japan zu importieren und andererseits Werkzeug-, Textil- und Druckmaschinen sowie Messgeräte nach dem Inselstaat zu exportieren. Neben dem bereits vor Ort getätigten Ankauf von Stahlmaterialien im Umfang von 200.000 Tonnen wurden im Zusammenhang mit dem Japanaufenthalt des Staatssekretär im MAW Gerhard Beil außerdem bereits Gespräche über den Bezug von Fachwerkzeugmaschinen für die Herstellung von Uhren und Messgeräten geführt und die Anschaffung von Werkzeugmaschinen im Wert von 20 Millionen US-Dollar innerhalb der nächsten zwei Jahre in Aussicht gestellt. Die ostdeutsche Seite hatte den Handel dabei an die Bedingungen geknüpft, dass die Geschäfte nicht als Kompensation, sondern über Barzahlungen in US-Dollar abgewickelt werden.⁴²

Die Auswirkungen der durch den Wirtschaftsausschuss Japan-DDR geregelten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Japan und der DDR waren auch außenstehenden Beobachtern wie dem Westberliner *Tagesspiegel* nicht entgangen. So hatte die Zeitung von der „Rekordzahl“ von 150 japanischen Ausstellern auf der Leipziger Frühjahrsmesse von 1971 und von langfristigen japanischen Krediten für die DDR im Umfang von 45 Millionen US-Dollar berichtet. Grund dafür sei auch der neue Trend des japanischen Exports nach Europa, der seine Stoßrichtung nicht zuletzt nach Osten richte. Bereits gegen 1969 sollen sich – so der *Tagesspiegel* – „nahezu schlagartig“ insgesamt 18 japanische Großunternehmen mit neuen Geschäftsniederlassungen zur Beobachtung der Entwicklungen in den RGW-Staaten auf der „Drehscheibe Wien“ niedergelassen haben. Auch die DDR würde von den Entwicklungen profitieren und sei insbesondere am Import von japanischen Chemiegroßanlagen, Spezialstählen, synthetischen Fasern und Schiffsausrüstungen interessiert. Konsumgüter aus dem Inselstaat wie Autos würden dagegen eher abgewehrt, ebenso wie gemeinsame Unternehmen. (*Tagesspiegel* 1971)

Tatsächlich regelte zu Beginn der siebziger Jahre auch bald eine Vielzahl von im Handel mit der DDR aktiven japanischen Unternehmen unmittelbar vor Ort in Ostberlin ihre Geschäfte. Insofern musste auch zeitig die Feststellung der deutschen Botschaft in Tokyo vom Beginn des Jahres 1970 revidiert werden, dass bislang nur eines der großen japanischen Handelshäuser – genauer C. Itoh & Co., Ltd. – einen ständigen Vertreter in der DDR stationiert hätte, während andere Handelshäuser wie Nichimen Co., Ltd. den Markt im ostdeutschen Teilstaat mithilfe ihres Büros in

Westberlin bearbeiten würden.⁴³ Denn insbesondere die Ausweitung des ostdeutsch-japanischen Handelsvolumens im Bereich Metallurgie gegen 1969/70 hatte dazu geführt, dass bereits im Verlauf des Jahres 1970 ständige Vertreter verschiedener japanischer Handelshäuser nach Ostberlin entsandt wurden.⁴⁴ Bis April 1971 hatten die Unternehmen Shōwa denkō, Nissho Iwai Corporation, Jeolco, Marubeni-Iida Co., Mitsubishi Corporation wie auch Mitsui & Co., Ltd. Repräsentanten in der Hauptstadt der DDR stationiert.⁴⁵ Eine nur unwesentlich später entstandene Information des MfS listete zudem Nichimen Co., Ltd., Sumitomo Corporation sowie Toyo Engineering Corporation im Zusammenhang mit den japanischen Unternehmen, die bereits vor Ort in Ostberlin vertreten seien und gegenwärtig noch ausnahmslos ihrer Arbeit in angemieteten Hotelräumen der Stadt nachgehen würden.⁴⁶

Trotz der vielversprechenden Ansätze im japanischen Handel mit dem ostdeutschen Teilstaat zu Beginn der siebziger Jahre, blieb die nicht nur aus ostdeutscher Sicht symbolisch so wichtige Frage der Errichtung einer Handelsvertretung weiterhin ungeklärt. Zu einer Zeit als das jährliche Volumen des westdeutsch-japanischen Güter- und Warenaustausches die Grenze von einer Milliarde US-Dollar bereits überschritten hatte und damit den jährlichen Umfang des ostdeutsch-japanischen Güter- und Warenaustausches wenigsten um das Zweiundzwanzigfache überstieg, Regierungsstellen in Tokyo nach wie vor auf die Gewogenheit der Bundesregierung für die Absicherung der handelspolitischen Interessen des Inselstaates gegenüber den Europäischen Gemeinschaften angewiesen waren und zudem bereits Verbindungsmänner der ostdeutschen Außenhandelsorgane vor Ort in der japanischen Hauptstadt wirkten, ließ sich das Entgegenkommen des japanischen Außenministeriums gegenüber dem Anliegen des Aufbaus einer ostdeutschen Handelsvertretung bestenfalls als zaghaft umschreiben. So gestand die Behörde im Mai 1971 den bereits in Tokyo weilenden ostdeutschen Vertretern lediglich zu, einen der Diensträume der SEETA für die Bearbeitung ihrer Aufgaben in Anspruch zu nehmen. Offiziell nahm das japanische Außenministerium von dem Vorgang keine Kenntnis, da es sich, wie man gegenüber Repräsentanten der deutschen Botschaft festhielt, ohnehin um eine interne Geschäftsangelegenheit der Vereinigung handeln würde. Gleichwohl hatten die zuständigen Beamten westdeutschen Vertretern mitgeteilt, dass es von Seiten des Ministeriums nicht toleriert würde, wenn sich die ständigen Delegierten aus der DDR auf dem Firmenschild oder auf ihren Visitenkarten als Vertreter einer ostdeutschen Behörde oder einer ostdeutschen Organisation bezeichnen sollten.⁴⁷

Im Oktober 1971 wurde bekannt, dass die beiden ostdeutschen Delegierten ein neues Quartier im siebten Stockwerk eines Gebäudes in einer

Seitenstraße im Tokyoter Distrikt Akasaka bezogen hatten, das nicht unweit des Hauptsitzes der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens gelegen war.⁴⁸ Die Lage war günstig zum Geschäfts- und Regierungsviertel und somit folgerte die deutsche Botschaft, dass man sich in der DDR bereits auf eine Ausweitung des Engagements vor Ort eingestellt habe.⁴⁹ Doch sollte vor der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Tokyo und Ostberlin keine Neudefinition des Aufenthaltsstatus der aus Ostberlin entsandten ständigen Vertreter in der japanischen Hauptstadt stattfinden. Die damit unmittelbar verbundene nicht erfolgte Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung als, wie in Ostberlin immer wieder betont wurde, entscheidender Schritt zur Normalisierung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen stand am Beginn des Jahres 1972 – als sich allmählich die Anzeichen einer bevorstehenden offiziellen Anerkennung des ostdeutschen Regimes durch die japanische Regierung mehrten – letztlich auch sinnbildlich für die nicht geglückte Stabilisierung des ostdeutsch-japanischen Handels. Denn trotz der massiven Ausweitung des Außenhandelsvolumens seit den späten sechziger Jahren, erschien der wirtschaftliche Austausch zwischen Japan und der DDR alles andere als gefestigt, wie vor allem anhand der zahlenmäßigen Erfassung des ostdeutsch-japanischen Handels ersichtlich wird.

Im Zeichen der wirtschaftlichen Hochwachstumsphase führte die Nachfrage im Inselstaat nach Halbzeugen und Rohstoffen bereits 1967 zu einer erheblichen Steigerung der Nachfrage nach Lebensmitteln, chemischen Grundstoffen, wie etwa Xylenole, und ganz besonders Roheisen aus der DDR, während die Ausfuhren von Erzeugnissen der japanischen Schwer- und Chemieindustrie, wie elektrische Geräte, als wichtigster Bestandteil des ostdeutschen Imports aus dem Inselstaat konstant blieben.⁵⁰ In den folgenden Jahren nahm die japanische Nachfrage nach insbesondere Roheisen aus der DDR weiter zu, sodass 1970 der Handel zwischen beiden Ländern im Ergebnis ein Außenhandelsvolumen von mehr als 53 Millionen US-Dollar erreichte – mit einem Exportüberschuss von knapp 24 Millionen US-Dollar zugunsten der DDR. Damit war der ostdeutsche Teilstaat nach Polen auch der wichtigste Handelspartner Japans unter den europäischen Mitgliedsstaaten des RGW.⁵¹ Die ursprünglichen Maßgaben des Ministerrates zur Steigerung des bilateralen Handels vom März 1965, die für 1970 ein Außenhandelsvolumen von 42,5 Millionen US-Dollar avisiert hatten⁵², wurden deutlich übererfüllt. Doch gab es keinerlei Beständigkeit im wirtschaftlichen Austausch zwischen den beiden Staaten und damit auch keine Planungssicherheit.

Ausgehend vom Tiefpunkt des ostdeutsch-japanischen Warenaustausches im Jahr 1965 – unmittelbar nach der Neuausrichtung der Handelspolitik gegenüber Japan – stieg das Außenhandelsvolumen zwischen der

DDR und dem Inselstaat von 2,3 Millionen US-Dollar bis 1970 sprunghaft um das Dreiundzwanzigfache auf 53 Millionen US-Dollar. 1971, also im Jahr darauf, ergab sich allerdings ein plötzlicher Rückgang des Außenhandelsvolumens um 13 % auf 46 Millionen US-Dollar. Dem noch 1970 erzielten ostdeutschen Exportüberschuss im bilateralen Handel mit Japan von 24 Millionen US-Dollar stand innerhalb eines Jahres auf einmal ein japanischer Exportüberschuss im Handel mit der DDR von 24 Millionen US-Dollar und damit einhergehend ein Rückgang der japanischen Importe aus der DDR von 71 % gegenüber.⁵³

Doch nicht allein die Vereinbarungen über den Kauf der zwei Ammoniakanlagen im Wert von 75 Millionen US-Dollar waren ausschlaggebend für die plötzliche Umkehrung der Verhältnisse. Die Anfälligkeit der Handelspolitik der DDR gegenüber dem Inselstaat und die daran anknüpfende Unbeständigkeit der bilateralen Handelsbeziehungen waren vor allem auf die Einseitigkeit der ostdeutschen Konzeptionen zur Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zurückzuführen. Die Maßgabe von 1965 bzw. ab 1967 der Richtwert, dass mindestens 60 % des Gesamtexportes nach Japan durch Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie der DDR in Anspruch genommen werden sollen, bescherte zwar nach 1966 für ein paar Jahre einen enormen Exportüberschuss, sodass die Maßgaben für den Umfang der ostdeutschen Ausfuhren nach dem Inselstaat zeitweise übererfüllt worden. Noch viel drastischer war jedoch der Einbruch des Exportes nach Japan, als die Nachfrage nach Roheisen aus der DDR im Inselstaat innerhalb kürzester Zeit fast auf null sank.⁵⁴ Fortschritte in der Entwicklung der ostdeutsch-japanischen Handelsbeziehungen seit 1964 waren ohne Zweifel gegeben. Von einer Normalisierung konnte aber kaum die Rede sein. Auch nach der Aufnahme von Beziehungen auf Botschafterebene zwischen Ostberlin und Tokyo sollte dies eine der zentralen Aufgaben ostdeutscher Japanpolitik bleiben. (Siehe Neuss 1989: 281–284)

2. DIE JAPANISCHE OPPOSITION UND DER VIETNAMKRIEG

Internationale Entspannung und die wirtschaftliche Hochwachstumsphase waren zweifellos Erscheinungen, die in der Entwicklungsgeschichte verschiedener oppositioneller Gruppen im Inselstaat eine wichtige Rolle spielten und insofern auch deren Verhältnis zum ostdeutschen Teilstaat beeinflussten. Mehr noch schien aber der Verlauf des Vietnamkrieges und der damit erneut einsetzende Radikalisierungsprozess weitere Teile der Gewerkschaftsbewegung und der Oppositionsparteien zur Festigung der Position der DDR in Japans linkem Milieu beizutragen.

Die Eskalation der Lage in Südostasien, die mit der Intervention der USA in Vietnam zu Beginn des Jahres 1965 ihren Anfang nahm, hatte in Japan zur Entstehung einer landesweiten Bewegung gegen den Vietnamkrieg geführt. Anders als etwa im Falle der Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben operierte die Bewegung gegen den Vietnamkrieg auf einer Basis, die Japan nicht mehr nur als Opfer (*higaisha*), sondern in einem geschlossenen Mechanismus gleichzeitig als Täter (*kagaisha*) wahrnahm. (Yoshikawa 1995: 31) Jene Weltanschauung, die besonders von der Beheiren genannten Bürgervereinigung Frieden für Vietnam! (*Betonamu ni heiwa o! shimin rengō*) verkörpert wurde, hatte schließlich die Neue Linke und die Alte Linke entfremdet und eine Zeit politischer Partizipation eingeleitet, die mehr im Einklang mit den Anliegen der mittlerweile in den Städten florierenden Mittelschicht stand. Vollkommen frei von radikalen Einflüssen war die Bewegung gegen den Vietnamkrieg jedoch keineswegs. Gerade der Anti-Amerikanismus war ein wichtiger Akzent der Aktionen der japanischen Bevölkerung gegen die Vorgänge in Vietnam und wurde insbesondere aus den Reihen eben jener Gruppierungen befeuert, die schon zuvor in der Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben eine maßgebende Rolle gespielt hatten. Denn die Tatsache, dass die amerikanischen Bombardements auf Vietnam durch B-52 Langstreckenbomber erfolgten, welche von den amerikanischen Militärstützpunkten in Japan aus ihre Ziele anfliegen, machte die Präsenz der US-Truppen im Inselstaat zum Gegenstand breiter öffentlicher Kritik. (Iokibe 2006: 125f.)

Ostdeutsche Stellen hatten dieses vorerst letzte breite Aufflammen radikaler Positionen in Japans linkem Milieu mit mehr als nur Solidaritätsbekundungen gefördert und auf diese Weise fast die geschlossene Unterstützung der Oppositionsparteien und des neutralistischen Teils der Gewerkschaftsbewegung für die Umsetzung der eigenen Ziele erhalten. So hatten die Bekenntnisse wichtiger oppositioneller Gruppen zur DDR in Kombination mit den Forderungen der Ost-West-Handelskreise nach der Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und den Vorgängen im deutsch-deutschen Verhältnissen am Beginn der siebziger Jahre einen gewissen Druck gegenüber der japanischen Regierung erzeugt und sie dazu gedrängt, nicht den Anschluss an die internationalen Entwicklungen zu verlieren.⁵⁵

2.1 RADIKALISIERUNG DER NEUTRALISTISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Die Sōhyō-Führung vertrat von Beginn an einen höchst kritischen Standpunkt zur militärischen Präsenz der USA in Vietnam. Das galt erst recht als in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, bald nach dem Tonkin-Zwischenfall vom August 1964, die amerikanischen Bombardements auf

Nordvietnam einsetzen. Bereits am 12. Mai 1965 beschloss das Sōhyō-Exekutivkomitee, dem nordvietnamesischen Gewerkschaftsverband Mittel für die Anschaffung medizinischer Verbrauchsgüter bereitzustellen und begann sich an Solidaritätsaktionen des WGB für die vietnamesische Bevölkerung zu beteiligen. Noch im selben Monat soll der Sōhyō-Generalsekretär Iwai Akira laut Informationen des Tokyoter IBFG-Büros während einer Reise durch verschiedene Staaten des „Ostblocks“ mit den dortigen Gewerkschaftsführern und leitenden Funktionären der WGB-Zentrale darüber beraten haben, wie der US-Außenpolitik durch die Förderung und Stärkung der internationalen Arbeitersolidarität entgegenge wirkt werden könne.⁵⁶

Speziell die von Iwai in der UdSSR geführten Gespräche hatten gleichwohl zu einer Vereinbarung über die Etablierung des Komitees für den japanisch-sowjetischen Gewerkschaftsaustausch (*Nisso rōso kōryū i'inkai*) geführt. Das gemeinsame Kommuniqué mit den sowjetischen Gewerkschaftsfunktionären sprach sich außerdem entschieden gegen den Vietnamkrieg, Imperialismus und Kolonialismus aus. Im März 1966 reiste wiederum der stellvertretende Generalsekretär des WGB Pierre Gensous in Begleitung eines sowjetischen Kollegen auf Einladung von Sōhyō nach Japan. Ein Ergebnis des Aufenthaltes war die Errichtung eines WGB-Verbindungsbüros in der japanischen Hauptstadt, nachdem die Tokyoter WGB-Verlagsgesellschaft als ursprüngliches Fenster der Gewerkschafts-internationale im Inselstaat zuvor im Zeichen des Chinesisch-Sowjetischen Schismas von pro-chinesischen Elementen vereinnahmt worden war.⁵⁷

Schon zeitig während des sich erneut vollziehenden Annäherungsprozesses zwischen Sōhyō und dem WGB bzw. den WGB angeschlossenen Arbeiterorganisationen trat Japans größter Gewerkschaftsverband an den FDGB heran, der bereits in der Vergangenheit die politischen Kämpfe von Sōhyō auf verschiedene Weise gefördert hatte. Und wie schon gegen 1960, als Sōhyō erstmals verstärkt auf das Werben der ostdeutschen Staatsgewerkschaft eingegangen war, wurde nun, im Februar 1965, der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke erneut vom Vorsitzenden des japanischen Gewerkschaftsverbandes Ōta Kaoru nach Japan eingeladen.⁵⁸ Mehr als ein Jahr verhandelte Sōhyō anschließend mit Regierungsstellen über die Einreise des höchsten ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionärs und erhielt auch vom Generalsekretär des japanischen Kabinetts Hashimoto Tomisaburō (1901–1990) die Zusage, dass Warnke in seiner Funktion als Vizepräsident des WGB die Einreiseerlaubnis nach Japan erhalten würde. (Japan Times 1965)⁵⁹ Am Ende musste Sōhyō trotzdem dem FDGB mitteilen, dass sich das Vorhaben nicht realisieren lassen würde.⁶⁰ Auf der anderen Seite kam jedoch wieder eine größer werdende Zahl ja-

panischer Gewerkschafter mit der DDR in Berührung⁶¹, nachdem sich Sōhyō gegen 1962 verstärkt den Lohnkämpfen und damit auch den westlichen Gewerkschaften zugewandt hatte und der Austausch mit dem FDGB in der Konsequenz mehrere Jahre stagnierte. Mitte des Jahres 1965 bereisten jedoch wieder höchste japanische Gewerkschaftsfunktionäre den ostdeutschen Teilstaat. So hatte sich auch der Generalsekretär der Gewerkschaft der Arbeiter der privaten Eisenbahnen (*Nihon shitetsu rōdō kumiai sōrengōkai*) und spätere Sōhyō-Vorsitzende Hori'i Toshikatsu (1911–1975) zwischen Ende Juni und Anfang August 1965 zu einem Erholungsurlaub in der DDR aufgehalten.⁶²

Der FDGB hatte mit solchen Maßnahmen nicht nur das Ziel verfolgt, die Verbindungen mit den japanischen Industriegewerkschaften zu stärken und den Austausch von Gewerkschaftskorrespondenten voranzutreiben.⁶³ Die verantwortlichen ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionäre schienen durchaus davon überzeugt zu sein, dass die politischen Ziele von Sōhyō komplementär mit denen des FDGB seien. Eine Einschätzung über die zukünftigen Aufgaben der ostdeutschen Staatsgewerkschaft auf internationaler Ebene vom Herbst 1965 hatte entsprechend die von Sōhyō geführten „machtvollen Kampffaktionen gegen die Beendigung der USA-Aggression in Vietnam gegen die USA-Militärbasen in Japan, gegen den Kriegspakt Japan-USA [...], für die Sicherung der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und für den sozialen Fortschritt“ gerühmt und enge Verbundenheit mit dem Kampf der „japanischen Klassenbrüder“ betont.⁶⁴ Denn Sōhyō hatte bereits im Juli 1965 die Durchführung von Streiks angekündigt, gemäß dem Fall, dass Bombardements auf Hanoi geflogen werden sollten.

Als fast genau ein Jahr darauf die nordvietnamesische Stadt Hai Phong von amerikanischen Luftangriffen getroffen wurde, beschloss Sōhyō im August 1966, dass die Gewerkschaften Streiks organisieren werden. Der folgende Aufruf des japanischen Gewerkschaftsverbandes an die Arbeiter und Arbeiterorganisationen der Welt für gemeinsame Aktionen gegen den Vietnamkrieg⁶⁵ wurde vom WGB sehr begrüßt und wiederum mit einem Appell an die dem WGB angeschlossenen und befreundeten Arbeiterzusammenschlüsse verbunden, den durch Sōhyō organisierten bevorstehenden Generalstreik vom 21. Oktober gegen die „Aggression“ in Vietnam und die Kooperation der japanischen Regierung mit den USA in welcher Form auch immer zu unterstützen.⁶⁶ Der FDGB folgte der Initiative des WGB ohne große Verzögerung, sprach Sōhyōs Generalstreik im Namen der Werktätigen der DDR „brüderliche Solidarität“ aus und gab gleichzeitig zu verstehen, dass man die „mächtigen Kundgebungen und Aktionen“ für den Kampf des vietnamesischen Volkes und gegen die „US-Aggression“ moralisch und materiell unterstützen werde.⁶⁷

Was sich diesen Entwicklungen anschloss, war eine Stärkung der Verbindungen der ostdeutschen Staatsgewerkschaft nach Japan, wie es sie erst einmal zuvor – im Zeichen der Proteste von 1960 – gegeben hatte. Nur wenige Tage nach dem Generalstreik vom 21. Oktober 1966 delegierte Sōhyō bereits Suzuki Sei'ichi in die DDR, um über die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zu beraten.⁶⁸ Suzuki – der zeitweise die Position des Leiters der Internationalen Abteilung von Sōhyō hatte abgeben müssen, nun aber wieder in dieser Funktion aktiv wurde – hatte während seines Aufenthaltes in Ostberlin nicht nur ein umfangreiches Austauschprogramm für 1967 mit den Gastgebern des FDGB vereinbart, in dessen Rahmen 48 Sōhyō nahestehende Personen verteilt auf 16 Delegationen in der DDR empfangen werden sollten, darunter ein Korrespondent und ein Urlauber-Ehepaar. Gemeinsam beschloss man außerdem, die noch nicht realisierte Miike-Solidaritätsspende, die im Sommer 1960 vom FDGB-Bundesvorstand beschlossen worden war, für die Entsendung einer Touristengruppe der Bergarbeitergewerkschaft Tanrō in die DDR zur Verfügung zu stellen.⁶⁹ Dabei fielen die beschlossenen Maßnahmen am Ende auch wieder auf das deutschlandpolitische Engagement des FDGB in Japan zurück. So sollen laut Suzuki alle vom FDGB empfangenen Sōhyō-Vertreter, deren Gesamtzahl nach Informationen des IBFG-Büros in Tokyo allein bis 1964 mindestens 236 Personen umfasste⁷⁰, dazu aufgerufen worden sein, an ihrem Arbeitsplatz für die Bildung von Gruppen zur Förderung der Freundschaft DDR-Japan hinzuwirken.⁷¹

Die zunehmende Offenheit der Sōhyō-Spitze gegenüber den Annäherungen des FDGB und die Korrespondenzen und Gespräche mit Suzuki, die nicht nur Fragen wie Vietnam, sondern auch die Entwicklung des japanisch-sowjetischen Gewerkschaftsaustausches behandelten⁷², mochten wohl auch dem FDGB eine Idee davon vermittelt haben, dass Sōhyō Einflüssen ausgesetzt war, die von dem Gewerkschaftsverband demonstrative Reaktionen abverlangten. Eine durchaus mögliche Erklärung zu den zugrundeliegenden Abhängigkeitsverhältnissen lieferte der IBFG-Beauftragte in Japan Ochiai Ei'ichi der Zentrale des IBFG in Brüssel nach dem Sōhyō-Jahreskongress vom Juli 1967. Vor dem Hintergrund stetigen wirtschaftlichen Wachstums und einschneidender gesellschaftlicher Veränderungen glaubte Ochiai, dass auch die japanische Arbeiterbewegung in eine Phase des Übergangs eingetreten sei. Denn nicht länger konzentrierte sich die japanische Wirtschaft auf die Herstellung von Textilien und günstigen, arbeitsintensiven Waren. Stattdessen hatte sich Japan bis zum Beginn der siebziger Jahre zu einem führenden Exporteur von kapitalintensiven Gütern wie Stahl und Schiffen sowie technisch aufwändigen Produkten, darunter vor allem Autos und Unterhaltungs- wie auch

Haushaltselektronik gewandelt. Mit diesen Entwicklungen ging auch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Löhne und des Beschäftigungsniveaus einher. (Carlile 2005: 213) Sōhyō sei laut Ochiai im Angesicht solch einschneidender Veränderungen Zwängen ausgesetzt, die eigene Politik den sich wandelnden Verhältnissen anzupassen. Doch sei der Gewerkschaftsverband bislang nicht in der Lage, den richtigen Weg einzuschlagen. Stattdessen klammerten sich die Führer von Sōhyō wie auch die der SPJ an marxistische Theorien und glaubten – wie einst die Sozialdemokraten auf dem europäischen Kontinent vor dem Zweiten Weltkrieg – die wahren Schüler von Marx zu sein. Nach Ochiais Ansicht würden sich die japanischen Gewerkschaften bereits in einem Prozess der Überwindung des Kommunismus befinden wie dieser bereits von den meisten Gewerkschaften und Sozialdemokraten Europas abgeschlossen worden sei. Trotzdem hielt es Ochiai für wenig angemessen, zu erwarten, dass Sōhyō vom politischen Linkskurs – wie er sich in der Haltung gegenüber dem Vietnamkrieg manifestiert hatte – in naher Zukunft abweichen würde.⁷³

Die von Ochiai beschriebenen politischen Linksneigungen wirkten sich fast zwangsläufig auf das internationale Engagement von Sōhyō aus, sodass der japanische Gewerkschaftsverband etwa gemeinsam mit dem WGB eine für Ende Januar 1968 angesetzte internationale Transportarbeiter-Konferenz konzipierte. Ziel der Zusammenkunft war es, sich gegen solche Transporte nach Südvietnam einzusetzen, die im unmittelbaren Kontext mit dem Krieg in Vietnam standen.⁷⁴ Vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen erschien auch die Einschätzung des Sektorenleiters für den Bereich Lateinamerika / Asien des FDGB Kurt Selbmann vom März 1968, dass sich auf Grundlage der gemeinsamen Auffassungen zwischen der ostdeutschen Staatsgewerkschaft und Sōhyō ein festes Kampfbündnis entwickelt habe, im Kern durchaus treffend.⁷⁵ Denn spätestens in den ausgehenden sechziger Jahren bildeten sich feste Strukturen innerhalb des ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsaustausches heraus, deren Grundzüge bereits während der Zeit der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages entstanden waren und die sich im Zeichen des Vietnamkrieges entscheidend gefestigt hatten. Jene Strukturen waren nun deutlich weniger anfällig gegenüber Einflüssen aus dem internationalen Umfeld als noch in der ersten Hälfte der sechziger Jahre.

So wirkte sich auch der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR vom 21. August 1968 kaum negativ auf das Verhältnis des FDGB zu Sōhyō aus, obgleich der Sōhyō-Generalsekretär Iwai Akira unmittelbar nach den Ereignissen Stellung gegen das Vorgehen der UdSSR bezog und ankündigte, dass diese Frage bei der bevorstehenden Zusammenkunft des Komitees für den japanisch-sowjetischen Gewerkschafts-

austausch der wichtigste Diskussionspunkt sein werde. Im Oktober 1968 wurde in einem gemeinsamen Kommuniqué zwischen Sōhyō und dem sowjetischen AUCCTU jedoch nur festgehalten, dass beide Seiten zum Vorfall in der ČSSR unterschiedliche Auffassungen vertreten und in dem Wunsch nach baldiger Normalisierung der Lage in der Tschechoslowakei übereinstimmen würden. Am Ende der Zusammenkunft stand sogar der Abschluss eines äußerst umfangreichen japanisch-sowjetischen Austauschabkommens.⁷⁶ Dabei soll nach Informationen des Tokyoter IBFG-Büros zwar die Leitung von Sōhyō einschließlich des Vorsitzenden Hori'i Toshikatsu einen kritischen Standpunkt gegenüber dem Vorgehen der UdSSR in der ČSSR vertreten haben. Allerdings wurde der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag als ein nicht hinreichender Grund verstanden, um das geplante japanisch-sowjetische Austauschabkommen zurückzuhalten.⁷⁷

Gerade einmal drei Monate waren seit den Ereignissen in Prag vergangen, als es dem FDGB das erste Mal seit 1960 gelang, eine Delegation unmittelbar nach Japan zu entsenden. Auch wenn der offizielle Anlass der Reise die Beteiligung an einem von Sōhyō organisierten Sportsymposium war, erhielt im Abschlussbericht die Sondierung der gegenwärtigen Situation und Stimmungslage vor Ort deutlich mehr Aufmerksamkeit. Dabei stützten sich die Konstatierungen besonders auf die Ausführungen des nach wie vor einflussreichen ehemaligen Sōhyō-Vorsitzenden Ōta Kaoru, der den Gästen aus der DDR versicherte, dass treibende Kräfte in Japans größtem Gewerkschaftsverband auch in Zukunft ihre „traditionelle Kampfschlossenheit und Zusammenarbeit“ mit den sozialistischen Staaten fortführen werden. Ōtas Ausführungen zum Standpunkt der Spitze von Sōhyō zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR bestätigten, dass es keinen einheitlichen Standpunkt unter führenden Gewerkschaftsfunktionären zu dieser Frage gab. Speziell die Gruppe Ōta-Iwai soll das Vorgehen der Warschauer Pakt Staaten laut Ausführungen des ehemaligen Sōhyō-Vorsitzenden allerdings bejaht haben. Einig war sich Ōta in jedem Fall mit den ostdeutschen Funktionären darüber, dass die Gewerkschaftsbewegung auf internationaler Ebene den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Revanchismus und Neonazismus stärker in den Vordergrund stellen müsse. Nachdem die ostdeutsche Delegation außerdem noch höchst zufrieden davon Kenntnis genommen hatte, wie die zahlreichen japanischen Gewerkschafter, die über die Jahre die DDR bereist hatten, mit Lichtbildvorträgen in Gewerkschaftsversammlungen und in Veröffentlichungen der Gewerkschaftspresse über die Entwicklungen im geteilten Deutschland berichtet hatten, glaubten die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre, dass nun eine neue Phase

der Beziehungen des FDGB zu Japans größtem Gewerkschaftsverband begonnen hätte⁷⁸, ungeachtet der Vorgänge in der ČSSR.

In der Tat schien das Ausmaß der ostdeutsch-japanischen Gewerkschaftsbeziehungen einen neuen Höhepunkt erreicht zu haben, nachdem sich die FDGB-Funktionäre im November 1968 vor Ort in Japan mit Sōhyō-Führern verständigt hatten. Sōhyō erklärte sich in diesem Zusammenhang nicht nur bereit, die ostdeutschen Forderungen nach offizieller Anerkennung der DDR auf internationalen Konferenzen in Neu-Delhi und Ostberlin zu unterstützen. Der Sōhyō-Vorsitzende Hori'i kündigte sogar an, dass eine Delegation unter eigener Leitung bzw. unter der Leitung des Sōhyō-Generalsekretärs Iwai zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR im Mai 1969 entsendet werde. Der Aufenthalt von japanischen Studiendelegationen in den ostdeutschen Teilstaat sollte wiederum auch zur Klärung wirtschaftspolitisch relevanter Probleme im Zeichen der japanischen Hochwachstumsfrage beitragen, wie etwa die „Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution unter kapitalistischen und sozialistischen Bedingungen“ oder die „Ursachen und Auswirkungen der zunehmenden Integration der Gewerkschaften der kapitalistischen Länder in das monopolistische System“. Um all dem gerecht werden zu können, einigten sich beide Seiten darauf, ein entsprechendes Austauschabkommen abzuschließen.⁷⁹ So wurde schließlich im Dezember 1968 eine Vereinbarung unterzeichnet, die den Empfang von 90 Personen in der DDR vorsah, die Sōhyō bzw. einzelnen japanischen Industriegewerkschaften angehörten oder vom japanischen Gewerkschaftsverband benannt wurden, darunter weitere Studenten, Atombombengeschädigte wie auch Sportler. Für die im Zuge der Umsetzung des Austauschabkommens entstehenden Kosten sollte allein der FDGB aufkommen.⁸⁰

Die umfangreiche Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch den FDGB für den unmittelbaren Austausch mit maßgebenden Teilen der organisierten japanischen Arbeiterschaft hatte am Ende dazu beigetragen, dass die Verbindungen zwischen der ostdeutschen Staatsgewerkschaft und Sōhyō spätestens seit den ausgehenden sechziger Jahren ein belastbares Element der ostdeutsch-japanischen Beziehungen geworden waren. Austauschabkommen wurden nun im Jahrestakt abgeschlossen, höchste japanische Gewerkschaftsfunktionäre wie der Sōhyō-Generalsekretär Iwai bereisten die DDR und auch höhere FDGB-Vertreter kamen vereinzelt nach Japan bis im Oktober 1972 erstmals eine ostdeutsche Gewerkschaftsdelegation in offizieller Funktion den Inselstaat bereiste.⁸¹ So mochte auch der ostdeutsch-japanische Gewerkschaftsaustausch dazu beigetragen haben, dass zum Ende der sechziger Jahre Japans wichtigste Oppositionspartei in deutschlandpolitischen Fragen den Standpunkt des ostdeutschen Regimes antizipierte.

2.2 DER ANERKENNUNGSBESCHLUSS DER SPJ

Die wiederholten Solidaritätserklärungen aus der DDR für den Kampf des vietnamesischen Volkes hatten nicht nur dazu beigetragen, das Verhältnis des FDGB zu Sōhyō entscheidend zu festigen. Ebenso waren sie in den Reihen der SPJ sehr begrüßt worden, sodass Angehörige der Partei von der Möglichkeit gemeinsamer Stellungnahmen zu internationalen Fragen zu sprechen begannen.⁸² Denn auch die japanischen Linksozialisten hatten das amerikanische Vorgehen in Vietnam scharf verurteilt und damit zur Vertiefung der Gegensätze zwischen der Opposition und der konservativen LDP-Regierung beigetragen. Insbesondere im Zuge der Wahl des Peking nahestehenden Sasaki Kōzō zum Vorsitzenden der SPJ und der Besetzung des Exekutivkomitees der Partei vorwiegend mit Vertretern der Faktionen des linken Flügels vom Mai 1965 hatten sich die Positionen der Linksozialisten zu innen- und außenpolitischen Fragen zunehmend verhärtet. So hatte Sasaki in seiner Antrittsrede etwa das Vorgehen der Vereinigten Staaten in Vietnam mit sehr deutlichen Worten attackiert und ebenso die eine pro-amerikanische Vietnampolitik betreibende japanische Regierung unter Satō Eisaku angegriffen. In diesem Sinne stellte Sasaki in seiner Ansprache fest, dass der „US-Imperialismus“ nicht allein der Feind des japanischen und chinesischen Volkes, sondern der gesamten Menschheit sei. (Stockwin 1968: 104, 119)

Gleichwohl war der Vietnamkrieg zur Zäsur im Verhältnis der SPJ zu den sozialistischen Parteien des westlichen Machtblocks geworden, nachdem auf der Zusammenkunft der Sozialistischen Internationale in Stockholm vom Mai 1966 der Protest der SPJ gegen die „Vietnaminvasion“ (*betonamu shinryaku*) der USA von der Versammlung nicht bestätigt worden war. In der Konsequenz teilte die SPJ der Internationale mit, dass man nicht länger bereit sei, Repräsentanten zu den Kongressen zu entsenden, während gleichzeitig die Zahlungen der jährlichen Mitgliedsbeiträge in Höhe von 500.000 Yen (ca. 1.400 US-Dollar) ausgesetzt wurden. Erst zehn Jahre später sollte die SPJ wieder die Zusammenarbeit mit dem Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien der Welt fortsetzen. (Hara 2000: 273f.) In den Reihen DDR-freundlicher und gleichzeitig der Sozialistischen Assoziation nahestehender Kreise glaubte man wiederum speziell in der SPD einen Mitverantwortlichen für den Bruch zwischen der SPJ und Sozialistischen Internationale erkannt zu haben. So hatte sich etwa der von Sōhyō zum Studium in die DDR entsandte Sugiyama Kaneo (1925–1988) in einem Artikel vom September 1966 auf Meldungen aus dem KPdSU-Organ *Pravda* berufen und daraufhingewiesen, dass das Vorgehen der US-Regierung in Vietnam ebenso von den Ministerpräsidenten von Schweden und Finnland wie auch von Vertretern aus Kanada

und den USA während der Zusammenkunft in Stockholm missbilligt worden sei. Allein der Vorsitzende der SPD und westdeutsche Außenminister Willy Brandt habe die Intervention der USA verteidigt und der Internationale mitgeteilt, dass der Abzug der amerikanischen Truppen keine politische Lösung sei und genauso wenig den Menschen der Länder Asiens Sicherheit bringen oder gar zum Weltfrieden beitragen könnte. Auch hatte Sugiyama auf die am Rande des Parteitages der westdeutschen Sozialdemokraten in Dortmund vom Juni 1966 abgegebene Erklärung des SPD-Vizevorsitzenden Fritz Erler (1913–1967) hingewiesen, wonach ein Abzug der Amerikaner aus Vietnam mit einer Unterstützung der Kommunisten gleichzusetzen wäre. (Sugiyama 1966: 55)

Zwar lässt sich schwer beurteilen, ob sich solche Berichte tatsächlich in irgendeiner Form auf das Ansehen der SPD in den Reihen der japanischen „Schwesterpartei“ auswirkten. Im geringsten Fall mochten entsprechende Veröffentlichungen aber jenen Elementen in der Partei neue Argumente geliefert haben, die sich für engere Beziehungen der SPJ zum ostdeutschen Regime einsetzten. Durch die Bemühungen der einflussreichen Sozialistischen Assoziation und speziell durch den Einsatz des Vorsitzenden der Vereinigung Sakisaka Itsurō – der u. a. am VII. Parteitag der SED vom April 1967 teilgenommen hatte⁸³ – war der Annäherungsprozess zwischen der SPJ und der ostdeutschen Staatspartei zum Ende der sechziger Jahre auch bereits spürbar vorangekommen. Gleichwohl hatte der marxistisch-leninistische Zusammenschluss ostdeutschen Stellen im Frühjahr 1968 Unterstützung für das Unternehmen der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Japan zugesichert.⁸⁴ In diesem Sinne hatte die der Sozialistischen Assoziation nahestehende Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR in Fukuoka einer Bitte der Ostberliner Partnereinrichtung folgend die notwendigen Schritte eingeleitet, um die Teilnahme des evangelischen Geistlichen und SPJ-Oberhausabgeordneten Nishimura Kan'ichi (1900–1979) sowie eines weiteren Angehörigen der Partei an der Initiativkonferenz für die internationale Anerkennung der DDR der indischen Freundschaftsbewegung in Neu-Delhi vom Dezember 1968 zu ermöglichen.⁸⁵ Und obwohl Nishimura nach westdeutschen Informationen der von indischer Seite ausgesprochenen Erwartung, im japanischen Parlament eine Unterschriftensammlung für die Anerkennung der DDR durchzuführen, gegenwärtig keinen Erfolg attestiert haben soll⁸⁶, so war doch immerhin im Abschlussbericht der ostdeutschen Konferenzteilnehmer festgehalten worden, dass der japanische Geistliche seiner Partei und seiner Parlamentsfraktion die Frage der Anerkennung zu unterbreiten beabsichtigte.⁸⁷

In jedem Fall kamen die Pressemeldungen vom 20. Februar, dass der SPJ-Parteivorstand für die internationale Anerkennung der DDR eintre-

ten wolle⁸⁸, und die damit einhergehende Abkehr der Linkssozialisten vom neutralistischen Standpunkt zur Deutschlandfrage für die westdeutschen Beobachter überraschend. Der Leiter der Internationalen Abteilung der SPJ Ishibashi Masashi (*1924) bestätigte auch bereits kurz darauf gegenüber Angehörigen der deutschen Botschaft in Tokyo, dass nun die Zeit gekommen sei, um sich gegenüber der DDR festzulegen und „mit dem Volk und auf Parteiebene“ positive Beziehungen aufzunehmen.⁸⁹ Dabei glaubten allerdings Vertreter der seit Beginn des Jahres 1967 in Tokyo bestehenden Niederlassung der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass der Anerkennungsbeschluss der Linkssozialisten im Frühjahr 1969 noch in der Schwebe stand, da eine solche Entscheidung einer Moskau entgegenkommenden Haltung entsprochen hätte und auf diese Weise das bereits stark angespannte Verhältnis zwischen der SPJ und der KPJ weiter belastet worden wäre. Das regelmäßig thematisierte Vorhaben der Bildung einer aus Linkssozialisten und Kommunisten bestehenden Aktionseinheit würde – so glaubte man auf westdeutscher Seite zu erkennen – noch mehr in Frage gestellt werden.⁹⁰ Insofern hatte Ishibashi auch die Möglichkeit des Dialogs zwischen dem deutschen Botschafter Franz Krapf (1911–2004) und dem SPJ-Parteivorsitzenden Narita Tomomi über die Positionierung der Partei gegenüber DDR in Aussicht gestellt.⁹¹

Allerdings begann sich zu dieser Zeit bereits das Verhältnis der deutschen Botschaft zum SPJ-Parteivorstand merklich zu verschlechtern, nachdem eine an Narita adressierte Beschwerde des deutschen Botschafters über den Inhalt des Kommuniqués der dritten Zusammenkunft des Komitees für den japanisch-sowjetischen Gewerkschaftsaustausch vom Oktober 1968 unbeantwortet geblieben war. Von den Unterzeichnern des Kommuniqués – darunter der Sōhyō-Generalsekretär Iwai Akira, der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes Hori'i Toshikatsu sowie der AUCCTU-Präsident und vormalige KGB-Chef Alexander N. Schelepin (1918–1994) – war nämlich mit Sorge festgestellt worden, dass die wachsenden „neonazistischen Gruppen“ in der Bundesrepublik eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt seien. Anlass zur Sorge hatten die Unterzeichner des Kommuniqués außerdem in der „revanchistischen und militaristischen Politik der reaktionären Kräfte“ in der Bundesrepublik zu erkennen geglaubt.⁹² Hinzu kam im März 1969 die Beteiligung des SPJ-Oberhausabgeordneten Matsui Makoto an einem Treffen der asiatischen Freundschaftsbewegungen in Ostberlin⁹³ sowie die anschließend von Matsui in der ostdeutschen Wochenzeitung *Horizont* aufgestellte und von westdeutscher Seite entschieden zurückgewiesene Behauptung, dass sowohl die deutsche Botschaft in Tokyo wie auch ein führendes Mitglied der SPD versucht habe, die Reise des SPJ-Oberhausabgeordneten in die Hauptstadt der DDR zu verhindern. (*Horizont* 1969)

Unter diesen Umständen hielten es westdeutsche Repräsentanten in Tokyo für schwierig, die Kontakte zur SPJ in der bisherigen Form aufrechtzuerhalten.⁹⁴ Somit deutete vieles daraufhin, dass die deutsche Botschaft mit ihren Mittlerdiensten am Ende angelangt war.⁹⁵ Ebenso glaubte der Leiter des SPD-Büros für Internationale Beziehungen Hans-Eberhard Dingels nur geringe Erfolgsaussichten zu erkennen, um den gegenwärtigen deutschlandpolitischen Kurs der SPJ noch in eine andere Richtung zu lenken.⁹⁶ So legte schließlich der SPJ-Parteivorstand per Beschluss am 24. September 1969⁹⁷ den eigenen Standpunkt zur DDR in der bereits angekündigten Form fest:

„Our Party decides as follows on the German Democratic Republic and demands that the Japanese Government make endeavors to realise these demands. (1) To respect the fact that Germany is divided into East and West Germany and that the German Democratic Republic exists, and to recognize the German Democratic Republic and establish diplomatic relations with that country. (2) To support the membership of East and West Germany in the United Nations, and (3) pending establishment of formal diplomatic relations with the German Democratic Republic, for the Government to promote exchange in all areas on the basis of the principles of equality and mutual benefit.“ (Japan Socialist Review 1969)

Auch die kontinuierlich nachlassende Stärke der Sozialistischen Partei und die sich daraus ergebende schwindende Bedeutung in der Innenpolitik Japans nahmen einem solchen Beschluss noch nicht die Brisanz. Denn im Gegensatz zur KPJ galt die SPJ nach westdeutschem Verständnis noch immer als demokratische Partei⁹⁸ und war nun unter diesen die erste in Japan, die sich dem ostdeutschen Regime zugewandt hatte. Doch worauf war diese eindeutige Positionierung der SPJ gegenüber der DDR zurückzuführen? Noch im Februar 1969 glaubten die westdeutschen Beobachter, dass kein entscheidender außen- oder innenpolitischer Nutzen mit dem Anerkennungsbeschluss der SPJ verbunden gewesen sei und dass stattdessen vor allem das Wirken der Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR in Fukuoka die Stimmung in der Partei – etwa durch die Vorbereitung der Reise des SPJ-Oberhausabgeordneten Nishimura Kan'ichi nach Neu-Delhi – beeinflusst habe.⁹⁹ Einige Monate später hatte sich allerdings ein modifiziertes, die komplizierten Machtverhältnisse im Parteivorstand berücksichtigendes Bild zusammengefügt.

Im Zuge der Machtkämpfe zwischen den Fraktionen des linken und rechten Flügels musste der links stehende Sasaki Kōzō nach mehr als zwei Jahren im August 1967 den Parteivorsitz an den zwischen den beiden Lagern stehenden Katsumata Sei'ichi (1908–1989) abgeben. Gemeinsam mit Eda Saburō als Generalsekretär standen so wieder eben jene ge-

mäßigten Sozialisten an der Spitze der SPJ, die auch freundschaftliche Beziehungen zur SPD unterhielten.¹⁰⁰ Doch erfuhr gerade während dieser Phase die Partei zwei der bittersten Wahlniederlagen ihrer Geschichte. Zunächst erlebten die Linksozialisten ein Debakel bei der Unterhauswahl im Juli 1968, woraufhin Katsumata den Parteivorsitz an Narita abgeben musste. Doch war dies nichts gegen den Schock vom Dezember 1969 als die SPJ bei den allgemeinen Wahlen 50 ihrer vormals 141 Parlamentssitze verlor. Die durch die beiden Wahlniederlagen verursachten parteiinternen Auseinandersetzungen hatten die Geschlossenheit in den Reihen der Partei massiv beeinträchtigt. Der vermeintlich aussichtslose Versuch der Pflege freundschaftlicher Beziehungen sowohl nach Moskau wie auch nach Peking während einer Zeit der immer stärker werdenden Spannungen zwischen den beiden Zentren des „Ostblocks“ belastete die SPJ zusätzlich im Inneren. (Hara 2000: 190f., 228)

Initiativen zur einen Seite mussten so stets durch Gesten zur anderen Seite ausgeglichen werden. So vergingen auch sechs Jahre bis im Juli bzw. Oktober 1970 erstmals wieder repräsentative Delegationen der SPJ nach Moskau und anschließend nach Peking entsandt wurden. Anders als mit Initiativen im Verhältnis der Partei zur UdSSR oder zu China konnte mit dem Anerkennungsbeschluss der DDR ein außenpolitischer Vorstoß gemacht werden, der sich ohne schädigende parteiinterne Kontroversen vollzog und – so die Einschätzung der westdeutschen Beobachter – aufgrund des spektakulären Charakters den Anschein reger außenpolitischer Aktivität der ansonsten gelähmten SPJ erwecken würde. Bedingt durch die Vertiefung der Gegensätze zwischen Moskau und Peking soll die Parteiführung der japanischen Linksozialisten stets auf der Suche nach außenpolitischen Betätigungsfeldern gewesen sein, die keine Auseinandersetzungen hervorriefen und gleichzeitig den Anschein außenpolitischen Engagements erweckten. Der Beschluss, die internationale Anerkennung der DDR einzufordern, war nach westdeutscher Auffassung jener Kategorie zuzuordnen. In diesem seltenen Fall sollen weder der pro-chinesische, noch der pro-sowjetische Flügel der Partei die Entscheidung blockiert haben. Billigend wurde anscheinend in Kauf genommen, dass das Verhältnis zur SPD durch die Neuausrichtung gegenüber dem geteilten Deutschland stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.¹⁰¹

Die wirklich treibenden Kräfte hinter der pro-ostdeutschen Positionierung der SPJ in der Deutschlandfrage waren allerdings für die westdeutschen Beobachter zu keinem Zeitpunkt eindeutig greifbar gewesen. Informationen der amerikanischen Botschaft zufolge schien der vormalige Vorsitzende der Japanisch-Sowjetischen Gesellschaft Matsumoto Shichirō eine maßgebende Rolle gespielt zu haben.¹⁰² Die Informationen der amerikanischen Seite fügten sich insofern in das Gesamtbild, dass Matsu-

moto – den ohnehin Sympathien mit Moskau und Ostberlin verbanden – eine zentrale Rolle in der noch jungen Patronatsgruppe von Yamamoto Kōichi (1910–1996) spielte. Doch befand sich die Yamamoto-Gruppe, die sich zuvor von der Sasaki-Gruppe abgespalten hatte, zu der Zeit als der SPJ-Beschluss zur Frage der Anerkennung der DDR vorbereitet wurde noch im Aufbau und musste sich mit aller Wahrscheinlichkeit auch finanziell absichern. Das Betreiben einer Anerkennungskampagne für die DDR in Japan als Gegenleistung für die erforderliche sowjetische Gewogenheit, um über nahestehende japanische Unternehmen politisch-finanzielle Geschäfte im Sibirienhandel tätigen zu können, erschien westdeutschen Repräsentanten insofern als ein naheliegender Erklärungsansatz zur Erfassung der Zusammenhänge.¹⁰³

2.3 DIE SPJ ALS STÄRKSTE INTERESSENVERTRETUNG IN JAPAN

Auch wenn ein Abweichen der japanischen Regierung von der bisherigen Linie zur Deutschlandfrage durch die per Beschluss von den Linksozialisten eingeforderte Anerkennung des ostdeutschen Regimes nicht zur Frage stand, so gab es doch im Sōhyō-SPJ-Block nun eine geschlossene deutschlandpolitische Linie, von der der Reiseverkehr zwischen Japan und der DDR nur profitieren konnte.¹⁰⁴ Ab Oktober 1969 bereisten bereits verschiedene SPJ-Abgeordnete in offizieller Funktion den ostdeutschen Teilstaat und machten, wie etwa der evangelische Geistliche Nishimura Kan'ichi, auch konkrete Vorschläge für einen engeren Austausch auf Parlamentarierebene.¹⁰⁵ Im Juni 1970 wurde wiederum bekannt, dass eine hochrangige SPJ-Abordnung unter der Leitung des Parteivorsitzenden Narita Tomomi einer Einladung des Parteichefs der KPdSU Leonid I. Breschnew (1906–1982) in die UdSSR folgen werde und außerdem beabsichtigen würde, vor Ort in der DDR mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED Walter Ulbricht Gespräche zu führen. Um dem Vorhaben eine passende Publizität im Inselstaat zu garantieren, bat Narita zusätzlich, einer Gruppe von Pressevertretern der großen japanischen Zeitungen, des Fernsehens und der Presseagenturen zeitgleich zur SPJ-Delegation den Aufenthalt in der DDR zu gestatten.¹⁰⁶ Nachdem bereits am 30. Dezember 1969 eine Einladung in die DDR von Ulbricht an Narita ausgesprochen worden war, wurde nun dem Ersuchen des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei in jeder Hinsicht entsprochen.¹⁰⁷

Im Vorfeld der beabsichtigten Reise von Narita begannen sich die verantwortlichen ostdeutschen Funktionäre auch zunehmend mit den möglichen Gründen der seit kurzem gegebenen Aufgeschlossenheit der japanischen Linksozialisten gegenüber der DDR zu befassen und konsultierten in diesem Zusammenhang die Internationale Abteilung der KPdSU.

So hatte man auch eine ausführliche Einschätzung des stellvertretenden Abteilungsleiters Uljanowski erhalten, wonach der eigentliche Anlass der bevorstehenden Reise von Narita vor allem in der schweren Niederlage der SPJ bei den allgemeinen Wahlen in Japan vom Dezember 1969 gesehen wurde. Die Gespräche in der UdSSR und in der DDR sollten im Anschluss an die Ausführungen der sowjetischen Seite nun dem Zweck dienen, das Prestige der Linksozialisten wieder zu stärken. Daher vermutete Uljanowski auch, dass die Delegation besonders viel Wert auf das Zustandekommen eines Treffens mit Ulbricht legen werde, nachdem die geplante Zusammenkunft mit Breschnew in der Sowjetunion aufgrund anderer Verpflichtungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU bereits abgesagt werden musste. Grundsätzlich wurde von sowjetischer Seite an die ostdeutschen Gesprächspartner die Einschätzung weitergegeben, dass man in der UdSSR die SPJ trotz unterschiedlicher Auffassungen zu außenpolitischen Fragen wie etwa der Zugehörigkeit der Südkurilen-Inseln als eine „nützliche“ Partei einstufen würde, allein schon weil gegenwärtig in Japan keine andere „ernste fortschrittliche Kraft“ existieren würde.¹⁰⁸

In der DDR war man auch durchaus auf höchster Ebene bereit, mit der Abordnung der Linksozialisten um Narita Gespräche zu führen. Denn durch den Empfang der japanischen Abordnung glaubte man die Beziehungen zu den japanischen Linksozialisten auf eine „neue Stufe“ heben zu können, um im nächsten Schritt über das politische Engagement der SPJ selbst wie auch über den Einfluss der Partei auf verschiedene Massenorganisationen die ostdeutschen Ziele in Japan voranzutreiben und die Position der DDR gegenüber der Bundesrepublik im Inselstaat zu stärken.¹⁰⁹ So beriet sich die hochrangige SPJ-Delegation während ihres Aufenthaltes vom 19. bis 25. Juli 1970 im ostdeutschen Teilstaat u. a. mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten Otto Winzer (1902–1975), dem Minister für Kultur Klaus Gysi (1912–1999) und dem Minister für Außenhandel Horst Sölle über die Vertiefung des Austausches in den verschiedenen Bereichen.¹¹⁰ Am 24. Juli 1970 fand schließlich in Rostock das von den japanischen Gästen angestrebte Treffen zwischen Narita und Ulbricht statt. In vielen Punkten schienen sich die Gesprächspartner einig, sodass auch der Erste Sekretär des ZK der SED die Erwartung zum Ausdruck brachte, durch die Festigung der Verbindungen zwischen beiden Parteien ebenso eine neue Etappe der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen DDR-Japan einzuleiten.¹¹¹

Mit dem Besuch der SPJ-Delegation um Narita in der DDR wurde am Ende zementiert, was bereits am 24. September 1969 per Beschluss zur offiziellen Politik der Partei erklärt worden war. Nach über zwölf Jahren des ständigen Werbens trat am Beginn der siebziger Jahre die SPJ als För-

derer der deutschlandpolitischen Ziele der ostdeutschen Staatsführung in Japan auf. Allerdings hatte die deutsche Botschaft in Tokyo in Erfahrung gebracht, dass es unter den einzelnen Faktionen der Partei nach wie vor keine Übereinstimmung zur Handhabung der Kontakte zum ostdeutschen Regime gab. So war während der Vorbereitungsphase der Entsendung der Delegation um Narita in die Sowjetunion zunächst auch nur sicher gewesen, dass mit Blick auf die Ereignisse in der ČSSR vom August 1968 – zu denen es auch in der SPJ keinen geschlossenen Standpunkt gab¹¹² – neben der UdSSR noch ein „orthodoxes“ sozialistisches Land befreit werden sollte, um so die bewusste Hinwendung der SPJ zum „Ostblock“ zu unterstreichen. Die Mehrheit der Parteiführung soll sich auch bald geeinigt haben, der Einladung der SED gegenüber einer ebenso vorliegenden Einladung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei den Vorzug zu geben. Allerdings habe es nach westdeutschen Informationen anschließend noch erfolglose Bemühungen vom Generalsekretär der Partei Eda Saburō gegeben, das Zustandekommen der Reise in die DDR an die Bedingung zu knüpfen, auch der SPD in der Bundesrepublik einen Besuch abzustatten. Im scharfen Kontrast zu diesen Versuchen um Schadensbegrenzung im Verhältnis der japanischen Linkssozialisten zu den westdeutschen Sozialdemokraten hatte jedoch ein von Ulbricht und Narita unterzeichnetes Kommuniqué vom 24. Juli 1970 die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes gegen die „Globalstrategie des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten in Westdeutschland, Japan und anderen Teilen der Welt“ explizit hervorgehoben.¹¹³

Am Beginn der siebziger Jahre war die Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen Stellen und der SPJ eines der herausragenden Beispiele für ein erfolgreiches Engagement des außenpolitischen Apparates der DDR in Japan. Die Linkssozialisten erhielten Zugeständnisse vom japanischen Außenminister Ai'ichi Ki'ichi (1907–1973) in Fragen um die Erteilung von Visa für ostdeutsche Außenhandelsfunktionäre, machten sich zudem für die Errichtung einer Handelsvertretung der DDR in Tokyo stark, versuchten Kontakte zwischen ostdeutschen und japanischen Diplomaten in dritten Ländern anzubahnen¹¹⁴ und entsandten im Januar 1972 einen ständigen Korrespondenten des SPJ-Parteiorgans *Shakai shinpō* nach Ostberlin.¹¹⁵ Nachdem die SPJ auch noch die erste Einreise einer SED-Abordnung nach Japan durchgesetzt und die ostdeutschen Gäste im Mai 1972 vor Ort mit den wichtigsten politischen Parteien des Inselstaates in Kontakt gebracht hatte, ließ der deutsche Botschafter in Tokyo Wilhelm Grewe (1911–2000) das Auswärtige Amt wissen, dass die DDR durch ihre Beziehungen zur SPJ eine „beachtliche Position zur Vertretung ihrer Interessen und Bestrebungen in Japan gewonnen“ habe.¹¹⁶

2.4 ZAGHAFT E ANNÄHRUNG DER KPJ

Als nach wie vor wichtige Kraft innerhalb der japanischen Opposition hatte die KPJ nie vollständig an Relevanz in den Japan-Konzeptionen des außenpolitischen Apparates der DDR verloren. So hatte die Internationale Abteilung des ZK der SED auch nicht lange gezögert, sich um eine Verbesserung der Beziehungen zu bemühen, als sich die Anzeichen mehrten, dass es früher oder später zum Bruch zwischen den japanischen Kommunisten und der chinesischen Staatsführung kommen würde. Zu Beginn der siebziger Jahre war bereits der Tiefpunkt im Verhältnis der ostdeutschen Staatspartei zur KPJ überwunden. Doch war die Kooperation nach wie vor nicht frei von Komplikationen, obwohl sich die ostdeutsche Seite nicht länger um den Einfluss der KPCh unter japanischen Kommunisten sorgen musste.

Im Frühjahr 1966 schien eine engere Zusammenarbeit zwischen der SED und der japanischen „Bruderpartei“ noch ausgeschlossen. Die KPJ unterstützte zu dieser Zeit als eine der letzten kommunistischen Parteien der Welt die Linie Peking. Allerdings änderte sich der Standpunkt der Spitze der Partei zur chinesischen Staatsführung grundlegend, als sich im März des Jahres eine Delegation unter der Leitung des Generalsekretärs der Partei Miyamoto Kenji auf eine Reise nach Nordvietnam, Nordkorea und China begab. Miyamoto warb für eine Beilegung der Differenzen im Konflikt zwischen Moskau und Peking, damit beide Seiten gemeinsam auf eine erfolgreiche Beendigung des Vietnamkrieges hinwirken könnten. In Hanoi und Pjöngjang erhielt Miyamoto Unterstützung, doch kam es in Peking zur Konfrontation mit der chinesischen Staatsführung. Bald nach den ersten Angriffen auf Nordvietnam durch US-Truppen rief die KPdSU zur Befreiung des südostasiatischen Landes und zu gemeinsamen Aktionen gegen den „amerikanischen Krieg“ auf. Doch lehnte die chinesische Staatsführung die Einbeziehung der als „Komplize des amerikanischen Imperialismus“ bezichtigten UdSSR ab und propagierte stattdessen die Herstellung einer internationalen Einheitsfront gegen die USA und die Sowjetunion. In diesem wichtigen Punkt wichen schon vergleichsweise zeitig die Ansichten der Spitze der KPJ von denen der KPCh ab. Im März 1966 steigerte sich die Meinungsverschiedenheit zum handfesten Streit. Die Delegation um Miyamoto trat in Peking für eine Einheitsfront gegen den „US-Imperialismus“ ohne explizite Ausklammerung der UdSSR ein, während besonders Mao Zedong auf der ursprünglichen chinesischen Formel beharrte. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, woraufhin die Gespräche abgebrochen wurden. Bereits im Oktober des Jahres sagten sich die japanischen Kommunisten auf dem X. Parteikongress der KPJ implizit durch die Modifizierung des Parteipro-

gramms im Hinblick auf Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nun auch von Peking los. (Hyōmoto 2005: 312–315; Soeya 1998: 72f.)

Der Zusammenstoß der Delegation um Miyamoto mit der Führung der KPCh im März 1966 schien aber nicht allein ausschlaggebend für die Distanzierung der KPJ von der chinesischen Staatsführung. Vielmehr dürfte der Putschversuch in Indonesien vom 30. September 1965¹¹⁷ und die darauf folgende Ermordung von mehreren hunderttausend Anhängern der eng mit der KPJ kooperierenden und den chinesischen Strategien zugeneigten Kommunistischen Partei Indonesiens maßgeblich zur Loslösung der japanischen Kommunisten von der KPCh beigetragen haben. Die Ereignisse demonstrierten der Spitze der KPJ, welche katastrophalen Konsequenzen sich aus einer zu starken Orientierung an den revolutionären Strategien Pekings ergeben konnten. In diesem Sinne erfolgte auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 der endgültige Bruch zwischen den japanischen Kommunisten und der KPCh. (Hyōmoto 2005: 313)

In der DDR hatte man den Entwicklungsprozess der Beziehungen zwischen der KPJ und der chinesischen Staatsführung stets sehr genau beobachtet und bald nach der Rückkehr von Miyamoto aus Peking durch das Studium des KPJ-Parteiorghans *Akahata* zu erkennen geglaubt, dass die Spitze der Partei bereits ernsthaft an der Zweckdienlichkeit der chinesischen Strategien zweifeln würde.¹¹⁸ Nachdem kurz darauf, im Juni 1966, Funktionäre der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei gegenüber ostdeutschen Repräsentanten von einer Unterredung mit Vertretern der KPJ in Budapest berichtet und in diesem Zusammenhang die Einschätzung abgegeben hatten, dass sich die japanische „Bruderpartei“ von der KPCh lösen wolle und entsprechend aus der bestehenden Isolation auszubrechen versuche¹¹⁹, schien auch eine erneute Annäherung zwischen der SED und der KPJ möglich. Zwar verzögerte sich der Prozess noch um einige Monate, weil die Beteiligung einer ostdeutschen Delegation am X. Parteitag der KPJ vom Oktober 1966 als erste Möglichkeit zu offiziellen Gesprächen seit 1963 an der nicht erteilten Einreisegenehmigung für die ostdeutschen Funktionäre scheiterte.¹²⁰ Mit der Teilnahme einer kleinen Abordnung der KPJ am VII. Parteitag der SED im April 1967 war jedoch der entscheidende Schritt hin zu einer erneuten Annäherung getan.¹²¹

Trotzdem hatte der Verlauf der Geschehnisse und insbesondere der immer harscher werdende Ton gegenseitiger Anschuldigungen zwischen der KPJ und der KPdSU in den vorangegangenen Jahren ein äußerst distanziertes Verhältnis der japanischen Kommunisten zur sowjetischen Staatspartei geschaffen, das nach wie vor nicht frei von gegenseitigen Vorwürfen war und insofern auch ein schnelleres Vorankommen einer Annäherung zwischen der SED und der japanischen „Bruderpartei“ spür-

bar beeinträchtigte. Denn in der DDR legte man im Interesse der guten Beziehungen zur KPdSU auch Wert auf ein positives Verhältnis zwischen der KPJ und der sowjetischen Staatspartei.¹²² Mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag vom 21. August 1968 wurde das Verhältnis der SED zur japanischen „Bruderpartei“ zudem schon bald aufs Neue strapaziert.

Die von der Kommunistischen Partei der ČSSR unter Alexander Dubček (1921–1992) angestrebten politischen und wirtschaftlichen Reformen in der Tschechoslowakei waren zwar von der KPJ als „rechter Opportunismus“ und Abweichen von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus desavouiert worden. Allerdings kam die Partei nach den Ereignissen vom 21. August 1968 zu der Feststellung, dass es allein Angelegenheit des tschechoslowakischen Volkes sei, die bestehenden Probleme im Einklang mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und unter der positiven Anleitung der Kommunistischen Partei der ČSSR zu lösen. Darüber hinaus, so die offizielle Stellungnahme der KPJ, habe keine andere kommunistische Partei und keine andere Arbeiter- und Bauernpartei das Recht, in der Sache zu intervenieren. (Akahata 1968) In der DDR hatte man sich allerdings nicht allein daran gestört, dass von der KPJ der Abzug der Truppen des Warschauer Paktes und die Beendigung der „ungerechtfertigten Einmischung“ gefordert worden waren. Bereits in den Wochen zuvor begann sich die Internationale Abteilung des ZK der SED zunehmend an der fehlenden „kritischen Haltung“ zu den unter Dubček eingeleiteten Reformen in der ČSSR und insbesondere an den „anti-sowjetischen Ausfällen“ der KPJ zu stören. Denn die Partei hatte Ende Juli 1968 zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei die Einschätzung abgegeben, dass unter den Staatsparteien im sozialistischen Europa „eine neue Tendenz entstanden ist, der Linie des Großmachtchauvinismus und der blinden Unterwürfigkeit entgegenzutreten und nach einer Linie der Autonomie und Unabhängigkeit zu streben.“ So war man im außenpolitischen Apparat der DDR auch bald nach den Geschehnissen vom 21. August 1968 zu dem Schluss gelangt, dass die KPJ ihre „von einer revisionistischen, kleinbürgerlich-nationalistischen Einstellung geprägte Haltung des Hin- und Herpendels zwischen links- und rechtsopportunistischen Abweichungen“ fortsetzen und gleichzeitig Druck auf die KPdSU auszuüben versuche.¹²³

Auch in den nachfolgenden Jahren hatte man im ostdeutschen Teilstaat keinen Anlass zu erkennen geglaubt, um die im Spätsommer 1968 getroffene Bewertung zu revidieren, obwohl die zum VIII. Parteitag der SED vom Juni 1971 entsandte Abordnung der KPJ den Wunsch nach guten Beziehungen zur SED wiederholt hatte und bald darauf das Anliegen durch die erneute Entsendung eines *Akahata*-Korrespondenten nach Ost-

berlin unterstrichen wurde.¹²⁴ Allerdings waren der Zusammenarbeit zwischen der ostdeutschen Staatspartei und der KPJ am Beginn der siebziger Jahre nicht nur durch das belastete Verhältnis der japanischen Kommunisten zur KPdSU enge Grenzen gesetzt, sondern ebenso durch die vergleichsweise weitreichende Kooperation ostdeutscher Stellen mit der SPJ. So gestand etwa der stellvertretende *Akahata*-Chefredakteur Kon'no Jun'ichi während eines Besuches im ostdeutschen Teilstaat zu Beginn des Jahres 1972 ein, dass Leser des KPJ-Organs kaum über die Politik der DDR informiert würden. Ansichten unter führenden japanischen Kommunisten, dass die SED in Japan hauptsächlich mit der SPJ zusammenarbeiten würde, machten es unmöglich, Interviews mit Repräsentanten der DDR zu Fragen der ostdeutschen Außenpolitik und der europäischen Sicherheit abzdrukken.¹²⁵

Wie intensiv die Gegensätze im Verhältnis der beiden japanischen Oppositionsparteien zueinander tatsächlich auf das ostdeutsch-japanische Verhältnis ausstrahlten, wurde ostdeutschen Funktionären spätestens im Sommer 1973 bewusst, als es in der mehr als 300 Personen starken japanischen Delegation zu den X. Weltjugendfestspielen in Ostberlin – die sich fast ausschließlich aus Mitgliedern der KPJ und der SPJ affilierten Jugendorganisationen zusammensetzten – zu „heftigen Auseinandersetzungen“ kam und die Gruppe sich bereits kurz nach der Eröffnungsveranstaltung spaltete.¹²⁶ Dennoch gehörte die KPJ zu den wichtigsten Kräften in der japanischen Opposition, die am Beginn der siebziger Jahre mit Anfragen an die japanische Regierung und auch darüber hinaus die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Japan unterstützte.¹²⁷

2.5 ENTSTEHUNG EINER ANERKENNUNGSBEWEGUNG IN JAPAN

Mit der Festigung der Position des ostdeutschen Regimes innerhalb der japanischen Opposition ging zwangsläufig auch eine Stärkung der Freundschaftsbewegung im Inselstaat einher. Doch auch zum Ende der sechziger Jahre war die Bewegung noch weit von einer überregionalen und damit effizienteren Koordinierung ihres Wirkens entfernt. Zwangsläufig begann man auf ostdeutscher Seite, Vergleiche zur Entwicklung von Freundschaftsbewegungen in anderen asiatischen Ländern vorzunehmen. Gerade im Zusammenhang mit der mühevoll bewerkstelligten Beteiligung des SPJ-Oberhausabgeordneten Nishimura Kan'ichi an der Initiativkonferenz für die internationale Anerkennung der DDR der indischen Freundschaftsbewegung in Neu-Delhi vom Dezember 1968 fällten die ostdeutschen Beobachter ein eindeutiges Urteil über die Lage im Inselstaat: Im Gegensatz zur indischen Freundschaftsbewegung, die „ein

politisches Niveau und ein hohes Maß an Organisiertheit erreicht“ habe, deren Charakter Konturen einer Massenbewegung anzunehmen scheine und die die Aufgabe der Herbeiführung der diplomatischen Anerkennung der DDR durch die indische Staatsführung zunehmend zum übergeordneten Gegenstand der Bewegung machen würde, seien in Japan „Anfänge einer solchen Orientierung“ nur in der SPJ nahestehenden Bewegung zu finden.¹²⁸

Dabei hatte auch die Freundschaftsbewegung im Inselstaat durchaus Potenzial. Bis zum Ende des Jahres 1972 erstreckte sich nach ost-deutschen Informationen ein Netzwerk von 17, meist den Kommunisten oder den Linkssozialisten nahestehenden Freundschaftsgesellschaften über alle vier japanischen Hauptinseln¹²⁹ mit Fukuoka als südlichster und Sapporo als nördlichster Außenstelle der Bewegung, wo bereits seit längerer Zeit an der Hokkaidō Universität eine „Ernst-Thälmann Bibliothek“ existierte¹³⁰, deren Gründer Uesugi Jūjirō auch maßgeblich bei der Entstehung einer ortsansässigen Freundschaftsgesellschaft mitgewirkt hatte. (Nichidoku tsūshin 1969b: 5) Doch wurde die Zusammenarbeit mit den einzelnen japanischen Freundschaftsgesellschaften auch weiterhin stark von den Gegensätzen zwischen der KPJ und der SPJ bzw. den japanischen Kommunisten und der Sozialistischen Assoziation beeinträchtigt. Die Etablierung einer wirkungsvollen Anerkennungsbewegung im Inselstaat nach indischem Vorbild setzte jedoch die Überwindung des allgegenwärtigen Problems der fehlenden Geschlossenheit der Freundschaftsbewegung voraus. Entsprechend folgte man schon zu Beginn des Jahres 1969 in der DDR, dass der Einfluss der japanischen Bewegung weitgehend davon abhängt, „inwieweit es gelingt, die engen parteipolitischen Bindungen der einzelnen Gesellschaften zu überwinden.“

Über die Einbeziehung von japanischen Vertretern in die Bemühungen der indischen Freundschaftsbewegung und die Aussprache von Einladungen an möglichst viele Repräsentanten der wichtigsten Partnereinrichtungen des Freundschaftskomitees DDR-Japan zu internationalen Freundschaftstreffen begann man in der folgenden Zeit, die Entstehung einer Anerkennungsbewegung im Inselstaat gezielt zu fördern.¹³¹ In Japan wurde wiederum gegen 1969 eine erste zaghafte Initiative gestartet, um die einzelnen regionalen japanischen Freundschaftsgesellschaften unter dem Dach einer nationalen Vereinigung zusammenzuführen – ein Unternehmen, das jedoch Zeit des Bestehens der Freundschaftsbewegung nicht gelingen sollte. Nachdem Vertreter der einander wenig freundlich gesonnenen KPJ nahestehenden Freundschaftsgesellschaft in Tokyo und der der Sozialistischen Assoziation nahestehenden Vereinigung in Fukuoka erste Gespräche geführt hatten, war auch die Herausga-

be eines Organs der Freundschaftsbewegung für Gesamtjapan möglich geworden, dessen redaktionelles Zentrum in Osaka lag.¹³²

Parallel zu den Versuchen, einen nationalen Zusammenschluss der Freundschaftsbewegung zu konzipieren, begann bereits die Kampagne für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Japan. Gerade die äußerst engagierte Gruppe aus Osaka war sich jedoch der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung eines solchen Projektes sehr bewusst. In der japanischen Bevölkerung war das Interesse am ostdeutschen Teilstaat weitaus weniger stark ausgeprägt als etwa an der bevorstehenden Verlängerung des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages vom Juni 1970, obgleich die Tragweite der Ereignisse am Ende kaum im Verhältnis zu den Geschehnissen von 1960 stand. Um auch für die Ziele der ostdeutschen Staatsführung Rückhalt in der japanischen Öffentlichkeit aufzubauen, wurde daher das Fehlen diplomatischer Beziehungen mit der Gültigkeit der japanisch-amerikanischen Militärallianz als geschlossener Problemkomplex aufgegriffen. Mit der Annullierung der japanisch-amerikanischen Militärallianz, so hieß es, sollte die angestrebte Normalisierung der Beziehungen zur DDR möglich werden. Greifbare Unterstützung für die Forderung des ostdeutschen Regimes nach internationaler Anerkennung sollte nun vor diesem Hintergrund über die Durchführung einer Unterschriftensammlung erfolgen.¹³³

Die Unterschriftensammlung hatte allerdings von vornherein mit gewissen Schwierigkeiten zu kämpfen. In Osaka hielt man fest, dass unter den Unterschriftengebern die Zahl von Pädagogen erdrückend sei. Studenten, Arbeiter und vor allem gewöhnliche Bürger (*ippan shimin*) seien nur selten vertreten. Ebenso schien selbst drei Jahre nach den ersten gemeinsamen Gesprächen von Vertretern aus Osaka, Tokyo und Fukuoka die Koordination auf nationaler Ebene unzureichend. Umso mehr war man bemüht, namhafte Intellektuelle, Kulturschaffende, Gewerkschaftsfunktionäre oder Parlamentarier einzubeziehen. (Nichidoku tsūshin 1972) In diesem Sinne wurden auch einige der bekanntesten DDR-Freunde in Japan gebeten, die Aktion offiziell zu unterstützen.¹³⁴ Der gesamte Personenkreis, zu dem neben Hirano Yoshitarō, Sakisaka Itsurō und Sen-da Koreya auch Ōuchi Hyōe, Ōtsuka Kinnosuke, Funaki Shigenobu oder Kobayashi Ryōsei zählten, erklärte sich einverstanden, den Appell zu unterzeichnen und den ostdeutschen Anliegen auf diese Weise eine größere Publizität zu verschaffen.¹³⁵

Im Oktober 1972 legte der Leiter des Sekretariats der Tokyoter Freundschaftsgesellschaft Usama Seijirō das vorläufige Ergebnis der Unterschriftensammlung vor. 15.273 Unterschriften wurden im Anschluss an die Übersicht zusammengetragen, davon 9.989 von Sōhyō, 2.573 durch

die Freundschaftsvereinigung in Tokyo, 2.224 durch die in Osaka und 526 durch die in Fukuoka.¹³⁶ Diese Ergebnisse schienen jedoch nicht den vollen Möglichkeiten der Bewegung zu entsprechen. Das Freundschaftskomitee DDR-Japan war der Meinung, dass die politische Zusammensetzung der Vorstände und Mitglieder das Potenzial besitzen würde, um eine tatsächliche Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen. Doch weder die KPJ noch die SPJ kooperierten mit den jeweils nahestehenden Freundschaftsgesellschaften in dieser Sache eng genug, sodass eine von parteipolitischer Ebene ausgehende Orientierung nicht vorhanden war. Eine Einbeziehung aller sozialen Schichten in die Kampagne für die Anerkennung der DDR erschien so nicht umsetzbar.¹³⁷ So mochte auch der von der Anerkennungsbewegung ausgehende Druck die pro-westdeutsche Ausrichtung der japanischen Regierung zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt haben. Doch bot sich dadurch immerhin die Möglichkeit, die DDR in Japan ins Gespräch zu bringen und gleichzeitig auf internationaler Ebene Solidarität mit Freundschaftsbewegungen in anderen Ländern zu demonstrieren. (Nichidoku nyūsū 1972: 9) Nachdem im Oktober 1972 klar wurde, dass die Anerkennung des ostdeutschen Teilstaates durch die japanische Regierung nur noch eine Frage der Zeit sein würde, riet der Vorsitzende des Freundschaftskomitees DDR-Japan Gerhard Mehnert den japanischen Freundschaftsgesellschaften an, die Aktion bis zum Ende des Jahres 1972 abzuschließen und auszuwerten, um die Resultate schließlich an die japanischen Zeitungen weiterzureichen. Für das Frühjahr 1973 wurde in der Frage der Anerkennung ein letztes öffentliches Auftreten der Freundschaftsgesellschaften vorgesehen.¹³⁸ So konnte die Anerkennungsbewegung am Vorabend der Herstellung zwischenstaatlicher Beziehungen einen Teil dazu beitragen, dass die DDR in Japan eine Publizität erhielt, wie wohl selten zuvor.

3. DER ABSCHLIESSENDE PROZESS DER HERSTELLUNG DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN

In Anbetracht der schwierigen Ausgangslage zu Beginn der fünfziger Jahre mochte der Umfang der ostdeutschen Netzwerke im Japan des Jahres 1972 durchaus beachtlich erscheinen. Alles zusammengenommen vermochte jedoch kaum eine solch weitreichende Wirkung auf den offiziellen Standpunkt der japanischen Regierung zur DDR auszuüben, wie das internationale Entspannungsklima. Denn sowohl im europäisch-atlantischen wie auch im asiatisch-pazifischen Raum vollzogen sich zu dieser Zeit tiefgreifende Veränderungen im Verhältnis der großen Machtblöcke zueinander.

Im Mai 1971 gelang nach eineinhalb Jahren und mehr als 130 Sitzungen der Durchbruch in den Verhandlungen über die Verträge zur allgemeinen Rüstungsbegrenzung (SALT I) zwischen Washington und Moskau. Im Ergebnis der Verhandlungen unterzeichneten der amerikanische Präsident Richard Nixon (1913–1994) und der sowjetische Staatschef Leonid I. Breschnew am 26. Mai 1972 in Moskau den Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag). Mit der Unterzeichnung des Viermächte-Schlussprotokolls am 3. Juni 1972 und dem damit verbundenen Inkrafttreten des Viermächte-Abkommens über Berlin, welches den juristischen Status der geteilten Stadt Berlin und das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Westsektoren der Metropole regelte, waren schließlich auch alle Voraussetzungen für die Aufnahme innerdeutscher Verhandlungen über den „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ erfüllt.

Ähnlich tiefgreifend wie die Auswirkungen der amerikanisch-sowjetischen Verständigung auf das internationale Gefüge im Okzident war in Fernost die Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen, die mit der Ankündigung der Chinareise des US-Präsidenten Richard Nixon vom 15. Juli 1971 eingeleitet worden war. Der ohne vorherige internationale Konsultation bekanntgegebene Plan der Chinareise hatte im Inselstaat zwar zunächst massive Irritationen hervorgerufen und wurde gemeinsam mit der vergleichbar unerwarteten, genau einen Monat später folgenden Ankündigung der Einführung der New Economic Policy in den USA als einer der beiden Nixon Shocks (*Nikuson shokku*) bekannt. Dennoch hatten die Vorgänge im amerikanisch-chinesischen Verhältnis die für eine Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen eintretenden Kräfte innerhalb der LDP entscheidend gestärkt (Iokibe 2006: 150–152) und schließlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Tokyo und Peking am 29. Dezember 1972 unter Ministerpräsident Tanaka Kakuei (1918–1993) ermöglicht.

Die in Tokyo und Peking unternommenen Anstrengungen um die Normalisierung der bilateralen Beziehungen fielen schließlich auch auf die ostdeutsch-japanischen Beziehungen zurück. Nachdem bereits im Laufe des Jahres 1971 bis dato unerreichte 5.871 Einladungen nach China von chinesischen Stellen an japanische Bürger ausgesprochen worden waren und innerhalb kürzester Zeit eine Vielzahl führender japanischer Wirtschaftsexponenten China bereist hatte, brach im April 1972 mit Miki Takeo auch erstmals ein Faktionsvorsitzender der LDP nach Peking auf. (Ogata 1988: 15) Miki war es wiederum, der sich mit Blick auf die absehbare Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen im September des Jahres in einer Rede vor Angehörigen seiner Faktion ebenso

für engere Verbindungen nach Nordkorea, Nordvietnam und nicht zuletzt in die DDR aussprach. Allerdings glaubten Angehörige der deutschen Botschaft in Tokyo, dass der „politische Außenseiter“ Miki mit solchen Worten keine große Beachtung finden konnte. Letztendlich würde es sich dabei, so das Resümee der westdeutschen Beobachter, nämlich um Ansichten handeln, die in Japan – obgleich nur selten artikuliert – bereits als konsequente Folge der internationalen Entspannung betrachtet und in den langfristigen außenpolitischen Konzeptionen der japanischen Regierung ohnehin wachsende Bedeutung erhalten würden.¹³⁹

Ein Indiz für die sich bereits abzeichnenden Veränderungen in der Haltung der japanischen Regierung zum ostdeutschen Teilstaat war der sich ausweitende Reiseverkehr zwischen Japan und der DDR. Nach Angaben des japanischen Justizministeriums reisten noch 1968 gerade einmal 78 Bürger aus der DDR nach Japan ein. Im darauf folgenden Jahr waren es bereits 140; 1970 betrug die Zahl der Einreisenden 225, 1971 334 und 1972 399. Demgegenüber hatten 1971 1.254, 1972 sogar 1.368 japanische Staatsbürger einen Reiseantrag in DDR gestellt.¹⁴⁰ Ab Mitte des Jahres 1970 wurden auch erstmals Pässe für den Geltungsbereich „DDR“ an japanische Bürger ausgestellt, auch wenn Dienst- und Diplomatenpässe vorerst noch ausgenommen waren. Damit gab das japanische Außenministerium Stimmen im japanischen Parlament nach, welche die Forderung stellten, die DDR so zu behandeln, wie auch China und Nordvietnam, die zuvor ähnliche Zugeständnisse erhalten hatten. Besonders ärgerlich aus westdeutscher Sicht erschien aber, dass diese Regelung nicht lange beibehalten werden sollte. Mit der Einführung eines neuen Passgesetzes wurden japanische Reisepässe für einen umfassenden Geltungsbereich ausgestellt, der durch die explizite Ausgrenzung nicht dazugehöriger Länder eingengt wurde. Beabsichtigt war, China, Nordvietnam wie auch Nordkorea in der Regel vom Geltungsbereich auszuschließen. Die DDR sollte aber nicht zu den grundsätzlich ausgesonderten Staaten gehören. Zur Begründung verwies das japanische Außenministerium gegenüber Vertretern der deutschen Botschaft auf die USA, die auf ähnliche Weise verfahren würden¹⁴¹, obgleich auch in dieser Angelegenheit die japanische Seite dem westdeutschen Drängen am Ende nachgab.¹⁴² Den ersten nach alter Regelung für die DDR gültigen Pass erhielt im Juni 1970 der SPJ-Oberhausabgeordnete Nishimura Kan'ichi, der damit zu einem Parteitag der Ost-CDU aufbrach.¹⁴³

Im Angesicht solcher Entwicklungen beschränkten sich die ostdeutschen Kontakte zu japanischen Parlamentariern auch längst nicht mehr auf den Austausch mit Angehörigen der SPJ oder der KPJ. Als sich im Mai 1972 das Mitglied des ZK der SED und Angehörige der Volkskammer Hans Modrow (*1928) zusammen mit drei weiteren Delegierten ei-

ner Einladung der Linkssozialisten folgend nach Tokyo begab und somit erstmals eine Abordnung der ostdeutschen Staatspartei nach Japan entsendet wurde, fanden vor Ort in der japanischen Hauptstadt mit führenden Vertretern fast aller maßgebenden politischen Parteien des Inselstaates Gespräche statt. So wurde die SED-Abordnung empfangen vom Präsidenten des japanischen Oberhauses Kōno Kenzō (1901–1983), dem Präsidenten des japanischen Unterhauses Funada Naka (1895–1979), dem Leiter des politischen Ausschusses der LDP und früheren japanischen Außenminister Kosaka Zentarō (1912–2000) wie auch vom sozialistischen Gouverneur der Präfektur Tokyo Minobe Ryōkichi.¹⁴⁴ Und auch im Dialog mit der DSP versuchte die Delegation um Modrow Verbindungen anzubahnen.¹⁴⁵

Die Ergebnisse der Zusammenkünfte waren dabei ganz unterschiedlich ausgefallen. Während die Rechtssozialisten nur wenig Interesse für den Austausch mit dem ostdeutschen Teilstaat aufbrachten und stattdessen auf die engen Beziehungen der eigenen Partei zur SPD verwiesen, soll es aus den Reihen der LDP laut Berichten der deutschen Botschaft in Tokyo sogar Versuche gegeben haben, die Gespräche zwischen den Delegierten aus der DDR und dem Präsidenten des japanischen Oberhauses bzw. dem Präsidenten des japanischen Unterhauses zu verhindern.¹⁴⁶ Kōno Kenzō als Präsident des Oberhauses entzog sich jedoch dem Einfluss seiner pro-westdeutschen LDP-Parteigenossen, brachte im November 1972 sein Wohlwollen im Zusammenhang mit der Gründung der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe DDR-Japan gegenüber Hans Modrow als Vorsitzendem der Vereinigung zum Ausdruck¹⁴⁷ und bereiste nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Japan sogar als einer der ersten LDP-Parlamentarier den ostdeutschen Teilstaat.¹⁴⁸ So waren schließlich im Frühjahr 1972 auch erstmals Parteifunktionäre der SED vor Ort mit bedeutenden Persönlichkeiten und einflussreichen Kreisen der politischen Landschaft Japans in Kontakt gekommen, wie der deutsche Botschafter Wilhelm Grewe feststellte.¹⁴⁹

In der DDR hatte man wenige Monate später – im September 1972 – auch bereits begonnen, sich auf die Zeit nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ostberlin und Tokyo einzustellen. Der Ministerrat hatte daher auch eine neue Konzeption für die Entwicklung der ostdeutsch-japanischen Beziehungen bestätigt. Darin wurde festgelegt, dass das MfAA an die Regierung Tanaka ein vertrauliches Memorandum über die Errichtung einer staatlichen Handelsvertretung mit konsularischen Rechten übermittelt, dass Handels- und Kulturabkommen mit dem Inselstaat vorbereitet werden und dass die Ausbildung von 25 Fachkadern mit landeskundlicher Expertise und entsprechenden Sprachkenntnissen durch die Sektion Asienwissenschaften der Humboldt-Universität

und durch das Institut für Internationale Beziehungen in Moskau in die Wege geleitet wird.¹⁵⁰ Anfang November 1972 hatten auch erstmals direkte Gespräche zwischen der japanischen Regierung und ostdeutschen Emissären stattgefunden. So konnte der Staatssekretär im MAW und „mittlerweile erfahrene Japanreisende“ (Neuss 1989: 278) Gerhard Beil vor Ort gegenüber dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Miki und dem Minister für Internationalen Handel und Industrie Nakasone Yasuhiro (*1918) für die Normalisierung der ostdeutsch-japanischen Beziehungen und die Errichtung einer Handelsvertretung in Tokyo werben.¹⁵¹

Parallel zu den Entwicklungen begann die japanische Regierung bereits den eigenen deutschlandpolitischen Standpunkt zu überdenken und orientierte sich bei der Gestaltung ihrer Politik gegenüber dem geteilten Deutschland zunehmend am Vorgehen von Ländern wie Großbritannien und Frankreich. Der Staatssekretär im japanischen Außenministerium Hōgen Shinsaku (1910–1999) hatte westdeutschen Repräsentanten mitgeteilt, dass Japan die DDR wohl bereits nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrages und nicht erst – wie von westdeutscher Seite gefordert – nach dem anschließenden Beitritt der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen anerkennen werde, sofern Großbritannien oder Frankreich entsprechend handeln sollten. Denn Japan wolle nicht außerhalb der Gruppe stehen. Der Standpunkt zum ostdeutschen Teilstaat von Ländern wie Schweden oder Finnland – massive Schwerpunkte der ostdeutschen Auslandspropaganda im Werben um internationale Anerkennung – hatte Hōgen dagegen als „nicht massgebend“ für die japanische Ausrichtung gegenüber Ostberlin bezeichnet.¹⁵²

In diesem Sinne wurde ein Vertreter der japanischen Botschaft in Bonn am 13. Dezember 1972 auf Anfrage über die deutschlandpolitischen Ergebnisse der NATO-Ministerratstagung vom 7. und 8. Dezember 1972 informiert. Demnach würde es den Mitgliedstaaten des Bündnisses nun frei stehen, nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages am 21. Dezember 1972 Gespräche mit der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einzuleiten. Gleichwohl wolle das Auswärtige Amt keine weitergehenden Gesuche an die japanische Regierung richten. Es wurde lediglich von westdeutscher Seite hinzugefügt, dass die drei Mächte möglicherweise erst nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrages Botschafter nach Ostberlin entsenden würden.¹⁵³ Damit war schließlich der Weg für die Aufnahme von Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der DDR geebnet. Auf japanische Initiative fand zunächst am 8. Januar 1973 in Tokyo ein Treffen zwischen dem Vorsitzenden des Freundschaftskomitees DDR-Japan Gerhard Mehnert und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Miki Takeo statt. In diesem Zusammenhang kündigte Miki an, dass er das

Außenministerium umgehend anweisen werde, Gespräche mit der DDR über die Aufnahme offizieller Beziehungen einzuleiten. Gleichwohl wurde der ostdeutschen Seite nahegelegt, eine vergleichbare Initiative zu starten, um den ganzen Prozess zu beschleunigen.¹⁵⁴ Im Anschluss an einen japanischen Vorschlag, wurden die Botschafter der beiden Staaten in Moskau mit den Verhandlungen betraut.¹⁵⁵ Am 15. Mai 1973 meldete der ADN schließlich aus der sowjetischen Hauptstadt, dass die Regierungen in Ostberlin und Tokyo mit umgehender Wirkung diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufnehmen werden.¹⁵⁶ Damit war Japan das 81. Land, das die DDR völkerrechtlich anerkannte. (Muth 2000: 236)

VII. SCHLUSSBETRACHTUNG

Am Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung stand das übergeordnete Erkenntnisinteresse, das Ineingreifen der Deutschlandfrage mit den Herausforderungen des Kalten Krieges an das Japan der Nachkriegsära aufzuzeigen. Daran anknüpfend galt es, den Entwicklungsprozess der allgemeinen Ausrichtung der ostdeutschen Politik gegenüber Japan als „Eckpfeiler der militärischen Verteidigung des pazifischen Raums“ (Jansen 1996: 214) im Ost-West-Konflikt und als der führenden Industrienation Asiens sowie die Herausbildung einer Japanpolitik der DDR zu verdeutlichen. Auf diese Weise sollte ebenso die Frage ergründet werden, welchen Stellenwert die Deutschlandfrage im Kontext politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen im Nachkriegs-Japan erhielt. Zur Erfassung der verschiedenen Ebenen des ostdeutschen Wirkens gegenüber Japan orientierte sich diese Untersuchung im konzeptionellen Bereich an dem von Helga Haftendorn konzipierten Paradigma des außenpolitischen Prioritätenkonfliktes. Diese Grundlage erwies sich als äußerst nützlich, um das wechselseitige Verhältnis von Notwendigkeiten und Möglichkeiten im Agieren der DDR gegenüber dem Inselstaat zu beleuchten und die verschiedenen Einflussfaktoren auf das Engagement des ostdeutschen Teilstaates an dieser besonderen Schnittstelle des Kalten Krieges in Fernost zu identifizieren.

Es bedarf wohl keiner ausführlichen Erklärung, dass die Frage nach der Bedeutung und der Gestaltung einer „Japanpolitik der DDR“ während des behandelten Zeitraums nur im Kontext der allgemeinen außenpolitischen Ziele des ostdeutschen Teilstaates, insbesondere gegenüber dem westlichen Ausland, beantwortet werden kann. Die Betrachtung der wesentlichen Determinanten zwischenstaatlichen Wirkens der DDR ist daher nicht nur eine nützliche Stütze, um die Struktur einer ostdeutschen Politik gegenüber Japan bzw. einer konkreten Japanpolitik zu erfassen. Die jeweiligen Ausprägungen der wichtigsten Faktoren im Inselstaat ergeben in ihrer Gesamtheit ein Bild, das zum einen Ähnlichkeiten mit dem Engagement der ostdeutschen Außenpolitik in Westeuropa aufweist, sich letztendlich aber allein durch die Kräftekonstellation in Fernost und die Form der Aneignung von Ideen- und Strategien vom ostdeutschen Wirken in den westeuropäischen Staaten unterschied.

Gemein war der ostdeutschen Politik gegenüber Japan und maßgebenden westeuropäischen Staaten aber zunächst das, was Hermann Wentker als die zentralen Elemente der außenpolitischen Staatsräson der DDR herausstellte: „Westabgrenzung“ und „Ostabhängigkeit“. So lässt

sich anhand des ostdeutschen Engagements in der japanischen Friedensbewegung und in der japanischen Gewerkschaftsbewegung wie auch im Austausch mit japanischen Ost-West-Handelskreisen bereits ein Aspekt herausfiltern, der zu einer der wesentlichen Konstanten im Wirken der ostdeutschen Akteure in dieser speziellen Region der Erde wurde. Die DDR konnte sich bei den im Verlauf der fünfziger Jahre einsetzenden ostdeutschen Anstrengungen um die Profilierung als souveräner und – in Abgrenzung zur Bundesrepublik – vermeintlich friedliebender deutscher Staat höchstens in einem Ausmaß entfalten, das die Hallstein-Doktrin und die sowjetischen Möglichkeiten der Einflussnahme im Inselstaat vorgegeben hatten. Ergaben sich etwa Chancen für die Bundesregierung, auf die Deutschlandpolitik der japanischen Regierung einzuwirken – wie etwa im Zuge der japanischen Ambitionen um die Erschließung von Märkten in Westeuropa –, wurde das ostdeutsche Wirken im Inselstaat spürbar gehemmt. Vollzogen sich wiederum internationale Entwicklungen in einer Konstellation, die auch die Position der UdSSR in Japan stärkten – wie etwa im Zuge der zur Mitte der fünfziger Jahre einsetzenden Entspannung in Fernost –, wurde in der Konsequenz auch der Handlungsspielraum der ostdeutschen Akteure in Japan erweitert. Der Umstand der Abhängigkeit vom Einfluss der Bundesrepublik bzw. der UdSSR im jeweiligen Zielland war eine der grundsätzlichen strukturellen Schwächen ostdeutscher Außenpolitik, der sich auch eine Politik der DDR gegenüber Japan und später eine konkrete ostdeutsche Japanpolitik nicht entziehen konnten.

Im Angesicht der bereits vorliegenden Ergebnisse verschiedener Untersuchungen über die bilateralen Beziehungen der DDR zu einzelnen Staaten des westlichen Machtblocks mag die Erkenntnis, dass auch eine ostdeutsche Politik gegenüber Japan der „Westabgrenzung“ und der „Ostabhängigkeit“ als wichtigsten Faktoren der Außenpolitik der DDR unterlegen war, wenig überraschend erscheinen. Sie ist allerdings eine der grundlegenden Voraussetzungen, um die Frage über den besonderen Charakter einer ostdeutschen Politik gegenüber Japan bzw. einer konkreten Japanpolitik zu beantworten, die Oliver Bange für die allgemeine Außenpolitik der DDR in einer kartographischen Metapher zusammenfasst: „Wo auf der Weltkarte internationaler Beziehungen lag dieser untergegangene Kontinent eigentlich?“ (Bange 2004: 500)

So wie die DDR ein Produkt des Ost-West-Konfliktes war, stand auch das ostdeutsche Wirken in Japan im Zeichen der Konfrontation der beiden antagonistischen Machtblöcke. Anknüpfend an die Schlussfolgerungen von Richard Saull zur Rolle des Staates, des Militärs und sozialer Bewegungen im Kalten Krieg, dass nicht allein die amerikanisch-sowjetische Gegnerschaft maßgebend für die Dynamik des Ost-West-Konfliktes

war (Saul 2001: 210f.), zeigen allerdings die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit, dass das Wirken in Japan nicht nur dem Verhältnis zwischen Moskau und Washington unterlegen war. Durchaus würde allein die vergleichsweise einseitige sicherheitspolitische Bindung Japans an die Vereinigten Staaten die ursprünglich so ungünstigen Bedingungen für die Profilierung der DDR im Inselstaat erklären. Auf der einen Seite ein stark belastetes Verhältnis zur UdSSR – der Hegemonialmacht des ostdeutschen Teilstaates – das unter dem späten Eintritt der Sowjetunion in den Pazifikkrieg und dem damit verbundenen Bruch des japanisch-sowjetischen Neutralitätsabkommens vom April 1941 litt und besonders in der Streitfrage der territorialen Zugehörigkeit der Südkurilen-Inseln zum Ausdruck kam. Auf der anderen Seite die schier übermächtige Gebundenheit Japans an die Ostasienpolitik der USA sowie damit verbunden der nur zögerlich einsetzende Normalisierungsprozess der japanischen Beziehungen zu den geteilten Ländern Asiens und eine äußerst solidarische Haltung gegenüber der Bundesregierung in deutschlandpolitischen Belangen, die auch vom hohen Stellenwert der westdeutsch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in den Konzeptionen der Tokyoter Ministerien mitgetragen wurde. Wie konnte die DDR unter diesen Bedingungen ein Engagement im Inselstaat entfalten?

Saul stellte fest, dass Gegensätze und Konflikte im Rahmen der Entwicklung und der Expansion der kapitalistischen Moderne die Entwicklung des Kalten Krieges ähnlich stark wie das amerikanisch-sowjetische Verhältnis beeinflussten, ihm eine globale Dimension verliehen und gleichzeitig den Supermächten Reaktionen abverlangten, wie die sozialistischen Revolutionen auf Kuba und in Vietnam demonstrierten. (Saul 2001: 212) So erschien zwar auch der unmittelbare Einfluss Washingtons auf bestimmte Aspekte der Politik der konservativen japanischen Regierung auf den ersten Blick unbestreitbar. Doch war die Opposition gegen die Einbindung Japans in die amerikanische Einflussosphäre stark: eine Bevölkerung geprägt vom Trauma von Hiroshima und Nagasaki, massive soziale Ungleichheiten, welche noch am Beginn der sechziger Jahre mit der Metapher eines auf Kosten von schwachen Beinen und Hüften korpulent gewordenen Leibes umschrieben wurden¹, und eine einflussreiche, von marxistischer Ideologie geprägte intellektuelle Elite. Dazu die offen gehaltene Frage der Aussöhnung mit und Wiedergutmachung gegenüber China – also dem Land, welches als historisches Vorbild die Entwicklung Japans wohl stärker beeinflusste als jedes andere und das so unglaublich hoch am Horizont des Inselstaates hervorragte. (Langer 1960: 7) All diese Aspekte fügten sich vor dem Hintergrund der Ausweitung des Kalten Krieges auf Ostasien durch den Ausbruch der Kampfhandlungen auf der nur wenige hundert Kilometer entfernten Koreani-

schen Halbinsel am Beginn der fünfziger Jahre zusammen, sodass in der höchst politisierten japanischen Öffentlichkeit die japanische Kooperation mit dem westlichen Machtblock und insbesondere mit den Vereinigten Staaten von unterschiedlichster Seite deutliche Kritik erfuhr. Vor diesem Hintergrund bildete sich im Verlauf des Jahrzehnts eine starke und lange Zeit von neutralistischen und anti-amerikanischen Kräften dominierte Gewerkschaftsbewegung heraus; es entstand eine von weiten Teilen der Bevölkerung gestützte und allmählich von Gruppierungen des linken politischen Spektrums unterwanderte Friedensbewegung, während sich parallel zu den Entwicklungen die stärkste Oppositionspartei zunehmend den sozialistischen Staaten der Welt zuwandte und gemeinsam mit einem wesentlichen Teil der Führung der organisierten japanischen Arbeiterschaft das Ziel verfolgte, Japan aus der amerikanischen Einflussphäre herauszulösen und den Inselstaat auf einen neutralistischen Kurs zu bringen. Dies waren einige der wesentlichen, ursprünglichen Komponenten, welche die USA, die Sowjetunion und ebenso China als zweite große Macht des „sozialistischen Lagers“ zwangen, immer wieder neue Anpassungen ihrer Vorgehensweise gegenüber Japan zu leisten, um die bestehende sicherheitspolitische Konstellation in Ostasien zu wahren bzw. die Aufrechterhaltung der Chance, Japan zu einem Eckpfeiler sowjetischer bzw. chinesischer Globalstrategie zu machen, zu gewährleisten.

Möglichkeiten, die sich unter diesen Umständen für das Wirken der DDR in Japan ergaben, stützten sich weitgehend auf Ressourcen der ostdeutschen Außenpolitik zur Profilierung als souveräner Staat, die sich grundsätzlich kaum von den zur Verfügung stehenden Mitteln in maßgebenden westeuropäischen Staaten unterschieden. Was etwa die starken kommunistischen Parteien in Italien oder Frankreich für die ostdeutsche Staatsführung waren, sollten in Japan die in Teilen von der KPJ dominierte Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben, die neutralistischen Gewerkschaften und die SPJ als eine der wohl am weitesten politisch linksstehenden sozialistischen Parteien der Welt werden. Ein wichtiger Unterschied im Wirken gegenüber dem Inselstaat bestand weniger in den gegebenen Ressourcen zur Durchsetzung der eigenen Ziele, sondern darin, dass sich die gegenüber Japan betriebene Politik größtenteils ohne deutschlandpolitische Vorbehalte entfaltete, die an nationalstaatliche Vorstellungen geknüpft waren. Während der Historiker Ulrich Pfeil urteilte, dass der berühmt gewordene Satz des französischen Schriftstellers François Mauriac (1885–1970), er liebe Deutschland so sehr, dass er froh sei, dass es zwei davon gebe, nicht nur die Meinung breiter Kreise der französischen Öffentlichkeit widerspiegelte, sondern vielmehr für die Gesinnung stehen würde, die auch in den meisten anderen westlichen Ländern weit verbreitet gewesen sei (Pfeil 2001b: 16), wurde der Deutsch-

landfrage bzw. der Teilung der deutschen Nationen in Japan wohl auch aufgrund der vergleichbaren historischen Erfahrungen eher noch mit Mitgefühl, gleichzeitig aber – bedingt durch die beträchtliche geographische Trennung – mit Distanz gedacht.² Die Deutschlandfrage und damit einhergehend die ostdeutschen Bemühungen um Aufwertung und Profilierung der DDR im Inselstaat – obgleich dem konkreten Anliegen der Kompensierung der ostdeutschen Systemdefizite entstammend – hatten entsprechend weniger Bedeutung für die Frage der staatlichen Souveränität der DDR, sondern wurden stattdessen in erster Linie unmittelbarer Bestandteil der sozialen und ideologischen Auseinandersetzungen im höchst politisierten Japan der Nachkriegszeit. In der Konsequenz erhielt die Deutschlandfrage erstmals im Kontext der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages und der Streiks gegen die Massenentlassungen der Mitsui-Miike Bergwerke für breitere Kreise in Japan unmittelbare Relevanz.

Gesellschaftliche Umwälzungen, wie sie sich während der Aktionen gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages, gegen die Massenentlassung der Mitsui-Miike Bergwerke und gegen die Kishi-Regierung andeuteten, bildeten, wie Saull feststellte, für die UdSSR neben unmittelbarer militärischer Okkupation das wichtigste Instrument internationaler Expansion. Lokale ideologische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen wurden damit in die Globalstrategien des Kalten Krieges integriert. (Saull 2001: 214) Mit Blick auf die Frage nach Heteronomie und Autonomie ostdeutscher Außenpolitik zeigt sich, dass das ostdeutsche Engagement in Japan – auch wenn vorwiegend deutschlandpolitisch motiviert – zunächst den sowjetischen Zielen in Bezug auf Japan besonders dienlich war. Denn der sich stetig ausweitende Austausch festigte nicht nur die Nähe der einflussreichen japanischen Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben und der japanischen Gewerkschaftsbewegung zum „Ostblock“, sondern ließ auch die Distanz zwischen dem neutralistischen Teil der organisierten japanischen Arbeiterschaft zum westlichen Machtblock wachsen. Unter diesen Bedingungen ging selbst ein erster Impuls zur stärkeren Einbeziehung japanischer Germanisten in das ostdeutsche Wirken im Inselstaat zwecks Stärkung des „sozialistischen Lagers“ vor Ort von den „Bruderstaaten“ aus.

Die Unterschiede deutschlandpolitischen Wirkens gegenüber Japan und maßgebenden westeuropäischen Staaten werden noch deutlicher im Falle des westdeutschen Engagements im Inselstaat. So war es der Bundesregierung dank der Unterstützung der politischen Führung in Tokyo zwar auch möglich, eine Profilierung der DDR im Inselstaat zu verhindern und selbst noch in Indonesien den Zielen des ostdeutschen Regimes entgegenzuwirken. In deutschlandpolitischen Belangen erhielt Japan allerdings vor

allem durch die geostrategische Lage als Frontstaat in Ostasien Gewicht. Ein starkes Japan musste, so Hans Kroll, aufgrund der „Zweifrontenstellung des Ostblocks“ auch die Konzessionsbereitschaft des „sozialistischen Lagers“ in Europa erhöhen. (Kroll 1967: 287) Insofern fällt auch die Trennung zwischen westdeutschen Initiativen zur Stärkung des deutschlandpolitischen Standpunktes der Bundesregierung im Inselstaat und westdeutschen Maßnahmen zur Festigung der Position Japans im westlichen Machtblock nicht immer leicht. Versuche führender SPD-Politiker, wie des Vorsitzenden der Partei Erich Ollenhauer oder des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt, mäßigend auf die zu den sozialistischen Staaten der Welt neigende Führung der SPJ einzuwirken und Vorgänge zur Schwächung treibender Kräfte im Kampf gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages wirkten in jedem Fall den Zielen der sowjetischen und der chinesischen Staatsführung in Japan unmittelbar entgegen und wurden entsprechend von amerikanischen Repräsentanten in Tokyo sehr begrüßt und von der japanischen Regierung auf gewerkschaftlicher Ebene systematisch vorangetrieben.

Ungleich größer war demgegenüber sogar noch die Bedeutung der westdeutschen Handelspolitik für die Einbindung Japans in den westlichen Machtblock. Denn die Bundesregierung hatte mit der Liberalisierung der Einfuhr wichtiger japanischer Warengruppen in die Bundesrepublik erheblich zur Festigung der Position Japans im wirtschaftlich starken Westeuropa beigesteuert. Folglich war die Bundesregierung auch in der Lage gewesen, einen Beitrag zu leisten, um den schmerzhaften Wegfall der früheren Yen-Block-Länder aus dem japanischen Wirtschaftsraum zu kompensieren. Somit liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das deutschlandpolitische Wirken der beiden deutschen Staaten in Japan auch unmittelbar auf die Deutschlandfrage zurückfiel und die gegebenen Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen deutschlandpolitischen Ziele in Japan sich nicht wesentlich von den gegebenen Mitteln in maßgebenden westeuropäischen Staaten unterschieden. Allerdings erlangte in Japan deutschlandpolitisches Wirken im weiteren Kontext der erfolgreichen Einbindung Japans in den westlichen Machtblock bzw. der von den Zentren des „Ostblocks“ angestrebten Herbeiführung japanischer Neutralität im Kalten Krieg zusätzliche Bedeutung, d. h. es spielte im Rahmen der Kräftekonstellation des Kalten Krieges in Ostasien eine Rolle.

Die Antwort auf die Frage, wodurch sich das deutschlandpolitische Wirken der DDR in Japan auszeichnete, gibt allerdings nur einen Aspekt des Engagements der DDR in Japan wieder. Eine ostdeutsche Politik gegenüber Japan bzw. eine konkrete Japanpolitik musste sich zwar im Sinne der Prämissen ostdeutscher Außenpolitik konstant mit den Konsequenzen der Isolationskampagne der Bundesregierung auseinandersetzen.

Doch erscheint es kaum treffend, das ostdeutsche Engagement im Inselstaat unter den gegebenen Bedingungen vor allem mit einer nach diplomatischer Anerkennung durch die japanische Regierung strebenden ostdeutschen Politik gleichzusetzen. Noch bis in die erste Hälfte der sechziger Jahre schien dem ostdeutschen Wirken in Japan überhaupt kein konkretes Anliegen zugrunde zu liegen. Bis zur Konzipierung des Freundschaftskomitees DDR-Japan im Oktober 1962 gab es keine Einrichtung im ostdeutschen Teilstaat, die sich explizit und ausschließlich der Pflege eines speziellen Images der DDR im Hinblick auf den Inselstaat verschrieben hatte. Schlichtweg die Möglichkeit zur Pflege von Kontakten ins ferne und wirtschaftlich sowie weltpolitisch bedeutungsvolle Japan und ein damit verbundener Prestigegewinn schienen noch in der ersten Hälfte der sechziger Jahre die wesentlichen Gründe des ostdeutschen Engagements in Japan zu sein. Ein aktives Interesse von höchster Stelle in der DDR am Ausbau der Beziehungen zum Inselstaat begann sich allerdings erst herauszubilden, als der gesamte japanische Ost-West-Handel vor dem Hintergrund der auf Expansion ausgerichteten Wirtschaftspolitik des Ikeda-Kabinetts massiv ausgeweitet wurde und sich japanische Regierungsstellen im Spätsommer 1964 erstmals gegenüber einer ostdeutschen Annäherung offen gaben. In diesem Prozess bildete sich eine klare Zielstellung im ostdeutschen Wirken gegenüber dem Inselstaat heraus, d. h. eine konkrete Japanpolitik, die mehr als alles andere auf die Normalisierung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen abzielte, gleichwohl aber auch massiv auf den Kultur- und Wissenschaftsaustausch ausstrahlte. Dabei standen die klaren Vorgaben für das ostdeutsche Engagement im Zeitraum von 1964/65 bis 1970 im Kontrast zu den zahlreichen, größtenteils unabhängig voneinander ablaufenden Vernetzungsprozessen, die noch in den Jahren zuvor charakteristisch für das Auftreten ostdeutscher Institutionen und Organisationen im Inselstaat waren. Erst als man zur Mitte der sechziger Jahre im ostdeutschen Teilstaat einen konkreten Nutzen im Austausch mit Japan ausgemacht hatte, wurden die in den vorangegangenen Jahren geschaffenen Möglichkeiten des Wirkens vor Ort von höchster Ebene in der DDR unter ein klar formuliertes, übergeordnetes Ziel gestellt.

Nicht nur, dass Japan zur Mitte der sechziger Jahre als Absatzmarkt für ostdeutsche Erzeugnisse noch vollkommen unzureichend erschlossen war. Nach der Überwindung der wirtschaftlichen Wachstumskrise im ostdeutschen Teilstaat und der analog dazu verstärkt einsetzenden Arbeitsteilung im Rahmen des RGW sowie der daran anknüpfenden Umverteilung von Kapazitäten der Elektroindustrie und der chemischen Industrie zwischen der UdSSR und der DDR, war die ostdeutsche Industrie zu einem gewissen Grad auf den Waren- und Anlagenimport aus dem

besonders in Bereichen wie der Elektronikindustrie bzw. der chemischen Industrie international führenden Inselstaat angewiesen. Japans Beitrag zur Stärkung der DDR lag nach ostdeutschem Verständnis weniger im politischen, sondern vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Zwar hielt man getreu der handelspolitischen Praxis gegenüber dem Inselstaat der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre an der Erwirtschaftung von freien Devisen als einem der obersten Ziele des bilateralen Handels zunächst noch fest. Doch begann man nun einem weiteren Aspekt verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Das hochindustrialisierte Japan bot bei seiner Suche nach immer neuen Exportmärkten Möglichkeiten des Technologietransfers, die anders als im Falle der Bundesrepublik keine zusätzlichen politischen Zugeständnisse von ostdeutscher Seite erforderten. (Neuss 1989: 266) Ostdeutsche Experten erkannten im Zeichen des einsetzenden Mikoyan Booms das Potenzial spezieller japanischer Industriezweige, wie etwa der chemischen Industrie. Im wirtschaftlichen Austausch zeigte sich damit ein schmales Spektrum gemeinsamer Interessen der Regierungen in Ostberlin und Tokyo, das zudem massiv auf andere wesentliche Aktionsfelder des ostdeutschen Engagements in Japan ausstrahlte und das Ansätze beinhaltete, die sich nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Mai 1973 allmählich voll entfalteten. Nur war es zunächst vor allem die Haltung der japanischen Regierung, die weiterhin auf Gewogenheit der Bundesrepublik für den Zugang zu den Märkten der EWG angewiesen war, welche neben Versäumnissen der ostdeutschen Japanpolitik selbst die Errichtung einer Außenhandelsvertretung der DDR im Inselstaat und den Abschluss eines Handelsabkommens auf höherer Ebene als direkten Weg zur Normalisierung der ostdeutsch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen verhinderte. Aus dieser Situation der bedingten Notwendigkeit zur Verbesserung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der strikten Befolgung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruches durch die japanische Regierung an einer der unmittelbaren Schnittstellen des Ost-West-Konfliktes entwickelte sich im Rahmen der Japanpolitik der DDR eine sehr spezielle Form der Aneignung von Ideen- und Strategien zur Durchsetzung der angestrebten Ziele.

Mehr noch als die Sowjetunion besaß China ein höchst aktives Interesse an der Herauslösung Japans aus dem westlichen Machtblock. Gleichzeitig verfügte Peking über die entsprechenden Ressourcen, um dieses Ziel auch zu verwirklichen. Andererseits stellte die amerikanische Ostasienpolitik für die chinesische Staatsführung in Japan eine Hürde dar, die nicht leichter zu nehmen war, als die des Alleinvertretungsanspruches für die DDR. Um jenes Hindernis umgehen zu können, entwi-

ckelte Peking eine handelspolitische Strategie, deren Erfolg sich in der Etablierung des LT-Handels zeigte. Diese Vorgehensweise, die auf eine Institutionalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen abzielte und sich besonders über private Handelsabkommen mit japanischen Großkonzernen und deren Einfluss auf die japanische Regierung entfaltete, wurde schließlich auch von Ostberlin adaptiert. Doch standen die zweifelsfrei wertvollen Erfahrungen der chinesischen Staatsführung der DDR nicht unmittelbar zur Verfügung. Entscheidenden Anteil an der Übernahme der in China konzipierten Strategie durch ostdeutsche Stellen hatten vor allem japanische Mittelsmänner, die bereits Bestandteil des Verfahrens waren und von einer Anpassung der ostdeutschen Handelspolitik an das chinesische Muster zusätzlich profitierten. Dass dem so war, lässt sicher auch gewisse Rückschlüsse auf die Qualität des Verhältnisses der DDR zu den „Bruderstaaten“ der Region über den bilateralen Austausch hinaus zu – so wie auf der anderen Seite etwa Solidaritätsbekundungen gegenüber der Bevölkerung Nordkoreas, die der Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Japan hätten schaden können, vom MfAA zurückgestellt wurden. Auf der anderen Seite demonstriert die Implementierung chinesischer Strategien im ostdeutschen Wirken gegenüber dem Inselstaat, dass die maßgebenden ostdeutschen Akteure das Agieren anderer sozialistischer Länder in Japan auch im Kontext gemeinsamer struktureller Grundvoraussetzungen interpretierten, daran anknüpfend das eigene Vorgehen modifizierten und so den speziellen Gegebenheiten vor Ort anpassten.

Die modellhafte Bedeutung Chinas für den wirtschaftlichen Austausch zwischen der DDR und Japan führt schließlich zu einer dritten wesentlichen Ebene im ostdeutschen Wirken gegenüber dem Inselstaat. Das Wirken der DDR in Japan war nicht nur Deutschland- und Handels- bzw. Wirtschaftspolitik. Es war ebenso Ostasienpolitik. Das Vorankommen des ostdeutschen Teilstaates in Japan hing zwar hauptsächlich vom sowjetischen Einfluss vor Ort ab, wurde aber zusätzlich von der Position Chinas in Japan und dem Verhältnis Pekings zur ostdeutschen Staatsführung beeinflusst. Während des Konsolidierungsprozesses der Außenpolitik der DDR fungierte China noch als eine Art zweites Standbein des ostdeutschen Teilstaates innerhalb des östlichen Machtblocks. (Wentker 2007: 165) Die ostdeutsche Seite profitierte unter diesen Bedingungen zeitweise etwa bei der Formulierung eines eigenen Standpunktes zum Japan-Handel und der Herstellung von Kontakten und der Festigung der bestehenden Bande zur SPJ vom umfangreichen personellen japanisch-chinesischen Austausch. Allerdings vollzog sich das ostdeutsche Engagement in Japan bereits in der ersten Hälfte sechziger Jahre zunehmend im Schatten des Chinesisch-Sowjetischen Schismas.

Besonders die Betrachtung eines so zentralen Aspektes, der letztendlich die unmittelbare Wirkung der Spannungen im Verhältnis zwischen Peking und Moskau auf die Position der DDR in einem „kapitalistischen“ Staat wie Japan anbelangt, würde zusätzliches Aktenmaterial erfordern, das idealerweise sowjetischen und chinesischen Ursprungs wäre. Die Dokumente aus früheren Archiven der DDR geben jedoch bereits Einblicke, die es wiederum ermöglichen, in eingeschränktem Umfang Rückschlüsse zu ziehen. Das Agieren der ostdeutschen Akteure im Inselstaat diente demnach auch dem Zweck, den eigenen, an sowjetischen Positionen ausgerichteten Standpunkt gegen den chinesischen Einfluss in der japanischen Opposition zu behaupten und so gleichzeitig die sowjetische Stellung in der Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau zu stärken, wie besonders im Verhältnis der SED zur KPJ deutlich wurde. Damit wurde das Chinesisch-Sowjetische Schisma womöglich zum zentralsten Aspekt der seit der Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages fast ausschließlich auf das linke Milieu beschränkten Entfaltungsmöglichkeiten des ostdeutschen Wirkens im Japan der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Der Austausch zwischen dem FDGB und Sōhyō konnte sich den chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzungen zwar aufgrund der Vielschichtigkeit des internationalen Engagements von Japans größtem Gewerkschaftsverband weitgehend entziehen, obgleich auch in diesem Falle der Einfluss der ostdeutschen Seite in Korrelation zum sowjetischen Einfluss unter japanischen Gewerkschaftern stand. Die Kooperation des Freundschaftskomitees DDR-Japan mit den der KPJ nahestehenden Freundschaftsgesellschaften litt allerdings teilweise noch bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre darunter. Das direkte Verhältnis der KPJ zur DDR wurde sogar noch bis in die siebziger Jahre hinein davon beeinträchtigt.

Und obwohl ein Zusammenwirken der Sowjetunion und Chinas von größerem Nutzen für die Durchsetzung der Ziele des ostdeutschen Regimes in Japan gewesen wäre, so waren es pro-sowjetische Bekenntnisse im Zeichen der gegebenen Bedingungen, insbesondere aus den Reihen der einflussreichen Sozialistischen Assoziation, die den ostdeutschen Akteuren zu einer soliden Basis in der SPJ verhalfen. Besagte Basis ging nicht nur mit der Etablierung einer zweiten, den japanischen Linkssozialisten nahestehenden Freundschaftsbewegung mit Fukuoka als Zentrum einher. So, wie auch der ideologische Standpunkt der Sozialistischen Assoziation als eine der maßgebenden Faktionen des linken Flügels der SPJ allmählich auf die offizielle weltanschauliche Linie der japanischen Oppositionspartei ausgeweitet werden konnte, vollzog sich innerhalb der Partei ein Prozess in der Ausrichtung gegenüber den beiden deutschen Teilstaaten, der letztendlich dem Standpunkt der Sozialistischen Assozi-

ation zur Deutschlandfrage entsprach. So war es der ostdeutschen Seite im Zeichen des alles überschattenden Chinesisch-Sowjetischen Schismas schließlich möglich, die SPJ auf einen Kurs in der Deutschlandfrage zu lenken, der konträr zum deutschlandpolitischen Standpunkt der japanischen Regierung verlief. Folglich hatte sich zum Ende der sechziger Jahre gezeigt, dass in Japan nicht nur Handels- bzw. Wirtschaftspolitik und Deutschlandpolitik, sondern ebenso Ostasienpolitik und Deutschlandpolitik unmittelbar ineinandergriffen.

Trotzdem war das Chinesisch-Sowjetische Schisma am Ende für die Festigung der Position der DDR in Japan vor allem ein Hemmnis. Ferner hatte das Auftreten der DDR im Inselstaat von vornherein mit einer besonderen strukturellen Schwäche zu kämpfen, welche abschließend Erwähnung verdient. Es handelt sich dabei um den Aspekt der Personengebundenheit des ostdeutschen Wirkens im Inselstaat, der gleichzeitig mit der Frage nach dem Stellenwert von Kontinuitäten des ostdeutschen Engagements in Japan ineinandergreift. Von Beginn an stand praktisch jedes größere Aktionsfeld der DDR im Inselstaat in einem untrennbaren Verhältnis zu bestimmten japanischen Persönlichkeiten. Die Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen Stellen und der japanischen Bewegung gegen Atom- und Wasserstoffbomben entfaltete sich an erster Stelle über den Einfluss des Generalsekretärs des Japanischen Friedenskomitees Hirano Yoshitarō in der japanischen Friedensbewegung. Führende Gewerkschaftsfunktionäre wie der Angehörige des Exekutivkomitees der Eisenbahnergewerkschaft Kokurō Hosoi Sōichi, oder gar der Sōhyō-Vorsitzende Ōta Kaoru persönlich sicherten dem FDGB unter den einflussreichen neutralistischen Gewerkschaften eine Basis, die schließlich im Zeichen des Vietnamkrieges entscheidend gefestigt wurde. Seit den ersten Versuchen der Etablierung einer Einrichtung für den kulturellen Austausch zwischen Japan und der DDR im Inselstaat in den frühen fünfziger Jahren traten besonders die Ökonomen und Kōza-Marxisten Ōtsuka Kinnosuke und Kobayashi Ryōsei sowie der Dramaturg Senda Koreya und der Germanist Funaki Shigenobu hervor. Sie trugen auch knapp zehn Jahre darauf einen wesentlichen Anteil dazu bei, dass die DDR in der japanischen Hauptstadt über eine grundsätzlich einflussreiche Freundschaftsgesellschaft verfügte. Die Etablierung und das Wirken einer zweiten Freundschaftsbewegung im Inselstaat waren wiederum zweifelsfrei an die Person des Rōnō-Marxisten und führenden Vertreters der Sozialistischen Assoziation Sakisaka Itsurō gebunden. Doch waren dies bei Weitem noch nicht alle Namen, die Erwähnung verdienen.

Für den hier behandelten Kontext ist vor allem von Bedeutung, dass neben dem weitreichenden Einfluss besagter Individuen im linken Milieu des Inselstaates, in vielen Fällen ein zweites Attribut hinzukam, wel-

ches es speziell ostdeutschen Stellen erheblich leichter machte, bis zu einem gewissen Grad vor Ort in Japan zu wirken, nämlich eine Verbundenheit teils emotionaler Art mit dem Deutschland der Weimarer Epoche. So erschienen die Ereignisse im Deutschland der zwanziger und dreißiger Jahre für bestimmte japanische Intellektuelle, die mit in der Weimarer Republik unmittelbar in Berührung gekommen waren, so prägend, dass ein zeitlicher Abstand von zwanzig, dreißig oder gar vierzig Jahren nicht genügte, um den Gedanken der Verbundenheit mit dem Deutschland der turbulenten Epoche der Zwischenkriegszeit in Vergessenheit geraten zu lassen. Gerade bestimmte Angehörige dieser speziellen Generation von japanischen Intellektuellen fanden allem Anschein nach einen Ausdruck der Verbundenheit im Austausch mit dem ostdeutschen Teilstaat, der ihnen ideologisch so viel näherstand als der westliche Teil des Landes. Durch sie wurde also letztendlich eine Kontinuität der deutsch-japanischen Beziehungen aufrechterhalten, die es der ostdeutschen Seite zwar ermöglichte, Grundlagen zu schaffen, die sich bis zum Beginn der siebziger Jahre zu einem erstaunlich umfangreichen pro-ostdeutschen Netzwerk im so fern gelegenen Inselstaat entwickelten. Dieses konnte aber aufgrund der massiven Abhängigkeit von wenigen Einzelnen schnell zusammenbrechen und war in der bestehenden Form nicht ausreichend, um die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin im Inselstaat wirklich zu gefährden.

Am Ende dieser Untersuchung bleibt allerdings die Frage, wie sich die Japanpolitik der DDR nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ostberlin und Tokyo mit Blick auf die starke Gebundenheit an wenige Einzelne und unter besonderer Berücksichtigung der stetig fortschreitenden Marginalisierung maßgebender Gruppierungen des linken Spektrums der politischen Landschaft des Inselstaates entwickelte. Ob sich der Spagat der Pflege von Beziehungen zur japanischen Regierung und zu einem linken Milieu, das sich zunehmend von der Allgemeinheit entfremdete, umgesetzt werden konnte oder ob das eine nur auf Kosten des anderen möglich war, muss noch geklärt werden. In jedem Fall blieb die Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ein zentrales Element der ostdeutschen Japanpolitik, dem nun zwar kein westdeutscher Alleinvertretungsanspruch mehr im Wege stand. Doch musste die ostdeutsche Seite im handelspolitischen Austausch mit Japan noch zu verschiedenen anderen Mitgliedsstaaten des RGW aufschließen. Ferner konnte mit der vorliegenden Untersuchung über die Japanpolitik der DDR und die Voraussetzungen, die zur Entstehung dieser Politik führten, auch nur ein Teilbereich der Beziehungen zwischen Japan und dem ostdeutschen Teilstaat bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages erfasst werden. Fundierte Erkenntnisse über die mediale oder gesellschaft-

liche Perzeption des geteilten Deutschlands in Japan während dieser Zeit liegen nicht vor, sodass auch bislang die Frage nicht beantwortet werden kann, wie oder ob überhaupt der außenpolitische Apparat der DDR die Wahrnehmung des ostdeutschen Teilstaates in Japan beeinflussen konnte.

Auch im Rahmen des ostdeutschen Wirkens im Inselstaat während der ersten zwei Dekaden gilt es noch einige Wissenslücken zu schließen, etwa über die Form des Technologietransfers, der sich zweifellos in den ausgehenden sechziger / frühen siebziger Jahren besonders in der chemischen Industrie vollzog. Auch konnte in der vorliegenden Studie nur am Rande auf die Frage eingegangen werden, unter welchen Bedingungen sich das zur Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung bzw. der anti-kommunistischen internationalen Gewerkschaftsbewegung vollzogene Engagement der SPD und des DGB im Inselstaat gestaltete. Vor allem die im AdSD in Bonn eingelagerten Bestände, die vom IISG in Amsterdam verwalteten Dokumente der Sozialistischen Internationale und des IBFG sowie die zahlreichen sozialistischen und gewerkschaftlichen Publikationen im Ōhara Institute for Social Research in Tokyo wären eine hervorragende Grundlage, um diese noch offene Frage aufzuarbeiten. Gerade im Vergleich zu der Vielzahl von Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten im Verhältnis der DDR zu Schwerpunktländern der ostdeutschen Außenpolitik in Europa, erscheint das Feld der ostdeutsch-japanischen Beziehungen noch unerschlossen, obwohl der Austausch zwischen dem ostdeutschen Teilstaat und Japan alles andere als oberflächlich war.

In diesem Sinne soll zum Ende noch einmal auf die Worte des Japan-Korrespondenten Friedrich Rabenberg vom März 1959 verwiesen werden, welche diese Untersuchung einleiteten, da sie die Frage aufwarfen, ob Berlin und die Zweiteilung Deutschlands wirklich allein „deutsches Geschick“, mit bestenfalls wichtiger, keineswegs aber zentraler Bedeutung für Japan waren. Nach genauer Auseinandersetzung mit den Bedingungen, die eine ostdeutsche Japanpolitik hervorbrachten, bleibt festzuhalten, dass wesentliche Herausforderungen an das Japan der Nachkriegszeit mit der Deutschlandfrage mehr als einmal fließend ineinandergriffen und daher als gemeinsamer Problemkomplex in Japan sowie in den beiden deutschen Staaten höchste Bedeutung erlangten. Japan wurde unter den gegebenen Voraussetzungen spätestens in den ausgehenden fünfziger Jahren zu einem wichtigen Bestandteil der außenpolitischen Konzeptionen der DDR in Ostasien. Die herausragende Position des Inselstaates im Ost-West-Handel und der hohe Industrialisierungsgrad machten Japan schließlich zu einem Fixpunkt der Außenpolitik der DDR in Fernost.

VIII. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA / PA	Auswärtiges Amt / Politisches Archiv
ABM-Vertrag	Anti-Ballistic Missles – Vertrag
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdSD	Archiv der Sozialen Demokratie Bonn
AUCCTU	All-Union Central Council of Trade Unions
Beheiren	Bürgervereinigung Frieden für Vietnam! (<i>Betonamu ni heiwa o! shimin rengō</i>)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CGIL	Confederazione Generale Italiana del Lavoro
CGT	Confédération générale du travail
Chōsen sōren	Generalverband der in Japan lebenden Koreaner (<i>Zainichi chōsenjin sōrengōkai</i>)
CIA	Central Intelligence Agency
CoCom	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls
ČSSR	Československá socialistická republika
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFR	Deutscher Friedensrat (1964 in Friedensrat der DDR umbenannt)
DM	Deutsche Mark
DSP	Demokratisch Sozialistische Partei (<i>Minshu shakaitō</i>)
ebd.	Ebenda
EG	Europäische Gemeinschaften
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GDR	German Democratic Republic
Gensuikyō	Rat für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben (<i>Gensuibaku kinshi nihon kyōgikai</i>)
Gensuikin	Nationaler Kongress für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben (<i>Gensuibaku kinshi nihon kokumin kaigi</i>)
GHQ	General Headquarters
GkVA	Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland
HA	Hauptabteilung
HV A	Hauptverwaltung A
IBFG	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
IG	Industriegewerkschaft
IPG	Interparlamentarische Gruppe der DDR

JAPIT	Japan Association for the Promotion of International Trade (<i>Nihon kokusai bōeki sokushin kyōkai</i>)
JETRO	Japan External Trade Organisation (<i>Nihon bōeki shinkōkai</i>)
JGG	Japanische Gesellschaft für Germanistik (<i>Nihon doku-bungakukai</i>)
JSEETA	Japan-Soviet and East European Trade Association (<i>Nisso tōō bōeki kyōkai</i>)
Keizai dōyūkai	Japan Association of Corporate Executives
Keidanren	Federation of Economic Organizations (<i>Keizai dantai rengōkai</i>)
KfA	Kammer für Außenhandel
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Sowjete Ministrow SSSR
KP	Kommunistische Partei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPJ	Kommunistische Partei Japans (<i>Nihon kyōsantō</i>)
Kokurō	Gewerkschaft der Arbeiter der staatlichen Eisenbahnen (<i>Nihon kokutetsu rōdō kumiai</i>)
Kominform	Kommunistische Internationale
Komintern	Kommunistisches Informationsbüro
Kōza-ha	Vorlesung-Fraktion (angelehnt an den Titel der Reihe <i>Nihon shihonshugi hattatsu-shi kōza</i>)
Kuc	Jürgen Kuczynski-Nachlass
LD	Linz-Donawitz (Verfahren)
LDP	Liberaldemokratische Partei (<i>Jiyū minshutō</i>)
LfV	Liga für Völkerfreundschaft
LT-Handel	Liao (Chengzhi) – Takasaki (Tatsunosuke) Handel (<i>LT bōeki</i>)
MAI	Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (1968 in Ministerium für Außenwirtschaft umbenannt)
MAW	Ministerium für Außenwirtschaft
MDN	Mark der Deutschen Notenbank
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfK	Ministerium für Kultur
MITI	Ministry of International Trade and Industry (<i>Tsūshō sangyōshō</i>)
MOFA	Ministry of Foreign Affairs (<i>Gaimushō</i>)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NFG	Nationale Forschungs- und Gedenkstätten der Klassischen deutschen Literatur in Weimar
Nikkeiren	Japanese Federation of Managers' Organisations (<i>Nihon keieisha dantai renmei</i>)
Nikkyōsō	Gewerkschaft der Lehrkräfte Japans (<i>Nihon kyōshokuin rōdō ku- miai</i>)
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NPO	Non-Profit Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PA	Personalakte
PV	Parteivorstand

Rōnō-ha	Arbeiter und Bauern Fraktion (angelehnt an den Titel des politischen Magazins <i>Rōnō</i>)
Rengō	Verband der japanischen Gewerkschaften (<i>Nihon rōdō kumiai sōrengōkai</i>)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SALT	Strategic Arms Limitations Talks
SCAP	Supreme Commander of the Allied Powers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEETA	Soviet and East European Trade Association (<i>Soren tōō bōeki kai</i> ; Nachfolgeeinrichtung der am 31.12.1966 aufgelösten JSEETA)
Shuntō	Frühjahrsoffensive
Sōhyō	Generalrat der japanischen Gewerkschaften (<i>Nihon rōdō kumiai sōhyōgikai</i>)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
SPJ	Sozialistische Partei Japans (<i>Nihon shakaitō</i>)
Tanrō	Gewerkschaft der Bergarbeiter Japans (<i>Nihon tankō rōdō kumiai</i>)
tdw	tons dead weight (Ladetonnen)
UAHU	Universitätsarchiv der Humboldt-Universität
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
US	United States
USA	United States of America
WGB	Weltgewerkschaftsbund
WHO	World Health Organisation
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv der SED

IX. QUELLENVERZEICHNIS

1. ARCHIVARISCHE QUELLEN

Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn (AdSD)

- DGB-Archiv
- SPD-Parteivorstand

Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

- Hauptabteilung (HA) XVIII: Volkswirtschaft
- Hauptverwaltung A (HV A)
- Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)

Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam (IISG)

- ICFTU Archives

Nachlass Jürgen Kuczynski (Kuc) in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin

- Korrespondenzen
- Dokumentation der Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen, Konferenzmaterialien

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA AA)

- Bestand des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik
- Bestand des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO-BArch)

- Sitzungen des Ministerrates der DDR (DC20 I 4)
- Staatliche Plankommission (DE1)
- Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (DL2)
- Kammer für Außenhandel (DL200)
- Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland / Liga für Völkerfreundschaft (DY13)
- Sitzungen des Politbüros des Zentralkomitees der SED (DY30 IV 2/2, DY30 J IV 2/2)
- Zentralkomitee der SED / Abteilung Internationale Verbindungen und Außenpolitik (DY30 IV 2/20, DY30 IV A2/20, DY30 IV B2/20)
- Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DY34)
- IG Bergbau (DY37)
- IG Chemie (DY38)
- IG Eisenbahn (DY40)
- Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (DY51)
- Interparlamentarische Gruppe der DDR (DY60)
- Deutscher Friedensrat / Friedensrat der DDR (DZ9)

- Nachlass Franz und Käthe Dahlem (NY 4072)
- Nachlass Walter Ulbricht (NY 4182)

Universitätsarchiv der Humboldt-Universität (UAHU)

- Personalakten (PA)

Diplomatic Record Office of the Ministry of Foreign Affairs of Japan, Tokyo (Gaimushō gaikō shiryō-kan, MOFA)

Dokumente der Nachkriegszeit (*sengo kiroku*):

- Gruppe A: Politik, Diplomatie (*A'mon – seiji, gaikō*)
- Gruppe E: Finanzen, Wirtschaft, Industrie, Handel (*E'mon – zaisei, keizai, sangyō, bōeki*)
- Gruppe I: Kultur, Religion, Hygiene, Fragen um Arbeit und Soziales (*I'mon – bunka, shūkyō, eisei, rōdō oyobi shakai mondai*)
- Freigegebene Schriftstücke (Duplikate) zur allgemeinen Nutzung (*kaiji bunsho (utsushi) no ippan shiryō*)

Ōhara Institute for Social Research, Tokyo (Ōhara shakai mondai kenkyūjo)

- Ordner *Gensuikyō*
- Ordner *Nihon heiwa iinkai*
- Ordner *Sōhyō*

2. QUELLENEDITIONEN UND JAHRBÜCHER

Keizai kikakuchō: *Keizai hakusho* [Wirtschaftsweißbuch]. Tokyo: Ōzorasha
Kokumin bunka chōsakai: *Sayoku bunka nenpō* [Jahresbericht zur linksgerichteten Kultur]. Tokyo: Seikōsha

Naigai bunka kenkyūjo: *Sayoku bunka undō benran* [Leitfaden zur linksgerichteten Kulturbewegung]. Tokyo: Musashi shobō

Nihon keizai shinbunsha: *Kaisha nenkan. Jōjō gaisha-ban* [Unternehmensjahrbuch. Ausgabe für börsennotierte Unternehmen]. Tokyo: Nihon keizai shinbunsha

Rōdōshō: *Shiryō rōdō undōshi* [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung]. Tokyo: Rōmu gyōsei kenkyūjo

Shakai undō chōsakai: *Sayoku dantai jiten* [Lexikon linksgerichteter Organisationen]. Tokyo: Musashi shobō / Kyokutō shuppansha

Tsūshō sangyōshō: *Tsūshō hakusho* [Weißbuch zum Außenhandel]. Tokyo: Tsūshō sangyō shōsakai

3. INTERVIEWPARTNER

- Hans Bentzien (ehemaliger Minister für Kultur der DDR)
- Kawamura Norifumi (Mitarbeiter des japanischen Unterhauses, ehemaliger Hauptamtlicher Mitarbeiter der SPJ nahestehenden Verbindungskonferenz der Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR)

- Kimura Keizō (ehemaliger japanischer Botschafter in der Bundesrepublik und in der DDR)
- Okubu Susumu (Professor der Germanistik an der Waseda Universität Tokyo, ehemaliger Leiter des Tokyoter Büros der Freunde von Weimar)
- Saitō Eiko (Dozentin an der Humboldt-Universität; ehemalige Mitarbeiterin des Sekretariats der Internationalen Demokratischen Frauenföderation in Ostberlin)
- Yamazaki Kōichirō (Leiter der NPO Stiftung Rōdōsha shiryō-shitsu, Verwandter Sakisaka Itsurōs)
- Yury Saplin-Silanovitskiy (Kulturattaché der Russischen Botschaft in Tokyo)

4. LITERATUR

IN JAPANISCHER SPRACHE

- Abe, Keiji und Kimura, Mitsuhiro (2008): *Sengo nicchō kankei no kenkyū. Tainichi kōsaku to busshi chōtatsu* [Untersuchung der japanisch-koreanischen Beziehungen der Nachkriegszeit. Nachrichtendienste bezogen auf Japan und die Anschaffung von Rohstoffen]. Tokyo: Chisen shokan
- Akahata (1968): Chekosurobakia mondai ni tsuite no kanbukai seimei no igi to waga tō no nimmu [Bedeutung der Erklärung des Präsidiums zur ČSSR-Frage und die Aufgaben unserer Partei]. In: *Akahata* (27.8.1968)
- Arisawa, Hiromi (1978): *Waimaru kyōwakoku monogatari* [Geschichten über die Weimarer Republik]. Tokyo: Tōkyō daigaku shuppankai
- Asahi shinbun (1956): Kurōzu appu. Rainichi suru seidoku shakai minshutō i'inchō Orenhauā [Nahaufnahme. Japanaufenthalt des Vorsitzenden der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei]. In: *Asahi shinbun* (16.11.1956)
- Asahi shinbun (1960a): Seidoku shushō ga shimeshita mondai [Vom westdeutschen Regierungschef aufgeworfene Fragen]. In: *Asahi shinbun* (2.4.1960)
- Asahi shinbun (1960b): Jūgo-nen no 'rekishi no kao' [15 Jahre 'Antlitz der Geschichte']. In: *Asahi shinbun* (15.8.1960, Abendausgabe)
- Asahi shinbun (1961): Shasetsu [Leitartikel]. In: *Asahi shinbun* (16.8.1961)
- Asahi shinbun (1964): Rainen, nihon de kōkai. Meisaku 'shisuto no madonna' [Im nächsten Jahr Präsentation in Japan. Das Meisterwerk 'Sixtinische Madonna']. In: *Asahi shinbun* (16.11.1964)
- Asahi shinbun (1965): Higashi doitsu o aruku [Zu Fuß unterwegs in Ostdeutschland]. In: *Asahi shinbun* (29.11.1965)
- Asahi shinbun (1966): Nihon to kyōtsū no tachiba wa ōi [Es gibt zahlreiche gemeinsame Positionen mit Japan]. In: *Asahi shinbun* (25.9.1966)
- Asano, Yūzō (1970): Nichū bōeki. Sono zensen to kōei [Japanisch-chinesischer Handel. Front und Verteidiger]. In: *Chūō kōron* (Juli 1970), 156–166
- Doitsu bungaku (1967): Vaimaru shashinten ni tsuite [Über die Weimar-Fotoausstellung]. In: *Doitsu bungaku*, Nr. 39 (Herbst 1967), 173f.
- Frontline U. S. denshi-ban (2006): Saha jakutaika nurai, himitsu shikin teikyō. CIA ga 50-nen mae, nihon no hokaku ryō-seiryoku ni [Schwächung des linken Flügels und geheime Finanzierungen. Einfluss über Konservative und Progressive vor fünfzig Jahren durch die CIA] (19.7.2006),

- URL: http://www.usfl.com/Daily/News/06/07/0719_017.asp?id=49581 (abgerufen am 10.12.2010)
- Hani, Gorō (1954): *Higashi to nishi to* [Mit Ost und West]. Tokyo: Iwanami shoten
- Hara, Yoshihisa (1995): *Kishi Nobusuke* [Kishi Nobusuke]. Tokyo: Iwanami shoten
- Hara, Yoshihisa (2000): *Sengoshi no naka no nihon shakaitō. Sono shisōshugi to wa nani deatta no ka* [Die Sozialistische Partei Japans in der Nachkriegsgeschichte. Was machte diesen Idealismus aus?]. Tokyo: Chūō kōron shinsha
- Hashimoto, Jurō (1998): *Sengo no nihon keizai* [Die japanische Wirtschaft der Nachkriegszeit]. Tokyo: Iwanami shoten
- Hashimoto, Jurō (2000): *Gendai nihon keizaishi* [Die Wirtschaftsgeschichte des modernen Japans]. Tokyo: Iwanami shoten
- Hidaka, Jun (1963): *Nihon no naka no ikyō. Hishi nihon gensuikyō* [Fremde Länder inmitten Japans. Die verborgene Geschichte des Japanischen Rates gegen Atom- und Wasserstoffbomben]. Tokyo: Saikōsha
- Hirano, Yoshitarō (1982): *Nihon shihonshugi bunseki no senkusha* [Wegbereiter bei der Analyse des japanischen Kapitalismus]. In: Katsuhara, Hiroshi: *Kagaku-sha no ayunda michi. Ge* [Von Wissenschaftlern beschrittene Wege, 2. Band]. Tokyo: Suiyōsha, 125–185
- Hirano Yoshitarō hito to gakumon henshū i'inkai (Hrsg.) (1981): *Hirano Yoshitarō. Hito to gakumon* [Hirano Yoshitarō. Mensch und Wissenschaft]. Tokyo: Ōtsuki shoten
- Hōsei daigaku (Hrsg.) (1980): *Hōsei daigaku hyaku-nen-shi* [Die hundertjährige Geschichte der Hōsei Universität]. Tokyo: Hōsei daigaku
- Hyōdō, Tsutomu (1982): *Shokuba no rōshi kankei* [Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen am Arbeitsplatz und Gewerkschaften]. In: Shimizu, Shinzō (Hrsg.): *Sengo rōdō kumiai undō shiron. Kigyō shakai chōkoku no shiza*. [Historische Abhandlung über die Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit. Vom Blickwinkel der Überwindung der firmenzentrierten Gesellschaft], 205–271
- Hyōmoto, Tatsukichi (2005): *Nihon kyōsantō no sengo hishi* [Die verborgene Nachkriegsgeschichte der Kommunistischen Partei Japans]. Tokyo: Sankei shinbun shuppan
- Iida, Kanae (1968): 'Sōhyō' undōshi ni okeru kokutetsu rōdō kumiai. 'Kokutetsu 20-nen-shi' ni yoseru [Die Gewerkschaft der staatlichen Eisenbahner in der Geschichte der 'Sōhyō'-Bewegung. Beitrag zur ,20-jährigen Geschichte von Kokutetsu']. In: *Mita gakkai zasshi*, Vol. 61, No. 11 (November 1968), 1115(1)–1133(19)
- Ikei, Masaru (1990): *Nisso kankei no ikkōsatsu. Nihon taigai bunka kyōkai no katsudō o chūshin toshite* [Betrachtung der japanisch-sowjetischen Beziehungen. Über die Aktivitäten der Gesellschaft für den kulturellen Austausch mit dem Ausland]. In: *Hōgaku kenkyū*, Band 63, Nr. 2 (Februar 1990), 45–64
- Ikei, Masaru (1993): *Nihon gaikōshi gaisetsu* [Überblick zur Diplomatiegeschichte Japans]. Tokyo: Keiō tsūshin
- Ikei, Masaru (1995): *Nihon shakaitō no taibei gaikō. Hōbei daihyōdan o chūshin toshite* [Die USA-Politik der Sozialistischen Partei Japans. Über die Delegationsreisen in die USA]. In: *Hōgaku kenkyū*, Band 68, Nr. 10 (Februar 1995), 27–57
- Imagawa, Yukio (2002): *Betonamu to nihon. Kokkō seijōka e no michi* [Vietnam und Japan. Der Weg zur Normalisierung der diplomatischen Beziehungen]. Tokyo: Rengō shuppan

- Imahori, Seiji (1974): *Gensuibaku kinshi undō* [Die Bewegung für das Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben]. Tokyo: Ushio shuppansha
- Inoue, Toshikazu (2003): *Nihon gaikō kōgi* [Vortrag zur Diplomatiegeschichte Japans]. Tokyo: Iwanami shoten
- Iokibe, Makoto (1985a): *Beikoku no nihon senryō seisaku. Sengo nihon no sekkeizu. Jō* [Die Besatzungspolitik der USA in Japan. Grundriss des Japans der Nachkriegszeit. Erster Band]. Tokyo: Chūō kōronsha.
- Iokibe, Makoto (1985b): *Beikoku no nihon senryō seisaku. Sengo nihon no sekkeizu. Ge* [Besatzungspolitik der USA in Japan. Grundriss des Japans der Nachkriegszeit. Zweiter Band]. Tokyo: Chūō kōronsha
- Iokibe, Makoto (1997): *Senryōki. Shushō-tachi no shin nihon* [Die Besatzungsjahre. Premierminister des neuen Japans]. Tokyo: Yomiuri shinbunsha
- Iokibe, Makoto (Hrsg.) (2006): *Sengo nihon gaikōshi. Shinpan* [Diplomatische Geschichte des Japans der Nachkriegsära. 2. Auflage]. Tokyo: Yūkihaku
- Irie, Akira (1978): *Nichibei sensō* [Der Japanisch-Amerikanische Krieg]. Tokyo: Chūō kōronsha
- Ishi'i, Hanako (1956): *Ai no subete o... ningen zoruge* [Alles aus Liebe... Der Mensch Sorge]. Tokyo: Masu shobō
- Ishi'i, Osamu (1989): *Reisen to nichibei kankei. Pātonāshippu no keisei* [Der Kalte Krieg und die japanisch-amerikanischen Beziehungen. Gestaltung einer Partnerschaft]. Tokyo: Japan Times
- Ishiko, Yasukuni und Ueno, Ken'ichi (2002a): *Yamakawa Hitoshi – Sakisaka Itsurō gaiden. Rōnō-ha 1925–1985. Jō* [Nachtrag zu Yamakawa Hitoshi und Sakisaka Itsurō, 1. Band]. Tokyo: Shakaishugi kyōkai
- Ishiko, Yasukuni und Ueno, Ken'ichi (2002b): *Yamakawa Hitoshi – Sakisaka Itsurō gaiden. Rōnō-ha 1925–1985. Ge* [Nachtrag zu Yamakawa Hitoshi und Sakisaka Itsurō, 2. Band]. Tokyo: Shakaishugi kyōkai
- Ishiko, Yasukuni (2008a): *Rōnō-ha marukusushugi. Riron, hito, rekishi. Jōkan* [Der Marxismus der Rōnō-Fraktion. Theorien, Personen, Geschichte; 1. Band]. Tokyo: Shakai hyōronsha
- Ishiko, Yasukuni (2008b): *Rōnō-ha marukusushugi. Riron, hito, rekishi. Gekan* [Der Marxismus der Rōnō-Fraktion. Theorien, Personen, Geschichte; 2. Band]. Tokyo: Shakai hyōronsha
- Katō, Tetsurō und Kawakami, Takeshi (1995): *Ningen Kunizaki Teidō* [Der Mensch Kunizaki Teidō]. Tokyo: Keisō shobō
- Katō, Tetsurō (1996): *Waimāruki zaidoku nihonjin no berurin shakai kagaku kenkyūkai* [Die Berliner Studiengesellschaft für Sozialwissenschaften der Japaner im Deutschland der Weimarer-Ära]. In: *Ōhara shakai mondai kenkyūjō zasshi*, Nr. 455 (Oktober 1996), 1–20
- Katō, Tetsurō (2008a): *Waimāruki berurin no nihonjin. Yōkō chishikijin no hantei nettowāku* [Japaner im Berlin der Weimarer Epoche. Das anti-imperialistische Netzwerk der Intellektuellen, die zum Studium in den Westen gingen]. Tokyo: Iwanami shoten
- Katō, Tetsurō (2008b): *Waimāru doitsu no nihonjin chishikijin* [Japanische Intellektuelle in der Weimarer Republik]. In: Kudō, Akira und Tajima, Nobuo (Hrsg.): *Nichidoku kankei-shi 1890–1945. Dai sankan. Taisei hendō no shakaiteki shōgeki* [Die Geschichte der japanisch-deutschen Beziehungen 1890–1945. 3. Band. Soziale Schocks des Systemwechsels]. Tokyo: Tōkyō daigaku shuppankai, 7–53

- Kawasaki, Isao: Shokan kara [Aus Briefen]. In: Midorikawa, Tōru (Hrsg.): *Ōtsuka Kinnosuke chosakushū. Dai 10-kan. Geppō 10* [Sammlung der Werke von Ōtsuka Kinnosuke. Band 10. Monatsbericht 10] (November 1981), 13–16
- Ki'ire, Ryō (1983): *Nisso bōeki no rekishi* [Die Geschichte des japanisch-sowjetischen Handels]. Tokyo: Ningensha
- Kishi, Teruko (1980): *Yume no kirinuki. Senda Koreya to watashi no koto* [Ausschnitt eines Traums. Senda Koreya und ich]. Tokyo: Tōkyō shinbun shuppanyoku
- Kitaoka, Shin'ichi (1995) (Hrsg.): *Sengo nihon gaikō ronshū. Kōwa ronsō kara wangan sensō made* [Aufsatzsammlung zu Japans Nachkriegsdiplomatie. Von den Auseinandersetzungen über den Friedensschluss bis zum Golfkrieg]. Tokyo: Chūō kōronsha
- Kitaoka, Shin'ichi (2010): *Nihon seijishi. Gaikō to kenryoku* [Die politische Geschichte Japans. Außenbeziehungen und Innenpolitik]. Tokyo: Yūhikaku
- Kokutetsu bunka (1958): Soren to ōshū o megutte [Über die Sowjetunion und Europa]. In: *Kokutetsu bunka* (Januar 1958)
- Kogure, Tetsuo (1964) (Hrsg.): *Sōhyō 10-nen-shi* [Die zehnjährige Geschichte von Sōhyō]. Tokyo: Rōdō junpōsha
- Kojima, Tsunehisa (1967a): Higashi doitsu kikō 1. Berurin kinkyō to nihon matsuri [Ostdeutschland-Reisebericht 1. Die gegenwärtige Lage Berlins und das Japan-Fest]. In: *Shakai mondai geppō*, Vol. 6, Nr. 1 (Januar 1967), 46–49
- Kojima, Tsunehisa (1967b): Higashi doitsu kikō 2. Raohama kattankō o tazunete [Ostdeutschland-Reisebericht 2. Besuch des Lauchhammer Braunkohlebergwerks]. In: *Shakai mondai geppō*, Vol. 6, Nr. 2 (Februar 1967), 46–49
- Kojima, Tsunehisa (1967c): Higashi doitsu kikō 3. Ōgai to marukusu no ato [Ostdeutschland-Reisebericht 3. Spuren von Ōgai und Marx]. In: *Shakai mondai geppō*, Vol. 6, Nr. 4 (April 1967), 54–57
- Kojima, Tsunehisa (1967d): Higashi doitsu kikō 4. Shakaishugi undō no ato o tazunete. [Ostdeutschland-Reisebericht 4. Besichtigung der Spuren der sozialistischen Bewegung]. In: *Shakai mondai geppō*, Vol. 6, Nr. 5 (Mai 1967), 50–54
- Kojima, Tsunehisa (1967e): Higashi doitsu kikō 5. Marukusu-rēninshugi kenkyūjo. [Ostdeutschland-Reisebericht 5. Das Institut für Marxismus-Leninismus]. In: *Shakai mondai geppō*, Vol. 6, Nr. 6 (Juni 1967), 42–45
- Kojima, Tsunehisa (1986): *Marukusu to Sakisaka Itsurō* [Marx und Sakisaka Itsurō]. Tokyo: Ariesu shobō
- Kojima, Tsunehisa (2001): Sakisaka Itsurō. Hito to sono gyōseki [Sakisaka Itsurō. Der Mensch und seine Leistungen]. In: *Ōhara shakai mondai kenkyūjo zasshi*, Nr. 513 (August 2001), 2–15
- Kuczynski, Jürgen (1970): Nihon ryokōki [Japan-Reisebericht]. In: *Ōhara shakai mondai kenkyūjo shiryō-shitsu-hō*, Nr. 162 (Juni 1970), 1–9
- Kuczynski, Jürgen (1959): *Sengo nishi doitsu no seiji to keizai* [Politik und Wirtschaft des Westdeutschlands der Nachkriegszeit]. Übersetzt aus dem Deutschen von Usami Seijirō, Rachi Chikara und Ikeda Yūzō. Tokyo: Miraisha
- Kudō, Akira und Tajima, Nobuo (Hrsg.) (2008a): *Nichidoku kankeishi 1890–1945. Dai ikkan. Sōsetsu. Higashi ajia ni okeru kaikō* [Die Geschichte der japanisch-deutschen Beziehungen 1890–1945. 1. Band. Allgemeine Einführung. Zufällige Begegnung in Ostasien]. Tokyo: Tōkyō daigaku shuppankai
- Kudō, Akira und Tajima, Nobuo (Hrsg.) (2008b): *Nichidoku kankeishi 1890–1945. Dai nikan. Sūjiku keisei no tagenteki rikigaku* [Die Geschichte der japanisch-deutschen

- Beziehungen 1890–1945. 2. Band. Pluralistische Dynamik bei der Bildung der Achse]. Tokyo: Tōkyō daigaku shuppankai
- Kudō, Akira und Tajima, Nobuo (Hrsg.) (2008c): *Nichidoku kankeishi 1890–1945. Dai sankan. Taisei hendō no shakaiteki shōgeki* [Die Geschichte der japanisch-deutschen Beziehungen 1890–1945. 3. Band. Gesellschaftliche Schocks des Systemwechsels] Tokyo: Tokyo daigaku shuppankai
- Lee, Jong Won (1996): *Higashi ajia reisen to kan-nichi-bei kankei* [Der Kalte Krieg in Ostasien und die südkoreanisch-japanisch-amerikanischen Beziehungen]. Tokyo: Tōkyō daigaku shuppankai
- Mainichi shinbun (1961): Shasetsu [Leitartikel]. In: *Mainichi shinbun* (15.8.1961)
- Mainichi shinbun (1964): Tainichi bōeki. Ōhaba kakudai mezasu tōdoku [Handel mit Japan. Nach umfangreicher Expansion strebendes Ostdeutschland]. In: *Mainichi shinbun* (8.10.1964)
- Matsumae, Shigeyoshi (1986): *Watashi no minkan gaikō nijū-nen. Nihon taigai bunka kyōkai nijū-nen no kiroku* [20 Jahre meiner privaten Diplomatie. Chronik der 20 Jahre der Japanischen Gesellschaft für den kulturellen Austausch mit dem Ausland]. Tokyo: Tōkai daigaku shuppankai
- Matsumoto, Tsuyoshi (1966): Berurin no hoteru [Berliner Hotels]. In: *Nichidoku tsūshin*, Nr. 35 (1.11.1966)
- Matsuo, Nobushige (2005): Nihon = zakusen bunka kōryūshi kenkyū [Forschungen zur Geschichte des japanisch-sächsischen Kulturaustausches]. In: *Okayama daigaku keizai gakkai zasshi*, 38 (1), 2006, 99–105
- Misono, Hitoshi und Shinoto, Mitsuyuki (1975): *Nihon rōdōsha undōshi 5. Sōhyō undō no keisei to tenkai* [Die Geschichte der japanischen Arbeiterbewegung, 5. Konzipierung und Entwicklung der Sōhyō-Bewegung]. Tokyo: Kawade shobō shinsha
- Mizuta, Hiroshi (1978): *Aru seishin no kiseki* [Spuren einer Mentalität]. Tokyo: Tōyō shinpōsha
- Monogatari sengo rōdō undōshi kankō i'inkai (1999): *Monogatari sengo rōdō undōshi VI. Anpo to Miike no kessen kara Dōmei, JC no kessei e.* [Episoden der Geschichte der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit VI. Vom Kampf gegen die Revision des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages und der entscheidenden Auseinandersetzung von Miike bis zur Gründung von Dōmei und des JC]. Tokyo: Kyōiku bunka kyōkai
- Mutō, Shūtārō: Hirano Yoshitarō no dai ajia-shūgi-ron. Chūgoku kahoku nōson kankō chōsa to kazokukan no henyō [Hirano Yoshitarōs Diskurs über den Groß-Asianismus. Untersuchung zu den Gewohnheiten in Bauerndörfern in Chinas Huabei (Region) und der Wandel in der Betrachtung der Familie]. In: *Ajia kenkyū*, Vol. 49, Nr. 4 (Oktober 2003), 44–59
- Nakajima, Masamichi (1982): Sengo gekidōki no ‚shita kara no keiei kyōgikai‘ shisō. Ideorogī to rōdō kumia ni kan suru ikkōsatu [Der Gedanke des ‚Verwaltungsrats von unten‘ während der unruhigen Phase der Nachkriegszeit. Eine Betrachtung bezogen auf Ideologie und Gewerkschaften]. In: Shimizu, Shinzō (Hrsg.): *Sengo rōdō kumiai undō shiron. Kigyō shakai chōkoku no shiza.* [Historische Abhandlung über die Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit. Vom Blickwinkel der Überwindung der firmenzentrierten Gesellschaft]. Tokyo: Nihon hyōronsha, 129–174

- Nakanishi, Hiroshi und Sasaki, Takuya (2008): *Pakusu amerikāna no naka no sengo nihon* [Das Japan der Nachkriegszeit inmitten der Pax Americana]. In: Iokibe, Makoto (Hrsg.): *Nichibei kankeishi* [Die Geschichte der japanisch-amerikanischen Beziehungen]. Tokyo: Yūhikaku bukku, 181–208
- Nakano, Hiroshi (2000): *Sengo rōdō undō no kiseki to kokutetsu tōsō* [Spuren der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit und die Kämpfe von Kokutetsu]. Tokyo: Seiunsha
- Nakakita, Kōji (1998): *Keizai fukkō to sengo seiji. Nihon shakaitō 1945–51-nen* [Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Nachkriegspolitik. Die Sozialistische Partei Japans 1945–1951]. Tokyo: Tōkyō daigaku shuppankai
- Nakakita, Kōji (2002): *1955-nen taisei no seiritsu* [Die Entstehung des 1955er-Systems]. Tokyo: Tōkyō daigaku shuppankai
- Nakakita, Kōji (2008): *Nihon rōdō seiji no kokusai kankeishi 1945–1964. Shakai minshu shugi to iu sentakushi* [Geschichte der internationalen Beziehungen japanischer Arbeiterpolitik 1945–1964. Optionen einer Sozialdemokratie]. Tokyo: Iwanami shoten
- Nichidoku tsūshin (1969a): Kōbe no yūkō kyōkai no hitotachi to atte [Treffen mit den Angehörigen der Freundschaftsgesellschaft Kobe]. In: *Nichidoku tsūshin*, Nr. 60 (7.5.1969)
- Nichidoku tsūshin (1969b): Sapporo de mo yūkō soshiki junbichū [Auch in Sapporo laufen Vorbereitungen für eine Freundschaftsorganisation]. In: *Nichidoku tsūshin*, Nr. 60 (7.5.1969)
- Nichidoku tsūshin (1972): Dai jūichi-kai sōkai kettei [Beschlüsse der 11. Generalversammlung]. In: *Nichidoku tsūshin*, Nr. 76 (25.6.1972)
- Nichidoku nyūsu (1972): DDR hōmon no tabi to kōgo no yūkō kyōkai undō [Reise in die DDR und die Freundschaftsbewegung davor und danach]. In: *Nichidoku yūkō nyūsu*, Nr. 12 (25.3.1972)
- Nihon doitsu minshu kyōwakoku yūkō kyōkai (Hrsg.) (1981): *Shakaishugi no doitsu. Sono shakai to bunka* [Das sozialistische Deutschland. Gesellschaft und Kultur]. Tokyo: Ōtsuki shoten.
- Nihon shakai undō kenkyūkai (1969): *Sayoku katsudōka bunkajin meikan* [Register linksgerichteter Aktivisten / Personen des Kulturellen]. Tokyo: Nikkan rōdō tsūshinsha
- Ogawa, Masami: Bunretsu no kisetsu [Zeit der Spaltung]. In: *Kōbe shinbun* (24.5.1966)
- Ōe, Kensaburō: Hiroshima 1963-nen natsu [Hiroshima, Sommer 1963]. In: *Sekai* (Oktober 1963), 121–135
- Oguma, Eiji (2002): ‚Minshu‘ to ‚aikoku‘. *Sengo nihon no nashonarizumu to kōkyōsei* [‚Demokratie‘ und ‚Patriotismus‘. Nationalismus und Öffentlichkeit im Japan der Nachkriegszeit]. Tokyo: Shinyōsha
- Ōmiya, Samanosuke: Higashi doitsu no shin keizai taisei [Ostdeutschlands neues Wirtschaftssystem]. In: *Shakai mondai geppō*, Vol. 6, Nr. 12 (Dezember 1966), 39–42
- Ōsawa, Satoru (1997): Usami Seijirō no higashi doitsu (DDR) keizairon [Usami Seijirōs Wirtschaftsdiskurs über Ostdeutschland (DDR)]. In: Hanahara, Jirō (Hrsg.): *Gakumon no hito. Usami Seijirō* [Menschen der Wissenschaft. Usami Seijirō]. Tokyo: Aoki shoten, 201–234

- Ōta, Kaoru (1971): *Tataakai no naka de. Rōdō undō nijūgo-nen* [Inmitten des Kampfes. 25 Jahre Arbeitsbewegung]. Tokyo: Aoki shoten
- Ōtō, Osamu (2010): *Kenshō iruzu jiken. Senryōka no gakumon no jiyū to daigaku jichi* [Prüfung des Eells-Vorfalles. Akademische Freiheit und Hochschulautonomie unter der Besatzung]. Osaka: Seibundō huppan
- Ōtsuka, Kinnosuke (1969): *Aru shakai kagukasha no henreki. Minshu doitsu no tabi* [Wanderungen eines Sozialwissenschaftlers. Eine DDR-Reise]. Tokyo: Iwanami shoten
- Ōyama, Satoshi (1968): 'Waimaru tomo no kai' no setsuritsu [Gründung der ‚Freund von Weimar‘]. In: *Nichidoku yūkō nyūsu*, Nr. 13 (30.3.1968)
- Sakamoto, Yoshikazu (2004): *Sengo gaikō no genten* [Ursprünge der Nachkriegsdiplomatie]. Tokyo: Iwanami shoten
- Sakisaka, Itsurō (1951): Nihon no saigunbi o meguru shomondai [Verschiedene Fragen im Hinblick auf die Remilitarisierung Japans]. In: *Jōhō tsūshin* (15.3.1951), 11–22
- Sakisaka, Itsurō (1958): Tadashii kōryō, tadashii kikō [Korrektes Programm, korrekte Organisation]. In: *Shakaishugi*, Nr. 88 (Dezember 1958), 46–52
- Sakisaka, Itsurō (1968): Tōitsu sensen o meguru shomondai [Verschiedene Fragen zur Einheitsfront]. In: *Shakaishugi*, Nr. 199 (Mai 1968), 36–48
- Schubert, Karl (1981): Kaisō no Ōtsuka [Erinnerungen an Ōtsuka]. In: Midorikawa, Tōru (Hrsg.): *Ōtsuka Kinnosuke chosakushū. Dai 10-kan. Geppō 10* [Sammlung der Werke von Ōtsuka Kinnosuke. Band 10. Monatsbericht 10] (November 1981), 1–3
- Seino, Kiyoshi (2004): *Nihon kyōsantō o ronpa suru* [Die Kommunistische Partei wird des Irrtums überführt]. Tokyo: Sekai nippōsha
- Shakai mondai geppō (1968): Cheko mondai to 70-nen anpo [Die ČSSR-Frage und der Sicherheitsvertrag von 1970]. In: *Shakai mondai geppō*, Vol. 7, Nr. 9 (September 1968)
- Shakai shinpō (1968): Shuken okasu cheko shinnyū [Souveränität verletzender Einmarsch in die ČSSR]. In: *Shakai shinpō* (28.8.1968)
- Shigi, Tatsuki (1991): Doitsu minshu kyōwakoku no shumatsu ni atatte 'waimaru shashinten jiken' o kaerimiru [Ein Blick zurück auf den ‚Vorfall der Weimar-Fotoausstellung‘ zum Ende der DDR]. In: *Kenkyū hōkoku 'Waimaru tomo no kai'*, Nr. 16 (Mai 1991), 101–110
- Shimizu, Shinzō (1967): Sōhyō kessei zengo. Senryōka rōdō undō no saihensei [Vor und nach der Gründung von Sōhyō. Neuformierung der Arbeiterbewegung unter der Besatzung]. In: *Rōdō undōshi kenkyū*, Nr. 46 (Januar 1967), 3–15
- Shinohara, Seiei (1952): *Bokura gomen da. Tōzai doitsu no seinen kara no tegami* [Nicht mit uns! Briefe von Jugendlichen aus Ost- und Westdeutschland]. Tokyo: Kōbunsha
- Sōda, Sei'ichi (1961a): Berurin mondai heiwaterike kaiketsu (3) [Friedliche Lösung der Berlinfrage (3)]. In: *Sōhyō* (1.12.1961)
- Sōda, Sei'ichi (1961b): Berurin mondai heiwaterike kaiketsu [Friedliche Lösung der Berlinfrage]. In: *Sōhyō* (15.12.1961)
- Soeya, Yoshihide (1995): *Nihon gaikō to chūgoku* [Japanische Diplomatie und China]. Tokyo: Keiō tsūshin

- Sugiyama, Kaneo (1966): Seidoku mo betonamu hahei. [Auch Westdeutschland entsendet Truppen nach Vietnam]. In: *Shakai mondai geppō*, Vol. 5, Nr. 9 (September 1966), 54f.
- Tanaka, Akihiko (1991): *Nicchū kankei 1945–1990* [Japanisch-chinesische Beziehungen 1945–1990]. Tokyo: Tōkyō daigaku shuppankai
- Tanaka, Shin'ichirō: Tōzai doitsu to chekosurobakia [Ost- und Westdeutschland und die Tschechoslowakei]. In: *Shakaishugi*, Nr. 204 (Oktober 1968), 82–89
- Tanaka, Takahiko (1993): *Nisso kokkō kaifuku no shiteki kenkyū. Sengo nisso kankei no kiten. 1945–1956* [Historische Untersuchung zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion. Ausgangspunkt der japanisch-sowjetischen Beziehungen der Nachkriegszeit. 1945–1956]. Tokyo: Yūhikaku
- Takemura, Eisuke (1961a): Yasui seikatsu hitsujuhin. Toshi zentai ga kōen no yō [Günstige Grundversorgungsmittel. Die gesamte Stadt wie ein Park]. In: *Sōhyō* (1.9.1961)
- Takemura, Eisuke (1961b): 'Tōdoku dasshutsu' no tsukuri-banashi. Tsumi-bukai nihon no masukomi [Die erfundene Geschichte von der 'Flucht aus Ostdeutschland'. Schuldbelastete japanische Massenmedien]. In: *Sōhyō* (29.9.1961)
- Takemura, Eisuke (1961c): Berurin no inshō (1) [Eindrücke von Berlin]. In: *Gekkan sōhyō* (Oktober 1961), 66–70
- Takemura, Eisuke (1961d): Berurin no inshō (2). Kiki ni tatta kyōkaisen [Eindrücke von Berlin (2). Gefährdet gewesene Grenze]. In: *Gekkan sōhyō* (November 1961), 97–101
- Takemura, Eisuke (1963): *Sōhyō berurin tokuhain. Higashi doitsu no seikatsu shindan* [Sōhyō Berlin-Korrespondent. Untersuchung zum Leben in Ostdeutschland]. Tokyo: Kōbundō
- Uesugi, Jūjirō (1962): *Berurin higashi to nishi* [Berlins Osten und Westen]. Tokyo: San'ichi shobō
- Usami, Seijirō (1976): 'Kokka, keizai, bungaku' yakusha atogaki [,Staat' Wirtschaft, Literatur' Übersetznachwort]. In: Usami Seijirō shōronshū kankōkai (Hrsg.): *Usami Seijirō shōronshū* [Kleine Aufsatzsammlung Usami Seijirōs]. Tokyo: Usami Seijirō shōronshū kankōkai, 143–153
- Usami, Seijirō (1997): Gakumon keisei to chūgoku ninshiki [Wissenschaftsgestaltung und Chinaerkenntnisse]. In: Hanahara, Jirō (Hrsg.): *Gakumon no hito. Usami Seijirō*. [Menschen der Wissenschaft. Usami Seijirō]. Tokyo: Aoki shoten, 25–82
- Yamaguchi, Fusao (1959): 'Kokumin seitōka' shita seidoku shamintō no kōryō (sōan) [Programm (Entwurf) der zur 'Volkspartei' gewordenen Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands]. In: *Gekkan shakaitō*, Nr. 30 (November 1959), 54–61
- Yamaguchi, Toshikazu (1982): *Nihon-DDR yūkō undō no ayumi 1966–1981* [Verlauf der Freundschaftsbewegung Japan-DDR 1966–1981]. Tokyo: Nihon DDR yūkō kyōkai renraku kaigi
- Yomiuri shinbun: Ryō-doitsu daihyō ga ōshū [Reaktionen der Vertreter der beiden deutschen Staaten]. In: *Yomiuri shinbun* (2.8.1959)
- Yoshikawa, Yūichi (Hrsg.) (1995): *Komentāru sengo 50-nen dai 4-kan. Hansen heiva no shisō to undō* [Kommentare zu 50 Jahren Nachkriegszeit, 4. Band. Antikriegs- / Friedensideologie und -bewegung]. Tokyo: Shakai hyōronsha

IN EUROPÄISCHEN SPRACHEN

- Abegg, Lily (1960): Viel Exportinteressen und wenig Ideologie. Wirkung des Kanzlerbesuches in Japan. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7.4.1960)
- Aus der internationalen Arbeiterbewegung (1964a): Wegen Unterstützung des Moskauer Vertrages aus der KP Japans ausgeschlossen. In: *Aus der internationalen Arbeiterbewegung*, 11(191), 1964, 9. Jahrgang
- Aus der internationalen Arbeiterbewegung (1964b): Briefe des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Japans. In: *Aus der internationalen Arbeiterbewegung*, 15(195), 1964, 9. Jahrgang
- Asahi Evening News (1966): E. Germans Break Off Talks on Plant Deal. In: *Asahi Evening News* (9.2.1966)
- Bange, Oliver (2004): Die Außenpolitik der DDR. Plädoyer für ein neues Forschungsfeld. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jahrgang 44 (2004), 492–500
- Baring, Arnulf (1977): *Zwei zaghafte Riesen. Deutschland und Japan seit 1945*. Stuttgart: Belser
- Beil, Gerhard (2010): *Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich*. Berlin: Edition Ost
- Bentzien, Hans (1995): *Meine Sekretäre und ich*. Berlin: Neues Leben
- Berliner Wirtschaftsblatt (1956): Dreiecksgeschäfte sollen japanischen Osthandel beleben. In: *Berliner Wirtschaftsblatt* (25.2.1956)
- Bethkenhagen, Jochen (1979): Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Leptin, Gert; Scheuner, Ulrich und Schulz, Eberhard: *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR*. München: Oldenbourg, 381–402
- Booz, Rüdiger M. (1995): *„Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955–1972*. Bonn: Bouvier
- Braddick, Christopher W. (2004): *Japan and the Sino-Soviet Alliance, 1950–1964. In the Shadow of the Monolith*. Houndsmills & Hampshire: Palgrave Macmillan
- Brunner, Detlef (Hrsg.) (1996): *Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948. Herausgegeben und eingeleitet von Detlev Brunner*. Essen: Klartext Verlag
- Carew, Anthony (2000a): A False Dawn. The World Federation of Trade Unions (1945–1949). In: Van der Linden, Marcel (Hrsg.): *The International Confederation of Free Trade Unions*. Bern (u. a.): Lang, 165–185
- Carew, Anthony (2000b): Towards a Free Trade Union Centre. The International Confederation of Free Trade Unions. In: Van der Linden, Marcel (Hrsg.): *The International Confederation of Free Trade Unions*. Bern (u. a.): Lang, 187–339
- Carlile, Lonny E. (2005) *Divisions of Labor – Globality, Ideology, and War in the Shaping of the Japanese Labor Movement*, Honolulu: University of Hawai'i Press
- Chanteloup, M. G. (1956): Japan erhofft sich Vorteile von der Rubel-Offensive. In: *Industriekurier* (17.3.1956)
- Chen, Jian (2001): *Mao's China & the Cold War*. Chapel Hill, N. C.: University of North Carolina Press
- Cooney, Kevin (2007): *Japan's Foreign Policy since 1945*. Armonk, N. Y.: M. E. Sharp, Inc.
- Crome, Peter (1970): Der Treppensturz von Tokyo. In: *Presse* (16.4.1970)

- Deppe, Frank (1989): Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) (1945–1965). In: Deppe, Frank; Fülberth, Georg und Harrer, Frank (Hrsg.) *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, 4., aktualisierte und wesentlich erweiterte Auflage, 471–575
- Dower, John W. (1988): *Empire and Aftermath. Yoshida Shigeru and the Japanese Experience, 1878–1954*. Cambridge, MA & London: Harvard University Press
- Economist (1960): Germany and Japan. Bygones and Reconciliation. In: *Economist* (2.4.1960)
- Eger, Reiner (1977): Neutralität und Neutralismus als Möglichkeiten außenpolitischen Verhaltens. In: Kindermann, Gottfried-Karl: *Grundelemente der Weltpolitik*. München (u. a.): Piper, 292–307
- End, Heinrich (1973): *Zweimal Deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des Innerdeutschen Konflikts 1949–1972*. Köln: Wissenschaft und Politik
- Eppelmann, Rainer (Hrsg.) (2003): *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*. Paderborn: Schöningh
- Fischer, Alexander (1979): Außenpolitische Aktivität bei ungewisser sowjetischer Deutschland-Politik (bis 1955). In: Jacobsen, Hans-Adolf; Leptin, Gert; Scheuner, Ulrich und Schulz, Eberhard (Hrsg.): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR*. München: Oldenbourg, 51–84
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (1959): Kapital für Japan. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (18.2.1959)
- Fuhr, Volker (2008): Peace movements as emancipatory experience. Anpō tōsō and Beheiren in 1960s' Japan. In: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the War. Krieg und Frieden. Beiträge zur historischen Friedensforschung*, Band 8. Essen: Klartext, 77–90
- Fukushima, Shintarō: The Fall and Decline of Gensuikyō. In: *Japan Times* (31.7.1960)
- Glaubitz, Joachim (1979): Ost- und Südostasien sowie Ozeanien. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Leptin, Gert; Scheuner, Ulrich und Schulz, Eberhard (Hrsg.): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR*, 713–738
- Gray, William G. (2003): *Germany's Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany*. Chapel Hill: University of North Carolina Press
- Grewe, Wilhelm G. (1979): *Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt*. Berlin: Propyläen
- Grewe, Wilhelm (1984): Japan und Deutschland nach dem Kriege. Parallelen und Divergenzen. In: Kreiner, Josef (Hrsg.): *Japan und Deutschland. Historische Kontakte*. Bonn: Bouvier Verlag, 285–300
- Griese, Olivia (2006): *Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik und DDR in Finnland 1949–1973*. Wiesbaden: Harrassowitz
- Hack, Annette (1996): Die Deutsch-Japanischen Gesellschaften von 1888–1945. In: Haasch, Günther (Hrsg.): *Die Deutsch-Japanischen Gesellschaften von 1888 bis 1996*. Berlin: Edition Colloquium im Wissenschaftsverlag Volker Spiess, 1–440
- Haftendorn, Helga (1989): Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum. Ein Paradigma zur Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Jahrgang 30, Heft 1 (1989), 32–49
- Haftendorn, Helga (1999): Die Alliierten Vorbehaltsrechte und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. In: Haftendorn, Helga und Riecke, Henning (Hrsg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates...“. *Die Al-*

- liierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Außenpolitik 1949–1990. 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 9–26
- Haftendorn, Helga (2001): *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*. Stuttgart & München: Deutsche Verlags-Anstalt
- Handelsblatt (1955): Ostzone strebt Abkommen mit Japan an. In: *Handelsblatt* (7.9.1955)
- Hanrieder, Wolfram F. (1995): *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*. 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Paderborn: Schöningh
- Hara, Kimie (1998): *Japanese-Soviet / Russian Relations since 1945. A difficult peace*. London & New York: Routledge
- Hartmann, Rudolf (2003): *Japanische Studenten an der Berliner Universität 1920–1945. Kleine Reihe 22*. Berlin: Mori-Ōgai-Gedenkstätte der Humboldt-Universität zu Berlin
- Hein, Laura (2005): *Reasonable Men, Powerful Words. Political Culture and Expertise in Twentieth Century Japan*. Berkeley: University of California Press
- Hermann, Hans-Christian: Japan. Ein kapitalistisches Vorbild der DDR? In: *Deutschlandarchiv* (6/2006), 1032–1042
- Hildebrandt, Jens (2010): *Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969*. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag
- Horizont (1969): Offizielle Parteidelegation kommt in die DDR. In: *Horizont* (17/1969)
- Horstmeier, Carel (2001): Die DDR und Belgien (1949–1972). In: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*. Berlin: Ch. Links, 309–327
- Horstmeier, Carel (2004): *„Mit einer Anerkennung ist vorläufig nicht zu rechnen.“ Die Anerkennungspolitik der DDR und die Beziehungen zu den Niederlanden, Belgien und Dänemark 1949–1973*. Groningen: Phil. Diss.
- Hoff, Henning (2003): *Großbritannien und die DDR 1955–1973. Diplomatie auf Umwegen*. München: Oldenbourg
- Hoston, Germaine A. (1986): *Marxism and the Crisis of Development in Prewar Japan*. Princeton, NJ: Princeton University Press
- Howarth, Marianne (1999): Großbritannien und die DDR. Beziehungen und Nicht-Beziehungen. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Die DDR. Erinnerungen an einen untergegangenen Staat*. Berlin: Duncker und Humblot, 509–526
- Hyland, William G. (1981): Die Sowjetunion und Deutschland. In: Hanrieder, Wolfram F. und Rühle, Hans (Hrsg.): *Im Spannungsfeld der Weltpolitik. 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979)*. Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell GmbH, 182–206
- Iokibe, Makoto (Hrsg.) (2010): *The Diplomatic History of Postwar Japan*. Edited by Makoto Iokibe. Translated and annotated by Robert D. Eldridge. London: Routledge
- Ireye, Akira (1974): *The Cold War in Asia. A Historical Introduction*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall, Inc.
- Iwamura, Toshio (1994): The 1932 Theses of the Japanese Communist Party and the *Koza-ha* (Lecture Faction). The significance of the Russian published original

- text of the Theses. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, Jahrgang 1994. Berlin: Akademie Verlag, 38–63
- Jacobsen, Hans-Adolf (1979): Auswärtige Kulturpolitik. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Leptin, Gert; Scheuner, Ulrich und Schulz, Eberhard (Hrsg.): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR*. München: Oldenbourg, 235–260
- Jansen, Hans-Heinrich (1996): Die Eingliederung Japans in die Weltwirtschaft. Zur Rolle der Bundesrepublik in der US-Globalstrategie 1953–1960. In: Schmidt, Gustav und Doran, Charles F. (Hrsg.): *Amerikas Option für Deutschland und Japan. Die Position und Rolle Deutschlands und Japans in regionalen und internationalen Strukturen. Die 1950er und 1990er Jahre im Vergleich*. Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer, 181–245
- Japan Socialist Review (1969): Statement on the Recognition of the German Democratic Republic. In: *Japan Socialist Review* (Oktober 1969)
- Japan Times (1959a): The Hiroshima Appeal Aug. 6, 1959. In: *Japan Times* (12.8.1959)
- Japan Times (1959b): The Labor Scene. In: *Japan Times* (9.9.1959)
- Japan Times (1959c): Hiroshima to Be Dresden 'Sister'. In: *Japan Times* (10.10.1959)
- Japan Times (1964): East Germans Plan Art Show in Tokyo. In: *Japan Times* (17.11.1964)
- Japan Times (1965): Iwai Asks Statement Withdrawal. In: *Japan Times* (3.9.1965)
- Japan Times (1966): East Germany Suspends Mitsubishi Shoji Talks. In: *Japan Times* (10.2.1966)
- Katō, Tetsurō (2006): Personal contacts in Japanese-German cultural relations during the 1920s and the early 1930s. In: Spang, Christian W. und Wippich, Rolf-Harald (Hrsg.): *Japanese-German Relations, 1895–1945. War, Diplomacy and Public Opinion*. London & New York: Routledge, 119–138
- Kennan, George F. (1967): *Memoirs 1925–1950*. Boston & Toronto: Little, Brown & Company
- Kido, Eiichi (1993): Zum Stand der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung in Japan. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, Jahrgang 1994. Berlin: Akademie Verlag, 318–322
- Kim, Kyu Hyun (2011): Tarui Tōkichi's Arguments on Behalf of the Union of the Great East, 1893. In: 'The Historical Basis of Greater Asianism,' 1945. In: Saaler, Sven und Szpilman, Christopher W. A. (Hrsg.): *Pan-Asianism. A Documentary History, Volume 1: 1850–1920*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield Publishers Group, 73–83
- Koshin, A. (1952): Okkupanten in Zivil. In: *Neues Deutschland* (4.9.1952)
- Kreiner, Josef (Hrsg.) (1986): *Japan und die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg und in den zwanziger Jahren*. Bonn: Bouvier
- Kreiner, Josef (Hrsg.) (1990): *Deutschland-Japan in der Zwischenkriegszeit*. Bonn: Bouvier
- Kreiner, Josef (Hrsg.) (2005): *Japanese Collections in European Museums. Reports from the Toyota Foundation Symposium, Königswinter 2003*. Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt
- Kroll, Hans (1967): *Lebenserinnerungen eines Botschafters*. Köln: Kiepenheuer & Witsch

- Krüger, Joachim (2002a): Das erste Jahrzehnt der Beziehungen. In: Krüger, Joachim (Hrsg.): *Zur Geschichte der Beziehungen der DDR und VR China*. Münster: LIT Verlag, 65–111
- Kuczynski, Jürgen (1969a): Zu Gast an Japans Universitäten (1). Zurück aus Japan. In: *Weltbühne*, 14. Jahrgang, Nr. 25 (24.6.1969)
- Kuczynski, Jürgen (1969b): Zu Gast an Japans Universitäten (2). Japans Studenten. In: *Weltbühne*, 14. Jahrgang, Nr. 26 (1.7.1969)
- Kuczynski, Jürgen (1994): *Ein linientreuer Dissident. Memoiren 1945–1989*. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag
- Kudō, Akira; Tajima, Nobuo und Pauer, Erich (Hrsg.) (2009a): *Germany and Japan. Two Latercomers to the World Stage, 1890–1945. Volume I. German Weltpolitik and the Emergence of Japan as a Power. 1890–1931*. Folkstone, UK: Global Oriental
- Kudō, Akira; Tajima, Nobuo und Pauer, Erich (Hrsg.) (2009b): *Germany and Japan. Two Latercomers to the World Stage, 1890–1945. Volume II. Japanese-German Rapprochement Policy and its Reality. 1931–45*. Folkstone, UK: Global Oriental
- Kudō, Akira; Tajima, Nobuo und Pauer, Erich (Hrsg.) (2009c): *Germany and Japan. Two Latercomers to the World Stage, 1890–1945. Volume III. Technology, Thought and Culture – Individuals and Changing Inter-nation Relations. 1890–1945*. Folkstone, UK: Global Oriental
- Kühlem, Kordula (2008): *Hans Kroll. Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert*. Düsseldorf: Droste
- Kuppe, Johannes L. (1979): Phasen. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Leptin, Gert; Scheuner, Ulrich und Schulz, Eberhard (Hrsg.) (1979): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder*. München: Oldenbourg, 177–198
- Kuppe, Johannes L. (2003): Die Außenpolitik der DDR. In: Eppelmann, Rainer; Faulenbach, Bernd und Mählert, Ulrich (Hrsg.): *Bilanz und Perspektiven der DDR Forschung*. Paderborn: Schöningh
- Kupper, Siegfried (1971): *Japan. Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern. Heft 7*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Langer, Paul F. (1960): *Moscow, Peking and Japan. Views and approaches*. Santa Monica, C. A.: Rand Corp.
- Langer, Paul F. (1972): *Communism in Japan. A Case of Political Neutralization*. Stanford, C. A.: Hoover Institution Press
- Latyšev, I. (1960): Barabanšiki Revanšjzma [Trommler des Revanchismus]. In: *Prawda* (3.4.1960)
- Lee, Chae-Jin (1976): *Japan faces China. Political and Economic Eelations in Postwar Era*. Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Lill, Johannes (2001a): Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen der DDR zu Italien 1949–1973. Frankfurt am Main (u. a.): Lang
- Lill, Johannes (2001b): Die DDR und Italien. Möglichkeiten und Grenzen für den Ausbau der bilateralen Beziehungen. In: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*. Berlin: Ch. Links, 235–255
- Link, Werner (1978): *Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen*. Düsseldorf: Droste
- Lüthi, M. Lorenz (2008): *The Sino-Soviet Split. Cold War in the Communist World*. Princeton, N. J.: Princeton University Press

- Mallinckrodt, Anita M. (1979a): An Außenpolitik beteiligte Institutionen. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Leptin, Gert; Scheuner, Ulrich und Schulz, Eberhard (Hrsg.): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR*. München: Oldenbourg, 135–147
- Mallinckrodt, Anita M. (1979b): Propaganda als Instrument der Außenpolitik. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Leptin, Gert; Scheuner, Ulrich und Schulz, Eberhard (Hrsg.): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR*. München: Oldenbourg, 261–273
- Mallinckrodt, Anita M. (1980): *Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland. ‚Image-Bildung‘ als Instrument der Außenpolitik*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik
- Martin, Benjamin: Japanese Mining Labor. The Miike Strike. In: *Far Eastern Survey*, Vol. 30, No. 2 (Februar 1961), 26–30
- Meissner, Werner (1997): *Die DDR und China 1949 bis 1990. Politik – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung*. Berlin: Akademie Verlag
- Modrow, Hans (Hrsg.) (1983): *Die DDR und Japan*. Berlin (Ost): Dietz
- Morris-Suzuki, Tessa (2007): *Exodus to North Korea*. Lanham, M. D.: Rowman & Littlefield Publishers
- Musami, Junnosuke und Scalapino, Robert A. (1962): *Parties and Politics in Contemporary Japan*. Berkeley & Los Angeles: University of California Press
- Muschik, Alexander (2005): *Die beiden deutschen Staaten und das neutrale Schweden*. Münster: LIT
- Muth, Ingrid (2001): *Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen*. Berlin: Ch. Links
- Mutō, Shūtārō (2011): Hirano Yoshitarō's: 'The Historical Basis of Greater Asianism,' 1945. In: Saaler, Sven und Szpilman, Christopher W. A. (Hrsg.): *Pan-Asianism. A Documentary History, Volume 2: 1920-Present*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield Publishers Group, 271–280
- Mainichi (1966): East Germany Scraps Textile Plant Talks With Japan. In: *Mainichi* (10.2.1966)
- Neue Zürcher Zeitung (1960): Adenauers Besuch in Tokyo. In: *Neue Zürcher Zeitung* (28.3.1960, Morgenausgabe)
- Neues Deutschland (1960a): Achse der Isolierten. In: *Neues Deutschland* (3.4.1960)
- Neues Deutschland (1960b): Ganz Japan in Aufruhr gegen den ‚schwarzen Pakt‘. In: *Neues Deutschland* (25.5.1960)
- Neues Deutschland (1960c): Japan gibt das große Beispiel. In: *Neues Deutschland* (17.6.1960)
- Neues Deutschland (1961): Gewerkschafter fordern Friedensvertrag – Japans Arbeiter kennen den Feind. In: *Neues Deutschland* (24.9.1961)
- Neues Deutschland (1962): Freundschaftskomitee DDR-Japan gegründet. In: *Neues Deutschland* (27.10.1962)
- Neues Deutschland (1964): Teststopp nützt auch Japan. In: *Neues Deutschland* (24.5.1964)
- Neues Deutschland (1965): Gäste aus Japan besuchten unsere Republik. In: *Neues Deutschland* (11.6.1965)
- Neuss, Beate (1989): Die Beziehungen zwischen der DDR und Japan. In: Veen, Hans-Joachim und Weilemann, Peter (Hrsg.): *Die Westpolitik der DDR. Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren*. Melle: Knoth-Verlag, 265–316

- New York Times (1951a): Text of Gromyko's Statement on the Japanese Peace Treaty. In: *New York Times* (9.9.1951)
- New York Times (1951b): Gromyko Asserts Treaty Risks War. In: *New York Times* (9.9.1951)
- Nishihara, Masashi (1976): *The Japanese and Sukarno's Indonesia. Tokyo-Jakarta Relations 1951–1966*. Honolulu: University of Hawai'i Press
- Oberländer, Christian (2007): Die ‚Adenauer-Formel‘ in den japanisch-sowjetischen Friedensverhandlungen 1955/56 und die deutsch-japanischen Beziehungen. In: Altrichter, Helmut (Hrsg.): *Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext*. Bonn: Bouvier, 57–76
- Oberländer, Christian (2008): Japan's Deutschlandpolitik in the Postwar Period. The Case of Travel Restrictions between East Germany and Japan. In: Ölschleger, Dieter (Hrsg.): *Theories and Methods in Japanese Studies. Current State and Future Developments*. Göttingen: V&R Press, 303–311
- Ogata, Sadako (1988): *Normalization with China. A Comparative Study of U. S. Japanese Processes*. Berkeley: Institute of East Asian Studies, University of Berkeley
- Ōkōchi, Kazuo (1965): The General Council of Japanese Labor Unions. In: *Journal of Social and Political Ideas in Japan*, Vol. 3, Nr. 1 (April 1965), 48–56
- Onodera, Keiichi (1999): *Die deutsche Frage im Spiegelbild der japanischen Presse- und Parteiorgane 1983–1990. Die japanische Haltung in der Weltpolitik*. Agenda Verlag: Münster
- Packard, George R. (1966): *Protest in Tokyo. The Security Treaty Crisis of 1960*. Princeton, N. J.: Princeton University Press
- Parrott, Lindesay (1951): 'New' Japan Faces a Hard Task in Making Her Own Way. In: *New York Times* (2.9.1951)
- Pekelder, Jacco (2001): Vom ‚Sowjetdeutschland‘ zum ‚Roten Preußen‘. Niederländische Wahrnehmungen der DDR (1949–1973). In: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*. Berlin: Ch. Links, 291–308
- Pekelder, Jacco (2002): *Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949–1989*. Münster: Agenda
- Peking Review (1960a): Resolutely Crush the Military Alliance Between the U. S. and Japanese Reactionaries! In: *Peking Review* (26.1.1960)
- Peking Review (1960b): G. D. R. Delegation's Visit to China. In: *Peking Review* (26.1.1960)
- Peking Review (1960c): Adenauer, Kishi Collaboration. In: *Peking Review* (5.4.1960)
- Peking Review (1960d): Adenauer's Visit to Japan. In: *Peking Review* (12.4.1960)
- Pfeil, Ulrich (Hrsg.) (2001a): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*. Berlin: Ch. Links
- Pfeil, Ulrich (2001b): Zentralisierung und Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik der DDR. Ein anderer Aspekt der Frankreichpolitik der DDR 1949–1973. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Die DDR. Analysen eines aufgegebenen Staates*. Berlin: Duncker und Humblot, 621–642
- Pfeil, Ulrich (2001c): Die DDR und Frankreich (1949–1973). In: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*. Berlin: Ch. Links, 207–236
- Pfeil, Ulrich (2004): *Die ‚anderen‘ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*. Köln, Weimar & Wien: Böhlau

- Ploetz, Michael und Müller, Hans-Peter (2004): *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR gegen den NATO-Doppelbeschluss*. Münster: LIT
- Pöthig, Charis (2000): *Italien und die DDR. Die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen von 1949 bis 1980*. Frankfurt am Main (u. a.): Lang
- Price, John (1991): Valery Burati and the Formation of Sōhyō during the U. S. Occupation of Japan. In: *Pacific Affairs*, Vol. 64, No. 2 (Summer, 1991), 208–225
- Putensen, Dörte (2000): *Im Konfliktfeld zwischen Ost und West. Finnland, der Kalte Krieg und die deutsche Frage (1947–1973)*. Berlin: Berlin-Verl. Spitz
- Rabehl, Bernd und Günther, Mechthild (1994): Wissenschaft und Universität als Ideologie. Zur Umwandlung und Funktionsweise der Humboldt-Universität als sozialistische Hochschule. In: Schroeder, Klaus (Hrsg.): *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*. Berlin: Akademie Verlag, 180–210
- Rabenberg, Friedrich (1959): Berlin liegt fern im Westen. In: *Welt* (3.3.1959)
- Radchenko, Sergey (2009): *Two Suns in the Heavens. The Sino-Soviet Struggle for Supremacy, 1962–1967*. Washington, D. C. & Stanford, C. A.: Woodrow Wilson Center Press & Stanford University Press
- Riemer, Andrea K. (2006): *Theorien Internationaler Beziehungen und neue methodische Ansätze*. Frankfurt am Main (u. a.): Peter Lang
- Rose, Caroline und Tomaru, Junko (2008): Introduction. In: Iokibe, Makoto; Rose, Caroline; Tomaru, Junko und Weste, John (Hrsg.): *Japanese Diplomacy in the 1950s. From Isolation to Integration*, 1–9
- Sasaki-Uemura, Wesley (2001): *Organizing the Spontaneous. Citizen Protest in Post-war Japan*. Honolulu: University of Hawai'i Press
- Saull, Richard (2001): *Rethinking Theory and History in the Cold War. The State, Military Power and Social Revolution*. London: Frank Cass
- Scalapino, Robert A. (1967): *The Japanese Communist Movement, 1920–1966*. Berkeley & Los Angeles: University of California Press
- Schmidt, Gustav (1996a): Ost-West-Konflikt und Intra-West-Spannungen. Die Position und Rolle (West)Deutschlands und Japans in regionalen und internationalen Strukturen. In: Schmidt, Gustav und Doran, Charles F. (Hrsg.): *Amerikas Option für Deutschland und Japan. Die Position und Rolle Deutschlands und Japans in regionalen und internationalen Strukturen. Die 1950er und 1990er Jahre im Vergleich*. Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer, 3–95
- Schmidt, Heide-Irene (1996b): Der regionale Aspekt in der amerikanischen Außenwirtschaftsstrategie, 1955–1960. Die Rolle Deutschlands und Japans. In: Schmidt, Gustav und Doran, Charles F. (Hrsg.): *Amerikas Option für Deutschland und Japan. Die Position und Rolle Deutschlands und Japans in regionalen und internationalen Strukturen. Die 1950er und 1990er Jahre im Vergleich*. Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer, 247–339
- Scholtzseck, Joachim (2003): *Die Außenpolitik der DDR*. München: Oldenbourg
- Scheuner, Ulrich (1979): Das Problem der Nation und des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Leptin, Gert; Scheuner, Ulrich und Schulz, Eberhard (Hrsg.): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR*, 85–108
- Shibuyama, Futoshi (2008): The US, Britain, Japan, and the issue of *casus belli* 1951–52. Could a Soviet attack on Japan justify starting a third world war? In: Mako-

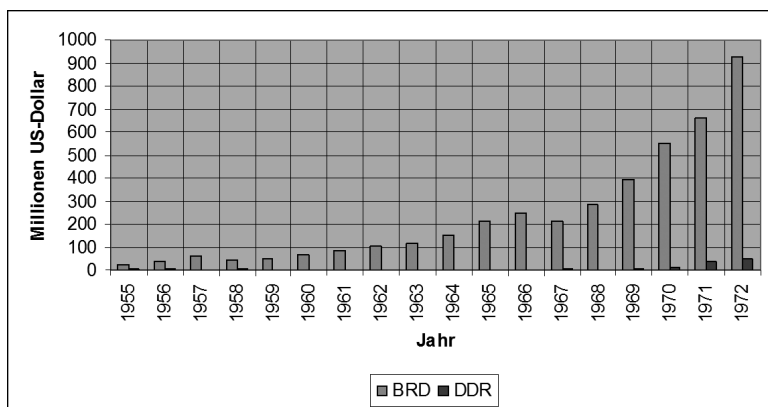
- to; Rose, Caroline; Tomaru, Junko und Weste, John (Hrsg.): *Japanese Diplomacy in the 1950s. From Isolation to Integration*. London & New York: Routledge, 13–33
- Siebs, Benno-Eides (1998): *Die Außenpolitik der DDR 1973–1986. Strategien und Grenzen*. Paderborn: Schöningh
- Soeya, Yoshihide (1998): *Japan's Economic Diplomacy with China, 1945–1978*. Oxford: Clarendon Press
- Spang, Christian W. und Wippich, Rolf-Harald (Hrsg.) (2006): *Japanese-German Relations, 1895–1945. War, Diplomacy and Public Opinion*. London & New York: Routledge
- Staar, Richard F. (1991): *Foreign policies of the Soviet Union*. Stanford: Hoover Institution Press
- Steffen Gerber, Therese (2001): Zwischen Neutralitätspolitik und Anlehnung an den Westen. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR. In: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*. Berlin: Ch. Links, 329–349.
- Steffen Gerber, Therese (2002): *Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949–1972*. Berlin: Berlin-Verl. Spitz
- Stergiou, Andreas (2001): *Im Spagat zwischen Solidarität und Realpolitik. Die Beziehungen zwischen Griechenland und der DDR und das Verhältnis der DDR zur KKE*. Mannheim (u. a.): Bibliopolis
- Stockwin, James A. A. (1968): *The Japanese Socialist Party and Neutralism. A Study of a Political Party and Its Foreign Policy*. London & New York: Cambridge University Press
- Tagesspiegel (1971): Japan kommt mit der DDR ins Geschäft. In: *Tagesspiegel* (31.5.1971)
- Tern, Jürgen (1960): Visite in Tokio. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (25.3.1960)
- Thomas, Stephan (1961): Schaukelpolitiker gefährden Japans Arbeiterbewegung. In: *SPD-Pressedienst* (19.12.1961)
- Togo, Kazuhiko (2005): *Japan's Foreign Policy 1945–2003. The Quest for a Proactive Policy*. Second Edition. Leiden & Boston: Brill
- Tone, Akira: Zwischen Sorge und Elend. Psychogramm eines Stasi-Informanten oder eine kleine Nachtmusik mit MfS-Unterlagen. In: *Hikaku bunka kenkyūkai hikaku bunka kenkyū*, Nr. 20, Sonderdruck (März 2001), 37–87
- Tribüne (1959): Feste Freundschaft FDGB-SOHYO. Beratung führender Mitglieder beider Organisationen. In: *Tribüne* (5.11.1959)
- Tribüne (1961): Der Bonner Militarismus ist auch unser Feind. In: *Tribüne* (24.9.1961)
- Voigt, Johannes H. (2008): *Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952–1972)*. Köln: Böhlau Verlag
- Weber, Hermann (1999): *Geschichte der DDR*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag
- Weber, Hermann (2006): *Die DDR 1945–1990*. 4., durchgesehene Auflage. München: Oldenbourg
- Welfield, John (1982): *The postwar international order and the origins of the Japanese-American security treaty. Australia-Japan Research Centre Research Paper No. 94*. Canberra: Research School of Pacific Studies, Australian National University

- Wentker, Hermann (2007): *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*. München: Oldenbourg
- Willmann, Heinz (1959): *Japan. Im Schatten des Pikadan*. Berlin (Ost): Verlag der Nation
- Willmann, Heinz (1977): *Steine klopft man mit dem Kopf. Lebenserinnerungen*. Berlin (Ost): Neues Leben
- Wolfradt, Uwe: Der deutsche Einfluss auf gestalttheoretisches Denken in Japan. Eine historische Analyse. In: *Gestalttheory*, 2005, 27, 238–248
- Yagi, Kiichirō (2012): Japanische Ökonomen im Deutschland der Zwischenkriegszeit. In: Kurz, Heinz D. (Hrsg.): *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXVII. Der Einfluss deutschsprachigen Denkens in Japan, 177–193*
- Yamamoto, Mari (2004) *Grassroots Pacifism in Post-war Japan. The Rebirth of a Nation*. London & New York: Routledge

X. ANHANG

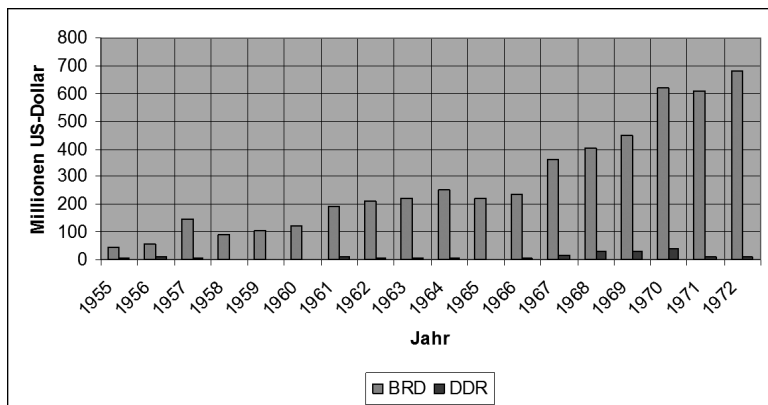
1. ÜBERSICHT ZUM OSTDEUTSCH-JAPANISCHEN UND WESTDEUTSCH-JAPANISCHEN HANDEL¹

EXPORT JAPANS IN DIE BRD UND DIE DDR (IN MIO. US-DOLLAR)



Jahr	BRD	DDR	Gesamtexport
1955	25,2	3,2	2.010,6
1956	34,0	4,3	2.500,6
1957	59,3	1,9	2.858,1
1958	43,8	3,7	2.876,6
1959	47,2	0,8	3.456,5
1960	66,3	2,6	4.054,5
1961	83,5	1,6	4.235,0
1962	104,2	0,4	4.916,2
1963	115,5	0,6	5.452,1
1964	149,0	0,1	6.673,2
1965	215,0	1,1	8.451,7
1966	246,6	2,5	9.776,4
1967	215,0	3,1	10.441,6
1968	287,4	2,8	12.971,7
1969	392,9	6,0	15.990,0
1970	550,2	14,7	19.317,7
1971	658,2	35,1	24.018,9
1972	930,3	47,6	28.591,1

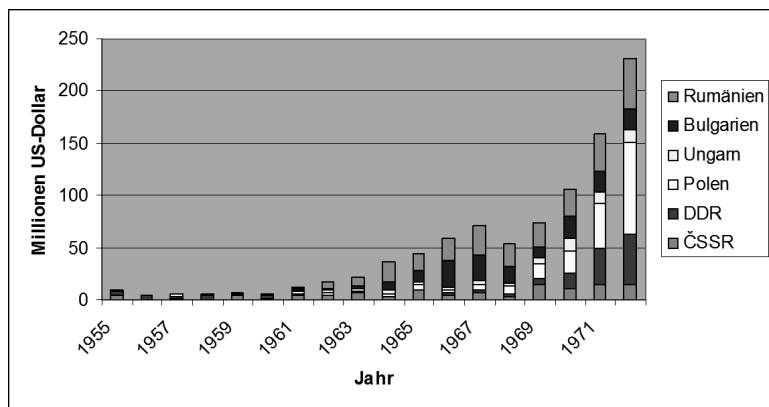
IMPORT JAPANS AUS DER BRD UND DER DDR (IN MIO US-DOLLAR)



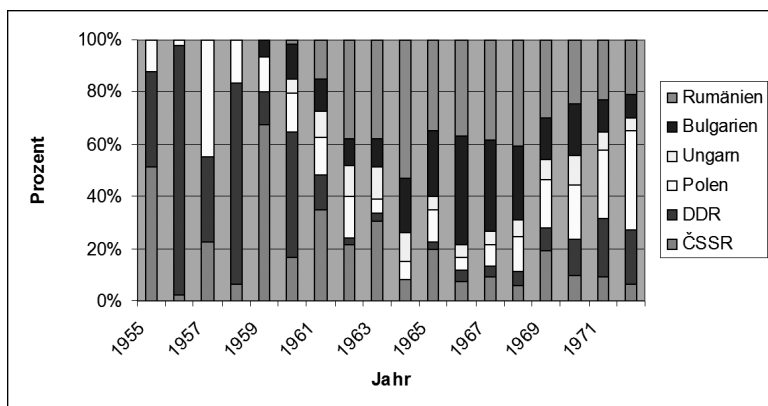
Jahr	BRD	DDR	Gesamtimport
1955	46,2	5,2	2.471,4
1956	56,1	7,9	3.229,7
1957	143,4	2,8	4.283,6
1958	90,3	1,2	3.033,1
1959	103,6	0,5	3.599,5
1960	123,0	1,0	4.491,1
1961	193,2	9,5	5.810,4
1962	212,9	4,7	5.636,5
1963	220,0	3,2	6.736,3
1964	249,5	3,3	7.937,5
1965	222,8	1,2	8.169,0
1966	236,9	3,6	9.522,7
1967	363,9	15,3	11.663,1
1968	400,6	30,7	12.987,2
1969	445,3	31,0	15.023,5
1970	617,0	38,6	18.881,2
1971	606,9	11,0	19.711,8
1972	681,1	12,1	23.470,7

2. ÜBERSICHT ZUM JAPANISCHEN HANDEL MIT DEN EUROPÄISCHEN MITGLIEDSSTAATEN DES RGW

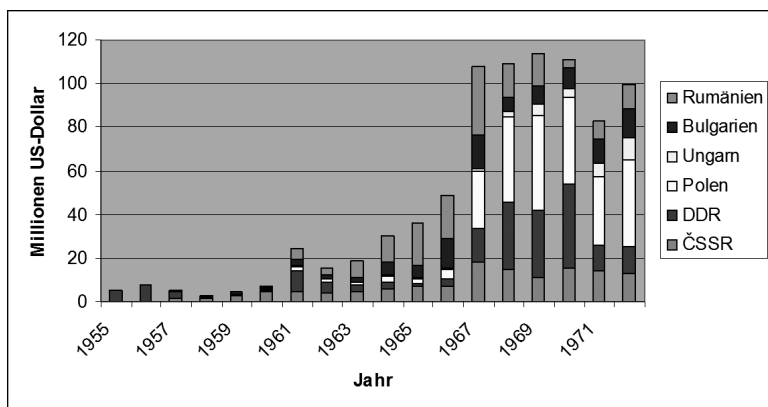
VERTEILUNG DES JAPANISCHEN EXPORTS IN DIE EUROPÄISCHEN MITGLIEDSSTAATEN DES RGW (IN MIO. US-DOLLAR / PROZENTUAL)²



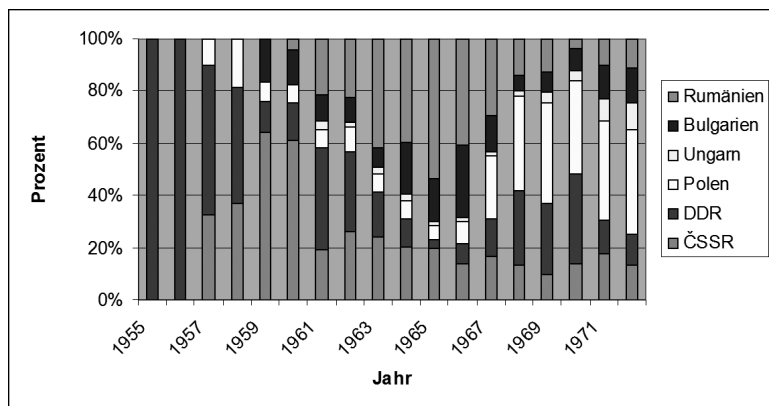
Jahr	DDR	Polen	ČSSR	Ungarn	Bulgarien	Rumänien	Gesamtexport
1955	3,2	1,1	4,5	*	*	*	2.010,6
1956	4,3	0,1	0,1	*	*	*	2.500,6
1957	1,9	2,6	1,3	*	*	*	2.858,1
1958	3,7	0,8	0,3	*	*	*	2.876,6
1959	0,8	0,8	4,1	*	0,4	*	3.456,5
1960	2,6	0,8	0,9	0,3	0,7	0,1	4.054,5
1961	1,6	1,7	4,2	1,2	1,5	1,8	4.235,0
1962	0,4	2,7	3,6	2,0	1,7	6,4	4.916,2
1963	0,6	1,2	6,5	2,6	2,2	8,1	5.452,1
1964	0,1	2,5	2,8	4,0	7,5	19,2	6.673,2
1965	1,1	5,4	8,7	2,3	10,9	15,2	8.451,7
1966	2,5	3,0	4,3	2,8	24,5	21,9	9.776,4
1967	3,1	5,9	6,3	3,6	24,5	27,3	10.441,6
1968	2,8	7,1	3,2	3,6	15,0	21,9	12.971,7
1969	6,0	14,1	14,3	5,2	11,8	22,2	15.990,0
1970	14,7	22,4	10,1	11,7	20,8	26,2	19.317,7
1971	35,1	42,2	14,8	11,0	19,9	36,3	24.018,9
1972	47,6	88,8	15,0	11,4	21,0	48,0	28.591,1



VERTEILUNG DES JAPANISCHEN IMPORTS AUS DEN EUROPÄISCHEN MITGLIEDSSTAATEN
DES RGW (IN MIO. US-DOLLAR / PROZENTUAL)



Jahr	DDR	Polen	ČSSR	Ungarn	Bulgarien	Rumänien	Gesamtimport
1955	5,2	*	*	*	*	*	2.471,4
1956	7,9	*	*	*	*	*	3.229,7
1957	2,8	0,5	1,6	*	*	*	4.283,6
1958	1,2	0,5	1,0	*	*	*	3.033,1
1959	0,5	0,3	2,7	*	0,7	*	3.599,5
1960	1,0	0,5	4,2	*	0,9	0,3	4.491,1
1961	9,5	1,8	4,8	0,7	2,6	5,2	5.810,4
1962	4,7	1,5	4,1	0,2	1,5	3,5	5.636,5
1963	3,2	1,3	4,4	0,4	1,4	7,7	6.736,3
1964	3,3	2,1	6,0	0,8	5,8	11,9	7.937,5
1965	1,2	1,9	7,1	0,4	6,1	19,0	8.169,0
1966	3,6	4,1	6,9	0,7	13,7	19,8	9.522,7
1967	15,3	26,3	18,0	1,4	15,1	32,0	11.663,1
1968	30,7	39,4	14,7	2,3	6,6	15,2	12.987,2
1969	31,0	43,7	10,7	5,0	8,7	14,3	15.023,5
1970	38,6	39,6	15,2	4,2	9,3	4,3	18.881,2
1971	11,0	31,4	14,4	7,0	10,5	8,4	19.711,8
1972	12,1	39,9	13,1	10,0	13,4	11,2	23.470,7



3. NAMENSLESUNGEN

PERSONENNAMEN

Ai'ichi Ki'ichi (1907–1973)	愛知揆一
Anzai Masao (1904–1972)	安西正夫
Arisawa Hiromi (1896–1988)	有沢広巳
Asai Kiyonobu	浅井清信
Asanuma Inejirō (1898–1960)	浅沼稻次郎
Ashida Hitoshi (1887–1959)	芦田均
Eda Saburō (1907–1977)	江田三郎
Enna Takio	衣奈多喜男
Fujiyama Ai'ichirō (1897–1985)	藤山愛一郎
Funada Naka (1895–1979)	船田中
Funaki Shigenobu (1893–1975)	舟木重信
Hamai Shinzō (1905–1968)	浜井信三
Hanamura Nihachirō (1908–1997)	花村仁八郎
Hani Gorō (1901–1983)	羽仁五郎
Hatoyama Ichirō (1883–1959)	鳩山一郎
Hirano Yoshitarō (1897–1980)	平野義太郎
Hōgen Shinsaku (1910–1999)	法眼晋作
Honjō Minoru	本庄実
Horie Shigeo (1903–2000)	堀江薫雄
Hori'i Toshikatsu (1911–1975)	堀井利勝
Hosoi Sōichi (1918–1996)	細井宗一
Ibuka Masaru (1908–1997)	井深大
Ichijō Motomi	一條元美
Ikeda Hayato (1899–1965)	池田勇人
Inayama Yoshihiro (1904–1981)	稲山嘉寛
Iokibe Makoto	五百旗頭
Irie Akira	入江昭
Ishibashi Masashi (*1924)	石橋政嗣
Ishibashi Tanzan (1894–1973)	石橋湛山
Ishi'i Hanako (1911–2000)	石井花子
Iwai Akira (1922–1997)	岩井章
Iwai Hideo	岩井英夫
Kamiya Tamotsu	神谷保
Kanbayashi Teijirō (1908–2001)	上林貞治郎
Kanazawa Yukio (1929–2007)	金澤幸雄
Katayama Sen (1859–1933)	片山潜
Katayama Tetsu (1887–1978)	片山哲
Katō Tetsurō	加藤哲郎
Katsumata Sei'ichi (1908–1989)	勝間田清一
Kawabate Yasunari (1899–1972)	川端康成
Kawai Yoshinari (1886–1970)	河合良成
Kawasaki Hideji (1911–1978)	川崎秀二
Kawasaki Isao	川崎勲
Kawashima Shōjirō (1890–1970)	川島正次郎
Kishi Nobosuke (1896–1987)	岸信介

Kitamura Tokutarō (1886–1968)	北村徳太郎
Kitaoka Shin'ichi	北岡伸一
Kobayashi Ryōsei (1895–1975)	小林良正
Kojima Hideo (1896–1982)	小島秀雄
Kojima Tsunehisa (*1926)	小島恒久
Kon'no Jun'ichi	紺野純一
Kōno Ichirō (1898–1965)	河野一郎
Kōno Kenzō (1901–1983)	河野謙三
Kosaka Tokusaburō (1916–1996)	小坂徳三郎
Kosaka Zentarō (1912–2000)	小坂善太郎
Kudō Akira	工藤章
Kunisaki Teidō (1894–1937)	国崎定洞
Maekawa Kyōichi	前川恭一
Matsui Makoto	松井誠
Matsumae Shigeyoshi (1901–1991)	松前重義
Matsumoto Shichirō (1911–1990)	松本七郎
Miki Takeo (1907–1988)	三木武夫
Minobe Ryōkichi (1904–1984)	美濃部亮吉
Miyamoto Kenji (1908–2007)	宮本顕治
Mori Ōgai (1862–1922)	森鷗外
Mōri Yoichi (1901–1982)	毛利与一
Nakakita Kōji	中北浩爾
Nakamura Hideo (1918–1994)	中村英雄
Nakasone Yasuhiro (*1918)	中曾根康弘
Narita Tomomi (1912–1979)	成田知己
Ninagawa Torazō (1897–1981)	蜷川虎三
Nishimura Kan'ichi (1900–1979)	西村関一
Nishimura Nobuo (1900–1989)	西村信雄
Nishio Suehiro (1891–1981)	西尾末広
Nishizawa Tomio (1913–1985)	西沢富夫
Noguchi Kazuma	野口一馬
Nosaka Sanzō (1892–1993)	野坂参三
Ochiai Ei'ichi	落合英一
Ogawa Masami	小川正巳
Ōhira Masayoshi (1910–1980)	大平正芳
Okada Sōji (1902–1979)	岡田宗司
Okumura Katsuzō (1903–1975)	奥村勝藏
Ōmiya Samanosuke	江谷佐馬之介
Ōta Kaoru (1912–1998)	太田薫
Ōtsuka Kinnosuke (1892–1977)	大塚金之助
Ōuchi Hyōe (1888–1980)	大内兵衛
Ōyama Ikuo (1880–1955)	大山郁夫
Ōyama Satoshi (1915–2002)	大山聡
Ozaki Hotsumi (1901–1944)	尾崎秀実
Sakisaka Itsurō (1897–1985)	向坂逸郎
Sakurauchi Yoshio (1912–2003)	櫻内義雄
Sasaki Kōzō (1900–1985)	佐々木更三
Sata Tadataka (1904–1980)	佐多忠隆

Satō Eisaku (1901–1975)	佐藤榮作
Satō Gisen (1899–1985)	左藤義詮
Senda Koreya (1904–1994)	千田是也
Shidehara Kijūrō (1872–1951)	幣原喜重郎
Shiga Hidetoshi	滋賀秀俊
Shiga Yoshio (1901–1989)	志賀義雄
Shigi Tatsuki	信貴辰喜
Shiina Etsusaburō (1898–1979)	椎名悦三郎
Shinohara Seiei (1912–2001)	篠原正瑛
Sōda Sei'ichi	惣田清一
Soeya Yoshihide	添谷芳秀
Sono Akira	曾野明
Sugiyama Kaneo (1925–1988)	杉山金夫
Suzuki Ichizō (1910–2006)	鈴木市藏
Suzuki Kazuo	鈴木一雄
Suzuki Mosaburō (1893–1970)	鈴木茂三郎
Suzuki Sei'ichi	鈴木誠市
Tajima Nobuo	田嶋信雄
Takano Minoru (1901–1974)	高野實
Takasaki Tatsunosuke (1885–1964)	高碓達之助
Takemura Eisuke (1931–1997)	竹村英輔
Tanaka Kakuei (1918–1993)	田中角榮
Tanaka Toshio (1902–1993)	田中稔男
Tanikawa Tetsuzō (1895–1989)	谷川徹三
Tōgō Kazuhiko	東郷和彦
Tōgō Shigenori (1882–1950)	東郷茂徳
Tōjō Hideki (1884–1948)	東條英機
Tomonaga Shin'ichirō (1906–1979)	朝永振一郎
Tsunetō Kyō (1888–1967)	恒藤恭
Uehara Senroku (1899–1975)	上原専禄
Uesugi Jūjirō (1914–2000)	上杉重二郎
Usami Seijirō (1915–1997)	宇佐美誠次郎
Yagi Ki'ichirō	八木紀一郎
Yamada Hisanari (1907–1987)	山田久就
Yamakawa Hitoshi (1880–1958)	山川均
Yamamoto Kenzō (1895–1939)	山本懸藏
Yamamoto Kōichi (1910–1996)	山本幸一
Yamamoto Kumaichi (1889–1963)	山本熊一
Yamamoto Mari	山本真理
Yamanaka Tadaki	山中忠喜
Yamashita Sei'ichi	山下静一
Yamato Yoichi	大和与一
Yasui Ei'ichi	安井栄一
Yasui Kaoru (1907–1980)	安井郁
Yonehara Itaru (1909–1982)	米原昶
Yoshida Shigeru (1878–1967)	吉田茂
Yoshikawa Yūichi	吉川勇一
Yukawa Masao (1903–1969)	湯川正夫

ORTSNAMEN

Akasaka	赤坂	Nara	奈良
Atami	熱海	Niigata	新潟
Etorofu	択捉	Ōmuta	大牟田
Fuji	富士	Sapporo	札幌
Gunma	群馬	Sendai	仙台
Habomai	齒舞	Shikotan	色丹
Harumi	晴海	Shizuoka	静岡
Kanagawa	神奈川	Sōmagahara	相馬原
Kawasaki	川崎	Sunagawa	砂川
Kitakyūshū	北九州	Ueno	上野
Kumamoto	熊本	Urawa	浦和
Kunashiri	国後	Yaizu	焼津
Kyūshū	九州	Yokosuka	横須賀

4. PERSONENREGISTER

- A**
- Adenauer, Konrad 20, 41, 82, 94, 98–102, 114, 168, 291 (Anmerkung 3), 301 (Anmerkung 2), 304 (Anmerkung 44), 329 (Anmerkung 2)
- Ai'ichi, Ki'ichi 229
- Anzai, Masao 201–203, 206, 209f.
- Arisawa, Hiromi 56f., 126
- Asai, Kiyonobu 126
- Asanuma, Inejirō 33, 88, 139, 147f.
- Ashida, Hitoshi 162
- B**
- Balkow, Julius 161
- Bange, Oliver 20f., 243
- Bao Dai 45
- Beil, Gerhard 194, 210f., 230, 240
- Bentzien, Hans 160, 180, 190f., 193, 313 (Anmerkung 18), 317 (Anmerkung 89)
- Braddick, Christopher 28, 154
- Brandt, Willy 13, 84–89, 201, 223, 247,
- Brentano, Heinrich von 99
- Breschnew, Leonid I. 227f., 237
- Bukharin, Nikolai I. 55
- C**
- Chen, Jian 119
- Chiang, Kai-shek 83, 178
- D**
- Chruschtschow, Nikita S. 74, 84, 119, 131
- Dahlem, Franz 30
- Dahlem, Käthe 30
- Deubner, Rolf 107–109
- Dingels, Hans-Eberhard 225
- Dubček, Alexander 232
- E**
- Eda, Saburō 148, 225, 229,
- Eichler, Willi 148
- Eisenhower, Dwight D. 96f., 100, 105
- Enna, Takio 190f.
- Eppelmann, Rainer 26
- Erler, Fritz 223
- F**
- Fichte, Johann Gottlieb 58
- Ford, Gerald 291 (Anmerkung 1)
- Friedrich, Walter 61
- Fujiyama, Ai'ichirō 84
- Funada, Naka 239
- Funaki, Shigenobu 58, 127, 185f., 235, 252
- G**
- Gensous, Pierre 216

Girard, William S. 82, 301 (Anmerkung 3)
 Goedicke, Hermann-Joachim 208
 Grewe, Wilhelm 229, 239
 Gromyko, Andrei A. 44, 199
 Grotewohl, Otto 73, 93
 Gute, Herbert 89f., 102
 Gysi, Irene 191
 Gysi, Klaus 228

H

Haas, Wilhelm 84, 186
 Haftendorn, Helga 25–27, 242
 Hagerty, James 105
 Hallstein, Walter 20, 22, 36, 117, 200, 243, 253, 291 (Anmerkung 3)
 Hamai, Shinzō 89
 Hanamura, Nihachirō 173
 Hani, Gorō 127, 190
 Hanrieder, Wolfram 24f.
 Hatoyama, Ichirō 75, 82
 Havemann, Robert 197
 Hegen, Josef 151
 Hein, Laura 57
 Heisenberg, Werner 180
 Hermann, Hans-Christian 22
 Herter, Christian A. 96
 Hirano, Yoshitarō 60–63, 76, 127, 235, 252, 297 (Anmerkung 58, 60), 298 (Anmerkung 70, 73, 74)
 Högen, Shinsaku 240
 Honjō, Minoru 126
 Horie, Shigeo 206
 Hori'i, Toshikatsu 217, 220, 221, 224
 Hörricke, Herbert 202, 207f.
 Hosoi, Sōichi 71–73, 125, 127, 252, 299 (Anmerkung 89, 92)
 Hylland, William G. 291 (Anmerkung 1)

I

Ibuka, Masaru 163, 173
 Ichijō, Motomi 128f.
 Icke-Schwalbe, Lydia 296 (Anmerkung 44)
 Ikeda, Hayato 17, 152f., 162, 164, 167–169, 248,
 Inayama, Yoshihiro 209f.

Iokibe, Makoto 15–17
 Irie, Akira 15
 Ishibashi, Masashi 33, 224
 Ishibashi, Tanzan 87, 123
 Ishi'i, Hanako 61
 Iwai, Akira 69f., 73, 108f., 111, 113, 127, 216, 219–221, 224
 Iwai, Hideo 174

J

Jacobsen, Hans-Adolf 21
 Jansen, Hans-Heinrich 19, 304 (Anmerkung 44)

K

Kamiya, Tamotsu 126
 Kanbayashi, Teijirō 125
 Kanazawa, Yukio 134
 Katayama, Sen 296 (Anmerkung 45), 297 (Anmerkung 59)
 Katayama, Tetsu 73–76, 78
 Katsumata, Sei'ichi 225f.
 Kawabate, Yasunari 183
 Kawai, Yoshinari 153, 155, 163, 165
 Kawasaki, Hideji 175–177, 316 (Anmerkung 74)
 Kawasaki, Isao 296 (Anmerkung 46)
 Kawashima, Shōjirō 204, 321 (Anmerkung 16)
 Kennan, George F. 15
 Kennedy, John F. 167
 Kiesewetter, Wolfgang 171, 315 (Anmerkung 54)
 Kiesinger, Kurt Georg 200f.
 Kishi, Nobusuke 82–84, 87, 94, 96–98, 100–102, 104f., 115, 138, 152, 164, 246
 Kitamura, Tokutarō 127, 162f., 165, 173, 175
 Kitaoka, Shin'ichi 16f.
 Kobayashi, Ryōsei 58, 127, 235, 252
 Kojima, Hideo 177
 Kojima, Tsunehisa 135, 144–146, 311 (Anmerkung 67, 70)
 Kon'no, Jun'ichi 233
 Konwitschny, Franz 116
 Kōno, Ichirō 48f.
 Kōno, Kenzō 239

Kosaka, Tokusaburō 173
Kosaka, Zentarō 239
Kozyk, Hans-Joachim 209, 322 (Anmerkung 32)
Krapf, Franz 224
Kroll, Hans 59, 98, 247
Kudō, Akira 20
Kunisaki, Teidō 56, 296 (Anmerkung 45)
Kuczynski, Jürgen 32, 57f., 197, 296 (Anmerkung 47), 320 (Anmerkung 144)

L

Lange, Werner 210
Lenin, Wladimir I. 55
Leptin, Gert 21
Liao, Cheng 165, 205
Lübke, Heinrich 168

M

MacArthur II, Douglas 84
Maekawa, Kyōichi 126
Mallinckrodt, Anita 292 (Anmerkung 6)
Mao, Zedong 119f., 230
Markowitsch, Erich 160, 163, 165f., 171, 174, 313 (Anmerkung 18), 314 (Anmerkung 32)
Matsui, Makoto 224
Matsumae, Shigeyoshi 197, 320 (Anmerkung 147)
Matsumoto, Shichirō 75, 79, 226
Mauriac, François 245
Mehnert, Gerhard 122f., 125, 128f., 183f., 190, 236, 240, 308 (Anmerkung 25)
Meyer, Herbert 176
Miki, Takeo 201f., 237f., 240
Mikojan, Anastas H. 74, 153f.
Minobe, Ryōkichi 239
Miyamoto, Kenji 230f.
Mizuta, Hiroshi 126, 135, 296 (Anmerkung 46)
Modrow, Hans 238f.
Mori, Ōgai 183
Mōri, Yoichi 126

Molotow, Wjatscheslaw M. 41
Muth, Ingrid 21, 292 (Anmerkung 6)

N

Nakakita, Kōji 17f., 68, 106, 291 (Anmerkung 2)
Nakamura, Hideo 187ff.
Nakasone, Yasuhiro 240
Narita, Tomomi 138f., 149, 209, 224, 226–229, 320 (Anmerkung 146)
Nedzynski, Stefan 312 (Anmerkung 84)
Neuss, Beate 23, 35
Ninagawa, Torazō 298 (Anmerkung 70)
Nishimura, Kan'ichi 223, 225, 227, 233, 238
Nishimura, Nobuo 61
Nishio, Suehiro 147
Nishizawa, Tomio 127
Nixon, Richard 237
Noguchi, Kazuma 114
Nosaka, Sanzō 130, 296 (Anmerkung 45)

O

Oberländer, Christian 19f., 22, 301 (Anmerkung 2)
Ochiai, Ei'ichi 218f.
Ogawa, Masami 196
Ōhira, Masayoshi 174
Okada, Sōji 89
Okumura, Katsuzō 41
Ollenhauer, Erich 85f., 247
Ōmiya, Samanosuke 146
Onodera, Kei'ichi 22
Ōta, Kaoru 70, 108–111, 113, 125, 127, 129, 216, 220, 252, 299 (Anmerkung 84)
Ōtsuka, Kinnosuke 57, 59, 127, 135, 145, 182, 235, 252, 296 (Anmerkung 46), 298 (Anmerkung 73)
Ōuchi, Hyōe 56, 126, 140, 235
Ōyama, Ikuo 60
Ōyama, Satoshi 188
Ozaki, Hotsumi 61, 297 (Anmerkung 63)

P

Pfeil, Ulrich 245
Pieck, Wilhelm 73

R

Rabenberg, Friedrich 13, 254
Radchenko, Sergey 119
Raffael 191, 193, 196
Rapacki, Adam 92, 302 (Anmerkung 30)
Rau, Heinrich 49
Reimann, Max 130
Rembrandt 197
Richter, Willi 111
Riemer, Andrea K. 291 (Anmerkung 4)

S

Sakisaka, Itsurō 56, 140–144, 149, 223, 235, 252, 311 (Anmerkung 66, 67, 70)
Sakurauchi, Yoshio 165f., 175, 177, 314 (Anmerkung 32)
Sasaki, Kōzō 139, 148, 222, 225, 227
Sata, Tadataka 86, 127
Satō, Eisaku 169, 178, 201f., 222
Satō, Gisen 180
Saul, Richard 24, 243f., 246
Schelepin, Alexander N. 224
Schmidt, Gustav 19
Schmidt, Horst 207f.
Schmied, Fritz 210
Scholtyseck, Joachim 21
Schröder, Gerhard 168
Schroers, Rolf 90f.
Schulz, Eberhard 21
Schwarz, Hans-Peter 304 (Anmerkung 44)
Selbmann, Kurt 219
Senda, Koreya 58, 127, 235, 252
Seydewitz, Max 193
Shidehara, Kijūrō 16
Shiga, Hidetoshi 61
Shiga, Yoshio 132f.
Shigi, Tatsuki 34, 186, 291 (Anmerkung 2)
Siebs, Benno-Eide 21
Shiina, Etsusaburō 170, 179, 199

Shinohara, Seiei 183
Simon, Harald 312 (Anmerkung 84)
Šimovič, Ladislav 85
Sōda, Sei'ichi 114
Soeya, Yoshihide 18, 165
Sölle, Horst 209, 228
Sono, Akira 305 (Anmerkung 63)
Sorge, Richard 61, 297 (Anmerkung 63)
Staar, Richard F. 297 (Anmerkung 56)
Stalin, Josef 293 (Anmerkung 1), 296 (Anmerkung 45), 60, 119
Steinberg, Werner 93
Stern, Carola 91
Stoph, Willi 151, 161
Subandrio 170
Sugiyama, Kaneo 222f.
Suslow, Michail A. 74
Suzuki, Ichizō 132f.
Suzuki, Kazuo 164
Suzuki, Mosaburō 85, 87
Suzuki, Sei'ichi 109, 112–114, 218, 305 (Anmerkung 70), 324 (Anmerkung 69)

T

Tajima, Nobuo 20
Takano, Minoru 67
Takasaki, Tatsunosuke 165, 204f.
Takemura, Eisuke 109
Tanaka, Kakuei 237, 239
Tanaka, Toshio 64, 79
Tanikawa, Tetsuzō 190
Thälmann, Ernst 234, 327 (Anmerkung 130)
Thomas, Stephan 113
Tōgō, Kazuhiko 16f.
Tōgō, Shigenori 16
Tōjō, Hideki 87
Tomonaga, Shin'ichirō 180
Touré, Ahmed Sékou 103
Tsunetō, Kyō 126

U

Uehara, Senroku 58f.
Uesugi, Jūjirō 129, 234, 327 (Anmerkung 130)

Ulbricht, Walter 30, 73, 130, 151, 193,
227–229
Usami, Seijirō 57f., 126–129, 135, 145,
296 (Anmerkung 47)

W

Waltz, Kenneth N. 291 (Anmerkung
4)
Warnke, Herbert 70, 73, 95, 103f.,
106f., 109f., 216
Weber, Hermann 21
Weiss, Gerhard 158
Wentker, Hermann 21, 23, 35, 242,
292 (Anmerkung 8)
Willmann, Heinz 60, 297 (Anmer-
kung 58, 59), 304 (Anmerkung 57),
310 (Anmerkung 49)
Winogradow, Wladimir M. 166
Winzer, Otto 228
Wippich, Rolf-Harald 19

Y

Yagi, Ki'ichirō 56

Yamada, Hisanari 166
Yamakawa, Hitoshi 140f.
Yamamoto, Kenzō 296 (Anmerkung
45)
Yamamoto, Kōichi 227
Yamamoto, Kumaichi 47
Yamamoto, Mari 71
Yamanaka, Tadaki 95
Yamashita, Sei'ichi 173
Yamato, Yoichi 73
Yasui, Ei'ichi 134
Yasui, Kaoru 64, 92
Yonehara, Itaru 130, 134,
Yoshida, Shigeru 38, 41, 56, 111, 117,
124, 153
Yoshikawa, Yūichi 54
Yukawa, Masao 174

Z

Zachert, Herbert 122
Zhou, Enlai 101, 131, 164

XI. ANMERKUNGEN

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL I. EINLEITUNG: JAPAN UND DAS GETEILTE DEUTSCHLAND

- ¹ Der frühere nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten Gerald Ford (1913–2006), William G. Hyland (1929–2008), bezeichnete die Deutschlandfrage nicht nur als eines der wichtigsten, sondern als das über längere Zeit wichtigste internationale Problem bis zum Beginn der siebziger Jahre (Hyland 1981: 182).
- ² Nakakita Kōji griff etwa die Tätigkeit der Gewerkschaften der DDR und der Bundesrepublik im Kontext der Gewerkschaftsaktivitäten des „Ostblocks“ bzw. des westlichen s in Japan auf. (Nakakita 2008: 299f.) In Form einer Auseinandersetzung mit den Umständen, die zur Gründung der pro-ostdeutschen Germanistenvereinigung Freunde von Weimar (*Waimaru tomo no kai*) beitrugen, erfasste Shigi Tatsuki einen sehr interessanten Aspekt der deutsch-deutschen Konkurrenzsituation in Japan. (Shigi 1991)
- ³ Die Hallstein-Doktrin, benannt nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein (1901–1982), erklärte die Aufnahme oder Unterhaltung diplomatischer Beziehungen zur DDR als „unfreundlichen Akt“. Die Konsequenzen, die die Bundesregierung aus einem solchen „unfreundlichen Akt“ ziehen würde, wurden nicht benannt. Der Abbruch diplomatischer Beziehungen bzw. die Weigerung der Aufnahme offizieller Beziehungen galten jedoch als Regel. Insbesondere William Gray und Rüdiger Booz setzten sich ausführlich mit den Ursprüngen, der Moskaureise Konrad Adenauers vom September 1955 als unmittelbarem Anlass der Verkündung und einer Bilanz über Erfolg und Misserfolg der Doktrin auseinander. (Gray 2003; Booz 1995)
- ⁴ Der Neo-Realismus ging in den sechziger Jahren aus dem Realismus hervor. Die theoretischen Grundgedanken wurden von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Kenneth N. Waltz (1924–2013) verfasst. (Waltz 1979) Die Politikwissenschaftlerin Andrea K. Riemer fasste die Basis des Neo-Realismus in vier Grundannahmen zusammen: (1) Im internationalen Raum gibt es keine übergeordnete Autorität. Demnach ist das internationale System von anarchischer Beschaffenheit. Jeder Akteur (Staat) muss darin für die eigene Sicherheit sorgen. Zu diesem Zweck werden nach dem Selbsthilfeprinzip starke Verteidigungen aufgebaut und Bündnisse etabliert. (2) Die Einheiten des internationalen Systems sind souveräne Nationalstaaten. Nach innen besitzen sie ein Gewaltmonopol und nach außen versuchen sie, ihre Interessen durchzusetzen. (3) Eine funktionale Differenzierung zwischen den einzelnen Akteuren im internationalen System (funktionale Homogenität) gibt es nicht. Funktional betrachtet sind alle Staaten als Akteure im internationalen System gleich. Sie müssen sich vorrangig um ihre Sicherheit kümmern. (4) Den einzig wirklich relevanten Unterschied zwischen den Staaten macht das jeweilige Machtpotenzial aus. Die Verteilung von Macht zwischen den Einheiten im System ist von zentraler Bedeutung (relative Machtverhältnisse). Durch den Neo-Realis-

mus wird der Realismus in zwei wesentlichen Punkten modifiziert. Der Realismus legt das Augenmerk der Analyse auf die Natur des Menschen als machtorientiertes Wesen. Dagegen fokussiert der Neo-Realismus die Natur des internationalen Systems als anarchistische Struktur. Basierend auf dem genannten Menschenbild geht der Realismus ferner davon aus, dass das zentrale Ziel der Akteure die Maximierung von Macht ist. Der Neo-Realismus sieht Macht als oberstes Ziel der Staaten. Die neo-realistische Theorie weist allerdings auch einige Schwächen auf. Wie wirken sich etwa innerstaatliche Machtverhältnisse und die innere Verfassung von Staaten auf deren Außenpolitik aus? Wie kommen internationale Organisationen zustande und welchen Einfluss haben sie auf das Handeln der Staaten im internationalen System? Weshalb streben Staaten nach Autonomie und warum erkennen sie sich als souveräne Akteure an? Wie wird eine auf nationalstaatlicher Souveränität basierende Theorie einer sich globalisierenden Welt gerecht? (Riemer 2006: 56f.)

⁵ Die Verwendung des Terminus „Propaganda“ ist nicht ganz unproblematisch. Im Ergebnis der Vorgänge aus zwei Weltkriegen wurde der Ausdruck häufig mit „Lüge“, „Verdrehung“ bis hin zu „Manipulation der Gefühle“ assoziiert. Vertreter einzelner politischer Strömungen lehnten es danach ab, den Terminus „Propaganda“ im Sinne eines planmäßigen Versuchs zu verstehen, menschlichen Grundwerten durch vernünftige, rational begründete Überzeugungsarbeit Anerkennung zu verschaffen. (Mallinckrodt 1980: 29) In Anlehnung an die Terminologie der behördlichen Dokumente wird jedoch in der vorliegenden Untersuchung „Auslandspropaganda“ gleichbedeutend mit „Auslandsinformation“ verwendet.

⁶ Mit der Entscheidungsstruktur im außenpolitischen Apparat der DDR und der Einbindung gesellschaftlicher Einrichtungen als Stützen für politische Entscheidungsträger (Politbüro) und ausführende Organe (Ministerien) haben sich bereits Ingrid Muth (2000) und Anita Mallinckrodt (1979a) ausführlich beschäftigt.

⁷ Die Bulletins sind unter folgenden Signaturen einget: SAPMO-BArch, DY13 3115 sowie DY13 3115a.

⁸ Wentker unterteilte die ostdeutsche Außenpolitik bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages in vier Spannen. Die erste umfasst den Zeitraum von 1949 bis 1955. Während dieser Zeit stand die ostdeutsche Außenpolitik hauptsächlich unter sowjetischer Federführung. Die zweite Spanne erstreckt sich bis 1961 und war gleichbedeutend mit einer Konsolidierung der ostdeutschen Außenpolitik vor dem Hintergrund des XX. Parteitages der KPdSU und den daran anschließenden Entstalinisierungsprozessen. Die dritte umfasst den Zeitraum bis 1969. Diese Phase stand nicht zuletzt im Zeichen der internationalen Anerkennungsoffensive der DDR. Die vierte Spanne orientiert sich an den Zäsuren der Neuen Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung, in der dem ostdeutschen Teilstaat zunehmend Freiräume zugestanden wurden. (Wentker 2007)

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL II. OST-WEST-HANDEL, FRIEDENSBEWEGUNG
UND GEWERKSCHAFTEN:
ERSTE ANNÄHERUNGEN IN DEN FÜNFZIGER JAHREN

- ¹ Grundsätzlich war es so, dass SCAP die japanischen Hoheitsrechte übernommen hatten. Das GHQ setzte sich abgesehen von einigen Ausnahmen fast vollständig aus amerikanischen Staatsbürgern zusammen. Truppen des British Commonwealth waren nur bedingt an der Besatzung beteiligt, während Stalins Vorschlag, einen Teil der nördlichsten japanischen Hauptinsel Hokkaido unter sowjetische Besatzung zu stellen, rigoros abgelehnt wurde. (Kitaoka 2010: 209–211)
- ² Problematisch erschien außerdem die Interventionsklausel. Sie gestattete der amerikanischen Seite im Falle innerer Unruhen im Inselreich direkt einzugreifen und besagte Unruhen zu unterbinden, sofern die japanische Regierung zuvor den expliziten Wunsch zur Intervention an die USA gerichtet hatte. (Wellfield 1982: 9f.)
- ³ „Künftiger Status der Bundesvertretung in Tokyo und der japanischen Vertretung in Bonn“ (11.4.1952), in: PA AA, B11, Bd. 370, Bl. 175f.
- ⁴ Northe an Auswärtiges Amt (15.4.1954), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842; Northe an Okumura Katsuzō (nicht datiert), in: MOFA, A'0127
- ⁵ Blankenhorn an Kase Shun'ichi (26.11.1954), in: PA AA, B11, Bd. 662, Bl. 227
- ⁶ „Erwähnung der Wiedervereinigungsfrage in der Generaldebatte der 13. Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 1958“ (9.9.1958), in: PA AA, B12, Bd. 1528
- ⁷ „Japanisches Kompensationsgeschäft mit der Sowjetzone“ (4.6.1954), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7116.
- ⁸ „Japanisches Kompensationsgeschäft mit der Sowjetzone“ (26.5.1954), in: Ebd.
- ⁹ „Bericht über die Ostasienreise der deutschen Wirtschaftsdelegation vom 31.5. bis 21.8.1951“ (25.8.1951), in: PA AA, B11, Bd. 262, Bl. 21, 25
- ¹⁰ Trotz gelegentlicher Rückgänge, etwa in Jahren 1957/58, wurde der Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und Japan bis zum Ende der ersten Dekade kontinuierlich gesteigert. 1960 umfassten die japanischen Exporte in die Bundesrepublik einen Wert von 66,3 Millionen US-Dollar, die westdeutschen Einfuhren nach Japan gar 123 Millionen US-Dollar. Bis 1970 sollten sich die Werte um mehr als das Achtfache (auf 550 Millionen US-Dollar) bzw. um das Fünffache (auf 617 Millionen US-Dollar) erhöhen.
- ¹¹ Artikel XXXV des GATT besagte u. a., dass das Abkommen zwischen zwei Mitgliedsparteien keine Anwendung findet, wenn „[...] eine der beiden Vertragsparteien zu dem Zeitpunkt, an dem eine von ihnen Vertragspartei wird, der Anwendung ihre Zustimmung versagt.“
- ¹² Die Befürchtungen in der Bundesrepublik vor der japanischen Konkurrenz waren wohl nicht weniger stark ausgeprägt als in anderen europäischen Staaten, die dem GATT angehörten. Noch zum Ende der fünfziger Jahre reagierten bestimmte Kreise der westdeutschen Industrie sehr sensible auf jede Handlung im eigenen Land, die zur unmittelbaren Stärkung der japanischen Wirtschaft beitrug. Da bestimmte Industriezweige, etwa in den Bereichen der Textilfertigung oder Herstellung optischer Geräte, in besonders scharfem Wettbe-

werb mit japanischen Unternehmen standen, riefen schon Verkaufsangebote von Japananleihen durch ein deutsches Verkaufskonsortium lebhaftere Diskussionen hervor. So stand auch konkret die Frage im Raum, ob es nicht vordringlichere Finanzierungsobjekte als japanische Kraftwerke gebe, die angeblich auf diese Weise finanziell gefördert werden sollten. (Frankfurter Allgemeine Zeitung 1959)

- ¹³ Unter den 600.000–700.000 Koreanern, die noch nach dem Zweiten Weltkrieg in Japan beheimatet waren, sollen zwischen 1947 und 1948 mehr als 70 % mit dem kommunistischen Teil Koreas sympathisiert haben. Einige darunter zeigten auch Bereitschaft zu Gewaltaktionen. 1948/49 gehörten 20.000–30.000 Koreaner der KPJ an. Das entsprach 20–30 % der gesamten Mitgliederzahl. Speziell sie traten ein für eine Revolution in Japan wie auch für die Souveränität und Unabhängigkeit des koreanischen Volkes und entfalteten ein entsprechendes Engagement im Inselstaat. (Abe und Kimura 2008: 36–40)
- ¹⁴ Yamamoto Kumaichi an Deutscher Innen- und Außenhandel KOMPENSATION (23.5.1955), in: SAPMO-BArch, DL200 171
- ¹⁵ Bei den Unternehmen handelte es sich um Tōhō Trading Co., Ltd.; Keimeikōeki kabushiki kaisha; Furutaka Industrial Co., Ltd.; Meiwa Trading Co., Ltd.; Tōhō Bussan Kaisha, Ltd.; Nihon Shiryō Bōeki Co., Ltd.; Hinode Kagaku Kōgyō Kaisha, Ltd. In: Yamamoto Kumaichi an Deutsche Waren-Vertriebsgesellschaft (19.5.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1777, Bl. 144
- ¹⁶ Kōno Ichirō an Chikaraishi Hisatake (12.3.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1776, Bl. 27
- ¹⁷ „Bericht für Herrn Direktor Lange betreffend Kali-Problem Japan“ (3.9.1953), in: SAPMO-BArch, DL2 1525, Bl. 11f.
- ¹⁸ Ein Vermerk der zuständigen Deutsche-Waren-Vertriebsgesellschaft listet folgende Steigerung des jährlichen Kaliexports nach Japan zwischen 1948 und 1954: 1948/14.735t; 1949/82.598t; 1950/32.514t; 1951/32.282t; 1952/51.891t; 1953/98.500t; 1954/102.548t. In: „Vermerk über die Entwicklung des japanischen Kaligeschäftes seit 1948“ (1.10.1954), in: SAPMO-BArch, DL2 1776, Bl. 22
- ¹⁹ Von den insgesamt 250.350t Kali, die zwischen Oktober 1955 und März 1956 von Japan importiert worden waren, wurden 62.200t aus der DDR eingeführt. Für den Zeitraum von April bis September 1956 wurde mit fast exakt denselben Zahlen gerechnet. In: Japan Cotton & General Trading Co., Ltd. an Transatlantic, Import-Export K. G. (25.4.1956), SAPMO-BArch, DL2 1777, Bl. 114
- ²⁰ „Japanisches Kompensationsgeschäft mit der Sowjetzone“ (26.5.1954), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7116
- ²¹ „Protokoll über eine Besprechung bezüglich Japan am 21. Februar 1955“ (22.2.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1777, Bl. 3
- ²² „Vertrag zwischen der Firma Nichimen Jitsugyo und der der Firma Deutsche Waren-Vertriebsgesellschaft m. b. H.“, in: Ebd., Bl. 286ff.
- ²³ Yamamoto Kumaichi an Deutsche Waren-Vertriebsgesellschaft (19.5.1955), in: Ebd., Bl. 144.
- ²⁴ In einem ostdeutschen Vermerk vom Dezember 1955 werden folgende Unternehmen als Mitglieder der GDR Potash Importers Association gelistet: Tōkyō shokuhin kabushiki kaisha, Sōgō bōeki kabushiki kaisha, Itōchū shōji kabushiki kaisha sowie Nichimen jitsugyō kabushiki kaisha. Nichimen jitsugyō war

- jedoch nicht von Beginn an Mitglied der Vereinigung, sondern wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen. Anmerkung des Verfassers: in dem entsprechenden Vermerk wird außerdem ein fünftes Unternehmen aufgeführt, das aufgrund schlechter Lesbarkeit aber nicht zugeordnet werden kann. In: „Aktenvermerk“ (12.12.1955), in: Ebd., Bl. 254
- ²⁵ Kōno Ichirō an Chikaraishi Hisatake (12.3.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1776, Bl. 27; Ochiai an Heinrich Rau (26.7.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1777, Bl. 167
- ²⁶ Ochiai an Heinrich Rau (26.7.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1777, Bl. 167
- ²⁷ „Aktenvermerk über die Verhandlungen mit Herrn Umiuchi, Chefabteilungsleiter der Kalidüngemittelabteilung im japanischen Land- und Forstwirtschaftsministerium am 22.8.1955“ (23.8.1955); in: Ebd., Bl. 163f.
- ²⁸ Heinrich Rau an Kōno Ichirō (20.8.1955), in: Ebd., Bl. 160
- ²⁹ „Aktenvermerk über die Verhandlungen mit Herrn Umiuchi, Chefabteilungsleiter der Kalidüngemittelabteilung im japanischen Land- und Forstwirtschaftsministerium am 22.8.1955“ (23.8.1955), in: Ebd., Bl. 163f.
- ³⁰ Deutsche Waren-Vertriebsgesellschaft an Umiuchi (19.11.1955), in: Ebd., Bl. 163f.
- ³¹ Tokyo Food Products Co., Ltd. an Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (28.11.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1776, Bl. 14
- ³² Ebd.
- ³³ „Aktenvermerk“ (24.8.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1777, Bl. 122
- ³⁴ „Aktenvermerk“ (5.8.1955), in: SAPMO-BArch, DL200 171
- ³⁵ „Rahmenkompensationsvertrag“, in: SAPMO-BArch, DL2 1777, Bl. 273–278
- ³⁶ Butters an Wolf (26.4.1956), in: SAPMO-BArch, DL200 82
- ³⁷ Erst im Herbst 1952, mehrere Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von San Francisco, wurde überhaupt von ostdeutscher Seite die Genehmigung für die Aufnahme des uneingeschränkten Briefverkehrs mit Japan von den sowjetischen Stellen eingeholt. In: Minister für Post und Fernmeldewesen (14.10.1952), in: PA AA, MfAA A9500, Bl. 62
- ³⁸ „Bericht Nr. 22 über eine Besprechung mit dem Gen. Ni, Vizedirektor des 3. Büros des chines. Aussenhandels-Ministeriums am 1. Juli 1955“ (21.7.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1766, S. 198–203; „Bericht Nr. 3 über eine Besprechung mit Direktor Ni der CHIEC (China National Import and Export Corporation), der gleichfalls Stellvert. Direktor des 3. Abteilg. des chines. Ministeriums für Aussenhandel ist.“ (16.2.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1776, Bl. 205–209
- ³⁹ In der Abteilung wurden Fragen des Handels mit folgenden Ländern behandelt: Afghanistan, Thailand, Nepal, Laos, Indochina, Korea, Ceylon, Hongkong, Malaya, Japan, Neuseeland, Australien und die Philippinen.
- ⁴⁰ „Handelspolitische Richtlinien für die Länder des F.O.“, in: SAPMO-BArch, DL2 1766, Bl. 233
- ⁴¹ „Analyse über den Handel DDR/Japan I. Halbjahr 1957“ (2.8.1957), in: SAPMO-BArch, DL2 1766, Bl. 57
- ⁴² „Jahresanalyse über den Handel DDR – Japan 1957“ (23.1.1958), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/6.10 225
- ⁴³ Ebd.
- ⁴⁴ Familienmitglieder aus verschiedenen Generationen der ehemaligen Samuraifamilie Nabeshima studierten etwa im Sachsen der Vorkriegszeit. In Gedenken an diese Zeit wurden der Technischen Universität Dresden in der

DDR wertvolle Kunstobjekte aus Familienbesitz übergeben. So folgte die Ethnologin Lydia Icke-Schwalbe: „[...] the very special and close relationship between Japan and Saxony is clearly illustrated by the traditional mon of the Nabeshima family on these items.“ (Kreiner 2005: 604f.)

- ⁴⁵ Zwischen 1929 und 1934 engagierte sich die Gruppe auf verschiedene Weise. Sie koordinierte ihr Vorgehen mit führenden japanischen Sozialisten und Kommunisten im Moskauer Exil, wie Katayama Sen (1859–1933), Yamamoto Kenzō (1895–1939) oder Nosaka Sanzō (1892–1993). Die Verbindungen bestanden aber nicht nur zwischen Moskau und Berlin. Sie waren Bestandteil eines Netzwerkes, das auch japanische Gruppen in London, Paris, Wien, Genf, New York, San Francisco und Los Angeles umfasste. In kulturpolitischen Zeitschriften (*sōgō zasshi*) wie *Kaizō* oder *Chūō kōron* berichteten sie über die Vorgänge im Okzident. Gemeinsam mit Gleichgesinnten aus China, Korea oder Indien gründeten die Angehörigen der Berliner Gruppe die „Vereinigung der revolutionären Asiaten“, die zwischen März 1932 und Januar 1933 in mindestens fünf Ausgaben der eigenen Zeitschrift „Revolutionäres Asien“ gegen den Krieg in der Mandschurei und Japans expansionistische Bestrebungen in Ostasien opponierten. Mit der Machtergreifung der NSDAP konnte die Vereinigung ihre Aktivitäten nicht länger fortsetzen. Führende Mitglieder gingen daher nach Moskau ins Exil. (Katō 2008b: 34–36) Besondere Erwähnung verdient das Schicksal von Kunisaki Teidō, der in der UdSSR der „Großen Säuberung“ Stalins zum Opfer fiel und im Dezember 1937 liquidiert wurde. (Katō und Kawakami 1995)

- ⁴⁶ Ōtsuka Kinnosuke an Jürgen Kuczynski (30.8.1958), in: Kuc2–1-J01829; Mizuta Hiroshi (*1919) hatte seinen Kollegen Ōtsuka als jemanden beschrieben, der die Gesellschaft der DDR und UdSSR als das Paradies betrachtet hätte. (Mizuta 1978: 207) Kawasaki Isao, ein früherer Schüler von Ōtsuka, war gar der Meinung, dass die DDR wohl Ōtsukas erste Heimat gewesen sei. (Kawasaki 1981: 16)

- ⁴⁷ Das Dokument Kuc2–1-U1036 aus dem Nachlass von Jürgen Kuczynski soll Korrespondenz zwischen Usami Seijirō und dem ostdeutschen Politökonom enthalten, die mit Dezember 1950 datiert ist. Derzeit ist das Dokument aber noch nicht einsehbar. Schon vor dem Frühjahr 1958 müssen sich Jürgen Kuczynski und Usami Seijirō erstmals persönlich begegnet sein. Siehe Jürgen Kuczynski an Usami Seijirō (29.5.1958), in: Kuc2–1-J1609

- ⁴⁸ Uehara Senroku an Fritz Klein (21.10.1953), in: PA AA, MfAA A9500, Bl. 7

- ⁴⁹ Die GkVA war lange Zeit die wichtigste gesellschaftliche Einrichtung im außenpolitischen Apparat der DDR, die explizit dem Werben um Anerkennung im nichtsozialistischen Ausland verschrieben war. Als die GkVA 1952 gegründet wurde, stand noch die Koordinierung der kulturellen Auslandsbeziehungen zu den „Bruderstaaten“ im Mittelpunkt der Tätigkeit. Wenig später wurde aber bereits ersichtlich, dass die Organisation auch im Rahmen der Beziehungen zu Staaten außerhalb des sozialistischen s nützlich sein konnte, sodass sich ab 1954 das Engagement auf die Länder konzentrierte, mit denen keine offiziellen Beziehungen gepflegt wurden. (Wentker 2007: 206; Muth 2000: 89; Malinchrodt 1980: 207)

- ⁵⁰ „Bericht des Japanisch-Deutschen Kulturvereins (Nr. 9, Januar 1956)“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A10254, S. 145.

- ⁵¹ Siehe auch „Nichidoku yūkō undō zenkoku tōitsu kikan-shi junbi-gō“ [Vorberitungsausgabe eines nationalen Verbindungsorgans der japanisch-deutschen Freundschaftsbewegung] (15.8.1969), 2, in: SAPMO-BArch, DY13 3115
- ⁵² „Aktennotiz von der Aussprache mit dem japanischen Gast, Herrn Prof. Sonobe, am 7.4.1956“ (9.4.1956), in: PA AA, MfAA A10254, Bl. 164; „Bericht des Japanisch-Deutschen Kulturvereins (Nr. 9, Januar 1956)“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 147; Herta Classen an GkVA (10.10.1960), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 96
- ⁵³ „Abschrift: Memorandum zu Fragen der japanisch-deutschen kulturellen Zusammenarbeit“ (nicht datiert), in: PA AA, B12, Bd. 1524
- ⁵⁴ „Bericht des Japanisch-Deutschen Kulturvereins (Nr. 9, Januar 1956)“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A10254, Bl. 146
- ⁵⁵ „Abschrift: Memorandum zu Fragen der japanisch-deutschen kulturellen Zusammenarbeit“ (nicht datiert), in: PA AA, B12, Bd. 1524
- ⁵⁶ Der Historiker und Politikwissenschaftler Richard F. Staar hatte den Weltfriedensrat zusammen mit dem Weltgewerkschaftsbund, dem Weltbund der Demokratischen Jugend und dem Internationalen Studentenbund den maßgebenden internationalen kommunistischen „Frontorganisationen“ zugeordnet. Deren Funktion habe laut Staar in der Generierung eines positiven Images der UdSSR und eines weniger schmeichelhaften Bildes des Westens und im Besonderen der USA bestanden. Dem Anschein des offiziellen Auftretens nach hatte es zwar keine Bindung der Organisationen zum Marxismus-Leninismus gegeben, doch erfolgte nach Staar die Koordinierung des Wirkens durch bestimmte Sektionen der Internationalen Abteilung der KPdSU. Speziell der Weltfriedensrat soll mit Regelmäßigkeit Sympathien apolitischer westlicher Gelehrter und Wissenschaftler genutzt haben, um diese in ihrem pazifistischen Eifer zu unwissenden Instrumenten der Sowjet-Propaganda zu machen. (Staar 1991: 79–86)
- ⁵⁷ „Zum Tode von Professor Ikuro Oyama“, in: SAPMO-BArch, DZ9 841
- ⁵⁸ Bereits in einem Schreiben vom 23. September 1954 an Willmann berichtete Hirano von seiner Freude über das Wiedersehen beim Bureau Meeting des Weltfriedensrates in Wien. In: Hirano Yoshitarō an Heinz Willmann (23.9.1954), in: SAPMO-BArch, DZ9 2532
- ⁵⁹ Willmann berichtete in seinen Memoiren auch davon, wie er 1928 in Berlin den Mitbegründer der KPJ Katayama Sen kennenlernte und ihm während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt als Betreuer zur Seite stand. (Willmann 1977: 410f.)
- ⁶⁰ Zur autobiografischen Darstellung von Hirano Yoshitarōs Zeit in Frankfurt siehe Hirano (1982: 149–157).
- ⁶¹ Heinz Willmann an Gerhard Hardig (17.1.1956), in: SAPMO-BArch, DZ9 764
- ⁶² „Notiz über eine Besprechung am 28.4.1956, 11Uhr“, in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/904 394, Bl. 27f.
- ⁶³ Richard Sorge (1895–1944) war ein Kommunist deutscher Herkunft und Spion der UdSSR, der seit 1925 der KPdSU angehörte. Als NSDAP-Mitglied und Korrespondent der Frankfurter Zeitung arbeitete er in Japan und gelangte während des Zweiten Weltkrieges in Zusammenarbeit mit dem japanischen Journalisten Ozaki Hotsumi (1901–1944) an höchst sensible Informationen über die Wehrmacht, die er an die UdSSR weiterleitete. Sorges und Ozakis Tarnung

wurde jedoch vom japanischen Geheimdienst aufgedeckt, so dass beide im Oktober 1941 verhaftet und am 7. November 1944 gehängt wurden.

⁶⁴ „Besprechung mit ausländischen Teilnehmern an der Bürotagung des Weltfriedensrates vom 30. März – 2. April 1957 in Berlin“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DZ9 1338

⁶⁵ Ishi'i Hanako an Heinz Willmann (18.7.1957), in: SAPMO-BArch, DZ9 829

⁶⁶ „Aktenvermerk“ (9.12.1955), in: SAPMO-BArch, DL2 1776, Bl. 70

⁶⁷ Zänker und Hälker an Schrader (4.6.1959), in: SAPMO-BArch, DZ9 807

⁶⁸ Zänker und Hälker an Shiga Hidetoshi (31.7.1959), in: Ebd.

⁶⁹ Schreiben an Engel (2.10.1959), in: Ebd.

⁷⁰ So engagierte sich Hirano Yoshitarō etwa in vermittelnder Funktion als der sozialistische Bürgermeister der Stadt Kyoto Ninagawa Torazō (1897–1981) 1969 eine Städtepartnerschaft mit Leipzig anregte. In: Hälker an den Rat des Bezirks Leipzig (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DZ9 2153

⁷¹ „Besprechungsvermerk“ (13.5.69), in: Ebd.

⁷² Hirano Yoshitarō an Heinz Willmann (22.9.1960), in: SAPMO-BArch, DZ9 2143

⁷³ Als Ōtsuka Kinnosuke während einer Unterredung mit Funktionären des MfAA und Vertretern der Humboldt-Universität sein Erstaunen darüber zum Ausdruck brachte, dass Hirano Yoshitarō, der bis 1945 „Sekretär einer imperialistischen Wissenschaftsvereinigung“ gewesen sei, Ehrungen in der DDR erfahren habe, verwiesen die ostdeutschen Gesprächspartner darauf, dass Hirano ein „konsequenter Vertreter der japanischen Friedenskräfte“ sei und im Weltfriedensrat aktiv mitarbeiten würde. In: „Aktenvermerk über eine Besprechung des Gen. Stude mit Prof. Otsuka von der Hitotsubashi-Universität, Tokio, und Gen. Dr. Otto von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität am 21.11.1960 von 14.00–15.00 Uhr“ (16.11.1960), in: PA AA, MfAA A17782, Bl. 18

⁷⁴ Ausführlich mit Hirano Yoshitarōs Biografie und speziell dem Wandel seines weltanschaulichen Standpunktes am Beispiel der Entwicklung seiner Studien beschäftigte sich Mutō Shūtarō (2011; ders. 2003).

⁷⁵ So sollen China und die Sowjetunion zusammengekommen der Weltkonferenz ca. 830.000 US-Dollar (300 Millionen Yen) zur Verfügung gestellt haben. Allein von den Unkosten der Konferenz soll der chinesisch-sowjetische Block 30 % getragen haben. (Hidaka 1963: 33f.)

⁷⁶ „Vermerk“ (28.7.1958), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6834

⁷⁷ „1956-nen ni okeru tōdoku gaikō ni kan suru ken“ [Über die ostdeutsche Außenpolitik im Jahr 1956] (29.1.1957), in: MOFA, A'00157

⁷⁸ Der Historiker Lonny E. Carlile spricht nicht unmittelbar von „Gewerkschaftsbewegung“, sondern von „Arbeiterbewegung“. Gleichzeitig merkt Carlile an, dass der Begriff „Arbeiterbewegung“ ein kaum zu erfassendes Spektrum von Arbeiterzusammenschlüssen und Organisationen beinhaltet, er sich aber mit dem Begriff an erster Stelle auf die Gewerkschaften und politischen Parteien bezieht.

⁷⁹ „Telegramm aus Moskau vom 6.11.1954“ (6.11.1954), in: PAAA, MfAA A9500, Bl. 37

⁸⁰ Rudolf Appelt an MfAA (26.11.1954), in: Ebd., Bl. 21

⁸¹ „Bericht über den Aufenthalt der japanischen Gewerkschafts-Studiendelegation vom 9.–13.11.1954“, in: Ebd., Bl. 30–32

- ⁸² FDGB Bundesvorstand, Abt. Internationale Verbindungen an Sōhyō (25.1.1955), in: SAPMO-BArch, DY30 5455
- ⁸³ „Über die japanischen Gewerkschaftsvertreter, die vom FDGB eingeladen sind“; „Telefonat mit Wien, Koll. Groß am 4.6.55“, in: Ebd.
- ⁸⁴ Ōta musste bereits 1966 den Posten des Sōhyō-Vorsitzenden abgeben, blieb aber trotzdem noch lange Zeit eine der maßgebenden Persönlichkeiten in den Reihen von Sōhyō. (Carlile 2005: 216)
- ⁸⁵ Herbert Warnke an Sōhyō (23.3.1960), in: SAPMO-BArch, DY34 3474, Bl. 278
- ⁸⁶ Tanehashi Shigeru an Herbert Warnke (11.4.1960), in: Ebd., Bl. 281
- ⁸⁷ „Abschlussbericht über den Aufenthalt der japanischen Delegation“ (25.10.1957), in: SAPMO-BArch, DY34 1638
- ⁸⁸ „Hosoi, Japan“, in: SAPMO-BArch, DY34 8240
- ⁸⁹ Hosoi hob in seinem Redebeitrag außerdem hervor, dass er den Vorschlag hinsichtlich gemeinsamer deutsch-japanischer Aktionen von der Rednertribüne aus bereits auf dem III. WGB-Kongress in Warschau von 1953 unterbreitet habe. In: Ebd.
- ⁹⁰ Rōdōshō: *Shiryō rōdō undōshi, Shōwa* 32 [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Shōwa 32 (1957)], 943
- ⁹¹ Hosoi Sōichi an Herbert Warnke (29.11.1957), in: SAPMO-BArch, DY34 3474, Bl. 294
- ⁹² Als ein halbes Jahr nach Hosois Aufenthalt in der DDR eine dreiköpfige FDGB-Delegation im Mai 1958 auf Einladung von Sōhyō nach Japan eingeladen wurde, befand sich unter den ostdeutschen Gewerkschaftern auch der Sekretär des Zentralvorstandes der IG Eisenbahn Horst Strubel. In: „Beschluss des Sekretariats vom 14.4.1958, Nr S 235/58“, in: SAPMO-BArch, DY34 24478, Bl. 10
- ⁹³ „Reise einer Delegation der Sozialdemokratischen Partei Japans nach der Sowjetunion, Jugoslawien, Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetzone“ (15.8.1957), in: PA AA, B12, Bd. 1546
- ⁹⁴ Die Akten des MfAA bezeichnen Kapiza in einem Dokument vom 17.9.1957 als „stellv. Leiter“ der Abteilung Fernost im sowjetischen Außenministerium. In einem Dokument vom 1.10.1957 wird er wiederum als „amtierender Leiter“ der entsprechenden Abteilung bezeichnet.
- ⁹⁵ „Aktenvermerk über eine Unterredung im MfAA der UdSSR zwischen dem amtierenden Leiter der Abteilung Ferner Osten, Gen. Kapiza, und Koll. Thun am 1.10.1957“ (1.10.1957), PA AA, MfAA A9500, Bl. 68f.
- ⁹⁶ „Aktenvermerk über eine Aussprache mit dem stellv. Leiter der Fernostabteilung im MfAA der UdSSR, Gen. Kapiza, am 16.9.1957“ (17.9.1957), in: Ebd., Bl. 73f.
- ⁹⁷ Im Juli 1957 wandte sich die ostdeutsche Regierung an die europäischen Staaten und unterbreitete umfangreiche Vorschläge zur Rüstungsbeschränkung, welche wiederum als Grundlage für die Bildung einer deutschen Föderation dienen sollten und in erweiterter Form auch das Territorium Westberlins einschlossen. (Haftendorn 2001: 148f.)
- ⁹⁸ „Aussprache der Parlamentsmitglieder der Sozialistischen Partei Japans mit der Interparlamentarischen Gruppe der DDR am 16. Oktober 1957“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY60 4662

- ⁹⁹ „Kurzinformation über den Aufenthalt einer der Delegation von Parlamentsabgeordneten der Sozialistischen Partei Japans in der Deutschen Demokratischen Republik“ (18.11.1957), in: PA AA, MfAA A10254, Bl. 117
- ¹⁰⁰ Grüttner an Markowski (18.11.1957), in: PA AA, MfAA A6633, Bl. 60
- ¹⁰¹ Hirano Yoshitarō an Heinz Willmann (19.7.1957), in: SAPMO-BArch, DZ9 764; „Besprechungen mit ausländischen Teilnehmern an der Bürotagung des Weltfriedensrates vom 30. März – 2. April 1957 in Berlin“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DZ9 1338; IPG an Gerd König (6.8.1957), in: PA AA, MfAA A683, Bl. 29
- ¹⁰² Mit Hilfe der Interparlamentarischen Gruppe der DDR unternahm die ostdeutsche Außenpolitik Versuche, vorzugsweise in Parlamenten außerhalb der sozialistischen Staaten Kontakte auszubauen und einflussreiche politische Kreise anzusprechen. Die 1955 gegründete IPG berief sich dabei auf die 1889 in Paris etablierte Interparlamentarische Union, welche sich der Zusammenarbeit der Parlamente verschiedener Länder verschrieben hatte. (Muth 2001: 91)
- ¹⁰³ Die Linksozialisten traten dafür ein, die Republik China nicht länger anzuerkennen und durch Volksabstimmungen auf dem chinesischen Festland und auf Taiwan über den Status entscheiden zu lassen. Obwohl sich auch die Rechtssozialisten für die Einheit von China und Taiwan aussprachen, so waren dennoch die Neigungen zur „Zweistaatentheorie“ vergleichsweise stark ausgeprägt, während allein der taiwanesischen Bevölkerung das Recht eingeräumt wurde, über die Zugehörigkeit Taiwans zu entscheiden. (Stockwin 1968: 83f.)
- ¹⁰⁴ „Aktenvermerk über ein Essen zu Ehren der Delegation der Japanischen Sozialistischen Partei unter Leitung Generalsekretär Asanuma am 17.3.1959“ (24.3.1959), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 308, Bl. 22
- ¹⁰⁵ „Aktenvermerk über eine Aussprache mit dem stellv. Leiter der Fernostabteilung im MfAA der UdSSR, Gen. Kapiza, am 16.9.1957“ (17.9.1957), in: PA AA, MfAA A9500, Bl. 71
- ¹⁰⁶ „Orientierungsplan des Länderreferats Japan für das Jahr 1958“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A6633, Bl. 33

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL III. INMITTEN DER SPANNUNGEN UM DIE REVISION DES JAPANISCH-AMERIKANISCHEN SICHERHEITSVERTRAGES

- ¹ Die Verhandlungen litten besonders unter der Frage der territorialen Zugehörigkeit der Kurilen-Inseln Habomai, Etorofu, Kunashiri und Shikotan. Der Friedensvertrag von San Francisco hielt zwar fest, dass Japan auf Ansprüche verzichtet, welche die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter Verwaltung der UdSSR stehenden Inseln anbelangen. Die sowjetische Staatshoheit über das Territorium wurde in dem Abkommen allerdings nicht explizit festgehalten. Im August 1955 zeigte sich die sowjetische Seite in den Verhandlungen um den Friedensvertrag gegenüber den japanischen Vorschlägen entgegenkommend. Die ursprüngliche Forderung aus Moskau, das japanisch-amerikanische Sicherheitsbündnis aufzulösen, wurde fallen gelassen, während gleichzeitig die Inselgruppen Habomai und Shikotan Japan zugestanden wur-

den. Unter dem Druck aus Washington wich die japanische Seite aber nicht von der Forderung nach zusätzlicher Rückgabe von Etorofu und Shikotan ab. In den USA machte man sich nämlich vor dem Hintergrund des zunehmenden Einflusses der japanischen Sozialisten und der Festigung der Arbeiterbewegung im Inselstaat große Sorgen um die japanisch-sowjetische Verständigung. Die japanische und die sowjetische Seite konnten sich am Ende nicht einigen. Einzig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Fortführung der Verhandlungen über den Abschluss eines Friedensvertrages einschließlich der offenen Gebietsfragen wurden festgelegt. (Hara 1998: 34–55)

- ² Der Japanologe Christian Oberländer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Anwendung der Adenauer-Formel zunächst für die japanische Seite inakzeptabel war. Erst die Blockierung der für Japan „lebenswichtigen“ Fischgründe und schließlich der Druck der USA, die Lösung der Territorialfrage und den Abschluss des Friedensvertrages zu verschieben, hätten entscheidend dazu beigetragen, dass die Regierung in Tokyo die „Adenauer-Formel“ akzeptierte. (Oberländer 2007: 74f.)
- ³ Der Girard-Vorfall ereignete sich am 30. Januar 1957. Eine 46-jährige Japanerin und Mutter von sechs Kindern, die ihren Lebensunterhalt mit dem Sammeln von Altmetall verdiente, betrat an jenem Tag einen Schießstand der amerikanischen Armee in der Stadt Sōmagahara in der Präfektur Gunma, um dort Munitionshülsen zu sammeln. Ein 21-jähriger amerikanischer Soldat namens William S. Girard schoss dort aus einem Granatwerfer mit einem leeren Geschoss auf die Frau und tötete sie damit.
- ⁴ „Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Dr. h. c. Willy Brandt in Japan vom 18. bis 21. Februar 1959“ (nicht datiert), in: PA AA, B12, Bd. 1508
- ⁵ Douglas McArthur II an Wilhelm Haas (26.2.1959), in: PA AA, B37, Bd. 21
- ⁶ Wilhelm Haas an Max Brauer (3.7.1959), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6752
- ⁷ „Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Dr. h. c. Willy Brandt in Japan vom 18. bis 21. Februar 1959“, in: PA AA, B12, Bd. 1508
- ⁸ „Aide mémoire“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 308, Bl. 2f.
- ⁹ „Äusserungen des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, zu aktuellen Fragen während seines Besuches in Japan“ (23.11.1956), in: PA AA, B12, Bd. 1506
- ¹⁰ „Besuch eines japanischen, sozialistischen Abgeordneten in der Bundesrepublik Deutschland“ (9.4.1958), in: PA AA, B12, Bd. 1515
- ¹¹ Ebd.
- ¹² „Besuch des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Erich Ollenhauer und Begleitung“ (nicht datiert), in: PA AA, B12, Bd. 1506
- ¹³ Verschlüsseltes Fernschreiben (6.2.1959), in: PA AA, B12, Bd. 1508
- ¹⁴ „Aktenvermerk über ein Essen zu Ehren der Delegation der Japanischen Sozialistischen Partei unter Leitung Generalsekretär Asanuma am 17.3.1959“ (24.3.1959), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 308, Bl. 21f.
- ¹⁵ So brachte sich die DDR 1959 mit ca. 5700 US-Dollar (2.063.100 Yen) ein und stand damit an sechster Stelle in der Listung der finanziellen Förderer der Konferenz hinter China mit 20.000 US-Dollar (7.275.998 Yen), den USA mit ca. 12.500 US-Dollar (4.475.140 Yen), der UdSSR mit ca. 12.000 US-Dollar (4.298.400 Yen), Indien mit ca. 9700 US-Dollar (3.498.000 Yen) und der Bundesrepublik mit ca. 7600 US-Dollar (2.750.800 Yen). (Hidaka 1963: 146)

- ¹⁶ „Delegationsbericht. Teilnahme an der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima und Klärung einiger Fragen der kulturellen Verbindungen und Auslandspropaganda in Japan vom 28.7. bis 17.8.1959“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 139–141
- ¹⁷ „Städteverbrüderung Dresden-Hiroshima“ (11.11.1959), in: PA AA, B12, Bd. 1499
- ¹⁸ Moritaki Ichirō an Heinz Willmann (16.7.1959), in: SAPMO-BArch, DZ9 807; „Delegationsbericht. Teilnahme an der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima und Klärung einiger Fragen der kulturellen Verbindungen und Auslandspropaganda in Japan vom 28.7. bis 17.8.1959“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 139
- ¹⁹ Ebd., Bl. 142–145
- ²⁰ „Begrüßungsansprache auf der Eröffnungssitzung der V. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben am 1. August 1959 in Hiroshima“, in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 202
- ²¹ „Delegationsbericht. Teilnahme an der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima und Klärung einiger Fragen der kulturellen Verbindungen und Auslandspropaganda in Japan vom 28.7. bis 17.8.1959“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 135
- ²² „Ansprache des Delegierten Rolf Schroers“, in: PA AA, B130, Bd. 2899a
- ²³ „5. Weltkongress zur Ächtung der Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima – Protestschrift der Delegierten Rolf Schroers und Carola Stern – Begleitumstände“ (15.8.1959), in: PA AA, B130, Bd. 2899a
- ²⁴ „Report of the Preliminary Session of the 5th World Conference against A- and H-Bombs Aug. 3, 1959, Hiroshima“, in: PA AA, B130, Bd. 2899a
- ²⁵ „Wortlaut des Schreibens der fünf Delegierten, die den 5. Weltkongress zur Ächtung der Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima (1959) unter Protest verlassen haben“ (8.5.1959), in: Ebd.
- ²⁶ „Delegationsbericht. Teilnahme an der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima und Klärung einiger Fragen der kulturellen Verbindungen und Auslandspropaganda in Japan vom 28.7. bis 17.8.1959“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 136
- ²⁷ *Oriental Economist*, Vol. 29, No. 587 (September 1959), 509
- ²⁸ „Statement about the Resignation of the Overseas Delegates from the 5th World Conference against A and H Bombs“ (1.9.1959), in: SAPMO-BArch, DZ9 807
- ²⁹ „5. Weltkongress zur Ächtung der Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima – Protestschrift der Delegierten Rolf Schroers und Carola Stern – Begleitumstände“ (15.8.1959), in: PA AA, B130, Bd. 2899a
- ³⁰ Der Rapacki-Plan wurde nach dem polnischen Außenminister Adam Rapacki (1909–1970) benannt, der das Vorhaben auch am 2. Oktober 1957 der UN-Vollversammlung präsentierte. Der Vorschlag beinhaltete die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die ursprünglich das Staatsgebiet Polens, der DDR und der Bundesrepublik umfassen sollte und in späteren Ausführungen zusätzlich die ČSSR einschloss. Der Plan wurde jedoch von den NATO-Staaten aus verschiedenen Gründen abgelehnt.
- ³¹ „7. Weltkongress gegen Atom- und Wasserstoffbomben vom 9. bis 14. August 1961 in Tokyo; sowjetzonale Beteiligung“, in: PA AA, B12, Bd. 1533

- ³² „Bericht über die Einschätzung der Teilnahme der Delegation des Deutschen Friedensrates am 6. Antiatomkongress in Tokio“ (3.11.1960), in: PA AA, MfAA A16644, Bl. 16
- ³³ „Bericht über die Reise nach Japan – Teilnahme an der VI. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16644, Bl. 6f.
- ³⁴ „Zu meiner Reise nach Japan, August 1960“ von Herta Classen (13.10.1960), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 92
- ³⁵ „Ausländische Teilnehmer an der 6. Vollversammlung des ‚Komitees für das Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben‘ in Tokyo“ (nicht datiert), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6762
- ³⁶ Besagter abschließender Punkt wurde mit dem Empfang eines 32-jährigen Angestellten der Eisenbahnwerkstätten aus Hiroshima in Dresden im April 1960 umgesetzt. In: „Einladung eines atomgeschädigten Einwohners aus Hiroshima in die SBZ“ (23.4.1960), in: PA AA, B12, Bd. 1541
- ³⁷ „Gemeinsame Erklärung des japanischen Gewerkschaftsverbandes SOHYO und des ‚Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes‘“ (20.11.1959), in: PA AA, B12 1531
- ³⁸ „Telegramm“ (5.12.1959), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ³⁹ „Diskriminierende Erklärungen der Delegation des japanischen Gewerkschaftsbundes Sohyo auf dem 5. Kongress des ‚FDGB‘ in Berlin“ (16.3.1960), in: Ebd.
- ⁴⁰ Der am 19. Januar 1960 unterzeichnete revidierte Japanisch-Amerikanische Sicherheitsvertrag war genau betrachtet kein gegenseitiges Sicherheitsbündnis. Die USA wurden zwar verpflichtet, „to meet the common danger“, sollte eine der Unterzeichnerparteien zum Objekt eines militärischen Angriffs auf Territorien unter japanischer Verwaltung werden (Artikel V), allerdings bestanden keine Verbindlichkeiten für die japanische Seite, den Vereinigten Staaten Unterstützung zu gewähren, sofern diese außerhalb der genannten Gebiete angegriffen wurden. Okinawa und andere Inseln unter „residual sovereignty“ Japans waren nicht Gegenstand der Obligationen, die sich aus Artikel V ergaben. Die jeweilige Partei stellte Unterstützung im Falle eines militärischen Angriffs in Territorien unter japanischer Verwaltung entsprechend der Möglichkeiten des konstitutionellen Rahmens bereit. Wie schon der ursprüngliche Sicherheitsvertrag erlaubte auch das Bündnis vom 19. Januar 1960 amerikanische Militärstützpunkte in Japan zwecks „contributing to the security of Japan and the maintenance of international peace and security in the Far East“ (Artikel VI). Allgemein blieb der Status der US-Truppen in Japan unberührt. Eine wichtige Veränderung aus japanischer Sicht war besonders Artikel I, in dem sich beide Parteien verpflichten, Konflikte im Einklang mit der UN-Charta zu klären. (Packard 1966: 179f.)
- ⁴¹ Das Zustandekommen der Pariser Gipfelkonferenz war das Ergebnis einer Verständigung zwischen den USA und der UdSSR. Nachdem auf der Genfer Außenministerkonferenz in zwei Sitzungen zwischen Mai und August 1959 bereits zwischen den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion im Beisein von Beobachtern aus der Bundesrepublik und der DDR ausführlich über die Deutschlandfrage beraten und der Dialog zwischen den beiden Supermächten im September des Jahres in Washington fortgesetzt worden war, sollte auf der Pariser Gipfelkonferenz endgültig über das Schick-

sal von Deutschland und Berlin entschieden werden. Der Abschuss eines amerikanischen Lockheed U-2 Spionageflugzeugs über sowjetischem Territorium am 1. Mai 1960 führte aber zu erneuten Spannungen zwischen Moskau und Washington. Die Pariser Gipfelkonferenz, die am 16. des Monats eröffnet wurde, scheiterte unter diesen Bedingungen.

⁴² „Der Staatsbesuch des Herrn Bundeskanzler und die japanische Presse“ (7.5.1960), in: PA AA, B12, Bd. 1509

⁴³ Verschlüsseltes Fernschreiben (26.4.1960), in: Ebd.

⁴⁴ Hans-Heinrich Jansen stellte demgegenüber fest, dass Adenauer die Thematisierung von Handelsfragen während seiner Zeit in Tokyo „scharf abgelehnt“ habe. Allerdings stützen sich diese Konstatierungen im Wesentlichen auf den Inhalt der 1991 erschienen Adenauer-Biografie von Hans-Peter Schwarz. (Jansen 1996: 237)

⁴⁵ „Staatsbesuch des Bundeskanzlers in Japan; hier: protokollarischer Ablauf“ (19.4.1960), in: PA AA, B12, Bd. 1509

⁴⁶ Zitiert nach verschlüsseltes Fernschreiben (28.3.1960), in: PA AA, B12, Bd. 1509

⁴⁷ „Delegationsbericht. Teilnahme an der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima und Klärung einiger Fragen der kulturellen Verbindungen und Auslandspropaganda in Japan vom 28.7. bis 17.8.1959“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 126–129

⁴⁸ „Einreise des Zonenfunktionärs Warnke nach Japan“ (31.5.1960), in: PAAA, AV Neues Amt, Bd. 6841

⁴⁹ „Telegramm Nr. 161 vom 10. Juni 1960“ (eing. 14.6.1960), in: Ebd.

⁵⁰ „Propagandatätigkeit der SBZ – Besuch einer Gewerkschaftsdelegation“ (29.6.1960), in: Ebd.

⁵¹ „Einreise des Zonenfunktionärs Warnke nach Japan“ (nicht datiert), in: Ebd.

⁵² „Übersetzung: Programm des Japan-Aufenthaltes für die Delegation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (16.5.1960), in: Ebd.

⁵³ „Einreise von Bewohnern der SBZ nach Japan“ (15.6.1960), in: Ebd.

⁵⁴ Rödōshō: *Shiryō rōdō undōshi, Shōwa 35* [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Shōwa 35 (1960)], 420

⁵⁵ „FDGB Bundesvorstand, Beschluss des Sekretariats S 951/60“ (26.11.1960), in: SAPMO-BArch, DY34 24621

⁵⁶ „Einreise von Bewohnern der SBZ nach Japan“ (15.6.1960), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841; Herbert Warnke an Sohyo (2.7.1960), in: SAPMO-BArch, DY34 3474

⁵⁷ Heinz Willmann hat die anstrengende Reise nach Japan in einem Reisebericht über seinen Aufenthalt im Inselstaat anlässlich der Teilnahme an der IV. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben sehr detailliert beschrieben. (Willmann 1959: 5–10)

⁵⁸ „Reisekostenaufstellung“ (30.7.1960), in: SAPMO-BArch, DZ9 1106

⁵⁹ Herbert Warnke an Heinz Willmann (11.7.1960), in: Ebd.

⁶⁰ „Telegramm aus Tokyo“ (11.5.1955), in: SAPMO-BArch, DY34 5455; Rödōshō: *Shiryō rōdō undōshi, Shōwa 34* [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Shōwa 34 (1959)], 1049

⁶¹ „Japan-Plan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY34 1638

⁶² Trotzdem war es nach japanischem Recht nicht gänzlich ausgeschlossen, bestimmte Teile der DDR zu bereisen. Handelte es sich um das Ziel Ostberlin, so

behalfen sich die japanischen Behörden in einzelnen Fällen mit einer interessanten Konstruktion. Ostberlin wurde demnach als Teil Groß-Berlins in den Einflussbereich der Bundesrepublik gesetzt und konnte so mit einem für die Bundesrepublik gültigen Pass bereist werden, ohne dass der Anschein der Verletzung japanischen Rechts entstand. Reisen in Gebiete der DDR jenseits der Stadtgrenzen von Ostberlin waren zwar für Bürger des Inselstaates nach japanischem Recht illegal, wurden aber je nach Angelegenheit stillschweigend geduldet. In: „Reisen von Japanern in die DDR. Ausdehnung des Geltungsbezirks auf japanische Pässe auf die DDR“ (24.6.1970), in: PA AA, B38 II-A1, Bd. 306, Bl. 261f.

⁶³ So wurde den sechs vom FDGB vorgesehenen Beobachtern für das Treffen der Interparlamentarischen Union im September 1960 in Tokyo die Einreise verweigert. Am Ende des folgenden Monats berichtete der japanische Generalkonsul in Westberlin Sono Akira wiederum, dass alle Anträge auf Einreise von ostdeutschen Volkskammerabgeordneten und Gewerkschaftsfunktionären nach Japan in den letzten Wochen abgelehnt worden seien. „Kontakte der SBZ mit Japan. Einreise des FDGB-Vorsitzenden Warnke und einer FDGB-Delegation zur Tagung der Interparlamentarischen Union“ (29.9.1960); „Abschrift des Fernschreibens der Dienststelle Berlin Nr. 178 vom 25.10.60“, in: PAAA, AV Neues Amt, Bd. 6841

⁶⁴ „Bericht über die Reise der FDGB-Delegation unter Leitung des Kollegen Rolf Deubner zur Teilnahme am 15. Jahreskongress des SOHYO und dem 10. Jahrestag des SOHYO“, in: SAPMO-BArch, DY34 24621

⁶⁵ „Japan-Plan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY34 1638

⁶⁶ „Übersicht über den Stand der Beziehungen nach Japan und Australien“ (23.3.1961), in: SAPMO-BArch, DY34 459

⁶⁷ „Entwurf: Gemeinsames Presse-Kommuniqué“, in: Ebd.; „Japanischer Gewerkschafter hat ‚Redeverbot‘ von dpa Korrespondent William Lange“ (nicht datiert), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6763

⁶⁸ Suzuki Sei'ichi an R. Schmidt (25.3.1961), in: SAPMO-BArch, DY34 459

⁶⁹ „Grundsätze der Auslandsinformation des FDGB“ (31.5.1963), in: SAPMO-BArch, DY34 600

⁷⁰ So schlug Suzuki Sei'ichi eine Kooperation zwischen Rostock und Kobe im Bereich der Schifffahrtsindustrie vor. Durch die Vielzahl von Papierfabriken in Fuji in der Präfektur Shizuoka glaubte Suzuki, dass eine Zusammenarbeit mit Halle naheliegend wäre. In der Schwerindustrie wurden wiederum Gemeinsamkeiten zwischen Karl-Marx-Stadt und Fukuoka gesehen. Sunagawa auf Hokkaido schien aufgrund der starken Kohleindustrie mit Cottbus kooperieren zu können und Dresden und Osaka fanden einen gemeinsamen Nenner bei der Erzeugung optischer Geräte und in der Tabakwarenindustrie. In: Suzuki Sei'ichi an R. Schmidt (25.3.1961), in: SAPMO-BArch, DY34 459

⁷¹ „Entwurf. Bericht über die Arbeit nach Asien zur Information des Sekretariats“ (21.6.61), in: Ebd.

⁷² „Übersicht über den Stand der internationalen Verbindungen nach Asien und Australien“ (23.3.1961), in: Ebd.; „Gemeinsame Erklärung der IG Eisenbahn im FDGB und der NRU in der SOHYO“ (6.6.1961), in: SAPMO-BArch, DY40 132

⁷³ Rōdōshō: *Shiryō rōdō undōshi, Shōwa 36* [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Shōwa 36 (1961)], 944

- ⁷⁴ Suzuki Sei'ichi an R. Schmidt (25.3.1961), in: SAPMO-BArch, DY34 459
- ⁷⁵ „Namen und Funktionen der Mitglieder der SOHYO Gewerkschaft (Jugendsektion)“, in: PA AA, MfAA A17780, Bl. 4, 43
- ⁷⁶ „Bundesvorstand, Beschluß des Präsidiums vom 15.5.61, Nr. S 302/61“, in: SAPMO-BArch, DY34 24621
- ⁷⁷ „Sekretariatsvorlage“ (7.3.1961), in: Ebd.
- ⁷⁸ „Japan-Sohyo (autonome Gewerkschaft)“ (1.3.1962), in: SAPMO-BArch, DY34 459
- ⁷⁹ „Sitzung der internationalen Kommission und Beratung über den Plan der internationalen Arbeit des FDGB 1962“ (12.1.1962), in: SAPMO-BArch, DY34 16598, Bl. 309
- ⁸⁰ „Informationsblatt“ (20.3.1961), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6763
- ⁸¹ „Deutschland-Aufenthalt von Akira IWAI, Generalsekretär des japanischen Gewerkschaftsverbandes“ (3.8.1962), in: PA AA, B98, Bd. 1074
- ⁸² „Japanische Einstellung zur Berlin- und Deutschland-Frage“ (5.10.1961), in: PA AA, B12 1503b
- ⁸³ „Aktennotiz über eine Aussprache zu Fragen der Vorbereitung einer gemeinsamen Sekretariatssitzung des WGB/FDGB in Berlin“ (11.8.61), in: Ebd.
- ⁸⁴ „Präsidiumsvorlage. Betrifft: Auswertung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz vom 22.–24.9.61 in Berlin“ (nicht datiert), in: Ebd.
- ⁸⁵ „Sonder-Information über die Internationale Konferenz vom 22.–24.9.1961 in Berlin“, in: SAPMO-BArch, DY34 2423
- ⁸⁶ „Aktennotiz über eine Aussprache mit dem Leiter der Abt. Internationale Verbindungen im Generalrat der Japanischen Gewerkschaften (SOHYO), Kollegen Suzuki, am 30.9.1961“ (17.10.1961), in: SAPMO-BArch, DY34 1639; Die *Asahi shinbun* hatte etwa die UdSSR für ihr Vorgehen in der Berlin-Krise getadelt und vor der dadurch hervorgerufenen schwerwiegenden Gefährdung des Friedens gewarnt. (*Asahi shinbun* 1961)
- ⁸⁷ Willi Richter an Ōta Kaoru (12.10.1961), in: AdsD, DGB-Archiv, 5-DGAJ000354; Omer Becu an Ōta Kaoru (6.10.1961), in: AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAJ000568; Rōdōshō: *Shiryō rōdō undōshi, Shōwa* 36 [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Shōwa 36 (1961)], 857
- ⁸⁸ „Aus dem Brief des Leiters der Abteilung Internationale Verbindungen beim SOHYO, Kollegen Suzuki, an den Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des FDGB-Bundesvorstandes“, in: PAAA, MfAA A17780, Bl. 53
- ⁸⁹ „Aktennotiz über eine Aussprache mit dem Leiter der Abt. Internationale Verbindungen im Generalrat der Japanischen Gewerkschaften (SOHYO), Kollegen Suzuki, am 30.9.1961“ (17.10.1961), in: SAPMO-BArch, DY34 1639
- ⁹⁰ Die Serie erschien in *Sōhyō* vom 3. & 11. November sowie 1. & 15. Dezember 1961.
- ⁹¹ „Einschätzung des V. Weltgewerkschaftskongresses“ (18.12.1961), in: SAPMO-BArch, DY34 2423
- ⁹² Das Zustandekommen der Tournee war einer Initiative der Veranstalter des Osaka-Festivals geschuldet. Schon 1958 hatte das Festival wegen der Durchführung einer Japantournee eine Anfrage gestellt. Allerdings trug allem Anschein nach, erst die 1960 von japanischer Seite garantierte Gewinnsumme von 80.000 US-Dollar für einen dreiwöchigen Aufenthalt wesentlich zur Verwirklichung des Projektes bei. In: Hans Pischner an Otto Winzer (23.6.1960), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 83f.

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL IV. ZWISCHEN PEKING UND MOSKAU:
SCHATTEN DES CHINESISCH-SOWJETISCHEN SCHISMAS

- ¹ „Vorlage“ an das Sekretariat des ZK der SED (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY13 3365
- ² In dem entsprechenden Schriftstück ist nicht die Rede von Nagoya, sondern von Yokohama. Mit großer Wahrscheinlichkeit handelte es sich um eine Verwechslung, denn erst 1967 entstand eine Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR in der Yokohama, während in Nagoya bereits zu dieser Zeit eine solche Einrichtung gegründet wurde.
- ³ „Begründung“ zum Schreiben an das Sekretariat des ZK der SED „Betrifft: Gründung eines Komitees DDR-Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY13 3365
- ⁴ Gerhard Weiss an Philipp Daub (1.6.1962), in: Ebd.
- ⁵ „Anlage“ zum Schreiben an das Sekretariat des ZK der SED „Betrifft: Gründung eines Komitees DDR-Japan“ (nicht datiert), in: Ebd.
- ⁶ „Sekretariatsvorlage. Betrifft: Finanzierung einer Planstelle durch den FDGB für das Komitee der Freundschaft zwischen den Werktätigen der DDR und Japans.“ (30.7.1962), in: SAPMO-BArch, DY34 24621
- ⁷ „Anlage“ zum Schreiben an das Sekretariat des ZK der SED „Betrifft: Gründung eines Komitees DDR-Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY13 3365
- ⁸ „Vorlage an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Außenpolitische Kommission“ (12.5.1962), in: Ebd.
- ⁹ „Vita“ (1.1965), in: UAHU, PA Mehnert, Gerhard, Bl. 17
- ¹⁰ „Referat zur Gründung des Komitees DDR-Japan von Professor Mehnert am 26.10.62“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY13 3365
- ¹¹ „Auszüge aus Grußbotschaften und Glückwunschschreiben“ (nicht datiert), in: Ebd.
- ¹² 1962 hatte außerdem noch die Gründung einer Freundschaftsgesellschaft Japan-Bulgarien und einer Freundschaftsgesellschaft Japan-Kuba stattgefunden. 1971 und 1975 sollten zudem entsprechende Freundschaftsgesellschaften für den Austausch mit Ungarn bzw. Polen konstituiert werden.
- ¹³ Shakai undō chōsakai: *Sayoku dantai jiten 1961-nenban* [Lexikon linksgerichteter Organisationen, 1961], 242f., 262f.
- ¹⁴ Ebd., 226
- ¹⁵ „Nihon tōdoku yūkō kyōkai setsuritsu no hōdō ni kan suru ken“ [Mitteilung über die Gründung der Freundschaftsgesellschaft Japan-Ostdeutschland] (19.10.1962), in: MOFA, A'0388
- ¹⁶ „Nihon tōdoku yūkō kyōkai ni kan suru ken“ [Freundschaftsgesellschaft Japan-Ostdeutschland] (2.11.1962), in: MOFA, A'0393
- ¹⁷ 1963 gehörten der Japanisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft bereits mehr als 27.000 Mitglieder an. (Lee 1976: 223, Anmerkung 215)
- ¹⁸ „Delegationsbericht. Teilnahme an der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima und Klärung einiger Fragen der kulturellen Verbindungen und der Auslandspropaganda in Japan vom 28.7. bis 17.8.1959“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 130f.

- ¹⁹ „Vermerk über die Aussprache mit der japanischen Delegation am 6. Januar 1962“ (19.1.1962), in: SAPMO-BArch, DY34 1639
- ²⁰ „Bericht über Japanreise 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16439, Bl. 64
- ²¹ „Nihon tōdoku yūkō kyōkai setsuritsu no hōdō ni kan suru ken“ [Mitteilung über die Gründung der Freundschaftsgesellschaft Japan-Ostdeutschland] (19.10.1962), in: MOFA, A’0388; „Bericht über Japanreise 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16439, Bl. 64–69
- ²² Eine Vertreterin der Freundschaftsgesellschaft Osaka hatte etwa am Ende der sechziger Jahre im Bulletin der Vereinigung nach einem Treffen mit Mitgliedern des Zusammenschlusses in Kobe festgehalten, dass in Anbetracht des stark kulturell geprägten Programms der Freundschaftsgesellschaft in Osaka die Begegnung mit den „Gewerkschaftsaktivisten“ (*rōdō katsudō-ka*) aus der westjapanischen Hafenstadt mit einem „befremdlichen Gefühl“ (*ishitsu na kan-ji*) einherging. (Nichidoku tsūshin 1969a: 5)
- ²³ „Referat zur Gründung des Komitees DDR-Japan von Professor Mehnert am 26.10.62“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY13 3365
- ²⁴ Horneburg an MfAA (6.8.1965), in: PA AA, MfAA A17780, Bl. 140–142
- ²⁵ Die Vereinigung in Osaka war aus einer seit 1957 bestehenden Kooperation zwischen der GkVA und dem Rat für nationale Kultur der Kansai-Region (*Kansai kokumin bunka kaigi*) hervorgegangen. Neben regelmäßigen Vortragsveranstaltungen bestimmte die Organisation von Sprachkursen einen wesentlichen Teil des Engagements der Vereinigung. Im Anschluss an die Berichte der Freundschaftsgesellschaft wurden allein in den ersten vier Jahren 346 Teilnehmer am Sprachprogramm gezählt. Die Gruppe verfügte außerdem als einzige Freundschaftsgesellschaft in Japan über eine Zweigorganisation, die an der Hochschule für Fremdsprachen (*Gaikokugo daigaku*) in Osaka wirkte. Zunächst noch einzigartig innerhalb der japanischen Freundschaftsbewegung war das von der Freundschaftsgesellschaft herausgegebene Bulletin. Gerhard Mehnert bezeichnete die Einrichtung nach seinem Japanaufenthalt von 1964 als „am besten organisierte und aktionsfähigste Gruppe“ im Inselstaat. Dazu Doitsu minshu kyōwakoku yūkō kyōkai 1981: 236; „Bericht über Japanreise 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16439, Bl. 64–66; „Nichidoku yūkō undō zenkoku tōitsu kikan-shi junbi-gō“ [Vorbereitungsausgabe eines nationalen Verbindungsorgans der japanisch-deutschen Freundschaftsbewegung] (15.8.1969), 1, in: SAPMO-BArch, DY13 3115; Auflistung der Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen der Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR Osaka (nicht datiert), in: Ebd.
- ²⁶ „Information über die Gründung der ‚Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR‘ in Tokio am 8. Juni 1963“ (26.7.1963), in: SAPMO-BArch, DY13 3359; „Bericht über Japanreise vom 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16439, Bl. 61
- ²⁷ „Information über die Gründung der ‚Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR‘ in Tokio am 8. Juni 1963“ (26.7.1963), in: SAPMO-BArch, DY13 3359
- ²⁸ „Namensliste der Initiatoren“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 10–12
- ²⁹ „Statut der Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR“ (8.6.1963), in: Ebd., 6

- ³⁰ „Zur heutigen Situation in Japan, einschließlich der Tätigkeit der Freundschaftsbewegung in unseren beiden Ländern“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16439, Bl. 8
- ³¹ „Bericht über Japanreise 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 61, 64
- ³² „Zur heutigen Situation in Japan, einschließlich der Tätigkeit der Freundschaftsbewegung in unseren beiden Ländern“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 10
- ³³ „Aktenvermerk über eine Zusammenkunft der Genossen des Sekretariats des Freundschaftskomitees DDR-Japan am 17.8.1964“ (20.8.1964), in: Ebd., Bl. 19
- ³⁴ „Bericht über Japanreise 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 52
- ³⁵ Bei Far Eastern Booksellers handelt es sich um eine Buchhandlung im Tokyoter Bezirk Kanda / Jimbochō, die sich ursprünglich auf den Import- und das Kommissionsgeschäft mit Druckerzeugnisse vorwiegend aus China, der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten konzentrierte. Das Lexikon der politisch linksgerichteten Organisationen hielt fest, dass das Sortiment die Länder der freien Welt zwar nicht ausgrenzte. Diese wurden aber in den entsprechenden Werken zumeist von einem marxistischen Standpunkt aus analysiert oder kritisiert. Siehe Shakai undō chōsakai: *Sayoku dantai jiten 1961-nenban* [Lexikon linksgerichteter Organisationen, 1961], 198
- ³⁶ Der Dietz Verlag berichtete etwa, dass von den erhältlichen Bänden der Reihe „Marx / Engels -Werke“ je 600 Exemplare von Far Eastern Booksellers importiert wurden. In: Günter Hennig an das ZK der SED Abt. Finanzverwaltung und Parteibetriebe (16.6.1965), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 597, Bl. 133
- ³⁷ „Bericht über Japanreise 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16439, Bl. 61f.
- ³⁸ Der Entwicklungsprozess der KPJ in den fünfziger und sechziger Jahren wurde bereits in mehreren japanisch- und englischsprachigen Arbeiten ausführlich behandelt. (Hyōmoto 2005; Langer 1972; Scalapino 1967)
- ³⁹ SED-Hausmitteilung (16.3.1960), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 306, Bl. 47
- ⁴⁰ Yonehara Itaru an Walter Ulbricht (21.5.1960), in: Ebd., Bl. 50
- ⁴¹ „Abschlußbericht über den Aufenthalt des Genossen Itaru Yonehara, Sekretär des ZK der KP Japans, in der Deutschen Demokratischen Republik. (4.8.1960), in: Ebd., Bl. 71
- ⁴² „Bericht über den Besuch des Genossen Itaru Yonehara, Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Japans in der DDR“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 52–59
- ⁴³ „Aktenvermerk über die Aussprache mit der japanischen Parteidelegation“ (29.9.1961), in: Ebd., Bl. 56
- ⁴⁴ „Vermerk über Besprechungen mit Genossen Kanazawa, Korrespondent des japanischen Bruderorgans ‚Akahata‘, am 9. und 13.11.1962“ (20.11.1962), in: Ebd., Bl. 143
- ⁴⁵ Mahlow an Spindler (21.9.1963), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A 2/20 592, Bl. 109
- ⁴⁶ „Zur Haltung der Kommunistischen Partei Japans zu den Meinungsverschiedenheiten der kommunistischen und Arbeiterparteien mit der Führung der KP Chinas.“ (12.11.63), in: Ebd., Bl. 115–119
- ⁴⁷ „Zur Haltung der Kommunistischen Partei Japans in der internationalen kommunistischen Bewegung“ (20.8.1964), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A 2/20 592, Bl. 179–181

- ⁴⁸ Der Deutsche Friedensrat war 1964 in Friedensrat der DDR umbenannt worden.
- ⁴⁹ In dem entsprechenden Dokument heißt es, dass u. a. der Generalsekretär des Friedensrates der DDR Heinz Willmann ursprünglich der Ansicht gewesen sei, dass Gensuikyō eine ostdeutsche Teilnahme ausnutzen könnte, und man insofern von einer Beteiligung an der X. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben Abstand genommen habe. Nach Angaben der verantwortlichen MfAA-Mitarbeiter konnte diese Meinung „nur auf Grund der fehlenden Abstimmung mit den sowjetischen Genossen vertreten werden“ und wurde entsprechend später revidiert. In: „Aktenvermerk über Besprechungen zu den Konferenzen gegen A- und H-Bomben in Japan am 23. Juli 1964“ (27.7.1964), in: PA AA, MfAA A17782, Bl. 54–56
- ⁵⁰ Ebd.
- ⁵¹ „Vermerk über eine Aussprache des Mitglieds des Politbüros Genossen Paul Verner mit der Parteidelegation der KP Japans am 24. April 1967, 10.00 Uhr“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 590, Bl. 102f.
- ⁵² Schreiben von Johannes Zelt an Abt. Außenpolitik und Internationale Verbindungen beim ZK der SED (5.10.1962), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 307, Bl. 93–95
- ⁵³ Delegation der KPJ an die Delegation der SED (12.11.1960), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 106; „Aktenvermerk über eine Aussprache mit dem Genossen Yonehara, Mitglied der Delegation der Kommunistischen Partei Japans zum VI. Parteitag am 22.1.1963“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 590, Bl. 5
- ⁵⁴ „Vermerk über eine Aussprache des Mitglieds des Politbüros Genossen Paul Verner mit der Parteidelegation der KP Japans am 24. April 1967, 10.00 Uhr“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 590, Bl. 103
- ⁵⁵ „Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Kommunistischen Partei Japans am VII. Parteitag der SED“ (16.5.1967), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 67
- ⁵⁶ „Konzeption zur Durchführung von Tagen der Freundschaft mit dem japanischen Volk in der Deutschen Demokratische Republik“ (3.3.1966), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 13–16; „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 62f.
- ⁵⁷ „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: Ebd. Bl. 63f.
- ⁵⁸ „Vereinbarung über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen dem Freundschaftskomitee Deutsche Demokratische Republik – Japan und der Freundschaftsgesellschaft Japan – Deutsche Demokratische Republik für das Jahr 1967“ (22.9.1966), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 81
- ⁵⁹ „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 61
- ⁶⁰ „Aktenvermerk über eine Konsultation des Genossen Rossmeisl in der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU zu Fragen der Sozialistischen Partei Japans, am 26. Januar 1965 (Brief des Gen. Florin vom 8. Januar 1965)“ (28.1.1965), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A 2/20 594, Bl. 6–14
- ⁶¹ „Haltung der KP Japans zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung“ (8.9.1965), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A 2/20 593, Bl. 84

- ⁶² „Aktenvermerk über eine Konsultation des Genossen Rossmeisl in der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU zu Fragen der Sozialistischen Partei Japans, am 26. Januar 1965 (Brief des Gen. Florin vom 8. Januar 1965)“ (28.1.1965), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A 2/20 594, Bl. 15
- ⁶³ „Bericht über den Besuch einer Delegation der Sozialistischen Gesellschaft in Japan im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ (28.6.1965), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 595, Bl. 75–80
- ⁶⁴ Besonders detailliert setzte sich Germaine A. Hoston mit den Gegensätzen zwischen der KPJ und der Rōnō-Fraktion sowie den daraus erwachsenen Folgen auseinander. (Hoston 1986)
- ⁶⁵ Die Bezeichnung Kōza-Fraktion (Vorlesung-Fraktion) war angelehnt an den Titel der siebenbändigen Sammlung marxistischer Aufsätze, genannt „Vorlesungen über die Entwicklungsgeschichte des japanischen Kapitalismus“ (*Nihon shihonshugi hattatsu-shi kōza*), die zwischen Mai 1932 und August 1933 im Iwanami Verlag erschien. Die Veröffentlichung der Reihe war auch anstoßgebend für die umfangreichen Kontroversen zwischen Rōnō-Angehörigen und den KPJ nahestehenden Mitwirkenden der Reihe, die als Kōza-Fraktion bezeichnet wurden.
- ⁶⁶ Speziell Sakisaka Itsurō hatte in der SED ein erfolgreiches und dadurch implizit auch ein nachahmenswertes Modell für die Herstellung einer von Sozialisten und Kommunisten getragenen Einheitsfront (*tōitsu sensen*) gesehen. Denn die unter der Anleitung der SED wirkende Einheitsfront habe nach Sakisaka den Kampf gegen Faschismus, Monopole, imperialistischen Krieg und für Demokratie immer weiter ausgedehnt und erfolgreich die sozialistische Revolution verwirklicht. Allerdings hatte Sakisaka auch zum Ende der sechziger Jahre noch keine passenden Voraussetzungen für die Umsetzung einer vergleichbaren, gemeinsam von der SPJ und der KPJ getragenen Einheitsfront zu erkennen geglaubt. (Sakisaka 1968: 45, 48)
- ⁶⁷ Die wichtigsten Episoden der Biografie von Sakisaka Itsurō wurden vom früheren Schüler des führenden Rōnō-Marxisten Kojima Tsunehisa (*1926) zusammengefasst. (Kojima 2001)
- ⁶⁸ „Bericht über den Besuch einer Delegation der Sozialistischen Gesellschaft in Japan im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ (28.6.1965), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 595, Bl. 86–88
- ⁶⁹ „Einschätzung der Freundschaftsgesellschaften zur DDR in Japan und der aktiven Partner“ (3.6.1966), in: SAPMO-BArch, DY13 3369
- ⁷⁰ Zum Verhältnis Kojima Tsunehisas zu Sakisaka Itsurō siehe Kojima (1986).
- ⁷¹ *Nichidoku nyūsu*, Nr. 1 (20.1.1968), 6
- ⁷² „Ergänzungen zur Einschätzung der Freundschaftsgesellschaften zur DDR in Japan vom 3.6.66“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY13 3369
- ⁷³ Handschriftliche Randbemerkung in „Bericht über den Besuch einer Delegation der Sozialistischen Gesellschaft in Japan im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ (28.6.1965), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 595, Bl. 87f.; zum Vergleich siehe Neues Deutschland (1965).
- ⁷⁴ „Ergänzungen zur Einschätzung der Freundschaftsgesellschaften zur DDR in Japan vom 3.6.66“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY13 3369
- ⁷⁵ „Vereinbarung über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen dem Freundschaftskomitee Deutsche Demokratische Republik – Japan und der

Freundschaftsgesellschaft Japan – Deutsche Demokratische Republik für das Jahr 1967“ (22.9.1966), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 81

⁷⁶ „Freundschaftstage in Weimar und Veranstaltungen der Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR in Fukuoka“ (10.11.1966), in: PA AA, B38 II-A1 116, Bl. 223f.

⁷⁷ „Bericht über den Besuch der offiziellen Delegation der Sozialistischen Partei Japans in der DDR vom 29.9.–2.10.1965“ (11.10.1965), in: PA AA, MfAA C415/77, Bl. 235–245; „Information über den Aufenthalt und die Ergebnisse des Besuches einer Delegation von Wirtschaftswissenschaftlern der Sozialistischen Partei Japans in der DDR vom 29. Oktober 1965 bis 6. November 1965“ (10.11.1965), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 595, Bl. 40–42

⁷⁸ Anführungszeichen wurden aus dem Originaltext übernommen.

⁷⁹ Anführungszeichen wurden aus dem Originaltext übernommen.

⁸⁰ „Einzelinformation über Bemühungen der SPD, stärkeren Einfluß auf die sozialistischen Parteien Japans und Südkoreas zu gewinnen“ (nicht datiert), in: BStU, MfS-Zentralarchiv, HVA, Nr. 190

⁸¹ „Die Sozialistische Partei Japans und die Deutschlandfrage“ (18.10.1962); „22. Parteikongress der Sozialistischen Partei Japans (SozPJ)“ (6.12.1962), in: PA AA, B12, Bd. 1489

⁸² „Vermerk. Ostblockreise einer Delegation der Sozialistischen Partei Japans“ (27.5.1964), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6752

⁸³ „Haltung der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) in der Deutschlandfrage“ (18.11.1965), in: Ebd.

⁸⁴ So hatte der Stellvertretende Generalsekretär des IBFG Stefan Nedzynski dem Leiter der Internationalen Abteilung des DGB Harald Simon mitgeteilt, dass sich der „Wirkungsbereich“ der Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR in Tokyo „wohl nur auf einen verhältnismässig kleinen Kreis linksgerichteter Politiker und Geschäftsleute beschränken“ würde. Laut Nedzynski würden die ebenso in der Freundschaftsbewegung aktiven Gewerkschaftsführer zwar „immer noch gewisse Illusionen über die sogenannten sozialistischen Länder hegen.“ Doch sei ihre „Denkungsart“ bereits im Wandel. Deswegen würde der IBFG den jüngsten Tendenzen in den Reihen von Sōhyō mehr Bedeutung beimessen „als dem Verhalten einiger Einzelpersonen [...], die nach Europa kommen und sich im allgemeinen auf Kosten der Kommunisten einen guten Tag machen.“ In: Stefan Nedzynski an Harald Simon (29.11.1962), in: ICFTU Archives, Folder 3530d

⁸⁵ Okura Asahi an Stefan Nedzynski (4.12.1962), in: Ebd.

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL V. HANDELSPOLITIK NACH CHINESISCHEM VORBILD: NEUE ZIELE IM ZEICHEN DES AUFSCHWUNGS DES JAPANISCHEN OST-WEST-HANDELS

¹ Die Anführungszeichen wurden aus dem Originaltext übernommen. Nach Abrassimow stand „Mitarbeiter“ für „leitender Funktionär des japanischen Außenministeriums“. In: „MfAA Information: Botschafter Abrassimow über Beziehungen DDR-Japan und DDR-Algerien“ (23.9.1964), in: SAPMO-BArch, DE1 52311

- ² Ebd.
- ³ „Protokoll Nr. 36/64 der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 23. September 1964, im Sitzungssaal des Politbüros“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30J IV 2/2 951, Bl. 2
- ⁴ „Beschluss des Ministerrates der DDR über die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der DDR und Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 J IV 2/2J 1299
- ⁵ Tsūshō sangyōshō: *Tsūshō hakusho, Shōwa 38-nen* [Weißbuch zum Außenhandel, Shōwa 38 (1963)], 564
- ⁶ Ebd., 561
- ⁷ Ebd., 582
- ⁸ „Aktenvermerk über eine Unterredung mit dem Leiter der Sektion Japan in der Abteilung Ferner Osten des MID, Genossen Botschaftsrat Rosanow, am 5. September 1962“ (6.9.1962), in: PA AA, MfAA A192, Bl. 7, 10f.
- ⁹ „Beschluß vom 2.11.67“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DC20 I/4 1654, Bl. 205
- ¹⁰ „Jahresanalyse über den Handel DDR – Japan 1957“ (23.1.1958), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/6.10 225
- ¹¹ „Konzeption zur Entwicklung der Beziehungen DDR-Japan“ (31.7.1964), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/6.10 303
- ¹² Ebd.
- ¹³ „Beschluß über die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 J IV 2/2J 1299
- ¹⁴ „Vorläufige Konzeption zur Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Japan im Perspektivzeitraum bis 1970“ (nicht datiert), in: Ebd.
- ¹⁵ „Konzeption zur Entwicklung der Beziehungen DDR-Japan“ (31.7.1964), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/6.10 303
- ¹⁶ Schneidewind an Kiesewetter (15.9.1964), in: PA AA, MfAA A16437, Bl. 1
- ¹⁷ „Auftrag von Minister Dr. Bolz am 18.9.1964“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 2
- ¹⁸ Ursprünglich sollte die Direktive vom MfAA in Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, des Volkswirtschaftsrates und des Landwirtschaftsrates beim Ministerrat der DDR sowie mit dem Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel geschehen. Dies schien wohl in Anbetracht der kurzen Vorbereitungszeit von gerade einmal zwei Tagen nicht möglich. Stattdessen wohnten Vertreter der entsprechenden Institutionen der abschließenden Beratung der MfAA-Mitarbeiter mit Markowitsch und Bentzien bei. In: „Direktive für das Auftreten der Genossen Bentzien und Markowitsch“ (24.9.1964); „Zum Bericht Markowitsch + Bentzien“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 26, 56
- ¹⁹ „Bericht über die Reise der Genossen Markowitsch und Bentzien nach Japan“ (23.10.1964), in: PA AA, MfAA A16437, Bl. 61
- ²⁰ Josef Hegen an Willi Stoph (17.9.1964), in: PA AA, MfAA A16442, Bl. 18
- ²¹ „NICHIMEN CO, LTD.“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DE1 52311
- ²² „Japan und die DDR“ – Artikel aus dem ‚Neuen Deutschland‘ (10.2.1965), in: AA/PA, B37 178

- ²³ „Anlage. Prof. Yoshimura“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16437, S. 18; Yoshimura Masamitsu an Willi Stoph (24.6.1964), in: PA AA, MfAA A16442, Bl. 2
- ²⁴ „Stellungnahme zum Bericht des Ministers Markowitsch über die Reise nach Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DE1 52311
- ²⁵ Shakai undō chōsakai: *Sayoku dantai jiten 1968-nenban* [Lexikon linksgerichteter Organisationen, 1968], 1061
- ²⁶ „Besuch einer privaten japanischen Handelsdelegation in der SBZ“ (15.11.1962), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7116; „Konzeption zur Entwicklung der Beziehungen DDR-Japan“ (31.7.1964), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/6.10 303
- ²⁷ Shakai undō chōsakai: *Sayoku dantai jiten 1968-nenban* [Lexikon linksgerichteter Organisationen, 1968], 1061
- ²⁸ „Stellungnahme zum Bericht des Ministers Markowitsch über die Reise nach Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DE1 52311
- ²⁹ „Bericht über die Reise der Genossen Markowitsch und Bentzien nach Japan“ (23.10.1964), in: PA AA, MfAA A16437, Bl. 67
- ³⁰ „Bericht über die Reise der Genossen Markowitsch und Bentzien nach Japan“ (23.10.1964), in: PA AA, MfAA A16437, Bl. 67
- ³¹ Angeblich wurde der Termin bewusst kurz vor der Abreise gewählt, um einem westdeutschen Protest vorzubeugen und bei Bekanntwerden, dem MITI keine Handhabe für weitere Maßnahmen zu geben. In: „Gespräch mit dem Minister für Internationalen Handel und Industrie, Herrn Sakurauchi, am 20.10.1964“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16437, Bl. 95–97
- ³² Sakurauchi sprach von Handelsabkommen mit *den* sozialistischen Ländern. Markowitsch ergänzte in seinem Bericht, dass wohl die sozialistischen Länder gemeint seien, zu denen keine diplomatischen Beziehungen bestehen würden. In: Ebd., Bl. 96
- ³³ „Gespräch mit Yoshinari Kawai (Chairman der Komatsu Co.) und der gesamten Geschäftsleitung“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 99
- ³⁴ „Gespräch mit Botschafter der UdSSR in Japan, Genossen Winogradow“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 140
- ³⁵ „Bericht über die Reise der Genossen Markowitsch und Bentzien nach Japan“ (23.10.1964), in: Ebd., Bl. 74
- ³⁶ „Gespräch mit Herrn Yamada, ehemaliger Botschafter in der UdSSR“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 90
- ³⁷ „Bericht über die Reise der Genossen Markowitsch und Bentzien nach Japan“ (23.10.1964), in: Ebd., Bl. 77
- ³⁸ Ebd., S. 74f.
- ³⁹ „Stellungnahme zum Bericht des Ministers Markowitsch über die Reise nach Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DE1 52311
- ⁴⁰ „Konsultationsbesprechungen mit Japan“ (4.6.1963), in: PA AA, B37, Bd. 67b
- ⁴¹ Schröder & Dittmann an Auswärtiges Amt (9.11.1963), in: Ebd.
- ⁴² „Arbeitsgruppe Deutschland und Berlin. Gegenwärtiger Stand der Deutschland- und Berlinfrage“ (nicht datiert); Offenes Fernschreiben (21.9.1962), in: PA AA, B12, Bd. 1504
- ⁴³ Schreiben an Auswärtiges Amt (22.5.1966), in: PA AA, B37, Bd. 339
- ⁴⁴ „Entwurf. Gemeinsames Abschlusskommuniqué“ (nicht datiert), in: PA AA, B37, Bd. 18

- ⁴⁵ Verschlüsseltes Fernschreiben (9.10.1964), in: PA AA, B37, Bd. 2
- ⁴⁶ „Stellungnahme zum Bericht des Ministers Markowitsch über die Reise nach Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch: DE1 52311
- ⁴⁷ „Besuch im Wirtschaftsministerium, Referat für Handel mit kommunistischen Ländern; hier: Erläuterung des deutschen Standpunktes betreffend Handel mit kommunistischen Ländern“ (1.7.1965), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7116
- ⁴⁸ Auf japanischer Seite bestand ein besonders ausgeprägtes Interesse am Ausbau bestimmter indonesischer Industriezweige zur Erschließung von Rohstoffen wie Holz, Nickel und ganz besonders Erdöl. Insofern wurde auch bereits direkt nach der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Tokyo und Jakarta im April 1958 ein umfangreiches Projekt zur Entwicklung der Ölfelder im Norden Sumatras mit Hilfe japanischer Technologie und Investitionen initiiert. (Nishihara 1976: 117f.)
- ⁴⁹ „Aide mémoire“ (5.1.1965), in: MOFA, A'0393
- ⁵⁰ Dankschreiben von Dittmann (4.3.1965), in: PA AA, B37, Bd. 178
- ⁵¹ „Dank der Bundesregierung für die von der japanischen Regierung gezeigte Haltung zur deutschen Frage“ (6.4.1965), in: Ebd.
- ⁵² „Bericht über die Tätigkeit der Spezialistengruppe in Japan in der Zeit vom 9.–27.10.1964“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DC20 7556
- ⁵³ „Auszüge und Zusammenfassungen aus Berichten über eine Reise der Genossen Markowitsch und Bentzien sowie einer Spezialistendelegation nach Japan“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, NY4072 195, Bl. 55f., 58f.
- ⁵⁴ In dem entsprechenden Dokument wird von einem Verhältnis ostdeutscher Ausfuhren nach dem Inselstaat gegenüber japanischen Einfuhren in die DDR von 7:1 gesprochen. Aus den Zahlen der japanischen Weißbücher ergibt sich allerdings nur ein Verhältnis von 6:1. In: „Zum Bericht Markowitsch + Bentzien“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA, A16437, Bl. 56f. Anmerkung des Verfassers: Es handelt sich bei den Einschätzungen und Schlussfolgerungen um eine handschriftliche Notiz, die aber keine unmittelbare Auskunft über den Verfasser gibt. Der Handschrift nach zu urteilen, handelt es sich aber mit großer Wahrscheinlichkeit um Kiesewetter. Zum Vergleich der Handschrift siehe PA AA, MfAA, A16440, Bl. 42
- ⁵⁵ „Analyse des Standes der internationalen Beziehungen der DDR und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen“ (10.12.1964), in: SAPMO-BArch, DY30/J IV 2/2J 1352, Bl. 38
- ⁵⁶ „Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Japan im Perspektivzeitraum bis 1970 vom 18.3.1965“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DC20 I/4 1094, Bl. 162
- ⁵⁷ „Exposé zur Entwicklung der ökonomischen Beziehung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Japan im Perspektivzeitraum bis 1970“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 178–180
- ⁵⁸ „Ergänzungen bzw. Abänderungen des Beschlusses des Ministerrates über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Japan vom 5.10.1964“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DE1 52311
- ⁵⁹ „Exposé zur Entwicklung der ökonomischen Beziehung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Japan im Perspektivzeitraum bis 1970“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 181–183

- ⁶⁰ „Gespräch mit Herrn Kitamura, Präsident der Gesellschaft zur Förderung des Handels der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16437, Bl. 94
- ⁶¹ „Zonenkontakt“ (nicht datiert), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ⁶² „Bericht über die Dienstreise nach Budapest/VR Ungarn vom 17.11.64 bis 19.11.64“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DE1 52311
- ⁶³ Dies ging aus einem Gespräch eines Mitarbeiters der KfA mit dem Direktor des Iwai-Konzerns in der Europa-Zentrale des Unternehmens vom 10.9.1964 hervor. Demnach habe die DDR Fürsprecher, die sich in der Iwai-Konzernleitung für die Normalisierung der Handelsbeziehungen stark machen würden. In: „Japanische Konzernvertreter für Normalisierung der Handelsbeziehungen zur DDR“ (16.9.1964), in: Ebd.
- ⁶⁴ Nihon keizai shinbunsha: *Kaisha nenkan. Jōjō gaisha-ban. 1965-nen.* [Unternehmensjahrbuch. Ausgabe für börsennotierte Unternehmen. 1965], 403
- ⁶⁵ „Außenhandelsunternehmen Maschinen-Export – Importverhandlungen über Stahlwerkaurüstungen aus Japan“ (18.2.1965), in: SAPMO-BArch, DE1 52311
- ⁶⁶ „Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit japanischen Firmen Iwai und Yawata über das LD-Stahlwerk für das Objekt Eisenhüttenkombinat Ost“ (15.2.1965), in: Ebd.
- ⁶⁷ „Gesprächsnotiz über eine am 1.3.65 in der Zeit von 10.00 bis 11.30 Uhr in meinem Arbeitszimmer stattgefundenen Unterredung mit maßgeblichen japanischen Persönlichkeiten“ (1.3.1965), in: SAPMO-BArch, DC20 4359, Bl. 32–34
- ⁶⁸ „Aktennotiz über eine am 23.2.1965 in der Zeit von 15 bis 16.45 Uhr in meinem Arbeitszimmer stattgefundene Unterredung mit maßgeblichen japanischen Persönlichkeiten“ (23.2.1965), In: Ebd., Bl. 24
- ⁶⁹ „Aktenvermerk. Herr Sato von der japanischen Firma Kyoho Tsusho Kaisha“ (25.5.1965), in: SAPMO-BArch, DE1 53333
- ⁷⁰ Wann exakt die „Arbeitsgruppe Japan“ gebildet wurde, ist nicht nachvollziehbar. Die Ökonomische Kommission beim Präsidium des Ministerrates beschloss am 25. November die sofortige Gründung einer solchen Arbeitsgruppe. In: Anlage zum Schreiben von Berthold Handwerker an Wolfgang Kiese-wetter (28.11.1964), in: PA AA, MfAA A17779, Bl. 4
- ⁷¹ „Aktennotiz über eine am 23.2.65 in der Zeit von 15 bis 16.45 Uhr in meinem Arbeitszimmer stattgefundenen Unterredung mit maßgeblichen japanischen Persönlichkeiten“ (23.2.1965), in: SAPMO-BArch, DC20 4359, Bl. 22
- ⁷² „Bericht über die in der Zeit vom 20.3. bis 16.4. bzw. 22.4.65 durchgeführte Reise nach Japan“ (28.4.1965), in: SAPMO-BArch, DE1 52311
- ⁷³ „Bemühungen der SBZ zur Eröffnung einer Zweigstelle der SBZ-Außenhandelskammer in Tokyo“ (13.5.1965), in: PA AA, B37, Bd. 178
- ⁷⁴ Kawasaki kündigte angeblich seinen Begleiter nicht an, sondern stellte den Leiter der Westeuropaabteilung der japanischen Behörde vor vollendete Tatsachen. In: „Handel zwischen Japan und der SBZ“, in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7116
- ⁷⁵ „Niederschrift über das Gespräch mit dem LDP-Abgeordneten Hideji Kawasaki“ (nicht datiert), in: Ebd.
- ⁷⁶ „Kawasaki Hideji“ (nicht datiert), in: Ebd.
- ⁷⁷ „Handel zwischen Japan und der SBZ“ (4.5.1965), in: Ebd.

- ⁷⁸ „Die Rolle des LDP-Abgeordneten Hideji KAWASAKI als Vermittler von sowjetzonalen Kontakten in Japan“ (1.7.1965), in: Ebd.
- ⁷⁹ „Vermerk“ (11.5.1965), in: Ebd.
- ⁸⁰ Verschlüsseltes Fernschreiben (eing. 30.4.1965), in: PA AA, B37, Bd. 178
- ⁸¹ „Aktenvermerk“ (20.8.1965), in: PA AA, MfAA A17781, Bl. 14
- ⁸² „Deutsch-japanische Ministerkonsultationen“ (28.12.1965), in: PA AA, B37, Bd. 260
- ⁸³ Verschlüsseltes Fernschreiben (eing. 17.2.1966), in: Ebd.
- ⁸⁴ In den verschiedenen Berichten über den Vorfall wurden unterschiedliche Summen genannt. Die Zahl zwölf Millionen US-Dollar wurde mit Abstand am häufigsten erwähnt. Allerdings wurde auch mehrfach von elf Millionen US-Dollar gesprochen.
- ⁸⁵ „Mitsubishi SBZ-Geschäft“ (11.2.1966), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7116
- ⁸⁶ Verschlüsseltes Fernschreiben (17.2.1966), in: PA AA, B37, Bd. 260
- ⁸⁷ „SBZ-Aktivität in Japan; hier: Abbruch der Lieferverhandlungen mit Mitsubishi Shoji als Vergeltungsmassnahme gegen die Bekräftigung der konsequenten Deutschlandpolitik der japanischen Regierung durch Aussenminister Shiina in Bonn“ (25.3.1966), in: PA AA, B37, Bd. 260
- ⁸⁸ „Mitsubishi SBZ-Geschäft“ (11.2.1966), in: Ebd.
- ⁸⁹ Mehr als dreißig Jahre nach seinem Japanaufenthalt griff Hans Bentzien die Ereignisse in seinen Memoiren noch einmal auf. (Bentzien 1995: 210–213)
- ⁹⁰ „SBZ-Aktivität in Japan“ (21.1.1965), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ⁹¹ „Beschluss zum ‚Bericht der Minister Markowitsch und Bentzien nach Japan‘ und zum ‚Bericht über die Tätigkeit der Spezialistengruppe in Japan in der Zeit vom 9.10.1964 bis 27.10.1964‘“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A17779, Bl. 55
- ⁹² „Beschluss zur Konzeption für die Entwicklung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Japan und die auslandsinformativische Tätigkeit der DDR gegenüber Japan“ (17.6.1965), in: SAPMO-BArch, DC20 I/4 1143
- ⁹³ Ebd.
- ⁹⁴ „Konzeption zur Durchführung von Tagen der Freundschaft mit dem japanischen Volk in der Deutschen Demokratischen Republik“ (3.3.1966); „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 13–16, 62f.
- ⁹⁵ In den sich auf Angaben der ostdeutschen Presse stützenden Berichten der deutschen Botschaft wird festgehalten, dass die „Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk“ zwischen dem 12. und 17. September 1966 stattfanden. In den Berichten des Freundschaftskomitees DDR-Japan ist allerdings vom 13. bis 16. September 1966 die Rede.
- ⁹⁶ „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 62f.
- ⁹⁷ „Konzeption zur Durchführung von Tagen der Freundschaft mit dem japanischen Volk in der Deutschen Demokratischen Republik“ (3.3.1966), in: Ebd., Bl. 13–16.
- ⁹⁸ „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 62f.

- ⁹⁹ Kawabate Yasunari, Niwa Fumio und Takami Jun an den Deutschen Schriftstellerverband (8.6.1965), in: PA AA, MfAA A17780, Bl. 136f.
- ¹⁰⁰ MfAA an Deutscher Schriftstellerverband (15.7.1965), in: Ebd., Bl. 139
- ¹⁰¹ „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 65–70, 76
- ¹⁰² „Freundschaftstage in Weimar und Veranstaltungen der Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR in Fukuoka“ (10.11.1966), in: PA AA, B38 II-A1, Bd. 116, Bl. 220f.
- ¹⁰³ „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 71
- ¹⁰⁴ Ebd., Bl. 70
- ¹⁰⁵ Eine mögliche Erklärung dafür, weshalb die Konzeption der Freundschaftstage die Förderung von Verbindungen zu japanischen Germanisten nicht explizit hervorhob, das Ereignis selbst besagten Angehörigen jener akademischen Disziplin dennoch große Aufmerksamkeit widmete, liefert ein Blick auf den zeitlichen Ablauf der Geschehnisse. Die endgültige Konzeption lag bereits im März vor, der Vorfall, welcher bestimmte japanische Germanisten verstärkt die Nähe zur DDR demonstrieren ließ, ereignete sich jedoch erst im Mai. So war immer noch Zeit gegeben, besagte Germanisten stärker in die Planung der Freundschaftstage vom September einzubeziehen, obwohl grundsätzlich die konzeptionelle Vorbereitungsphase bereits abgeschlossen war.
- ¹⁰⁶ „Delegationsbericht. Teilnahme an der V. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima und Klärung einiger Fragen der kulturellen Verbindungen und der Auslandspropaganda in Japan vom 28.7. bis 17.8.1959“ (24.8.1959), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 309, Bl. 128, 130
- ¹⁰⁷ „Bericht über Japanreise 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16439, Bl. 70f.
- ¹⁰⁸ „Aktivität der ‚Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR‘ in Kreisen japanischer Germanisten“ (8.6.1966), in: PA AA, B38 II-A1, Bd. 116, Bl. 203f.
- ¹⁰⁹ Ebd., Bl. 205f.
- ¹¹⁰ Ebd., Bl. 206
- ¹¹¹ Ebd.
- ¹¹² „SBZ-Tätigkeit in Japan“ (10.11.1966), in: Ebd., Bl. 223f.
- ¹¹³ „Bericht über die ‚Tage der Freundschaft mit dem japanischen Volk‘ in der DDR vom 13.–16.9.1966 in Weimar“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 67
- ¹¹⁴ „Kulturelle Aktivität der SBZ in Japan“ (28.12.1966), in: PA AA, B37, Bd. 260
- ¹¹⁵ *Waimaru tomo no kai kaihō*, Nr. 1 (Oktober 1967), 11f.
- ¹¹⁶ Zusammenfassung von *Nichidoku tsūshin*, Nr. 49 (5.2.1968), in: SAPMO-BArch, DY13 3115
- ¹¹⁷ *Waimaru tomo no kai kaihō*, Nr. 1 (Oktober 1967), 11f.
- ¹¹⁸ „Vorschläge für die Weiterentwicklung und Aktivierung der Anerkennungsbeziehung in Japan“ (Juli 1970), in: SAPMO-BArch, DY13 3369
- ¹¹⁹ „Aktivität der ‚Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR‘ in Kreisen japanischer Germanisten“ (8.6.1966), in: PA AA, B38 II-A1, Bd. 116, Bl. 208
- ¹²⁰ Ebd., Bl. 210, 212
- ¹²¹ „Sonderstipendien-Programm für japanische Germanisten“ (22.12.1966), in: Ebd., Bl. 235

- 122 „Sonderstipendien-Programm für japanische Germanisten“ (2.12.1966), in: Ebd., Bl. 239
- 123 „Weimar Ausstellung auf der Generalversammlung des Japanischen Germanistenverbandes am 4. Mai 1966 in Tokyo“ (8.3.1967), in: PA AA, B37, Bd. 339
- 124 „Bericht über Japanreise 27.10.–26.11.1964“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A16439, Bl. 56f.
- 125 „Bericht über die Reise der Genossen Markowitsch und Bentzien nach Japan“ (23.10.1964), in: PA AA, MfAA A16437, Bl. 79
- 126 „Bericht der Genossin Irene Gysi über die Dienstreise nach Japan in der Zeit vom 26.10.–19.12.1964 mit dem Gewandhausquartett Leipzig“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA, A16771, Bl. 39–41
- 127 Ebd.
- 128 „Beschluß des Ministerrats über die Entsendung von 12 Gemälden, darunter die ‚Sixtinische Madonna‘ von Raffael aus den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden nach Japan“ (7.1.1965), in: SAPMO-BArch, DC20 I/4 1085, Bl. 152f.
- 129 Krolkowski an Kurt Bork (19.1.1965), in: PA AA, MfAA A16771, Bl. 64f.
- 130 „Konzeption über die Entwicklung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Japan und die auslandsinformativische Tätigkeit der DDR gegenüber Japan“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA A17783, Bl. 83
- 131 „Beschluss des Ministerrates über die Maßnahmen des Ministeriums für Kultur zur Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit Japan vom 8.9.1965“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DC20 I/4 1184, Bl. 81–83
- 132 „Plan einer sowjetzonalen Gemäldeausstellung in Japan“ (25.6.1965), in: PA AA, B38 II-A1, Bd. 116, Bl. 196
- 133 Interview des Verfassers mit Hans Bentzien vom 13. November 2009 (vgl. Bentzien 1995: 213)
- 134 Das Programm wurde offiziell 1959 durch das Japanische Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik ins Leben gerufen, nachdem bereits seit mehreren Jahren Vorbereitungen liefen. Die japanische Regierung unterstützte das Vorhaben, da die in Japan lebenden Koreaner oft mit Kriminalität, Gewalt und auch kommunistischer Subversion assoziiert wurden. Nachdem allein in den ersten zwei Jahren fast 75.000 Menschen, darunter auch mehrere Tausend Japaner, nach Nordkorea übergesiedelt waren, gingen die Zahlen der „Heimkehrer“ stetig zurück. Das japanische Kabinett entschied daraufhin im August 1966, das Abkommen bis November 1967 auslaufen zulassen. Letztendlich handelte es sich dabei nur um eine von mehreren Unterbrechungen. Erst 1984, nach 93.000 Repatriierten, wurde das Programm endgültig abgeschlossen. (Morris-Suzuki 2007)
- 135 Liebermann an Rotes Kreuz (15.6.1967), in: PA AA, MfAA C1101/70, Bl. 53f.
- 136 Hausmitteilung von Prof. Dr. Dieter Klein (17.10.1977), in: UAHU, PA Berndt, Jürgen, Bl. 129
- 137 „Tätigkeitsbericht“ (15.11.1978), in: Ebd., Bl. 135
- 138 Tsūshō sangyōshō: *Tsūshō hakusho, Shōwa 43-nen* [Weißbuch zum Außenhandel, Shōwa 43 (1968)], 641
- 139 Bei den Beschlüssen handelte es sich bekanntlich um den überarbeiteten „Beschluss des Ministerrates der DDR über die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der DDR und Japan“ (18.3.1965), den „Beschluss zur

- Konzeption für die Entwicklung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Japan und die auslandsinformativische Tätigkeit der DDR gegenüber Japan“ (17.6.1965) und „Beschluss des Ministerrats über die Maßnahmen des Ministeriums für Kultur zur Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit Japan“ (9.9.1965).
- ¹⁴⁰ „Beschlussvorlage für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Japan und der DDR“ (18.10.1967), in: SAPMO-BArch, DC20 I/4 1654, Bl. 198
- ¹⁴¹ Schreiben an Rost (16.10.1967), in: Ebd., Bl. 219
- ¹⁴² „Beschlussvorlage für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Japan“ (2.11.1967), in: Ebd., Bl. 223f.
- ¹⁴³ *Libri. Aus der Bücherwelt. Hauszeitschrift des Barsortiments Lingenbrink*, Ausgabe VII, August 1967
- ¹⁴⁴ Zu Jürgen Kuczynskis Aufenthalt in Japan wurden mehrere Reiseberichte veröffentlicht, die u. a. sein Zusammentreffen mit wissenschaftlichen Einrichtungen, wie der Japanischen Akademie der Wissenschaften, oder dem Lehrkörper und der Studentenschaft acht führender japanischer Universitäten (Hōsei Universität, Hitotsubashi Universität, Waseda Universität, Rikkyō Universität, Kansai Universität, Staatliche Universität Kyoto, Kōnan Universität, Shizuoka Universität) schildern und auch allgemeine Eindrücke zu Land und Leuten ausführlich behandeln. (Kuczynski 1969a; ders. 1969b; ders. 1970)
- ¹⁴⁵ „Bericht über den Aufenthalt der Genossin Bamber vom 26.3. bis 11.4.1968“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 597, Bl. 222–227
- ¹⁴⁶ Die Entstehung von Taibunkyo war ein Ergebnis der Reise des SPJ-Generalsekretärs Narita Tomomi in die Sowjetunion vom August 1964. Auf sowjetischer Seite war man der Ansicht, dass der zunehmende politische und wirtschaftliche Austausch auch die Notwendigkeit geschaffen habe, die kulturelle und akademische Zusammenarbeit zu erweitern. Unter diesen Bedingungen begannen nach der Rückkehr von Narita Überlegungen zur Konzipierung einer passenden Einrichtung. Die Hintergründe der Entstehung und das Wirken von Taibunkyo wurden bereits detailliert von Ikei Masaru (1990) behandelt.
- ¹⁴⁷ Am Ende war das Vorhaben an der Frage gescheitert, welches Theater für das Gastspiel angemietet werden sollte. Die ostdeutsche Seite hatte ein Gastspiel im Tokyoter Nissei-Theater angestrebt. Die dadurch entstehenden Kosten für Taibunkyo, wie etwa Mietkosten, die das Theater verlangte, bedingten aber, dass Matsumae Shigeyoshi in seiner Funktion als Vorsitzender der Vereinigung von dem Projekt Abstand nahm. In: Matsumae Shigeyoshi an Irene Gysi (19.6.1967), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 597, Bl. 211
- ¹⁴⁸ „Kulturelles Austauschprogramm zwischen dem Freundschaftskomitee Deutsche Demokratische Republik – Japan und der Japan Cultural Association with Foreign Countries (Taibunkyo) für die Zeit von Oktober 1971 bis Dezember 1972“ (20.10.1971), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 233–236; „Beschluss über den Austausch von Hochschulabsolventen zwischen der DDR und Japan vom 25. November 1970“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DC20 I/4 2360, Bl. 45
- ¹⁴⁹ „EI über die Ausweisung eines japanischen Journalisten aus der DDR, der beabsichtigte, mit Prof. Havemann ein Gespräch zu führen.“ (7.8.1968), in: BStU, MfS-Zentralarchiv, ZAIG, Nr. 1537, Bl. 1–3

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL VI. ENTSPANNUNGSPOLITIK UND VIETNAMKRIEG

- ¹ „Errichtung einer Vertretung der sowjetzonalen Kammer für Außenhandel in Tokyo“ (18.4.1967), in: PA AA, B37, Bd. 339b
- ² „Japan und die SBZ“ (3.6.1967), in: Ebd.
- ³ „Erklärungen der Regierung und politisch führender Persönlichkeiten des Gastlandes zur Deutschland- und Berlinfrage“ (23.8.1967), in: Ebd.
- ⁴ „Stellungnahme der Botschaft Tokyo zum japanischen Kommuniké-Entwurf“ (nicht datiert), in: PA AA, B37, Bd. 474
- ⁵ Nihon keizai shinbunsha: *Kaisha nenkan. Jōjō gaisha-ban. 1969-nen*. [Unternehmensjahrbuch. Ausgabe für börsennotierte Unternehmen. 1969], 210
- ⁶ „Zweigstelle der SBZ-Außenhandelskammer in Tokyo“ (26.2.1968), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ⁷ „Zweigstelle der SBZ-Außenhandelskammer in Tokyo“ (20.5.1968), in: Ebd.
- ⁸ „Handel mit SBZ“ (29.5.1967), in: PA AA, B37, Bd. 339
- ⁹ „Besuch japanischer Chemiefachleute in der SBZ“ (1.4.1968), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7116
- ¹⁰ „Handelsbeziehungen Japans mit der Sowjetzone“ (6.7.1967), in: Ebd.
- ¹¹ „Besuch japanischer Chemiefachleute in der SBZ“ (1.4.1968), in: Ebd.
- ¹² „Zweigstelle der SBZ-Außenhandelskammer in Tokyo“ (26.2.1968), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ¹³ „Zweigstelle der SBZ-Außenhandelskammer in Tokyo“ (20.5.1968), in: Ebd.
- ¹⁴ „Zweigstelle der SBZ-Außenhandelskammer in Tokyo“ (6.3.1968), in: Ebd.
- ¹⁵ „Tätigkeit der SBZ in Japan“ (27.6.1968), in: Ebd.
- ¹⁶ Kawashima wird in dem Dokument namentlich nicht erwähnt. Stattdessen ist nur die Rede vom „Vizepräsident[en]“ der LDP. Vizepräsident (*fukusōsai*) der Partei war zwischen Juli 1964 und November 1970 wiederum Kawashima.
- ¹⁷ „Entwicklung der Beziehungen zu Japan“ (16.7.1968), in: PA AA, MfAA C1527/75, Bl. 37
- ¹⁸ Seidel an Stockmann (11.9.1968), in: Ebd., Bl. 39f.
- ¹⁹ Gerhard Beil an Wolfgang Kiesewetter (17.9.1968), in: Ebd., Bl. 41f.
- ²⁰ „Tätigkeit der SBZ in Japan“ (16.5.1968), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ²¹ „Tätigkeit der SBZ in Japan“ (27.6.1968), in: Ebd.
- ²² Telschow an Göckeritz (14.10.1968), in: PA AA, MfAA C1527/75, Bl. 43f.
- ²³ Siehe auch Shakai undō chōsakai: *Sayoku dantai jiten 1968-nenban* [Lexikon linksgerichteter Organisationen, 1968], 1061
- ²⁴ Ebd., Bl. 43
- ²⁵ „Japan-DDR“ (4.7.1969), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ²⁶ „Institutionalisierung der Handelsbeziehungen der DDR mit Japan“ (12.12.1969), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7116
- ²⁷ „Direktive für die Entsendung einer Delegation des MAW nach Japan“ (2.12.1968), in: PA AA, MfAA C1527/75, Bl. 46f.
- ²⁸ „Vertretung wirtschaftlicher Interessen der DDR in Japan“ (30.7.1970), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ²⁹ „Protokollnotiz über eine Beratung am 26.11.1970 im Zusammenhang mit der entstandenen Lage bei der Realisierung der mit der japanischen Firma Toy

- Engineering Corporation abgeschlossenen Verträge über die Lieferung von 2 Anlagen zur Herstellung von Ammoniak“ (27.11.1970), in: SAPMO-BArch, DC20 4534, Bl. 154
- ³⁰ „Japanischer Export nach der DDR“ (28.8.1970), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ³¹ „Vermerk über ein Gespräch mit der Delegation des Zentralexekutivkomitees der Sozialistischen Partei Japans“ (22.7.1970), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 596, Bl. 109
- ³² Kozyk war noch nicht zum stellvertretenden Minister ernannt worden, als ihm die Einreisegenehmigung nach Japan erteilt wurde, sondern erst kurz darauf.
- ³³ „Information über die Reise der Delegation der Außenwirtschaft der DDR nach Japan im Zusammenhang mit der Weltausstellung 1970 in Osaka“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DC20 4534, Bl. 146; „Vermerk über ein Gespräch mit Gen. Stampfl, Mitarbeiter der Abt. Kapitalistische Länder, Übersee, MAW, am 18.6.70, 8.00–9.30 Uhr“ (18.6.1970), in: PA AA, MfAA C420/77, Bl. 1
- ³⁴ „Besuch einer Delegation der japanischen Stahlindustrie in der DDR“ (12.2.1970), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ³⁵ „Information über die Reise der Delegation der Außenwirtschaft der DDR nach Japan im Zusammenhang mit der Weltausstellung 1970 in Osaka“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DC20 4534, Bl. 146
- ³⁶ „Vermerk über ein Gespräch mit Gen. Stampfl, Mitarbeiter der Abt. Kapitalistische Länder, Übersee, MAW, am 18.6.70, 8.00–9.30 Uhr“ (18.6.1970), in: PA AA, MfAA C420/77, Bl. 2
- ³⁷ „Politische und wirtschaftliche Beziehungen Japan-DDR“ (23.9.1970), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ³⁸ Eine nicht vollständige Aufzählung der Mitgliedsvereinigungen des Wirtschaftsausschusses Japan-DDR listet folgende Unternehmen: Ataka Co., Ltd.; C. Itoh & Co., Ltd.; Ishikawajima-Harima Heavy Industries Corporation; Hitachi Ltd. Corporation; Kanematsu-Gosho Ltd.; Kawasaki Steel Corporation; Marubeni-Iida Co., Ltd.; Mitsubishi Corporation; Mitsubishi Heavy Industries. Ltd.; Mitsui & Co., Ltd.; Nippon Kokan Co., Ltd.; Nippon Steel Corporation; Nichimen Co., Ltd.; Nissho Iwai Corporation; Shinten Jitsugyo Trading Co.; Sumitomo Metal Industries, Ltd.; Toshiba Machine Co., Ltd.; Tokyo Boeki Group; Toyo Engineering Corporation; Toyo Menka-Kaisha Limited. In: „Anlage 2 zu Bericht Nr. 224 vom 24.2.71“ (nicht datiert), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7117
- ³⁹ „Auswirkungen des Besuchs des Stellvertretenden Ministers für Außenwirtschaft der DDR, Dr. Beil, in Japan“ (24.2.1971), in: Ebd.
- ⁴⁰ Ausführlich mit der Tätigkeit des Gemeinsamen Japanisch-Sowjetischen Wirtschaftsausschusses setzte sich Ki'ire Ryō (1983: 86–100) auseinander.
- ⁴¹ „Auswirkungen des Besuchs des Stellvertretenden Ministers für Außenwirtschaft der DDR, Dr. Beil, in Japan“ (24.2.1971), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7117
- ⁴² „Handel zw. Japan und Ostdeutschland“ (nicht datiert), in: Ebd.
- ⁴³ „Japanische Bemühungen um Steigerung des Handels mit der DDR“ (2.3.1970), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7117
- ⁴⁴ „Aussage zur Person [Name geschwärzt] der japanischen Firma Nissho-Iwai in der DDR“ (29.5.1975), in: BStU, MfS-Zentralarchiv, HA XVIII, Nr. 17916, Bl. 91

- ⁴⁵ Einzelinformationen zu Vertretern japanischer Firmen in Ostberlin (13.4.1971), in: BStU, MfS-Zentralarchiv, HA XVIII, Nr. 7424, Bl. 116–123
- ⁴⁶ „Information über Situation der Arbeit der Handelshäuser in Berlin“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 126
- ⁴⁷ „Japan-DDR“ (19.5.1971), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ⁴⁸ „DDR-Vertretung in Tokyo“ (12.10.1971), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 7117
- ⁴⁹ „Handelsbüro der DDR in Japan“ (22.12.1971), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ⁵⁰ Tsūshō sangyōshō: *Tsūshō hakusho, Shōwa 43-nen* [Weißbuch zum Außenhandel, Shōwa 43 (1968)], 639f.
- ⁵¹ Tsūshō sangyōshō: *Tsūshō hakusho, Shōwa 45-nen* [Weißbuch zum Außenhandel, Shōwa 45 (1970)], 659; *Tsūshō hakusho, Shōwa 47-nen* [Weißbuch zum Außenhandel, Shōwa 47 (1972)], 682
- ⁵² „Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Japan im Perspektivzeitraum bis 1970 vom 18.3.1965“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DC20 I/4 1094, Bl. 178
- ⁵³ Tsūshō sangyōshō: *Tsūshō hakusho, Shōwa 47-nen* [Weißbuch zum Außenhandel, Shōwa 47 (1972)], 682
- ⁵⁴ Ebd., 707
- ⁵⁵ „Empfang des neuen japanischen Botschafters, Herrn Kai, durch den Chef des Bundeskanzleramtes“ (28.8.1970), in: PA AA, B38 II-A1, Bd. 306, Bl. 182
- ⁵⁶ Ochiai Ei'ichi an Omer Becu (23.5.1965), in: ICFTU Archives, Folder 3549
- ⁵⁷ Rōdōshō: *Shiryō rōdō undōshi, Shōwa 41* [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Shōwa 41 (1966)], 905f.
- ⁵⁸ Ōta Kaoru an Herbert Warnke (10.2.1965), in: SAPMO-BArch: DY34 11144
- ⁵⁹ Siehe auch Iwai Akira an Herbert Warnke (20.4.1966), in: Ebd.
- ⁶⁰ Suzuki Sei'ichi an Herbert Dönitz (2.5.1966), in: SAPMO-BArch: DY34 11144
- ⁶¹ So hatte sich der FDGB etwa bereit erklärt, 1966 mehr japanische Delegierte in der DDR zu betreuen als ursprünglich vorgesehen. Statt sechs Delegationen mit 14 Teilnehmern, sollten nun acht Abordnungen mit insgesamt 21 Teilnehmern in der DDR empfangen werden. Zusätzlich gab der FDGB sein Einverständnis, sich um weitere japanische Gewerkschaftsfunktionäre zu kümmern, die nach ihrem Aufenthalt in anderen europäischen Ländern die DDR bereisen wollten. Für die gesamten durch den Delegationsverkehr entstehenden Kosten sollte die ostdeutsche Seite aufkommen. Um den finanziellen Aufwand bewältigen zu können, mussten die FDGB eigenen Reserven für den Delegationsverkehr ausgeschöpft und die Mittel für die Delegationsarbeit mit Indonesien übernommen werden. In: Herbert Dönitz an Paul Markowski (30.3.1966), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 597, Bl. 149; Herbert Dönitz an Wolfgang Beyreuther (8.3.1966), in: SAPMO-BArch, DY34 11144
- ⁶² „Plan für den Aufenthalt des Ehepaars Hori'i (Generalsekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner der Privatbahnen Japans) für die Zeit vom 26.6.–1.7.1965“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY34 11145
- ⁶³ Herbert Dönitz an Paul Markowski (30.3.1966), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 597, Bl. 149
- ⁶⁴ „Die nächsten Aufgaben der internationalen Arbeit des FDGB“, Bl. 21f., in: SAPMO-BArch, DY34 6630

- ⁶⁵ Rōdōshō: *Shiryō rōdō undōshi, Shōwa 41* [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Shōwa 41 (1966)], 905
- ⁶⁶ Pierre Gensous an WFTU affiliated & friendly organisations (30.9.1966), in: SAPMO-BArch, DY34 11144
- ⁶⁷ R. Berger to Hori'i Toshikazu (17.10.1966), in: Ebd.
- ⁶⁸ Herbert Warnke to Hori'i Toshikazu (30.11.1966), in: Ebd.
- ⁶⁹ Um auch einen möglichst großen propagandistischen Nutzen für die ostdeutsche Seite zu erzielen, hatte Suzuki ursprünglich eine andere Form der Realisierung der Miike-Spende vorgeschlagen. So wurde zunächst eine „Ausstellung und Verkaufsstelle von Volkskunstgegenständen aus der DDR für die Unterstützung der Miike-Kämpfe“ in verschiedenen japanischen Städten abgehalten. Laut Suzuki brachte aber die Aktion aufgrund zu hoher Zollgebühren keinen nennenswerten finanziellen Gewinn. Dennoch wurde auch der anschließende Vorschlag des Sōhyō-Funktionärs zur Realisierung der Miike-Spende, nämlich die Mittel für die Entsendung einer Reisegruppe in die DDR zur Verfügung zu stellen, bestätigt. Damit der japanischen Seite keine Kosten entstehen, wurden die nach dem Misserfolg des Verkaufs der Volkskunstgegenstände gebliebenen 50.000 MDN der Solidaritätsspende entsprechend auf 90.000 MDN aufgestockt. In: Suzuki Sei'ichi an FDGB (4.12.1964), in: SAPMO-BArch, DY34 11144; „Aktennotiz über den Aufenthalt des Kollegen Suzuki, Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim SOHYO (24.–28.10.1966)“ (22.11.1966), in: SAPMO-BArch, DY34 8295; Suzuki Sei'ichi an Selbman (12.1.1967), in: SAPMO-BArch, DY34 11144.
- ⁷⁰ „Weltgewerkschaftsbund“, in: AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAJ000317
- ⁷¹ „Aktennotiz über den Aufenthalt des Kollegen Suzuki, Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim SOHYO (24.–28.10.1966)“ (22.11.1966), in: SAPMO-BArch, DY34 8295
- ⁷² Ebd.
- ⁷³ „CONFIDENTIAL. SOHYO ANNUAL CONVENTION Tokyo, 19–22 July 1967 – Some Observations“, in: ICFTU Archives, Folder 3549
- ⁷⁴ Ochiai Ei'ichi an Harm S. Buiter (24.11.1967), in: ICFTU Archives, Folder 3549
- ⁷⁵ „Information: ‚Der Kampf des Generalrates der japanischen Gewerkschaften (SOHYO) gegen die Unterstützung der USA Aggression in Vietnam durch die japanische Regierung‘“, in: SAPMO-BArch, DY34 5366
- ⁷⁶ Rōdōshō: *Shiryō rōdō undōshi, Shōwa 43* [Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Shōwa 43 (1968)], 770
- ⁷⁷ Ochiai Ei'ichi an Harm G. Buiter (17.10.1968), in: ICFTU Archives, Folder 3550
- ⁷⁸ „Bericht über die Ergebnisse des Aufenthaltes einer Delegation des Bundesvorstandes des FDGB in Japan“ (nicht datiert) in: SAPMO-BArch, DY34 8295
- ⁷⁹ Ebd.
- ⁸⁰ „Japan – DDR. Gewerkschaftskontakte Sohyo – FDGB“ (26.2.1969), in: PA AA, B37, Bd. 473
- ⁸¹ „Besuch einer Delegation des FDGB beim japanischen Gewerkschaftsbund Sohyo vom 5.–14. Oktober 1972“ (nicht datiert), in: PA AA, B37, Bd. 681
- ⁸² „Information Nr. 50/66 an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros. Betrifft: Bericht über den Aufenthalt einer Delegation der sozialistischen Partei Japans in der DDR vom 19.–27.6.66. (1. Kulturdelegation der SP Japans)“ (25.7.1966), in: SAPMO-BArch, DY30 11546, Bl. 14

- ⁸³ „Konzeption für den Aufenthalt der Delegation der Sozialistischen Partei Japans in der DDR vom 24.6. bis 2.5.1970“ (17.4.1970), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 596, Bl. 7f.
- ⁸⁴ Tümmler an Birch (19.4.1968), in: DY30 IV A2/20 597, Bl. 210
- ⁸⁵ Verschlüsseltes Fernschreiben (13.12.1968), in: PA AA, B37, Bd. 412
- ⁸⁶ „Parlamentarier-Treffen für SBZ-Anerkennung in Indien“ (23.1.1969), in: PA AA, AV Neues Amt 6842
- ⁸⁷ „1. Teil des Reiseberichts der Delegation der Deutscher (Dr. Heidrich, Ulrich) im Dez. 1968 / Jan. 1969 nach Indien und Ceylon“ (23.1.1969), in: SAPMO-BArch, DY13 1705
- ⁸⁸ „Haltung der Sozialistischen Partei Japans zur DDR“ (21.2.1969), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6752.
- ⁸⁹ „SPJ – SBZ“ (3.3.1969), in: Ebd.
- ⁹⁰ Monatsbericht von Klaus W. Bender, FES Tokyo Office (26.6.1969), in: DGB-Archiv, DGAJ000318
- ⁹¹ „SPJ – SBZ“ (3.3.1969), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6752
- ⁹² „Communique Issued by the Third Japan-Soviet Trade Union Exchange Committee meeting“ (18.10.1968), in: ICFTU Archives, Folder 3550
- ⁹³ „Haltung der Sozialistischen Partei Japans zur DDR“ (21.2.1969), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6752
- ⁹⁴ „SPJ – SBZ“ (17.5.1969), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6752
- ⁹⁵ Gerhard Fischer an Hans-Eberhard Dingels (27.5.1969), in: PA AA, B37, Bd. 473
- ⁹⁶ Hans-Eberhard Dingels an Gerhard Fischer (6.6.1969), in: Ebd.
- ⁹⁷ In der Veröffentlichung der SPJ ist der entsprechende Beschluss auf den 17. September 1969 datiert. Der Beschluss wurde zwar für dieses Datum vorbereitet, aber erst eine Woche danach, am 24. September 1969, gefasst. In: „Sozialistische Partei Japans und Deutschlandfrage“ (5.11.1969), in: PA AA, B37, Bd. 473
- ⁹⁸ „Haltung der Sozialistischen Partei Japans zur DDR“ (21.2.1969), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6752
- ⁹⁹ Ebd.
- ¹⁰⁰ „Parteitag der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) mit Neuwahl des Parteivorsitzenden und des Exekutivkomitees“ (12.12.1966), in: PA AA, B37, Bd. 259
- ¹⁰¹ „Außenpolitische Orientierung der Sozialistischen Partei Japans (SPJ)“ (19.6.1969), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6752
- ¹⁰² „Die Sozialistische Partei Japans und die Deutschlandfrage“ (28.3.1969), in: Ebd.
- ¹⁰³ „Außenpolitische Orientierung der Sozialistischen Partei Japans (SPJ)“ (19.6.1969), in: Ebd.
- ¹⁰⁴ Gerhard Fischer an Hans-Eberhard Dingels (27.5.1969), in: PA AA, B37, Bd. 473
- ¹⁰⁵ „Bericht zum Besuch der Delegation der Parlamentarier der Sozialistischen Partei Japans in der DDR vom 7.11.–19.11.1969“ (27.11.1969), in: PA AA, MfAA C413/77, Bl. 64, 67
- ¹⁰⁶ Narita Tomomi an Walter Ulbricht (18.6.1970), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 596, Bl. 30–32
- ¹⁰⁷ „Vorlage für das Sekretariat des ZK. Betrifft: Besuch einer Delegation der Sozialistischen Partei Japans unter der Leitung des Vorsitzenden der SPJ, Tomomi Narita, in der DDR“ (25.6.1970), in: Ebd., Bl. 28f.

- ¹⁰⁸ „Vermerk über eine Information des Genossen Uljanowski, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU, zum Besuch einer Delegation der Sozialistischen Partei Japans in der Sowjetunion“ (17.7.1970), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 596, Bl. 191–198
- ¹⁰⁹ „Konzeption für den Aufenthalt einer Delegation der Sozialistischen Partei Japans in der DDR vom 19. bis 25. Juli 1970“ (13.7.1970), in: PA AA, MfAA C415/77, Bl. 186
- ¹¹⁰ „Bericht über den Aufenthalt der Delegation der Sozialistischen Partei Japans vom 19. bis 25. Juli 1970 in der DDR“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 115f.
- ¹¹¹ „Protokoll. Gespräch des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, mit der Delegation der Sozialistischen Partei Japans unter Leitung des Vorsitzenden des Zentralen Exekutivkomitees der SPJ, Tomomi Narita“ (24.7.1970), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 596, Bl. 120f.
- ¹¹² Grundsätzlich hatte die SPJ die Warschauer Pakt Staaten am 28. August 1968 zur Beendigung der Intervention aufgefordert. (Shakai shinpō 1968) Speziell in den Reihen des linken Flügels der Partei wollte man aber erkennen, dass mit dem Abzug der Truppen aus der ČSSR die Grundlagen der sowjetischen Politik der „friedlichen Koexistenz“ wiederhergestellt seien. (Shakai mondai geppō 1968: 1)
- ¹¹³ „Die Sozialistische Partei Japans (SPJ) nach dem 34. Parteitag“ (22.1.1971), in: PA AA, B37, Bd. 612
- ¹¹⁴ Sugiyama Shōzō an Paul Markowski (10.8.1970); Sugiyama Shōzō an Paul Markowski (3.2.1971), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 594, Bl. 96, 106
- ¹¹⁵ Paul Markowski an Peter Lorf (10.1.72), in: Ebd.
- ¹¹⁶ „Besuch einer SED Delegation in Japan“ (26.5.1972), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ¹¹⁷ Im Zuge des als Bewegung 30. September bezeichneten Putschversuchs vom entsprechenden Datum des Jahres 1965 wurden sechs führende indonesische Militärs entführt und umgebracht. Nach dem Scheitern des Putsches folgte die Ermordung von mehreren Hunderttausend Anhängern der für den Staatsstreich verantwortlich gemachten Kommunistischen Partei Indonesiens durch Militärs. Die kommunistische Bewegung in Indonesien wurde damit praktisch ausgelöscht.
- ¹¹⁸ „Information 73/IV. Zur Politik der KP Japans“ (15.4.66), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 593, Bl. 132–135
- ¹¹⁹ „Information über ein Gespräch im ZK der USAP mit Gen. Szürös, Internationale Abteilung, am 14. Juni 1966“ (15.6.1966), in: Ebd., Bl. 148
- ¹²⁰ „Vermerk über eine Aussprache des Mitglieds des Politbüros Genossen Paul Verner mit der Parteitagsdelegation der KP Japans am 24. April 1967“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 590, Bl. 99
- ¹²¹ „Konzeption für ein offizielles Gespräch mit der Delegation des Zentralen Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Japans“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 107
- ¹²² „Vermerk über eine Aussprache des Mitglieds des Politbüros Genossen Paul Verner mit der Parteitagsdelegation der KP Japans am 24. April 1967“ (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 102–106

- ¹²³ „Kommunistische Partei Japans. Einschätzung zur Entwicklung in der CSSR und zum Eingreifen der fünf sozialistischen Länder“ (3.9.1968), in: SAPMO-BArch, DY30 IV A2/20 593, Bl. 405f.
- ¹²⁴ „Bericht über die Teilnahme einer Delegation der KP Japans am VIII. Parteitag der SED“ (nicht datiert), in: PA AA, MfAA C414/77, Bl. 30
- ¹²⁵ „Zusatzbericht zum Aufenthalt von Junichi Konno, Stellvertreter des Chefredakteurs des Zentralorgans der KPJ ‚Akahata‘, als Gast des Zentralorgans der SED ‚Neues Deutschland‘ in der DDR vom 24.1.–3.2.72“ (7.2.1972), in: PA AA, MfAA C414/77, Bl. 28
- ¹²⁶ „Aktion ‚Banner‘“ (31.7.1973), in: BStU, MfS-Zentralarchiv, Allg. S. 401/73, Bl. 57
- ¹²⁷ Allgemeine Information über Japan (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 15
- ¹²⁸ „1. Teil des Reiseberichts der Delegation der Deusasig (Dr. Heidrich, Ulrich) im Dez. 1968 / Jan. 1969 nach Indien und Ceylon“ (23.1.1969), in: SAPMO-BArch, DY13 1705
- ¹²⁹ „Entwurf. Abschlusseinschätzungen der NFG'en Japan-DDR 1972“ (nicht datiert), in: SAPMO-BArch, DY30 3115
- ¹³⁰ In einer Einschätzung zur gegenwärtigen Verfassung der Freundschaftsbewegung vom März 1966 hatte das Projekt der „Ernst-Thälmann-Bibliothek“ noch nicht das Planungsstadium überschritten. Zu diesem Zeitpunkt war angedacht, dass sich die Einrichtung schwerpunktmäßig auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1945 bis zur Gegenwart konzentrieren sollte. Die entsprechenden Entwicklungen in der DDR wie auch in der Bundesrepublik sollten vom ostdeutschen Standpunkt aus erfasst werden. Bei angemessenem Zuspruch durch die japanische Bevölkerung hielt man in der DDR den Ausbau der Einrichtung zu einem Institut für möglich. Wann exakt die Bibliothek schließlich gegründet wurde, ist nicht vollkommen ersichtlich. Im Briefkopf eines Schreibens vom August 1968 verwendete Uesugi bereits die Bezeichnung „Direktor der ‚Ernst-Thälmann-Bücherei‘, Pädagogische Fakultät der Hokkaido-Universität“. In: „Einschätzung der Freundschaftsgesellschaften zur DDR und der aktiven Partner“ (3.6.1966), in: SAPMO-BArch, DY13 3359; Schreiben von Uesugi Jūjirō (30.8.1968), in: SAPMO-BArch, DY30 IV 2/20 590, Bl. 138
- ¹³¹ „1. Teil des Reiseberichts der Delegation der Deusasig (Dr. Heidrich, Ulrich) im Dez. 1968 / Jan. 1969 nach Indien und Ceylon“ (23.1.1969), in: SAPMO-BArch, DY13 1705
- ¹³² „Nichidoku yūkō ondō zenkoku tōitsu kikan-shi junbi-gō“ [Vorbereitungsausgabe eines nationalen Verbindungsorgans der japanisch-deutschen Freundschaftsbewegung] (15.8.1969), 1f., in: SAPMO-BArch, DY13 3115
- ¹³³ „Dokumente über den 23.6.1970“ (nicht datiert), In: SAPMO-BArch: Ebd., Bl. 7f.
- ¹³⁴ „Bitte an einige Personen, bei der Unterschriftensammlung für die Anerkennung der DDR als Anreger aufzutreten“ (1.10.1970), in: PA AA, MfAA C417/77, Bl. 196f.
- ¹³⁵ *Nichidoku nyūsu*, Nr. 5 (1969), 5
- ¹³⁶ „Vermerk über den Bericht der Tätigkeit der FG Tokyo und Osaka am 26.10.1972 im Freundschaftskomitee durch die Herren Usami und Murata“ (31.10.1972), in: PA AA, MfAA C416/77, Bl. 48; in der ostdeutschen Literatur

- hieß es abweichend von diesen Angaben, dass zwischen März und Oktober 1971 20.000 Unterschriften in Tokyo und Osaka gesammelt wurden. (Modrow 1983: 73)
- ¹³⁷ „Einschätzung der Freundschaftsgesellschaften Japan-DDR“ (6.4.1972), in: SAPMO-BArch: DY30 3359
- ¹³⁸ „Freundschaftsgesellschaften und Anerkennung“ (20.12.1972), in: PA AA, MfAA C416/77, Bl. 56f.
- ¹³⁹ „Äusserungen des stellv. Ministerpräsidenten MIKI zur japanischen Politik nach der Normalisierung der Beziehungen zu Peking, u. a. Forderung nach Ausbau der Kontakte zur DDR“ (20.9.1972), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ¹⁴⁰ „Sankō shiryō. Doitsu minshū kyōwakoku ni tsuite“ [Referenzmaterialien. Zur Deutschen Demokratischen Republik] (5.1973), in: MOFA, 04–941
- ¹⁴¹ „Reisen von Japanern in die DDR. Ausdehnung des Geltungsbereichs auf japanischer Pässe auf die DDR“ (24.6.1970), in: PA AA, B38 II A1, Bd. 306, Bl. 261f.
- ¹⁴² „Vermerk über ein Gespräch mit dem 1. Sekretär der Botschaft Japans, Herrn Koshi, am 16.5.1973“ (18.5.1973), in: PA AA, MfAA C405/77, Bl. 63
- ¹⁴³ „Reisen von Japanern in die DDR. Ausdehnung des Geltungsbereichs auf japanischer Pässe auf die DDR“ (24.6.1970), in: PA AA, B38 II-A1, Bd. 306, Bl. 261f.
- ¹⁴⁴ „Besuch einer SED Delegation in Japan“ (26.5.1972), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ¹⁴⁵ „Das Gespräch zwischen der DSP und SED Delegation“ (nicht datiert), in: Ebd.
- ¹⁴⁶ „Japan – DDR. Gespräch mit dem Vorsitzenden des Politischen Büros der LDP, Kosaka, am 8.6.1972“ (9.6.1972), in: Ebd.
- ¹⁴⁷ Kōno Kenzō an Hans Modrow (14.10.1972), in: PA AA, MfAA C409/77, Bl. 35
- ¹⁴⁸ Kōno Kenzō an Gerald Götting (23.8.1973), in: PA AA, MfAA C412/77, Bl. 99
- ¹⁴⁹ „Besuch einer SED Delegation in Japan“ (26.5.1972), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ¹⁵⁰ „Beschluss zur Entwicklung der Beziehungen der DDR zu Japan“ (27.9.1972), in: SAPMO-BArch, DC 20-I 3 980
- ¹⁵¹ „Besuch des Staatssekretärs im Ministerium Aussenhandel der DDR, Dr. Gerhard Beil, in Japan“ (10.11.1972), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6841
- ¹⁵² „Grundvertrag und Verhältnis Japan / DDR“ (20.11.1972), in: Ebd.
- ¹⁵³ Verschlüsseltes Fernschreiben (15.12.1972), in: PA AA, AV Neues Amt, Bd. 6842
- ¹⁵⁴ Informationsschreiben der Abt. USA (16.1.1973), in: PA AA, MfAA C404/77, Bl. 3
- ¹⁵⁵ Schreiben ohne Absender oder Adressaten (nicht datiert), in: Ebd., Bl. 8
- ¹⁵⁶ „Diplomatische Beziehungen DDR-Japan auf Botschafterebene“ (15.5.1973), in: Ebd., Bl. 78

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL VII. SCHLUSSBETRACHTUNG

- ¹ Besagte Metapher sollte vor allem die Disparitäten in der Verteilung des Wohlstandes verdeutlichen, an dem etwa die Industriegebiete überhaupt nicht teilzuhaben schienen. (Asahi shinbun 1960b)

- ² Als Beispiel für die Wahrnehmung deutschlandpolitischer Probleme sei hier auf einen Kommentar der *Asahi shinbun* verwiesen, der sich kritisch mit der Japanreise von Konrad Adenauer auseinandersetzte und eben jene Aspekte wie Anteilnahme und auch unterschiedliche Blickwinkel, gerade in Bezug auf den Kommunismus, hervorhob. (Asahi shinbun 1960a)

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL X. ANHANG

- ¹ Die Zahlen wurden den japanischen Weißbüchern zum Außenhandel entnommen. Vor 1955 wurde der Handel mit den beiden deutschen Staaten noch nicht getrennt erfasst.
- ² [*] steht für nicht gegebene Werte bzw. Werte, die unter der Erfassungsgrenze lagen. Albanien wurde in die Listung nicht miteinbezogen, da der japanisch-albanische Güter- und Warenverkehr vor 1961 – also dem Jahr, in dem albanische Staatsführung begann, die Mitgliedschaft im RGW ruhen zu lassen – unter der Erfassungsgrenze lagen.

MONOGRAPHIEN AUS DEM DEUTSCHEN INSTITUT FÜR JAPANSTUDIEN

- Bd. 1: Harumi Befu, Josef Kreiner (Eds.): *Othernesses of Japan. Historical and Cultural Influences on Japanese Studies in Ten Countries*. 1992, ²1995 ISBN 978-3-89129-481-9 342 S., kt.
- Bd. 2: Erich Pauer 8(Hg.): *Technologietransfer Deutschland – Japan von 1850 bis zur Gegenwart*. 1992 ISBN 978-3-89129-482-6 330 S., geb.
- Bd. 3: Shigeyoshi Tokunaga, Norbert Altmann, Helmut Demes (Eds.): *New Impacts on Industrial Relations – Internationalization and Changing Production Strategies*. 1992 ISBN 978-3-89129-483-3 492 S., geb.
- Bd. 4: Roy Andrew Miller: *Die japanische Sprache. Geschichte und Struktur*. Aus dem überarbeiteten englischen Original übersetzt von Jürgen Stalph *et al.* 1993 ISBN 978-3-89129-484-0 XXVI, 497 S., 24 Tafeln, geb.
- Bd. 5: Heinrich Menkhaus (Hg.): *Das Japanische im japanischen Recht*. 1994 ISBN 978-3-89129-485-7 XVI, 575 S., geb.
- Bd. 6: Josef Kreiner (Ed.): *European Studies on Ainu Language and Culture*. 1993 ISBN 978-3-89129-486-4 324 S., geb.
- Bd. 7: Hans Dieter Ölschleger, Helmut Demes, Heinrich Menkhaus, Ulrich Möhwald, Annelie Ortmanns, Bettina Post-Kobayashi: *Individualität und Egalität im gegenwärtigen Japan. Untersuchungen zu Wertemustern in bezug auf Familie und Arbeitswelt*. 1994 ISBN 978-3-89129-487-1 472 S., geb.
- Bd. 8: Gerhard Krebs, Bernd Martin (Hg.): *Formierung und Fall der Achse Berlin-Tōkyō*. 1994 ISBN 978-3-89129-488-8 256 S., geb.
- Bd. 9: Helmut Demes, Walter Georg (Hg.): *Gelernte Karriere. Bildung und Berufsverlauf in Japan*. 1994 ISBN 978-3-89129-489-5 521 S., geb.
- Bd. 10: Josef Kreiner (Ed.): *Japan in Global Context. Papers presented on the Occasion of the Fifth Anniversary of the German Institute for Japanese Studies, Tōkyō*. 1994 ISBN 978-3-89129-490-1 123 S., geb.
- Bd. 11: Josef Kreiner (Ed.): *The Impact of Traditional Thought on Present-Day Japan*. 1996 ISBN 978-3-89129-491-8 236 S., geb.

- Bd. 12: Josef Kreiner, Hans Dieter Ölschleger (Eds.): *Japanese Culture and Society. Models of Interpretation*. 1996 ISBN 978-3-89129-492-5 361 S., geb.
- Bd. 13: Josef Kreiner (Ed.): *Sources of Ryūkyūan History and Culture in European Collections*. 1996 ISBN 978-3-89129-493-2 396 S., geb.
- Bd. 14: Aoki Tamotsu: *Der Japandiskurs im historischen Wandel. Zur Kultur und Identität einer Nation*. Aus dem japanischen Original übersetzt von Stephan Biedermann, Robert Horres, Marc Löhr, Annette Schad-Seifert. 1996 ISBN 978-3-89129-494-9 140 S., geb.
- Bd. 15: Edzard Janssen, Ulrich Möhwald, Hans Dieter Ölschleger (Hg.): *Gesellschaften im Umbruch? Aspekte des Wertewandels in Deutschland, Japan und Osteuropa*. 1996 ISBN 978-3-89129-495-6 272 S., geb.
- Bd. 16: Robert Horres: *Raumfahrtmanagement in Japan. Spitzentechnologie zwischen Markt und Politik*. 1996 ISBN 978-3-89129-496-3 267 S., geb.
- Bd. 17/1: Shūzō Kure: *Philipp Franz von Siebold. Leben und Werk*. Deutsche, wesentlich vermehrte und ergänzte Ausgabe, bearbeitet von Friedrich M. Trautz. Herausgegeben von Hartmut Walravens. 1996 ISBN 978-3-89129-497-0 LXVI, 800 S., geb.
- Bd. 17/2: Shūzō Kure: *Philipp Franz von Siebold. Leben und Werk*. Deutsche, wesentlich vermehrte und ergänzte Ausgabe, bearbeitet von Friedrich M. Trautz. Herausgegeben von Hartmut Walravens. 1996 ISBN 978-3-89129-497-0 XXX, 899 S., geb.
- Bd. 18: Günther Distelrath: *Die japanische Produktionsweise. Zur wissenschaftlichen Genese einer stereotypen Sicht der japanischen Wirtschaft*. 1996 ISBN 978-3-89129-498-7 253 S., geb.
- Bd. 19: Gerhard Krebs, Christian Oberländer (Eds.): *1945 in Europe and Asia – Reconsidering the End of World War II and the Change of the World Order*. 1997 ISBN 978-3-89129-499-4 410 S., geb.
- Bd. 20: Hilaria Gössmann (Hg.): *Das Bild der Familie in den japanischen Medien*. 1998 ISBN 978-3-89129-500-7 338 S., geb.
- Bd. 21: Franz Waldenberger: *Organisation und Evolution arbeitsteiliger Systeme – Erkenntnisse aus der japanischen Wirtschaftsentwicklung*. 1999 ISBN 978-3-89129-501-4 226 S., geb.
- Bd. 22: Harald Fuess (Ed.): *The Japanese Empire in East Asia and Its Postwar Legacy*. 1998 ISBN 978-3-89129-502-1 253 S., geb.

- Bd. 23: Matthias Koch: *Rüstungskonversion in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg. Von der Kriegswirtschaft zu einer Weltwirtschaftsmacht.* 1998 ISBN 978-3-89129-503-8 449 S., geb.
- Bd. 24: Verena Blechinger, Jochen Legewie (Eds.): *Facing Asia – Japan's Role in the Political and Economical Dynamism of Regional Cooperation.* 2000 ISBN 978-3-89129-506-9 328 S., geb.
- Bd. 25: Irmela Hijiya-Kirschner (Hg.): *Forschen und Fördern im Zeichen des Ginkgo. Zehn Jahre Deutsches Institut für Japanstudien.* 1999 ISBN 978-3-89129-505-2 270 S., geb.
- Bd. 26: Harald Conrad, Ralph Lützel (Eds.): *Aging and Social Policy. A German-Japanese Comparison.* 2002 ISBN 978-3-89129-840-4 353 S., geb.
- Bd. 27: Junko Ando: *Die Entstehung der Meiji-Verfassung. Zur Rolle des deutschen Konstitutionalismus im modernen japanischen Staatswesen.* 2000 ISBN 978-3-89129-508-3 273 S., geb.
- Bd. 28: Irmela Hijiya-Kirschner (Hg.): *Eine gewisse Farbe der Fremdheit. Aspekte des Übersetzens Japanisch-Deutsch-Japanisch.* 2001 ISBN 978-3-89129-509-0 316 S., geb.
- Bd. 29: Peter J. Hartmann: *Konsumgenossenschaften in Japan: Alternative oder Spiegelbild der Gesellschaft?* 2003 ISBN 978-3-89129-507-6 628 S., geb.
- Bd. 30: Silke Vogt: *Neue Wege der Stadtplanung in Japan. Partizipationsansätze auf der Mikroebene, dargestellt anhand ausgewählter machizukuri-Projekte in Tōkyō.* 2001 ISBN 978-3-89129-841-1 312 S., geb.
- Bd. 31: Birgit Poniatowski: *Infrastrukturpolitik in Japan. Politische Entscheidungsfindung zwischen regionalen, sektoralen und gesamtstaatlichen Interessen.* 2001 ISBN 978-3-89129-842-8 417 S., geb.
- Bd. 32: Gerhard Krebs (Hg.): *Japan und Preußen.* 2002 ISBN 978-3-89129-843-5 356 S., geb.
- Bd. 33: René Haak, Hanns Günther Hilpert (Eds.): *Focus China – The New Challenge for Japanese Management.* 2003 ISBN 978-3-89129-844-2 223 S., geb.
- Bd. 34: Iwo Amelung, Matthias Koch, Joachim Kurtz, Eun-Jung Lee, Sven Saaler (Hg.): *Selbstbehauptungsdiskurse in Asien: China – Japan – Korea.* 2003 ISBN 978-3-89129-845-9 438 S., geb.
- Bd. 35: Andrea Germer: *Historische Frauenforschung in Japan. Die Rekonstruktion der Vergangenheit in Takamure Itsues „Geschichte der Frau“ (Josei no rekishi).* 2003 ISBN 978-3-89129-504-5 425 S., geb.

- Bd. 36: Isa Dücke, Sven Saaler (Hg.): *Japan und Korea auf dem Weg in eine gemeinsame Zukunft: Aufgaben und Perspektiven*.
2003 ISBN 978-3-89129-846-6 232 S., geb.
- Bd. 38: René Haak, Dennis S. Tachiki (Eds.): *Regional Strategies in a Global Economy. Multinational Corporations in East Asia*.
2004 ISBN 978-3-89129-848-0 294 S., geb.
- Bd. 39: Sven Saaler: *Politics, Memory and Public Opinion. The History Textbook Controversy and Japanese Society*.
2005, 2006 ISBN 978-3-89129-850-3 202 S., kt.
- Bd. 40: Matthias Koch, Sebastian Conrad (Hg.): *Johannes Justus Rein. Briefe eines deutschen Geographen aus Japan 1873–1875*.
2006 ISBN 978-3-89129-851-0 423 S., geb.
- Bd. 41: Anja Osiander: *Der Fall Minamata – Bürgerrechte und Obrigkeit in Japan nach 1945*.
2007 ISBN 978-3-89129-852-7 388 S., geb.
- Bd. 42: Ralph Lützeler: *Ungleichheit in der global city Tōkyō. Aktuelle sozial-räumliche Entwicklungen im Spannungsfeld von Globalisierung und lokalen Sonderbedingungen*.
2008 ISBN 978-3-89129-853-4 467 S., geb.
- Bd. 43: Patrick Heinrich, Yuko Sugita (Eds.): *Japanese as Foreign Language in the Age of Globalization*.
2008 ISBN 978-3-89129-854-1 266 S., geb.
- Bd. 44: Hiromi Tanaka-Naji: *Japanische Frauennetzwerke und Geschlechterpolitik im Zeitalter der Globalisierung*.
2008 ISBN 978-3-89129-855-8 580 S., geb.
- Bd. 45: Carola Hommerich: *„Freeter“ und „Generation Praktikum“ – Arbeitswerte im Wandel? Ein deutsch-japanischer Vergleich*.
2009 ISBN 978-3-89129-856-3 289 S., geb.
- Bd. 46: Gerhard Krebs: *Japan im Pazifischen Krieg. Herrschaftssystem, politische Willensbildung und Friedenssuche*.
2010 ISBN 978-3-89129-010-1 932 S., geb.
- Bd. 47: Susanne Brucksch: *Ungleiche Partner, gleiche Interessen? Kooperationen zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Umweltorganisationen in Japan*.
2011 ISBN 978-3-86205-035-2 332 S., geb.
- Bd. 48: Barbara Geilhorn: *Weibliche Spielräume. Frauen im japanischen Nō- und Kyōgen-Theater*.
2011 ISBN 978-3-86205-036-9 258 S., geb.
- Bd. 49: Holger Rockmann: *Demografischer Wandel in Japan und Deutschland. Bevölkerungspolitischer Paradigmenwechsel in der Familienpolitik*.
2011 ISBN 978-3-86205-037-6 350 S., geb.

- Bd. 50: Dan Tidten: *Inter Pares. Gleichheitsorientierte Politiken in Japan*.
2012 ISBN 978-3-86205-038-3 194 S., geb.
- Bd. 51: Barbara Geilhorn, Eike Grossmann, Miura Hiroko, Peter Eckersall
(Eds.): *Enacting Culture – Japanese Theater in Historical and Modern
Contexts* 文化の演出 - 日本演劇の歴史的と現今的状况 .
2012 ISBN 978-3-86205-039-0 313 S., geb.
- Bd. 52: Christian W. Spang: *Karl Haushofer und Japan. Die Rezeption seiner
geopolitischen Theorien in der deutschen und japanischen Politik*.
2013 ISBN 978-3-86205-040-6 1008 S., geb.
- Bd. 53: Marie-Luise Legeland: *Onsen. Thermalquellen als Reiseziel. Badekuren
und Badetourismus in Japan*.
2013 ISBN 978-3-86205-041-3 504 S., geb.
- Bd. 54: Phoebe Stella Holdgrün: *Gender equality. Implementierungsstrategien
in japanischen Präfekturen*.
2013 ISBN 978-3-86205-042-0 390 S., geb.
- Bd. 55: Hans-Joachim Bieber: *SS und Samurai. Deutsch-japanische Kulturbe-
ziehungen 1933–1945*.
2014 ISBN 978-3-86205-043-7 1311 S., geb.
- Bd. 56: Ken'ichi Mishima, Wolfgang Schwentker (Hg.) in Zusammenarbeit
mit Manfred Hubricht, Tadashi Suzuki, Kuniyuki Terada und Ro-
bin Weichert: *Geschichtsdenken in Japan. Eine moderne Quellensamm-
lung*.
2014 ISBN 978-3-86205-044-4 ca. 480 S., geb.
- Bd. 57: Christian Heideck: *Zwischen Ost-West-Handel und Opposition. Die Ja-
panpolitik der DDR 1952–1973*.
2014 ISBN 978-3-86205-045-1 335 S., geb.